

# INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

## CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

C O - N - F - I - D - E - N - T - I - A - L

50X1-HUM

COUNTRY	East Germany	REPORT	
SUBJECT	Communist Literature - reports <i>on Communist political and economic theory</i>	DATE DISTR.	5 MAR 1958
DATE OF INFO.		NO. PAGES	1
PLACE ACQUIRED		REQUIREMENT NO.	RD 50X1-HUM

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

[redacted] four reports on Communist political-economic theory. [redacted]

50X1-HUM

Distribution of the Attachment:

[redacted]  
ORR [redacted]

50X1-HUM

C - O - N - F - I - D - E - N - T - I - A - L

50X1-HUM

STATE	ARMY	NAVY	AIR	FBI	AEC								
-------	------	------	-----	-----	-----	--	--	--	--	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

# INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

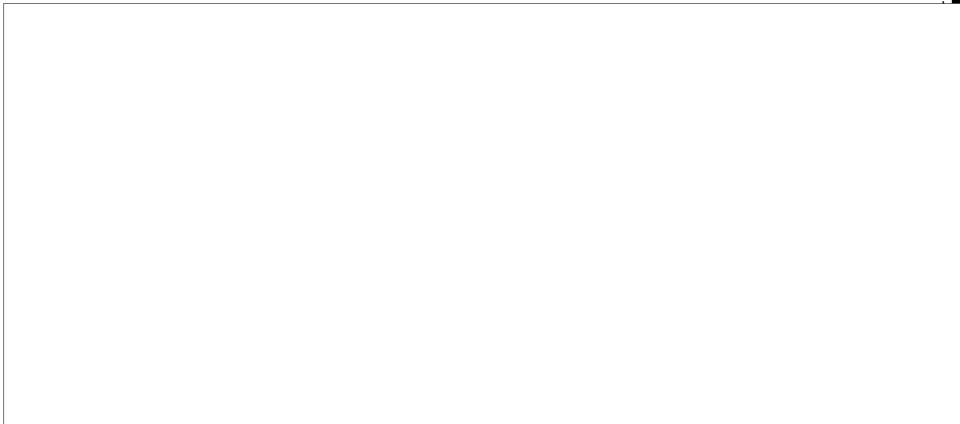
50X1-HUM

**Page Denied**

Next 13 Page(s) In Document Denied

PARTEIHOCHSCHULE „KARL MARX“ BEIM ZK DER SED

50X1-HUM



# THEORIE UND PRAXIS

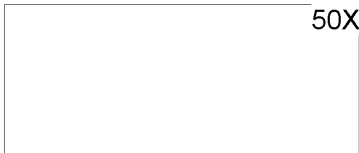
HEFT

3. JAHRGANG

**2**

APRIL 1957

50X1-HUM



# THEORIE UND PRAXIS

HEFT

3. JAHRGANG

**2**

APRIL 1957



# 1917 - 1957

## 40 Jahre Große Sozialistische Oktoberrevolution

Die KPdSU auf dem Wege zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution



### Die Aprilthesen Lenins

#### Der Plan des Überganges von der bürgerlich-demokratischen Revolution zur sozialistischen Revolution

Oskar Hunkul

Als Manuskript gedruckt

Der Plan W. I. Lenins für das Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische Revolution ist in vielen seiner Werke ausgearbeitet und immer mehr vervollständigt worden. Einen hervorragenden Platz nehmen hierbei solche Arbeiten ein wie „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“, „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907“, „Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“ (Aprilthesen), „Über die Lösung der Vereinigten Staaten von Europa“, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“, „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“ u. a.

Bei der Ausarbeitung dieses Planes verwertete W. I. Lenin die Kampferfahrungen des internationalen Proletariats, die von den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus Marx und Engels verallgemeinert worden waren. Der Leninsche Plan, der auf dem gewaltigen Erfahrungsschatz des internationalen Proletariats beruht, konnte deshalb eine so große theoretische und praktische Bedeutung erlangen, weil er gleichzeitig in strenger Übereinstimmung mit der konkreten historischen Wirklichkeit in Rußland ausgearbeitet wurde.

Bereits 1894 schrieb W. I. Lenin in seinem Werk „Was sind die „Volksfreunde“ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?“: „Es kann keinen Dogmatismus geben, wo zum obersten und einzigen Kriterium einer Doktrin ihre Übereinstimmung mit dem wirklichen Prozeß der sozialen und ökonomischen Entwicklung gemacht wird.“<sup>1)</sup>

Das war die Richtschnur W. I. Lenins für seine gesamte theoretisch-politische Arbeit. In seinem Plan löste Lenin die schwierige Frage des Hinüberwachsens der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution in der Epoche des Imperialismus in Rußland.

<sup>1)</sup> W. I. Lenin, „Was sind die „Volksfreunde“ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?“, Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 208.

In der Lösung dieser Frage ist das Grundlegende für den Übergang zum Sozialismus auch für die anderen Länder enthalten. Deshalb wird dieser Plan von den Kommunisten der ganzen Welt studiert und entsprechend den konkreten historischen Bedingungen in der Praxis verwirklicht. Für die richtige Ausarbeitung der Strategie und Taktik der Partei des Proletariats forderte Lenin die genaueste Analyse des Wechselverhältnisses der Klassen und der Besonderheiten jedes geschichtlichen Augenblicks. Eine solche Analyse arbeitete Lenin aus. Sein strategischer Plan der Partei in der bürgerlich-demokratischen Revolution sowie der Plan des Hinüberwachsens der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution waren wissenschaftlich fundierte Schlussfolgerungen aus der Analyse des Wechselverhältnisses der Klassen.

Der konkrete unmittelbare Plan des Überganges von der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen Revolution waren die Aprilthesen W. I. Lenins. Erst zu dieser Zeit, als die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland gesiegt hatte, war es möglich, einen solchen konkreten Plan wie die Aprilthesen auszuarbeiten. Das war nicht nur möglich, sondern auch notwendig, denn die Partei der Bolschewiki hatte bis zur Rückkehr Lenins aus der Schweiz keinen solchen konkreten Plan.

In der Revolution von 1905 bis 1907 wurde vom III. Parteitag der SDAPR das Wesentliche für den Übergang zur sozialistischen Revolution gesagt, und W. I. Lenin gab vor allem in seinem Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ und in weiteren Arbeiten eine geniale Begründung der taktischen Beschlüsse des III. Parteitages der SDAPR.

Jedoch konnte und durfte man die in der Periode der ersten russischen Revolution ausgearbeiteten taktischen Leitsätze nicht schematisch auf die Periode nach der Februarrevolution 1917 übertragen. Die Situation nach dem Februar 1917 war in vielfacher Hinsicht nicht mehr die gleiche wie 1905. Nicht zuletzt war auch die Entwicklung des Imperialismus weiter fortgeschritten. Neue

Herausgeber: Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED  
Verantwortlich: Redaktionskollegium  
Veröffentlicht unter der Lizenznummer 1774 des Ministeriums für Kultur  
(Hauptverwaltung Verlagswesen)  
Satz und Druck: Ag 64 55 1.4 182 V. 57

Schlussfolgerungen für die Strategie und Taktik der Partei des Proletariats mußten aus den neuen Bedingungen gezogen werden.

Als einige Genossen nach der Februarrevolution 1917 die Lösung der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, die von den Bolschewiki 1905 aufgestellt worden war, schematisch auf die Verhältnisse nach der Februarrevolution 1917 anwenden wollten, und die Frage der Vollendung der bürgerlichen Revolution in alter Weise stellten, wies Lenin sie darauf hin, „daß der Marxist mit dem lebendigen Leben, mit den exakten Tatsachen der Wirklichkeit rechnen muß, statt sich an die Theorie von gestern zu klammern, die, wie jede Theorie, bestenfalls nur das Grundgende, Allgemeine aufzeigt und die Kompliziertheit des Lebens nur annähernd erfaßt.“<sup>5)</sup>

In den Jahren des ersten Weltkrieges arbeitete W. I. Lenin die Theorie der sozialistischen Revolution weiter aus. Auf der Grundlage des von ihm entdeckten Gesetzes von der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus in der Periode des Imperialismus zog er die geniale Schlussfolgerung von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus zunächst in einzelnen Ländern oder in einem Lande und von der Unmöglichkeit des gleichzeitigen Sieges des Sozialismus in allen Ländern.

Diese genialen Leistungen Lenins, sowohl seine in der Periode der ersten russischen Revolution geschriebenen grundlegenden Arbeiten als auch seine in der Zeit zwischen den beiden bürgerlich-demokratischen Revolutionen in Rußland ausgearbeitete Theorie von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande, wiesen den Weg für den Übergang von der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen Revolution. Auf diesem festen theoretischen Fundament basierten die Aprilthesen Lenins, die zum Kampfplan der Bolschewiki für den Übergang von der bürgerlich-demokratischen Revolution zur sozialistischen Revolution wurden.

Im folgenden soll vor allem gezeigt werden, wie Lenin durch die Aprilthesen eine genaue Orientierung gab, die es der Partei der Bolschewiki ermöglichte, die Bewußtheit und Organisiertheit des Proletariats zu entwickeln und alle revolutionären Kräfte, die verschiedenartigen revolutionären Bewegungen in einem Strom zusammenzufassen, d. h. den Übergang von der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen Revolution in der Tat zu vollziehen.

Die Aprilthesen Lenins — der konkrete Plan des Übergangs von der bürgerlich-demokratischen Revolution zur sozialistischen Revolution

Als Lenin in der ersten bürgerlich-demokratischen Revolution in der Epoche des Imperialismus die strategischen Leitätze der Partei in der bürgerlich-demokratischen Revolution und vom Hinüberwachen der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution ausarbeitete, konnte noch niemand wissen, daß die Februarrevolution 1917 eine Doppelherrschaft hervorbringen würde. Die Arbeiten W. I. Lenins, die er in der ersten russischen Revolution 1905—1907 schrieb, schufen Klarheit darüber, was zu tun ist, wenn im Ergebnis einer

siegreichen bürgerlich-demokratischen Revolution die revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern und damit die Möglichkeit entsteht, für den Übergang zur sozialistischen Revolution zu kämpfen. Jetzt, nach der Februarrevolution, war die Lage viel komplizierter, als man je voraussehen konnte. Wie mußte man unter den neuen Bedingungen der Doppelherrschaft für den Sieg der Arbeiterklasse kämpfen? Wie konnte man den Krieg durch einen demokratischen Frieden beenden? Wie mußte man die Forderungen der Bauern nach Boden, wie die der vom Zarismus und jetzt auch von der Provisorischen Regierung unterdrückten Nationalitäten nach nationaler Selbstbestimmung verwirklichen?

Das waren alles komplizierte Fragen, von deren richtiger Lösung es abhing, ob es den Bolschewiki gelingen würde, jene mächtige Armee von Arbeitern und Bauern zu organisieren, die imstande war, den Kapitalismus in Rußland zu stürzen und dem Land den Frieden zu geben.

Noch bestand keine genügende Klarheit darüber, ob man sich schon auf den Kampf für den Übergang zur sozialistischen Revolution orientieren mußte, welche Stellung man zur Provisorischen Regierung, welche Stellung man zu den Sowjets einnehmen mußte. Alle diese Fragen beantwortete W. I. Lenin in seinen Aprilthesen, die zum konkreten Plan der Partei für den Übergang von der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen Revolution wurden.

Die Aprilthesen beruhen auf einer gründlichen Analyse der Situation, wie sie sich nach der Februarrevolution 1917 herausbildete. Diese Situation war durch die Doppelherrschaft gekennzeichnet. Es bestanden gleichzeitig nebeneinander zwei Regierungen; einerseits die Provisorische Regierung, die Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie, andererseits der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten, der seinem Klasseninhalt nach eine revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft war.

Die Provisorische Regierung verfügte über staatliche Machtorgane, während die Kraft des Petrograder Sowjets darin bestand, daß er sich auf die Mehrheit des Volkes, auf die bewaffneten Arbeiter und Soldaten stützen konnte. Die Provisorische Regierung dagegen konnte in den ersten Monaten nach der Februarrevolution faktisch über keine bewaffneten Abteilungen, weder über die Polizei, noch über das Heer sicher verfügen.

Wenn sich die Provisorische Regierung trotzdem halten und sogar am 4. Juli 1917 die Doppelherrschaft zu ihren Gunsten beenden konnte, so lag dies keineswegs an einer im Interesse des Volkes liegenden Politik dieser Regierung, wozu sie auf Grund ihres Klassencharakters gar nicht fähig war. Es war eine Illusion, von der Provisorischen Regierung die Erfüllung irgendeiner der Grundforderungen der Massen zu erwarten. Sie konnte weder die Forderungen der Massen nach Frieden, noch nach Boden und Brot, noch nach Freiheit erfüllen, weil sie eine Regierung derer war, die an der Weiterführung des imperialistischen Krieges und an der Erhaltung des kapitalistischen Eigentums und des Großgrundbesitzes interessiert waren. Sie konnte deshalb existieren, weil ihr der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten die Macht freiwillig überließ und ihr dabei half, die Volksmassen über den imperialistischen Charakter ihrer Politik zu täuschen.

An der Spitze des Sowjets in Petrograd und den meisten anderen Städten standen opportunistische Führer der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki, die die Macht an die Provisorische Regierung freiwillig auslieferten und damit die Interessen der Arbeiterklasse und der Revolution verrieten. Diesen opportunistischen Führern kam der Umstand zugute, worauf W. I. Lenin hinwies, daß durch die Revolution auch viele Kleinbürger in die Politik einbezogen wurden und da ihren kleinbürgerlichen Einfluß geltend machten. Auch schon zu Anfang und während des Krieges, da ein großer Teil der Arbeiter in die Armee eingezogen wurde, kamen viele ehemalige Kleinrentner in die Reihen der Betriebsarbeiter, die natürlich ebenfalls ihre kleinbürgerliche Denkungsart mitbrachten. Hinzu kam, daß die opportunistischen Führer, die selbst voller kleinbürgerlicher Illusionen steckten und längst der Revolution abgedorren hatten, nicht an einer Entwicklung und Klärung des proletarischen Klassenbewußtseins interessiert waren. Im Gegenteil, sie nährten die kleinbürgerlichen Illusionen im Proletariat und in der Bauernschaft, sie trübten das Klassenbewußtsein des Proletariats und verstärkten noch den Einfluß der Bourgeoisie auf das Proletariat. Davon mußten die Bolschewiki bei der Festlegung einer der neuen Situation entsprechenden Taktik ausgehen, die „mit den objektiven Tatsachen, mit den Massen und den Klassen rechnen muß, nicht aber mit Einzelpersonen.“<sup>6)</sup>

Bereits in der ersten russischen Revolution hatte Lenin den Hinweis gegeben, daß in der Epoche des Imperialismus die sozialistische Revolution von der bürgerlich-demokratischen Revolution nur noch durch den Grad der Bewußtheit und Organisiertheit des Proletariats und seiner Verbindung mit den armen Bauern getrennt ist. Es kam deshalb darauf an, die Bewußtheit und Organisiertheit der Arbeiter zu entwickeln und das Bündnis der Arbeiterklasse vor allem mit den armen Bauern zu festigen.

In den Aprilthesen charakterisierte Lenin die Lage nach der Februarrevolution folgendermaßen:

„Die Eigenart der gegenwärtigen Lage in Rußland besteht im Übergang von der ersten Etappe der Revolution, die infolge des ungenügend entwickelten Klassenbewußtseins und der ungenügenden Organisiertheit des Proletariats der Bourgeoisie die Macht gab, zur zweiten Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legt.“

Diesem Übergang kennzeichnet einerseits ein Höchstmaß an Legalität (Rußland ist zur Zeit von allen kriegsführenden Ländern das freieste Land der Welt), andererseits das Fehlen der Anwendung von Gewalt gegen die Massen, und schließlich die blinde Vertrauensseligkeit der Massen gegenüber der Regierung der Kapitalisten, der ärmsten Feinde des Friedens und des Sozialismus. Diese Eigenart fordert von uns die Fähigkeit, uns den besonderen Bedingungen der Parteilarbeit unter den erhöhten breiten, eben erst zum politischen Leben erwachten Massen des Proletariats anzupassen.“<sup>7)</sup>

<sup>5)</sup> W. I. Lenin, „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution“, in: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 21.

<sup>6)</sup> W. I. Lenin, Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution, ebenda, S. 8.

Damit wurde klar gesagt, was vor der Rückkehr Lenins gar nicht so klar war, nämlich, daß es notwendig war, sich auf den Übergang zur zweiten Etappe der Revolution zu orientieren und daß es infolgedessen falsch gewesen wäre, darauf zu warten, bis alle Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution, wie beispielsweise die Agrarrevolution, durchgeführt worden wären. Das hätte bedeutet, darauf zu warten und darauf zu vertrauen, daß sich die Bauernschaft noch im Rahmen der bürgerlich-demokratischen Revolution von der Bourgeoisie trennt, und den Boden und die ganze Macht an sich reißt. Darauf konnte man sich aber nicht verlassen, aus widersprechend dem die tatsächliche Klassenzusammenarbeit der Bourgeoisie und der Bauernschaft zu dieser Zeit. Darauf zu warten, hätte bedeutet, das Proletariat ins Schlepptau jener schwankenden Kleinbürger gekommen wäre, die jetzt die Bourgeoisie unterstützen, es hätte den Verzicht der führenden Rolle des Proletariats bedeutet, ohne die von einem Übergang zur sozialistischen Revolution keine Rede sein kann.

Lenin sagte, daß die bürgerlich-demokratische Revolution insofern vollendet ist, als sich die Staatsgewalt in den Händen einer neuen Klasse, der Bourgeoisie, befindet. Jene, die — wie Kamenew — jetzt die Lösung der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft stellen, ignorieren, daß die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft in Gestalt der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten bereits verwirklicht war. Sie vergaßen, daß Lenin bereits in „Zwei Taktiken ...“ hervorhob: „Die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft hat, wie alles auf der Welt, ihre Vergangenheit und ihre Zukunft.“<sup>8)</sup> und daß jetzt bereits der Kampf um die Zukunft, der Kampf um den Sozialismus, begonnen hatte.

In der These vom Übergang zur zweiten Etappe der Revolution hatte Lenin klar und konkret die Lösung begründet, die er bei seiner Ankunft in Petrograd vom Panzerauto aus den Arbeitern und Soldaten immer wieder zurief: „Es lebe die sozialistische Revolution!“

Der These Lenins vom Übergang der ersten zur zweiten Etappe der Revolution lag einmal die Analyse des tatsächlichen Entwicklungsstandes der Revolution zugrunde, denn die russische Revolution legte nicht nur die Zarenmonarchie hinweg, sie gab nicht nur die Staatsmacht der Bourgeoisie, sondern gelangte dicht an die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, denn neben der Provisorischen Regierung existierte der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten, eine revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Die Revolution ging also schon über eine gewöhnliche bürgerliche Revolution, die die Macht in die Hände der Bourgeoisie legt, hinaus.

Zum anderen wurde in dieser These gleichzeitig der Weg für die weitere Entwicklung der Revolution gewiesen, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Bauern legen mußte. Diese weitere Entwicklung der Revolution war notwendig, weil die Forderungen der Massen durch den Sturz des Zarismus, was eine notwendige Etappe der Revolution war, nicht er-

<sup>7)</sup> W. I. Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, ebenda, Bd. I, S. 44.

füllt wurden. Um Frieden, Land und Brot zu erlangen, Forderungen, die die kapitalistische Regierung nicht erfüllen wollte und konnte, war es notwendig, den Übergang zur zweiten Etappe der Revolution, zum Kampf für den Sturz der imperialistischen Bourgeoisie, in Angriff zu nehmen. Im Bündnis mit den gesamten Bauernschaft hatte das Proletariat den Zaren gestürzt und die schwankende Haltung der Bourgeoisie, die die Volksrevolution durch eine Falschrevolution verhindern wollte, paralytisiert. Jetzt den Schwung der Revolution auszunutzen und im Bündnis mit den armen Bauern und den anderen ausgebeuteten Massen den Widerstand der imperialistischen Bourgeoisie zu brechen und mit dem Übergang zur sozialistischen Revolution zu beginnen — das war die Aufgabe, die Lenin in den Aprilthesen stellte.

Ohne den Übergang von der ersten zur zweiten Etappe der Revolution war es nicht möglich, den imperialistischen Krieg, der täglich Tausende Opfer an Toten und Verwundeten forderte, der zum wirtschaftlichen Ruin des Landes führte, durch einen demokratischen Frieden zu beenden.

#### Friede den Völkern

Die Bourgeoisie, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre versuchten den Werkstätten einzureden, daß sich der Charakter des Krieges von seiten Rußlands nach dem Sturz des Zarismus geändert habe, daß dieser Krieg angeblich ein revolutionärer Verteidigungskrieg geworden sei. Und es gelang ihnen auch eine Zeit lang, breite Schichten der Arbeiter und insbesondere der Bauern damit zu betrogen. Die Bolschewiki mußten daher eine geduldige Aufklärungsarbeit leisten, um bei den Massen den wahren imperialistischen Charakter des Krieges aufzudecken, die die Provisorische Regierung weiterführte. Lenin sagte in den Thesen, daß der Krieg auch unter der neuen Provisorischen Regierung ein Eroberungskrieg bleibt. Der Charakter des Krieges wird nicht durch fromme Wünsche bestimmt, sondern durch den Klassencharakter der kriegführenden Regierung. Daher waren auch die kleinsten Zugeständnisse an die sogenannten revolutionäre Vaterlandsverteidigung unzulässig. Lenin betitelte die „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“ als den schlimmsten Feind der weiteren Bewegung und des Erfolges der russischen Revolution.

Solange die Soldatenmassen für die Interessen der russischen und der mit ihnen verbundenen französischen, englischen und amerikanischen Imperialisten kämpften, solange sie den Feind im eigenen Lande, die russischen Kapitalisten, nicht als diesen Feind erkannten, war es nicht möglich, sie in den Kampf gegen diese zu führen, war der Bruch mit den Interessen des Kapitals nicht möglich. Lenin schrieb: „Das geringste Zugeständnis an die revolutionäre Vaterlandsverteidigung ist Verrat am Sozialismus. Ist völlige Preisgabe des Internationalismus, mit welcher schönen Phrase, mit welcher „praktischen“ Erwägungen man dieses auch zu rechtfertigen sucht.“<sup>9)</sup>

Lenin verlangte, daß man die in gutem Glauben Handelnden, in die irre geführten Vaterlandsverteidiger, die Vertreter der breiten werktätigen Massen, die keine materiellen Vorteile aus dem Krieg zogen, gut von den

bewußten „Vaterlandsverteidigern“, den Führern der kleinbürgerlichen Parteien unterscheidet.

Den in die irre geführten gutgläubigen „Vaterlandsverteidigern“ mußte man geduldig ihre Irrtümer und Fehler erklären, was aber die bewußten „Vaterlandsverteidiger“ betrifft, so mußte man sie als Verräter entlarven. Lenin forderte, klarzumachen, daß man den Krieg nur durch den Sturz der Macht der Bourgeoisie mit einem wahrhaft demokratischen Frieden beenden könne und rief dazu auf, die breitesten Propaganda dieser Ansichten in der Armee zu organisieren. Die Frage des Krieges und des Friedens, die Lenin in der ersten These aufwarf, wurde vom Leben selbst in den Mittelpunkt gestellt. In der Frage des Krieges kam der Widerspruch zwischen den breiten Volksmassen, die das Ende des Krieges ersehnten und den Frieden forderten, und der imperialistischen Bourgeoisie, die den Krieg „bis zum siegreichen Ende“ wollte, zum Ausdruck. Dieser Widerspruch und die Aufdeckung dieses Widerspruches vor den breitesten Massen der Bevölkerung durch die Bolschewiki löste eine gesamt-demokratische Bewegung für den Frieden aus, die sich gegen die imperialistische Kriegspolitik der Provisorischen Regierung richtete. Das erklärt auch, weshalb die Friedensfrage die Imperialisten so empfindlich traf. Somit war der Übergang von der ersten zur zweiten Etappe der Revolution durch die Fortdauer des imperialistischen Krieges und die Notwendigkeit, ihn durch einen demokratischen Frieden zu beenden, begünstigt.

Auf den internationalen Kongressen in Stuttgart, Kopenhagen und Basel wurde das Proletariat aller Länder verpflichtet, „mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“<sup>10)</sup> W. I. Lenin trat konsequent für die Durchführung dieser leitenden Grundsatze im Kampf gegen den Krieg ein.

Die Losung des demokratischen Friedens war in den Händen der Bolschewiki eine starke Waffe zum Zusammenschluß der Massen unter ihrem Banner. Die Friedenslosung war die den breiten Volksmassen verständlichste Losung. Sie wurde insbesondere auch am besten von den Millionenmassen der Bauern verstanden, für sie war der Frieden auch deshalb notwendig, um den verhaßten Gutsbesitzern den Boden wegzunehmen und bei der Aufteilung des Gutsbesitzerbodens die Hand zu sein. Die Forderung W. I. Lenins nach der Beseitigung des Krieges durch einen demokratischen Frieden, ohne Annexionen und Kontributionen, lag auch im Interesse der früher vom Zarismus und jetzt von der Provisorischen Regierung unterdrückten Nationalitäten in Rußland. Unter Annexionen verstand Lenin nicht nur die im gegenwärtigen Krieg annektierten Gebiete. Lenin verstand darunter auch das gewaltsame Festhalten der Völker innerhalb der Grenzen Rußlands.

In der von W. I. Lenin ausgearbeiteten Resolution zur nationalen Frage, die von der Aprilkonferenz angenommen wurde, heißt es u. a.: „Allen Nationen, die zu Rußland gehören, muß das Recht auf freie Los-trennung und Bildung eines selbständigen Staates zu-

<sup>9)</sup> Manifest des Außerordentlichen Sozialistischen Kongresses in Basel (24.—25. November 1912), aus Bücherei des Marxismus-Leninismus, Bd. 14, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 127.

erkannt werden. Die Verneinung dieses Rechtes und die Unterlassung von Maßnahmen, die seine praktische Durchführbarkeit verbürgen, ist gleichbedeutend mit der Unterstützung der Eroberungs- und Annexionspolitik.“<sup>11)</sup>

Das war die Richtlinie der Politik der Bolschewiki in der nationalen Frage.

Die Provisorische Regierung dagegen lehnte die elementarsten Forderungen der unterdrückten Nationalitäten Rußlands ab. Die von der Bourgeoisie geschaffene Provisorische Regierung war weder gewillt noch fähig, eine ernsthafte Lösung der nationalen Frage zu garantieren. In der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft über die nationalen Randgebiete und in der weiteren imperialistischen Expansion sah die Bourgeoisie eine der Grundlagen ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht, ihrer Klassenherrschaft. Gestützt auf die kleinbürgerlichen Parteien, die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki, verfocht sie die alte zaristische Losung des „einigen und unteilbaren Rußland“.

Der Unterschied zwischen dem Zaren und der Provisorischen Regierung hinsichtlich der nationalen Unterdrückung bestand lediglich darin, daß die Zaren die Annexionspolitik offen und brutal durchführten, während die Provisorische Regierung „genau dieselbe Annexionspolitik raffiniert, versteckter“<sup>12)</sup> betrieb.

Der gesamte zentralisierte bürokratische Apparat des Zarismus in den nationalen Gebieten blieb völlig unangestastet. Die russische Sprache war nach wie vor die Staatssprache für alle Völkernationen. Die staatliche Schule blieb gleichfalls russisch. Die Forderungen der unterdrückten Völkernationen nach Gewährung nationaler Rechte wurden abgelehnt. Es konnte unter diesen Umständen nicht ausbleiben, daß die nationale Befreiungsbewegung nach der Februarrevolution nicht schwächer, sondern stärker wurde und daß sich die Sympathien der national unterdrückten Völkernationen immer mehr dem von den Bolschewiki geführten Proletariat zuwandten, weil nur das Proletariat konsequent die Interessen der national unterdrückten Völkernationen verfocht.

Die Aprilthesen W. I. Lenins hatten somit eine große Bedeutung für den Kampf der Bolschewiki um die Gewinnung jener breiten Schichten des Volkes, die an einem demokratischen Frieden und an der Beseitigung der nationalen Unterdrückung interessiert waren. Sie zeigten, daß der Weg für die Erreichung eines demokratischen Friedens der Weg des Übergangs von der ersten zur zweiten Etappe der Revolution war.

#### Orientierung auf die friedliche Entwicklung der Revolution

Nachdem W. I. Lenin diese wichtigen Fragen der Revolution geklärt hatte, zeigte er, welche Stellung die Partei der Bolschewiki zur Provisorischen Regierung einnahm, und zu den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten andererseits einnahm und welche Taktik sie vor allem anzuwenden mußte, um auf dem Wege des Übergangs von der ersten zur zweiten Etappe der Revolution sicher vorwärtszukommen. Lenin stellte in den April-

<sup>10)</sup> W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XX, 2. Halbband, Verlag für Literatur und Politik, Wien-Berlin 1928, S. 291.

<sup>11)</sup> Ebenda, 1. Halbband, S. 429.

thesen die Losung auf, der Provisorischen Regierung keinerlei Unterstützung zu geben und auf den Übergang der gesamten Staatsmacht in die Hände der Sowjets zu bestehen.

Es ist bekannt, daß J. W. Stalin, abgesehen von den bis zur Rückkehr Lenins allgemein vorhandenen Unklarheiten über den weiteren Verlauf der Revolution, im wesentlichen eine richtige politische Linie verfolgte, indem er, zum Unterschied von Kamenew — dessen Position der bedingten Unterstützung der Provisorischen Regierung sich jener der Menschewiki näherte —, die werktätigen Massen aufrief, die Errungenschaften der Revolution zu erweitern und die Sowjets als Organe der revolutionären Macht des Volkes zu festigen. Jedoch selbst J. W. Stalin vertrat eine unrichtige Auffassung in der Stellung zur Provisorischen Regierung.

In seinem Aufsatz „Über den Krieg“, der am 16. März 1917 in der „Prawda“ veröffentlicht wurde, verlangte er den „Weg des Drucks auf die Provisorische Regierung, indem man von ihr fordert, der unverzüglichen Einleitung von Friedensverhandlungen zuzustimmen.“<sup>13)</sup> Das zeigt, wie schwierig die richtige Ausarbeitung der Politik in dieser Frage war. Jedoch hat J. W. Stalin rasch diese falsche Auffassung überwunden und auf der Aprilkonferenz der Bolschewiki Lenins Standpunkt unterstützt. Er hat 1924 selbst seinen fehlerhaften Standpunkt am besten eingeschätzt, indem er darauf hinwies, daß die Politik des Drucks auf die Provisorische Regierung „... eine zutiefst falsche Position war, denn sie erzeugte pazifistische Illusionen, leitete Wasser auf die Mühle der „Vaterlandsverteidiger“ und erschwerte die revolutionäre Erziehung der Massen.“<sup>14)</sup>

Die Provisorische Regierung wollte und konnte auf Grund ihres imperialistischen Charakters keine der Grundforderungen der Massen erfüllen. Wer infolgedessen solche Forderungen an sie stellte, mußte bei den Massen unvermeidlich die Illusion erzeugen, daß die Provisorische Regierung diese Forderungen erfüllen könne, mußte die Vertrauensseligkeit der Massen gegenüber der Provisorischen Regierung stärken, anstatt sie zu überwinden.

Ihr durfte keinerlei Unterstützung gewährt werden, denn sie war eine imperialistische Regierung. Lenin stellte jedoch in den Aprilthesen nicht die Losung des Sturzes der Provisorischen Regierung auf. Er ging davon aus, daß diese Regierung die Unterstützung der Sowjets besaß und zog in Betracht, daß in den meisten Block aller kleinbürgerlichen Parteien, durch die die Bourgeoisie ihren Einfluß auf das Proletariat und die armen Bauern ausübte, sogar in einer schwachen Minderheit.

Lenin stellte jedoch in den Aprilthesen nicht die Losung des Sturzes der Provisorischen Regierung auf. Er ging davon aus, daß diese Regierung die Unterstützung der Sowjets besaß und zog in Betracht, daß in den meisten Block aller kleinbürgerlichen Parteien, durch die die Bourgeoisie ihren Einfluß auf das Proletariat und die armen Bauern ausübte, sogar in einer schwachen Minderheit.

<sup>12)</sup> W. I. Lenin, Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution, in: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 8.

<sup>13)</sup> J. W. Stalin, Werke, Bd. 3, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 7.

<sup>14)</sup> Ebenda, Bd. 6, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 28.

<sup>9)</sup> W. I. Lenin, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, ebenda, Bd. II, S. 24.

Unter diesen Bedingungen hätte die Forderung des Stuzes der Provisorischen Regierung bedeutet, gleichzeitig gegen sie und die Sowjets zu kämpfen, und deshalb war sie falsch.

Lenin arbeitete in den Aprilthesen eine solche Taktik aus, die auf die Verstärkung des Einflusses der Bolschewiki innerhalb der Sowjets und auf die Eroberung der Mehrheit in den Sowjets gerichtet war. Lenin verlangte „Aufklärung der Massen darüber, daß die Sowjets der Arbeiterdeputierten die einzig mögliche Form der revolutionären Regierung sind, und daß daher unsere Aufgabe (die Aufgabe der Bolschewiki — O. H.), solange sich diese Regierung von der Bourgeoisie beeinflussen läßt, nur in geduldiger, systematischer, beharrlicher, besonders den praktischen Bedürfnissen der Massen angepaßter Aufklärung über die Fehler ihrer Taktik bestehen kann.“

Solange wir in der Minderheit sind, leisten wir die Arbeit der Kritik und Klarstellung der Fehler, wobei wir gleichzeitig die Notwendigkeit des Übergangs der gesamten Staatsmacht an die Sowjets der Arbeiterdeputierten propagieren, damit die Massen sich durch die Erfahrung von ihren Fehlern befreien.<sup>19)</sup>

Es ist klar, daß das keine blanquistische Taktik war, wie dies damals Plechanow und andere den Bolschewiki vorwarfen. Diese Taktik war auf die Gewinnung der Mehrheit in den Sowjets gerichtet, die Sowjets aber waren die Organisation der Mehrheit des Volkes. Die Mehrheit in den Sowjets konnte nicht anders als durch geduldige Aufklärung der Massen, also durch die Methode der Überzeugung errungen werden. Damit stand vor den Bolschewiki jetzt die Aufgabe, die breiten Massen geduldig und kameradschaftlich davon zu überzeugen, daß die Provisorische Regierung weder in ihrer Innen- noch in ihrer Außenpolitik Vertrauen verdiente, daß sie dem Volk weder Frieden noch Freiheit, weder Brot noch Boden gewähren konnte, und daß deshalb die Unterstützung dieser Regierung durch die menschewistischen und sozial-revolutionären Führer der Sowjets falsch war. Die Massen mußten darüber aufgeklärt werden, daß die fehlerhafte Taktik der Menschewiki und Sozialrevolutionäre den Erfolg der weiteren Revolution unmöglich machen würde.

Die Arbeit der Bolschewiki mußte die Massen an Hand ihrer eigenen Erfahrungen davon überzeugen, daß ihre Forderungen nur dann erfüllt werden konnten, wenn die gesamte Macht in die Hände der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten überging.

Lenin wies darauf hin, daß diese scheinbar „bloß“ propagandistische Arbeit in Wirklichkeit im höchsten Grade praktische revolutionäre Arbeit war.

Das Weiterschreiten der Revolution hing von der Kraft des Klassenbewußtseins und organisierten Proletariats und seiner Verbindung mit den armen Bauern ab. Diese prinzipielle Feststellung hatte Lenin schon 1905 getroffen. Jetzt mußte das Klassenbewußtsein des Proletariats und der Massen überhaupt vor allem dadurch entwickelt werden, daß man es von der blinden Vertrauensseligkeit gegenüber der Provisorischen Regierung befreite, die die Volksmassen auch noch dadurch hin-

hielt, daß sie sie immer wieder auf die Einberufung der konstituierenden Versammlung verließ, wobei sie gar nicht im Ernst daran dachte, sie jemals einzuberufen. Nur durch die Überzeugungsarbeit war es möglich, wie Lenin schreibt:

„... sowohl das Bewußtsein des Proletariats als auch das Bewußtsein der Massen sowie deren Kühnheit, entschlossene Initiative überall im Lande, die eigenmächtige Verwirklichung, Entfaltung und Festigung der Freiheiten, der Demokratie, des Prinzips des Gemeinbesitzes des Volkes am gesamten Boden vorwärtszutreiben.“<sup>20)</sup>

Die Taktik, die W. I. Lenin für den Übergang von der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen Revolution ausgearbeitet hatte, bestand somit darin, durch geduldige Überzeugungsarbeit unter den Massen die Mehrheit in den Sowjets zu erringen, und damit die Zusammensetzung und die Politik der Sowjetregierung zu ändern.

Diese Taktik war auf die friedliche Entwicklung der Revolution gerichtet, was bis zum 4. Juli 1917 dem Zeitpunkt, wo die kleinbürgerlichen Parteien offen und bewußt ins Lager der Konterrevolution übergingen, völlig real war. Diese friedliche Entwicklung der Revolution war möglich, weil die Waffen in den Händen des Volkes waren. Im Befehl Nr. 1 des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, der auch von Kerenski unterschrieben war, hieß es: „Die Truppenteile haben sich in allen ihren politischen Aktionen dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten und ihren Komitees unterzuordnen. Befehle der Militärkommission der Reichsduma sind nur dann durchzuführen, wenn sie den Befehlen und Beschlüssen der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten nicht widersprechen.“ Das heißt, daß es in den ersten Monaten nach dem Februarrevolution keine Gewalt gab, die die Sowjets hätte daran hindern können, die ganze Staatsmacht in ihre Hände zu nehmen. Rußland war zu dieser Zeit von allen kriegführenden Ländern das freieste Land mit den größten demokratischen Freiheiten.

Hätten damals die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, die in der Mehrheit noch den Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki angehörten, die ganze Macht übernommen, so wäre es durch die Überzeugungsarbeit der Bolschewiki unter den Massen ohne weiteres möglich gewesen, daß bei den Wahlen zu den Sowjets andere Vertreter aus den Betrieben und Truppenteilen gewählt worden wären. Das heißt, daß es auf diesem Wege möglich gewesen wäre, die Zusammensetzung der Sowjets zu ändern und langsam, auf friedlichem Wege, aus dieser kleinbürgerlichen Macht eine Macht der revolutionären Arbeiter und Bauern, eine Diktatur des Proletariats zu machen.

Die Aprilthesen sind ein klassisches Beispiel dafür, daß die Kommunisten nicht unter allen Umständen für den bewaffneten Aufstand eintreten, ja, daß sie bestrebt sind, möglichst ohne Blutvergießen die sozialistische Revolution zum Siege zu führen. Als nach dem 4. Juli 1917 diese friedliche Entwicklung der Revolution unmöglich geworden war, schrieb W. I. Lenin: „Dieser Weg (der friedliche Weg — O. H.) wäre der schmerz-

loseste gewesen, und darum mußte man mit aller Energie für ihn kämpfen.“<sup>21)</sup>

Das widerlegt auch die verleumderische Behauptung der Feinde der Arbeiterklasse, die den Kommunisten vorwerfen, sie wollten ihre Ziele nur durch Gewalt durchsetzen. W. I. Lenin, der die Partei der Bolschewiki durch seine Aprilthesen auf eine friedliche Entwicklung der Revolution orientierte, wies gleichzeitig darauf hin, daß die Revolution nur vorwärtsgetrieben werden konnte, wenn der alte Machtapparat mit seiner Polizei und Armee zerstört und eine proletarische Miliz geschaffen wurde.

In der Arbeit „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution“, in der er die Aprilthesen ausführlich erläuterte, schrieb Lenin: „Die Kommune und die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten zerschlagen und beseitigen diese Maschine.“<sup>22)</sup>

Dies zeigt, daß es völlig irrig wäre, die friedliche Entwicklung der Revolution und die Zerschlagung des alten Staatsapparates einander entgegenzustellen, denn W. I. Lenin trat für die friedliche Entwicklung der Revolution ein, aber gleichzeitig verfocht er mit aller Entschiedenheit die Zerschlagung des alten Machtapparates. Die friedliche Entwicklung der Revolution und die Zerschlagung des alten Machtapparates, sowie seine Ersetzung durch einen proletarischen, mit dem Volk verbundenen Machtapparat, stellen eine Einheit dar. Der Unterschied zwischen einer auf dem Wege des bewaffneten Aufstandes durchgeführten proletarischen Revolution und einer Revolution auf friedlichem Wege kann hinsichtlich der Zerschlagung des alten Staatsapparates lediglich darin bestehen, daß er im ersten Falle, wie die Oktoberrevolution lehrt, schnell, im Laufe einer kurzen Zeitspanne, zerschlagen wurde, während dies bei einer friedlichen Revolution, wie dies die revolutionäre Entwicklung in der CSR und in anderen Ländern der Volksdemokratie zeigt, allmählich geschah.

Die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung lehren jedoch, daß ein so wichtiger Teil des alten Staatsapparates, wie die Armee, sofort in die Hände der Imperialisten und Militaristen entrisen werden muß, weil sonst der friedliche Weg zum Sozialismus nicht möglich ist.

Im ersten Falle ist die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, wie das Marx in seinem Brief an Kugelmann schrieb, „die Vorbedingung jeder Volksrevolution“, im zweiten Falle wird diese notwendige Bedingung allmählich erfüllt. In jedem Falle muß also der alte bürgerliche Staatsapparat zerschlagen werden.

Ebenso wie Marx und Engels machte W. I. Lenin die Frage des Weges, der Methoden und Formen des Kampfes für den Sieg der Revolution vom Kräfteverhältnis zwischen dem revolutionären Proletariat und der Bourgeoisie abhängig. Die Frage nach dem Verhältnis zwischen den friedlichen oder gewaltsamen Maßnahmen, die die Arbeiterklasse im Verlauf der sozialistischen Umwälzung ergreift, wird einzig und allein durch die Stärke des Widerstandes, den die Bourgeoisie leistet, bestimmt.

Das gilt nicht nur bei der Machtergreifung durch das Proletariat, sondern für den gesamten Prozeß der sozial-

istischen Umwälzung, die mit der Machtergreifung nicht endet, sondern erst beginnt. Die Stärke des Widerstandes der Bourgeoisie hängt vor allem vom Kräfteverhältnis zwischen dem Proletariat, das in jedem Falle seine Macht festigen muß und der Bourgeoisie ab. Wenn die Bourgeoisie gewaltsamen Widerstand leistet, muß ihr Widerstand durch die Diktatur des Proletariats gewaltsam gebrochen werden. Es ist völlig falsch und für den Bestand der proletarischen Staatsmacht sehr gefährlich, die Kraft der gestürzten Ausbeuterklassen nur nach ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung zu beurteilen, wie dies unlängst Genosse Kardsel' in seiner Rede vom 7. Dezember 1956 tat. Die Stärke der gestürzten Bourgeoisie besteht, wie Lenin lehrt, in der Stärke des internationalen Kapitals, in der Stärke ihrer internationalen Verbindungen. Die Stärke der gestürzten Bourgeoisie besteht weiterhin in dem Geld, das ihr verblieb in ihren verwaltungstechnischen und militärischen Kommissionen und vor allem auch in der Stärke der kleinen Warenproduktion, die ständig kapitalistische Elemente hervorbringt. Das alles zu ignorieren, bedeutet die Wachsamkeit der Partei und der Staatsmacht des Proletariats gegenüber den konterrevolutionären Machenschaften des Imperialismus zu läähmen. Die Stärke des Proletariats hängt vor allem von seiner Bewußtheit und seiner Organisiertheit sowie von seinen Verbindungen mit den anderen werktätigen Schichten in Stadt und Land ab. Von entscheidender Bedeutung für die Stärke des Proletariats in einem Lande sind seine Verbindungen mit dem Proletariat der anderen Länder, insbesondere der Sowjetunion und den zum sozialistischen Lager gehörenden Ländern. Die Stärke des Proletariats hängt von der Stärke der Positionen des Sozialismus in der ganzen Welt ab. Die Kraft des Proletariats hängt auch von seinen Verbindungen mit der anti-imperialistischen nationalen Befreiungsbewegung ab.

Je stärker das Proletariat ist, um so weniger Kraft und Energie wird die Bourgeoisie zum Widerstand gegen die sozialistische Revolution haben. Je weniger jedoch die Bourgeoisie Widerstand leisten kann, um so elastischere Methoden kann das Proletariat gegenüber der Bourgeoisie anwenden. Dieser Gesichtspunkt liegt auch der weiteren Entwicklung dieser Frage durch den XX. Parteitag der KPdSU zugrunde, der bei der Lösung dieser Frage die Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapitalismus und Sozialismus, im Weltmaßstab zugunsten des Sozialismus berücksichtigt und hieraus neue Schlussfolgerungen für die Wege und Methoden des Kampfes zog.

#### Alle Macht den Sowjets

Die Taktik für den Übergang von der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen Revolution, die W. I. Lenin ausgearbeitet hatte, beruhte auf einer genauen Analyse des Kräfteverhältnisses. Aber die Analyse des Kräfteverhältnisses genügt nicht für die Ausarbeitung der Taktik. Dazu brauchte die Partei eine klare Vorstellung von der weiteren Entwicklung der Revolution bis zu ihrem Siege, bis zur Errichtung der Diktatur des Proletariats. Dieses Ziel war bereits im Maximalprogramm der Partei verankert und Lenin verteidigte diesen wichtigsten Punkt im Parteiprogramm gegen alle revisionistischen Angriffe. Aber es war noch nicht klar, welche staatliche Form die Diktatur des Proleta-

<sup>19)</sup> W. I. Lenin, Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution, in: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 84.

<sup>20)</sup> W. I. Lenin, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, ebenda, S. 22.

<sup>21)</sup> W. I. Lenin, Zu den Losungen, ebenda, S. 79.

<sup>22)</sup> Ebenda, S. 27.

riats in Rußland haben wird. Diese Frage konnte 1903, als das Parteiprogramm beschlossen wurde, noch nicht beantwortet werden. Die richtige Beantwortung dieser Frage war von außerordentlicher Bedeutung für den siegreichen Ausgang der Revolution. Natürlich gab es auf die Frage nach der Staatsform der Diktatur des Proletariats Hinweise von den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus.

Nachdem die Pariser Arbeiter im März 1871 die Kommune errichteten — die erste Diktatur des Proletariats —, schrieb Karl Marx in seinem Werk „Der Bürgerkrieg in Frankreich“:

„Sie war . . . die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.“<sup>17)</sup>

Marx und Engels selbst kamen später nicht wieder auf diesen Hinweis zurück und er geriet in Vergessenheit.

Es gab jedoch noch den weiteren Hinweis von Friedrich Engels in seiner Kritik des Erfurter Parteiprogramms von 1891, daß die demokratische Republik „die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats“ ist.<sup>18)</sup>

Dieser Hinweis von Friedrich Engels war richtunggebend für alle Marxisten — auch für W. I. Lenin. W. I. Lenin schrieb noch in seiner Arbeit „Über die Lösung der Vereinigten Staaten von Europa“ im September 1915, daß „die politische Form der Gesellschaft, in der das Proletariat siegt, indem es die Bourgeoisie stürzt, die demokratische Republik sein wird.“<sup>19)</sup>

Selbstverständlich meinten auch Engels und Lenin eine proletarische demokratische Republik, eine Diktatur des Proletariats und keine bürgerliche demokratische Republik. Für die richtige Entscheidung dieser Frage, wie auch für alle anderen, gab es nur ein Kriterium — die Praxis, das gründliche marxistische Studium der Praxis.

In der Revolution 1905 schufen die revolutionären Massen erstmalig Sowjets der Arbeiterdeputierten, und auch die blutige Unterdrückung der ersten russischen Revolution durch den Zarismus konnte den revolutionären Massen nicht die revolutionäre Erfahrung dieser neuen mächtigen Organisations- und Kampfform, die die Keime der neuen Macht waren, rauben. Daher entstanden in der Februarrevolution sofort Sowjets der Arbeiter- und Sowjets der Soldatendeputierten. Sie wurden aus den Einheiten der Armeen, an der Front und im Hinterland, aus den Betrieben und Dörfern delegiert. Sie überzogen das ganze Land wie ein Netz, demgegenüber sich die alten Einrichtungen der zaristischen und der Provisorischen Regierung als ohnmächtig erwiesen.

Lenin sah, daß die Sowjets eine Macht von demselben Staatsstypus waren, wie die Pariser Kommune 1871. Auf Grund des Studiums der Pariser Kommune und der

Sowjets in den Revolutionen 1905 und 1917 kam er zu der Schlußfolgerung, die er erstmalig in den Aprilthesen formulierte:

„Keine parlamentarische Republik — von den Sowjets der Arbeiterdeputierten zu dieser zurückzukehren wäre ein Schritt rückwärts —, sondern die Republik der Sowjets der Arbeiter, Landarbeiter- und Bauerndeputierten im ganzen Lande, von unten bis oben. Alle Macht den Sowjets!“<sup>20)</sup>

Genosse Molotow schrieb über diese Entdeckung: „So wurde von Lenin die Parole der sozialistischen Revolution in die Sprache der russischen Revolution übersetzt. Und mehr als das. So wurde der Schlüssel zu ihrer Verwirklichung, zu ihrer Verkörperung gefunden. Die Parole der sozialistischen Revolution verwandelte sich in einen Begriff, der den breitesten Schichten der Arbeiter und Werktätigen zu einer vertrauten Forderung wurde. Das Ziel des Kampfes lag auf einmal vor allen Hüllen enthüllt da.“<sup>21)</sup>

Damit hatte W. I. Lenin gezeigt, wie die Machtfrage nicht nur dem Inhalt, sondern auch der konkreten Form nach in der zweiten Etappe der Revolution zu lösen war.

Die Entdeckung der Sowjetrepublik als beste Staatsform der Diktatur des Proletariats war gleichzeitig von großer internationaler Bedeutung, weil diese Entdeckung das Wesentliche für die Ausarbeitung der Staatsformen beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung für alle Völker enthält, weil damit eine von den Volksmassen selbst hervorgebrachte Staatsform entdeckt war, die viel demokratischer als die demokratischste bürgerliche Republik ist.

Angesichts des Geschreis der Imperialisten, die ihre Freiheit und ihre Demokratie lobten und preisen und auch angesichts der Versuche gewisser Revisionisten, die die Diktatur des Proletariats, die sozialistische Demokratie durch eine verschwommene „unmittelbare wirtschaftliche und politische Demokratie“ ersetzen wollen, ist es notwendig, zu betonen, daß selbst die demokratischste bürgerliche Republik das Machtinstrument in den Händen der besitzenden Minderheit zur Unterdrückung der ausgebeuteten Mehrheit ist.

Das Proletariat und die anderen werktätigen Schichten brauchen jedoch einen Staat zur Unterdrückung der ausbeutenden Minderheit im Interesse der werktätigen Mehrheit, einen Staat „auf neue Art demokratisch — wie Lenin sagte — (für die Proletariat und überhaupt für die Besitzlosen) und „auf neue Art diktatorisch (gegen die Bourgeoisie) . . .“<sup>22)</sup>

Dieser Staat, der im Ergebnis der Zerschlagung des alten Ausbeuterstaates entsteht, muß geeignet sein, die breiten Massen des Volkes zum aktiven politischen Leben, zur staatlichen Verwaltung des Landes heranzuziehen. Ein solcher Staat ist die Sowjetrepublik. Die Sowjets ermöglichen — entsprechend der Klassenstruktur des proletarischen Staates, in dem zum ersten

Mal nicht eine Minderheit, sondern die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung herrscht — die aktivste Beteiligung der Massen an der Politik, an der Verwaltung des Staates, sie sind auch aus diesem Grunde viel demokratischer als jede bürgerlich-demokratische Republik.

Da die Sowjets von den Volksmassen selbst hervorgebracht wurden, die auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen immer mehr erkannten, daß ihre Forderungen nicht von der Provisorischen Regierung, sondern nur von den Sowjets gehen, mußten die Provisorische Regierung durchgesetzt werden konnten, mußten die Bolschewiki ganz zwangsläufig das Vertrauen der Volksmassen erringen. Die Bolschewiki waren jene Partei, die konsequent dafür eintrat, daß das Netz der Sowjets verbreitert und gefestigt wurde, daß die Sowjets die Forderungen der Massen initiativ auch gegen die Anordnungen der Provisorischen Regierung (die beispielsweise gegen die Aneignung und Bestellung des Gutsbesitzerbodens durch die Bauern einschritt) durchsetzten, die dafür eintrat, daß die Sowjets alle Macht übernahmen. Die Lösung „Alle Macht den Sowjets“ half den revolutionären Massen, die Sowjetmacht, die sie in der Keimform selbst hervorgebracht hatten, zu vollenden und zum Siege zu führen. Bei dieser Hilfe spielte natürlich die geduldige Überzeugung der Massen an Hand ihrer eigenen Erfahrungen die Hauptrolle.

Es wurde schon gesagt, daß die Leninsche Taktik der gedulden, systematischen Überzeugung auf einer genauen Analyse des Kräfteverhältnisses beruhte. Erst mit der Entdeckung der Sowjetrepublik war restlos klar, worüber und in welcher Richtung die Massen geduldig und beharrlich aufgeklärt werden mußten. Die Lösung „Alle Macht den Sowjets“ war von gewaltiger Bedeutung für die Gewinnung und Aktivierung der Massen durch die Bolschewiki. Wer wie die Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Sowjets für die Unterstützung der Provisorischen Regierung mißbrauchte und dagegen war, daß die Sowjets alle Macht übernehmen, mußte auf die Dauer bei den Massen an Einfluß verlieren, weil er damit gegen das auftrat, was die Massen selbst geschaffen hatten und unterstützten, weil er damit immer mehr in Widerspruch zu den Volksmassen kam.

Die Massen erkannten den Charakter der verärrischen Politik der Menschewiki und Sozialrevolutionäre nicht sofort. Aber auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen, die ihnen von den Bolschewiki erklärt wurden, erkannten sie das immer besser. Dieser Erkenntnisprozess der Massen war gleichzeitig der Prozess ihres Abschwenkens von der Provisorischen Regierung und den kleinbürgerlichen Parteien, und der Prozess ihrer Hinwendung zu den Bolschewiki, der Prozess des Vorwärtsschreitens der Revolution.

Niemand kann auf die Dauer eine Politik gegen die Massen durchführen, auch wenn diese Politik durch noch so viele Versprechungen verschleiert wird. Die Massen lernen an ihren praktischen Erfahrungen, die Verlogenheit der Versprechungen und Verströtungen zu begreifen und hierbei helfen ihnen die Bolschewiki

Eine große Bedeutung für die Gewinnung der Massen hatten die ökonomischen Übergangsforderungen in den Aprilthesen. So wichtig es war, den Weg aus dem imperialistischen Krieg zu einem demokratischen Frieden zu weisen, so wichtig war es auch, zu zeigen, welche kon-

kreten Schritte getan werden müssen, um aus dem Hunger und der wirtschaftlichen Zerrüttung herauszukommen, die der fortwauernde Krieg immer mehr verschärfte. Bei den ökonomischen Maßnahmen, die hierzu erforderlich waren, konnte es sich nicht um die „Einführung“ des Sozialismus handeln. Lenin sagte:

„Die Partei des Proletariats darf sich unter keinen Umständen das Ziel setzen, in einem Lande der Kleinbauernschaft den Sozialismus einzuführen, bevor nicht die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution erkannt hat.“<sup>23)</sup>

Es kam jetzt darauf an, solche Forderungen aufzustellen, die von den Massen verstanden wurden und deren Durchführung die Entwicklung immer näher an den Sozialismus heranführte. Obgleich von einer „Einführung“ des Sozialismus keine Rede sein konnte, weil der Sozialismus überhaupt nicht „angeführt“ werden kann, sondern auf dem Wege einer revolutionären Umwälzung aller politischen, ökonomischen und kulturellen Verhältnisse erreicht wird, durfte man sich nicht, wie die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, davor fürchten, Schritte zum Sozialismus hin zu tun, weil es gar keine andere Möglichkeit gab, aus dem Hunger und der Zerrüttung herauszukommen. Lenin wies darauf hin, daß der objektive Gang der Entwicklung derart ist, „daß man von den Monopolen aus (und der Krieg hat deren Zahl, Rolle und Bedeutung verzehnfacht) nicht vorwärtschreiten kann, ohne zum Sozialismus zu schreiten.“<sup>24)</sup>

Die von den Massen hervorgebrachten Sowjets betrachtete W. I. Lenin als die ersten Schritte zum Sozialismus hin. Sie waren die politische Voraussetzung, um Schritte auf ökonomischem Gebiet in der Richtung zum Sozialismus zu machen. Lenin sagte:

„Hätte die schöpferische Volkskraft der revolutionären Klassen nicht die Sowjets hervorgebracht, so wäre die proletarische Revolution in Rußland eine hoffnungslose Sache; denn mit dem alten Apparat würde das Proletariat die Macht zweifellos nicht behaupten können, ein neuer Apparat aber kann nicht sofort geschaffen werden.“<sup>25)</sup>

W. I. Lenin trat konsequent für die Ausnutzung der revolutionären Staatsmacht bei der Lösung aller politischen und wirtschaftlichen Aufgaben in der Periode des sozialistischen Aufbaus und des Übergangs zum Kommunismus ein. Die Errichtung einer zentralisierten kommunistischen Produktion und die staatliche Lenkung der Volkswirtschaft betrachtete er als unerlässliche Voraussetzungen für den siegreichen sozialistischen und kommunistischen Aufbau.

Die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und in den Ländern der Volksdemokratie haben die Richtigkeit dieser Leninschen Hinweise bewiesen. Daran zu erinnern, ist besonders wichtig angesichts verschiedener revisionistischer Versuche, die heute eine angebliche Überlegenheit der Kleinwirtschaft gegenüber der sozialistischen Großwirtschaft und die Ver-

23) W. I. Lenin, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, ebenda, S. 32.

24) W. I. Lenin, Die drohende Katastrophe, ebenda, S. 123.

25) W. I. Lenin, Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?, in: Lenin-Studien, Das Jahr 1917, ausgewählte Werke, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 582.

ringerung der Rolle der Partei und des proletarischen Staates beim sozialistischen Aufbau propagieren.

Ohne einen proletarischen Staat ist der Sieg der Arbeiterklasse über die Bourgeoisie, ist der Aufbau des Sozialismus nicht möglich. Aus diesem Grunde kann die Bourgeoisie sehr wohl mit opportunistischen Theoretikern und Parteiführern einverstanden sein, die wie Kautsky 1918 die Sowjets als Kampforganisation lobten, sie aber als Staatsorganisation verurteilten und ablehnten, oder die wie Ollenhauer in getreuer Fortsetzung dieser opportunistischen Linie gegen die Aktionseinheit der Arbeiterklasse auftraten, weil er, wie er schrieb, „auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie“ steht, und wir auf dem Boden der Diktatur des Proletariats

#### Den Boden den Bauern

Alle ökonomischen Maßnahmen, die Lenin in den Aprilthesen formulierte, konnten nur von den Sowjets durchgeführt werden.

Die Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens, das war die erste Maßnahme, die verwirklicht werden mußte, um aus der Hungersnot herauszukommen. Diese Maßnahme wurde von der Mehrheit des russischen Volkes gefordert und konnte selbstverständlich nicht von den allen Staatsbeamten, sondern nur von den Organen der Mehrheit des Volkes, den Sowjets, durchgeführt werden.

Aus diesem Grunde forderte W. I. Lenin auch in den Aprilthesen neben der Nationalisierung des Bodens und der Beschlagnahme des Gutsbesitzerlandes, im Agrarprogramm das Schwergewicht auf die Sowjets der Landarbeiterdeputierten zu legen. Demgemäß heißt es in den Aprilthesen:

„... die Verfügungsgehalt über den Boden steht den örtlichen Sowjets der Landarbeiter- und Bauerndeputierten zu. Schaffung besonderer Sowjets von Deputierten der armen Bauern. Errichtung von Musterwirtschaften aus allen großen Gütern (im Umfang von etwa 100 bis 300 Deßjatinen, je nach dem Ermessen der örtlichen Institutionen) unter Kontrolle der Landarbeiterdeputierten und auf Rechnung der Gesellschaft.“<sup>29</sup>

In dieser These sehen wir ganz klar eine Widerspiegelung der Interessen der armen Bauern, die 65 Prozent aller Bauernhöfe in Rußland ausmachten, wobei man sehen muß, daß natürlich die Beschlagnahme des Gutsbesitzerlandes und die Nationalisierung des gesamten Bodens sich direkt gegen die Gutsbesitzer, aber nicht gegen die Mittelbauern und auch nicht unmittelbar gegen die Kulaken richtete.

Diese Forderung war also einmal auf die Gewinnung breiterer bäuerlicher Schichten, aber vor allem darauf gerichtet, die selbständige Organisation der Landarbeiter und der armen Bauern und ihren Zusammenschluß um das Proletariat für den Übergang zur sozialistischen Revolution zu gewährleisten; sie stellte den Bolschewiki die Aufgabe, gerade den Landarbeitern und den armen Bauern zu helfen, Sowjets zu bilden.

Diese These brachte die Forderungen der bäuerlichen Massen richtig zum Ausdruck und half der Partei der

<sup>29</sup> W. I. Lenin, Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution, in: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 9.

Bolschewiki, die auf der Grundlage des jahrhundertelangen Gegensatzes zwischen den Gutsbesitzern und den Bauern entstandene bäuerliche demokratische Bewegung unter die Führung des Proletariats zu bringen.

Die Forderungen nach der Beschlagnahme des Gutsbesitzerlandes und der Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens waren natürlich Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiet. Sie entsprachen zugleich der politischen Aufgabe zur Gewinnung der Bauernmassen als Bundesgenossen des Proletariats. Das war das Kriterium und das ist auch der prinzipielle Kern aller Agrarprogramme der Bolschewiki, wie auch heute aller marxistisch-leninistischen Parteien. Das ist auch die Richtung, in der die KPdSU das Agrarprogramm nicht nur in der Zeit vom März bis zum Oktober 1917, sondern auch schon vorher und bis auf den heutigen Tag immer weiter ausarbeitete und präzisierete.

Die Nationalisierung des gesamten Bodens und die Beschlagnahme des Gutsbesitzerlandes würden jedoch ihre politische Aufgabe nicht erfüllt haben, wenn sie nicht gleichzeitig Schritte gewesen wären, um aus dem Hunger und der Zerrüttung herauszukommen. Lenin wies darauf hin, daß die Nationalisierung nicht nur das „letzte Wort“ der bürgerlichen Revolution, sondern auch ein Schritt zum Sozialismus ist, und daß man das Elend des Krieges nicht bekämpfen kann, ohne solche Schritte zum Sozialismus zu tun.

Weitere Schritte in dieser Richtung, die Lenin in den Aprilthesen forderte, waren die Verschmelzung der Banken zu einer Nationalbank und die sofortige Kontrolle über sie durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten, sowie der Übergang zur Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion und Verteilung der Erzeugnisse durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten. Die Verschmelzung der Banken und ihre Kontrolle durch die Arbeiter-sowjets traf die Imperialisten an einer empfindlichen Stelle in der Arbeit. „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“, in der Lenin die Frage der Kontrolle der Banken und der Produktion und der Verteilung weiter untersuchte, wies er darauf hin, daß von den 50 Millionen Rubeln, die der Krieg täglich kostete, wahrscheinlich 10 Millionen als Rüstungsprofit in die Tasche der Kapitalisten und der von ihnen bestochenen Beamten fließen.

Solche Kriegsgewinne wurden natürlich von den Banken verheimlicht. Die Verschmelzung der Banken und ihre Kontrolle durch die Sowjets schob dem einen Riegel vor. Es war dann auch nicht mehr möglich, daß die Kapitalisten ihre Einkommen verheimlichten und sich um die Einkommensteuer herumdrückten. Die Kontrolle der Banken und die Kontrolle der Produktion und der Verteilung der Erzeugnisse durch den Arbeiterdeputierten-Sowjet bedeutete, daß den Industriellen und den mit ihnen verbundenen privaten Banken gewaltige Geldsummen entzogen und diese friedlichen Zwecken zugeführt werden konnten. Lenin wies darauf hin, daß nur dann, wenn die Banken nationalisiert sind, eine Kontrolle darüber möglich ist ... „wohin und woher, wie und wann die Millionen und Milliarden kommen und gehen. Und nur die Kontrolle über die Banken, über diese Zentrale, diese Hauptknoten und diesen Hauptmechanismus der kapitalistischen Zirkulation, würde es ermöglichen, in der Tat und nicht nur in Worten die Kontrolle über das ganze Wirtschaftsleben, über Pro-

duktion und Verteilung der wichtigsten Erzeugnisse in Gang zu bringen ...“<sup>30</sup> Die Nationalisierung der Banken nahm der Bourgeoisie eine wichtige Machtposition.

Durch die von Lenin geforderte Kontrolle der Banken sowie der Produktion und der Verteilung der Erzeugnisse wurde die Arbeiterklasse an die Lenkung und Leitung von Betrieben und an die organisatorische Leitung des Wirtschaftslebens herangeführt und die Nationalisierung der Industrie und der Banken wurde durch die Arbeiterkontrolle vorbereitet. Den Kampf um die Verwurzelung der Idee der sowjetischen staatlichen Kontrolle bezeichnete Lenin als den gewaltigsten Kampf des sozialistischen Bewusstseins gegen die bürgerlich-anarchistische Spontanität. Im Verlauf der weiteren Entwicklung der Revolution kämpften die Arbeiter nach diesen Weisungen Lenins und verhinderten damit in vielen Fällen die Produktionssabotage der Kapitalisten, die die Revolution mit der „knöchernen Hand des Hungers“ ersticken wollten.

Die Arbeiter kämpften um die revolutionäre Durchführung der in den Aprilthesen geforderten wirtschaftlichen Maßnahmen, die die Fortführung des Krieges hinderten und eine schrittweise revolutionäre Einmischung der Arbeiter und Bauern in die Leitung der Wirtschaft bedeuteten.

Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre erhoben natürlich Einwände gegen die Nationalisierung der Banken und ihre Kontrolle, sie meinten, das Proletariat werde mit diesen Aufgaben nicht fertig werden. Außerdem waren sie nicht davon abzurufen, daß es nicht statthaft sei, von Sozialismus zu sprechen, weil die Revolution nur eine bürgerliche ist.

Lenin antwortete ihnen auf der Aprilkonferenz folgendermaßen:

„Die Revolution ist eine bürgerliche, und deshalb soll man nicht vom Sozialismus sprechen — sagen die Gegner. Wir aber sagen umgekehrt: da die Bourgeoisie aus der entstandenen Lage nicht heraus kann, so marschieren die Revolution eben vorwärts.“<sup>31</sup>

Die wirtschaftlichen Forderungen in den Aprilthesen zeigten, wie man aus der Zerrüttung herauskommen konnte, sie führten die Arbeiter schrittweise an die Leitung des Wirtschaftslebens heran und trugen dazu bei, ihre revolutionäre Aktivität und Initiative, ihre Bewußtheit und Organiertheit auf eine höhere Stufe zu heben.

Ausgerüstet mit dem Leninischen Kampfplan verstand es die Partei, den allgemein demokratischen Kampf für den Frieden, die bäuerlich-demokratische Bewegung für die Abschaffung des gutsherrlichen Grundbesitzes bei Übergabe der Gutslandereien an die Bauern, die nationale Befreiungsbewegung und die sozialistische Bewegung des Proletariats für den Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu einem

<sup>30</sup> W. I. Lenin, Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, ebenda, S. 97/98.

<sup>31</sup> W. I. Lenin, Rede zur Resolution über die gegenwärtige Lage am 12. Mai (26. April), in: W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XX, I. Halbband, Verlag für Literatur und Politik, Wien-Berlin 1926, S. 378.

einheitlichen mächtigen revolutionären Strom zusammenzufassen.

Ausgerüstet mit dem Plan Lenins stützte die Partei die Bewußtheit und Organiertheit der Arbeiterklasse und festigte das Bündnis mit den armen Bauernmassen.

Der Leninische Hinweis wurde schon zitiert, daß in der Epoche des Imperialismus die sozialistische Revolution nur durch den Grad der Bewußtheit und Organiertheit der Arbeiterklasse, sowie der Verbindung der Arbeiterklasse mit den armen Bauern getrennt ist. Wenn wir die Aprilthesen unter diesem Gesichtspunkt betrachten, so stellen sie ein konkretes, theoretisch begründetes Programm dar, um jenen Grad von Bewußtheit und Organiertheit der Arbeiterklasse und jene enge Verbindung mit den armen Bauern zu erreichen, die notwendig sind, um die sozialistische Revolution durchzuführen.

#### Schaffung der III. Internationale

Unter diesem Gesichtswinkel müssen wir auch die Forderungen, die W. I. Lenin auf dem Gebiet des Parteaufbaus stellte, betrachten. Die sofortige Durchführung eines Parteitag, Änderung des Parteiprogramms, Änderung des Namens der Partei sowie die Forderung auf „Erneuerung der Internationale“ sollten dazu beitragen und tragen, wie die Geschichte beweist, dazu bei, die Bewußtheit und Organiertheit der Arbeiterklasse in Rußland und in der ganzen Welt auf eine höhere Stufe zu heben.

Wenn Lenin den Bolschewiki die Aufgabe stellte, die Initiative zur Schaffung einer neuen, der III. Internationale zu ergreifen, so war dies die natürliche Schlussfolgerung aus dem unveröhnlichen Kampf Lenins, der Bolschewiki und aller revolutionären Kräfte in der internationalen Arbeiterbewegung, die dem Banner des proletarischen Internationalismus die Treue hielten und für die marxistische Einheit der internationalen revolutionären Bewegung kämpften. Es ergab sich, daß diese Konsequenzen nicht auf Rußland beschränkt werden konnten. Die Forderung einer III. Internationale ist die Krönung der Aprilthesen.

Die III. Internationale hatte die Aufgabe, die revolutionäre Lehre des Marxismus-Leninismus gegenüber allen revisionistischen Fälschungen zu verteidigen und den Zusammenschluß der Vorhut der fortgeschrittenen Arbeiter aller Länder zu fördern. Obnedem war es nicht möglich, die Massen der Werktätigen zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen, zur Verteidigung der ersten siegreichen proletarischen Diktatur, des Zentrums der internationalen revolutionären Bewegung zu mobilisieren.

Die Gründung einer III. Internationale, die Lenin in den Aprilthesen, in dem Plan für den Übergang zur sozialistischen Revolution in Rußland forderte, demonstriert anschaulich die unlösbare Verbindung des Kampfes der russischen Arbeiterklasse mit dem Kampf der Arbeiter aller Länder der Erde und zeigt auch, daß die russische Revolution von Anfang an keine nur russische Angelegenheit, sondern gleichzeitig eine Sache des Weltproletariats war und stets sein wird.

### Zu einigen Fragen des Kampfes der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in der Periode des Übergangs zur friedlichen Arbeit an der Wiederherstellung der Volkswirtschaft (1921-1925)

Holniz Abraham

Wir veröffentlichen heute den 1. Teil einer Lektion aus der bedeutsamen Periode der Geschichte der KPdSU (1921-1925), deren Lehren angesichts des Ansturus der Feinde der internationalen Arbeiterklasse nach dem XX. Parteitag für uns von besonderer Aktualität sind. Den 2. Teil der Lektion bringen wir in der nächsten Nummer der „Theorie und Praxis“. Die vorliegende Lektion wurde Anfang Januar 1957 vor den Studenten des 4. Dreijahr-Lehrgangs gelesen. Die Redaktion

Ländern unvermeidlich bevorsteht, dasselbe durchzumachen, was Rußland durchgemacht hat.<sup>2)</sup>

Wie recht Lenin behalten hat, werden wir, wie in keiner anderen Periode der Geschichte der KPdSU, gerade in diesem Zeitabschnitt des Kampfes der KPdSU kennenlernen. Und gerade darin liegt die gewaltige aktuelle Bedeutung der grundlegenden Erfahrungen der KPdSU, die dieser Zeitabschnitt übermittelte.

Ich beschränke mich auf die Behandlung der wichtigsten Probleme des Kampfes der KPdSU in der Übergangsperiode — auf die Betonung jener Fragen des Kampfes der KPdSU, die für die Lösung der Fragen unserer Partei von besonderer, aktueller Bedeutung sind. Deswegen lenke ich die Aufmerksamkeit in der Hauptsache auf folgende Probleme:

1 Die Verschärfung des Klassenkampfes in der Übergangsperiode. Die veränderten Formen des Klassenkampfes.

2 Der Kampf um die Einheit und die Geschlossenheit der marxistisch-leninistischen Partei als der entscheidenden Voraussetzung für den Sieg der sozialistischen Kräfte bei der Lösung der Frage „Wer — wen?“

3. Der Kampf um die Festigung der Klassengrundlage der Diktatur des Proletariats — das Bündnis des Proletariats mit der werktätigen Bauernschaft — als der Grundfrage der Neuen Ökonomischen Politik

Aus Platzmangel behandle ich nicht die Fragen, die mit dem XIV. Parteitag der KPdSU in Verbindung stehen und im 2. Teil der Lektion eingehend erörtert werden.

Wie war die Lage der Sowjetrepublik nach der Beendigung des Bürgerkrieges, woraus ergab sich nun die Möglichkeit einer längeren Periode des friedlichen Aufbaus?

Diese Möglichkeit ergab sich vor allem aus dem Ende 1920, Anfang 1921 vor sich gegangenen Veränderungen der internationalen Lage.

Bestimmend für die neu entstandene Lage war jene Tatsache, daß es dem Sowjetvolk unter Führung der Kommunistischen Partei gelungen war, durch aufopferungsvollen Kampf alle Versuche der Imperialisten zu durchkreuzen, die junge Sowjetmacht zu erdröhnen. Das Proletariat hatte in der Tat bewiesen, daß es fähig ist, nicht nur die Diktatur des Proletariats zu erobern, sondern auch gewillt war, die erungene Macht mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen. Die Imperialisten mußten die Unbezwingbarkeit der neuen Arbeiter-und-Bauern-Macht in Rußland zur Kenntnis nehmen.

2) W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 578

Zu diesem ausschlaggebenden Faktor der Inneren Kraft eines Volkes, das von der Kommunistischen Partei geführt wird, kamen solche bedeutenden Momente hinzu, die die internationale Lage günstig für die junge Sowjetmacht gestalteten, wie die ökonomische Krise in den imperialistischen Siegerländern in den Jahren 1920/21, das starke Anwachsen der kommunistischen Bewegung in den kapitalistischen Ländern (zählte der I. Kongreß der Kommunistischen Internationale 19 Delegationen, so waren auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale bereits 48 Länder durch Delegationen vertreten) und schließlich die wachsenden Widersprüche im imperialistischen Lager, die ein Zusammenfallen der imperialistischen Kräfte gegen die Sowjetmacht zunachte machten.

Unter diesen Umständen gelang es nun dem Sowjetland endlich, nach vielen Unterbrechungen an das Werk des sozialistischen Aufbaus heranzugehen und alle Kräfte auf diese Aufgabe umzustellen.

„Wir können jetzt mit viel größerer Zuversicht und Festigkeit an das uns naheliegende, dringliche und uns schon seit langem lockende Werk des wirtschaftlichen Aufbaus gehen, mit der Gewißheit, daß es den kapitalistischen Herrschaften nicht gelingen wird, diese Arbeit so leicht wie früher zu durchkreuzen.“<sup>3)</sup>

Wie war die Lage der beiden Hauptklassen — der Arbeiterklasse und der Bauernschaft — und ihr Verhältnis zueinander nach dem Sieg im Bürgerkrieg?

Für das richtige Verständnis des Kampfes der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in der Übergangsperiode ist nicht nur und nicht so sehr die internationale Lage, sondern in noch viel bedeutenderem Maße die Lage und das Verhältnis der beiden Hauptklassen, der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zueinander von Bedeutung. Der Übergang vom Bürgerkrieg zum friedlichen Aufbau war mit den größten Schwierigkeiten verbunden, die mit der äußerst katastrophalen wirtschaftlichen Lage des Landes zusammenhingen. Sieben Jahre imperialistischer Krieg und Bürgerkrieg hatten tiefe Spuren hinterlassen. Die von der Front heimkehrenden Kämpfer sahen überall Trümmer, Verwüstung und äußerste Not. Ganze Industriezweige waren fast zum Stillstand gekommen. Die Produktion der Großindustrie sank im Vergleich zu 1913 auf 13,8 Prozent herab. Neben unermeßlichen materiellen Verlusten hinterließ der imperialistische Krieg und der Bürgerkrieg Dutzende Millionen obdachloser Menschen. 1921 zählte der Sowjetstaat 800 000 Invaliden des Bürgerkrieges, davon 45 Prozent, die Opfer von Pogromen der weißgardistischen Soldateska waren. Hunderttausende ausgehungerte und zerlumpte Eltern- und obdachlose Kinder trieben sich auf den Landstraßen herum. Das hatte der fluchbeladene Imperialismus dem Sozialismus in die Wiege gelegt. Die Bourgeoisie versuchte das von ihr hervorgerufene unsagbare Elend und das Chaos in der Industrie als eine Folge „bolschewistischer Mißwirtschaft“ hinzustellen. Der Hauptgrund aber für das Abinken der Produktivkräfte, für die Not waren der imperialistische Krieg und der Arbeiter-

klasse von den Imperialisten aufgezwungenen Bürgerkrieg. Die Antwort der Diktatur des Proletariats waren die Maßnahmen des Kriegskommunismus. Aber auch der Kriegskommunismus, den die Partei gezwungenermaßen einführen mußte, um den Sieg im Bürgerkrieg zu sichern, konnte nicht dazu beitragen, die Produktivkräfte des Landes zu heben.

Wie war die Lage der Arbeiterklasse?

Die Arbeiterklasse als die herrschende Klasse hatte die ganze Schwere des Kampfes getragen, sowohl um die Errichtung der Diktatur des Proletariats — ihr Werk wurde durch den Sieg in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gekrönt — als auch im Bürgerkrieg, als es galt, die eroberte Macht gegen eine gewaltige Übermacht an Feinden zu behaupten. Sie nahm alles auf sich — Hunger, Typhus und Kälte, um nur die Macht zu behaupten. Es liegt im Wesen der proletarischen Revolution, daß sie von der Klasse, die der Hegemon in der Revolution ist, auch die größten Opfer fordert. Jede Revolution fordert von der Klasse, die sie durchführt, große Opfer. Aber keine Klasse hat je in der Geschichte so viel Opfer, Not und Entbehrung auf sich genommen, wie die russische Arbeiterklasse. Fragt man danach, wofür die Kraft dazu nahm, solche Heldentaten zu vollbringen, so gibt es nur eine Antwort: weil an der Spitze ihres Kampfes in allen Etappen des schwierigen Weges eine solch' erprobte Partei stand wie die Kommunistische Partei, die es immer verstand, die gesamte Klasse für die Lösung auch der schwierigsten Aufgaben zu mobilisieren. So ist es nicht zufällig, daß die Partei in der schwersten Zeit sich immer an die fortgeschrittensten Arbeiter wandte

Die Spuren des Bürgerkrieges gingen aber auch an einer solch' gestählten Arbeiterklasse wie der russischen nicht vorüber. Lenin warnte wiederholt davor, die Anforderungen auch gegenüber der Arbeiterklasse nicht ins Uferlose zu steigern. In den Industriebezirken wie Petrosgrad, Moskau und anderen Zentren, lebten viele Industriearbeiter in den schwierigsten Verhältnissen. Zehntausende der Besten waren im Bürgerkrieg gefallen. Tausende waren dabei, den neuen Staats- und Wirtschaftsapparat aufzubauen.

Es veränderte sich auch die soziale Zusammensetzung der Arbeiterklasse in dem Sinne, daß viele Arbeiter, die noch unlängst auf dem Dorf beschäftigt waren, in die Städte und Fabriken kamen. Sie waren auch oft die Quelle spontaner Unzufriedenheit.

Entscheidend aber für die Kampfkraft der Arbeiterklasse war der Zustand der Industrie. Infolge der Zerrüttung der Industrie wanderten bedeutende Arbeitermassen ins Dorf und hörten faktisch auf, Arbeiter zu sein. Die Arbeiterklasse ging in ganz kurzer Zeit um eine Million zurück. Diese Arbeiter verloren die Verbindung zur Produktion und damit ging eine Deklassierung vor sich; die Klassenbasis der Diktatur des Proletariats wurde geschwächt, und es ergab sich eine ernste Gefahr für den Bestand der Sowjetmacht. Das alles verstärkte den kleinbürgerlichen Einfluß auf die Arbeiterklasse und rief eine gesteigerte Tätigkeit der konterrevolutionären Parteien, der Menschewiki und Sozialrevolutionäre hervor.

3) W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXVI, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1946, S. 29.

#### Einleitung:

Auf dem XX. Parteitag der KPdSU wies Genosse Chruschtschow in seinem Rechenschaftsbericht darauf hin, daß die ruhmreiche Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auch in Zukunft eine der wichtigsten Quellen zur Erziehung der Kadre ist. Das gilt nicht nur für die Kadre unserer großen Bruderpartei, sondern in gleichem Maße auch für die Kadre unserer Partei

Sind die reichen Erfahrungen der KPdSU, die sie im Verlaufe dreier Revolutionen, im Prozeß des Aufbaus einer neuen Gesellschaftsordnung sammelte, insgesamt von großer allgemeingültiger Bedeutung, so haben die Erfahrungen, die die Kommunistische Partei der Sowjetunion in der Übergangsperiode sammelte, besonders Gewicht, weil wir in der DDR, wie alle Volksdemokratien, uns in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus befinden. Wenn auch bei uns, wie in den anderen Volksdemokratien die konkreten Bedingungen des Übergangs verschieden sind, so sind die Hauptkräfte und die Hauptformen der gesellschaftlichen Produktion dieselben, wie sie in Rußland waren: Kapitalismus, kleine Warenproduktion und Sozialismus; dem entsprechen die Klassenverhältnisse: Bourgeoisie, Kleinbourgeoisie (in der Hauptsache die Bauern) und Proletariat. Daraus ergibt sich — wie Lenin mehrfach betonte — daß die nationalen Eigenheiten keineswegs das Allerwichtigste betreffen können. Von diesem Leninischen Leitsatz ist auch die Mitteilung über Besprechungen zwischen Delegationen der KPdSU und der SED vom 6./7. Januar 1957 durchdrungen.

„Die Vertreter der beiden Parteien sind der Meinung, daß trotz des Vorhandenseins nationaler Eigenheiten und der besonderen Formen und Methoden beim Aufbau des Sozialismus in den einzelnen Ländern die Hauptwege zum Sozialismus für alle Länder die gleichen sind.“<sup>1)</sup>

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution brachte noch keine drei Jahre Erfahrung, um Lenin in seinem genialen Werk „Der linke Radikalismus“ zur Schlussfolgerung kommen zu lassen:

„Die Erfahrung hat bewiesen, daß in einigen überaus wesentlichen Fragen der proletarischen Revolution allen

1) „Neues Deutschland“ vom 8. Januar 1957

#### Wie war die Lage der Bauernschaft und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse?

Um die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern, den Deklassierungsprozess aufzuhalten, gab es nur den einen Weg: die Großindustrie in Gang zu setzen. Aber dazu waren vor allem Brenn- und Rohstoffe sowie Lebensmittel notwendig, die von niemand anderem kommen konnten, als von der Bauernschaft. Auch die Bauernschaft war in einer schweren Lage. Sie trug aber ihre schwere Last nicht mit der Bewußtheit der Arbeiterklasse, sondern begann offen ihre große Unzufriedenheit zu äußern. Insbesondere mit der im Kriegskommunismus eingeführten Pflichtablieferung (Zwangsumlage). Diese Unzufriedenheit der Bauernmassen wurde von den Kulaken und Weißgardisten ausgenutzt und fand ihren Ausdruck in einer Reihe von Aufständen im Herbst und Winter 1920/21, so daß oft starke Kräfte der Roten Armee aufgebieten werden mußten, um diese Aufstände niederzuschlagen.

Hierbei stoßen wir auf die äußerst wichtige marxistisch-leninistische Fragestellung nach den inneren und äußeren Widersprüchen. So sehr diese konterrevolutionären Aufstände und Meutereien einzig und allein das Werk des Klassenfeindes waren, so wurde doch durch die Tatsache, daß es dem Klassenfeind gelang, Teile der Bauernschaft für seine konterrevolutionären Aktionen zu gewinnen, ein Riß im Verhältnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft sichtbar. Der Marxismus-Leninismus lehrt bekanntlich, daß in der Übergangsperiode zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft ein nichtantagonistischer Widerspruch vorhanden ist. Die Besonderheit der nichtantagonistischen Widersprüche in der Übergangsperiode, die mit dem Zusammenschluß zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Einzelbauernschaft zusammenhängen, besteht darin, daß diese Widersprüche auf die Verschleiertheit der Produktionsverhältnisse zurückgehen — einerseits in der sozialistischen Industrie mit der Arbeiterklasse, andererseits in der auf Privateigentum beruhenden kleinen Warenproduktion mit der Bauernschaft. Die gemeinsamen Interessen dieser beiden werktätigen Klassen überdecken diese Widersprüche.

Der Marxismus-Leninismus geht aber davon aus, daß dieser Widerspruch nicht für immer bestehen muß und daher lösbar ist. Anders sehen es alle jene, die nicht auf dem Standpunkt des Marxismus standen. Sie gingen davon aus, daß dieser Widerspruch unüberbrückbar sei und zum Zusammenstoß zwischen Proletariat und Bauernschaft führen muß. Das war die trotzkistische Konzeption, die zur Ablehnung der Möglichkeit der Bauernschaft führte und schließlich überhaupt die Möglichkeit des Aufbaus und Sieges des Sozialismus in einem Lande leugnete.

Das an der Macht befindliche Proletariat löst diesen Widerspruch auf der Klassengrundlage der Diktatur des Proletariats, indem es unter der Führung der Arbeiterklasse ein Bündnis mit der Bauernschaft eingeht, das in den verschiedenen Etappen der Revolution eine unterschiedliche Konstellation aufweist, aber immer zum Ziele hat, die Bauernschaft auf den Weg zum Sozialismus zu führen. In der Hauptsache löst das Proletariat den Widerspruch durch Festigung des Bündnisses auf ökonomischer Grundlage. Daß das kein gradliniger Weg, der

von heute auf morgen hinter sich gebracht werden kann, sondern ein Weg des prinzipiellen Klassenkampfes ist, davon zeugt gerade die Periode der NOP, davon zeugt auch die Entwicklung in den Volksdemokratien.

Bereits zu Ausgang des Bürgerkrieges im Februar 1920 sprach Lenin sowohl von diesem Widerspruch als auch davon, wie er einzig und allein zu lösen ist.

„Wir haben keine Angst, zehn, ja sogar zwanzig Jahre zu arbeiten, aber wir müssen der Bauernschaft zeigen, daß an Stelle der alten Absonderung der Industrie von der Landwirtschaft, dieses tiefsten Widerspruches, von dem sich der Kapitalismus nährte, indem er Hader zwischen dem Arbeiter der Industrie und dem Arbeiter der Landwirtschaft sät, wir unsere Aufgabe stellen, dem Bauern das zurückzugeben, was wir auf Kredit von ihm in Form von Brot erhielten, weil wir wissen, daß Papiergeld natürlich kein Äquivalent für Brot ist. Diesen Kredit müssen wir vermittels der Organisation der Industrie und der Versorgung der Bauern mit Industrieprodukten zurückzahlen.“<sup>5)</sup>

Das ist die einzige Erklärung auch für die Ursachen, die eben zum Riß im Verhältnis der Arbeiterklasse zur Bauernschaft führte und die Erklärung für die komplizierte innerpolitische Lage, die sich in diesem Zusammenhang am Ende des Bürgerkrieges in Sowjetrußland ergab.

Diese Leninische Analyse lenkt uns auf den Kern der Sache, nämlich, die Ursache für alle Schwierigkeiten, auftretende Fehler und Mängel beim Aufbau des Sozialismus in dem tiefsten Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu suchen, daß Hader zwischen den werktätigen Klassen und die sich daraus ergebenden Folgen einzig und allein das Werk der Bourgeoisie sind. Von dieser Leninischen Erkenntnis muß man auch ausgehen, wenn man die innere Lage der Sowjetmacht Anfang 1921 betrachtet. So stieß die Sowjetmacht Anfang 1921, nachdem sie die wichtigsten Etappen des Bürgerkrieges zurückgelegt hatte, und zwar siegreich zurückgelegt hatte, auf die allergrößten innerpolitischen Schwierigkeiten, die zur Unzufriedenheit eines erheblichen Teils nicht nur der Bauernschaft, sondern auch von Teilen der Arbeiterklasse führte. Aus den Darlegungen können wir also zusammenfassen, daß die innerpolitischen Schwankungen das Resultat des Hauptwiderspruches zwischen Bourgeoisie und Proletariat — zwischen der siegreichen Diktatur des Proletariats und der Konterrevolution waren.

Wir sprachen bereits davon, daß der Hunger und der wirtschaftliche Tiefstand einzig und allein das Werk der Imperialisten waren, daß der Kriegskommunismus keine gesetzmäßige Erscheinung der Übergangsperiode ist, sondern die Antwort der Diktatur des Proletariats auf den Würgegriff der Churchills und Briands. Also fußte die Unzufriedenheit der Bauern mit der im Kriegskommunismus eingeführten Pflichtablieferung auf diesem Hauptwiderspruch. Das heißt nicht, daß die Maßnahmen des Kriegskommunismus falsch waren. Die Zwangsumlage erfüllte unter den Bedingungen eines fürchterlichen Krieges vollkommen ihre Aufgabe, die Industrie zu erhalten, selbst zur schwersten Zeit, als die zentralen Industriegebiete von den Getreidegebieten abgeschnitten waren

<sup>5)</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 30, S. 301/1, russ.

Sobald aber der äußere Feind zerschlagen war — das war erst gegen 1921 der Fall —, stand vor der Sowjetmacht eine andere Aufgabe: das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft auf eine neue Basis, auf die feste und dauerhafte ökonomische Basis zu stellen. Auf der Allrussischen Konferenz der KPR (B) im Mai 1921 sagte Lenin in seinem Bericht über die Naturalsteuer:

„Erst gegen Frühjahr 1921 haben wir diese Aufgabe unmittelbar gestellt, und das geschah zu einer Zeit, als die Mißerte von 1920 die Lage der Bauern geradezu unglücklich verschlechtert hatte, als wir zum ersten Male bis zu einem gewissen Grade innerpolitische Schwankungen zu verzeichnen hatten, die nicht mit dem Ansturm der Feinde von außen, sondern mit dem Verhältnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zusammenhängen.“<sup>6)</sup>

So sehen wir also, daß zwar die Einführung der mit dem Kriegskommunismus zusammenhängenden Zwangsumlage durch den Hauptwiderspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat hervorgerufen wurde, daß aber die auf dieser Grundlage entstandenen inneren Schwierigkeiten sich aus den nach dem Bürgerkrieg neu gestaltenden Verhältnissen zwischen Proletariat und Bauernschaft ergaben.

Mit aller Deutlichkeit sprach das Lenin noch einmal in seiner letzten Rede „Fünf Jahre russische Revolution“ aus:

„Das war das erste und, ich hoffe, das letzte Mal in der Geschichte Sowjetrußlands, daß große Massen der Bauernschaft, wenn auch nicht bewußt, so doch instinktiv, stimmungsmäßig gegen uns waren.“<sup>7)</sup>

#### Die Verschärfung des Klassenkampfes Die konterrevolutionäre Kronstädter Meuterei und ihre Liquidierung

Wir müssen nun unsere ganze Aufmerksamkeit auf eine Frage lenken, die von größter aktueller politischer Bedeutung ist und deren eingehende Kenntnis uns wertvolle Erfahrungen übermittelt. Das sind die Fragen der Verschärfung des Klassenkampfes in der Übergangsperiode, die wir insbesondere am Beispiel der konterrevolutionären Meuterei in Kronstadt im März 1921 klarmachen wollen.

Bis heute und gerade heute werden die Kronstädter Ereignisse des Jahres 1921 immer wieder von jenen, die die Organisatoren der Meuterei waren, hervorgeholt, um die Kommunistische Partei der Sowjetunion und Lenin zu verleumdern, die Bolschewiki und das sozialistische Sowjetsystem dafür verantwortlich zu machen, daß in Verbindung mit den Maßnahmen der notwendigen gewaltsamen Niederschlagung der Kronstädter konterrevolutionären Meuterei neben den weißgardistischen Organisatoren auch irreführte Matrosen und Arbeiter von diesen Maßnahmen betroffen wurden.

<sup>6)</sup> W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in 12 Bänden, Bd. 9, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau-Leningrad 1936, S. 223.

<sup>7)</sup> W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 97.

So schreibt die Münchener Zeitung „Die Kultur“ vom 15. Januar 1957:

„... der Aufstand von Kronstadt ist ja ein flammendes Menetekel gerade in jener frühen Epoche, die alles Kommende ankündigt.“

Ähnliches haben sie am 17. Juni geschrieben und natürlich auch in Verbindung mit der Niederschlagung der Konterrevolution in Ungarn. Man muß vollkommene Klarheit in dieser Frage haben. Deswegen werde ich sie sehr ausführlich behandeln.

Sprachen wir davon, daß die entstandene innerpolitische Krise — wie Lenin sagte — das erste Mal in gewissem Grade nicht das Resultat eines äußeren Anstoßes war, so bedeutet das nicht, daß die neu entstandene Lage nicht sofort — sowohl von der inneren Konterrevolution, als auch von den auf der Lauer liegenden Imperialisten — ausgenutzt wurde, um die Gesamtlage der Sowjetmacht noch mehr zu verschärfen. Nicht unbegründet sprach Lenin gerade in dieser Zeit des öfteren davon, daß man auf der Hut sein muß, daß man nie weiß, wann der Feind zum Angriff übergeht. Die Kardinalfrage der NOP „Wer — Wen?“ brachte Lenin auf einen Nenner mit der Verschärfung des Klassenkampfes, wenn er sagt: „Der Kern der Sache ist aber der, daß der Kampf noch verzweifelter, noch rücksichtsloser ist und sein wird als der Kampf gegen Koltshak und Denikin.“<sup>8)</sup>

Damit zeigt Lenin, daß der Klassenkampf — neben dem Bürgerkrieg als der höchsten Form des Klassenkampfes — in der Übergangsperiode noch andere, nicht weniger komplizierte Formen annimmt. Von diesem Gesichtspunkt aus muß man auch den in dieser Zeit sich verschärfenden Klassenkampf in Verbindung mit den Kulakenaufständen und der Kronstädter konterrevolutionären Meuterei des Jahres 1921 einschätzen.

Man muß davon ausgehen, daß die Organisatoren der Sabotage und Meutereien von 1921 nicht mehr dieselben waren, wie die des Kornilowputsches oder in den Jahren des Bürgerkrieges bei Perm.

Die inneren und äußeren Feinde hatten ihre Taktik geändert. War ihnen in den Jahren des Bürgerkrieges und der ausländischen Intervention der Sturz der Sowjetmacht nicht gelungen, so versuchten sie jetzt unter Ausnutzung der schweren wirtschaftlichen Lage, die von ihnen selbst herbeigeführt wurde, die Sowjetmacht von innen heraus zu sprengen.

In Anbetracht der großen Sympathien des Volkes für die Sowjetmacht begannen sie sich mit „sovjetscher Farbe“ zu überziehen und stellten schon nicht mehr die alte Losung „Nieder mit den Sowjets“ auf, sondern riefen jetzt zum Sturz der Sowjetmacht unter der Losung auf „Für die Sowjets, aber ohne Kommunisten“

Die konterrevolutionäre Losung „Sowjets ohne Kommunisten“ spielte vor allem auf die Unzufriedenheit der Bauernschaft an, insbesondere mit der Ablieferungspflicht. Mit der Losung „Sowjets ohne Kommunisten“ wollte die Konterrevolution vor allem die Bauern gegen die Lebensmittelbeschaffungsabteilungen aufbringen, die sich in ihrer großen Mehrheit gerade aus Kommunisten

<sup>8)</sup> W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in 12 Bänden, Bd. 9, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau-Leningrad 1936, S. 279.



nisten und den bewußten Arbeitern der Industriebezirke zusammensetzen und die im Auftrage der Partei ein großes Werk vollbrachten, besonders in der schweren Zeit des Bürgerkrieges.

Was war das Wesen der neuen Taktik der Konterrevolution?

Das Wesen der neuen Taktik der Konterrevolution bestand darin, vor allem mit Hilfe der kleinbürgerlichen Schichten auf irgend eine Weise eine Machtverschiebung zu erreichen. Bei dieser Taktik war den Menschewiki eine besondere Rolle zugeordnet. Aber auch die russischen Menschewiki waren nicht mehr dieselben wie zur Zeit Kerenskis. Sie waren bereits bei ihren Kollegen der II. Internationale, insbesondere bei Noske und Ebert in die Schule gegangen, die es bereits erprobt hatten, wie man mit Revolutionen fertig wird, wenn man nur die Kommunisten von der Macht fernhält.

Es ging ihnen also darum, zunächst die Bolschewiki von der Macht zu entfernen, d. h., der Sowjetmacht Herz und Hirn zu rauben, um ihr dann den Todesstoß zu versetzen. Die Kommunisten aus den Sowjets vertreiben, bedeutete nichts anderes, als die Diktatur des Proletariats zu Fall bringen.

Diese Taktik hatten die sozialdemokratischen Vertreter in Deutschland 1918 dem Wesen nach bereits erfolgreich gegen die revolutionäre Arbeiterklasse benutzt, um die Revolution abzuviegeln. Davon spricht auch Lenin, als er die Taktik der Feinde in Verbindung mit der neuen Lösung „Sowjets ohne Kommunisten“ entlarvte.

Er schrieb, daß die Kapitalisten und Gutsbesitzer etwa so denken:

„Wir wollen jeden, wer immer es auch sei, sogar Anarchisten, jede beliebige Sowjetmacht unterstützen, damit nur die Bolschewiki gestürzt werden, damit nur eine Verschiebung der Macht herbeigeführt wird! Eindeutlich, ob nach rechts oder nach links, ob zu den Menschewiki oder zu den Anarchisten hin, nur eine Verschiebung der Macht weg von den Bolschewiki, das übrige aber — das übrige werden „wir“, die Miljukow, „wir“, die Kapitalisten und Gutsbesitzer, schon „selber“ besorgen; die Anarchisten, die Tschernow und die Martow werden wir schon hinausprügeln, wie wir es in Sibirien mit den Tschernow und Maiski, wie wir es in Ungarn mit den ungarischen Tschernow und Martow, wie wir es in Deutschland mit den Kautsky, in Wien mit Fr. Adler und Konsorten gemacht haben.“<sup>9)</sup>

Von dieser konterrevolutionären Taktik — „einer nur kleinen Machtverschiebung“, der Ausschaltung der Kommunisten aus den Rillen, hat die Konterrevolution bis heute nicht abgelassen. Im Gegenteil, die konterrevolutionären Ereignisse in Ungarn ließen mit aller Schärfe und Deutlichkeit diese Taktik der Konterrevolution erkennen.

Es lohnt sich, die Ereignisse in Ungarn nochmals vor Augen zu führen und sie in das Licht der Leninischen Erkenntnisse zu stellen, um zu sehen, wie recht Lenin

mit seinen Worten hatte, die er in „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ schrieb: „... daß in einigen überaus wesentlichen Fragen der proletarischen Revolution allen Ländern unvermeidlich bevorsteht, dasselbe durchzumachen, was Rußland durchgemacht hat.“<sup>10)</sup>

Lassen wir den Genossen Marosan, Mitglied des Exekutivkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, sprechen. In seinem Artikel „Rechenschaft“ vom 5. Januar 1937 schreibt er:

„Berichten wir also genauer die ungarischen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit. Am Nachmittag des 23. Oktober findet eine friedliche Demonstration statt, abends handelt es sich bereits um einen bewaffneten Aufstand. Es werden sämtliche militärischen, politischen und Nachrichtenzentralen sowie alle Transportmittel besetzt bzw. beschlagnahmt. Die Anrede „Genosse“ wird abgeschafft, und es entsteht neu der „Herr“. Der Sitz der Parteizeitung wird angegriffen. Jede andere Zeitung kann erscheinen, nur die der Kommunisten nicht.“

Die blutigen, bewaffneten Ereignisse halten tagelang an. Die Partei- und Staatsführung rutscht unter dem Druck der Forderungen der die Straße beherrschenden Konterrevolutionäre immer tiefer herab. Die sich täglich verändernde Zusammensetzung der Regierung ermöglicht die Desorganisation des gesamten staatlichen Lebens, und hinter den mit der Nationalflagge getarnten antikommunistischen, antisowjetischen und antikdemokratischen Lösungen wird das Wesen der Dinge immer deutlicher erkennbar. Am 30. und 31. Oktober trauen sich in immer größerem Umfang und offen alle diejenigen hervor, in deren Interesse der bewaffnete konterrevolutionäre Aufstand erfolgt ist. Bei der Regierung erscheinen — ich bin selbst Zeuge dafür — zuerst die mittleren Gewerbetreibenden und fordern die Aufhebung der 1949 durchgeführten Verstaatlichung, dann erscheinen die Vertreter der Fabrikbesitzer und fordern die Wiederherstellung der Verhältnisse, wie sie vor der Verstaatlichung im Jahre 1948 bestanden. Die Horthy-Offiziere treten in Schlächterordnung an: Die Großgrundbesitzer, die ungarischen Aristokraten wagen sich hervor, um erneut den Grund und Boden in Besitz zu nehmen, um die Produktionsgenossenschaften mit Gewalt zu zerschlagen. Neben ihnen wüten, morden und brandschatzen die bewaffneten Banden der Kulaken.“<sup>11)</sup>

Man kann nur nochmals sagen, wie richtig Lenin die Taktik der Konterrevolution einschätzte, bereits als sie das erste Mal mit ihrer Taktik auftrat. Wie viele Leiden können der siegreichen Arbeiterklasse erspart werden, wenn sie sich auf die Erfahrungen der sowjetischen Arbeiterklasse, die von einer solch erprobten, von Lenin geführten Partei, wie die der Bolschewiki, stützt.

Wieviel Erfahrung des Klassenkampfes steckt in den Worten Lenins:

„So gering oder klein zunächst, wie soll ich mich ausdrücken... die Machtverschiebung, die die Kronstädter Matrosen und Arbeiter erstrebten, gewesen wäre — sie wollten die Bolschewiki in bezug auf den freien Handel

<sup>9)</sup> Ebenda, S. 678.  
<sup>10)</sup> „Aus der Internationalen Arbeiterbewegung“, Nr. 2 (14) vom 28. Januar 1937.

korrigieren — scheinbar keine große Verschiebung, scheinbar dieselben Lösungen: „Sowjetmacht“, mit einer kleinen Änderung oder nur verbessert — in Wirklichkeit aber dienten hier die parteilosen Elemente nur als Sprungbrett, als Stufe, als Brücke, über die die Weißgardisten kamen. Das ist politisch unvermeidlich.“<sup>11)</sup>

Wie richtig hat unsere Partei gehandelt, als sie diese Taktik der Konterrevolution sofort entlarvte und durchkreuzte. Ende Oktober vorigen Jahres, als die Konterrevolution bereits glaubte, den Sieg in der Tasche zu haben und sie sich ansahnte, mit derselben Taktik der Machtverschiebung auch bei uns Unruhen zu stiften, erklärte Genosse Otto Grotewohl eindeutig und für alle unmißverständlich:

„Das könnte den Herrschaften so passen, daß bei uns die Minister wie Puppen ausgewechselt werden können. Aber unsere Minister sind keine Puppen. Das sind Arbeiter, das sind Menschen, die jahrzehntelang die Erfahrungen des Arbeiterlebens selbst erlebt und durchgemacht haben. Die können fühlen und denken mit jedem Arbeiter, kennen seine Bedürfnisse und wissen aus diesem ihrem eigenen Leben heraus ihre Regierungstätigkeit zu gestalten. Bei uns besteht gar kein Anlaß, die Regierung zu verändern, Regierungswechsel — nur weil es Mode ist — machen wir nicht mit. Wir sind für Modekrankheiten vollkommen unempfindlich.“<sup>12)</sup>

Man kann also die neue Taktik der Konterrevolution dahin zusammenfassen, daß es ihr nicht um die Form der Sowjets ging, sondern einzig und allein um den Inhalt der Sowjets, darum, wer an der Spitze der Sowjets steht und damit die Politik der Sowjets bestimmt.

Zum ersten Mal brachte die Konterrevolution die neue Taktik im Kampf gegen die Sowjetrepublik bei der Organisation der konterrevolutionären Meuterei in Kronstadt zur Anwendung, die am 1. März 1921, am Vorabend des X. Parteitag der KPR (B), begann.

Sprachen wir vorher davon, daß — wie Lenin sagte — bis zu einem gewissen Grade die innerpolitischen Spannungen das erste Mal seit Bestehen der Sowjetmacht nicht das unmittelbare Ergebnis eines äußeren Anstoßes waren, so sieht die Sache der Kronstädter Meuterei anders aus. Sie war das eindeutige Resultat einer lange vorbereiteten Organisation — ein Zusammenspiel der äußeren und inneren Konterrevolution, unter unmittelbarer Beteiligung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit Unterstützung der II Internationale

Wer war der Organisator der konterrevolutionären Meuterei in Kronstadt?

Es lohnt sich, sich mit der Vorbereitung der konterrevolutionären Meuterei in Kronstadt etwas ausführlicher zu befassen, weil sie uns bis heute — und gerade heute — sehr viel Lehren vermittelt.

Wir werden noch hören, wie Lenin bereits zu Ausgang des Bürgerkrieges sehr aufmerksam das Klassenverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft beobachtete, daß sich hier das Verhältnis änderte und

Gefahr eines Risses im Bündnis sich abzuzeichnen begann. Aber ein Riß in der Klassengrundlage der Diktatur des Proletariats ist gleichbedeutend mit einem Riß im Fundament des Sowjetstaates. 50X1-HUM

Das begriff auch der Klassenfeind, sowohl der innere als auch der äußere, der sehr gut verstand, daß es ihm nicht mehr möglich sein würde, den Kapitalismus in Rußland zu restaurieren, wenn es der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gelang, das gestörte Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zu festigen.

Es ist ein alter Trick der Konterrevolution, ihr dreckiges Handwerk immer als „spontane Bewegungen des Volkes, Erhebungen und Revolutionen“ auszugeben. Sie brauchen dieses „spontane“ Element zur Tarnung ihrer von langer Hand vorbereiteten konterrevolutionären Anschläge auf die Arbeiterklasse. So war es in Ungarn und so war es, als die Konterrevolution die Meuterei in Kronstadt vorbereitete. Auf dem X. Parteitag der KPR (B) sagte Lenin dazu:

„Zwei Wochen vor den Kronstädter Ereignissen schrieb man bereits in den Pariser Zeitungen, daß in Kronstadt ein Aufstand ausgebrochen sei. Es ist ganz klar, daß wir es hier mit der Arbeit der Sozialrevolutionäre und der ausländischen Weißgardisten zu tun haben; und zugleich lief die Bewegung auf eine kleinbürgerliche Konterrevolution, auf kleinbürgerliche Anarchie hinaus.“<sup>13)</sup>

Es ist durchaus kein Zufall, daß Pariser Zeitungen zwei Wochen vorher aus der Schule plauderten. Der ganze konterrevolutionäre Plan wurde in Paris in enger Zusammenarbeit mit dem französischen Generalstab ausgearbeitet.

Natürlich wurden durch die Konterrevolution auch „Räte und Komitees“ gebildet. So kam bereits am 2. Tag der Meuterei ein „Provisorisches Revolutionskomitee der Matrosen, Rotarmisten und Arbeiter“ zustande, das vorab, auf „parteiloser“ Basis zu beruhen, in Wirklichkeit aber von den Menschewiki und Sozialrevolutionären geleitet wurde. Also auch „Parteilosigkeit“ diente als Tarnung der Konterrevolution. Dieses „parteilose“ Arbeiterkomitee“ stellte vor allem solche Lösungen auf, wie Neuwahl der Sowjets, Einführung des freien Handels, Aufhebung der Ableferungspflicht. Mit diesen Lösungen, die klar auf das unzufriedene, schwankende kleinbürgerliche Element abgestimmt waren, versuchten sie dieses auf ihre Seite zu ziehen, wie überhaupt das Schwanken der kleinbürgerlichen Elemente 50X1-HUM

Lenin schätzte deswegen auch klassenmäßig die konterrevolutionäre Meuterei in Kronstadt als kleinbürgerliche Konterrevolution ein, die in einem kleinbürgerlichen Lande mit geringem Proletariat — wie es Rußland 1921 war — weit gefährlicher war als alle weißgardistischen Generale zusammengenommen. Ort und Zeit waren auch nicht zufällig gewählt worden. Die Imperialisten unterstützten die Meuterei vor allem über Estland. Die Lage Kronstadts, als Schlüssel für Petrograd, war für die Konterrevolution außerordentlich günstig, zumal die Kronstädter Garnison ihrer alten revolutionären Garde

<sup>11)</sup> W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in 12 Bänden, Bd. 9, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau-Leningrad 1938, S. 106.  
<sup>12)</sup> „Neues Deutschland“ vom 28. Oktober 1936.  
<sup>13)</sup> W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in 12 Bänden, Bd. 9, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau-Leningrad 1938, S. 105.

entblößt war und die neuen Rekruten — meist Bauernsöhne — einen günstigen Boden für ihre konterrevolutionären Losungen bildeten.

Der Zeitpunkt des Aufstandes war auch nicht zufällig gewählt worden. Die Sowjetmacht führte damals eine Reihe Verhandlungen — in Moskau befanden sich eine türkische und eine parisische Delegation —, desgleichen liefen Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Polen. Die Imperialisten versuchten, um jeden Preis die Verhandlungen mit ihrem nächsten Nachbarn zum Scheitern zu bringen. Auch diesem Ziel sollte die Kronstädter Meuterei dienen.

Aber wie sorgfältig die Konterrevolution auch ihr Werk vorbereitete, sie sollte ein Fiasko erleiden. Um den konterrevolutionären Aufstand im Keim zu ersticken und so einen neuen Bürgerkrieg zu verhindern, mußte die Kommunistische Partei schnell und entschlossen handeln. Die Taktik des Feindes, die Festung so lange zu halten, bis die zugeflossene Kronstädter Bucht eisfrei und für die auf der Lauer liegenden englischen Kriegsschiffe befahrbar wurde, mußte um jeden Preis durchkreuzt werden. Die Kronstädter Meuterei wurde nach vorherigem Artilleriebeschuss am 18. März durch 300 nachgerückte mit Genossen Worschlow an der Spitze niedergeschlagen.

Die Lage innerhalb der Partei in der Periode des Übergangs zur friedlichen Arbeit bei der Wiederherstellung der Volkswirtschaft

Die Parteidiskussion über die Gewerkschaften

Die Kronstädter Meuterei deckte die konterrevolutionäre Tätigkeit der Menschewiki und Sozialrevolutionäre auf. Bereits während der Kronstädter Meuterei bestand ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den Kronstädter Meutereien und sämtlichen parteifeindlichen Gruppierungen, mit den Trotzkisten an der Spitze. Die Eigenart der „Kronstädter Methode“ bestand ja gerade darin, von dem hoffnungslosen konterrevolutionären Versuch, unter weißgardistischer Flagge die Sowjetmacht zu stützen, überzugehen zur Sammlung aller parteifeindlichen Elemente innerhalb der Partei, zum Kampf gegen die Parteilinie. Die historische Leninsche Resolution „Über die Einheit der Partei“, angenommen auf dem X. Parteitag der KPR (B), deckt gerade diesen Zusammenhang auf, indem darauf hingewiesen wird, daß die Feinde des Proletariats auch nur die kleinste Abweichung von der strengen, konsequenten Einhaltung der Generallinie („... kommunistischen Linie“) der Partei ausnutzen, ja sogar bereit waren, die Lösung des Sozialsystems zu akzeptieren, um nur die Diktatur des Proletariats zu Fall zu bringen. Vor allem waren es die Sozialrevolutionäre, die die Losungen des konterrevolutionären Aufstandes angeblich im Namen der Sowjetmacht, gegen die Sowjetregierung Rußlands ausnutzten.

Sehr bezeichnend für die rührige Tätigkeit der Sozialrevolutionäre und Menschewiki in jenen Tagen ist ein Bericht der Tscheka vom 24. Juni 1921. Drei Monate nach der Zerschlagung der Kronstädter Meuterei, als sich die Sicherheitsorgane der Sowjetmacht die erste Übersicht über die verschiedenen Verschwörungen gegen die Diktatur des Proletariats verschafften, schrieb die „Iwestija“:

„Bezeichnend für diese Parteien (Menschewiki) ist die Tatsache, daß bei allen Verschwörungen gegen die Sowjetmacht, die durch die Tscheka aufgedeckt wurden, immer irgend eine Gruppe von Menschewiki aufgetaucht wird, die an der dreckigen, illegalen konterrevolutionären Tätigkeit beteiligt ist.“<sup>1)</sup>

Standen die Menschewiki und Sozialrevolutionäre offen auf der anderen Seite der Barrikade, so heißt das nicht, daß es auch nicht innerhalb der Partei Leute gab, die entweder bewußt dem Feind in die Hände spielten, oder dem Druck des Gegners erlagen und so die Kampfkraft der Partei, die in solchen Zeiten eine militante Disziplin braucht, aufs gefährlichste schwächten. Jedes Debattieren und jede unnötige Diskussion nutzen in solcher Lage dem Klassengegner. Dabei muß man in Rechnung setzen, daß der Gegner bestrebt ist und es auch versteht, sich sogar in Kommunisten, ja sogar in radikalste Kommunisten umzufärben.

„So und nicht anders muß man auch die Gewerkschaftsdiskussion, die von den Trotzkisten in dieser Zeit heraufbeschworen wurde, betrachten. Stellt man für diese Diskussion das Leninsche Kriterium „Wem nützt es?“, so gibt es nur eine Antwort:

*In einer Zeit, wo der Klassenfeind offen die Diktatur des Proletariats enttarnt, dient jede Bewegung und Diskussion, die die Partei von ihrer Hauptaufgabe, der Verteidigung der Macht der Arbeiterklasse ablenkt, objektive der Konterrevolution; dabei spielt das subjektive Wollen oder Nichtwollen nur eine untergeordnete Rolle. Dadurch, daß die Kräfte der Partei gebunden werden, paßt in solchen Zeiten solch eine Diskussion vollkommen in die Konzeption der Konterrevolution.*

„So kam der Kampf aller parteifeindlichen Gruppierungen gegen die Leninsche Einheit der Partei zur Zeit der Gewerkschaftsdiskussion einer direkten Unterstützung der Kronstädter Meuterei zugute, diente objektiv der Konterrevolution. Besonders die Trotzkisten und Sinowjew hielten jeta — da die Partei sich in Schwierigkeiten befand — die Zeit für gekommen, um erneut ihre Angriffe gegen die Leninsche Einheit der Partei zu richten.“

Die Ausfälle der Trotzkisten gegen die Partei ermutigten natürlich auch die Oberreste anderer parteifeindlicher Gruppierungen, wie „linke Kommunisten“ mit Bucharin an der Spitze, die „Arbeiteropposition“, die „demokratischen Zentralisten“ u. a. (Auf ihre politische Konzeption werde ich noch später eingehen)

Alle glaubten nun, die Freiheit zu haben und auf die Partei Schmutz werfen zu können. So unterminierten die Trotzkisten und andere Gruppierungen in diesem entscheidenden Moment des Übergangs zum friedlichen Aufbau die notwendige Einheit und Geschlossenheit der Partei. Versuchten die äußeren Feinde, den Ruin der Volkswirtschaft zum Sturz der Sowjetmacht auszunutzen, so schreckten die schwankenden Elemente, ob sie sich „links“ drapierten oder rechts standen, vor den großen Schwierigkeiten zurück, und erlagen dem Druck des Feindes. So war für den Kampf der internationalen Bourgeoisie gegen Sowjetrußland für das Jahr 1921 besonders das Zusammenwirken des ökonomischen und militärischen Kampfes charakteristisch, der Versuch, den Sturz von außen mit dem Sturz aus dem Inneren heraus zu vereinigen.

<sup>1)</sup> „Iwestija“ vom 24. Juli 1921.

Der Partei war es klar, daß die Lage sich auf das Äußerste zugespitzt hatte. Um die werktätigen Massen zu stützen und ihre Lage zu verbessern, um das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft zu festigen, um das junge Sowjetland zu retten und das Werk fortzusetzen, das auf den Oktoberbarrikaden so ruhmvoll begonnen wurde, war es notwendig, klug, entschlossen und schnell zu handeln, um die Wunden zu heilen, die vier Jahre imperialistischer Krieg und drei Jahre Bürgerkrieg geschlagen hatten.

Die Gewerkschaftsdiskussion

Um die schweren Wunden zu heilen, die der Krieg geschlagen hatte, um den Umbau der ökonomischen Grundlagen des Landes nach sozialistischen Prinzipien zu ermöglichen, war die breiteste Heranziehung der Arbeiterklasse und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen notwendig. Lenin betonte, „... für alle neuen Produktionsaufgaben eine auf Überzeugung gegründete breite und solide Basis...“ zu schaffen.<sup>1)</sup>

Lenin entwickelte deshalb im Zusammenhang mit seinen grundlegenden Darlegungen über die Organisation des sozialistischen Aufbaus und die Aufgaben der Arbeiterklasse, als der führenden Kraft hierbei seine Lehre von der Errichtung des Sozialismus mit nicht-sozialistischen Händen. Hiermit schuf er eine wichtige Methode zur Verwirklichung seines Planes für den sozialistischen Aufbau.

Auf dem XI. Parteitag der KPR (B) bezeichnete Lenin das Vorhaben, die kommunistische Gesellschaft allein mit den Händen der Kommunisten aufzubauen, als „eine ganz kindliche Idee“. Er führte aus, daß die Kommunisten nur ein Tropfen im Volksmeer sind und die Wirtschaft nur dann leiten können, wenn sie von den anderen Teilen der Volksmassen lernen und sie zum Aufbau heranziehen.

Diese Politik beruht u. a. eben auf der richtigen Anwendung der Leninschen Lehre, daß es für den Sieg des Sozialismus nicht nur möglich, sondern unumgänglich ist, die opfervollen Heldenkämpfe der Arbeiterklasse beim sozialistischen Aufbau durch Millionen nichtproletarischer Hände zu unterstützen, wobei diese Millionen Hände durch die Arbeiterklasse und ihre Partei geführt werden müssen.

Vor allem aber lehrt der Leninismus, daß zur Lösung der Fragen des sozialistischen Aufbaus die Partei der Arbeiterklasse es verstehen muß, die ganze Klasse d. h. die Masse der Arbeiterklasse zu gewinnen. Diese Aufgabe kann in der Periode des sozialistischen Aufbaus nur vermittelt der Gewerkschaften als der breiten Organisation der Arbeiterklasse gelöst werden. Diese Aufgabe kann nur gelöst werden, wenn die führende Rolle der Partei innerhalb der Gewerkschaften gesichert ist, wenn die Partei und Gewerkschaft ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse nicht auf Methoden des militärischen Befehls und des Zwanges aufbaut, sondern in der Hauptsache ihre Politik auf der Methode der Überzeugung durchführt. Gegen diese, von der Partei gegebenen Linie, traten die Feinde innerhalb der Partei auf. Sie zwangen der Partei eine Diskussion über die

Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften auf. Die Frage der Gewerkschaften war zu jener Zeit nicht die Hauptfrage der Parteipolitik. Lenin kennzeichnete diese Diskussion über die Gewerkschaften als einen für die Partei „unerlaubten Luxus“.

Wenn Lenin sagte, daß die Gewerkschaftsdiskussion ein unerlaubter Luxus war, so deshalb, weil die Partei schon klar und deutlich die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften dargelegt hatte. Das war im Programm der Partei — angenommen auf dem VIII. Parteitag der KPR (B) —, wie auch besonders auf dem IX. Parteitag geschehen, wo eine Resolution „Zur Frage der Gewerkschaften und ihrer Organisationen“ angenommen wurde.

Vor allem aber lenkte diese Diskussion die Partei von den zwingenden wirtschaftlichen Aufgaben ab. Und hier auf dieser Ebene trafen sich die Feinde innerhalb der Partei mit den Kronstädtern, und darin bestand auch das Hauptverbrechen der Trotzkisten in dieser Zeit.

Die Feinde der Sowjetmacht hatten sich überzeugen müssen, daß weder der offene Bürgerkrieg, Blockade und Intervention, noch die Methode „Kronstadt“<sup>2)</sup> SOX1-HUM wjetmacht auf die Knie zwingen konnten.

Nun, da alle diese Formen des Kampfes der Bourgeoisie an der Kraft der Arbeiterklasse, die von der kommunistischen Partei sicher durch alle Stürme geführt wurde, gescheitert waren, sahen die Feinde eine neue Chance für ihre konterrevolutionären Pläne, die Partei von innen heraus zu sprengen, um damit die Arbeiterklasse der Führung zu berauben, um so leichter den Kapitalismus wiederherstellen zu können. Die Feinde hatten sich schon überzeugen müssen, daß ihren konterrevolutionären Zielen ein unüberwindliches Hindernis im Wege stand: die Kampfkraft der Partei, die entscheidend von der Einheit und Geschlossenheit ihrer Reihen abhängt. Deswegen spielte auch auf allen Parteitagen der KPR (B) jener Periode der NÖP, auf dem X, XI, XII, XIII und XIV. Parteitag der Kam SOX1-HUM die Einheit der Partei die ausschlaggebende Rolle.

Die Stellung zur Einheit der Partei wurde zum Kriterium für alle Fragen der Übergangsperiode. Von diesem Standpunkt aus, muß man auch jede fraktionelle Tätigkeit und Gruppierung betrachten und konkret die Trotzkis, die in seiner Plattform zum Ausdruck kommt.

Im Grunde genommen hatten auch alle anderen Plattformen, sowohl die Plattform Bucharins als auch die Plattform der „Arbeiteropposition“ der „Gruppe des demokratischen Zentralismus“, dasselbe Ziel: den Übergang zur NÖP zu verhindern. Die trotzkistische Plattform aber war die gefährlichste. Sie war deswegen so gefährlich, weil sie in der Endkonsequenz dar — führt hätte, die Partei von den Massen zu trennen SOX1-HUM

Die Trotzkisten forderten die „Anziehung der Daumenschrauben und die Durchtrütlung der Gewerkschaften“. An Stelle der Methode der Überzeugung in der Gewerkschaftsarbeit und der Entfaltung der innergewerkschaftlichen Demokratie forderten sie die „sofortige Verstaatlichung der Gewerkschaften“ und die Übertragung der militärischen Methoden des Zwanges, der Hauptmethoden zur Zeit des Kriegskommunismus, auf die Gewerkschaftsarbeit.

Die Gewerkschaften sollten als freiwillige Massenorganisationen liquidiert werden, die führende Rolle

<sup>1)</sup> W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXVI, Verlag für fremdsprachliche Literatur, Moskau 1946, S. 92.

der Partei sollte zunichte gemacht werden. Eine solche Politik hätte unweigerlich zum Untergang der Diktatur des Proletariats geführt. Trotzki fand in seinem Kampf gegen Lenin und die Partei auch bei Bucharin mit seiner „Produktionsdemokratie“ Unterstützung, der, wie Lenin einmal sagte, besondere Vorliebe für „verschönernde Schlagworte“ besitzt. In Verbindung mit der Gewerkschaftsdiskussion sagte Lenin: „Genosse N. I. Bucharin, weniger Wertverrenkungen! Das wird für Sie, für die Theorie und für die Republik von Nutzen sein.“<sup>17)</sup> Gegen diesen Angriff der Trotzkiisten, der sich gegen die Diktatur des Proletariats richtete, der das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft sprengen sollte, trat Lenin mit aller Entschiedenheit auf. Da die Hauptkraft der parteifeindlichen Gruppierungen die Trotzkiisten waren, führte die Partei auch den Hauptschlag gegen sie.

Auf dem Plenum des ZK im November 1920 wandte sich Lenin gegen die politisch schädliche und gefährliche trotzkistische Plattform. Am 30. Dezember 1920 sprach Lenin in einer Versammlung der bolschewistischen Deputierten des VIII. Sowjetkongresses und der Funktionäre der Gewerkschaften und entlarvte die Trotzkiisten. Er wies ihnen nach, daß sie die Gewerkschaften mit militärischen Organisationen verwechseln und zeigte ihr Bestreben, die Gewerkschaften der Partei entgegenzustellen.

In seinen Arbeiten „Die Krise der Partei“, „Über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler des Genossen Trotzki“ und „Noch einmal über die Gewerkschaften“, die Lenin im Jahre 1921 schrieb, richtete er vernichtende Schläge gegen die oppositiven Gruppen. Lenin entwickelte in diesen Arbeiten die marxistische Stellung zu den Gewerkschaften in der Epoche der Diktatur des Proletariats. Vor allem klärte Lenin die Frage, welchen Platz die Gewerkschaften im System der Diktatur des Proletariats einnehmen.

„Ihrem Platz im System der Diktatur des Proletariats kann stehen die Gewerkschaften — sagt Lenin —, wenn man sich so ausdrücken darf, zwischen der Partei und der Staatsmacht.“<sup>18)</sup>

Der Leninismus lehrt, daß beim Übergang von Sozialismus die Diktatur des Proletariats unvermeidlich ist; die Diktatur des Proletariats aber kann nicht durch die gesamte Arbeiterklasse verwirklicht werden. Die Avantgarde, der Vortrupp des Proletariats, der in der revolutionären Partei organisiert ist, verwirklicht die Diktatur des Proletariats im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft. Aber die Diktatur des Proletariats kann ihre staatlichen Funktionen nicht ausüben ohne ein solides Fundament wie die Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften stellen die Verbindung des Vortrupps mit den Massen her.

Da sich die Diktatur des Proletariats nicht durch eine das Gesamtproletariat umfassende Organisation verwirklichen läßt, ergibt sich, daß die Diktatur des Proletariats außer den Transmissionsriemen der Gewerkschaften noch eine „ganze Reihe von Zahnrädern“ benötigt. In der Auseinandersetzung mit Trotzki zur Gewerkschaftsfrage sagt Lenin:

„Die Diktatur (des Proletariats H. A.) läßt sich nicht verwirklichen ohne einige Transmissionen von der Avantgarde zur Masse der fortgeschrittenen Klasse und von dieser zur Masse der Werktätigen.“<sup>19)</sup>

„Die Gewerkschaften sind — betont Lenin — nicht nur historisch notwendig, sondern eine historisch unvermeidliche Organisation des Industrieproletariats, das unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats fast restlos von ihr erfaßt wird, d. h. daß bei der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats die Rolle der Gewerkschaften äußerst wichtig ist.

Aber welche Aufgaben haben die Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats?

Sie sind einigermaßen kompliziert und man muß sie gut verstehen. Zwar sind die Gewerkschaften . . . eine Organisation der herrschenden, machtausübenden Klasse, die die Diktatur verwirklicht, jener Klasse, die den staatlichen Zwang ausübt. . .“<sup>20)</sup>

Die Gewerkschaften sind also eine Organisation der Diktatur des Proletariats — also einer Klasse, die staatlichen Zwang ausübt. Die Gewerkschaften sind aber keine staatlichen Organisationen, keine Organisationen des Zwanges. Die Gewerkschaften, betont Lenin, sind eine erzieherische Organisation.

„ . . . sie sind eine Schule, eine Schule des Verwaltens, eine Schule des Wirtschaftens, eine Schule des Kommunismus.“<sup>21)</sup>

Wenn wir also von den Gewerkschaften als Schulen des Kommunismus sprechen, so ist darunter zu verstehen, daß die Gewerkschaften die Aufgabe haben, aus ihren Reihen die Kräfte zu stellen, die von den Staatsorganen zur unmittelbaren Leitung der nationalisierten Betriebe, zur Leitung des Staates, eingesetzt werden können. Sie haben die Aufgabe, diese Kräfte zu fördern und zu schulen, die breitesten Arbeitermassen zur entscheidenden Teilnahme am sozialistischen Aufbau und zur Arbeit in der staatlichen Verwaltung heranzuziehen.

Das ist die Rolle der Gewerkschaften im System der Diktatur des Proletariats als Schulen des Kommunismus, so wie es Lenin lehrt.

Die von Trotzki der Partei aufgezogene Gewerkschaftsdiskussion hatte in Wirklichkeit eine Bedeutung, die weit über die Gewerkschaftsfrage hinausging. In einer späteren Resolution eines ZK-Plenums (17. Januar 1925) wird festgestellt, daß die Diskussion um die Gewerkschaft in Wirklichkeit . . . um das Verhältnis zur Bauernschaft ging, die sich gegen den Kriegskommunismus wandte, um das Verhältnis zur parteilosen Arbeitermasse, überhaupt um das Herangehen der Partei an die Massen in einem Zeitschnitt, wo der Bürgerkrieg bereits zu Ende ging.“<sup>22)</sup>

Bis jetzt haben wir immer davon gesprochen, daß die Gewerkschaften eine Organisation der Arbeiterklasse sind, was haben nun die Bauern dabei zu tun? Warum ging es um das Verhältnis zur Bauernschaft? Die Bauern sind ja gar nicht in den Gewerkschaften organisiert. Wir haben gerade erklärt, daß die Diktatur des Proletariats sich nicht verwirklichen läßt, ohne einige Transmissionen

<sup>17)</sup> Ebenda, S. 84.  
<sup>18)</sup> Ebenda, S. 74.  
<sup>19)</sup> Ebenda.  
<sup>20)</sup> KPdSU in Resolutionen, Bd. I, S. 311.

von der Avantgarde zur Masse der fortgeschrittenen Klasse und von dieser zur Masse der Werktätigen, also von der Vorhut der Klasse, d. h. der Partei zur ganzen Klasse und von der ganzen Klasse zur großen Masse der Werktätigen überhaupt.

Wer war aber in Sowjetrußland in jenen Jahren diese Masse? Diese Masse war eben die Büvnerschicht, Anfang der zwanziger Jahre betrug diese Masse z. B. in der RSFSR 80 Prozent der Bevölkerung.

Deswegen sagte Lenin:

„In Rußland ist diese Masse die Bauernmasse, in anderen Ländern gibt es eine solche Masse nicht, aber selbst in den am weitesten vorgeschrittenen Ländern gibt es eine nichtproletarische oder nicht rein proletarische Masse.“<sup>23)</sup>

So sieht es also mit der prinzipiellen Stellung der Gewerkschaften in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus aus und so muß man die konkrete Frage sehen, daß die Gewerkschaftsdiskussion gleichzeitig eine Frage der Bauernschaft, oder — vereinnandernd — eine Frage des Verhältnisses zur Masse ist.

Die Kenntnis des Leninischen Standpunktes über die Gewerkschaften, die Kenntnis der richtigen Methoden der Führung der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften, wie sie von Lenin ausgearbeitet wurden, ist von großer aktueller Bedeutung. Die Gewerkschaften als Organisationen, die berufen sind, die Verbindung der Avantgarde mit den Massen herzustellen, können aber die Rolle als Transmissionen nur erfüllen, wenn die Arbeiter die Gewerkschaften als ihre eigenen Organisationen betrachten. Diese Erkenntnis wird von den Arbeitermassen aber nur dann gewonnen werden, wenn die Gewerkschaften konsequent die Interessen der Arbeiterklasse vertreten. Die Gewerkschaften können dies jedoch nur dann, wenn sie von der Partei der Arbeiterklasse ideologisch-politisch geführt werden. Sie können es dann, wenn in den Gewerkschaften nicht, wie das Trotzki tat, mit militärischen Methoden, sondern mit der Hauptmethode der Überzeugung, mit der Methode der proletarischen Demokratie, gearbeitet wird.

Lenin betonte auf dem X. Parteitag:

„Vor allem müssen wir überzeugen und dann erst Zwang anwenden. Wir müssen um jeden Preis zuerst überzeugen und dann erst Zwang anwenden!“<sup>24)</sup>

In einer anderen Arbeit „Über die Gewerkschaften, die Lage und die Fehler Trotzki“ kennzeichnet Lenin gerade die Frage danach, wie man an die Massen herantreten, die Massen gewinnen, sich mit ihnen verbinden kann, als den springenden Punkt der Meinungsverschiedenheiten mit den Trotzkiisten.

Aus den vorher zitierten Worten Lenins sehen wir bereits, daß die Methode der Überzeugung, Elemente des Zwanges nicht ausschließt. Es ist unmöglich, in der Epoche der Diktatur des Proletariats auf den Zwang zu verzichten

<sup>23)</sup> W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXVI, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1946, S. 83.  
<sup>24)</sup> Lesematerial für das Studium der Geschichte der KPdSU, Kapitel VIII/IX, S. 284.

Fragen des Herangehens an die Massen

Wenn Lenin sagte, daß die Methode der Überzeugung Elemente des Zwanges nicht ausschließt, so ist damit nicht gesagt, daß Lenin und die Partei unter Anwendung von Zwang das gleiche verstanden, wie die Trotzkiisten.

Die Trotzkiisten waren für die Anwendung des Zwanges als der einzigen Methode der gewerkschaftlichen Arbeit.

Lenin war, wenn es die Lage erforderte — für eine militante Disziplin beim Vortrupp der Arbeiterklasse; Trotzki aber versuchte militärische Methoden der Arme auf die Gewerkschaften, die die ganze Klasse erfassen, zu übertragen.

Mit der halb bürokratischen, halb militärischen Linie in der Gewerkschaftsarbeit versuchte Trotzki den Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften zu sprengen, zu spalten. Spaltung in der Gewerkschaft aber, wo die Masse des Proletariats organisiert ist, bedeutete folglich Spaltung in der Masse des Proletariats.

Nicht umsonst richteten die Feinde des Proletariats in Situationen, wo sich die Partei der Arbeiterklasse in Schwierigkeiten befindet, ihren verstärkten Angriff gegen die Einheit der Gewerkschaften. Dieser Versuch wurde am 17. Juni bei uns von der Konterrevolution unternommen, scheiterte aber an der Geschlossenheit der Partei, die die Gewerkschaften führt.

In Ungarn zeigten uns die Ereignisse, wie wichtig es ist, den Leninischen Hinweis zu beachten, daß die Gewerkschaften nicht Transmissionsriemen irgendeiner Organisation sind und damit zum Turmleplat der Reaktion werden können, sondern Transmissionsriemen des Vortrupps der Arbeiterklasse — der Kommunistischen Partei.

Wie sah Lenin das Verhältnis von Überzeugung und Zwang?

Bei der Fragestellung muß man mehr als bei irgendeinem anderen Problem vom Kriterium des Klassenstandpunktes der Arbeiterklasse herangehen. Das ist um so notwendiger, weil die Feinde der Arbeiterklasse gerade bei dieser Fragestellung Verwirrung in die Arbeiterklasse hineintragen wollen. Lenin wußte sehr gut, was Zwang und Gewalt in der Hand der Diktatur des Proletariats bedeuten. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion hat es wiederholt sowohl theoretisch begründet als auch ausgezeichnet verstanden, in der Praxis Zwang und Gewalt im Interesse der Diktatur des Proletariats, im Interesse der Erhaltung des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates anzuwenden.

Auf dem V. Allrussischen Sowjetkongreß im Dezember 1920 wies Lenin darauf hin, daß in einem kleinbäuerlichen Land die Hauptaufgabe darin besteht, es zu verstehen, zum staatlichen Zwang überzugehen, um die bäuerliche Wirtschaft zu heben, daß das aber nur erreicht werden kann, wenn die Sowjets verstehen, neun Millionen Bauern, die darauf nicht vorbereitet sind, zu überzeugen. Lenin sagte:

... es muß dafür gesorgt werden, daß der Zwangsapparat belobt und gestärkt, fundiert und entfaltet sei für einen neuen Schwung der Überzeugung.<sup>22)</sup>

Denselben Gedanken finden wir bei Lenin noch einmal wieder in der Auseinandersetzung mit Trotzki, wo Lenin darauf hinweist,

... daß wir dann richtig und erfolgreich Zwang anwenden, wenn wir es verstanden, vorher für ihn eine Basis durch Überzeugung zu schaffen.<sup>23a)</sup>

So stellt also Lenin das Problem Zwang und Überzeugung gegenüber dem Verbündeten dar. Aber auch dem Verbündeten gegenüber ist das Kriterium der Klassenstandpunkte des Proletariats, die Erhaltung der Diktatur des Proletariats.

Wenn es um die Feinde der Arbeiterklasse ging, hat die siegreiche Diktatur des Proletariats nie gezögert, Gewalt bis zur letzten Konsequenz anzuwenden und das Moment der Überzeugung voll und ganz dem der Gewalt unterzuordnen. Das war der Fall, als es um die Befreiung des Sowjetlandes von der Konterrevolution und den ausländischen imperialistischen Interventionen ging. Als schmerzhaft der VIII. Parteitag der KPdSU die Notwendigkeit begründete, in der Armee vorwiegend die Methode des Zwanges anzuwenden, ging die Partei davon aus, daß sich die Armee aus zwei verschiedenen sozialen Gruppen, Arbeiterklasse und Bauern, zusammensetzt, daß die Armee in der Hauptsache aus Bauern besteht, daß die Bauern aber nicht ohne weiteres für den Sozialismus kämpfen werden, daß man sie aber zwingen kann und muß, in ihrem eigenen Interesse für den Sozialismus zu kämpfen. Darum kamen solche rein militärischen Methoden der Einwirkung zustande, wie das System der Kommissare mit den politischen Abteilungen, Revolutionstribunale, Disziplinarstrafen, Besetzung der Funktionen durch Ernennung usw.

Die sowjetische Arbeiterklasse zog damit nur die notwendigen Lehren aus der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, die an Beispielen reich ist, die zeigen, daß dort, wo die Partei der Arbeiterklasse es verümt hat, im Interesse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen Gewalt und Zwang gegenüber den Feinden des Proletariats anzuwenden, sie es immer mit Blut bezahlt hat.

Die Sowjetmacht hat auch vollkommen richtig gehandelt, daß sie in dem Moment, als sich im Herzen Europas, im faschistischen Deutschland, 1933 ein gefährlicher Kriegsherd bildete, eine Reihe von Sicherungsmaßnahmen im Innern und nach außen ergriß. Das war um so notwendiger, als damals die Sowjetmacht als einziger proletarischer Staat auf sich allein gestellt war.

So zeigen die historischen Erfahrungen des revolutionären Klassenkampfes, daß der Grad der Anwendung von Gewalt und Zwang immer von den jeweiligen Klassenverhältnissen der beiden Grundklassen — dem Proletariat und der Bourgeoisie — sowohl im eigenen Lande als auch außerhalb des Landes abhängig ist.

Lenin sprach ganz klar und unumwunden davon, warum die Arbeiterklasse das Recht und die Pflicht hat, wenn notwendig, auch Zwang anzuwenden.

<sup>22)</sup> W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXVI, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1940, S. 46.  
<sup>23a)</sup> Ebenda, S. 92.

„Die Diktatur des Proletariats war erfolgreich, weil es verstand, Zwang mit Überzeugung zu vereinen. Die Diktatur des Proletariats scheut nicht Zwang und schroffe, entschiedene, rücksichtslose Ausübung des staatlichen Zwanges, denn die fortgeschrittene Klasse, die durch den Kapitalismus am meisten unterdrückt wurde, hat das Recht, diesen Zwang anzuwenden, denn sie tut es im Namen der Interessen aller Werktätigen und Ausgebeuteten und besitzt Mittel des Zwanges und der Überzeugung, über die keine einzige der früheren Klassen verfügt hat, obwohl sie unvergleichlich mehr materielle Möglichkeiten der Propaganda und Agitation hatten als wir.“<sup>23)</sup>

Ein Beispiel der Anwendung von Zwang im Interesse aller Werktätigen ist die Niederschlagung der konterrevolutionären Meuterei in Kronstadt durch die Sowjetmacht

Ja, werden einige sagen, aber Kronstadt war doch eine Sache der Konterrevolution, da ist doch alles klar. Organisiert und angeführt wurde die Kronstädter Meuterei von Weißgardisten, die — wie gesagt — Hand in Hand mit den Menschewiki und Sozialrevolutionären arbeiteten. Wenn man sich nun die Frage vorlegt, wem dieser Zwang und die Gewalt der Diktatur des Proletariats getroffen hat, so muß man natürlich sehen, daß in Kronstadt nicht nur 10 000 ausgesuchte Weißgardisten und Kulakensöhne, sondern auch eine Minderheit von geklassierten Arbeitern und insbesondere mit der Pflichterfüllung unzufriedenen Bauernsöhnen waren, die davon betroffen wurden. Auch ein Teil irreführender Arbeiter und Matrosen war dabei, die den Lösungen der Konterrevolution auf den Leim gingen, die sich sagten: „Sie sind ja für die Sowjetmacht, haben sogar Komitees, uns geht es schlecht — vielleicht bringt ihre Lösung vom freien Handel mehr Fleisch und Brot.“

Und trotzdem hat die Partei tausendmal richtig gehandelt, als sie — nachdem die Meuterei ein Ultimatum ablehnten — den Befehl gab, die Geschütze auf die Meuterei von Kronstadt zu richten. Der X. Parteitag der KPdSU (B) hat vollkommen richtig gehandelt, als er auch nicht eine Minute zögerte, 300 Delegierte des Parteitagess mit Woroschilow an der Spitze abzukommandieren, um die Meuterei niederzuschlagen. Die 300 bewaffneten Kommunisten mit einem Mitglied des ZK an der Spitze haben in diesem Fall vollkommen im Auftrage und im Interesse der gesamten Klasse und aller Werktätigen gehandelt, als sie einen gefährlichen Herd der Konterrevolution mit Geschützsalven und Gewehren niederschlugen, auch wenn sich unter 10 000 Meuterern eine Minderheit irreführender Arbeiter, Bauern und Matrosen befand. So ist die Niederschlagung der Kronstädter Meuterei ein Beispiel der richtigen Anwendung von Zwang und Gewalt im Interesse der Gesamtheit der Arbeiterklasse und damit aller Werktätigen.

Ich bin deswegen so ausführlich auf das Verhältnis von Überzeugung und Zwang eingegangen, weil es die ganze internationale Lage erforderlich macht, sich über solche lebenswichtigen Probleme der Diktatur des Proletariats vollkommene Klarheit zu verschaffen.

<sup>23)</sup> Lesematerial für das Studium der Geschichte der KPdSU, Kapitel VIII und IX, S. 133.

Aber auch Kronstadt ändert nichts an der Sache, daß die Hauptmethode der gewerkschaftlichen Arbeit unter den Massen die Methode der Überzeugung ist, daß man nicht mit militärischen Methoden innerhalb der Gewerkschaften die Massen für den sozialistischen Aufbau gewinnen kann. Die Arbeiterklasse ist eine Klasse, die Kraft ihrer ökonomischen Lage zum Sozialismus hinstrebt. Sie ist der kommunistischen Agitation leicht zugänglich und organisiert sich freiwillig in den Gewerkschaften. Darum bildet die Arbeiterklasse die Grundlage des proletarischen Staates, darum muß man bei der Arbeit in den Gewerkschaften überwiegend die Methode der Überzeugung zugrunde legen. Daraus entwickeln sich solche rein gewerkschaftlichen Methoden der Einwirkung, wie die Aufklärung, die Massenpropaganda, die Entfaltung der Eigeninitiative der Arbeitermassen, die Wählbarkeit usw.

Um ein solches Land wie Sowjetrußland mit einer damaligen Bevölkerung von etwa 140 Millionen, wovon 80 Prozent Bauern waren, regieren zu können, muß die Sowjetmacht, muß die Diktatur des Proletariats das feste Vertrauen der Arbeiterklasse besitzen, denn nur durch die Arbeiterklasse und mit den Kräften der Arbeiterklasse läßt sich ein solches Land verwalten. Um aber das Vertrauen der Mehrheit der Arbeiter zu erhalten und zu festigen, ist es notwendig, die Bewußtheit, die Selbsttätigkeit und die Initiative der Arbeiterklasse systematisch zu entfalten, ist es notwendig, die Arbeiterklasse systematisch im Geist des Kommunismus zu erziehen, sie dazu in den Gewerkschaften zu organisieren und zum kommunistischen Aufbau heranzuziehen.

Mit den Methoden Trotzki's, das heißt mit den Methoden des Zwanges und der „Durchrüttelung“ konnte diese Aufgabe nicht gelöst werden.

#### Über die Arbeiteropposition

War die durch Trotzki's hervorgerufene Gewerkschaftsdiskussion die eine Richtung des Kampfes gegen die Partei, so trat die von Schlapnikow geführte „Arbeiteropposition“ von der anderen Seite gegen die Leninische Einheit der Partei auf. Diese Gruppe war nicht die Hauptgruppe, aber nicht weniger gefährlich, weil sie ihre parteifeindliche Tätigkeit unter der Maske des Kampfes gegen den Bürokratismus tarnte. Auch sie trat mit einer gewerkschaftlichen Plattform auf, die sie in der Forderung zusammenfaßte: „Die Organisation der Verwaltung der gesamten Volkswirtschaft obliegt dem Allrussischen Kongreß, der zu gewerkschaftlichen Verbänden organisierten Produzenten. Dieser Kongreß wählt das Zentralorgan, welches die gesamte Volkswirtschaft zu leiten hat.“<sup>24)</sup>

Bereits auf dem X. Parteitag, also vor über 35 Jahren, sprach Lenin von der anarchoyndikalistischen Abweichung als einer internationalen Frage, die auch in der KAPD eine Rolle gespielt hat und richtig von der KPD bekämpft wurde. Da diese Worte sehr aktuell klingen, untersuchen wir diese Plattform etwas näher.

Auf dem X. Parteitag beschäftigte sich Lenin mit dieser Gruppierung und schätzte sie als anarchoyndikalistische Abweichung ein. Diese Abweichung ist vor allem durch die Einwirkung des kleinbürgerlichen Elements auf das Proletariat und die Kommunistische Partei hervorgerufen worden. Sie widerspiegelt also den Druck des kleinbürgerlichen Elements, dessen Lage sich infolge der Mißerte und der vorhergehenden Folgen des Krieges kraft verschlechtert hat und die besten Ausweg sah.

In dem Leninschen Resolutionsentwurf zum Anarchoyndikalismus auf dem X. Parteitag wird darauf hingewiesen, daß die Forderungen der „Arbeiteropposition“ theoretisch grundlegend falsch sind, daß sie einen völligen Bruch mit dem Marxismus, dem Kommunismus bedeuten und daß sie den Ergebnissen der proletarischen Revolution widersprechen.

Die Haltlosigkeit und Schädlichkeit der Auffassungen der „Arbeiteropposition“ besteht darin, daß der Begriff „Produzent“ den Proletarier mit dem Halbproletarier und mit dem kleinen Warenproduzenten gleichsetzt. Damit verwischt der Begriff „Produzent“ den Klassenbegriff, lenkt das Proletariat vom Klassenkampf ab. In dem Referat Lenins auf dem X. Parteitag der KPdSU (B) „über die Parteieinheit und die anarchoyndikalistische Abweichung“ sagte Lenin, sich auf Marx und Engels berufend:

„Marx und Engels bekämpften schonungslos jene Leute, die den Klassenunterschied vergeblich und ganz allgemein von Produzenten, von Volk oder von Werktätigen sprachen. Wer die Werke von Marx und Engels nur einigmaßen kennt, der kann nicht vergessen, daß in allen diesen Werken diejenigen verspottet werden, die von Produzenten, von Volk, von „Werktätigen“ schlechthin reden. Es gibt keine Werktätigen oder Schaffenden schlechthin, sondern es gibt entweder den Produktionsmittel besitzenden Kleinrentner, dessen ganze Mentalität und alle Lebensgewohnheiten kapitalistisch sind — was auch nicht anders sein kann — oder den Lohnarbeiter, der eine ganz andere Mentalität hat, den Lohnarbeiter der Großindustrie, der im Antagonismus, im Gegensatz zu den Kapitalisten, im Kampfe mit ihnen steht.“<sup>25)</sup>

Wohin solche dem Marxismus fremden und schädlichen Theorien von den „Produzenten“ führen, zeigt uns ein Artikel von Aser Deleon, veröffentlicht unter dem Titel „Gemeinsame Probleme, gemeinsame Wege“ in der Zeitschrift „Die Gewerkschaftsbewegung“ Nr 12/1956. In dem Abschnitt „Die Beteiligung der Produzenten am wirtschaftlichen Leben“ spricht der Verfasser des Artikels davon, daß es heute eine weltweite Erscheinung ist, daß die Produzenten einen Einfluß auf die Leitung der Betriebe haben. Aser Deleon schreibt:

„Sowohl in den hochentwickelten europäischen Ländern als auch in den unterentwickelten nichteuropäischen Ländern Asiens, Südamerikas und anderen Gebieten nimmt die Arbeiterklasse in verschiedenen Formen am Wirtschaften teil. Die Unterschiede beziehen sich auf die Ziele und Prinzipien: Es kann sich um Beteiligung in der Form der Beratung oder der gemeinsamen Leitung selbst handeln; die Beteiligung der Arbeiter kann sich auf die Beziehungen im Arbeits-

<sup>24)</sup> W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXVI, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1940, S. 330/331.  
<sup>25)</sup> Russische Korrespondenz, Jahrgang II, Bd. I, S. 186.

prozess, auf den Produktionsprozess, die Handelsbeziehungen beschränken oder das gesamte Leben des Betriebes umfassen, sie kann im Rahmen des einzelnen Betriebes oder Industriezweiges schon auf Staatsbasis auftreten.<sup>26)</sup>

Da für den Verfasser nur der Begriff „Produzent“ existiert, so ist es auch selbstverständlich, daß bei ihm in seinem ganzen Artikel niemals das Wort Kapitalist erscheint. Würde er den Klassenbegriff nicht verwischen, so müßte er auch die Antwort darauf geben, in welcher Form z. B. in Südamerika der Produzent auftritt — nämlich als Sklave, dem gegenüber der in amerikanischen Sold stehende Sklavenhändler steht. Und welche gemeinsamen Probleme, gemeinsamen Wege kann es zwischen diesen beiden „Produzenten“ geben? Da für den Verfasser nur „Produzenten“ existieren, existieren für ihn auch nur hochentwickelte und unterentwickelte Länder, nicht aber sozialistische Staaten, wo die Arbeiterklasse im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft die Herrschaft ausübt — und auf der anderen Seite auf blutiger Unterdrückung und Ausbeutung beruhende imperialistische Staaten.

Worin liegt die ganze Gefährlichkeit solcher „Theorien“?

Der Forderung des „Kongresses der Produzenten“ oder ähnlichen „Theorien“ nachkommen, hieße nichts anderes, als die Kommunistische Partei und die von ihr geführten Sowjets von der Führung und Leitung der Volkswirtschaft ausschalten. Die Kommunistische Partei aber von der Führung der Volkswirtschaft zu verdrängen, ist gleichbedeutend damit, das ganze System der Diktatur des Proletariats zu erschüttern. Deswegen führte Lenin solch einen energiegelassen Kampf gegen diese Abweichung von der Generallinie der Partei. Deswegen verurteilte der X. Parteitag in der Resolution „Über die anarchosyndikalistische Abweichung in unserer Partei“, die „Arbeiteropposition“ und erklärte, daß die Propaganda der Ideen des Anarchosyndikalismus unvermeidlich mit der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei.

Die „Arbeiteropposition“ deckte sich in ihren Anschauungen sehr stark mit der Gruppe des „Demokratischen Zentralismus“. Wie alle parteifeindlichen Gruppierungen hatte auch sie nun die Zeit für „günstig ge“ halten, das Fanier „der freien Diskussion“ zu erheben. Lenin war nicht gegen das Diskutieren, machte aber die Partei darauf aufmerksam, wo die Grenze der Diskussion ist: nämlich bei der in Beschlüssen festgelegten Generallinie der Partei. Lenin weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß, wenn in die politische Diskussion, in den politischen Kampf Vorschläge hineingetragen werden, die nicht der Politik der Partei entsprechen, solch eine Politik die einmütige Arbeit der Partei hintertreiben muß.

Das entspricht dem organisatorischen Aufbau einer jeden Partei, die auf den Leninischen Prinzipien des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist. Deswegen fordert Lenin

... eine theoretische Diskussion ist eine Sache, die politische Linie der Partei, der politische Kampf ist etwas anderes. Wir sind kein Diskutierklub. ... vor

<sup>26)</sup> In: Die Weltgewerkschaftsbewegung, Nr. 12/56.

allein aber müssen wir unter den schwierigsten Verhältnissen kämpfen, und darum müssen wir uns zu einer festen Einheit zusammenschließen.<sup>27)</sup>

Der X. Parteitag der KPR (B) und seine Beschlüsse

Der X. Parteitag der KPR (B), der vom 8. bis 16. März 1921 stattfand, zog das Fazit der vorangegangenen Diskussion über die Gewerkschaften. Er lehnte die trotzkistische Plattform ab und stellte der antimarxistischen Plattform der 10<sup>er</sup> entgegen, der sich Lenin, Stalin und andere angeschlossen hatten.

Diese Leninische Plattform ging — wie bereits dargestellt — davon aus, daß die Gewerkschaften Schulen des Verwaltens, des Wirtschaftens, Schulen des Kommunismus sind, die ihre Arbeit auf der Methode der Überzeugung aufbauen müssen. Sämtliche bedeutenden örtlichen Parteiorganisationen schlossen sich der Leninischen Plattform an. Die Leninische Plattform wurde mit gewaltiger Stimmenmehrheit vom Parteitag angenommen.

Ich habe bereits einige Male davon gesprochen, welche Bedeutung der Kampf um die Einheit der Partei in dieser Zeit hatte. Deswegen widmete der X. Parteitag den Fragen der Einheit der Partei besondere Aufmerksamkeit. Den Rechenschaftsbericht des ZK gab Lenin; er trat gleichzeitig mit einem Referat über die Einheit der Partei auf. In einer besonderen Resolution „Über die Einheit der Partei“ schlug Lenin vor, alle fraktionellen Gruppen aufzulösen und alle Parteiorganisationen zu verpflichten, streng darauf zu achten, jegliche fraktionelle Tätigkeit zu unterbinden. Eine Verletzung dieses Beschlusses des Parteitages zog den bedingungslosen sofortigen Ausschluss aus der Partei nach sich. Der Parteitag bevollmächtigte das ZK, im Falle der Verletzung der Disziplin durch irgendein Mitglied des ZK oder durch Wiederaufleben der fraktionellen Tätigkeit alle Strafmaßnahmen bis zum Ausschluss aus dem ZK und der Partei in Anwendung zu bringen.

Wodurch gewann der Kampf der Kommunistischen Partei um die Festigung und Stärkung ihrer Reihen gerade in dieser Periode so gewaltig an Bedeutung?

In verschiedenen Arbeiten dieser Periode — der NÖP — weist Lenin auf die Gefahr hin, die der Übergang zur NÖP in sich birgt. Gewisse Zugeständnisse an die Bauernschaft, Konzessionen — wenn auch in streng bestimmtem Rahmen —, aber immerhin Konzessionen an die Kapitalisten, bargen Gefahren in sich. Die Partei stellte dem Kommunismus die Aufgabe, den Handel zu erlernen, auch das barg Gefahren in sich, weil viele Kommunisten nun eng mit Spekulationselementen in Berührung kamen, und das alles in einer Zeit, in der das Landungeheure Not und Leiden durchmachen mußte, wo es am Allernotwendigsten fehlte.

Über den Zusammenhang zwischen den Aufgaben der NÖP und der notwendigen Festigung der Parteireihen heißt es in den Direktiven des X. Parteitages zur Parteireinigung.

<sup>27)</sup> W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXVI, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1940, S. 322.

Die Partei leitet jetzt eine der schwersten Etappen der Revolution. Die Hauptgefahr ist das kleinbürgerliche Element. Damit unsere Partei wohlbehalten das Land durch diese notwendige Etappe bringen kann, damit die Zugeständnisse an die Bauernschaft sich nicht in eine gewaltige Gefahr für die proletarische Revolution verwandeln können, ist es notwendig, daß unsere Partei mehr als es bis jetzt war, wie aus einem Guß gegossen dasteht. Es ist der systematische Kampf gegen den kleinbürgerlichen Einfluß zu führen, der in unsere eigenen Reihen versucht einzuwandern.

Die Gefahr des Einflusses der bürgerlichen Ideologie wurde unter den Bedingungen des Übergangs vom sozialistischen Aufbau nicht schwächer, sondern verstärkte sich.

Lenin wies in der Resolution über die Einheit der Partei darauf hin, daß es nicht so sehr von subjektiven Willen der Vertreter einzelner Gruppen der Opposition abhängt, die Partei zu schwächen oder nicht. Die Konterevolution unternimmt alles, um auch nur die kleinste Abweichung von der Generallinie der Partei auszunutzen, um die proletarische Revolution zu Fall zu bringen.

Die Erfahrungen aller früheren Revolutionen lehren, daß die Konterevolution im Kampf gegen die proletarische Revolution sich immer der äußersten revolutionären Partei am nächsten stehenden Opposition bedient, um die Diktatur des Proletariats zu erschüttern und zu stürzen und dem Sieg der Kapitalisten und Gutsbesitzer den Weg zu bahnen. Um den Feinden jede Möglichkeit zu nehmen, unter den Mantel der Kritik zu schlüpfen, forderte die Leninische Resolution über die Einheit der Partei, daß die unbedingt notwendige Kritik an den Mängeln der Partei so gehandhabt wird, daß jeder praktische Vorschlag in möglichst präziser Form und unverzüglich ohne jegliche Verschleppung an die örtlichen und zentralen leitenden Organe der Partei zur Erörterung weitergeleitet wird. Was ist damit gesagt? Erstens, es müssen praktische Vorschläge sein, die keinen Raum für Kritiker geben; zweitens, die Vorschläge müssen präzise sein, d.h. es darf in ihnen keinen Platz für falsche Auslegungen geben; drittens, sie müssen unverzüglich weitergeleitet werden, damit sich um diese Vorschläge keine Gruppe bildet. Deswegen heißt es auch an anderer Stelle der Resolution, daß irgendeine Analyse der allgemeinen Linie der Partei oder die Auswertung ihrer praktischen Erfahrung, die Kontrolle der Durchführung ihrer Beschlüsse, das Studium der Methoden zur Berichtigung von Fehlern usw. auf keinen Fall vorher in Gruppen erörtert werden darf, die sich auf Grund irgendeiner „Plattform“ u. a. bilden, sondern ausschließlich und unmittelbar zur Behandlung durch alle Parteimitglieder vorzuliegen ist.

So genau umriß Lenin die Aufgaben der Kritik, eben weil er sich vollkommen im klaren war, welche eine scharfe Waffe die Kritik ist, der man sich aber auch zu bedienen wissen muß. Davon ging Lenin aus, wenn er in derselben Resolution forderte:

... jeder, der Kritik übt, hat außerdem der Form der Kritik nach Rücksicht zu nehmen auf die Lage der Partei, die von Feinden umgeben ist, und muß in bezug auf den Inhalt der Kritik durch seine eigene unmittelbare Teilnahme an der Sowjet- und Parteiarbeit prüfen,

wie die Fehler der Partei oder einzelner ihrer Mitglieder in der Praxis korrigiert werden.<sup>28)</sup>

Der Leninische Resolutionsentwurf „Über die Einheit der Partei“, der vom X. Parteitag der KPR (B) zum Beschluß erhoben wurde, war in allen Perioden des Kampfes der KPdSU eine mächtige Waffe im Kampf um die Einheit und Reinheit der Partei und hat auch heute für alle Kommunistischen und Arbeiterparteien nichts an Bedeutung verloren.

In diesem Zusammenhang möchte ich, bevor ich auf den hauptsächlichsten Beschluß des X. Parteitages eingehe, noch auf den Beschluß des Parteitages „Über die Kontrollkommission“ hinweisen. Ich gehe deswegen auf diesen Beschluß ein, um zu zeigen, wie sich unsere Partei in ihren Beschlüssen auf die Leninischen Hinweise stützt und die Erfahrungen seit der 3. Parteikonferenz, bezogen aber seit dem konterevolutionären Putsch in Ungarn, in Rechnung stellt. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Beschluß des 30. Plenums des ZK der SED über die Aufgaben der Parteikontrollkommissionen.

Der X. Parteitag ging in seinem Beschluß „Über die Kontrollkommission“ davon aus, daß der Kampf um die Einheit und Autorität der Partei auch seinen organisatorischen Niederschlag finden muß. Das geschah in der Annahme der entsprechenden Resolutionen. Es mußte aber auch ein zentrales Parteiorgan geschaffen werden, das streng über die Durchführung der Beschlüsse wacht und jeden zur Verantwortung zieht, der diese Beschlüsse verletzt. Bis zum X. Parteitag gab es laut Statut zwar Revisionskommissionen, einen besonderen Abschnitt über die Aufgaben der Kontrollkommissionen nahm aber erst das erste, nach dem X. Parteitag angenommene Statut der Partei auf — angenommen von der XII. Allrussischen Parteikonferenz im August 1922. Die Resolution zur ZKK des X. Parteitages zählte zu den Aufgaben der Parteikontrollkommission, den Kampf zu führen gegen den sich in die Partei einschleichenden Bürokratismus, das Karrieristentum und die persönliche Bereicherung durch Ausnutzung einer Stellung im Partei- und Staatsapparat.

Darüber hinaus beauftragte der X. Parteitag die Parteikontrollkommission, „den Kampf zu führen gegen die Verbreitung unbegründeter und unkontrollierter, die Partei oder einzelne ihrer Mitglieder betreffende Gerüchte, Verleumdungen und ähnliche Nachrichten, die die Einheit und Autorität der Partei verletzen.“<sup>29)</sup>

Auch dieser Beschluß war eine scharfe Waffe der Partei im Kampf um die Einheit ihrer Reihen und traf vor allem die Oppositionsgruppen und Fraktionsmacher, die, wie wir sehen werden, auch nicht vor Verleumdungen gegenüber führenden Mitgliedern der Partei zurückschreckten.

Der X. Parteitag der KPR (B) und der Übergang zur NÖP

Der bedeutendste Beschluß des X. Parteitages war der über die Ersetzung der Ableberpflicht durch die Naturalsteuer, über den Übergang von der Politik des

<sup>28)</sup> W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXVI, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1940, S. 322.

<sup>29)</sup> Beschlüsse, Bd. I, S. 53.

Kriegskommunismus zur Neuen Ökonomischen Politik. Dem Beschluß lag das Referat Lenins zur selben Frage zugrunde. Um eine solche tiefgehende Veränderung in der ökonomischen Politik vorzunehmen, war eine gewaltige Vorbereitungsarbeit, eine genaue Kenntnis der Lage im Lande erforderlich.

Die Vorbereitungsarbeiten der Partei zum X. Parteitag, der den historischen Beschluß über die Ersetzung der Ablieferungspflicht (Zwangsumlage) durch die Naturalsteuer annehmen sollte, sind nicht nur von großer historischer Bedeutung, sondern besitzen gleichzeitig gewaltige aktuelle Bedeutung. In jenen Tagen des Übergangs zur friedlichen Aufbauarbeit trat die ganze Weisheit und Weitsicht der Leninschen Politik zutage.

So wie in den anderen Perioden, ob in der des Kampfes um die Macht oder der ersten Jahre des Kampfes um die Behauptung der Macht, immer verstand es Lenin, das wichtigste Kettenglied bei der Lösung der vor der Partei stehenden Aufgaben zu ergreifen. Im Jahre 1921 sah Lenin die Notwendigkeit in dem ökonomischen Herangehen an die Bauernschaft und Lenin fand das entscheidende Kettenglied jener Epoche in der Neuen Ökonomischen Politik.

A. M. Gorki schrieb in einem seiner Artikel über diese Fähigkeit Lenins, daß niemand vor ihm so gut voraussehen konnte, was kommen muß, wie Lenin. Nur deswegen konnte er es, weil er mit der Hälfte seiner Seele in der Zukunft lebte, eiserner, aber bewegliche Logik ihm die entfernte Zukunft in vollkommen konkreten, realen Formen zeigte.

„Das — schrieb Gorki — erklärte auch meiner Ansicht nach seine bewundernswürdige Standhaftigkeit im Verhältnis zur Wirklichkeit, die ihn niemals enttäuschte, wie schwer und kompliziert sie auch war, niemals seinen festen Glauben ins Schwanken brachte, daß der Moment kam, wo die Arbeiterklasse und die Bauernschaft die Herren in der ganzen Welt sein werden.“<sup>30)</sup>

So schrieben Freunde über den Genius der Revolution. Der tiefe Glaube Lenins an den kommenden Sieg des Kommunismus, Lenins eigene Kühnheit und Festigkeit bei der Durchführung des von der Partei eingeschlagenen Kurses, beruhte auf einer tiefen, allseitigen Kenntnis der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung.

Das mußten auch seine Feinde anerkennen. Der englische Journalist Ranc schrieb nach einem Besuch, den er Lenin 1919 abstellte, über diese Fähigkeiten Lenins: „... daß dieses der erste große Führer ist, der seine eigene Persönlichkeit unterschätzt, dem jegliche persönliche Eigenliebe vollkommen fremd sei.“

Lange bevor Lenin auf dem X. Parteitag mit seinem genialen Plan auftrat, hatte er die Lage im Lande aufmerksam studiert, alle Fragen, die mit dem Übergang zur Naturalsteuer zusammenhingen, zutiefst durchdacht und viele Delegationen von Arbeitern empfangen.

Sehr aufmerksam beobachtete Lenin, was in der Bauernschaft vor sich ging, unterhielt sich mit den Bauern, studierte ihre Briefe und machte sich mit ihren brennenden Nöten und ihren Anliegen bekannt. Lenin war sich darüber im klaren, daß allein schon die Tatsache der Beendigung des Krieges die Aufgabe stellte,

das Verhältnis zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft zu überprüfen und zu ändern.

„Wie ändern?“ — schrieb Lenin — „dazu muß man aufmerksam beobachten.“<sup>31)</sup>

Der Erfolg jeder organisatorischen Maßnahme, die die Partei und die Sowjetregierung beim Übergang zum sozialistischen Aufbau unternahmen, hing einzig und allein von der Lösung des Grundproblems jener Epoche ab: vom richtigen Verhältnis der Arbeiterklasse zur Bauernschaft, von der Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Bauernschaft auf der neuen Grundlage, unter den Bedingungen der friedlichen Entwicklung.

Darin lag der Schlüssel aller anderen, sowohl der ökonomischen als auch der politischen Aufgaben. Aber wie ging Lenin an die Lösung dieses komplizierten Problems heran?

Vor allem kam es darauf an, die Millionenmassen für den friedlichen Aufbau zu mobilisieren.

Lenin war darauf bedacht, alle wichtigen Entscheidungen und Beschlüsse der Partei und Regierung nicht nur den breiten Massen zur Kenntnis und zum Bewußtsein zu bringen, sondern auch die Masse selbst aktiv in die Gestaltung der Beschlüsse einzubeziehen.

Diese Tätigkeit Lenins bei der Vorbereitung des Gesetzes über die Einführung der Naturalsteuer ist von großem Interesse Prinzipiell theoretisch war für das ZK der Partei, für Lenin, die Frage der Einführung der Naturalsteuer klar, aber Lenin hielt es für überaus wichtig, die Gedanken, Meinungen und Vorschläge der Bauern darüber zu hören.

Hören wir, was der fortschrittliche amerikanische Schriftsteller Albert Williams, der 1921 bei Lenin zum Empfang geladen war, in seinem Buch über Lenin schreibt:

„Viele warteten im Empfangszimmer auf ihre Reihe, um von Lenin empfangen zu werden. Und wir waren einige Zeit gezwungen, zu warten. Das war außergewöhnlich, weil Lenin immer sehr pünktlich war. Wir zogen daraus den Schluß, daß irgendein wichtiges Staatsgeschäft, vielleicht eine besonders wichtige Persönlichkeit Lenin aufhalte. So verging eine halbe Stunde, anderthalb Stunden und wir saßen immer noch und begannen bereits die Geduld zu verlieren, aber aus Lenins Kabinett drang immer noch die gedämpfte gleichmäßige Stimme des Besuchers. Wer konnte bloß dieser wichtige Gast sein, der eine solche lange Audienz bei Lenin hat? Endlich, die Tür öffnete sich und zum Erstaunen aller sich im Wartezimmer Befindenden trat aus Lenins Kabinett — weder ein Militär, noch Diplomat, noch überhaupt irgend ein hochgestellter Beamter, sondern ein einfacher Mushik, ein Bauer in Schafspelz und Bastshuhen, der typische Vertreter der Dorf- armen, denen man damals zu Millionen im Sowjetland begegnete.“

„Entschuldigen Sie mich bitte“ — sagte Lenin, als ich in sein Kabinett eintrat. „Das war ein Tambower Bauer, ich wollte von ihm hören, was er über die Elektrifizierung, über die Kollektivierung und die Bezahlung der Zarenschulden denkt. Und das war so interessant und bestechend, daß ich ganz die Zeit vergaß.“

Weiter schreibt Williams über Lenin: „Als Quelle der Information dienten Lenin die verschiedensten Menschen. Tausend gesammelte Faktoren wog er sorgfältig ab, siebte und analysierte sie. Und das gab ihm das Übergewicht über seine Feinde, half ihm, sie niederzuringen und zu besiegen.“

Er hatte es nicht nötig, zu raten, welche Gedanken den sibirischen Bauern, den Rotarmisten oder Donkosaken beschäftigten. Für ihn war es kein Geheimnis, was der Leningrader Eisengießer, der Trimmer von der Wolga, die Moskauer Aufräumefrau denkt und fühlt... Er unterhielt sich mit ihnen persönlich oder mit irgend jemand der zuverlässigen Genossen, die gerade mit diesen Menschen gesprochen hatten.“<sup>32)</sup>

In einer Situation, in der das Land eine der schwersten Zeiten durchlebte, in der die Zerrüttung der Industrie und Landwirtschaft ungeheuer groß war und die Bauernschaft größte Schwankungen durchmachte, die auch Teile der Arbeiterklasse ergriffen hatten, in einer Situation, wo die Panikmachelei, durch die Menschewiki und Sozialrevolutionäre verstärkt, ihre Blüten trieb und die Konterrevolution im Vorgefühl großer Siege sich wiegte, wies Lenin der Partei der Arbeiterklasse den sicheren Weg.

Im Dezember 1920 hatte Lenin an einer Beratung parteiloser Bauendelegierten teilgenommen, aufmerksam den stürmischen Diskussionen der Bauern zugehört und jede Äußerung der Bauern sorgfältig notiert. Seine Aufzeichnungen versandte Lenin sogar an die Mitglieder des Zentralkomitees und den Rat der Volkskommissare, damit sie sich mit den Meinungen und Nöten der Bauern bekanntmachen sollten.

Sehr interessant und aufschlußreich ist ein Bauernbrief aus der damaligen Zeit, den eine Gruppe von 16 Bauern aus dem Panfilowser Landbezirk aus dem Gouvernement Wolodga an Lenin gesandt hatte.

In diesem Brief grüßten die Bauern den „verehrten Führer und großen Genos, Genossen Lenin“ und teilten ihm mit, wie gegenwärtig die Lage im Landbezirk ist.

Sie schrieben wörtlich:

„Gegenwärtig wird von den Bauern unseres Landbezirks fast alles eingezogen: Getreide, Vieh, Heu, Rohmaterialien. Das Handwerkerturn verkümmert. Den Bauern werden 18 bis 30 Pfund Lebensmittel im Monat belassen... Zur Frühhärsaussaat bleiben wir fast ohne Saatgetreide. Dieses irgendwo zu kaufen, ist für uns sehr schwer — es ist gar zu teuer. Die Aussaatkommissionen und die ganze Aussaatkampagne ist notwendig im Sinne einer Unterstützung mit Sämereien, einer Organisation von Inventar und landwirtschaftlichen Geräten zu organisieren. Und all dieses mußte rechtzeitig getan werden. Es wäre wünschenswert, jetzt überall, wo es möglich ist, zur Vielfelderwirtschaft überzugehen.“

Nachdem sie die Mängel geschildert und zur erfolgreichen Durchführung der Aussaatkampagne den Vorschlag gemacht haben, an Stelle der Zwangsumlage den Bauern mit einer Steuer zu belegen, und zwar nicht in Form von Geld, sondern von Getreide, und daß diese

Steuer entsprechend dem Boden berechnet werden muß, schrieben sie weiter: „Wenn der Bauer die Höhe seiner Steuer wissen wird und die Zeit ihrer Ablieferung, dann werden wir im Landbezirk nicht zehn Dutzende Einzugsbeamte gebrauchen. Wir denken, daß alle werktätigen Bauern bereit sein werden, dieses Steuersystem anzunehmen und ihre Wirtschaft zu verbessern...“ Zum Schluß des Briefes schrieben sie noch mit bläuerlicher Einfachheit: „Wir betonen die Notwendigkeit der Durchführung dieser Maßnahmen und bitten dabei, uns nicht als für die Sowjetmacht schädliche Elemente anzusehen, sondern im Gegenteil als Menschen, die eine fruchtbare Arbeit wünschen, um die Freiheit der Bauern und Arbeiter zu festigen.“<sup>33)</sup>

Lenin zeigte für diesen Brief großes Interesse, weil er besonders typisch den Wunsch der Bauern zum Ausdruck brachte.

Am 8. Februar 1921 verfaßte Lenin in Auswertung der zahlreichen Briefe der Bauern und ihrer Diskussionen auf den Konferenzen den „Provisorischen Vorentwurf zu den Thesen betreffs der Bauern“. In ihm wurden folgende Punkte in den Vordergrund gerückt:

1. Dem Wunsch der parteilosen Bauernschaft nach Ersetzung der Zwangsumlage (im Sinne der Abgabe aller Überschüsse) durch eine Getreidesteuer ist zu entsprechen.

2. Die Höhe der Steuer ist im Vergleich zu dem Umfang der vorjährigen Ablieferungspflicht herabzusetzen.

3. Das Prinzip, wonach die Höhe der Steuer in Einklang stehen soll mit der aufgewandten Kraft der Bauern in dem Sinne, daß der Steuersatz bei erhöhtem Arbeitsaufwand des Bauern herabgesetzt wird, ist zu billigen.

4. Die Freiheit des Bauern, seine über die Steuer hinausgehenden Überschüsse im örtlichen Wirtschaftsverkehr abzusetzen, unter der Bedingung der schnellen und vollständigen Entrichtung der Steuer, ist zu erweitern.“<sup>34)</sup>

Auf der Grundlage dieses Dokuments, in dem der Übergang zur NOP umrissen wurde, wurde dann am 21. März 1921 vom Allrussischen Zentralsekretärkomitee das Gesetz über die Naturalsteuer auf Getreide, Kartoffeln und Olsaaten angenommen.

In seinem Bericht auf dem X. Parteitag „Über die Naturalsteuer“ wurde der Übergang zur NOP von Lenin theoretisch allseitig begründet und die praktische politische Hauptfrage formuliert: das ökonomische Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft zum Aufbau des Sozialismus herzustellen und zu festigen.

Lenin hatte bereits in seinem „Plan und Konzept der Broschüre „Über die Naturalsteuer““ darauf hingewiesen, daß das Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft gegen Denikin und Co. während des Bürgerkrieges und das Bündnis jetzt beim wirtschaftlichen Aufbau nicht ein und dasselbe ist. Das bedeutet, daß die Formen des Bündnisses nicht gleich sein konnten. Im Bürgerkrieg bestand die Form des Bündnisses darin, daß der Arbeiterstaat, der den Bauern den Boden

<sup>30)</sup> Gorki, Werke, Bd. 24, S. 377, russ.

<sup>31)</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, S. 14, russ.

<sup>32)</sup> Albert Williams, Das größte Empfangszimmer der Welt. Zitiert aus „Fragen der Geschichte“, Nr. 1/1951.  
„Die staatsmännische Tätigkeit Lenins im Jahre 1921.“

<sup>33)</sup> „Bednota“ vom 9. März 1921, russ.

<sup>34)</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, S. 111, russ.

gegeben hatte, diesen Boden schützte und daß der Bauer dem Staat die Lebensmittel auf Kredit gab bis zur Wiederherstellung der Großindustrie.

Nachdem der Krieg beendet und der Boden nicht mehr gefährdet war, genügte die alte Form des Bündnisses nicht mehr. Jetzt ging es nicht mehr darum, dem Bauern den Boden zu sichern, sondern darum, den Bauern das Recht zu gewährleisten, über den Ertrag des Bodens frei zu verfügen. Das entsprach vollkommen den Interessen des Bauern als Kleinrentner. Hatte er dieses Recht nicht, dann war die weitere Verringerung der Aussaatfläche, das fortschreitende Absinken der Landwirtschaft, die Lähmung des Verkehrswezens und der Industrie (wegen Brotmangel), die Zersetzung der Armee (wegen Brotmangel) nicht zu vermeiden und an den wirtschaftlichen Aufbau nicht zu denken.

Der Plan der sozialistischen Umgestaltung, der von der Kommunistischen Partei unter Führung Lenins in Abgriff genommen wurde, war ein Plan des allmählichen Übergangs der Millionen Werktätigen zu neuen gesellschaftlichen Beziehungen. Dabei ging die Partei davon aus, diesen Übergang möglichst ohne einschneidenden Bruch, mit größter Anpassung an die vorhandenen gewohnten Beziehungen — d. h. Marktbeziehungen durchzuführen. Deswegen war es notwendig, die neuen Schritte zum Sozialismus nur in dem Maße durchzuführen, wie unter aktiver Einwirkung des sozialistischen Staates dafür die materiellen Vorbedingungen geschaffen wurden, in dem Maße, wie die werktätigen Massen diese Notwendigkeit einsehen. Das hieß mit anderen Worten, daß man den werktätigen Bauern in der Wahl der Methoden des sozialistischen Aufbaus Zugeständnisse machen mußte, die ihrer wirtschaftlichen Lage entsprachen.

Zugeständnisse an die Bauernschaft machen, hieß aber nicht, auf den Weg des Sozialismus in der Landwirtschaft verzichten, sondern solche Zugeständnisse den Bauern machen, um ihnen den sozialistischen Weg zu erleichtern.

Wie konsequent Lenin darauf achtete, daß in dieser komplizierten Lage sich nicht das Schwergewicht verlagerte, davon spricht ein Brief Lenins an den Volkskommissar für Landwirtschaft vom August 1921, in dem Lenin über ein Buch zu Fragen der Landwirtschaft seine Meinung sagt. Ich möchte diese kurze Notiz Lenins hier einfügen, weil sie manchem auch heute ein Stammbuch geschrieben sein könnte.

„Ein Durchblätterer zeigt, daß das ein durch und durch bürgerliches Dreckbuch ist, das das Büuerlein durch zur Schau gestellte bürgerliche, „gelehrte“ Lügen betören will. Fast 400 Seiten und nichts über das Sowjetsystem und seine Politik, über unsere Gesetze und Maßnahmen des Übergangs zum Sozialismus usw. Nur ein Dummkopf oder ein böswilliger Saboteur konnte dieses Buch durchlassen. Ich bitte, die Sache zu untersuchen und mir alle für die Redaktion und das Erscheinen dieses Buches verantwortlichen Personen namhaft zu machen.“<sup>33)</sup>

Diese Worte Lenins, seine tiefe Empörung über eine dem Marxismus-Leninismus feindliche Schrift, die dem Aufbau des Sozialismus großen Schaden zufügen kann, läßt uns gleichzeitig den Leninischen Stil des theoretischen

schon Kampfes erkennen. Solche Einschätzungen Lenins helfen uns, besser den ideologischen Kampf unserer Partei gegen die verschiedenen revisionistischen Auffassungen zu verstehen und zu begreifen, warum das 30. Plenum unserer Partei die revisionistischen Auffassungen Viewegs zur Agrarfrage als konterrevolutionäre Konzeption bezeichnete, die mit den Erklärungen der rechten Sozialdemokratie in der Agrarfrage übereinstimmt.

Lenin sprach einmal davon, daß es dem Wesen nach in der NÖP mehr Altes als Neues im Verhältnis zur früheren Politik gibt.

Die Grundlagen der NÖP gab Lenin bereits Anfang 1918 in einer Reihe Arbeiten, hauptsächlich in „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“, „Die Kinderei und Kleinbürgerlichkeit“ bekannt. Der Leninische Plan der Inangriffnahme des sozialistischen Aufbaus enthielt im Wesen folgende Punkte:

1. Organisation einer allumfassenden Rechnungslegung und Kontrolle über Produkte und ihre Verteilung.
2. Erhöhte Disziplin und gesteigerte Arbeitsproduktivität.
3. Einführung des Leistungsprinzips in der Entlohnung.
4. Organisation des sozialistischen Wettbewerbs.
5. Einführung des Prinzips der persönlichen Verantwortung in der Betriebsleitung.
6. Ausnutzung der bürgerlichen Spezialisten zum Aufbau des Sozialismus unter Kontrolle der Diktatur des Proletariats.
7. Möglichkeit der Ausnutzung des Staatskapitalismus

Es genügt, darauf hinzuweisen, daß am 30. Oktober 1918 bereits ein Gesetz über die Einführung der Naturalsteuer erlassen wurde.

Die von Lenin bereits im Jahre 1918 vorgezeichnete Politik der Inangriffnahme des sozialistischen Aufbaus wurde durch die Intervention unterbrochen, die die proletarische Diktatur zwang, zu den Methoden des Kriegskommunismus überzugehen. Unter dem Einfluß der durch den Bürgerkrieg notwendigen militärischen Aufgaben und der sehr schwierigen Lage, in der sich die junge Sowjetrepublik befand, ergaben sich auch Fehler, deren hauptsächlichster darin bestand — wie Lenin sagt:

„... den unmittelbaren Übergang zur kommunistischen Produktion und Verteilung zu vollziehen.“<sup>34)</sup>

Von diesen Fehlern spricht auch Lenin in seiner Rede „Fünf Jahre sozialistische Revolution“, indem er darauf hinweist, daß die Bolschewiki 1918 große Dummheiten gemacht haben. Das war verständlich, denn

1. war Rußland ein zurückgebliebenes Land mit einem sehr niedrigen Bildungsniveau;

2. stand die junge Sowjetmacht allein da, ohne von irgendwo Hilfe zu bekommen, im Gegenteil, die ganze kapitalistische Welt lag auf der Lauer, der den ersten proletarischen Staat heranzufallen;

3) sagte Lenin: „... liegen unsere Fehler auch darin begründet, daß wir den alten Staatsapparat übernommen

haben — oben wohl einige Tausend Kommunisten arbeiteten, unten aber arbeiteten Zehntausende — Hunderttausende vom Zaren und von der bürgerlichen Gesellschaft übernommene Beamte gegen uns.“<sup>35)</sup>

Lenin und die Bolschewiki haben nie ihre Fehler verheimlicht, nie der Arbeiterklasse verschwiegen, in welchen Schwierigkeiten sich das Land befindet. Dabei ist die Partei aber nie in Panikstimmung verfallen, hat nie das Volk auf die Fehler orientiert, sondern wußte immer aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen. Der Beschluß über die NÖP war bereits der Beginn, alle Schwierigkeiten zu meistern.

„Wir werden herauskommen, denn unsere Politik ist ihren Grundlagen nach richtig und stellt alle Klassenkräfte im internationalen Maßstab in Rechnung. Wir werden herauskommen, denn wir beschönigen unsere Lage nicht. Kennen alle Schwierigkeiten. Sehen alle Krankheiten, kurieren sie systematisch, beharrlich, ohne in Panik zu verfallen.“<sup>36)</sup>

Aber das heißt nicht, daß es nicht Leute, — auch Kommunisten — gab, die diesen Ausweg nicht sahen und in Panik verfielen. Mit solch einem Kommunisten setzte sich Lenin im Juli 1921 auseinander. Der Redakteur einer Zeitschrift — Mjasnikow — fiel angesichts der gemachten Fehler und der großen Schwierigkeiten so in den Abgrund der Sentimentalität, daß er in einem Artikel „Heikle Fragen“ zur Schlussfolgerung kam: „Bei uns gibt es eine Unmenge von Mistständen und Mißbräuchen, die Pressefreiheit wird sie aufdecken.“

Schönungslos zerschlug Lenin in seiner Antwort an Mjasnikow die Lüge von der Pressefreiheit. Gerade heraus schreibt Lenin, daß die proletarische Macht keinen Selbstmord begehen will, und deshalb gar nicht daran denkt, die „Pressefreiheit“ einzuführen. „Wir sehen klar die Tatsache: ‚Pressefreiheit‘ würde in der Praxis bedeuten, daß die internationale Bourgeoisie un-ausbleiblich hunderte und tausende Schriftsteller ... kauft und ihre Propaganda, ihren Kampf gegen uns organisiert.“

„Pressefreiheit würde die Kraft der Weltbourgeoisie stärken. Das ist eine Tatsache. Nicht der Säubderung der Kommunistischen Partei in Rußland von einer Reihe ihrer Schwächen, Fehler, Übelstände, Krankheiten (es ist zweifellos ein Haufen von Krankheiten da) wird die Pressefreiheit dienen. Denn das will die Weltbourgeoisie nicht. Die Pressefreiheit wird vielmehr zu einer Waffe in den Händen dieser Weltbourgeoisie werden. Sie ist nicht tot, sie lebt. Sie steht neben uns und lauert.“<sup>37)</sup>

Das war die Antwort Lenins an alle diejenigen, die die Kommunistische Partei kurieren wollten und begannen, nach Medikamenten zu greifen, die den sicheren Tod der Arbeiter- und Bauernmacht gebracht hätten. Diese Worte Lenins zur Pressefreiheit zeigen uns aber auch, wie die Kommunistische Partei jeden Versuch zurückschlug, der auf eine Abschwächung der Diktatur des Proletariats gerichtet war. Erst nach der siegreichen Zerschlagung der Interventionen und Weltgrößen kehrte die Partei unter neuen Bedingungen zur NÖP zurück.

<sup>33)</sup> Siehe W. I. Lenin, „Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 914/915.

<sup>34)</sup> W. I. Lenin, „Sämtliche Werke, Bd. XXV, Verlag für Literatur und Politik, Wien-Berlin 1930, S. 585.

<sup>35)</sup> Ebenda, Bd. XXVI, S. 584.

50X1-HUM

Der Übergang zur Naturalsteuer und zum Warenumsatz war eben die Wiederherstellung und Fortsetzung der ökonomischen Politik der Diktatur des Proletariats, die schon 1918 verkündet worden war.

Lenin spricht in seiner Arbeit „Fünf Jahre russische Revolution“ davon, daß die Massen bereits berufen, es aber die Partei noch nicht verstanden zu formulieren — was sie nach einigen Wochen anerkennen mußte, daß der Übergang zu rein sozialistischen Formen, zu rein sozialistischer Verteilung, die Kräfte der Sowjetmacht in der gegebenen Etappe überstieg und daß der Sowjetrepublik der Untergang drohte, wenn sie es nicht auf leichtere Aufgaben beschränkte.

Das Zentralkomitee war sich z. B. darüber im klaren, daß die Notwendigkeit der Zwangsumlage entfallen war, daß man sie durch die „Naturalsteuer“ ersetzen mußte, um den Bauern die Möglichkeit zu geben, die Überschüsse ihrer Produktion nach eigenem Ermessen zu verwenden. Die Naturalsteuer, das war eben die leichtere Aufgabe, auf die sich die Sowjetmacht beschränkte.

Durch diese Maßnahme sollte die Möglichkeit gegeben werden, die Landwirtschaft zu beleben, die Produktion von Getreide und gewerblichen Nutzpflanzen zu erhöhen, um die Industrie und die Städte zu versorgen, den Warenumsatz zwischen Stadt und Land dadurch zu beleben und das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft auf eine neue ökonomische Grundlage zu stellen.

Bei dem niedrigen Stand der Industrieproduktion konnte der Sowjetstaat aber dem Bauern keine Industrieprodukte für das gesamte abzuliefernde Getreide geben, das der Staat benötigte. Deshalb war die Sowjetregierung gezwungen, diejenige Menge Getreide aus den Überschüssen der Bauern zu besteuern, die sie mindestens zur Versorgung der Arbeiter und der Roten Armee brauchte. Der andere Teil dieser Überschüsse verblieb dem Bauern, er konnte sie gegen notwendige Industrieprodukte eintauschen, hauptsächlich gegen Erzeugnisse der jütlischen Leichtindustrie.

Lenin ging damals von den konkreten Bedingungen im Lande aus und stellte deshalb im wesentlichen auch nur eine Aufgabe, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um den Warenumsatz zwischen Stadt und Land zu beleben und zu vergrößern; er ging dabei davon aus, daß der dem Aufbau des Sozialismus am meisten Nutzen bringt, der auf dem Gebiet der Wirtschaft die besten Resultate erzielt. Das war das A und O, um das Bündnis mit dem Bauern auf eine neue ökonomische Grundlage zu stellen.

Dabei mußte man in der Politik von der realen Tatsache ausgehen, daß man den kleinen Warenproduzenten nur durch zwei Dinge zufriedustellen konnte, nämlich erstens durch eine gewisse Freiheit des Umsatzes und zweitens durch die Beschaffung von Waren und Produkten, da sonst von einer Freiheit des Umsatzes keine Rede sein konnte. Ohnedies würde diese Politik ein Fetzen Papier bleiben. „Die Klassen werden aber nicht durch Papierchen, sondern nur durch materielle Dinge zufriedengestellt“, schrieb Lenin.

Aus diesen wenigen Stellen aus den Werken Lenins ist ersichtlich, daß die Partei ihr Augenmerk vor allem darauf richtete, vermittels der Neuen Ökonomie

50X1-HUM

50X1-HUM

50X1-HUM

Politik die wirtschaftliche und politische Macht des Sowjetlandes zu stärken.

Die Feinde der Sowjetmacht dagegen betrachteten die NOP nur als ein Zugeständnis an den Kapitalismus. Sie gingen an die Fragen der NOP mit dem Blick nach rückwärts, dem Sozialismus den Rücken zugewandt, hern. Lenin wies aber nach, daß die NOP kein Zugeständnis an die Kapitalisten bedeute, sondern gewisse Zugeständnisse an die Bauernschaft machte, um das Bündnis zu festigen und zu stärken, damit die Sowjetmacht stärker wird, daß man an die Frage der NOP während der Übergangsperiode überhaupt nur mit dem Blick nach vorn zum Sozialismus herangehen kann. Bekanntlich entsprach die Freiheit des Warenumsatzes den wirtschaftlichen Interessen der Bauernschaft als kleine Warenproduzenten, erhöhte ihre Arbeitsproduktivität und führte zu einem schnellen Aufschwung der Landwirtschaft. Nur auf dieser Grundlage konnte man die staatliche Industrie ins Leben rufen, konnte man überhaupt eine mächtige Industrie schaffen, die die ökonomische Grundlage des Sozialismus ist, konnte man den Übergang zur entscheidenden Offensive gegen alle Überreste des Kapitalismus sichern.

Der Übergang zur Naturalsteuer zog zweifellos eine gewisse Belebung kapitalistischer Elemente nach sich. Wenn aber der proletarische Staat das Maß und die Kontrolle bestimmt — und der proletarische Staat verfügt über diese Mittel —, können diese kapitalistischen Elemente für den proletarischen Staat keine Gefahr heraufbeschwören.

Die Warenproduktion kann überhaupt nur unter bestimmten Bedingungen zum Kapitalismus führen, wenn 1. kapitalistisches Eigentum an den Produktionsmitteln existiert, wenn 2. die Arbeitskraft als Ware auf dem Markt auftritt, wenn 3. im Lande ein System der kapitalistischen Ausbeutung der Lohnarbeiter vorherrscht.

Die Warenproduktion unter den Bedingungen der siegreichen Diktatur des Proletariats dient der sozialistischen Gesellschaft und führt nicht zum Kapitalismus, weil unter den Bedingungen der Übergangsperiode die Warenproduktion keine unbegrenzte Wirkungssphäre besitzt, wie sie unter dem Kapitalismus und in einem streng umrissenen Rahmen der proletarischen Macht gesetzt ist.

Mit allem Nachdruck unterstrich Lenin, daß auch nur der Versuch, die Entwicklung des nicht staatlichen, also privaten oder genossenschaftlichen Handels zu unterbinden, bei dem Vorhandensein von Millionen kleiner Produzenten, ... Dummheit wäre und dem Selbstmord für jene Partei gleichkäme, die das versuchen würde!<sup>49</sup> Dummheit, weil diese Politik ökonomisch unmöglich ist, Selbstmord, weil eine Partei, die eine solche Politik probieren würde, unweigerlich Zusammenbruch erleiden würde.

Dieses Maß, dieser Rahmen für den Kapitalismus war in der Sowjetunion durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel in den Händen der Diktatur des Proletariats genügend eng gezogen.

So war die NOP auf die Zulassung des Kapitalismus innerhalb bestimmter Grenzen berechnet, wobei sich die Kommandohöhen in den Händen des proletarischen Staates befanden. J. W. Stalin charakterisiert die NOP

<sup>49</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, S. 323, russ.

als den Kampf der sozialistischen Elemente gegen die kapitalistischen und den Sieg der sozialistischen über die kapitalistischen Elemente. Sie war schließlich auf die Liquidierung der Ausbeuterklasse und die Errichtung der ökonomischen Basis des Sozialismus gerichtet. Das war der eindeutige Blick nach vorwärts.

Die Sowjetmacht erklärte der Bauernschaft direkt, daß sie ihr Zugeständnisse mache, doch nur dazu, um sie allmählich auf den sozialistischen Weg zu führen. Die Partei machte der werktätigen Bauernschaft nur im Interesse der Errichtung des Fundaments der sozialistischen Ökonomik Zugeständnisse. Die Partei erkannte, daß man zuerst der Bauernschaft helfen mußte, weil sie sich stärker ermüdet fühlte als die Arbeiterklasse, weil die Lage der Bauern katastrophal war, besonders nach der großen Mißernte 1920 und weil der Kredit der Bauern an den Staat nicht entschädigt sein konnte, sondern eines Tages zurückgezahlt werden mußte. Das heißt nicht, daß die Lage der Arbeiterklasse leichter war. Für die Arbeiterklasse war die Lage sehr schwierig. Doch die politisch entwickelten Elemente des Proletariats begriffen, daß sie im Interesse der Diktatur der Arbeiterklasse die größten Anstrengungen machen müssen, um der Bauernschaft zu helfen, koste es, was es wolle.

Lenin wirft in diesem Zusammenhang auch die Frage der Entbehrungen des Proletariats auf. Die Frage ist die, sagte Lenin:

„Wie verteilen wir diese Entbehrungen. Wir sind die Staatsmacht. Wir sind bis zu einem gewissen Grade imstande, die Entbehrungen zu verteilen, sie mehreren Klassen aufzubürden und dadurch die Lage einzelner Schichten der Bevölkerung verhältnismäßig zu erleichtern. Nach welchem Grundsatz müssen wir verfahren? Nach dem der Gerechtigkeit oder der Mehrheit? Nein! Wir müssen praktisch handeln, wir müssen die Verteilung so vornehmen, daß wir die Macht des Proletariats erhalten. Das ist unser einziger Grundsatz!“<sup>50</sup>

Der Grundsatz der Gerechtigkeit wäre für die Arbeiterklasse ausgefallen, der Grundsatz der Mehrheit für die Bauernschaft. Die Partei mußte aber praktisch handeln, d. h. so, daß die Diktatur des Proletariats erhalten bleibt.

Das höchste Prinzip der Diktatur des Proletariats ist aber die Wahrung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft. Lenin betonte in der bereits angeführten Rede auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale, daß die Naturalsteuer gerade darauf gerichtet ist, dieses Bündnis zu festigen.

Lenin schätzte jedoch nicht nur nüchtern die Kräfte der Bauernschaft ein, sondern tat dies ebenso mit denen der Arbeiterklasse. Er zerschlug vor allem das Argument, das die Menschewiki und Sozialrevolutionäre gebrauchten, indem sie sagten, daß die Bolschewiki jetzt an die Kräfte der Arbeiterklasse nicht mehr glauben würden und deshalb der Bauernschaft Zugeständnisse machen.

Lenin betonte, daß das ganze Geschrei über „mehr Vertrauen zur Arbeiterklasse“ in Wirklichkeit auf die Stärkung des Einflusses der Menschewiki und Sozialrevolutionäre hinauslief und neue Fälle von Kron-

<sup>50</sup> W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in 12 Bänden, Bd. 9, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau-Leningrad 1936, S. 232.

50X1-HUM

stadt zum Ziel hatten. Und Lenin stellte dem Proletariat die Aufgabe, diese Schreier, diese Helfershelfer der Weißgardisten zu entlarven und zum Teufel zu jagen. Als Kriterium für die Ehrlichkeit gegenüber dem Proletariat stellte Lenin die Arbeit an der Wirtschaftsfrente heraus. Und Lenin sagte, wenn diese Arbeit „langweilig“ und „uninteressant“, „unverständlich“ ist, wer die Nase rümpft oder in Panik verfällt, oder sich an Deklamationen über den früheren Elan und Enthusiasmus berauscht, den sollte man lieber „von der Arbeit betreiben“ und „kalstellen“, damit er keinen Schaden anrichten kann.

In diesen Jahren wurde besonders von der sogenannten „Arbeiteropposition“ das zur Aufputschung rückständiger Arbeitermassen ausgesuchte Argument gebraucht, „die Bauern verwöhnt man mehr oder weniger, den Arbeitern gibt man gar nichts.“

Die Partei erkannte sofort die Gefährlichkeit dieses Arguments, das auf die Umwandlung des Proletariats in Kleinbürger abzielte. Der von der „Arbeiteropposition“ beeinflusste rückständige Arbeiter argumentierte ungefähr so:

„Den Bauern verwöhnt man, hat ihn von der Ablieferungspflicht befreit und ihm den freien Teil seiner Überschüsse zum Austausch überlassen, wir Arbeiter, die wir an der Werkbank stehen, wollen das Gleiche haben... also auch über einen Teil der hergestellten Erzeugnisse verfügen.“

Es ist offensichtlich, daß dies zum Zerfall der Arbeiterklasse geführt hätte.

In diesem Zusammenhang entwickelt Lenin die Frage, wie man der Arbeiterklasse am besten helfen könnte, nämlich einzig und allein durch Wiederherstellung der Großindustrie als der materiellen Grundlage der Diktatur des Proletariats. Zur Wiederherstellung der Industrie muß man unbedingt mit der Belebung der Landwirtschaft beginnen, um eine genügende Lebensmittel- und Rohstoffbasis zu haben, ohne die an die Wiederherstellung der Industrie, geschweige denn an die Er-

richtung des Fundaments der sozialistischen Ökonomik nicht zu denken ist.

50X1-HUM

„Die Arbeiterklasse — betonte Lenin — kann ihre Wunden nicht anders heilen, weil proletarische, „Klassenkraft“ nicht anders wiederherstellen, die Bauernschaft kann in ihrem Vertrauen zu der proletarischen Führung nicht anders bestärkt werden, als nach Maßgabe des tatsächlichen Erfolges bei der Wiederherstellung der Industrie und der Herstellung eines richtigen staatlichen Produktionsaustausches, der sowohl für den Bauern als auch für den Arbeiter vorteilhaft wird.“<sup>51</sup>

Das war der kürzeste und schmerzloseste Weg, um der Arbeiterklasse zu helfen. Lenin sagte: ... wir müssen die Verteilung so vornehmen, daß wir die Macht des Proletariats erhalten. Das ist unser einziger Grundsatz.“

50X1-HUM

So dienten die Beschlüsse des X. Parteitages der Festigung der Diktatur des Proletariats auf der Grundlage eines festen ökonomischen Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, im Interesse des Aufbaus des Sozialismus.

Die historische Wende vom Krieg zum sozialistischen Aufbau war für viele Kommunisten ein Prüfstein, ja sogar für solche, die mit der Waffe in der Hand gegen Denikin ihren Mann gestanden hatten. Die Besten der Arbeiterklasse gaben alles hin für die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Und es war für sie nicht leicht, einen Knopf zurückzustechen, denn der Feind attackierte die Partei von „links“ und „rechts“. Mit einem Wort — es ging nicht alles so glatt, es waren aufwühlende Tage, aber niemand, der mit der Partei eng verbunden war, erlaubte es, die Partei zu beschmutzen, ihre Führer zu verleumden.

Noch 10 Jahre später stellte die Partei an viele Mitglieder die berechtigte Frage: und wie war dein Verhalten zur Partei in der Periode der NOP?

<sup>51</sup> Ebenda, S. 288.

50X1-HUM

50X1-HUM



## Der Befreiungskampf des algerischen Volkes

Larbi Bouhallal, erster Sekretär der Kommunistischen Partei Algeriens

(Diese Lektion, die ein Ausdruck des proletarischen Internationalismus ist, wurde am 21. Januar 1957 vor dem Kollektiv der Parteihochschule „Karl Marx“ gehalten)

Es ist für mich eine große Freude und eine große Ehre, vor einem solchen Auditorium sprechen zu können, vor Vertretern einer Arbeiterklasse und eines Volkes, das trotz aller Rückschläge, Siege und Niederlagen in der Geschichte, der Welt solche bedeutenden Persönlichkeiten gegeben hat wie Schiller und Goethe, Karl Marx und Friedrich Engels, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und den großen Genossen Ernst Thälmann. Ich begrüße euch im Namen der Kommunistischen Partei Algeriens, im Namen der algerischen Befreiungsbewegung und des algerischen Volkes, das heute mit der Waffe in der Hand für seine Freiheit kämpft. In seinem Namen überbringe ich euch brüderliche und kameradschaftliche Kampfgrüße.

Heute ist es also mein Auftrag, zu euch über Algerien zu sprechen. Ich möchte gleich betonen, daß, wenn es auch in anderen Ländern trotz aller kolonialen Unterdrückung Freiheitsbewegungen gibt, so doch heute Algerien das einzige Land ist, wo es einen wirklichen Krieg des unterdrückten Volkes gibt. Die französischen Kolonialherren behaupten, die gegenwärtige Lage in Algerien sei das Ergebnis einer ausländischen Intervention, vor allem Ägyptens. Nun, der Widerstand des algerischen Volkes ist nicht erst zwei Jahre alt, er datiert in Wirklichkeit seit 1830. Gleich nach der Ankunft der französischen Kolonialherren in Algerien im Jahre 1830 begann der organisierte Widerstand, der bis 1870 von dem Emir Abd el Kader geführt wurde. In der weiteren Geschichte Algeriens setzte sich der Widerstand fort, immer wieder durch befreite Aufstände in ganz Algerien neu belebt. Der bedeutendste Aufstand brach 1871 aus, das heißt zu einer Zeit, als sich auch die Pariser Kommune erhob. Die Solidarität zwischen der französischen Arbeiterklasse und dem algerischen Volk datiert seit der Zeit, da die französische Bourgeoisie die Kämpfer der Kommune, an ihrer Spitze die Genossin Louise Michel, nach einem entlegenen Landesort Algeriens deportierte, die aber auch dort die Gedanken der Pariser Kommune propagierten. Damals konnten die befreiten Aufstände im Blut erstickt werden. Wenn heute der Kampf von einem viel größeren Ausmaß ist, so vor allem deshalb, weil sich durch den Freiheitskampf des algerischen Volkes und dank der internationalen Faktoren eine ganz neue Lage ergeben hat. Wenn also die französischen Kolonialherren behaupten, die gegenwärtige Lage in Algerien sei das Ergebnis irgendeiner ausländischen Intervention, so wollen sie damit in Wirklichkeit den über 100 Jahre währenden Freiheitskampf des algerischen Volkes verschleiern. Außerdem behaupten die, Algerien sei ein Teil Frankreichs. Ich kann euch aber den Beweis erbringen, daß Algerien in Wirklichkeit eine Kolonie und nicht ein Teil Frankreichs ist.

Ihr kennt sicher die geographische Lage Algeriens. Das Land ist von Marokko und Tunis begrenzt und hat eine Küstenlänge von 1000 km; die Oberfläche beträgt 2,2 Millionen qkm, d. h. ungefähr das Vierfache Frank-

reichs. Algerien trägt heute die Merkmale einer Kolonie, das heißt, es dient den französischen Kolonialherren als Rohstoffquelle. Algerien ist ein Absatzmarkt für französische Fertigwaren, es gibt den französischen Kolonialherren billige Arbeitskräfte und ist französisches Kapitalanlagegebiet.

Der Aufbau der algerischen Wirtschaft dient nicht der Befriedigung der Bedürfnisse des algerischen Volkes, sondern dem Profitstreben der französischen Kolonialherren. Betrachten wir zunächst die politischen und staatlichen Verhältnisse Algeriens.

Nach Ankunft der französischen Kolonialisten war Algerien seit 1871 in drei Départements (Bezirke) eingeteilt. Es wurden politische Einrichtungen entsprechend denen in Frankreich geschaffen. Diese Einrichtungen sollten den Bedürfnissen der in Algerien lebenden französischen Bevölkerung dienen. Die wirkliche Lage Algeriens wird aber erst klar, wenn man die Verhältnisse etwas näher prüft. Seit Beginn dieses Jahrhunderts haben die Kolonialisten die Finanzautonomie Algeriens gefordert mit dem Ziel, die algerische Bevölkerung noch besser ausbeuten zu können und Algerien nicht etwa mit dem französischen Staatshaushalt zu verbinden. Außerdem hat Algerien seit 1947 ein sogenanntes Sonderstatut. Es besteht aus einer algerischen Versammlung, die jedoch nur beratende Funktionen hat. Algerien steht unter der Leitung eines französischen Generalgouverneurs, der in Paris ernannt wird. Der Generalgouverneur ernannt wiederum für den größten Teil Algeriens sogenannte Administratoren. Es besteht also in Algerien ein Gemeinwesen mit sogenannten gemischten Kommunen, deren Räte sich einerseits aus Administratoren, die von Oberadministratoren ernannt werden, und andererseits aus gewählten Vertretern zusammensetzen. Außerdem gibt es noch einen Teil des Landes, Süd-Algerien, der auch in normalen Zeiten von französischem Militär verwaltet wurde, also nicht der Zivilverwaltung unterstand. Diese Merkmale beweisen, daß Algerien eine Kolonie und von Frankreich klar abgegrenzt ist.

Aber der Unterschied zeigt sich beispielsweise auch an den Gemeindegemeinschaften. Erst seit Ende des zweiten Weltkrieges waren die eingeborenen Algerier überhaupt in ihren Gemeinderäten vertreten. Die Wähler jedoch sind in zwei Kollegien eingeteilt. Das eine Kollegium besteht nur aus Angehörigen europäischer Herkunft, das andere wird von eingeborenen Algeriern gebildet. In den Gemeinderäten verfügen die Vertreter europäischer Herkunft über drei Fünftel der Sitze und die Algerier nur zwei Fünftel zugesprochen. Jedenfalls trifft man in den algerischen Gemeinden nie einen algerischen Bürgermeister. Es gibt auch noch andere Institutionen, wo ähnliche Zustände herrschen.

Algerien zählt heute 10 Millionen Einwohner, davon sind 1 Million Europäer, unter ihnen in der Hauptsache Franzosen, Italiener und Spanier. In der französischen Nationalversammlung hat Algerien 30 Abgeord-

nete, aber von diesen 30 algerischen Abgeordneten vertreten 15 eine Million Europäer und die anderen 15 Abgeordneten, die nicht einmal besonders respektiert werden, neun Millionen eingeborene Algerier. Alle Wahlen, die bisher in Algerien stattgefunden haben, wurden systematisch verfälscht, damit auf jeden Fall die Vertreter des Abgeordnetenmandats erhielten, die die Kolonialverwaltung unterstützten.

Die demokratischen Freiheiten, die Meinungsfreiheit, Koalitions-, Versammlungs- und Pressefreiheit usw., bestehen in Worten, das heißt, die Bevölkerung europäischer Herkunft nutzt sie aus, aber für die eingeborene Bevölkerung sind sie absolut illusorisch. Dazu kommt, daß heute alle Erscheinungen des öffentlichen Lebens in Algerien durch die Rassendiskriminierung geprägt sind. Man kann sagen, daß der Algerier — und das trifft auch für mich persönlich zu — sich in seinem Heimatlande Algerien als Ausländer fühlt. Das sind die Kennzeichen Algeriens auf der politischen Ebene.

Betrachten wir nunmehr die wirtschaftliche Lage Algeriens. Die Geschichte der französischen Kolonialherrschaft in Algerien war die Geschichte des organisierten Diebstahls und Raubes des Landes unserer Bauern, der in allen möglichen und erdenklichen Formen vor sich ging. Zur Zeit ist die Bodenfläche wie folgt verteilt: 21 650 Kolonialherren besitzen 2,7 Millionen ha, dagegen haben 543 350 eingeborene Eigentümer 7,1 Millionen ha, wobei man berücksichtigen muß, daß sich unter diesen Eingeborenen noch 5000 Fidejussoren befinden. Aber diese statistischen Angaben der Bodenverteilung allein geben noch keinen richtigen Einblick in den Reichtum der Kolonialherren, denn man muß sehen, daß sie sich den besten Grund und Boden angeeignet haben. Darüber geben folgende Zahlen Aufschluß: Von 140 Milliarden Franken Gesamtwert der pflanzlichen Produktion gehören 92 Milliarden Franken den Europäern und nur 48 Milliarden den eingeborenen Algeriern. Betrachten wir die allgemeine Orientierung der algerischen Landwirtschaft, so zeigt sich, daß sie nicht etwa von den Bedürfnissen der Bevölkerung, sondern von dem Profitstreben der Kolonialisten diktiert ist.

Im Jahre 1830 hatte Algerien nur auf einer Fläche von 2000 ha Wein angebaut (d. h. für Tafelwein), weil die Algerier als Muselmanen keinen Wein tranken. Aber die Kolonialherren haben den Weinanbau entwickelt, der heute 380 000 ha Fläche einnimmt, das sind wertmäßig 40 Prozent der gesamten pflanzlichen Produktion. Algerien galt einmal als die Kornkammer Roms, heute jedoch fehlt es an Getreide und Algerien ist gezwungen, Getreide einzuführen. Die Kolonialisten müssen in ihren Statistiken selbst folgende Tatsachen zugeben: Wenn jeder Algerier 1871 über 5 Quintal<sup>1)</sup> an pflanzlichen Produkten zum Leben verfügte, so hat er dagegen heute weniger als 2 Quintal.

Die industrielle Entwicklung Algeriens wurde mit allen Mitteln verhindert. Die anderen Wirtschaftszweige des Landes, d. h. die Gruben, Banken, Verkehrsmittel, der Handel usw., sind in den Händen der Kolonialisten. Ein besonderes Kennzeichen Algeriens ist, daß auf Grund der Entwicklung der kolonialisti-

1) Ein Quintal = 100 kg

schon Bourgeoisie eine algerische Bourgeoisie überhaupt nicht existiert.

Gerade diese Tatsachen erklären, warum sich der Krieg in Algerien in solchen erbitterten Formen vollzieht. Aber der Freiheitskrieg wird auch deswegen erbittert geführt, weil sich jetzt schon neue Perspektiven der kolonialen Ausbeutung in Algerien abzeichnen. Die französischen Kolonialherren sind an dem geradezu phantastischen Reichtum an Bodenschätzen in der Wüste Sahara interessiert. Sie denken an strategische, also kriegswichtige Metalle, Edelmetalle sowie an Erdöl. Eine Zahlenangabe wird euch einen Einblick in die Zukunft vermitteln. Zur Zeit produziert Algerien 100 000 Tonnen Erdöl im Jahr. Französische Regierungskreise sind der Meinung, daß diese Produktion im Jahre 1959 den Stand von 4 Millionen Tonnen erreichen wird.

Betrachten wir nun die soziale Struktur. Beispielsweise hatten 1953 drei Gesellschaften des Eisenerzbergbaus einen Reingewinn von 3½ Milliarden französischen Franken, aber ihren Arbeitern haben sie nur 1½ Milliarde Franken an Löhnen gezahlt. Nach den französischen Statistiken beträgt das mittlere Jahreseinkommen eines Algeriers kaum 20 000 Franken. Zum Vergleich sei gesagt, daß das mittlere Jahreseinkommen eines Arbeiters in Frankreich 240 000 Franken beträgt. Aber selbst dieses Einkommen von 20 000 Franken hat nur der algerische Arbeiter, der überhaupt das Glück hat, Arbeit zu finden. Zur Zeit sind 1 500 000 eingeborene Algerier arbeitslos. Dazu kommen noch 300 000 Algerier, die Algerien verlassen mußten, um in Frankreich Arbeit zu suchen. Auf Grund dieser Lage kann man sagen, daß die Hungersnot in Algerien chronisch ist. Das zwingt zahlreiche Algerier, von Gras und wilden Wurzeln zu leben. Selbst eine Organisation der UN mußte feststellen, daß die Algerier nur durchschnittlich über 1445 Kalorien am Tage verfügen, das sind ⅓ des Lebensminimums. Die Lage des algerischen Volkes wird noch durch folgende Zahlen verdeutlicht: Die Statistik gibt an, daß 80 Prozent aller algerischen Kinder vor der Vollendung des fünften Lebensjahres sterben. Vor der Ankunft der Kolonialisten waren solche Krankheiten wie Tuberkulose vollkommen unbekannt in Algerien. Heute haben wir 400 000 tuberkulosekranke Menschen, das heißt, genauso viele wie ganz Frankreich mit seinen 43 Millionen Einwohnern.

Betrachten wir nun die Lage auf dem kulturellen Gebiet. In Algerien gibt es heute noch 80 Prozent Analphabeten. Etwa 2 Millionen Kinder im schulpflichtigen Alter wandern auf den Straßen umher, einfach deshalb, weil es für sie keine Schulen gibt. Zwar gibt es eine Universität in Algier, aber nur ein Zehntel der 5000 Studenten sind eingeborene Algerier. Der Unterricht erfolgt nur in französischer Sprache, der einzigen in Algerien offiziell anerkannten Sprache. Das Unerschrockenste ist, daß die arabische Sprache, also die Muttersprache der algerischen Bevölkerung, in Algerien als Fremdsprache betrachtet wird. Das betrifft auch die mohammedanische Religion und ihren Kultus. In Frankreich besteht ein Gesetz über die Trennung von Staat und Kirche. Dieses gilt auch in Algerien, aber nur insoweit, als es die christliche und jüdische Religion betrifft. Die Priester des Islam, die Mufti, werden als französische Staatsfunktionäre be-

trachtet und haben sich nach den Gesetzen und Verordnungen des französischen Staates zu richten.

Das sind die tiefen Ursachen, die der berechtigten Erhebung des algerischen Volkes zugrundeliegen.

Noch vor kurzem behauptete der französische Ministerpräsident Guy Mollet, Algerien sei ein Teil Frankreichs und die Algerier seien Franzosen. Ich habe auch berichtet, wie die wirkliche Lage ist und ihr könnt euch vorstellen, daß Herr Guy Mollet einige Mühe hat, in Algerien, aber auch anderswo zu behaupten, daß wir Algerier uns als französische Bürger fühlen. Aber die französischen rechtssozialistischen Führer haben nun einmal die Gewohnheit zu lügen. Übrigens erzählen sie, sie betrieben absolut keinen Krieg in Algerien, sondern führten nur die Befriedung durch.

Jetzt wollen wir uns diese „Befriedung“ einmal ansehen. Seitdem diese Herrschaften im Januar 1956 zur Macht kamen, haben sie in jeder Weise die Nachfolge der Kolonialherren übernommen. Sie setzten im französischen Parlament das Dekret über den Ausnahmezustand, d. h. in Wirklichkeit über den Kriegszustand durch, und sie haben sich auch bemüht, den Bestand der „Befriedungskräfte“ in Algerien zu erhöhen. Vor Beginn der Ereignisse waren weniger als 50 000 französische Soldaten in Algerien stationiert. Als aber der neue französische Generalgouverneur Robert Lacoste zu Beginn des Jahres 1956 nach Algerien kam, gab es schon 200 000 französische Soldaten, und heute wüßte ich in Algerien eine reguläre Kolonialarmee von 500 000 Mann, die mit allen modernen Waffen ausgerüstet ist. Natürlich führt diese Armee weitreichende militärische Operationen gegen die algerischen Patrioten durch. Eingesetzt werden die Luftwaffe, die Kriegsmarine, die Infanterie, kurz, alle Waffengattungen und Formationen.

Aber trotz des Einsatzes so gewaltiger Mittel erleben die französischen Kolonialisten schwere Rückschläge und Niederlagen. Infolgedessen unternehmen sie barbarische Vergeltungs- und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die algerische Bevölkerung. Wird zum Beispiel ein Ort verdächtigt, die kämpfenden algerischen Patrioten zu unterstützen, so wird er von einer großen Zahl Soldaten besetzt, die sogenannte Säuberung, das heißt Plünderung, Vergewaltigung und Niedermetzlung der Zivilbevölkerung organisieren. Zur Zeit gibt es in Algerien 300 algerische Patrioten, die zum Tode verurteilt sind. Viele von ihnen wurden bereits hingerichtet. Aber diese Zahlen sagen nicht alles, denn die Urteile der Kriegengerichte sollen von den Crausamkeiten und ungeheuren Gewalttaten, die tagtäglich von französischem Militär begangen werden, ablenken. Seit der Verkündung des Ausnahmezustandes in Algerien ist eine andere Form der Hinrichtung vorherrschend, die standrechtliche Hinrichtung. Und diese Hinrichtungen nehmen zuweilen Massencharakter an. Zum Beispiel wurden 50 km von Algier entfernt einige Dörfer verdächtigt, sie hätten den algerischen Patrioten geholfen. Die ganze über 15 Jahre alte Bevölkerung wurde auf dem Marktplatz zusammengetrommelt und dann ist man mit Panzerwagen über sie hinweggefahren. In einem anderen Gebiet, in Kabylie, organisierten die Patrioten einen Hinterhalt; sie hätten Erfolg und zogen sich dann zurück. Die militärischen Streitkräfte kamen und nahmen Haussuchungen vor, fanden aber nichts.

Um sich zu rächen, trieben sie 61 Bauern zusammen, stellten sie am Rande eines Abgrundes auf und schossen sie mit Maschinengewehren nieder. Im Gebiet von Palestro, das ebenfalls der Unterstützung von Patrioten beschuldigt wurde, hat man, um ein Exempel zu statuieren, die Bauern in einen Hubschrauber getrieben und aus einer Höhe von 500 Metern aus dem Flugzeug gestürzt. Das sind Operationen, die von der französischen Armee selbst organisiert werden.

Dazu kommt nun noch der sogenannte zivile Terror der französischen Kolonialherren, die halbpolitische Gruppen ausrüsten. Die eingeborenen Algerier sind von Mord, Erschießungen und Racheaktionen bedroht und werden hingerichtet, wenn sie auch nur eine Waffe besitzen. Die halbpolitischen Truppen der französischen Kolonialherren dagegen werden noch von der französischen Verwaltung mit Waffen ausgerüstet. Das war auch in der allerletzten Zeit der Fall, als der Kolonialherr Frontget beordert wurde. Faschistische bewaffnete Elemente drangen in Anwesenheit der französischen Polizei in die arabischen Wohnviertel ein, steckten die Läden in Brand und schossen blind in Läden und Häuser hinein. Das Ergebnis war: 10 Tote und 15 Schwerverletzte in einem Wohnviertel Algiers. Natürlich wurden diese Herrschaften nicht etwa bestraft, sondern der französische Generalgouverneur Lacoste hat zu „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ den Fallschirmjäger-General Massut eingesetzt, der aus Vietnam zurückgekommen war. Dieser Herr hat mit 10 000 Fallschirmjägern ein einziges arabisches Wohnviertel terrorisiert.

Mit vollem Recht haben sich die Franzosen über die entsetzlichen Verbrechen entrüstet, die von den Nazi-Organisationen während des zweiten Weltkrieges in Frankreich begangen wurden. Sie haben sich mit berechtigter Empörung gegen das ungeheuerliche Verbrechen der Faschisten in Oradour-sur-Glanne gewandt und heute müssen wir uns fragen, wie viele Oradour-sur-Glanes es eigentlich in Algerien gibt. Ungefähr sind die Opfer. Darüber gibt es keine Statistik. Ich kann nur einen kleinen Hinweis geben. 1945 gab es eine große Welle der Unterdrückung, die 45 000 Algeriern das Leben kostete, obwohl sie nur 6 Monate dauerte. Wenn ihr bedenkt, daß die jetzige viel stärkere Welle der Unterdrückung schon 36 Monate dauert, so bekommt ihr eine annähernde Vorstellung von der Anzahl der Opfer. Selbstverständlich sind die Gefängnisse und Konzentrationslager überfüllt mit algerischen Patrioten und die Folterungen und Quälereien, die bewußt in den Gefängnissen und Konzentrationslagern organisiert werden, unterscheiden sich nicht von dem, was man von Seiten der Faschisten im Krieg erlebt hat.

So sieht die Politik der „Befriedung“ der französischen Rechtssozialisten in Algerien aus. Aber diese Unterdrückung hat ihren Zweck nicht erreicht, ganz im Gegenteil, sie hat die Festigung der algerischen Befreiungsfront noch beschleunigt.

Betrachten wir nun die nationale Bewegung und den Kampf des algerischen Volkes. Die ersten nationalen Befreiungsorganisationen wurden nach dem ersten Weltkrieg unter dem Eindruck der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gegründet. Diese Organisationen blieben lange Zeit auf einer reformistischen

Plattform stehen, d. h. sie forderten demokratische Reformen, stellten aber keine grundlegenden Aufgaben. Nach dem zweiten Weltkrieg, nach dem Sieg der demokratischen Kräfte über den Faschismus und der Befreiung einer Reihe Kolonialvölker hat auch die algerische nationale Bewegung einen großen Aufschwung genommen. Im Laufe der letzten 10 Jahre hat unser Volk, haben vor allem die algerischen Arbeiter viel gelernt.

Die politischen und sozialen Kräfte verteilen sich folgendermaßen: es gibt zwei nationalistische Parteien, denen nur eingeborene Algerier angehören, dann gibt es die Kommunistische Partei Algeriens, der sowohl eingeborene Algerier als auch Europäer angehören, außerdem gibt es verschiedene französische Parteien, die den entsprechenden Parteien in Frankreich angeschlossen sind, wie zum Beispiel die Sozialistische Partei, die Radikal-Sozialistische Partei u. a. Auf der Gewerkschaftsebene gibt es den Allgemeinen Algerischen Gewerkschaftsverband, der dem Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsverband (CGT) angeschlossen ist. Dort sind die kommunistischen und nationalgesinnten Arbeiter und Werktätigen organisiert. Außerdem gibt es noch andere Gewerkschaftszentralen, die sogenannten „autonomen“ Verbände, die Force Ouvrière und die christlichen Gewerkschaften, die den entsprechenden Gewerkschaftszentralen in Frankreich unterstehen. Aber seit ungefähr einem Jahr gibt es noch zwei andere Gewerkschaftszentralen, die von den Nationalisten geleitet werden. Auf dem Lande gibt es den Allgemeinen Landbund, dem aber hauptsächlich die Kolonialherren angehören. Trotz aller großen Anstrengungen der Kommunistischen Partei Algeriens und der übrigen fortschrittlichen Organisationen ist es uns leider noch nicht gelungen, die algerischen Bauern zu organisieren, weil die entsprechenden Organisationen jenseits durch die Gewaltmaßnahmen der französischen Unterdrücker zerstört wurden. Das ist ungefähr die Verteilung der politischen und sozialen Kräfte in Algerien.

Wie schon gesagt, haben sich die Volksmassen im Laufe der letzten Jahre eine große politische und gesellschaftliche Erfahrung erworben. Im Verlauf der Kämpfe haben sie vor allem die Überzeugung gewonnen, daß die Befreiung keinesfalls ohne Kampf und vielleicht nicht ohne bewaffneten Kampf zu erreichen ist. Unter diesen Umständen gründeten nationale Kräfte, die sich von den großen nationalistischen Parteien getrennt hatten, am 1. November 1954 das revolutionäre Komitee „L'Union et l'Action“ und gaben die Parole zum bewaffneten Aufstand aus. In den folgenden Monaten hat sich das Komitee in die Nationale Befreiungsfront umgewandelt. Diese Nationale Befreiungsfront ist keine Koalition von Parteien, sondern eine individuelle Sammlung der nationalen Elemente. So wurde dieser Zusammenschluß nationaler Kräfte, mit Ausnahme einer Gruppe der nationalen algerischen Bewegung (Mouvement National Algerien — MNA) im Kampf errungen.

Aber die Nationale Befreiungsfront hat nicht nur die ehemaligen Organisationen der Nationalisten, sondern auch neue Kräfte mitgerissen, weil ihre Parolen den Wünschen der algerischen Volksmassen entsprachen. Sie hat Bauern, Arbeiter, Intellektuelle, Bürger und auch Gemeindefunktionäre sowie bestimmte feudale Kräfte für den Kampf gewonnen. Der Einfluß, den diese Front

erhalten hat, zeigt sich z. B. darin, daß es im letzten Sommer zu Studentenbewegungen kam und der Allgemeine Algerische Studentenverband erklärte: „Unser Platz ist nicht mehr im Hörsaal, unser Platz ist auf dem flachen Lande, unter den algerischen Partisanen.“ Und tatsächlich gibt es an den Fakultäten der Universität Algier keine Studenten mehr. Auch die Ober- und Mittelschulen sind geschlossen. Diese Parole wurde auch befolgt. Der Einfluß der Nationalen Befreiungsfront kommt auch in anderen Aktionen, zum Beispiel in den wiederholten Generalstreiks, zum Ausdruck.

Es ist klar, daß die Teilnahme der algerischen Frauen an dem bewaffneten Kampf des algerischen Volkes sehr gering ist, nicht nur auf Grund der mohammedanischen Religion, sondern auch auf Grund der Traditionen Algeriens. Aber die algerische Frau wird in anderer Form in den Kampf einbezogen, um die bewaffneten Kämpfer zu unterstützen, z. B. durch Geldsammlungen, Wäschestricken und Sammeln von Verbandstoffen, kurz durch alles, was in dieser Beziehung für die bewaffneten Kämpfer des Volkes getan werden kann. Die Erfahrung zeigt uns auch, daß sich der Kampf ausweitet und daß die Schranken zwischen Religion und Tradition und dem wirklichen Leben allmählich von den Frauen in dieser Hinsicht überwunden werden.

Seit ihrer Gründung hat die Nationale Befreiungsfront die Armee der Nationalen Befreiung aufgebaut. Das war zuerst eine Armee, die sich aus kleinen Gruppen zusammensetzte, die aber heute mit aller Kraft und mit Erfolg auf dem gesamten algerischen Territorium operiert. Bei dieser Armee handelt es sich jedoch keineswegs um eine reguläre Armee, wie die französische, und sie führt auch keinen Stellungskrieg, sondern einen Guerillakrieg, einen Partisanenkrieg.

Es gibt in Algerien keine befreiten Gebiete. Zwar gibt es Gebiete, wo die Verwaltung der Kolonialisten überhaupt nicht mehr besteht, wo die Organisationen der Widerstandsbevægung zum Beispiel die Steuererhebung, Rechtsprechung und die Verwaltung auf anderen Gebieten übernommen haben. Aber ich wiederhole, man kann nicht davon sprechen, daß irgendwo in Algerien ein vollkommen befreites Gebiet besteht.

Die Kämpfer selbst waren zuerst einmal die Bauern, dann schlossen sich andere soziale Schichten, mittlere und kleine Handwerker, Geschäftsleute und Arbeiter unter der Leitung von intellektuellen Kleinbürgern und auch Arbeitern, die in der Vergangenheit in Frankreich waren, dem Kampf an. Die unmittelbaren Hauptziele der Nationalen Befreiungsfront entsprechen denjenigen der Kommunistischen Partei Algeriens. Die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit, Errichtung einer demokratischen und sozialen Republik, Durchführung einer Bodenreform und Nationalisierung der Banken und Gruben sind auch die nächsten Ziele der Kommunistischen Partei Algeriens.

Unsere Kommunistische Partei Algeriens kämpft schon seit zehn Jahren für eine nationale demokratische Front des algerischen Volkes. Sie steht heute mitten im Kampf in allen seinen Formen. Aber ich möchte betonen, daß die Partei nicht der Nationalen Befreiungs-

front angehört. Die Genossen haben vielleicht geglaubt, daß ich hier die Befreiungsfront repräsentiere. Unsere Partei gehört nicht der Leitung der Nationalen Befreiungsfront an, also kann ich auch nicht sagen, daß ich sie hier vertritt. Aber unsere Partei unterstützt sie in vollem Umfang, nicht nur wegen ihrer unmittelbaren Ziele, sondern weil sie gegen den französischen Imperialismus kämpft.

Es ist klar, daß der Kampf unserer Partei in den Volksmassen selbst tiefe Auswirkungen hervorgerufen hat. Im August 1951 wurde mit Hilfe aller anderen nationalen Organisationen die algerische Front für die Unabhängigkeit und die Achtung der demokratischen Freiheit konstituiert. Diese Front bestand einige Monate, hat sich dann aber im Laufe des Jahres 1952 aufgelöst. Unsere Partei verfolgte immer die Politik der nationalen Einheit und rief immer wieder zur Bildung einer nationalen demokratischen Front Algeriens auf. Es ist klar, daß die Bildung der Nationalen Befreiungsfront, wie sie tatsächlich erfolgte, die Auswirkung der Forderung ist, die auf Grund unseres Kampfes aus den breiten Volksmassen hervorging, auch wenn unsere Partei zur Zeit dieser Front selbst nicht angehört.

Unsere Partei hatte bewaffnete Partisanengruppen aufgestellt. Aber nach einer Diskussion und in Übereinstimmung mit der Leitung der Nationalen Befreiungsfront haben wir beschlossen, diese bewaffneten Gruppen aufzulösen, um ihre Kämpfer in die bewaffneten Gruppen der Nationalen Befreiungsfront, also in die algerische Befreiungsarmee einzugliedern. Und in demselben Geist der Vereinigung kämpfen wir für den Zusammenschluß der Arbeiterbewegung in einer Gewerkschaftszentrale und für die Einbeziehung der Kommunisten in die Nationale Befreiungsfront. Die Leitung der Nationalen Befreiungsfront sagte uns: „Löst eure kommunistische Partei einfach auf und schließt euch individuell der Nationalen Befreiungsfront an, wie es auch andere Parteien getan haben.“ Es ist klar, daß unsere Partei diesen Vorschlag nicht annahm. Sie bleibt also bestehen und betreibt ihre Propaganda und Agitation weiter für die Einbeziehung in die Nationale Befreiungsfront unter Berücksichtigung der organisatorischen und politischen Einheit und Unabhängigkeit der Partei. Die Teilnahme der Kommunistischen Partei an der Nationalen Befreiungsfront ist eine Frage des Kampfes und des Kräfteverhältnisses. In dem Maße, wie es sich erweist, daß die Kommunisten im Befreiungskampf des algerischen Volkes die besten sind, in dem Maße, wie ihre Politik tiefer in die Reihen des Volkes eindringt, ist es klar, daß wir die Feindseligkeiten der nationalistischen Führer überwinden und die Teilnahme unserer Partei an der Nationalen Befreiungsfront erzwingen. Ich muß aber betonen, daß das Verhältnis unserer Partei zur Nationalen Befreiungsfront schon jetzt positiv ist. Das sind die Hauptmerkmale der nationalen Bewegung.

Ich möchte jetzt einige Worte über die Algerier europäischer Herkunft sagen. Denn es wäre nicht richtig, nur die eingeborenen Algerier sehen zu wollen, die das Joch der Kolonialherren tragen müssen, wie es auch unrichtig wäre, einfach einen europäischen Block gegen die Eingeborenen in Algerien zu sehen. Außerdem gibt es nur 21 000 Kolonialherren und davon wieder nur 6000 Großgrundbesitzer. Natürlich gibt es auch in den

anderen Zweigen der Wirtschaft unseres Landes Ausbeuter, aber ihre Zahl ist begrenzt. Die europäische Bevölkerung setzt sich aus Arbeitern, Beamten, Handwerkern, Kaufleuten und Freischaffenden zusammen, die auf keinen Fall als Ausbeuter angesehen werden können. Außerdem gibt es eine Gruppe Europäer, die absolut auf der Seite der nationalen algerischen Befreiungsbewegung steht. Zunächst einmal die Kommunisten europäischer Herkunft, die entsprechend der Politik ihrer Partei mitten im Kampf, auch im bewaffneten Kampf gegen die französischen Imperialisten stehen. Es gibt aber auch fortschrittliche Christen, die in der einen oder anderen Form die nationale Befreiungsbewegung der Algerier unterstützen. Es gibt demokratische und liberale Elemente unter den Europäern, die der Meinung sind, daß die Lösung des ganzen Problems in friedlicher Verhandlung und demokratischer Auseinandersetzung mit den Algeriern liegt.

Man muß natürlich sehen, daß es auch Algerier europäischer Herkunft gibt, die sich auf der Seite der Kolonialpolitik befinden und im Gegensatz zur nationalen Befreiungsbewegung stehen. Nach der Auffassung der kämpfenden eingeborenen Algerier sind die Algerier europäischer Herkunft ein integrierender Bestandteil der algerischen Bevölkerung. Wir sind der Meinung, daß sie in einem befreiten Algerien die gleichen Rechte und Pflichten wie die algerischen Bürger haben werden. Diejenigen, die dann ihre ursprüngliche Staatszugehörigkeit bewahren wollen, werden ebenfalls in Algerien frei leben können, unter einer Bedingung allerdings, daß sie die Gesetze des befreiten Algerien respektieren auf der Grundlage des Fremdenrechtes. Deshalb sind wir der klaren und festen Überzeugung, daß diese eine Million Algerier europäischer Herkunft keineswegs ein Hindernis auf dem Wege der Erfüllung der Forderungen des algerischen Volkes sein können.

Alles das widerlegt die Lügen des Herrn Guy Mollet, wenn er erzählt, es handle sich hier um einen religiösen Krieg, um religiösen Fanatismus und Panislamismus.

Die Kommunistische Partei Frankreichs nimmt zur algerischen Frage eine prinzipiell richtige und gerechte Haltung ein, die der französischen Arbeiterklasse und dem französischen Volk zur Ehre gereicht. Die Kommunistische Partei stößt gerade was die algerische Frage betrifft, in Frankreich selbst auf große Schwierigkeiten. Die rechtsozialistischen Führer in Frankreich erzählen den französischen Arbeitern: Verloren wir Algerien, so bedeute das, daß von fünf französischen Arbeitern einer arbeitslos würde und daß die eine Million Franzosen, die sich heute in Algerien befindet, hinausgeworfen würde und in Frankreich Arbeit und Wohnung bekommen müßte.

Mit diesen Lügenpropaganda üben sie natürlich Einfluß auf einen Teil der französischen Arbeiter aus. Das erklärt die Schwierigkeiten, auf die die Kommunistische Partei Frankreichs stößt.

Natürlich fragt sich nach einer solchen Schilderung der Lage in Algerien jeder, welche Perspektiven der Kampf des algerischen Volkes hat. Ich möchte sagen, daß die Widerstandsbewegung Algeriens, ob es sich um Nationalisten oder Kommunisten handelt, für eine friedliche Regelung der Probleme in Algerien eintritt. Wir sind für Verhandlungen mit den Vertretern der fran-

zösischen Regierung. Wir wünschen, daß die UN uns hilft, eine Lösung in diesem Sinne zu finden. Wir sind der Meinung, daß durch die Anerkennung unserer gerechten nationalen Bestrebungen mit Hilfe der UN diese friedliche Regelung in den kommenden Monaten durchaus zu erreichen ist.

Aber uns sind auch die Intrigen der französischen Regierung im Rahmen der UN bekannt. Wir wissen, daß trotz der neuen Kräfte, die sich jetzt dieser Organisation angeschlossen haben, die Imperialisten eine beherrschende Position im Rahmen der UN bewahren. Das alles müssen wir in Betracht ziehen. Damit rechnen wir und stützen uns vor allem auf unseren eigenen Kampf. Unser Volk ist sich der Gerechtigkeit seiner Sache und seiner Kraft bewußt geworden. Bekämpften die Patrioten zu Beginn ihres Widerstandes die französischen Kolonialherren unter der Losung: „Lieber sterben, als auf Knien liegend leben“, so kämpfen sie heute in der Gewißheit ihres baldigen Sieges.

Das ist der Unterschied. Das algerische Volk ist überzeugt vom guten Ausgang seines Kampfes, nicht nur, weil es seine Kraft im Kampf selbst erproben konnte, sondern weil es jetzt von dem Bewußtsein beseelt ist, in diesem Kampf nicht allein zu stehen. Es weiß, daß ungezählte Kräfte an seiner Seite stehen, die Arbeiterklasse der ganzen Welt, die sich gegen den ungerechten Krieg in Algerien erhoben hat. Das algerische Volk weiß, daß die Brudervölker auf seiner Seite stehen. Das marokkanische und tunesische Volk, alle diese Völker, die sich die Anerkennung ihrer nationalen Unabhängigkeit erkämpft haben, wissen sehr wohl, daß ihre eigene Unabhängigkeit in Wirklichkeit nicht gesichert ist, solange das algerische Volk nicht die Unabhängigkeit erkämpft hat.

Das marokkanische und tunesische Volk unterstützen den algerischen Befreiungskampf auch materiell. Es gibt zum Beispiel in Marokko Lazarette, wo Verletzte und Verwundete des algerischen Befreiungskampfes gepflegt werden. Wenn in der nächsten Zeit keine wirklich friedliche Regelung des algerischen Problems gefunden wird, so wird es niemandem gelingen, weder das marokkanische noch das tunesische Volk daran zu hindern, dem algerischen Volk mit Waffen zu Hilfe zu kommen.

Das algerische Volk weiß, daß die aktive Solidarität aller arabischen Länder, aller asiatischen Völker, die auf der Bandung-Konferenz vertreten waren/auf seiner Seite steht. Das algerische Volk weiß sehr wohl, was es der Welt des Sozialismus schuldig ist; die ihm immer aktiv und solidarisch zur Seite stand. Wenn heute der Kampf des algerischen Volkes gegen den französischen Imperialismus so wirkungsvoll ist, dann nicht zuletzt dank des Bestehens des sich ständig festigenden sozialistischen Lagers, an dessen Spitze die große, unbesiegbare Sowjetunion steht.

Genossinnen und Genossen, ihr habt in eurer Deutschen Demokratischen Republik das Glück, diesem sozialistischen Lager anzugehören. Eure Solidarität hat unserem Volke viel in seinem gerechten Freiheitskampf geholfen. Ich möchte diese Gelegenheit ergreifen, um euch den Dank unseres kämpfenden algerischen Volkes auszusprechen. Wir wissen sehr wohl, daß wir mit diesem Kampf, den wir gegen den französischen Imperialismus in Afrika führen, auch euch helfen und unterstützen, ebenso wie eure Arbeit, eure Erfolge und Fortschritte für das kämpfende Algerien eine wertvolle Hilfe und Unterstützung bedeuten. Es ist klar, daß solche unglückseligen Ereignisse wie in Ungarn nicht dem algerischen Volke und den anderen Völkern helfen, die für ihre nationale Unabhängigkeit kämpfen. Diese Ereignisse gaben den Imperialisten die Möglichkeit, viele Menschen zu verwirren. Im Gegensatz dazu ist alles, was die sozialistischen Länder stärkt, ihre Zusammenarbeit enger gestaltet, alles, was die marxistisch-leninistische Ideologie festigt, für uns eine wirksame und wertvolle Hilfe. Wenn man von diesem Gesichtspunkt ausgeht, ist es klar, daß uns jeder Werktätige auf seinem Gebiet, auf dem er arbeitet und kämpft, helfen kann. Ihr selbst, die ihr an dieser Schule arbeitet, werdet uns helfen, indem ihr gut lernt, euch gut entwickelt und auf eure Arbeit vorbereitet, denn ihr seid die Kader der Partei, die morgen im Einsatz sind. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, möchte ich meinen Vortrag damit schließen, daß ich euch viele gute Erfolge wünsche, vor allem, daß euer Vaterland vereint werden möge. Ich beende meine Ausführungen mit dem Ruf: Es lebe die Freundschaft des algerischen mit dem deutschen Volk! Es lebe der proletarische Internationalismus! Es lebe der Frieden unter den Völkern!

## Zur Herausgabe des Lesematerials zu einigen Fragen des Parteiaufbaus

[Auszüge aus Werken W. I. Lenins]

Werner Tormen

Das von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED als Manuskript veröffentlichte Lesematerial, um die Kenntnis einer Arbeit im Lehrstuhl Parteiaufbau, ist der Kenntnis der Werke W. I. Lenins zu Fragen des Parteiaufbaus zu vertiefen. Wir erachten es zum besseren Studium dieser Fragen für notwendig, bis zur völligen Herausgabe der Werke Lenins durch das Institut für Marxismus-Leninismus eine Zusammenstellung zu veröffentlichen, der die von 1929 bis 1940 in deutscher Sprache erschienene Ausgabe der Sämtlichen Werke Lenins zugrunde liegt.

Es gab bereits früher in der Sowjetunion einen Sammelband „Lenin/Stalin zu Fragen des Parteiaufbaus“ und 1956 ist ein Sammelband: Lenin „Über den Parteiaufbau“ herausgegeben worden. Diese Ausgabe ist umfangreicher als unser Lesematerial. Sie enthält auch Auszüge aus den bekannten Grundwerken Lenins „Was tun?“, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“, „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ u. a. und auch eine Reihe Artikel, die uns in deutscher Sprache nicht zugänglich waren.

Wir haben uns in dem Lesematerial jedoch in der Hauptsache auf die schwer zugänglichen und nicht allgemein bekannten Schriften Lenins beschränkt.

Die Lehre von der Partei neuen Typus, die Leninischen Organisationsprinzipien, wurden in der Vergangenheit im wesentlichen nur auf der Grundlage des Werkes „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ und des Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (B) behandelt. Zu Fragen der Kaderarbeit, der Kritik und Selbstkritik, der Zusammensetzung der Partei, der Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse wurde wohl gesagt, daß Lenin solche Normen des Parteilebens entwickelt hat. Sie wurden aber überwiegend aus dem Kurzen Lehrgang und den Werken des Genossen Stalin begründet. Bereits heute können wir jedoch trotz der noch immer begrenzten Kenntnis der Werke Lenins sagen, daß die von Lenin entwickelte geschlossene Lehre von der Partei neuen Typus, von den Organisationsprinzipien, den Normen des Parteilebens und den Prinzipien der Parteiführung nicht in einzelnen Schriften zu finden ist. Dazu müssen wir uns bemühen, das Gesamtschaffen Lenins zu erarbeiten. Vor allem müssen wir natürlich solche Werke wie „Brief an einen Genossen“, „Was tun?“, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“, „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ u. a. heranziehen.

Lenin hat alle grundlegenden Prinzipien und Normen des Parteilebens entwickelt. Das ist auch kein Zufall, denn Lenin stand an der Spitze der Partei im Kampf um die Errichtung der Diktatur des Proletariats, im Kampf auf Leben und Tod gegen die feindliche Intervention und in den ersten und zugleich schwersten Jahren des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Lenin und die Partei der Bolschewiki sind unlösbar miteinander verbunden.

Die Lehren Lenins sind daher verallgemeinerte Erfahrungen des täglichen Kampfes bei der Schaffung der Partei neuen Typus, bei der Durchführung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, bei der Errichtung der Diktatur des Proletariats, sind Kampferfahrungen der Partei, die an der Macht ist. Lenin verteidigte den Marxismus konsequent gegen alle Schattierungen bürgerlicher Einflüsse und entwickelte den Marxismus unter den neuen historischen Bedingungen schöpferisch weiter, d. h. er berücksichtigte und verarbeitete ständig die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung. Deshalb gehören die Lehren Lenins über die Partei neuen Typus auch zu den grundlegenden Erfahrungen, die ausnahmslos für jede revolutionäre Kampfpartei volle Gültigkeit haben.

Nach dem Tode Lenins wurden auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, die Normen des Parteilebens unter den jeweiligen Bedingungen des Kampfes durch die KPdSU weiterentwickelt.

Der Schatz der grundlegenden Lehren Lenins, der für jede Partei neuen Typus eine unerschöpfbare Fundgrube darstellt, wird heute durch die Kommunistischen und Arbeiterparteien bereichert.

In dem Lesematerial finden wir eine Fülle von Hinweisen zu den Fragen der Notwendigkeit einer marxistischen Partei und ihrer Rolle als bewußter organisierter Vortrupp der Arbeiterklasse; zu Fragen des Kampfes um die Einheit und Reinheit der Partei, des demokratischen Zentralismus, der Disziplin, der Kritik und Selbstkritik, der Notwendigkeit der Arbeit in den Massenorganisationen und unter den Massen überhaupt; der Organisationsarbeit in der Übergangsperiode, des proletarischen Internationalismus und des Vertrauens in die unbesiegbare Kraft der Arbeiterklasse.

Beim Studium tritt immer wieder der offensive Charakter durch Lenin bei der Darlegung unserer Weltanschauung hervor. Aus der Fülle der Hinweise Lenins möchten wir nur zwei Fragen herausgreifen, die das Lesematerial durchziehen:

1. Die Notwendigkeit der führenden Rolle der Partei.
2. Die Voraussetzungen für die Verwirklichung der führenden Rolle der Partei.

Es werden hier vor allem die Erfahrungen der Partei nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats herangezogen, weil sie für uns heute von besonderer Bedeutung sind.

### I. Die Notwendigkeit der führenden Rolle der Partei

Das 30. Plenum setzte sich mit den verschiedenen revisionistischen Auffassungen auseinander, die heute darauf gerichtet sind, die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse und ihre Rolle als bewußte Vorhut zu liquidieren. Besonders gefährlich sind die Auffassungen einiger jugoslawischer Genossen, die sich als Leninisten ausgeben. So erklärte z. B. Kardelj, daß die

führende Rolle der Partei im Kampf für den Sieg des Sozialismus unveränderbar sei... mit der tatsächlich entscheidenden Rolle der Massen der Produzenten...“

In derselben Richtung laufen die Auffassungen Vuemarićs, der es für unzulässig hält, daß die Partei das sozialistische Bewußtsein über die Massenorganisationen in die Arbeiterklasse und die Werktätigen hineinbringt. Aber die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung lehnen etwas anderes. Schon vor rund 90 Jahren wurden die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung in den allgemeinen Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation verallgemeinert. Im Artikel 7a, der als Lehre der Pariser Kommune in die Statuten eingefügt wurde, heißt es:

„In seinem Kampfe gegen die vereinigte Macht der besitzenden Klassen kann das Proletariat nur dann als Klasse auftreten, wenn es sich selber zu einer besonderen politischen Partei konstituiert, die allen früheren, von den besitzenden Klassen gebildeten Parteien gegenübersteht.“

Diese Vereinigung des Proletariats zur politischen Partei ist unentbehrlich, um den Triumph der sozialen Revolution und ihres letzten Zwecks — die Abschaffung der Klassen — zu sichern.“

Im Jahre 1913, in einer Zeit, als das Liquidatorientum eine weit verbreitete Erscheinung war, schrieb Lenin in dem Artikel „Kontus gewordene Parteilose“: „Eine Politik im ersten Sinne des Wortes können nur die Massen machen, eine parteilose und keiner starken Partei folgende Masse aber ist eine zersplitterte, nicht klassenbewußte Masse, die keiner Ausdauer fähig ist und zum Spielzeug geschickter Politikanten wird...“

Die Bedeutung der Partei nach dem Sturz der Bourgeoisie, nach der Machtergreifung durch die Arbeiterklasse wurde von Lenin besonders hoch eingeschätzt; galt es doch jetzt, die aufbauende Rolle der Arbeiterklasse, ihre Schöpferkraft beim Aufbau der neuen sozialistischen Gesellschaft in den Vordergrund zu rücken. Neue sozialistische Produktionsverhältnisse müssen in Stadt und Land geschaffen werden. Die Erziehung der Arbeiterklasse als der jetzt herrschenden Klasse und die Umerzichtung vieler Millionen Werktätiger, vor allem der werktätigen Bauern und ihre Überführung in die sozialistische Großproduktion müssen in Angriff genommen werden. Dazu bedarf es aber einer konsequent revolutionären Partei der Arbeiterklasse. Nur eine solche Partei, die mit den Entwicklungsgesetzen der menschlichen Gesellschaft vertraut ist und die Arbeiterbewegung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus verbindet, ist in der Lage, die Arbeiterklasse im Kampf für die Verwirklichung ihrer wahren Interessen zu führen.

Die Praxis beweist, daß auch heute die Lehre Lenins von der Partei nach wie vor volle Gültigkeit hat. Auf dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale vermittelte Lenin der internationalen Arbeiterbewegung die Erfahrungen von 3 Jahren Sowjetmacht, die Erfahrungen der Partei, die als erste an der Spitze der Arbeiterklasse die politische Herrschaft der Arbeiterklasse errichtete.

1) Marx/Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 362.  
2) Lesematerial, S. 110 (W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XVII, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau-Leningrad 1953).

In der auf dem 2. Kongreß angenommenen Resolution heißt es: „Die Arbeiterklasse braucht die Kommunistische Partei nicht nur bis zur Eroberung der Macht und nicht nur während der Eroberung der Macht, sondern auch nachher, wenn die Macht bereits in die Hände der Arbeiterklasse übergegangen ist. Die Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands... zeigt, daß die Rolle der Kommunistischen Partei nach der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse nicht nur gering geworden, sondern im Gegenteil außerordentlich gewachsen ist...“

Seitdem sind rund 37 Jahre vergangen. Im Ergebnis der Zerschlagung der Hitler-Tyrannie durch die Kraft der Sowjetvölker wurde die Arbeiterklasse zur führenden Kraft in vielen Ländern und es entstand ein System sozialistischer Staaten.

In dem Kampf, den heute die imperialistische Bourgeoisie gegen den Marxismus-Leninismus unter der Devise: Gegen den „Stalinismus“ führt, wird unter dem Druck dieses Angriffes, selbst von einigen Kommunisten die führende Rolle der Partei verneint. Deshalb verdient die Resolution des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale von 1920 gerade heute eine gründliche Überlegung. In der Resolution heißt es:

„Die Notwendigkeit einer politischen Partei des Proletariats fällt erst nach der völligen Beseitigung der Klassen weg... Die Kommunistische Partei aber wird erst dann vollständig in der Arbeiterklasse aufgehen, wenn der Kommunismus auflieft, ein Kampfobjekt zu sein, und die gesamte Arbeiterklasse kommunistisch geworden ist.“ Gemeint ist hier, wenn die Arbeiterklasse aller Länder der Erde die Gedanken der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und den Aufbau des Kommunismus zum Siege geführt hat.

Somit können heute alle Auffassungen, die den Parteigedanken verneinen, alle Auffassungen, die eine Schwächung der Partei der Arbeiterklasse anstreben, nur dem internationalen Monopolkapital in die Hände spielen. Dergleichen Auffassungen sind Angriffe gegen die grundlegenden Erfahrungen, die uns die Partei Lenins vermittelt hat, sind Angriffe auch gegen unsere Arbeiter- und Bauern-Macht und müssen deshalb gebührend zurückgewiesen werden. Das haben uns nicht nur unsere eigenen Erfahrungen, sondern auch die Ereignisse in Ungarn gelehrt.

### II. Welches sind nun die Voraussetzungen für die Verwirklichung der führenden Rolle der Partei? Wie muß die Partei aussehen, um ihre historische Rolle erfüllen zu können?

Auch zu dieser Frage finden wir im Lesematerial zahlreiche wichtige Hinweise. Der Kampf Lenins um die Einheit und Reinheit der Partei spiegelt sich in diesen Schriften wider. Sein Kampf um die Schaffung einer Partei neuen Typus und ihre ständige Festigung war untrennbar verbunden mit dem Kampf um die Herstellung der Einheit der Ansichten in den Grundfragen der marxistischen Weltanschauung, vor allem

3) Lesematerial, S. 211 (W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXV, Verlag für Literatur und Politik, Wien-Berlin).  
4) Resolutionen des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale.  
5) Lesematerial, S. 242 (Lenin, Sämtliche Werke, ebenda).

in der Frage der Diktatur des Proletariats. Die Einsicht in die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft verleiht der Partei die Kraft, ihre Rolle als bewußter Vortrupp zu erfüllen. Lenin ließ in Fragen der Weltanschauung nicht die geringste Abweichung zu, weil jegliche Abweichung von den Grundlagen des Marxismus einer Abweichung von den Interessen der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit, d. h. von ihren objektiven Interessen entspricht. Da der Marxismus-Leninismus der wissenschaftliche Ausdruck der objektiven Interessen der Arbeiterklasse ist, so muß jede Abweichung vom Marxismus, da es nur zwei Ideologien — die bürgerliche und die proletarische Ideologie — gibt, unweigerlich in das Lager der Bourgeoisie führen.

Daraus ergibt sich die Aufgabe der Partei, für die Einheit und Reinheit der Parteireihen zu kämpfen, einen unversöhnlichen, prinzipiellen Kampf gegen alle Tendenzen des Revisionismus zu führen, um ... die gesamte Arbeiterklasse auf das Niveau ihrer kommunistischen Vorhut emporzuheben.<sup>5)</sup> Da die Arbeiterklasse in verschiedenen Organisationen, vor allem in den Gewerkschaften, organisiert ist, ist es notwendig, über die Massenorganisationen das sozialistische Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Diese Aufgabe vermag einzig und allein die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse zu lösen, denn es gibt nur einen wissenschaftlichen Sozialismus und nur eine Partei, die Partei des Marxismus-Leninismus, die diese Aufgabe zu erfüllen imstande ist. Daß dieser eindeutige Klassenstandpunkt nicht immer eingenommen wird, davon zeugen die revisionistischen Erklärungen von Karedelj und anderen führenden jugoslawischen Kommunisten, deren Auffassungen auf eine Huldigung der Spontaneität hinauslaufen.

Es ist kein Zufall, daß die letzten Tagungen unseres Zentralkomitees die ideologischen Aufgaben in den Mittelpunkt der Arbeit stellten. Die Grundfragen der gegenwärtigen Periode müssen der Arbeiterklasse und allen Werktätigen gründlich erläutert werden. Nur aus dieser Einheit der Ansichten ergibt sich ein einheitliches Handeln. Jede Vernachlässigung und Unterschätzung der ideologischen Arbeit hilft den Feinden der Arbeiterklasse.

Natürlich ist die ideologische Einheit und Reinheit der Partei nur die eine Seite. „Die Einheit ist unmöglich ohne Organisation“, schrieb Lenin 1914.

Wir wissen, daß Lenin einen hartnäckigen Kampf führte, um eine einheitliche, straff organisierte Partei zu schmieden. In der Resolution des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale heißt es: „Eben dieser Klassenkampf erfordert auch die Zusammenfassung der allgemeinen Führung der verschiedenartigen Formen der proletarischen Bewegung (Gewerkschaften, Genossenschaften, Sportorganisationen, Bildungsarbeit, Wahlen usw.) in einem einzigen Zentrum. Ein solches allgemeines leitendes Zentrum kann nur eine politische Partei sein.“<sup>6)</sup>

<sup>5)</sup> Lesematerial, S. 226 (Lenin, Sämtliche Werke, ebenda).  
<sup>6)</sup> Lesematerial, S. 128 (V. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XVII, „Vorläufige Beschlüsse des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale“, Artikel „Über die Einheit“).  
<sup>7)</sup> Lesematerial, S. 237 (V. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXV, „Vertrag für Literatur und Politik“, Wien-Berlin, Resolutionen des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale).

Das leitende Prinzip, nach dem die Partei aufgebaut werden muß, ist der demokratische Zentralismus. Dieses Prinzip besagt, daß die Partei der Arbeiterklasse eine straff zentralisierte, auf demokratischer Grundlage aufgebaute Organisation sein muß, in der eine eiserne, bewußte Disziplin herrscht, in der sich die Minderheit der Mehrheit unterordnet. Dieses Prinzip gibt die Möglichkeit einer straff zentralisierten Leitung bei gleichzeitiger Verwirklichung des demokratischen Wählbarkeitsprinzips; es ist die Grundlage für die engste Verbindung mit den Massen und schafft alle Voraussetzungen, um die ideologische Einheit mit der Einheit der Aktion zu verknüpfen.

Der XX. Parteitag der KPdSU und auch unsere Partei fordern in ihren Beschlüssen die Einhaltung der Leninischen Normen des Parteilebens, die Entfaltung der innerparteilichen Demokratie. Das haben einige Mitglieder unter dem Druck der bürgerlichen Ideologie falsch aufgefaßt und Angriffe gegen den demokratischen Zentralismus gerichtet.

Wie vereinbaren sich die Maßnahmen zur Entfaltung der innerparteilichen Demokratie mit der Durchsetzung des Prinzips des demokratischen Zentralismus?

In verschiedenen Veröffentlichungen in unserer Presse zur Auswertung der Parteiwahlen tritt die eine Seite des demokratischen Zentralismus, das Wählbarkeitsprinzip in den Vordergrund. Es wird darauf verwiesen, daß keinerlei Verletzungen der innerparteilichen Demokratie zugelassen werden. Das ist vollkommen richtig.

Manche Leitungen haben diese Hinweise der Partei jedoch nicht richtig verstanden. Die „Einhaltung der innerparteilichen Demokratie“ geht bei diesen Leitungen soweit, daß sie sich gar nicht mehr darum kümmern wollten, wer für die neue Leitung in Frage käme. Das soll die Mitgliederversammlung „unbeeinträchtigt“ entscheiden, sagten solche Genossen. Unter Entfaltung der innerparteilichen Demokratie verstehen einige Genossen praktisch, alles dem Selbstlauf zu überlassen. Das heißt doch aber, Unorganisiertheit und Unsicherheit zulassen, so daß solche Bedingungen geschaffen werden, die für den Klassenfeind objektiv günstig sind.

Lenin versteht unter Entfaltung der Demokratie „organisierte Selbsttätigkeit“.<sup>7)</sup> Diese Seite wird in unserer praktischen Tätigkeit noch vielfach außer acht gelassen. Die Vernachlässigung des Rechtes der Mitglieder ... an der Erörterung aller Fragen der Politik der Partei und ihrer praktischen Arbeit teilzunehmen ...<sup>8)</sup> wird oftmals nicht als Verletzung der innerparteilichen Demokratie angesehen. Aber Lenin hat gerade dieser Seite, der Heranziehung der Mitglieder an die leitende Parteilarbeit, größte Aufmerksamkeit beigemessen. Die Verwirklichung dieses Rechtes kann man ebenfalls nicht dem Selbstlauf überlassen. Die Selbsttätigkeit der Mitglieder muß durch die führende Tätigkeit der Parteilitung systematisch organisiert werden.

Wird also die innerparteiliche Demokratie allseitig entfaltet, bedeutet das zugleich eine Verstärkung des Zentralismus, und zwar in dem Sinne, daß die über-

<sup>7)</sup> Lesematerial, S. 176 (V. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXIII, „Vertrag für fremdsprachige Literatur“, Moskau 1949, Referat Lenins auf dem II. Allrussischen Gewerkschaftskongress 1912).  
<sup>8)</sup> Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Absatz 3a, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 14.

geordneten Leitungen mehr mit den unteren Organisationen, die Grundorganisationen, mehr mit den einzelnen Mitgliedern arbeiten. Damit werden durch die Mitarbeit aller Mitglieder die Beschlüsse der Partei, d. h. also die leitenden Weisungen des Zentrums besser durchgeführt, die Einheit der Aktion besser gewährleistet. Lenin forderte, daß die Partei handle wie ein Mann. Das ist nichts anderes als die Verwirklichung des demokratischen Zentralismus in einer revolutionären Kampfpartei, einer Partei, die in sich die Einheit von Theorie und Praxis verkörpert.

Das sollten nur einige Hinweise aus der Fülle des Gedankenreichtums Lenins zu Fragen des Parteaufbaus sein, den uns das Lesematerial bietet.

Wenn wir des Schöpfers der Partei neuen Typus, des Genius Lenin an seinem 87. Geburtstag gedenken, der an der Spitze des ersten Landes stand, von dem das kapitalistische Joch abgeschüttelt wurde, so sollten wir niemals das grandiose Werk aus den Augen verlieren, das er uns als Vermächtnis, als grundlegende Erfahrungen für unseren heutigen Kampf hinterlassen hat.

## Zu einigen Problemen der nationalen und kolonialen Frage

Heinz Kurze

W. I. Lenins besondere Aufmerksamkeit galt neben dem Befreiungskampf des Proletariats der nationalen Befreiungsbewegung der Völker, die er als einen neuen und unverrückbaren Bestandteil des internationalen Kampfes der Werktätigen gegen ihre imperialistischen Unterdrücker betrachtete.

Lenins Voraussage, daß das Erwachen Asiens und der Beginn des Kampfes des fortschrittlichen Proletariats Europas um die Macht die am Anfang des 20. Jahrhunderts begonnene neue Epoche der Weltgeschichte kennzeichne,<sup>1)</sup> hat sich vollumfänglich bestätigt. Heute existiert ein sozialistisches Weltsystem von der Elbe bis zum Gelben Meer, vom Eismeer bis in die Tropen, an dessen Spitze die Sowjetunion steht, und eine mächtige nationale Befreiungsbewegung erschüttert das imperialistische Kolonialsystem in seinen Grundfesten.

Der nationale Befreiungskampf der kolonialen und abhängigen Länder wurde besonders während und nach dem zweiten Weltkrieg auf eine neue, höhere Stufe gehoben. In Asien sprengten die Völker gleich Riesen ihre Ketten. Das große 600-Millionen-Volk Chinas befreite sich und baut den Sozialismus auf; das gleiche geschieht in der Koreanischen Volksrepublik und in der Demokratischen Republik Vietnam. Frei und unabhängig sind auch die Völker Indiens, Indonesiens, Birmas, Ceylons, Pakistans u. a. und auch im Nahen und Mittleren Osten gibt es heute souveräne Staaten, die nicht mehr ein Spielball imperialistischer Mächte sind.

Im einzelnen haben sich in Asien seit 1945 folgende Länder ihre nationale Unabhängigkeit erkämpft:

	Bevölkerung (Mill.)	Bodenfläche (1000 qkm)
China	600	9900
Indien	380	2950
Indonesien	80	1904
Pakistan	76	946
Burma	8	677
Nordvietnam	13	165
Nordkorea	10	127
Nepal	8,6	140
Ceylon	8	66
Kambodscha	4,1	181
Laos	3	237
Syrien	3,5	181
Jordanien	1,4	96
Libanon	1,4	9
14 Länder	1207,0	17 583

Das heißt mit anderen Worten, daß die westlichen Imperialisten heute in Asien nur noch Malaya, Singapur, Nordborneo, Neu-Guinea, Gon und einige andere als Kolonien besitzen. Das berechtigt zu der Feststellung, daß dem Imperialismus in Asien das Rückgrat gebrochen worden ist. Zumal wenn wir daran denken, daß besonders auch die Völker Malayas einen aktiven

Kampf um ihre Freiheit und Unabhängigkeit führen und daß auf Neu-Guinea (West-Irian) sich der Kampf gegen die holländischen Kolonialisten für die Wiedervereinigung mit der Indonesischen Republik ausbreitet. Auch in Afrika, der letzten großen Domäne der Imperialisten, sind die Völker erwacht. Seit 1945 haben sich befreit:

	Bevölkerung (Mill.)	Bodenfläche (1000 qkm)
Ägypten	22	994
Marokko und Tansania	10	448
Sudan	8,8	2530
Ghana	4,5	203,7
Tunesien	3,2	125
Libyen	1,1	1760
6 Länder	49,9	6060,7

Das heißt mit anderen Worten, daß sich seit 1945 18 Prozent der Bevölkerung Afrikas mit einem Territorium von 21 Prozent von der Kolonialherrschaft befreit und ihre nationale Unabhängigkeit errungen haben. Aber dabei muß hinzugefügt werden, daß, abgesehen von Nordafrika, der innerafrikanischen Kontinent, die Bevölkerung von Belgisch-Kongo, Tanganjika, Uganda, Kenia, Nigeria, Rhodesien und der anderen Gebiete, noch von den imperialistischen Räubern beherrscht wird. Trotzdem können wir schlußfolgernd aus den Kämpfen der letzten 10 Jahre — besonders wenn wir an Kenia und Rhodesien denken — die Feststellung treffen, daß auch in Innerafrika das Ende des Kolonialismus heranreift.

Zusammenfassend kann man also sagen, daß sich innerhalb von 10 Jahren 20 Länder mit mehr als 1,3 Milliarden Menschen vom kolonialen und halbkolonialen Joch befreiten. Betrag vor Ausbruch des ersten Weltkrieges die Gesamtfläche aller Kolonien und der wichtigsten Halbkolonien 89,4 Millionen qkm, d. h. 7% der Erdoberfläche und waren 930 Millionen Menschen, d. h. fast 60 Prozent der Bevölkerung der Erde, von den Imperialisten kolonial verklärt, so sind es heute nur noch ungefähr 145 Millionen, d. h. 9 Prozent und auch diese kämpfen, unterstützt von den fortschrittlichen Kräften der Welt, um ihre Befreiung.

Das zeugt davon, daß die Zeit des Kolonialismus unwiderruflich vorbei ist.

Wenn wir von den Perspektiven der Befreiung der Menschheit vom sozialen und nationalen Joch sprechen, müssen wir neuerdings vor allem auch an Afrika denken. Afrika, der zweitgrößte Kontinent der Erde, mit seinen riesigen Bodenschätzen, seinen wertvollen tropischen Kulturen und seiner strategisch wichtigen Lage wird immer mehr in den Strudel des politischen Weltgeschehens hineingerissen.

Man hat oft den Eindruck, daß viele Genossen eine veraltete Vorstellung von Afrika haben. Afrika — dann denkt man zumeist an undurchdringliche Urwälder, an Löwen, Elefanten, Zebras, an lendenschurzbedeckte Neger. Aber wir denken nicht in erster Linie an die

Industrialisierung Afrikas, an die Fabriken und Werke, an die Kupfer- und Urangruben Rhodesiens, an die Kobalt- und Zinnminen im Hochland von Katanga, an die Gold- und Diamantenminen, Kohlenbergwerke und Eisenhütten der Südafrikanischen Union, an die Elektrizitätswerke am mittleren Sambesi, am Inga und am Viktoriasee, an die großen Autostraßen und Eisenbahnen, die Afrika kreuz und quer durchziehen sowie an die Hafenstädte mit ihren industriellen Einrichtungen. Das ist aber das Wichtigste für unsere Betrachtungen, und zwar deshalb, weil mit der Industrialisierung die afrikanische Arbeiterklasse im Entstehen begriffen ist und dadurch zahlenmäßig wächst. Wir sollen uns in diesem Zusammenhang der Worte Stalins erinnern: „Der Imperialismus ist die schamloseste Ausbeutung und unmenschlichste Unterdrückung der Hunderte von Millionen zählenden Bevölkerung riesiger Kolonien und abhängiger Länder... Der Imperialismus ist aber gezwungen, in den Ländern, die er ausbeutet, Eisenbahnen, Fabriken und Werke zu bauen, Industrie- und Handelszentren anzulegen. Das Aufkommen der Klasse der Proletarier, das Entstehen einer einheimischen Intelligenz, das Erwachen des nationalen Selbstbewußtseins, das Erstarren der Befreiungsbewegung — das sind die unvermeidlichen Folgen dieser „Politik.“<sup>2)</sup>

Es ist schwierig, die zahlenmäßige Stärke und das Wachstum der Arbeiterklasse Afrikas anzugeben. Aber an Hand einiger Beispiele können wir die Wachstumstendenz der afrikanischen Arbeiterklasse dennoch veranschaulichen.

In Nigeria, der größten Kolonie Großbritanniens in Afrika, gibt es offiziell gegenwärtig 400 000 Lohnarbeiter, in Französisch-West- und Äquatorialafrika rund 800 000 Lohn- und Gehaltsempfänger; in Belgisch-Kongo 1954 schon 1 200 000 Lohnarbeiter; in Nord-Rhodesien 250 000, davon sind rund 45 000 in den Bergwerken beschäftigt; in Kenia gibt es 28 000 Gewerkschaftsmitglieder; in den Südafrikanischen Gold- und Diamantengruben arbeiten etwa 320 000 afrikanische Arbeiter.<sup>3)</sup> An diesen wenigen Zahlen ist zu ersehen, daß in Afrika jene Klasse heranwächst, die von der Geschichte auszuweisen ist, die große Triebkraft im Kampf um die soziale und nationale Befreiung zu sein, jene Klasse, die in diesem Kampf die Führung übernehmen wird.

Aus diesen veralteten Vorstellungen resultiert vielfach noch die Unterschätzung des Kampfes der Völker Afrikas für die Verbesserung ihrer Lebenslage und um ihre nationale Unabhängigkeit. Und dabei muß man doch sehen, daß mit der Befreiung des größten Teils Asiens (der leben in den Kolonien nur noch 15 Millionen Menschen) die Bedeutung Afrikas als Quelle des Profits, als Lieferant billiger Rohstoffe und als strategische Basis unermeßlich für die Imperialisten gewachsen ist. Denken wir nur daran, daß Afrikas Anteil an der Weltproduktion an Diamanten 98 Prozent beträgt, an Kobalt 80 Prozent, an Hanf 75 Prozent, an Palmöl 80 Prozent, an Kakao 65 Prozent, an Gold 57 Prozent, an Phosphor 28 Prozent, an Chrom und Mangan 38 Prozent, an Kupfer 26 Prozent, an Kaffee 15 Prozent, an Hirse 23 Prozent, an Antimon 22 Prozent,

<sup>1)</sup> J. W. Stalin, Werke, Bd. 6, Dietz Verlag 1952, S. 65/66.

<sup>2)</sup> Siehe: „Die Weltgewerkschaftsbewegung“, Monatszeitschrift des WGB, Jahrgang 1956.

wobei wir hinzufügen müssen, daß Afrika erst heute industriell erschlossen wird und die Ressourcen noch gar nicht abzuschätzen sind.

Deshalb ist aber auch das Erwachen des afrikanischen Kontinents, der Kampf der Völker Afrikas um ihre nationale Freiheit und Unabhängigkeit von so gewaltiger historischer Bedeutung.

Ich möchte auf eine Frage zurückkommen, die der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Algeriens in seinem Vortrag an unserer Hochschule berührte. Genosse Bouhali erklärte bekanntlich, daß die Kommunistische Partei Algeriens nicht an der Leitung der nationalen Befreiungsbewegung teilnimmt. Die Gründe wurden uns ausführlich dargelegt.<sup>4)</sup> Aber diese Tatsache war uns unbekannt. Das beweist, daß wir in der Vergangenheit den Kampf der kolonialen und abhängigen Länder um ihre nationale Unabhängigkeit zu vereinfacht und zu schematisch betrachtet und gelehrt haben. Wir haben die Kompliziertheit und Mannigfaltigkeit des nationalen Befreiungskampfes, der vor allem vom ökonomischen und sozialen Entwicklungsstand des Landes, der Stärke und Bewußtheit der Arbeiterklasse und einer Reihe anderer wichtiger Faktoren abhängt, oft nicht richtig eingeschätzt.

Wir wissen, daß schon die ökonomischen und politischen Verhältnisse der einzelnen kapitalistischen Länder Europas und Amerikas durch das Wirken des Gesetzes der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung sehr verschieden sind. Für die Länder Afrikas und Asiens trifft das in noch viel größerem Maße zu. Infolge des oft jahrhundertlang kolonialen Jochs und der übrigen natürlichen und gesellschaftlichen Bedingungen sind die sozialen und ökonomischen Verhältnisse in Afrika und Asien außerordentlich mannigfaltig. Denken wir z. B. an Indien, Indonesien, Syrien und anders. Dort hatte die industrielle Entwicklung bereits vor der Befreiung ein bestimmtes Niveau erreicht. Es gab eine Arbeiterklasse und eine organisierte Kommunistische Partei. Hinzu kam, daß sich das Vorherrschen des ausländischen Kapitals in ihrer ökonomischen und politischen Entwicklung behindert wurde und sie dadurch gegen den Kolonialismus Front machte.

Die Verbindung des nationalen Befreiungskampfes gegen den Imperialismus mit dem Kampf gegen die Überreste feudaler Ausbeutung ermöglicht die Einbeziehung der Bauern in diesen Kampf. Und das ist von größter Bedeutung, da die übergroße Mehrheit der Bevölkerung Bauern sind. Daraus ergibt sich, daß die breitesten Schichten der Bevölkerung an dem nationalen Befreiungskampf teilnehmen und die Arbeiterklasse und ihre Avantgarde, die Kommunistische Partei, in diesem Kampf eine hervorragende Rolle spielen. Aber die Meisterung der politischen Führung des nationalen Befreiungskampfes durch die Arbeiterklasse und ihre Kommunistische Partei hängt, wie es

<sup>4)</sup> Siehe: Rede des Genossen Bouhali.

uns Genosse Bouthal am Beispiel Algeriens gezeigt hat, noch von einer ganzen Reihe von Faktoren ab.)

Anders dagegen sieht die Sache aus, wenn wir z. B. an einige Völker Zentralafrikas oder Asiens denken. Wir müssen in Betracht ziehen, daß diese Völker auf einer gesellschaftlich viel tieferen Entwicklungsstufe stehen als z. B. die Ägypter oder Syrier. In einigen Gebieten Zentralafrikas beginnt sich die Industrie erst zu entwickeln, eine nationale Bourgeoisie ist erst im Entstehen begriffen, das gleiche gilt für die Arbeiterklasse. Trotzdem beginnen aber diese Völker auf Grund des Wirkens der Widersprüche des Imperialismus, und weil diese noch kolonial unterworfenen Völker in der heutigen Zeit nicht isoliert vom weltumspannenden Befreiungskampf leben, den Kampf gegen die Kolonialisten zu führen. An der Spitze des Kampfes steht die junge, aufstrebende nationale Bourgeoisie, stehen meist im Ausland erzogene Intellektuelle, Führer aus dem Volke, die zum Teil unter religiös verbrämten Losungen die Massen im Befreiungskampf führen. Für uns ist aber klar, daß die sich entwickelnde Arbeiterklasse durch die Erfahrungen ihres Kampfes um die Verbesserung ihrer Lebenslage und durch den Kampf für die nationale Unabhängigkeit ihres Landes rasch lernen wird, sich bewußt an die Spitze dieses Kampfes gegen die Kolonialisten zu stellen.

Hierbei möchte ich noch eine Frage berühren, die in der Vergangenheit an unserer Hochschule nicht immer richtig behandelt worden ist, nämlich die Bedeutung der politischen Unabhängigkeit der ehemals kolonialen und unabhängigen Länder Asiens und Afrikas für die weitere Entfaltung des nationalen Befreiungskampfes. In einer Lektion des Lehrstuhls Politische Ökonomie des Kapitalismus „Das imperialistische Kolonialsystem und sein Zerfall in der zweiten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus“ wird richtig dargelegt, daß das Kolonialsystem nicht zu eng aufgefaßt und nicht nur direkt auf die Kolonien bezogen werden darf. Aber nicht richtig ist es meiner Meinung nach, wenn im Verlauf der Behandlung verschiedener Probleme herauskommt, daß eine Reihe Völker, die ihre politische Unabhängigkeit bereits erworben haben (z. B. Indien, Indonesien, Ceylon u. a.) faktisch noch als koloniale und abhängige Länder behandelt werden.

Diese fehlerhafte Darstellung kommt deshalb zustande, weil zwei verschiedene Fragen miteinander verwechselt wurden. Nämlich erstens die Frage der politischen Befreiung und Selbstbestimmung der Völker und zweitens die Frage des Grades der ökonomischen Unabhängigkeit der Länder, die erst vor kurzem ihr koloniales Joch abgeschüttelt haben. Selbstverständlich ist es richtig, daß das ausländische Kapital noch immer großen Einfluß in den genannten Ländern besitzt. Aber die Tatsache, daß die Völker Indiens, Indonesiens, Ceylons, des Sudans u. a. ihre politische Unabhängigkeit errungen haben, bedeutet doch, daß die Völker heute politisch selbstständig handeln und immer größeren Einfluß auf das Weltgeschehen ausüben, wie es sich besonders anschaulich in der UN widerspiegelt.

Wie wahr diese Feststellung ist, zeigt das Reagieren der Bourgeoisie auf die Erringung der politischen Unabhängigkeit von Ghana. Im „Wirtschaftsdienst“ des

9) Ebenda.

Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs, März 1957, steht folgendes: „Schwarze Nationalisten in ganz Afrika sehen in Ghana jetzt ein Vorbild, das sie in Liberia nicht sehen konnten, und zweifelt wird dadurch eine neue Welle der Bewegung in dem im Aufbruch befindlichen Kontinent ausgelöst.“

Wir dürfen doch dabei auch nicht außer acht lassen, daß seit dem siegreichen Oktober 1917 diese Staaten nicht mehr isoliert dem Weltimperialismus gegenüberstehen, sondern im Gegenteil sich heute bei der Erringung und Festigung der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit auf die Staaten des sozialistischen Weltsystems stützen können. Es ist also theoretisch und politisch falsch, die politische Unabhängigkeit zu unterschätzen, weil man damit einen gewaltigen mobilisierenden Faktor der staatlichen Unabhängigkeit für den weiteren Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung und für den Kampf um den Frieden in der Welt ignoriert.

Die welthistorischen Veränderungen in Asien und Afrika versuchen die Imperialisten mit der uralten Lüge von den „Machenschaften des internationalen Kommunismus“ (Argumentation Pineaus in der UN) oder mit dem Geschwätz der „Gefahr sowjetischen Eindringens oder Fußfassens“ (Eisenhower über die Ereignisse im Nahen Osten) oder neuerdings von der Gefahr eines „asiatischen bzw. afrikanischen Nationalismus“ (besonders die großbourgeoise westdeutsche Presse) zu verunglimpfen.

Wir Kommunisten wissen, daß diese Ablenkungsmanöver imperialistischer Ideologen bewußte Fälschungen sind. Denn jeder, der auch nur flüchtig die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung kennt, weiß, daß auf die Dauer die Versklavung von Millionen Menschen unmöglich ist, das unausbleiblich eine nationale Befreiungsbewegung entstehen mußte und daß das Ende des Kapitalismus vor der Tür steht.

Richtig ist allerdings, daß die Kommunisten in der Welt den nationalen Befreiungskampf der kolonialen und halbkolonialen sowie die Befreiung abhängiger Völker mit größter Sympathie verfolgen und diesen Kampf unterstützen.

Dem Genossen Bouthal wurde von einigen Genossen die Frage gestellt, ob es wahr sei, daß es in den nationalen arabischen Befreiungsbewegungen nationalistische Tendenzen gibt. Auf diese Frage möchte ich eingehen und einige Gedanken äußern über das Problem des Nationalismus bei den um ihre nationale Unabhängigkeit kämpfenden Völkern Asiens und Afrikas.

Ich möchte davon ausgehen, daß die Klassiker des Marxismus-Leninismus bekanntlich gelehrt haben, daß der bürgerliche Nationalismus und der proletarische Internationalismus zwei unversöhnlich sich gegenüberstehende Losungen sind, die den zwei großen Klassenlagern entsprechen. Aber die Klassiker haben uns zugleich gelehrt, niemals abstrakt an eine gesellschaftliche Erscheinung heranzugehen. Sie haben uns gelehrt, bei jeder gesellschaftlichen Erscheinung vom Klassenstandpunkt des Proletariats aus immer die Frage zu stellen: Welches Ziel verfolgt diese und jene Bewegung, in wessen Interesse wird sie durchgeführt, und in welchem Maße entspricht sie den Erfordernissen einer fort-

schriftlichen Entwicklung der Menschheit. Um diese allgemeingültige These des Marxismus, die für die Behandlung unserer Frage wichtig ist, zu konkretisieren, sei zunächst an den nationalen Befreiungskampf in der Aufstiegsperiode des Kapitalismus erinnert. Damals war der nationale Befreiungskampf im wesentlichen ein Kampf gegen das Joch ausländischer Monarchen, ein Kampf der Volksmassen unter Führung der jungen aufstrebenden Bourgeoisie gegen das überlebte feudalistisch-absolutistische System. Von diesem Standpunkt aus die damalige nationale Bewegung betrachtet, ergibt sich, daß sie einen progressiven Inhalt hatte: sie trug zum Sieg der bürgerlichen Ordnung, zur Entwicklung der bürgerlichen Demokratie und des nationalen Selbstbewußtseins der Völker bei. Daher ist es auch ganz natürlich, daß Karl Marx und Friedrich Engels und ihre Gesinnungsgenossen, die Kommunisten, z. B. den Kampf der italienischen Patrioten unter Führung Garibaldis gegen das Joch der Habsburger Monarchie begrüßten und moralisch unterstützten.<sup>9)</sup>

In der damaligen Zeit gab es aber auch nationale Bewegungen, die keinen progressiven Inhalt hatten. Deshalb wandten sich Marx und Engels z. B. gegen die nationale Bewegung einiger slavischer Nationalitäten, der Tschechen und Südslaven, weil diese Bewegungen damals vom russischen Zartismus und von der österreichischen Monarchie zur Festigung der Reaktion in Europa benutzt wurden.

Komplizierter wird das Problem der nationalen Frage mit dem Übergang des Kapitalismus in sein höchstes Stadium, den Imperialismus, wo die imperialistischen Mächte die koloniale Expansion im großen Maßstab betreiben und die Welt unter sich aufteilen.

In der Periode des Imperialismus entwickelt sich der bürgerliche Nationalismus zu einer Waffe der Imperialisten, die imperialistischen Ideologen gebrauchen den Nationalismus, um die Unterwerfung, Unterdrückung und Ausbeutung anderer Völker mit den „höchsten Interessen“ ihrer Nation (d. h. in Wirklichkeit den Interessen der Monopolisten und Bankiers) zu rechtfertigen. Die extremsten Formen des bürgerlichen Nationalismus sind bekanntlich der Chauvinismus, Rassismus und Kosmopolitismus.

Aber Lenin hat in diesem Zusammenhang auch hier wieder davor gewarnt, das Problem des Nationalismus abstrakt zu betrachten. In seinem „Ursprünglichen Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage für den II. Kongreß der Kommunistischen Internationalen“ (1920) weist Lenin darauf hin, daß die kommunistischen Parteien klar unterscheiden müssen „zwischen den unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten und den unterdrückenden, ausbeutenden, vollberechtigten Nationen, im Gegengewicht zu dem bürgerlich-demokratischen Lug und Trug, vermittels dessen man der Epoche des Finanzkapitals und Imperialismus eigene koloniale und finanzielle Versklavung der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch eine geringe Minderheit der reichsten, vorgeschrittensten kapital-

istischen Länder zu vertuschen sucht.“<sup>10)</sup> Und in seinen Aufzeichnungen „Zur Frage der Nationalitäten oder der Autonomisierung“ (30. und 31. Dezember 1923) kommt Lenin auf dieses Problem zurück. Dort heißt es: „Ich habe bereits in meinen Schriften über die nationale Frage geschrieben, daß es nicht angeht, abstrakt die Frage des Nationalismus im allgemeinen zu stellen. Man muß unterscheiden zwischen dem Nationalismus einer unterdrückenden Nation und dem Nationalismus einer unterdrückten Nation, zwischen dem Nationalismus einer großen Nation und dem Nationalismus einer kleinen Nation.“<sup>11)</sup>

Wie bereits erwähnt, versuchen die imperialistischen Ideologen, die große, fortschrittliche nationale Bewegung gegen den Kolonialismus und damit gegen den Imperialismus als „Nationalismus“ zu verunglimpfen. Aber der Nationalismus der sich vom imperialistischen Joch befreienden Völker ist heute eine fortschrittliche Erscheinung, da er sich gegen den Imperialismus richtet und dem nationalen Befreiungskampf der unterdrückten Völker Asiens und Afrikas mächtige Impulse verleiht. Und wir sollten auch hier wieder an die Worte Lenins denken: „Jeder bürgerliche Nationalismus einer unterdrückten Nation hat einen allgemein demokratischen Inhalt, der sich gegen die Unterdrückung richtet, und diesen Inhalt unterstützen wird unbedingt.“<sup>12)</sup>

Lenin formuliert also ganz klar, welchen Inhalt wir unterstützen — nämlich nur den allgemein demokratischen.

In diesem Zusammenhang sei ein hervorragender Vertreter der nationalen Befreiungsbewegung Asiens, der Präsident Indonesiens, Sukarno, zitiert, der am 17. Mai 1956 vor dem USA-Kongreß die eben zitierten Worte Lenins faktisch konkretisierte, als er erklärte: „Für uns bedeutet Nationalismus die Wiederherstellung unserer Staaten, den Versuch, unseren Völkern gleiche Achtung zu sichern; er bedeutet die Entschlossenheit, unsere Zukunft selbst in die Hand zu nehmen... Begreifen sie das, und sie haben den Schlüssel zu vielen Geschicknissen der Nachkriegsgeschichte. Begreifen sie es nicht, dann können keinelei Überlegungen, kein Wortschwall und kein Niagara von Dollars etwa anderes als Erbitterung und Enttäuschung hervorruhen.“

Und der Präsident Ägyptens, Gamal Abdel Nasser, hat den allgemein demokratischen Inhalt des „asiatischen Nationalismus“ noch tiefer konkretisiert, als er am 3. Juli 1956 in einem Interview mit einem Vertreter des tschechoslowakischen Rundfunks erklärte, daß die ägyptische Regierung sich innerpolitisch das Ziel setzt, eine Schwerindustrie zu schaffen, die landwirtschaftliche Produktion zu entwickeln, das Nationaleinkommen zu erhöhen, den Lebensstandard zu heben und eine kooperierende Gesellschaft zu bilden, die auf den Prinzipien der Solidarität und der Gleichberechtigung fußt. Und außenpolitisch sei die Regierung Ägyptens bestrebt, unabhängig zu bleiben, eine Einmischung in die ägyptischen Angelegenheiten nicht zuzulassen, an

9) W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in 12 Bänden, Bd. 10, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau 1937, S. 225.

10) In „Einheit“, Heft 8/1956, S. 718.

11) W. I. Lenin, Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, in: W. I. Lenin, Zur nationalen Frage, Dietz Verlag, Berlin, S. 97.

Militärblocks nicht teilzunehmen und die Freiheit und den Frieden der Völker zu verteidigen.

Wenn wir zu unserem Ausgangspunkt zurückkehren, dann muß festgestellt werden, daß die von ihrer Freiheit kämpfenden Völker Asiens und Afrikas sich fortschrittliche, allgemein demokratische Ziele gestellt haben: Den Kampf gegen den Kolonialismus, den Kampf für die völlige nationale Befreiung und Unabhängigkeit ihrer Nationen und die Erhaltung des Friedens. Der Kampf gegen den Kolonialismus, für die Erreichung und Festigung der nationalen Unabhängigkeit, für die Überwindung der wirtschaftlichen Rückständigkeit, gegen die Überreste des Feudalismus sowie der Kampf für die Verhinderung von Kriegen — das ist der „allgemein demokratische“ Inhalt der nationalen Befreiungsbewegung der unterjochten Nationen, von dem Lenin sprach. Diese Ziele haben nichts gemein mit dem Nationalismus der imperialistischen Mächte. Im Gegenteil, der Nationalismus der vom Imperialismus unterjochten bzw. bedrohten Völker richtet sich — wie bereits gesagt — gegen den Imperialismus.<sup>15)</sup>

Aus dieser klaren Leninischen Konzeption ergibt sich die Politik der sozialistischen Staaten, ergibt sich die Politik unserer Regierung gegenüber den sich vom Kolonialismus betreffenden Ländern Asiens und Afrikas.

Unsere Partei läßt sich hierbei von dem Hinweis Lenins leiten, im Interesse der Weltrevolution „eine Politik des engsten Bündnisses mit allen nationalen und kolonialen Freiheitsbewegungen“ zu betreiben. Hierbei verwies Lenin darauf, daß die Politik eines sozialistischen Staates nicht nur darauf gerichtet sein kann, formell den Befreiungskampf und die Gleichheit der Nationen anzuerkennen, sondern daß diese Anerkennung den Willen einschließen muß, diesen Völkern reale Hilfe zur Entwicklung ihrer Wirtschaft und Kultur zu leisten. „Wir werden alle Anstrengungen machen, um uns den Mongolen, Persern, Indern, Ägyptern zu nähern, uns mit ihnen zu verschmelzen... Wir werden uns bemühen, diesen rüstständigen und noch mehr als wir unterdrückten Völkern nach dem treffenden Ausdruck der polnischen Sozialdemokraten „uneigennützig Kulturhilfe“ angedeihen zu lassen, d. h. ihnen beim Übergang zur Benutzung von Maschinen, zur Erleichterung der Arbeit, zur Demokratie und zum Sozialismus zu helfen.“<sup>16)</sup>

Lenin hat dabei den Genossen, die unmittelbar mit dieser wichtigen Aufgabe betraut sind, den unschätzbaren Rat erteilt, sich gegenüber den ehemals national unterdrückten Völkern äußerst behutsam, feinfühlig und aufmerksam zu verhalten. Lenin schrieb, daß die kleinste Grobheit oder Ungerechtigkeit den kleinen ehemals unterjochten Nationen gegenüber unentschuldig

bar sei und dem Kampf gegen den Imperialismus schweren Schaden zufügt.<sup>17)</sup>

Lenin hat\* als Oberhaupt der Sowjetregierung vorbildlich danach gehandelt. Auf seine Initiative hin hat der junge Sowjetstaat den Völkern der Türkei, Afghanistans und des Irans, die damals alle Kräfte anspannten, um ihre staatliche Souveränität und politische Unabhängigkeit zu behaupten, vorbehaltlos Beistand gewährt. Nach diesen Leninischen Richtlinien verfuhr die Sowjetunion und verfahren heute alle sozialistischen Staaten. Die Länder des sozialistischen Weltsystems — besonders auch unsere Deutsche Demokratische Republik — leisten den wirtschaftlich schwach entwickelten Ländern Asiens und Afrikas zunehmende Hilfe und allseitigen Beistand bei der Erfüllung ihrer großen Aufgaben, die darin bestehen, sich des lastenden Erbes des Kolonialsystems zu entledigen und die jahrhundertalte wirtschaftliche, technische und kulturelle Rückständigkeit zu beseitigen.

Während die sozialistischen Staaten getreu den Leninischen Hinweisen gegenüber den ehemals kolonialen und abhängigen Ländern sowie den noch um ihre Freiheit kämpfenden Völkern eine Politik der Freundschaft betreiben und ihnen uneigennützig Hilfe erweisen, lassen sich die imperialistischen Staaten in ihrer Politik davon leiten, das Kolonialsystem aufrecht zu erhalten bzw. auf raffinierte Weise wiederherzustellen.

Das Schreiben des Standard-Oil-Königs N. A. Rockefeller an Eisenhower vom Januar 1956 hat uns einen Einblick verschafft, wie das amerikanische Monopolkapital die „unterentwickelten Gebiete“ unter die Botmäßigkeit der USA zu bringen hofft. Begünstigt werden diese Bestrebungen des amerikanischen Imperialismus dadurch, daß die USA, abgesehen von Porto-riko, formell keine Kolonien besitzen. Unter Ausnutzung dieser Tatsache versuchen die amerikanischen Imperialisten den Anschein zu erwecken, als seien die USA keine Kolonialmacht, als betrieben sie sogar eine anticolonialistische Politik.

Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der USA, William Z. Foster, hat dazu geschrieben: „Wenn viele nicht begreifen, daß die Vereinigten Staaten ein imperialistisches Land sind, so liegt das daran, daß die USA, juristisch betrachtet, abgesehen von Porto-riko, keine Kolonien haben. Das erklärt sich aber dadurch, daß die Vereinigten Staaten als Nachzügler auf dem Felde des Imperialismus erstens feststellen mußten, daß die meisten unterentwickelten Länder der Welt bereits von anderen imperialistischen Mächten eingeklemmt waren, und zweitens, daß es angesichts der Entwicklung der kolonialen Freiheitsbewegung sehr schwer, wenn nicht unmöglich geworden war, die noch freien unterentwickelten Länder direkt in Kolonien zu verwandeln. So waren die Vereinigten Staaten gezwungen, ihr eigenes System der imperialistischen wirtschaftlichen und politischen Herrschaft zu entwickeln, ein System, das in Wirklichkeit eine wirksamere Beherrschung der Völker gewährte.“<sup>18)</sup>

<sup>15)</sup> W. I. Lenin, Zur Frage der Nationalitäten oder der Autonomisierung, in: „Einheit“ 8/1856, S. 712/713.

leistet, als die alten gröberen Methoden des britischen, französischen und niederländischen Imperialismus.“<sup>19)</sup>

Und Nehru hat dieselben Gedanken am 3. Januar 1933 in einem Brief an seine Tochter folgendermaßen ausgedrückt:

„Du mußt nicht denken, daß sich das amerikanische Reich auf die Philippinen beschränkt. Zwar sind die Philippinen<sup>20)</sup> das einzige Kolonial von ihnen abhängige Land, aber da sie aus den Erfahrungen und Schwierigkeiten anderer imperialistischer Länder gelernt haben, sind die alten Methoden von ihnen verbessert worden. Sie machen sich nicht erst die Mühe, ein Land zu annektieren, wie das Großbritannien mit Indien getan hat. Das einzige, woran sie interessiert sind, ist Profit, und daher unternehmen sie Schritte, um die Reichtümer eines Landes zu kontrollieren. Durch die Kontrolle der Reichtümer ist es aber ziemlich leicht, die Bevölkerung eines Landes und das Land selbst in die Hand zu bekommen. Auf diese Weise beherrschen die Amerikaner ohne Schwierigkeit und ohne Zusammenstöße mit aggressiv-nationalistischen Kreisen manches Land und haben teil an seinen Schätzen. Diese kunstvolle Methode wird ökonomischer Imperialismus genannt. Der Atlas sagt darüber nichts aus. Ziehst Du geographische Kenntnisse oder eine Landkarte zu Rate, dann mag ein Land frei und unabhängig sein. Lüftest Du aber den Schleier etwas, so wirst Du feststellen, daß es sich in den Klauen eines anderen Landes, besser gesagt in den Klauen der Bankiers und Industriekönige eines anderen Landes befindet. Dieses unsichtbare Reich besitzen die Vereinigten Staaten von Amerika.“<sup>21)</sup>

Dieser „unsichtbare“ Kolonialismus der USA tritt gegenwärtig besonders aktiv in Erscheinung. Denken wir dabei nur an die Kredite, an die Eisenhower-Doktrin, an die Reise Nixons durch Afrika usw. Die USA spielen sich zur Tarnung in Worten als Gegner des Kolonialismus auf, wobei allerdings die USA in gewisser Weise tatsächlich für die Liquidierung des Kolonialbesitzes der westeuropäischen Mächte sind, aber selbstverständlich nicht, um den kolonialen und abhängigen Ländern ihre Unabhängigkeit und Freiheit zu gewähren, sondern um sie auf raffinierte Weise zu verklären, indem an die Stelle des offenen Kolonialismus westeuropäischer Prägung der „unsichtbare“ Kolonialismus der USA treten soll.

Für uns Marxisten war immer klar, daß die führende imperialistische Macht — die USA — darauf aus ist, die Welt Herrschaft zu errichten, das kapitalistische Ausbeutersystem und die politische Abhängigkeit der Völker, besonders Asiens und Afrikas, aufrechtzuerhalten.

Für uns ist aber wichtig, die Mittel und Methoden kennenzulernen, mit denen die USA die Völker einzu-

fangen versuchen. Wir entsinnen uns, daß bis vor kurzem der strategische Plan der USA darin bestand, über die Schaffung von asiatisch-afrikanischen Militärblocks ein neues, umfassendes Kolonialsystem zu errichten. Der erste Schritt bestand in der 1954 geschaffenen SEATO. Den USA gelang es tatsächlich, Pakistan, Thailand und die Philippinen in diesen Militärblock einzubeziehen. Dadurch war es den USA möglich, in diesen Ländern Militärstützpunkte zu errichten, Waffen zu liefern, usw. Das war aber nicht alles. Diese Länder begannen jetzt auf Grund der Vertragsverpflichtungen, die Militarisierung des Landes durchzuführen. Welche Ausmaße das angenommen hat, zeigen die Ausgaben für die Aufstellungen: Pakistan verbraucht etwa 50 Prozent, Thailand 49 Prozent des Haushaltes. Es versteht sich, daß diese industriell schwach entwickelten Länder diese finanzielle Last nicht zu tragen vermögen und in immer größere wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von den USA geraten. Das ist aber gerade die Absicht, die Methode des USA-Imperialismus, um auf diese Weise den asiatischen und afrikanischen Völkern neue koloniale Fesseln anzulegen.<sup>22)</sup>

In diesem Zusammenhang ist das Eingeständnis Rockefeller interessant, daß diese Art kolonialistischer Politik der USA in Asien ein Flakso erlitten hat. — „Wir sollen unsere Augen nicht der Tatsache verschließen, daß militärische Bündnisse gerade jetzt infolge der aktiven außenpolitischen Offensive der Russen immer unpopulärer werden. Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, daß während der vergangenen zwei oder drei Jahre die Politik des Aufbaus militärischer Bündnisse ernste Rückschläge erlitten hat. Die SEATO mag als Beispiel dienen. Die wichtigsten asiatischen Länder haben es abgelehnt, ihr beizutreten.“ Das gleiche konstatiert er vom Bagdadpakt. Als Hauptgrund für dieses Konzeptionist Rockefeller die Tatsache an, daß „die Konzeption der Gewalt zu naekt gezeigt wurde“. Für diese hinzu, und das ist die Hauptursache, daß die Völker Asiens und Afrikas die kolonialistische Politik der USA erkannt haben und gegen diese Politik der USA kämpfen, da diese Völker frei und unabhängig bleiben wollen.

Rockefeller bleibt aber bei dieser Feststellung nicht stehen, sondern entwickelt in diesem vertraulichen Schreiben ein politisches Programm, wie durch andere Methoden — nicht „in einer so plumpen Form“, sondern „vorsichtig und geduldig“ — der strategische Plan durch Schaffung von Militärbindnissen das „unsichtbare“ Kolonialreich der USA zu errichten, dennoch erreicht werden kann. Rockefeller schreibt: „Wir müssen mit den Maßnahmen, die die Schaffung und Festigung unserer Militärbindnisse zum Ziel haben, fortfahren, denn diese Bündnisse, möglicherweise nützlich, um irgendeine kommunistische Aggression abzuwehren und nationalistischen Ausbrüchen vorzubeugen, festigen unsere gesamte Position in Asien und im Mittleren Osten. Wir sollten die wichtige Tatsache nicht außer acht lassen, daß praktisch unser gesamter Naturkauschuk, Magnesium, Chrom und Zinn sowie ein wesentlicher Teil unseres Zinks, Kupfers und Ols und ein Drittel oder mehr des Bleis und des Aluminiums, das wir brauchen, von Übersee kommt und darüber hinaus,

<sup>19)</sup> Siehe: N. S. Chruschtschow, Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag, Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 26-28.



daß es vor allem aus den unterentwickelten Gebieten Afrikas und Asiens kommt, die in der Sphäre des einen oder anderen der von den USA errichteten Militärbündnisse liegen. Dies trifft auch auf den Hauptteil unseres „Superstrategischen Materials“ (vor allem Frankreich) zu. Um diese Bündnisse zu festigen und wenn möglich zu erweitern, müssen wir ein Programm der wirtschaftlichen Entwicklung aufstellen, das weit genug geht, um uns in Asien, Afrika und anderen unterentwickelten Gebieten einen politischen und militärischen Einfluß zu sichern, der so groß ist oder größer als der, den uns der Marshallplan in Europa verschafft. Darum muß der Hauptanteil unserer wirtschaftlichen Zuteilungen an unterentwickelte Länder durch Kanäle fließen, die errichtet wurden, um unseren Militärbündnissen zu dienen. Dies sollte dazu beitragen, die Bündnisse selbst anziehender zu machen.“

Das heißt, daß die USA über die Gewährung von „Wirtschaftshilfe“, d. h. durch die Gewährung von Krediten, die Militärpakete schmachtet machen wollen, um die betreffenden Länder unter ihre Kontrolle zu bringen.<sup>17)</sup> Wir wissen, daß die USA diese Politik nicht nur gegenüber den asiatischen und afrikanischen Völkern anwenden, sondern heute sogar Ländern wie Jugoslawien und neuerdings auch Volkspolen „Hilfe“ gewähren wollen.

Interessant ist, daß der deutsche Imperialismus auf ähnliche Weise wie der USA-Imperialismus vorgeht. Die Bundesrepublik besitzt keine kolonialen Gebiete und das erleichtert den deutschen Monopolisten das wirtschaftliche Eindringen in die Interessensphären des englisch-französischen Imperialismus. Denken wir z. B. an die am 26. März 1957 in Rom gebildete kleineuropäische Zollunion. Im Zentrum der Abmachungen von Rom steht die Frage der Kolonialpartnerschaft der Bundesrepublik.<sup>18)</sup> Die Abmachungen der Zollunion angegliedert werden, wodurch es den Partnerländern gestattet ist, das uneingeschränkte Niederlassungsrecht in Anspruch zu nehmen. Dafür verpflichteten sich die Zollunionspartner, im Verlaufe von 5 Jahren der französischen Regierung für die „Erschließung“ der Überseegebiete 500 Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen. Die Bundesrepublik allein zahlt rund 200 Millionen Dollar. Diese finanziellen Mittel, die die Bundesrepublik den französischen Imperialisten für deren Kolonialherrschaft zur Verfügung stellt, werden direkt oder indirekt gegen den Freiheitskampf des algerischen Volkes und aller anderen unterdrückten Völker eingesetzt. Das heißt, daß sich die deutschen Imperialisten bereits heute wieder offiziell in die Kolonialpolitik eingeschaltet haben, daß die Bundesrepublik „Kolonialmacht geworden“ ist, wie es in der westdeutschen „Welt am Sonntag“ vom 31. März 1957 zu lesen ist, oder, noch anders ausgedrückt, daß sich die deutschen Imperialisten dadurch jetzt faktisch direkt am Kampf gegen die um ihre nationale Unabhängigkeit kämpfenden kolonialen

und abhängigen Länder beteiligen.<sup>19)</sup> Auf der anderen Seite ist es ein bemerkenswertes Eingeständnis, daß der französische Imperialismus allein gar nicht mehr imstande ist, den nationalen Freiheitskampf der von ihm unterjochten Völker Herr zu werden. Das zeigt aber, wie richtig es ist, wenn Nasser schon vor einiger Zeit von einem „westeuropäischen kollektiven Kolonialismus“ sprach. An dieser Stelle muß auch erwähnt werden, daß die USA auch bei diesen Plänen ihre Hände im Spiel haben. Auf der 30. Tagung des ZK der SED wurde bekanntlich festgestellt, daß der USA-Imperialismus infolge seiner starken Kapitalbeteiligung an westdeutschen und anderen westeuropäischen Industrien „einen Teil seiner wirtschaftlichen Expansionspläne in Europa, im Mittleren Osten und Asien mit den Händen des deutschen Finanzkapitals durchführt.“<sup>20)</sup>

Aber trotz dieser an der Oberfläche erscheinenden Verflechtung gemeinsamer Interessen der imperialistischen Mächte treten die imperialistischen Gegensätze immer krasser in Erscheinung. Nehmen wir den Nahen und Mittleren Osten: Auf der einen Seite versprechen die USA Frankreich und England jedwede Hilfe bei der Erhaltung ihrer Positionen in diesem ökonomisch und strategisch wichtigen Raum. Auf der anderen Seite aber unterminieren die USA systematisch das Prestige Englands und Frankreichs, um ihren Platz im ganzen Nahen und Mittleren Osten einzunehmen.

Genosse Schepilow charakterisierte diese Tatsache wie folgt: „Besondere Schärfe und Gespanntheit hat der Kampf zwischen den USA und England im Nahen und Mittleren Osten angenommen. In den Nachkriegsjahren haben die USA England in dieser Zone seiner wichtigsten Ökonomie beraubt. So entfielen 1937 auf die USA nur etwa 13 Prozent der Erdölgewinnung im Nahen Osten, auf England über 80 Prozent. Jetzt hat sich das vollkommen geändert: Im Jahre 1956 kontrollierten die USA fast 90 Prozent der nahöstlichen Ölgewinnung, England aber etwa ein Drittel. Der Nahe Osten ist zum Schauplatz eines angespannten Kampfes zwischen den beiden alten, geschwächten Kolonialreichen — England und Frankreich — und dem neuen, stärkeren amerikanischen Reich geworden. Natürlich sind sich die USA, England und Frankreich einig in ihrem Bestreben, die Bewegung der arabischen Völker für nationale Freiheit und Unabhängigkeit zu unterdrücken. Aber die USA wollen dieses Ziel auf eine imperialistische Weise erreichen, die sie schließlich zum Herren aller Erdölquellen und strategischen Aufmarschgebiete dieses Raumes machen soll.“<sup>21)</sup>

Dabei sei daran erinnert, daß die USA bei der Verfolgung derartiger Ziele bereits Erfahrungen gesammelt haben. Denken wir daran, daß die USA Frankreich 1946 in den schmutzigen Krieg in Indochina trieben; ohne sich selbst aktiv zu beteiligen. Als die Franzosen aus Indochina hinausgeworfen wurden, traten die USA in Südvietnam an ihre Stelle. Dem Wesen nach wieder-

holte sich dasselbe in Iran, wo die herrschenden Kreise der USA, an die Stelle der englischen und holländischen Monopolisten getreten sind und faktisch die gesamte Ausbeute und den Absatz des Erdöls kontrollieren. Das gleiche wiederholt sich jetzt mit dem Bagdadpakt, wo durch den Beitritt der USA „England auf eine eigene Politik im Nahen Osten praktisch verzichtet und England automatisch von den USA beaufsichtigt wird“, wie es in der Zeitung des deutschen Monopolkapitals „Der Volkswirt“ am 30. März 1957 formuliert wurde.

Aber wir dürfen auch eine andere wichtige Seite nicht außerhalb unserer Betrachtungen lassen, nämlich die Absicht der USA, mit nackter kolonialistischer Brutalität den Kampf der arabischen Völker um ihre nationale Unabhängigkeit und Freiheit zu ersticken. Darin haben die USA ebenfalls große Erfahrungen, wenn wir besonders an Guatemala denken. Die „Eisenhower-Doktrin“ enthält im Kern diese Drohung an die arabischen Völker und Israel, „diesem amerikanischen agent provocateur im Nahen Osten“, ist dabei eine besondere

Rolle zugesacht.<sup>22)</sup> Aber, wie Genosse Schepilow sagt, sind die Zeiten einer ungestraften Vergewaltigung des Freiheitswillens der Völker endgültig vorbei. „Das Kolonialsystem ist gründlich erschüttert, es bricht zusammen unter den machtvollen Schlägen des großen nationalen Befreiungskampfes der Volksmassen. Nur wer sich müßigen Träumereien hingibt, kann meinen, wenn im Nahen Osten die Stunde des Kolonialsystems Englands und Frankreichs geschlagen habe, sei die Zeit für die Errichtung des Kolonialsystems der Vereinigten Staaten von Amerika gekommen. Die Imperialisten vergessen, daß es auf der Welt, namentlich auch im Nah- und Mittelraum, die Haupttriebkraft der Geschichte gibt. Und diese Haupttriebkraft ist Seine Majestät das Volk.“<sup>23)</sup>

<sup>17)</sup> Aus dem Bericht des Politbüros auf der 31. Tagung des ZK, Berichterstatter, Genosse Fred Oelner, „Neues Deutschland“ vom 29. März 1957, S. 3.

<sup>18)</sup> D. T. Schepilow, „Zu Fragen der internationalen Lage und der sowjetischen Außenpolitik.“ Ebenda, S. 13.

<sup>19)</sup> Siehe: D. T. Schepilow, Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU, in: Diskussionsreden auf dem XX. Parteitag der KPdSU, Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 48.

<sup>18)</sup> Siehe: Referat des Genossen Waldeck Rohet, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdF, auf dem Plenum des ZK der KPdF, in: „Aus der internationalen Arbeiterbewegung“, Nr. 5/1957, S. 13/14.

<sup>20)</sup> Siehe: „Erklärung des Außenministeriums der DDR über den Neokolonialismus Westdeutschlands“, in: „Neues Deutschland“ vom 11. April 1957.

<sup>21)</sup> Walter Ulbricht, Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 11.

<sup>22)</sup> D. T. Schepilow, „Zu Fragen der internationalen Lage und der sowjetischen Außenpolitik“, in: Neue Zeit 8/1957, Dokumente, S. 12.

### Die Erfahrungen der Pariser Kommune und einige Fragen der marxistisch-leninistischen Theorie vom Staat und der Diktatur des Proletariats<sup>1)</sup>

Einige kritische Bemerkungen zu den Auffassungen des Genossen Karelj in der Staatsfrage

Helmuth Malzer

Am 18. März führte sich wiederum der Tag, an dem im Jahre 1871 die Arbeiterrevolution von der Stadt Paris Besitz ergriff. Zwei Monate und zehn Tage wehte über Paris die rote Fahne des revolutionären Proletariats.

Wenn wir heute anlässlich dieses Tages über einige Grundprobleme unserer Theorie vom Staat und der Diktatur des Proletariats sprechen wollen, so lassen wir uns von der großen Bedeutung der Erfahrungen der Kommune für die Entwicklung der Lehre des Marxismus-Leninismus vom Staat und der Diktatur des Proletariats leiten. Gerade heute angesichts der neuen, großen Welle der Reaktion gegen den Kommunismus, ihrer Versuche, von sozialreformistischer, von kleinbürgerlicher Position aus die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus, insbesondere seine Lehre von der Diktatur des Proletariats zu revidieren, ist es notwendig, diese Lehren gegen alle Versuche der Revision zu verteidigen. Wir lassen uns schließlich davon leiten, daß das Verständnis der Lehren, die Marx und Engels aus der Kommune zogen und die Lenin unter den neuen Bedingungen des Klassenkampfes weiterführte, die im Sowjetstaat ihre glänzende Verwirklichung fanden, uns helfen werden, die Richtigkeit, die marxistisch-leninistische Fundierung der Politik unserer Partei besser und tiefer zu verstehen.

Wir kennen die Mängel und Fehler der Kommune, die Bedeutung des Fehlens einer revolutionären Partei, die Inkonsequenz der Kommune gegenüber dem Klassenfeind und dergleichen. Aber all das mindert nicht im geringsten ihre große Bedeutung für das internationale Proletariat, für die revolutionäre Arbeiterbewegung. Denn die Kommune kämpfte nicht für irgendeine lokale oder eng nationale Aufgabe, sondern für die Befreiung der gesamten werktätigen Menschheit, aller Erniedrigten und Geächteten.<sup>2)</sup>

Die Pariser Kommune war der erste Versuch der sozialistischen Revolution und der Errichtung seiner revolutionären Diktatur durch das Proletariat. Die Kommune hat das europäische Proletariat gelehrt, die Aufgaben der sozialistischen Revolution konkret zu stellen.<sup>3)</sup>

Vom ersten Tage ihres Bestehens an zeigte die revolutionäre Bewegung in Paris klar ihren Klassencharakter. Die Kommune, in der fast nur Arbeiter oder anerkannte Arbeitervertreter saßen, faßte Beschlüsse mit eindeutig proletarischem Charakter, sie erließ sie im Interesse der Arbeiterklasse und teilweise trugen ihre Maßnahmen einen tief in die alte Gesellschaftsordnung einschneidenden Charakter. Die Kommune beseitigte das System der alten stehenden Armee und der Kon-

skription und schuf eine Nationalgarde, die alle wehrfähigen Bürger angehören sollten. Sie erließ ein Dekret über die Verhaftung von Geiseln aus den Reihen der Bourgeoisie, das allerdings nicht durchgeführt wurde. Sie traf entscheidende Maßnahmen gegen den Chauvinismus, im Namen des Internationalismus. Eindeutig zeigte sich ihr Klassencharakter in ihren sozialen Maßnahmen im Interesse der Werktätigen, insbesondere an dem wichtigsten Dekret der Kommune über die Erfassung aller von den Kapitalisten stillgelegten Fabriken und die Ausarbeitung von Plänen für die Inbetriebnahme dieser Fabriken durch die in ihnen beschäftigten Arbeiter selbst und über ihre Vereinigung zu einem großen Verband.

Als proletarische Revolution war die Pariser Kommune der erste Versuch des revolutionären Proletariats, die alte, bürgerliche Staatsmaschine zu vernichten und die Diktatur des Proletariats zu errichten. Als echte proletarische Massenbewegung bereicherte sie die Theorie des Marxismus vom Staat und der Diktatur des Proletariats um ihre revolutionären Erfahrungen, die ersten Erfahrungen der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats. Sie bestätigte durch ihre revolutionäre Praxis nicht nur die Richtigkeit aller bis dahin aufgestellten Hauptthesen der marxistischen Staatstheorie, sondern lieferte auch konkretes Material zur Begründung neuer Thesen.

Was waren die wichtigsten Lehren der Kommune in bezug auf den Staat und die Diktatur des Proletariats?

Die Pariser Kommune war die erste praktische Bestätigung dafür, daß die Theorie von der revolutionären Diktatur des Proletariats zur revolutionären praktischen Wirklichkeit werden kann.

Die Pariser Kommune war die Bestätigung und praktische Begründung der Schlußfolgerung des Marxismus von der Notwendigkeit der Zerschlagung des alten Staatsapparates.

Die Pariser Kommune gab trotz der nur kurzen Zeitdauer ihrer Existenz wichtige Hinweise für die Beantwortung der Frage, wodurch der alte Staatsapparat ersetzt werden muß.

Die Pariser Kommune war ein neuer Typ des Staates und bildete zugleich diesem Typus entsprechende staatliche Formen — wenn auch nur in den Ansätzen — heraus. „Die Grundmerkmale dieses Typus sind: 1. Quelle der Macht ist nicht das vorher vom Parlament beratene und beschlossene Gesetz, sondern die direkte, von unten kommende Initiative der Volksmassen im Lande, die direkte Machtergreifung; 2. Beseitigung von Polizei und Armee, als vom Volke getrennte und dem Volke entgegen gestellte Institutionen, durch die direkte Befreiung des gesamten Volkes; die Staatsordnung wird bei einer solchen Macht von den bewaffneten Arbeitern und Bauern selbst, vom bewaffneten Volke selbst geschützt; 3. ebenso wird die Beamtenschaft, die Büro-

kratie, entweder durch die unmittelbare Herrschaft des Volkes selbst ersetzt oder zumindest unter besondere Kontrolle gestellt; die Beamten verwandeln sich in nicht nur wählbare, sondern auch auf die erste Forderung des Volkes hin absetzbare Personen, ihre Rolle wird auf die von einfachen Bevollmächtigten reduziert; aus einer privilegierten Schicht mit hoher, bourgeoisier Bezahlung ihrer „Pöstchen“ verwandeln sie sich in Arbeiter einer besonderen „Waffengattung“, deren Entlohnung nicht höher ist als der übliche Lohn eines qualifizierten Arbeiters.

Darin und nur darin besteht das Wesen der Pariser Kommune als eines besonderen Staatstypus.<sup>4)</sup>

Wenn im folgenden, ausgehend von den Lehren der Kommune und ihrer Analyse durch die Klassiker, auf einige Fragen unserer Staatstheorie näher eingegangen werden soll, ist es zugleich notwendig, einige Versuche zurückzuweisen, diese Lehren zu entstellen oder sie in Anspruch zu nehmen, um revisionistische, dem Marxismus-Leninismus widersprechende Auffassungen zu begründen.

#### I. Die Notwendigkeit der Zerschlagung der alten bürgerlichen Staatsmaschine in der proletarischen Revolution — ein unabdingbarer Bestandteil der Lehre von der Diktatur des Proletariats

Die Zerschlagung, die Vernichtung des bürgerlichen Machtapparates in der proletarischen Revolution und die Schaffung eines neuen, proletarischen Machtapparates ist ein unabdingbarer Bestandteil der proletarischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Die Pariser Kommune war der erste Versuch der revolutionären Arbeiterbewegung, den reaktionären, bürokratisch-militaristischen Apparat des bürgerlichen Staates zu vernichten und auf seinen Trümmern einen neuen, sozialistischen Staatsapparat zu errichten. Die Kommune war der erste Versuch, der erste Nachweis der Richtigkeit jener These von Marx, die ihre unwiderlegbare Bestätigung durch die revolutionäre Praxis der Oktoberrevolution und der Sowjetmacht fand.

Die Pariser Kommunen mußten von Anfang an erkennen, daß die Macht der Arbeiterklasse nicht zu behaupten ist, wenn der gegen die Arbeiterklasse gerichtete Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie weiter bestehen bleibt, wenn er nicht beseitigt und zerschlagen wird. Ihn einfach „in Besitz zu nehmen“, mit ihm fortzuzwischen, erwies sich in der revolutionären Praxis der Kommune als eine gefährliche Utopie.

Trotz der nur kurzen Zeit ihrer Existenz und trotz der so überaus schweren Bedingungen, unter denen sie den Kampf führen mußte, hat bekanntlich die Pariser Kommune — wenn auch in erheblichem Maße spontan und nicht entschlossen genug — eine gewaltige Arbeit bei der Vernichtung der alten bürgerlichen Staatsmaschine und der Schaffung neuer, revolutionärer Machtorgane geleistet. Marx analysierte sehr genau, wie die Kommunisten an die Lösung dieser Aufgaben gingen, wie sie Polizei, Beamtensapparat und andere Institutionen der bürgerlichen Staatsmacht beseitigten. Im „Bürgerkrieg in Frankreich“ schreibt er: „Das

stehende Heer und die Polizei, die Werkzeuge der materiellen Macht der alten Regierung, einmal beseitigt, ging die Kommune sofort darauf aus, das geistliche Unterdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht, zu brechen... Die Pfaffen wurden in die Stille des Privatlebens zurückgesandt, um dort nach dem Bilde ihrer Vorgänger, der Apostel, sich von den Almosen der Gläubigen zu nähren... Sämtliche Unterrichtsanstalten wurden dem Volk unentgeltlich geöffnet und gleichzeitig von aller Einmischung des Staats und der Kirche gereinigt... Die richterlichen Beamten verloren jene scheinbare Unabhängigkeit, die nur dazu gedient hatte, ihre Untervorfürigkeit unter alle aufeinanderfolgenden Regierungen zu verdecken... Wie alle übrigen öffentlichen Diener sollten sie fernerhin gewählt, verantwortlich und absetzbar sein.“<sup>5)</sup>

Bekanntlich kam Marx bereits durch das Studium der Erfahrungen der revolutionären Kämpfe in Frankreich und Deutschland in den Jahren 1848—1851 zu der Schlußfolgerung von der revolutionären Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschine. Wir kennen seine Worte, mit denen er diese Folgerung zum ersten Male in seinem „18. Brumaire“ zog: „Alle Umwälzungen vollkommener diese Maschine statt sie zu brechen.“<sup>6)</sup> Die Pariser Kommune hat sie folgerichtig bestätigt. Noch in den Tagen der Kommune, im April 1871, schrieb Marx an Kugelmann: „Wenn Du das letzte Kapitel meines achtzehnten Brumaire nachsiehst, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ansehe, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andre zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volkssouveränität auf dem Kontinent. Dies ist auch der Versuch unserer heroischen Pariser Parteigenossen.“<sup>7)</sup>

Wie kam Marx zu dieser Folgerung? Im „Bürgerkrieg in Frankreich“ faßt Marx seine Gedanken dazu sehr prägnant noch einmal zusammen.<sup>8)</sup> Er analysiert hier die Entwicklung des bürgerlichen Staatsapparates in Frankreich von der französischen Revolution des 18. Jahrhunderts bis zum zweiten Kaiserreich. Er zeigt, wie die zentralisierte bürgerliche Staatsmaschine mit all ihren Organen und Institutionen, aus der Zeit der absoluten Monarchie herkommend, der gerade erst entstehenden Bourgeoisgesellschaft gegen den Feudalismus dienste, wie mit der Entwicklung der bürgerlichen Revolution und ihres Staats dieser Apparat im Dienst der Bourgeoisie immer mehr vervollkommen wurde und vor allem, wie im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung und der Zuspitzung des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat der Unterdrückungscharakter dieser Staatsmaschine offener und immer offener hervortrat, sein volscheinliches Wesen immer klarer wurde. Zugleich entwickelten sich besonders seine gegen das Volk gerichteten Institutionen, entwickelte sich der Bürokratismus und Militarismus des bürgerlichen

<sup>5)</sup> K. Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 207f.

<sup>6)</sup> K. Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, Marx/Engels, ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 367.

<sup>7)</sup> K. Marx, Briefe an Kugelmann, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 124.

<sup>8)</sup> Vgl. K. Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 65—69.

<sup>9)</sup> W. I. Lenin, Über die Doppelherrschaft, ebenda, S. 47.

Staates. So wurde dieser Apparat zu einem immer brutaleren Instrument zur Knechtung der Lohnarbeit durch das Kapital. Darin bestand seine Hauptaufgabe, davon wurde seine gesamte Struktur und Arbeitsweise bestimmt und darauf seine Kader, seine Offiziere, Gendarmen, Beamten und Richter gedreht.

Dieser bürokratisch-militaristische Apparat wurde zum Haupthindernis für die Entwicklung der Gesellschaft, für die Durchsetzung der Demokratie für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen. Einen solchen Apparat zu übernehmen, ihn für die seinen Aufgaben gerade entgegengesetzten Ziele des Proletariats „in Gang zu setzen“, ist absolut unmöglich. Ein Abgehen von dieser These, die Lenin die Hauptlehre des Marxismus von den Aufgaben des Proletariats gegenüber dem bürgerlichen Staat nannte, ist ihr Anzweifeln, muß zur Entstehung oder Förderung schädlicher Illusionen in der Arbeiterklasse über den bürgerlichen Staat und in der praktischen Politik zu einer reformistischen Position führen. Das hat in der internationalen Arbeiterbewegung die Haltung der rechten Führer der sozialistischen Parteien der kapitalistischen Länder hinreichend bewiesen. Aber auch einer der Führer der jugoslawischen Kommunisten, der Genosse Kardaš, vertrat vor dem Parteikongress der norwegischen Arbeiterpartei in Oslo 1951 eine solche Position. Kardaš führte dort aus: „Der westeuropäische Sozialismus geht einen anderen Weg. Er hat sich darauf eingestellt, die politischen und wirtschaftlichen Positionen der Arbeiterklasse, d. h. des Sozialismus, durch den bestehenden Mechanismus der klassischen bürgerlichen Demokratie allmählich, auf evolutionärem Wege, zu fördern.“ Und ohne sich damit auszulassen, fährt Kardaš im Gegenteil fort: „Indessen unterliegt es im großen und ganzen doch keinem Zweifel, daß für eine ganze Reihe von Ländern der evolutionäre Weg zum Sozialismus durch den politischen Mechanismus der klassischen europäischen bürgerlichen Demokratie nicht nur möglich ist, sondern vielmehr zur Tatsache wird.“ Was bedeutet das aber anders als Anerkennung des sogenannten „demokratischen Sozialismus“ — im konkreten Fall des sogenannten „skandinavischen Weges“ — und Abgehen von der Staatskonzeption des Marxismus-Leninismus auf eine sozial-reformistische Position.

Hat sich vielleicht etwas geändert in bezug auf den bürgerlichen Staatsapparat, seit Marx diese These aufstellte? Ja, es hat sich etwas geändert. Der Kapitalismus hat sich zum Imperialismus entwickelt, er hat sein letztes, erzeukendstes, verfallendes Stadium erreicht. Auf dieser Grundlage haben sich auch Veränderungen in bezug auf den bürgerlichen Staatsapparat ergeben. Dieser Apparat verwandelt sich in den Hauptträgern des Kapitals aus einem Instrument der gesamten Bourgeoisie in ein Instrument der herrschenden Schicht des Finanzkapitals; die Monopole ordnen sich diesen Apparat unter. Mit der für die Periode des Imperialismus charakteristischen zunehmenden Verschärfung des Klassenkampfes wird dieser bürokratisch-militaristische Apparat immer mehr aufgebläht und greift zu immer raffinierteren und brutaleren Methoden zur Niederhaltung der revolutionären Volksbewegung gegen

den Imperialismus. In „Staat und Revolution“ hebt Lenin hervor: „Insbesondere aber weist der Imperialismus . . . eine ungewöhnliche Stärkung der Staatsmaschinerie auf, ein unerhörtes Anwachsen ihres Beamten- und Militärapparates in Verbindung mit einer Verstärkung der Repressionsmaßnahmen gegen das Proletariat sowohl in den monarchistischen als auch in den freiesten, republikanischen Ländern.“<sup>9)</sup>

Das gilt für alle entwickelten kapitalistischen Länder, auch dort, wo die Arbeiterklasse unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei an der Spitze einer breiten Volksbewegung steht und die Umwandlung dieses Staates in ein faschistisches Terrorregime des Finanzkapitals verhindert, wie z. B. in Italien. Aber haben sich dadurch die Bedingungen verändert, von denen ausgehend Marx die These von der Notwendigkeit der revolutionären Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschine begründet? Nein, im Gegenteil. Dieser Staatsapparat ist und bleibt ein Ausbeuterapparat, ein Apparat des Finanzkapitals gegen das Volk. Folglich muß er zerschlagen, vernichtet werden.

Fassen wir diese Probleme kurz zusammen, die uns die Frage beantworten, warum die Arbeiterklasse diesen Apparat zerschlagen muß, so ergibt sich vor allem folgendes:

Dieser Apparat kann von der Arbeiterklasse nicht übernommen, sondern muß zerschlagen werden, weil er ein Ausbeuterapparat ist, geschaffen und entwickelt, um die Volksmassen, das Proletariat und seine Verbündeten niederzuhalten. Das Wesentliche ist also die Klassenfrage, das Klassenwesen dieses Apparates. Daraus ergibt sich, daß dieser Apparat gegen das Volk tätig wird, sein ganzer Aufbau dem angepaßt ist, seine Struktur und Arbeitsweise nur darauf gerichtet sind und seine Kader für diesen Zweck ausgewählt, erzogen und eingesetzt werden. Charakteristisch für diesen Apparat ist die Entwicklung des Bürokratismus und Militarismus in großem Ausmaß.

„Das Proletariat kann sich des ‚Staatsapparates‘ nicht bemächtigen; ihn nicht ‚in Gang setzen‘ Es kann aber alles zerschlagen, was am alten Staatsapparat der Unterdrückung dient, was verkrüppelt, unverbesserlich, bürgerlich ist, und an dessen Stelle seinen eigenen, neuen Apparat setzt.“<sup>10)</sup>

Bekanntlich ist die Begründung der absoluten Richtigkeit dieser These des Marxismus-Leninismus im vorigen Jahr wieder besonders aktuell geworden.

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU wurde mehrfach die Frage aufgeworfen, wie diese These des Marxismus-Leninismus über die Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates in Einklang zu bringen ist mit der Möglichkeit der Ausnutzung des Parlaments für den Übergang zum Sozialismus. Auf dieses Problem soll deshalb hier noch eingegangen werden, ohne allerdings dabei die vielfältigen, mit der Ausnutzung des Parlaments für den Übergang zum Sozialismus verbundenen Fragen untersuchen zu wollen. Auf sie soll nur insoweit eingegangen werden, als es erforderlich scheint, um nachzuweisen, daß

<sup>9)</sup> Ebenda, S. 181.

<sup>10)</sup> W. I. Lenin, Werden die Bolschewiki die Staatsmacht übernehmen?, in: Lenin/Stalin, Das Jahr 1917, Ausgewählte Werke, Dietz Verlag, Berlin 1946, S. 581.

die marxistische Auffassung von der Notwendigkeit der Zerschlagung des alten Ausbeuterstaatsapparates der Bourgeoisie in der sozialistischen Revolution auch dann voll und ganz richtig bleibt, wenn die Revolution auf dem Wege der Ausnutzung des Parlaments vor sich geht.

Der XX. Parteitag der KPdSU analysierte sehr eingehend die gewaltigen Veränderungen in der Welt zugunsten des Sozialismus. Er wies nach, daß sich für den Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung für den Übergang zum Sozialismus neue Perspektiven eröffnen und unter bestimmten Bedingungen in einer Reihe von Ländern die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung der sozialistischen Revolution entsteht. Man muß jedoch betonen, daß es sich dabei um einen revolutionären Prozeß handelt. Ob friedlich oder nicht friedlich, der Übergang zum Sozialismus bleibt eine proletarische Revolution. Darin unterscheiden sich unsere Auffassungen nach wie vor grundlegend von denen der Opportunisten und auch von Kardašs Auffassung vom evolutionären Weg zum Sozialismus über den Mechanismus der bürgerlichen Demokratie. Auch wenn wir heute in einer Reihe von Ländern die Möglichkeit sehen, bei einem solchen friedlichen Übergang zum Sozialismus das Parlament auszunutzen und wir von einem parlamentarischen Weg des Übergangs zum Sozialismus sprechen, so meinen wir damit eine Revolution, eine proletarische Revolution, die unter Ausnutzung des Parlaments vor sich geht, in der das Parlament von der Arbeiterklasse ausgenutzt wird, um die Bourgeoisie zu entmachten und die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Die Möglichkeit einer solchen friedlichen Entwicklung der Revolution schließt auch in keiner Weise die Gewaltanwendung gegen die Bourgeoisie, durch die Arbeiterklasse aus.

Auf dem XX. Parteitag wurde bei der Begründung der Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus und der Möglichkeit, dabei das Parlament auszunutzen, die alte These des Marxismus-Leninismus hervorgehoben, daß die Gewaltanwendung des Proletariats gegen die Bourgeoisie nicht so sehr vom Proletariat abhängt als vielmehr vom Widerstand der Bourgeoisie, von deren Gewaltanwendung. Daraus folgt jedoch nicht, daß das Proletariat bei einem friedlichen Übergang zum Sozialismus auf jede Gewaltanwendung verzichten kann. Auf dem XX. Parteitag wurde gleichzeitig an das erinnert, was Marx, Engels und Lenin immer wieder betont haben, daß die Bourgeoisie ihre Macht nicht freiwillig abtritt. Es wäre eine kleinbürgerliche Utopie zu glauben, daß die Bourgeoisie auf jeden Widerstand verzichten würde. Worum es hier geht, das sind der Grad und die Formen des Widerstandes der Bourgeoisie, folglich auch der Grad und die Formen der Gewaltanwendung durch das Proletariat. Dort, wo die Bourgeoisie ernsthaften Widerstand leistet, bewaffnete Kräfte gegen die Volksmassen einsetzen kann, ist eine äußerste Zuspitzung des Klassenkampfes unvermeidlich, muß auch das Proletariat zum bewaffneten Kampf, zum Sturz der Bourgeoisie mit Waffengewalt greifen. Anders ist es dort, wo die Bourgeoisie nicht in der Lage ist, gegen ihren Sturz bewaffneten Widerstand zu leisten. Dort ist eine friedliche Entwicklung der Revolution möglich. Aber das ist auch ein revolutionärer Kampf, ist Gewaltanwendung des Proletariats gegen

die Bourgeoisie, doch in anderen Formen. Daraus folgt, daß die Arbeiterklasse auch bei Ausnutzung des Parlaments für den Übergang des Sozialismus nicht auf gewisse Formen der revolutionären Gewalt verzichten kann, wenn dieser Weg auch nicht mit den schärfsten Formen der gewaltsamen Auseinandersetzung, dem bewaffneten Aufstand und dem Bürgerkrieg verbunden ist.

Unter welchen Bedingungen erscheint nun heute die Möglichkeit eines solchen Übergangs zum Sozialismus unter Ausnutzung des Parlaments zulässig?

Dabei sind in erster Linie zu berücksichtigen die Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus, die Entstehung und Entwicklung des sozialistischen Weltsystems unter Führung der Sowjetunion und seine gewaltige Ausstrahlung auf die Arbeiterklasse und alle Werktätigen in der ganzen Welt, der Einfluß der sozialistischen Ideen auf die Arbeiter, die Bauern und die Intelligenz in den kapitalistischen Ländern. Gleichzeitig entstanden in einer Reihe kapitalistischer Länder die ökonomischen und politischen Voraussetzungen und damit die reale Möglichkeit, die Mehrheit der Bevölkerung um die Arbeiterklasse zusammenzuschließen. Auf dieser Grundlage bietet sich die Möglichkeit, eine stabile, revolutionäre Parlamentsmehrheit zu erringen und das Parlament zu grundlegenden sozialen Umgestaltungen auszunutzen.

Eine solche Möglichkeit entsteht jedoch nur im Kampf, nur in Ländern, wo es der herrschenden Klasse nicht möglich ist, der Erringung einer solchen Parlamentsmehrheit und der Ausnutzung des Parlaments im Interesse der Revolution, im Interesse des Volkes ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen. In Ländern jedoch, „in denen der Kapitalismus noch stark ist, wo sich in seinen Händen ein gewaltiger Militär- und Polizeiparat befindet, ist ein ernsthafter Widerstand der reaktionären Kräfte unvermeidlich.“<sup>11)</sup>

Dort, wo das Finanzkapital bereits weit auf dem Weg der Faschisierung fortgeschritten ist, wo die legalen Möglichkeiten des Kampfes für die Arbeiterklasse und ihre Partei beseitigt oder fast beseitigt wurden, das Parlament besetzt oder zu einem bloßen Anhängsel des bürokratischen Machtapparates mit der reaktionären Regierung an der Spitze degradiert wurde, ist ein solcher friedlicher Übergang zum Sozialismus unter Ausnutzung des Parlaments nicht gegeben. So ist gegenwärtig in Westdeutschland unter den Bedingungen des Adenauer-Regimes, der politischen und ökonomischen Herrschaft der Imperialisten und der Zugehörigkeit Westdeutschlands zur NATO, bei Verbot der Partei der Arbeiterklasse, der Unmöglichkeit demokratischer Wahlen, auch angesichts der sowohl faktischen als auch juristischen Abhängigkeit des Bundestages von der immer mehr von faschistischen Kräften durchsetzten bürokratischen Exekutive die Möglichkeit eines solchen Übergangs zum Sozialismus nicht gegeben.

Hier geht es um den Kampf gegen den Imperialismus und seine Politik der Militarisierung und Faschisierung. Das heißt, dort, wo einerseits die Bourgeoisie über einen starken Staatsapparat verfügt — stark nicht nur hinsichtlich der Zahl der Soldaten und Gendarmen

<sup>11)</sup> N. S. Chruschtschow, Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag, Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 47.



auf jederzeitige Absetzbarkeit der Abgeordneten. (Dazu das gebundene Mandat.)

3. Die dementsprechende Zusammensetzung der Vertretungsorgane (in ihrer Mehrheit aus Arbeitern oder anerkannten Arbeitervertretern).

4. Die Konzentration der gesamten Staatsgewalt bei diesen Vertretungsorganen, die Unterordnung des gesamten Exekutivapparates unter diese Vertretungsorgane (Polizei, Verwaltungsorgane).

5. Der Charakter dieser Vertretungsorgane als arbeitende Körperschaften, gesetzgebend und vollziehend zugleich.

6. Die allgemeine Volksbewaffnung.<sup>19)</sup>

7. Die Beseitigung aller Privilegien der Staatsbeamten, ihre Verantwortlichkeit gegenüber den Vertretungsorganen und ihre jederzeitige Absetzbarkeit.

8. Die Wählbarkeit, Verantwortlichkeit und Absetzbarkeit der Richter.

9. Die Festlegung der Gehälter aller Amtspersonen, von den Mitgliedern der Kommune an abwärts, auf das Niveau „des Arbeitslohnes“.<sup>20)</sup>

Alle diese Prinzipien<sup>21)</sup>, die Marx bei der Analyse der Erfahrungen der Kommune entwickelte, haben später in den Sowjets ihre glänzende Verwirklichung und Entwicklung gefunden und um ihre konsequente Verwirklichung geht es heute auch bei uns im Rahmen der weiteren Demokratisierung unseres Staatsapparates.

Aber gerade von diesen eindeutigen und klaren Hinweisen von Marx, auf die Lenin später dutzende Male vor allem bei der Erklärung des Charakters der Sowjetmacht hingewiesen hat, will Genosse Kardsel nichts wissen. In seiner Rede 1954 in Oslo erklärte er vielmehr: „Die Frage der konkreten politischen Formen zur praktischen Verwirklichung der politisch und ideologisch klaren Grundsätze und Perspektiven ist jedoch bei weitem nicht so bereinigt. In dieser Hinsicht stellt selbst Marx keine bestimmten Thesen auf; er vermochte es auch nicht und wollte sich offensichtlich auch nicht darauf einlassen, Aufgaben zu lösen, die der Praxis kommandierender Geschlechter vorbehalten waren. Anfangs vertrat er offenbar die Ansicht, die Staatsmaschine sei jenes Hauptinstrument, mit dessen Hilfe das Proletariat seine historische sozialistische Rolle verwirklichen und dadurch natürlich auch die alte Staatsmaschine durch eine neue ersetzen werde. Später, in seinem „18. Brumaire“ und nach der Pariser Kommune, ist Marx — die Gefahr des Bürokratismus voraussehend — voller Bedenken jeder selbständigen zentralisierten Staatsmaschine gegenüber und vertritt die Ansicht, an ihre Stelle solle das als der

<sup>19)</sup> Die Forderung von Marx und Engels nach Abschaffung des stehenden Heeres und nach der allgemeinen Volksbewaffnung (Militärsystem) entsprach dem damaligen Stand der Entwicklung der Kriegstechnik. Die Entwicklung, die der Entwicklung der Kriegstechnik folgte, bedingt heute eine stehende Armee in den sozialistischen Staaten. Dabei ist es jedoch interessant, festzustellen, daß dadurch, wie die Erfahrungen einer Reihe sozialistischer Staaten zeigen, Formen der bewaffneten Macht des Volkes, die den damaligen Gedanken von Marx und Engels sehr nahe kommen, keineswegs ausgeschlossen sind, wie die Kampfgruppen in den Betrieben und Institutionen.

<sup>20)</sup> Vgl.: K. Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 70/71.

<sup>21)</sup> Mit Ausnahme Punkt 6, vgl. Fußnote 18.

Staat organisierte Proletariat treten. Die Pariser Kommune oder die nationale Gemeinschaft derartiger sich selbst verwaltender Kommunen bezeichnet er als die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.“

Nach Kardsel wäre also Marx nur bis zur Pariser Kommune für die Diktatur des Proletariats eingetreten, dann habe er sich davon losgesagt, daß der proletarische Staat das Hauptinstrument zur ökonomischen Umgestaltung der Gesellschaft sei. Es genügt, den „Bürgerkrieg in Frankreich“ anzuführen, um die Unhaltbarkeit dieser Behauptung zu beweisen. Es ist nicht anzunehmen, daß ein Mann wie Kardsel sich auf die Lehren, die Marx aus der Kommune zog, beruft, ohne sie zu kennen, daß ihm unbekannt ist, was Marx im „Bürgerkrieg in Frankreich“ schreibt: „Die Kommune sollte daher als Hebel dienen, um die ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf denen der Bestand der Klassen und damit der Klassenherrschaft ruht.“<sup>22)</sup>

Was war aber die Kommune? Marx beantwortet auch das: „Ihr wahres Geheimnis war dies: Sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfs der hervorbringenden gegen die aneinandergrenzende Klasse, die endlich entdeckte politische Form unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.“

Ohne diese letzte Bedingung war die Kommunalverfassung eine Unmöglichkeit und eine Täuschung.“<sup>23)</sup>

Warum läßt Genosse Kardsel diese „Regierung der Arbeiterklasse“, die Marx besonders hervorhebt, aus? Das ist ja eben die Diktatur des Proletariats, der Staat der Übergangsperiode, das Instrument der Arbeiterklasse bei der Umgestaltung der Gesellschaft. Warum vergift Kardsel die Diktatur des Proletariats? Dieses „Versehen“ Kardsels erweist sich als durchdachte und beabsichtigte Lüge. Im nächsten Satz behauptet er, Marx habe nach der Kommune, aus Angst vor dem Bürokratismus, eine zentralisierte Staatsmacht abgelehnt. Das sei eine Lehre der Kommune. Diese Behauptung Kardsels ist eine Ungeheuerlichkeit. Sie ist allerdings nicht neu. Kardsel befindet sich bei diesem Versuch, Marx den Föderalismus Proudhons zu unterstellen, in wenig angenehmer Gesellschaft. Diesen Vorwurf erhoben gegen die Kommune schon die Verfechter des bürokratisch-zentralisierten bürgerlichen Staats in Versailles. Sie schrien, daß die Kommune die Einheit der Nation zerstören würde. Bismarck unterschob der Kommune — schon Marx machte sich darüber lustig — eine Sehnsucht nach der preussischen Städteordnung.<sup>24)</sup> Und damit auch der Opportunismus nicht fehlt — Bernstein schrieb in seinem Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ in bezug auf Marx' Lehren aus der Kommune, darin sei ein Programm entwickelt, „daß seinem politischen Gehalt nach in allen wesentlichen Zügen die größte Ähnlichkeit die gleiche Position, wie sie Kardsel mit seiner Theorie von der Dezentralisierung vertritt. In Wirklichkeit, das weiß Kardsel genau, war Marx Zentralist!

<sup>22)</sup> K. Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 76.

<sup>23)</sup> Ebenda.

<sup>24)</sup> Ebenda, S. 73.

Im „Bürgerkrieg in Frankreich“ schreibt Marx: „Die Pariser Kommune sollte selbstverständlich allen großen gewerblichen Mittelpunkten Frankreichs zum Muster dienen. Sobald die kommunale Ordnung der Dinge einmal in Paris und den Mittelpunkten zweiten Ranges eingeführt war, hätte die alte zentralisierte Regierung auch in den Provinzen der Selbstregierung der Produzenten weichen müssen. In einer kurzen Skizze der nationalen Organisation, die die Kommune nicht die Zeit hatte, weiter auszuarbeiten, heißt es ausdrücklich, daß die Kommune die politische Form selbst des kleinsten Dorfs sein und daß das stehende Heer auf dem Lande durch eine Volksmiliz mit äußerster kurzer Dienstzeit ersetzt werden sollte. Die Landgemeinden eines jeden Bezirks sollten ihre gemeinsamen Angelegenheiten (Hervorhebung — H.M.) durch eine Versammlung von Abgeordneten in der Bezirkshauptstadt verwalten, und diese Bezirksversammlungen dann wieder Abgeordnete zur Nationaldelegation in Paris schicken; die Abgeordneten sollten jederzeit absetzbar und an die bestimmten Funktionen ihrer Wähler gebunden sein. Die wichtigsten Funktionen, welche dann noch für eine Zentralregierung übrigblieben, sollten nicht, wie dies absichtlich gefälscht worden, abgeschafft, sondern an kommunale, d. h. streng verantwortliche Beamte übertragen werden. Die Einheit der Nation soll nicht gebrochen, sondern im Gegenteil organisiert werden durch die Kommunalverfassung (Hervorhebung — H.M.) sie sollte eine Wirklichkeit werden durch die Vernichtung jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab, aber unabhängig und überlegen sein wollte gegenüber der Nation, an deren Körper sie doch nur ein Schmarotzerauswuchs war.“<sup>25)</sup>

Kardsel weiß genau, daß Marx hier, wenn er sich gegen den Zentralismus wendet, den Zentralismus der bürgerlichen Staatsmaschine meint, den Zentralismus des „Schmarotzerauswuchses“ am Körper der Nation, der zerstört, der vernichtet werden muß, während Marx zugleich für den neuen, sozialistischen Staatsapparat den Zentralismus, aber einen prinzipiell andersgearteten, begründet. Marx gebraucht hierfür den Begriff „Die Einheit der Nation sollte organisiert werden“. Praktisch begründet Marx damit den demokratischen Zentralismus als Prinzip des neuen, sozialistischen Staatsapparates.

Einem Theoretiker wie Kardsel ist ohne Zweifel auch bekannt, daß Lenin in 3. Kapitel seines Werkes „Staat und Revolution“, das sich mit den Erfahrungen der Kommune und ihrer Analyse durch Marx beschäftigt, diesen Hinweisen von Marx einen besonderen Abschnitt widmet, den 4. mit der Überschrift „Organisation der Einheit der Nation“. Es sei hier nur auf zwei Stellen daraus hingewiesen: „Marx geht sowohl mit Proudhon als auch mit Bakunin gerade in der Frage des Föderalismus auseinander (von der Diktatur des Proletariats schon gar nicht zu reden). Aus der kleinbürgerlichen Anschauungen des Anarchismus ergibt sich prinzipiell der Föderalismus. Marx ist Zentralist. Und in seinen hier zitierten Darlegungen ist nicht die geringste Abweichung vom Zentralismus enthalten. Nur Leute, die vom kleinbürgerlichen Aberglauben an den Staat erfüllt sind, können die Ver-

nichtung der bürgerlichen Maschinerie für eine Vernichtung des Zentralismus halten!“<sup>26)</sup>

Und dem Verleumder Bernstein, der Marx zum Anarchisten stempeln wollte, hielt Lenin entgegen: „Marx betonte ausdrücklich, als ob er die Möglichkeit einer Verzerrung seiner Ansichten vorausgesehen hätte, daß die gegen die Kommune erhobene Anschuldigung: sie hätte die Einheit der Nation vernichtet, die Zentralregierung abschaffen wollen, eine bewußte Fälschung ist. Marx gebrauchte absichtlich den Ausdruck ‚Die Einheit der Nation sollte organisiert werden‘, um den klassenbewußten, demokratischen, proletarischen Zentralismus dem bürgerlichen, militärischen, bürokratischen entgegenzustellen.“<sup>27)</sup>

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Kardsel ein Werk wie „Staat und Revolution“ kennt. Sein Verhalten in dieser Frage kann deshalb nur als bewußte Fälschung des Marxismus, des Leninismus betrachtet werden. Auch Lenin verfiel nicht, er wenn er schreibt: „In der russischen Revolution, die unter dem überwiegenden Druck der Rückständigkeit litt, hatte sich trotz Lenins Bemühungen, die Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung zu lenken, zu Stalins Zeiten der Grundsätze durchgesetzt, die zentralisierte Staatsmaschine sei die wichtigste Organisationsform in der Entwicklung zum Sozialismus.“

Kardsel revidiert hier also ganz bewußt den Marxismus-Leninismus in seiner Grundfrage — in der Frage der Diktatur des Proletariats. Er scheut sich nicht vor der direkten Fälschung der Lehren von Marx und Lenin. Ihm kommt es dabei gar nicht auf die Position an, auf die er sich selbst stellt.

Lenin schrieb in seinen „Briefen aus der Ferne“: „Wir brauchen eine revolutionäre Staatsmacht, wir brauchen (für eine bestimmte Übergangsperiode) den Staat. Dadurch unterscheiden wir uns von den Anarchisten. Der Unterschied zwischen den revolutionären Marxisten und den Anarchisten besteht nicht nur darin, daß jene für die zentralisierte kommunistische Großproduktion, diese aber für eine zersplitterte Kleinproduktion eintreten. Nein, der Unterschied gerade in der Frage der Macht, in der Frage des Staats besteht darin, daß wir die revolutionäre Ausnutzung revolutionärer Staatsformen für den Kampf um den Sozialismus verfechten, während die Anarchisten dagegen sind.“

Wir brauchen den Staat. Aber wir brauchen keinen Staat vor der Art, wie ihn die Bourgeoisie überall geschaffen hat... Und darin unterscheiden wir uns von den Opportunisten und Kautskyern der alten, schon in Fäulnis übergegangen sozialistischen Parteien, die die Lehren der Pariser Kommune und die Analyse dieser Lehren durch Marx und Engels entstellte oder vergessen haben.“<sup>28)</sup>

Kardsel tut beides! Ihm ist jede Position recht, um den Marxismus-Leninismus zu revidieren.

Das zeigt sich auch in seiner „Theorie“ vom Bürokratismus. Der Bürokratismus ist das Schreckgespenst,

<sup>25)</sup> W. I. Lenin, Staat und Revolution, in: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 198.

<sup>26)</sup> Ebenda, S. 199.

<sup>27)</sup> W. I. Lenin, Briefe aus der Ferne, 3. Brief, in: W. I. Lenin, Über die Pariser Kommune, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 30.

<sup>28)</sup> Ebenda, S. 71.

das er gegen den demokratischen Zentralismus ins Feld führt. Dabei zeigt sich bei Kardelj die gleiche Positionslöslichkeit. Einmal hat er ein geradezu abergläubisches Vertrauen zum Bürokratismus, da, wo dieser zu Hause ist, im bürgerlichen Staat. Dort, wo ein solches bürokratisches System der Regierung gegen das Volk durch über den Massen stehende, privilegierte Personen zum wesentlichen Bestandteil des staatlichen Machtapparates gehört, vertritt er den Standpunkt, daß man evolutionär, mittels des Mechanismus eben dieses bürgerlichen Staates zum Sozialismus kommen könne. Oder sollte sich Kardelj selbst darüber nicht klar sein, sollte es ihm gehen wie Kautsky, über den Lenin in „Staat und Revolution“ schreibt: „Kautsky hat absolut nicht den Unterschied begriffen zwischen bürgerlichem Parlamentarismus, der die Demokratie (nicht für das Volk) mit dem Bürokratismus (gegen das Volk) verbindet, und dem proletarischen Demokratismus, der sofort Maßnahmen ergreifen wird, um den Bürokratismus radikal zu unterbinden, und der instand sein wird, diese Maßnahmen zu Ende zu führen, bis zur völligen Vernichtung des Bürokratismus, bis zur Einführung der vollen Demokratie für das Volk.“<sup>29)</sup>

Aber Kardelj braucht ja den Bürokratismus, um den Zentralismus des sozialistischen Staates zu bekämpfen. Er sieht nur, daß es auch im sozialistischen Staatsapparat bürokratische Erscheinungen gibt, aber er interessiert sich nicht für ihre wahren Quellen. Er will nicht sehen, daß diese Erscheinungen dem System des sozialistischen Staates fremd sind, ein Überbleibsel und Erbe des Kapitalismus. Für ihn ergibt sich der Bürokratismus aus der Zentralisation, er behauptet, daß sich der Verwaltungsapparat „zwangsläufig bürokratisiert, weil sich in seinen Händen das Monopol der Wirtschaftsführung befindet“, aber er will die Klassenatur des Bürokratismus nicht erkennen. Lenin schreibt in „Staat und Revolution“ über das Wesen des Bürokratismus:

„Wir kommen unter dem Kapitalismus, unter der Herrschaft der Bourgeoisie ohne Beamten nicht aus. Das Proletariat ist geknechtet, die werktätigen Massen sind durch den Kapitalismus verklärt. Unter dem Kapitalismus ist die Demokratie durch die ganzen Verhältnisse der Lohnsklaverei, der Not und des Elends der Massen eingekerkert, eingeschnürt, gestutzt, verstümmelt. Aus diesem Grund, und nur aus diesem, werden die beamteten Personen in unseren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen durch die Verhältnisse des Kapitalismus demoralisiert (oder, genauer gesagt, haben sie die Tendenz, demoralisiert zu werden) und neigen dazu, sich in Bürokraten, d. h. in den Massen entfremdete, über den Massen stehende, privilegierte Personen zu verwandeln.“

Darin besteht das Wesen des Bürokratismus, und solange die Kapitalisten nicht expropriert sind, solange die Bourgeoisie nicht gestürzt ist — solange ist eine gewisse „Bürokratisierung“ sogar der proletarischen beamteten Personen unvermeidlich.<sup>30)</sup>

Aber dem sozialistischen Staatsapparat ist nicht nur der Bürokratismus zutiefst wesensfremd, er besitzt auch

die Mittel, um den Bürokratismus zu bekämpfen, ja um ihn völlig auszurotten. Das wichtigste Mittel ist dabei die konsequente Durchsetzung gerade des von Kardelj verleugneten — demokratischen Zentralismus. Auch das ist eine Erfahrung schon der Pariser Kommune. „Gerade am Beispiel der Kommune hat Marx gezeigt, daß unter dem Sozialismus die beamteten Personen aufhören, „Bürokraten“, „Beamte“ zu sein, sie hören in dem Maße auf, es zu sein, wie außer der Wählbarkeit auch noch die jederzeitige Absetzbarkeit eingeführt wird, dazu noch die Reduzierung des Gehalts auf den durchschnittlichen Arbeiterlohn, dazu noch die Ersetzung der parlamentarischen Körperschaften durch „arbeitende Körperschaften“, die vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit sind.“<sup>31)</sup>

Für Kardelj aber ist das Wundermittel, das er gegen den Bürokratismus anpreist — die Dezentralisierung im Sinne der völligen Auflösung der einheitlichen Staatsgewalt in der „Selbstverwaltung der Produzenten“, also in der Konsequenz die Abschaffung der Diktatur des Proletariats. Daß ein solcher Weg konsequent gesehen — übrigens geht man ihn auch nicht in Jugoslawien — nur zur Restauration des Kapitalismus und, um beim Bürokratismus zu bleiben — zum Entstehen eines neuen, bürokratischen Machtapparates — der Bourgeoisie — führen würde, sollte Kardelj bekannt sein.

Warum richtet sich sein Angriff auf den demokratischen Zentralismus, gegen die Diktatur des Proletariats? Der demokratische Zentralismus ist unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats eine objektive Notwendigkeit. Er ergibt sich notwendig aus ihren historischen Aufgaben.

Das Proletariat bedarf der zentralisierten, einheitlichen Staatsgewalt, um die Bourgeoisie zu schlagen, ihren Widerstand zu brechen und sie nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch zu entmachten. Auch das lehrt schon die Kommune. „... wenn aber das Proletariat und die arme Bauernschaft die Staatsgewalt in ihre Hände nehmen, sich vollkommen frei in Kommunen organisieren und das Wirken dieser Kommunen vereinigen, um das Kapital zu schlagen, den Widerstand der Kapitalisten zu brechen und das Privateigentum an den Eisenbahnen, Fabriken, am Grund und Boden usw. der gesamten Nation, der gesamten Gesellschaft zu übertragen — wird das etwa nicht Zentralismus sein? Wird das nicht der konsequenteste demokratische Zentralismus sein? Und dazu noch proletarischer Zentralismus?“<sup>32)</sup>

Nötigend ergibt sich der Zentralismus des proletarischen Staates weiter aus der Bedrohung des sozialistischen Staates durch den Imperialismus, aus der Verteidigung gegen imperialistische Aggression, aus der Notwendigkeit der Vereinigung aller Kräfte zur Verteidigung gegen imperialistische Aggression, aus der Notwendigkeit der Vereinigung und Zentralisierung aller Kräfte der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gegen die vereinigte und zentralisierte Macht der imperialistischen Bourgeoisie.

Schließlich wird die Zentralisation durch die Natur der sozialistischen Ökonomik notwendig. Der Sozialismus ist nicht das Produkt blind, spontan wirkender Gesetze, sondern er wird geschaffen durch die

auf die bewußte Ausnutzung der objektiven ökonomischen Gesetze gerichteten und einheitlich tätig werdenden schöpferischen Kräfte der Volksmassen, unter Führung der Arbeiterklasse. „Denn Sozialismus“, lehrt Lenin, „das ist der Aufbau einer zentralisierten Wirtschaft, einer von einem Zentrum aus geleiteten Wirtschaft, der nur vom Proletariat durchgeführt werden kann...“<sup>33)</sup>

Der gesellschaftliche Charakter der Produktion erfordert notwendig die Einheitlichkeit der Volkswirtschaft, ihrer Leitung von einem Zentrum aus und nach einem Plan. Aber dazu bedarf es eines zentralen Organes, das in der Übergangsperiode nur die Diktatur des Proletariats sein kann. Deshalb lehrt uns auch Lenin: „Wir sind für den Zentralismus und für einen „Plan“, aber für den Zentralismus und für den Plan des proletarischen Staates, der proletarischen Regulierung der Produktion und Verteilung im Interesse der Armen, Werktätigen und Ausbeuteten, gegen die Ausbeuter.“<sup>34)</sup>

Die Beseitigung der zentralisierten Leitung der Wirtschaft, ihre Zerplitterung würde deshalb auch notwendig zur Anarchie der Produktion, zur Stagnation der ökonomischen Entwicklung und damit zur Verhinderung des sozialistischen Aufbaus führen. Bekanntlich hat das 30. ZK-Plenum der SED mit besonderem Nachdruck hervorgehoben, daß ganz besonders in einem industriell hochentwickelten Land wie unserer Republik eine solche Dezentralisierung, wie sie Kardelj vorschwebt, zu außerordentlich schädlichen Folgen, zur Zerrüttung unserer Volkswirtschaft führen würde. Unsere moderne Großindustrie in von der ökonomischen Entwicklung längst überholte Formen zu zwingen, wäre nicht nur ökonomisch ein ungeheurer Rückschritt. Eine solche Maßnahme schließt, um nur zwei Beispiele zu nennen, die Lösung solcher ökonomischer Aufgaben, wie die unseres wichtigsten ökonomischen Problems, die Entwicklung unserer Braunkohlenindustrie oder die Nutzung der Atomenergie völlig aus und würde dadurch zur Schwächung der Diktatur des Proletariats und ihrer Beseitigung führen.

So ergibt sich notwendigerweise die Zentralisation unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats. Aber dieser Zentralismus des proletarischen Staates ist ein völlig neuer von dem bürokratischen Zentralismus des bürgerlichen Staates qualitativ verschiedener Zentralismus. Lenin betont: „Wir sind für den demokratischen Zentralismus. Und man muß sich darüber klarwerden, wie sich der demokratische Zentralismus einerseits vom bürokratischen Zentralismus, andererseits vom Anarchismus unterscheidet.“<sup>35)</sup>

Der bürokratische Zentralismus ist gegen das Volk gerichtet, trennt den Staatsapparat vom Volk. Der demokratische Zentralismus dagegen verbindet im sozialistischen Staatsapparat die notwendige Zentralisation mit der breitesten Entfaltung der Demokratie zu einer untrennbaren Einheit. Unter den Bedingungen der Diktatur

des Proletariats entstehen nicht nur alle Voraussetzungen für die Verwirklichung wahrer Demokratie, sondern wird die Demokratie selbst zur gesellschaftlichen Notwendigkeit. Ohne breiteste Einbeziehung der Massen in die Leitung des Staates ist der sozialistische Staat zur Lösung seiner Aufgaben außerstande, ist er nicht aktions- und existenzfähig. Deshalb sind immer breitere Entwicklung der Demokratie und Aufbau des Sozialismus miteinander identisch.

Unsere Partei hat dem bekanntlich in jeder Phase unserer Entwicklung Rechnung getragen. Es genügt, die Tatsache zu erwähnen, daß die 2. Parteikonferenz unserer Partei, die den Übergang zum planmäßigen Aufbau des Sozialismus beschloß, gleichzeitig Maßnahmen zur weiteren Demokratisierung des Staatsapparates einleitete. Man muß auch daran erinnern, daß die 3. Parteikonferenz, die in der Direktive über den 2. Fünfjahresplan die Perspektiven des sozialistischen Aufbaus festlegte, in ihrem Beschluß „Über Maßnahmen zur breiteren Entfaltung der Demokratie in der Deutschen Demokratischen Republik“ zugleich den Weg wies, um die damit verbundenen Aufgaben zu lösen.

Ein anderes Problem, auf das im Zusammenhang mit den Auffassungen Kardeljs zumindest hinzuweisen notwendig scheint, ist das Verhältnis von Zentralisation und Selbstverwaltung unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats.

Man muß klarstellen: Wir sind keineswegs gegen die „Selbstverwaltung“. Die Diktatur des Proletariats, die sozialistische Demokratie, schafft erstmalig eine wirkliche Selbstverwaltung des gesamten werktätigen Volkes. Wir sind für die lokale Selbstverwaltung, aber im Rahmen des demokratischen Zentralismus, im Rahmen der einheitlichen gesamtstaatlichen Planung und Leitung. Für Kardelj aber sind Zentralisation und Selbstverwaltung zwei einander ausschließende Begriffe. Er faßt den Begriff der Selbstverwaltung in dem Sinne auf, wie ihn die kleinbürgerlichen Ideologen und die Anarchisten gebrauchen, die ihn der zentralisierten Staatsgewalt entgegenstellen. Indem er sich dabei auf Marx' Analyse der Kommune beruft, versucht Kardelj, diese als Selbstverwaltungskörperschaft in seinem Sinne für sich in Anspruch zu nehmen. In Wahrheit — darauf wurde bereits hingewiesen — hat Marx bei seiner Skizzierung der nationalen Organisation, wie sie den Pariser Kommunisten vorschwebte, eine ganz andere Position vertreten. Für Marx und Engels war die Kommune keine Selbstverwaltungskörperschaft im Sinne des kleinbürgerlichen Anarchismus, sondern ein System der Organe der Staatsgewalt — leider konnte es sich nicht voll dazu entwickeln — eines gesamtstaatlichen, zentralisierten, proletarischen Staates.

Es ist in diesem Zusammenhang sehr interessant, den Brief von Engels an Bebel vom März 1875 zur Kritik am Gothaer Programm zu lesen. Darin schlägt Engels in seinem eigenen und im Namen von Marx vor, im Programm der Partei das Wort „Staat“ durch „Gemeinwesen“ zu ersetzen, mit dem nach ihrer Meinung das französische Wort „Commune“ am besten zu verdeutschen sei. Lenin weist in „Staat und Revolution“ auf die bewußte Auswahl dieses Wortes hin, das zum Unterschied von dem Wort „Gemeinde“ nicht die einzelne Gemeinde, sondern die Gesamtheit, das System der Gemeinden be-

deutet. Scheinbar aber kennt Kardelj diesen Hinweis von Marx und Engels nicht und auch nicht einen anderen Hinweis Lenins in „Staat und Revolution“ zu diesem Problem: „Engels faßt aber den demokratischen Zentralismus keineswegs in dem bürokratischen Sinne auf, in dem die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologen, darunter auch die Anarchisten, diesen Begriff gebrauchen. Der Zentralismus schließt für Engels nicht im geringsten jene weitgehende lokale Selbstverwaltung aus, die, bei freiwilliger Wahrung der Einheit des Staates durch die „Kommunen“ und Provinzen, jeden Bürokratismus und jedes „Kommandieren“ von oben unbedingt beseitigt.“<sup>39)</sup>

Der demokratische Zentralismus schließt keineswegs die Initiative der örtlichen Organe, die Selbstverwaltung an den Orten aus. Der demokratische Zentralismus sichert die Einheitlichkeit in den Hauptfragen, im Wesentlichen, im Grundlegenden, bei größter Mannigfaltigkeit in den konkreten Formen. Er gibt alle Möglichkeiten für die Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten und der örtlichen Initiative nicht nur bei der Auswahl der Formen und Methoden der Lösung der allgemeinen, gesamtstaatlichen Aufgaben, sondern auch bei der Lösung spezieller, örtlich bedingter Aufgaben. Er kennt deshalb auch nicht den Gegensatz zwischen zentralisierter, einheitlicher Staatsgewalt und örtlicher Selbstverwaltung. Die örtlichen Machtorgane des proletarischen Staates, die die Selbstverwaltung der Bevölkerung an den Orten gewährleisten, sind Glieder des einheitlichen und zentralisierten Systems der proletarischen Staatsgewalt.

Die Konsequenz des von Kardelj geführten Kampfes gegen den demokratischen Zentralismus, für die sogenannte „Selbstverwaltung der Produzenten“, die „direkte Demokratie“, die „wirtschaftliche Selbstverwaltung“ oder wie er seine Konzeption der Auflösung des Zentralismus noch nennt, wird deutlich durch den Versuch, die marxistisch-leninistische These von der Notwendigkeit der Stärkung und Festigung des sozialistischen Staates beim Übergang zum Sozialismus als falsch aufzuheben. Kardelj schreibt:

„Wohlbekannt ist eine der grundlegenden Stalinischen Thesen, wonach eben die ständige Festigung des Staates und seiner Rolle im Gesellschaftsleben die wichtigste Triebfeder der sozialen Entwicklung sei... Im Gegensatz zu dieser Theorie stehen wir auf dem Standpunkt, daß die Revolution nicht bloß eine Staatsmaschine durch eine andere ersetzen, sondern zugleich den Prozeß des Absterbens der Funktion des Staates als eines Machtmittels überhaupt zum Anlauf bringen soll.“

Wir wollen absehen davon, daß Kardelj diese These des Marxismus-Leninismus völlig verdreht. Auch Stalin hat sie nie so gebraucht. Für den Marxismus-Leninismus war der proletarische Staat, war die Diktatur des Proletariats nie etwas anderes als das Instrument in den Händen der Arbeiterklasse zur revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft.<sup>40)</sup> Kardelj aber braucht diese „Triebfedertheorie“, um den proletarischen Staat

<sup>39)</sup> W. I. Lenin, Staat und Revolution, in: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1922, S. 212.

<sup>40)</sup> Siehe auch Beschluß der 2. Parteikonferenz der SED.

als eine selbständige und sich vorseibständige Kraft den Massen entgegensetzen.

Uns interessiert hier insbesondere die Frage, warum sich Kardelj dagegen wendet, den proletarischen Staat zu stärken, zu festigen, was er an die Stelle dieser marxistisch-leninistischen These zu setzen gedenkt. Er will sie ersetzen durch die These vom Absterben des Staates, der Diktatur des Proletariats in der sozialistischen Revolution. Diese Theorie Kardeljs von der Aufhebung der Diktatur des Proletariats beim Übergang zum Sozialismus findet sich auch in seiner Rede von 1955, indem er erklärt: „Man darf nicht vergessen, daß von einem ausgebauten sozialistischen System, geschweige vom Kommunismus, solange keine Rede sein kann, wie der Staat als Waffe der Gewalt der Hauptfaktor in den wirtschaftlichen Verhältnissen und Bewegungen ist. Der Sozialismus muß im äußersten Maße von bürokratischen Hemmnissen befreit sein.“

Als Mittel und Weg zur Verwirklichung dieses Prozesses des Absterbens des proletarischen Staates betrachtet Kardelj eben die Dezentralisierung, die Entwicklung der „direkten Demokratie“. Diese Entwicklung der direkten Demokratie wird zugleich zum Prozeß des Absterbens des Staates als Instrument des Klassenbewußtseins.“ (Kardelj)

Bekanntlich haben sich auch bei uns in der Republik solche Liebhaber des Absterbens des Staates, die in die Fußtapfen Kardeljs treten, gefunden. Diese Genossen haben nichts gelernt aus der marxistisch-leninistischen Staatstheorie und die Klärung dieser Frage durch die KPdSU. Sie glauben, die Kritik am Dogmatismus und an den Fehlern des Genossen Stalin zum Anlaß nehmen zu können, um erneut diese revisionistische, längst widerlegte These vertreten zu können. Ihrem Inhalt nach läuft also diese Konzeption auf folgenden hinaus: Aufgaben der Diktatur des Proletariats, ihr schrittweises Absterben und ihre Ersetzung durch die „gesellschaftliche“ und „wirtschaftliche Selbstverwaltung“ im Prozeß der Entwicklung zum Sozialismus.

Im Gegensatz dazu haben die Klassiker des Marxismus-Leninismus, besonders auch Lenin, das Absterben des Staates niemals als ein aktuelles Problem beim Übergang zum Sozialismus angesehen. Bekanntlich schreibt Lenin in „Staat und Revolution“: „Es ist klar, daß von einer Bestimmung des Zeitpunktes des künftigen Absterbens nicht einmal die Rede sein kann, um so mehr, als es sich bekanntlich um einen langwierigen Prozeß handelt.“<sup>41)</sup> Die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben vielmehr mit allem Nachdruck die historische Notwendigkeit der Stärkung des proletarischen Staates beim Übergang zum Sozialismus begründet.

Wir alle kennen Marx' berühmte Definition der Diktatur des Proletariats als Staat der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus. Wenn Marx, Engels und Lenin vom Absterben des Staates sprachen, hatten sie stets den Kommunismus im Auge, d. h. die Periode, in der die Bedingungen, die den Staat hervorbringen und notwendig machen, weggefallen sind. Lenin betont: „Der Unterschied zwischen Marxisten und Anarchisten besteht darin, daß die Marxisten, die sich die völlige Aufhebung des Staates zum Ziel setzen, dieses Ziel für erreichbar halten erst nach der Aufhebung der

<sup>39)</sup> Ebdenda, S. 221.

Klassen durch die sozialistische Revolution, als Resultat der Aufrichtung des Sozialismus, der zum Absterben des Staates führt; die Anarchisten wollen die völlige Aufhebung des Staates von heute auf morgen, ohne die Bedingungen für die Durchführbarkeit einer solchen Aufhebung zu begreifen.“<sup>42)</sup> In seinem Werk „Staat und Revolution“ widmet Lenin der Untersuchung dieser Bedingungen für das Absterben des Staates ein ganzes Kapitel.<sup>43)</sup> Darin weist er nach, daß erst in der kommunistischen Gesellschaft, wenn die Ausbeuterklassen verschwunden sind, wenn es keine Klassen mehr gibt, der Staat absterben beginnt, indem die vom Kapitalismus befreiten Massen sich nach und nach daran gewöhnen, die elementaren Regeln des Zusammenlebens der Menschen ohne Gewalt, ohne Zwang, d. h. ohne einen Staat, einzuhalten. Deshalb kommt Lenin hier auch zu der Folgerung: „Zum vollständigen Absterben des Staates bedarf es des vollständigen Kommunismus.“<sup>44)</sup>

Bekanntlich hat Stalin die Notwendigkeit der Existenz des Staates unter den gegenwärtigen Bedingungen auch im Kommunismus begründet. Der Prozeß des Absterbens des Staates beim Übergang zum Sozialismus zum Kommunismus wird erst dann zu einem aktuellen Problem, wenn für die sozialistischen Länder die Bedrohung durch den Imperialismus, die Gefahr imperialistischer Aggression für immer entfallen ist. Solange der Widerstand der Weltbourgeoisie noch nicht endgültig gebrochen ist, solange die Gefahr imperialistischer Aggression gegen die Länder des Sozialismus noch nicht beseitigt ist, kann vom Absterben des Staates nicht die Rede sein. Unter den gegenwärtigen Bedingungen die Lösung des Absterbens des Staates aufzustellen, heißt die Arbeiterklasse entwandeln, den Sozialismus gegenüber dem Imperialismus wehrlos machen. Aber gerade darauf läuft diese Konzeption Kardeljs hinaus. Das kam besonders klar zum Ausdruck in seiner Haltung gegenüber den ständigen Angriffen des Imperialismus gegen das sozialistische Lager, vor allem gegenüber dem faschistischen Putsch des Imperialismus gegen die Volksdemokratie in Ungarn. Angesichts einer solchen Situation erklärt Kardelj: „Heute ist das internationale Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte ein solches, daß das weitere Schicksal des Sozialismus nicht so sehr durch den Schutz der erreichten Ergebnisse bestimmt wird — denn der Sozialismus ist keine eingekerkelte Insel mehr —, sondern in erster Linie durch seine eigene weitere Entwicklung, durch die Weiterentwicklung des Sozialismus selbst.“

Ja, könnte man nun sagen, die Klassiker sprechen doch hier und dort von einem Absterben des Staates mit Errichtung der Diktatur des Proletariats, also beim Übergang zum Sozialismus. Ja, Engels spricht zum Beispiel davon, daß die Pariser Kommune kein Staat im eigentlichen Sinne gewesen sei. Auch Lenin spricht gerade im Zusammenhang mit der Pariser Kommune davon, daß mit Errichtung der Diktatur des Proletariats der Staat absterbt. Aber Lenin schränkt dieses „Absterben des Staates“ mit den Worten „in einem gewissen

<sup>41)</sup> Ebdenda, S. 246.  
<sup>42)</sup> Ebdenda, S. 221 ff.  
<sup>43)</sup> Ebdenda, S. 231.

Sinne“ ein. So schreibt er in „Staat und Revolution“: „Es ist immer noch notwendig, die Bourgeoisie und ihren Widerstand niederzuhalten. Für die Kommune war das ganz besonders notwendig, und eins der Ursachen ihres Scheiterns bestand darin, daß sie das nicht entschlossen genug getan hat. Aber das unterdrückende Organ ist hier schon die Mehrheit und nicht, wie dies immer, sei es unter der Sklaverei, der Leibeigenschaft oder der Lohnsklaverei der Fall war, die Minderheit der Bevölkerung. Wenn aber die Mehrheit des Volkes selbst ihre Bedrücker unterdrückt, so ist eine „besondere Repressionsgewalt“ schon nicht mehr nötig! In diesem Sinne beginnt der Staat absterben. An Stelle besonderer Institutionen einer bevorzugten Minderheit (privilegiertes Beamtentum, Kommandoabstand des stehenden Heeres) kann das die Mehrheit selbst unmittelbar besorgen, und je größeren Anteil das gesamte Volk an der Ausübung der Funktionen der Staatsmacht hat, um so weniger bedarf es dieser Macht.“<sup>45)</sup> In diesem und nur in diesem Sinne beginnt bereits mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats das „Absterben“ des Staates. Mit der Vernichtung der bürgerlichen Staatsmaschine und Errichtung der Diktatur des Proletariats verwandelt sich der Staat aus einer besonderen Repressivgewalt, die aus der Gesellschaft herausgehoben ist, wie sie die Diktatur der Bourgeoisie darstellt, in eine Gewalt der Massen selbst, in die sozialistische Demokratie, in die Ausübung der Staatsfunktionen durch die Massen selbst.

Es ist also hier keineswegs die Rede vom Absterben des Staates im Sinne des Absterbens seiner Funktionen, von einer Schwächung der proletarischen Staatsmacht und ihrer Rolle beim Aufbau der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft. Es geht nicht um ein Verschwinden von Staatsfunktionen oder ihre Verwindung in gesellschaftliche, solange die Klassen noch nicht aufgehoben sind, der Sozialismus im Weltmaßstab noch nicht gestiegt hat. Im Gegenteil.

Der Gedanke Lenins besteht darin, daß mit der Entwicklung der sozialistischen Demokratie die staatlichen Funktionen in zunehmendem Maße von den Massen selbst unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei ausgeübt werden. Es geht also um die immer breitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie. Es geht um die Stärkung des proletarischen Staates. Das Hauptmittel dazu ist die immer breitere Einbeziehung der Massen in die Lösung seiner Aufgaben.

Nur ein starker sozialistischer Staat ist in der Lage, die Aufgaben der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft zu lösen, den Sozialismus aufzubauen. Die Stärke des proletarischen Staates aber — Lenin wurde nie müde, das hervorzuheben — besteht in der Bewußtheit der Massen und ihrer entscheidenden Teilnahme an der Ausübung der Staatsgewalt. Deshalb orientieren wir uns nicht auf überlebe, theoretisch und praktisch längst widerlegte, kleinbürgerliche „Theorien“, sondern auf die lebendige Wahrheit des Marxismus, des Leninismus, der uns lehrt, die proletarische Diktatur stark und unbesiegt zu machen durch den immer engeren, immer festeren Zusammenschluß der Volksmassen um die Arbeiterklasse und ihre Staatsmacht.

<sup>45)</sup> Ebdenda, S. 189.

### Einige Bemerkungen über die Hemmung der Entwicklung der Produktivkräfte als der grundlegenden Tendenz des Monopolkapitalismus

Walter Schellenberg

Vor 40 Jahren, im April 1917, erschien Lenins Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“.

„Ich will hoffen“, schrieb Lenin in seinem Vorwort, „daß meine Schrift dazu beitragen wird, sich in jener ökonomischen Grundfrage zurechtzufinden, ohne deren Studium man nicht im geringsten verstehen kann, wie der jetzige Krieg und die jetzige Politik einzuschätzen sind, nämlich in der Frage nach dem ökonomischen Wesen des Imperialismus.“)

Seinerzeit wurden viele Bücher geschrieben, die sich mehr oder weniger gründlich mit dem Weltkrieg und seinen angeblichen Ursachen beschäftigten. Sie sind heute meist vergessen und dienen höchstens dem Geschichtsforscher als Quellenmaterial. Das Werk Lenins dagegen hat seine grundsätzliche Bedeutung für die richtige Einschätzung der ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus bis heute nicht im geringsten eingebüßt und wird sie behalten, solange noch Kapitalismus auf der Welt existiert. Lenin betrachtete, im Gegensatz zu anderen Autoren der damaligen Zeit, den ersten Weltkrieg nicht als eine zufällige Erscheinung, sondern als zwangsläufiges Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung seit der Jahrhundertwende. Der Hauptinhalt seines Werkes ist die Analyse des ökonomischen Wesens des Imperialismus, d. h. des Kapitalismus unseres Jahrhunderts. Damit gab Lenin nicht nur die richtige Orientierung für die damalige Situation, sondern deckte darüber hinaus die Gesetzmäßigkeiten auf, die die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft nach heute noch bestimmen. Deshalb sind die Feststellungen Lenins von außerordentlicher Bedeutung für das richtige Verständnis der politischen und ökonomischen Erscheinungen des Kapitalismus der Gegenwart. Genosse A. J. Mikojan wies auf dem XX. Parteitag der KPdSU ausdrücklich darauf hin, daß man ohne Lenin die Entwicklungsgesetze des Imperialismus überhaupt nicht verstehen kann. Aber erst durch die Kenntnis der Entwicklungsgesetze kann die Partei der Arbeiterklasse eine vorausschauende Politik durchführen, kann sie ihre Aufgabe erfüllen, der Arbeiterklasse die richtige Orientierung zu geben und sie im Kampf zu führen.

Die imperialistische Bourgeoisie hatte schon sehr früh die Gefährlichkeit der Leninschen Lehren für die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft erkannt und sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft. Es ist klar, daß sie in dem Maße, wie die gesellschaftliche Entwicklung die Richtigkeit der Leninschen Theorie beweist, zu immer verzweifelteren Mitteln greift, um die Arbeiterklasse zu desorientieren.

Dies geht vor allem die heute wieder in großem Umfang angewandte Methode, bei den Arbeitern Zweifel an der Richtigkeit des Marxismus-Leninismus zu erwecken, um so die ideologische Grundlage für das ein-

heitliche Handeln des Weltproletariats zu zerstören. Die vorzugsweise von sozialdemokratischen Ideologen verbreitete Lüge geht dahin, daß die Analyse von Marx nur für das vorige Jahrhundert richtig gewesen sei, Lenin dagegen eine falsche Vorstellung von der kapitalistischen Entwicklung gehabt hätte, die im äußersten Falle für Rußland zuträfe. Der Gegner versucht, Marx gegen Lenin auszuspielen und propagiert die der Arbeiterklasse feindlichen revisionistischen Auffassungen der Verteidiger des Kapitalismus von Bernstein bis Sternberg als Weiterentwicklung des Marxismus.

Diese Angriffe gegen Lenin sind unmittelbar gegen die ideologische Grundlage des Proletariats, sind gegen den Marxismus gerichtet. Denn Lenin war es, der im kompromißlosen Kampf gegen die revisionistischen Verfälschungen des Marxismus dessen Reinheit wiederherstellte und ihn unter den seit der Jahrhundertwende eingetretenen neuen Bedingungen weiterentwickelte. Es zeugt von der tiefen Einsicht Lenins in das Wirken der gesellschaftlichen Kräfte, bereits im Anfangsstadium des Imperialismus dessen grundlegende Entwicklungstendenz erkannt zu haben. Ausgehend von der Marxschen Erkenntnis, daß die Entwicklung der kapitalistischen Widersprüche notwendig zur proletarischen Revolution führen muß, wies Lenin nach, daß seit der Jahrhundertwende der Kapitalismus in sein letztes Stadium eingetreten ist, daß eine Epoche der Kriege und Revolutionen eingeleitet ist, die nur mit dem Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt beendet werden kann. Seine entscheidende Schlussfolgerung: „Der Imperialismus ist der Vorabend der proletarischen Revolution“ orientierte die Arbeiterklasse auf die unmittelbare Vorbereitung und Durchführung ihrer historischen Aufgabe, der endgültigen Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Lenin lehrt, daß die Verschärfung der Widersprüche, die zum Untergang der kapitalistischen Gesellschaft führen muß, von der ökonomischen Entwicklung, deren entscheidender Faktor die Ablösung der freien Konkurrenz durch das kapitalistische Monopol ist, abhängt. Die Notwendigkeit der Herausbildung kapitalistischer Monopole wird durch die Entwicklung der Produktivkräfte hervorgerufen, die in den wichtigsten Produktionszweigen zu einer sehr hohen Stufe der Konzentration der Produktion geführt hatte.

Die Vereinigung kapitalistischer Unternehmen zu einem Monopol ist im Grunde genommen ein Ausdruck dafür, daß eine Veränderung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse notwendig geworden ist. Durch das im Monopol zentralisierte Kapital ist weitgehend die den vormonopolistischen Kapitalismus kennzeichnende Zersplitterung der Produktion überwunden. Bedeutet die Überwindung dieser Zersplitterung etwa, daß nun alle für die Entwicklung der Produktivkräfte bestehenden Hemmnisse beseitigt sind? Nein, im Gegenteil! Lenin weist ausdrücklich darauf hin, daß gerade durch das Monopol die Tendenz der Hemmung der Entwicklung der Produktivkräfte hervorgerufen wird. Die Herausbildung

der Monopole trägt der Tatsache Rechnung, daß die Produktion in einer ganzen Reihe von Industriezweigen, vor allem der Schwerindustrie, nur auf der Grundlage des Großbetriebes möglich ist, wobei aber gerade die Monopole als ein entscheidendes Hemmnis für die Weiterentwicklung auftreten.

Denn durch den Übergang zum kapitalistischen Monopol werden die Grundlagen des Kapitalismus nicht aufgehoben. Nach wie vor bestehen kapitalistische Produktionsverhältnisse. Nach wie vor besteht kapitalistisches Eigentum an den Produktionsmitteln, müssen die Arbeiter ihre Arbeitskraft verkaufen, wenn sie leben wollen. Nach wie vor wirken die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus, ist die Produktion dem Profitstreben der Kapitalisten unterworfen, nach wie vor und noch mehr wirkt das Gesetz der relativen und absoluten Verelendung der Arbeiterklasse im Kapitalismus, herrscht das Gesetz der Konkurrenz und Anarchie in der gesellschaftlichen Produktion. Da sich also im Wesen nichts geändert hat, wird durch die Monopole auch nicht der Widerspruch zwischen den sich entwickelnden Produktivkräften und den ihre Entwicklung hemmenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen aufgehoben. Ganz im Gegenteil, das kapitalistische Monopol ist als ein Ergebnis dieses Widerspruchs gleichzeitig ein Ausdruck für dessen weitere Verschärfung.

Wenn also das Monopol notwendigerweise auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte entstehen mußte, so ist es alles andere als ein Weg zur Beseitigung des Widerspruchs zwischen den Produktivkräften und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Denn das kapitalistische Monopol beseitigt nicht die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, deren Umwandlung in sozialistische Produktionsverhältnisse zur gesellschaftlichen Notwendigkeit geworden ist. War der Kapitalismus der freien Konkurrenz gegenüber dem Feudalismus ein fortschrittliches System — allerdings auf Kosten der Werktätigen —, so verwandelte er sich jetzt zu einem parasitären, verfaulenden, sterbenden System, das beseitigt werden muß, soll die gesellschaftliche Entwicklung weitergehen.

Diese Feststellung Lenins, daß das kapitalistische Monopol die Tendenz zur Stagnation und Füllnis auf allen Gebieten — und damit auch in der Produktion — erzeugt, ist seit jeder von allen Verteidigern des Kapitalismus angegriffen worden. Wenn die Vertreter der imperialistischen Bourgeoisie sich dagegen wenden und behaupten, daß unter imperialistischen Bedingungen unbegrenzte Möglichkeiten der technischen Entwicklung vorhanden sind, so entspricht diese falsche Behauptung ihren kapitalistischen Klasseninteressen. Denn für sie handelt es sich darum, die Arbeiterklasse über die wirklichen Entwicklungstendenzen zu täuschen, um jeder Möglichkeit der Erschütterung sozialdemokratischer Vorurteile zu vorbeugen. Wenn sozialdemokratische Ideologen ebenfalls diese der Arbeiterklasse feindliche Ideologie vertreten, so entspricht das der Ablehnung der sozialistischen Revolution und führt zwangsläufig zu einer Verteidigung des Kapitalismus. Wenn aber in jugoslawischen Zeitschriften, zum Beispiel in der Naša Svarnost, unter dem Deckmantel des „Kampfes gegen den Dogmatismus“ bestritten wird, daß die Charakteristika des Imperialismus als parasitärer Kapitalismus heute noch zuträfe, muß man die Frage stellen,

was sie eigentlich unter Marxismus verstehen. Hierbei ist es bezeichnend, daß diese „Antidogmatiker“ ihre Angriffe gegen die Anwendung marxistischer Prinzipien richten, was sie aber nicht hindert, antimarxistische Konzeptionen, die vor mehr als einem halben Jahrhundert aufgestellt wurden, als neueste Erkenntnisse anzupreisen.

Es ist kein Zufall, daß sich an der Frage des Parasitismus die Geister scheiden, denn die Beantwortung dieser Frage zeigt, ob man dem Imperialismus eine Perspektive zugestehen oder nicht. Das zeigt sich besonders in den Stellungnahmen zu den Entwicklungsmöglichkeiten der Produktion und Produktionstechnik. Alle Versuche, die Hemmung des technischen Fortschritts und damit des gesellschaftlichen Fortschritts durch die Monopole zu leugnen, dienen letzten Endes nur dazu, die Notwendigkeit der revolutionären Veränderung des Eigentumsverhältnisses zu leugnen. Das war zu Lenins Zeiten der Fall und das ist heute noch weit mehr der Fall.

Im vormonopolistischen Kapitalismus zwingt der Konkurrenzkampf die Kapitalisten zur Ausnutzung des technischen Fortschritts und damit zur Weiterentwicklung der Produktivkräfte. Lenin stellte nun fest, daß die Monopole die freie Konkurrenz ausschalten, diesen Antriebsmechanismus ausschalten, auf einer gewissen Grade verschwindet, daß mit dem kapitalistischen Monopol auch die ökonomische Möglichkeit entsteht, den technischen Fortschritt künstlich aufzuhalten. Die Füllnis des niedergehenden Kapitalismus kommt u. a. darin zum Ausdruck, daß die durch den Konkurrenzkampf bedingte Notwendigkeit, die Produktivkräfte ständig weiter zu entwickeln, zeitweise durch das Monopol aufgehoben wird. Diese Tendenz, zum Parasitismus ist die grundlegende Tendenz, die das Wesen des Kapitalismus in seiner heutigen Niedergangperiode bestimmt.)

Diese Erkenntnis der parasitären Rolle des Monopols hinderte Lenin nicht, immer wieder zu betonen, daß dadurch die Möglichkeit, auch im Imperialismus den technischen Fortschritt anzuwenden, nicht aufgehoben wird.

Er wies in diesem Zusammenhang auf zwei Tatsachen hin, durch die auch die Monopole veranlaßt werden, technische Neuerungen einzuführen:

Einmal dadurch, daß durch die Herrschaft der Monopole niemals der Konkurrenzkampf restlos und auf lange Zeit ausgeschaltet werden kann; zum anderen, daß das Monopolkapital jede Möglichkeit, durch technische Verbesserungen die Produktionskosten zu senken, auszunutzen wird.

Aber die Tendenz zur Stagnation und Füllnis, die dem Monopol eigen ist, wirkt nach wie vor und gesellschaftlichen Revolution und führt zwangsläufig zu einer

Die Stagnation, die Füllnis und der Parasitismus des Imperialismus treten natürlich auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens in Erscheinung, wie z. B. in der Herausbildung von Reichtumschichten und Rentnerstaaten, im Anwachen der unproduktiven Arbeit, in der Milliarde der Volkswirtschaft, in dem Verfall des Schulungs- und Bildungswesens, in der Korruption der Schichten der Arbeiterklasse und in der politischen Reaktion nach innen und außen.



winnt in einzelnen Industriezweigen, in einzelnen Ländern für gewisse Zeiträume die Oberhand.<sup>3)</sup>

Das wird auch immer wieder durch die Praxis bewiesen. Ist ein Monopol stark genug, um längere Zeit Produktion und Markt zu beherrschen, dann setzt sich die Tendenz zur Stagnation durch, wird der technische Fortschritt aufgehalten. Verschiebt sich aber der Konkurrenzkampf, wird durch diesen die Herrschaft eines Monopols bedroht, dann ergibt sich die Notwendigkeit, durch Einführung technischer Neuerungen Sieger im Konkurrenzkampf zu bleiben. Als Henry Ford eine Monopolstellung in der amerikanischen Autoindustrie einnahm, produzierte er 19 Jahre lang sein "T-Modell", das die Amerikaner spöttisch "Tin-Lizzy" (Blech-Lizzy) nannten. Erst die wachsende Konkurrenz, vor allem durch die General-Motors-Corp. mit ihrem "Chevrolet", zwang auch ihn Ende der zwanziger Jahre, Automobile zu produzieren, die dem neuesten Stand der technischen Entwicklung entsprachen. Heute steht die General-Motors weit aus an der Spitze der amerikanischen Automobilproduktion, und der von diesem Riesenunternehmen mit 675 000 Arbeitern und Angestellten geführte Kampf um die absolute Monopolstellung findet seinen Ausdruck darin, daß die Betriebe der Fahrzeugindustrie sich gegenseitig in der Anwendung der neuesten technischen Erfindungen zu übertrumpfen versuchen.

Es ist also durchaus möglich und widerspricht nicht dem von Lenin erkannten parasitären Charakter des Monopolkapitals, daß in bestimmten Zeiten für bestimmte Industriezweige, darüber hinaus auch für ganze Länder, eine schnelle Entwicklung der Produktivkräfte erfolgt. Aber diese durch den Konkurrenzkampf erzeugte Entwicklung ist nur eine zeitweise, vorübergehende. Denn sie führt zu einer weiteren Konzentration der Produktion und des Kapitals und dadurch zwangsläufig zu einer stärkeren Monopolbildung. Daraus ergibt sich, daß in zunehmendem Maße die durch das Monopol bedingte Tendenz zur Stagnation in der industriellen Entwicklung insgesamt gesehen, die bestimmende Tendenz ist. Die durch das Monopol gewissermaßen konservierten kapitalistischen Produktionsverhältnisse stellen, wie Lenin schrieb, eine Hülle dar, ... die ihrem Inhalt bereits nicht mehr entspricht und daher unvermeidlich in Fäulnis geraten muß, wenn ihre Beseitigung künstlich verzögert wird...<sup>4)</sup>

Unter dem Eindruck der offensichtlichen Stagnationserscheinungen in der kapitalistischen Wirtschaft zwischen den beiden Weltkriegen und der nach dem durch die Kriegserzeugung hervorgerufenen Aufschwung wieder stark absinkenden Produktion in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg verbreitete sich die Auffassung, daß für den Imperialismus die Möglichkeit einer Entwicklung der Produktivkräfte nicht mehr gegeben sei. Diese „Theorie einer absoluten Stagnation“ widersprach der von Lenin gewonnenen Erkenntnis, daß die aus dem Monopol sich ergebende Tendenz zur Stagnation die Möglichkeit einer zeitweiligen Entwicklung, eines vorübergehenden Produktionsaufschwungs nicht ausschließt. Sie sprach auch nicht der kapitalistischen Wirklichkeit nach 1945.

<sup>3)</sup> Ebdenda, S. 89.  
<sup>4)</sup> Ebdenda, S. 87.

Die in den letzten 10 Jahren vor sich gegangene Entwicklung in den kapitalistischen Ländern beweist eindeutig die Richtigkeit der Leninschen Schlussfolgerung, daß die Fäulnis des Kapitalismus eine rasche Zunahme der Produktion einzelner Produktionszweige und einzelner Länder für eine gewisse Periode nicht ausschließt. Das beste Beispiel dafür ist die wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands nach 1950. Nachdem das deutsche Monopolkapital sich mit Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte, vor allem des USA-Imperialismus, wieder in Deutschland — allerdings nur in einem Teil Deutschlands — eingerichtet hatte, ist sein Hauptbestreben darauf gerichtet, schnellstens die verlorengegangenen Positionen wiederzugewinnen. Von 1950 bis 1956 wuchs die Industrieproduktion um rund 92 Prozent, wobei die Einrichtung und Modernisierung der Produktionsanlagen einen wesentlichen Anteil hatten. Das kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Fahrzeugbau, Schiffbau, elektrotechnische, feine mechanische und optische Industrie, Eisen-, Stahl- und Metallwaren den größten Produktionszuwachs hatten, nämlich rund 143 Prozent. Die andere Seite dieser Entwicklung ist der ungewöhnlich schnelle Konzentrationsprozeß des Kapitals, der dazu geführt hat, daß heute die westdeutsche Wirtschaft faktisch von 12 Monopolgruppen beherrscht wird.

Diese Entwicklung wird nun von einer Reihe sozialdemokratischer Ideologen zum Anlaß genommen, um die am Anfang des Jahrhunderts aufgetauchten revisionistischen Auffassungen über eine durch die Entwicklung der Produktivkräfte hervorgerufene Umwandlung des Kapitalismus in einem neuen Gewande aufzuweisen. Diese ausdrücklich gegen die revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse gerichtete „Theorie“ leugnet die Rolle der Produktionsverhältnisse bei der Entwicklung der Produktivkräfte. Einige „Theoretiker“, die sich zur „Rückführung der Arbeiterklasse sogar auf Marx berufen, erklären, daß die Aufhebung des Privateigentums angeblich bereits durch die Aktiengesellschaften erreicht worden ist. Im Zusammenhang mit der Anwendung der Kernenergie und der Automatisierung der Produktion entwickeln führende Funktionäre der SPD wie Knoeringer, Deist, Brand und Schmidt eine „Theorie von der zweiten industriellen Revolution“, mit der sie zu beweisen versuchen, daß die technischen Veränderungen in der Produktion automatisch zu einer „Revolution der gesellschaftlichen Beziehungen“ führen und eine Verbesserung der Lebenslage zur Folge haben würden. Dabei wird als selbstverständlich vorausgesetzt, daß sich die Produktivkräfte ungehemmt entwickeln können. In seinem im Jahre 1955 erschienenen Buch „Marx und die Gegenwart“, das heute der SPD als theoretischer Leitfaden dient, versucht der jetzt in den USA lebende Sozialdemokrat Fritz Sternberg zu erklären, daß die Konzeption von Marx über die kapitalistischen Entwicklungstendenzen heute nicht mehr zuträfe und Lenins Vorstellungen falsch gewesen wären. Für ihn ist Sozialismus die „Beseitigung der Armut“, wobei er es nicht nur für möglich, sondern sogar für wahrscheinlich hält.

... daß in den USA im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise die Armut zum überwiegenden Teil beseitigt wird.“

Allerdings macht er vorsichtigerweise die Einschränkung, daß dazu der Frieden erhalten bleiben muß und keine tiefgehende Krise eintreten darf. Damit greift er zu den bei den Apologeten des Imperialismus, u. a. bei den rechten SPD-Führern, beliebten Kunstgriff, die sich aus der Entwicklung des Kapitalismus zwangsläufig ergebenden Zerfallserscheinungen als äußere Zufälligkeiten hinzustellen. Entscheidend ist für ihn die Entwicklung der Technik, die nach seiner Auffassung nicht durch die Monopole gehemmt, sondern geradezu gefördert wird. Wie alle Apologeten des amerikanischen Imperialismus versucht Sternberg, diese angebliche Entwicklung zur „Beseitigung der Armut“ mit dem gestiegenen Einkommen einiger Schichten der Bevölkerung zu beweisen. Dabei hält er es natürlich nicht für erwähnenswert, daß Millionen Farmer ruiniert wurden und werden, daß es in den USA rund 10 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter gibt, daß infolge der skrupellosen Arbeitsetze alle 16 Sekunden ein Arbeiter verunglückt und daß nach dem Bericht eines Kongreßausschusses „20 Prozent aller amerikanischen Familien am Rande des Elends leben“.

Es ist klar, daß Sternberg, dessen ganze „Theorie“ von der „Transformation des Kapitalismus“ auf die angeblich fortschrittliche Rolle der Monopole aufgebaut ist, heftig gegen die auch in sozialdemokratischen Kreisen nicht unbekanntes Leninsche These vom parasitären Charakter des Imperialismus polemisiert.

Die Leninsche Anschauung, daß die Monopole den Fortschritt hemmen, daß sie darum parasitär seien, habe sich als völlig richtig herausgestellt, behauptet Sternberg.

Diese für seine Konzeption notwendige Behauptung begründet er damit, daß die Riesenbetriebe — so umschreibt er den Begriff Monopol — Träger des technischen Fortschritts und hierin den kleinen und mittleren Betrieben überlegen seien. Sternbergs Behauptung, die er übrigens durch keine konkreten Tatsachen zu beweisen versucht, sei hier für alle anderen ähnlichen Auffassungen gestellt, denn sie versucht zwei Tatsachen als „Beweise“ gegen den Marxismus-Leninismus auszunutzen.

Die eine besteht darin, daß in den kapitalistischen Ländern Technik und Produktion in den letzten Jahrzehnten ein gutes Stück weiterentwickelt wurden. Nun hat bekanntlich Lenin diese Möglichkeit einer Entwicklung der Produktion und Technik nie abgestritten, sondern ausdrücklich betont. Wohlweislich übergeht er die von Lenin hervor gehobene Tatsache, daß diese Entwicklung sehr ungleichmäßig und nur zu bestimmten Zeiten in bestimmten Industriezweigen und Ländern erfolgt. Der durch das Monopolkapital hervorgerufene, Parasitismus besteht gerade darin, daß durch ihn eine allseitige und kontinuierliche Entwicklung unmöglich gemacht wird.

Der zweite angebliche Beweis geht von der Tatsache aus, daß neue Technik in den großen Monopolunternehmen angewandt wird, aber nicht oder sehr selten in kleinen und mittleren Betrieben. Daraus wird dann die Schlussfolgerung gezogen, daß gerade die Monopole die Träger des technischen Fortschritts seien.

Diese „Beweisführung“ verzichtet bewußt auf eine theoretische Analyse und bleibt an der Oberfläche der

kapitalistischen Gesellschaft hängen. Dann sonst hätte Sternberg zu der Schlussfolgerung kommen müssen, daß die Monopole nicht deswegen den technischen Fortschritt anwenden, weil sie Monopole, sondern industrielle Großbetriebe sind.

Es liegt auf der Hand, daß es heute den kleinen und mittleren Betrieben unmöglich ist, die neuesten Ergebnisse auf dem Gebiet der Automatisierung und der Elektronik anzuwenden, geschweige zu entwickeln. Die in die Millionen und Milliarden gehenden Kosten können nur von Kapitalen aufgebracht werden, wie sie in den großen Monopolvereinigungen konzentriert sind. Nur die großen Konzerne sind in der Lage, die Laboratorien, Forschungsinstitute und Versuchsanforderungen zu unterhalten, die bei den heutigen Anforderungen an Wissenschaft und Forschung notwendig sind. Es sei in diesem Zusammenhang nur darauf hingewiesen, daß allein ein Materialprüfreaktor rund 50 Millionen DM kostet. Wenn also die wissenschaftliche Forschung und die Anwendung der neuesten Ergebnisse der Technik in den Händen der großen Monopole liegt, so ist das nicht ein Ausdruck der besonderen Fortschrittlichkeit der Monopole, sondern dafür, daß durch den Übergang zum Monopol die Vergesellschaftung der Produktion schnelle Fortschritte macht.

Im besonderen wird auch der Prozeß der technischen Erfindungen und Vervollkommnungen vergesellschaftet.<sup>5)</sup>

Dieser Hinweis Lenins wird durch die neueste Entwicklung glänzend bestätigt. Die Anwendung der Kernenergie setzt so umfassende und kostspielige Forschungs- und Entwicklungsarbeiten voraus, wie sie bereits über den Rahmen der einzelnen Monopolverbände hinausgehen und nur über die Ausnutzung des Staatsapparates mit seinen Finanzierungsmöglichkeiten oder über die Bildung internationaler Monopole, wie das „Euratom“, durchgeführt werden können. Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß es unter kapitalistischen Verhältnissen unmöglich wäre, daß ein kleiner Staat Forschungsarbeiten in dem Umfang durchführen kann, wie es z. B. in der Deutschen Demokratischen Republik der Fall ist.

Die von den Verteidigern des Kapitalismus ins Feld geführte Tatsache, daß heute große technische Entwicklungen nur noch von den Monopolen durchgeführt werden können, ist aber nur eine Seite. Die andere, wesentliche Seite ist, daß durch das Monopol das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht aufgehoben ist. Der Parasitismus hat gerade seine tiefe Ursache darin, daß die gesellschaftlichen Produktionsmittel Privateigentum einer kleinen Anzahl von Monopolkapitalisten sind, die die wirtschaftliche Entwicklung und, indem sie sich dem Staatsapparat unterwerfen, auch die politische Entwicklung ihren Profitinteressen anpassen.

Der Kapitalismus ist so weit entwickelt, daß die Warenproduktion, obwohl sie nach wie vor herrscht und als Grundlage der gesamten Wirtschaft gilt, in Wirklichkeit bereits untergraben ist und die Hauptprofite den Genies der Finanzmagnatschaften zufallen. Diesen Magnatschaften und Schwindeldieben liegt die Vergesellschaftung der Produktion zugrunde, aber der

<sup>5)</sup> Ebdenda, S. 124.



## Die aktuelle Bedeutung der Leninischen Ideen über die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft

Heinz Wadnowitz

Unsere Partei hat sich in ihrer Agrarpolitik, bei der sozialistischen Umgestaltung unserer Landwirtschaft von den Grundgedanken des Leninischen Genossenschaftsplans leiten.

Der Leninische Genossenschaftsplan stimmt mit den Hinweisen überein, die Karl Marx und besonders Friedrich Engels für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft gegeben haben. Friedrich Engels schrieb 1896 in einem Brief an Bebel:

„... daß wir beim Übergang in die kommunistische Wirtschaft den genossenschaftlichen Betrieb als Mittelstufe in ausgedehntem Maße werden anwenden müssen, daran haben Marx und ich nie gezweifelt.“<sup>1)</sup>

Und in seiner Arbeit über „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“ entwickelte Friedrich Engels in den Grundzügen den Weg, den die Partei nach der Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse bei der Überleitung der Masse der Bauern zum Sozialismus einschlagen muß. Er betont, daß die Arbeiterklasse nicht daran denken kann, die werktätigen Bauern zu enteignen, sondern ihnen nach der Machtergreifung eine „verlängerte Bedenkzeit“ auf ihrer Parzelle geben muß mit dem Ziel, sie für die genossenschaftliche sozialistische Großproduktion zu gewinnen, „nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck.“<sup>2)</sup>

Weiter zeigte Engels, daß die Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und der genossenschaftliche Zusammenschluß für die werktätigen Bauern die einzige Möglichkeit ist, sich als Bauern zu behaupten, denn im Kapitalismus werden sie unausbeholdet ruiniert.

Der Leninische Genossenschaftsplan baut sich auf diesen Grundgedanken auf. Er stellt eine Weiterentwicklung und Konkretisierung dieser Gedanken unter den Verhältnissen des an der Macht befindlichen Proletariats dar, das den sozialistischen Aufbau auch auf dem Lande praktisch in Angriff nehmen mußte. Lenin arbeitete einen konkreten Plan zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft aus. Besonders begründete er die Notwendigkeit des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern beim Aufbau des Sozialismus. Lenin betonte, daß die Diktatur des Proletariats ein Klassenbündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern unter Führung der Arbeiterklasse mit dem Ziel des Aufbaus des Sozialismus darstellt. Lenin zeigte, daß unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats und des staatlichen Eigentums an allen entscheidenden Produktionsmitteln die Entwicklung des Genossenschaftswesens der Weg ist, um die Millionenemasse der werktätigen Bauern in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen.

Lenin schrieb:

„In der bei uns bestehenden Gesellschaftsordnung unterscheiden sich genossenschaftliche Betriebe... nicht von sozialistischen Betrieben, wenn sie auf dem Grund und Boden gegründet sind und mit Produktionsmitteln ausgerüstet sind, die dem Staat, d. h. der Arbeiterklasse gehören.“<sup>3)</sup>

Lenin stellte die Aufgabe, solche Wege und Formen des genossenschaftlichen Zusammenschlusses zu finden, die den Bauern möglichst leicht zugänglich sind, da der Übergang zur genossenschaftlichen Produktion nur auf der Grundlage der Freiwilligkeit erfolgen kann. Für diese Genossenschaften forderte er staatliche Privilegien und besondere staatliche Hilfe. Lenin schrieb:

„Jede Gesellschaftsordnung entsteht nur, wenn sie durch eine bestimmte Klasse finanziell unterstützt wird... Jetzt müssen wir erkennen, daß gegenwärtig diejenige Gesellschaftsordnung, die wir über das gewöhnliche Maß hinaus unterstützen müssen, die genossenschaftliche Ordnung ist, und diese Erkenntnis in die Tat umsetzen.“<sup>4)</sup>

Die Grundgedanken des Leninischen Genossenschaftsplans bestehen aus in folgenden:

1. Das an der Macht befindliche Proletariat muß sich auf ein enges Bündnis mit den werktätigen Bauern stützen.
2. Es muß sofort die Schlüsselpositionen in der Volkswirtschaft in seine Hände nehmen, wie die Großindustrie, die Banken, das Verkehrswesen usw.
3. Das Proletariat muß die werktätigen Bauern schrittweise über die vielfältigsten Formen von Genossenschaften an die genossenschaftliche sozialistische Großproduktion heranführen und ihnen auf jede Weise helfen, sich auf freiwilliger Grundlage zu sozialistischen Produktionsgenossenschaften zusammenzuschließen.
4. Das Proletariat muß sich auch die Führung in der genossenschaftlich-sozialistischen Großproduktion der Sowjetunion wurde der Boden nationalisiert. Die Bauern schlossen sich zu Kollektivwirtschaften, d. h. zu großen genossenschaftlich-sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben zusammen. Die Hauptproduktionsinstrumente der kollektivwirtschaftlichen Produktion befinden sich in

Der Leninische Genossenschaftsplan wurde von den Arbeitern und Bauern der Sowjetunion unter der Führung der KPdSU in die Tat umgesetzt und das sozialistische System der Landwirtschaft geschaffen. In der Sowjetunion wurde der Boden nationalisiert. Die Bauern schlossen sich zu Kollektivwirtschaften, d. h. zu großen genossenschaftlich-sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben zusammen. Die Hauptproduktionsinstrumente der kollektivwirtschaftlichen Produktion befinden sich in

<sup>1)</sup> W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 993.  
<sup>2)</sup> W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 406-408.  
<sup>3)</sup> Ebenda, S. 993.

Staatshand, in den staatlichen MTS, die die materialtechnische Basis der Kollektivproduktion darstellen.

Das in Verwirklichung des Leninischen Genossenschaftsplans in der Sowjetunion geschaffene sozialistische System der Landwirtschaft ist dem kapitalistischsten System der Landwirtschaft in der Welt, weil es in ihm keine Ausbeutung und keinen Ruin der Werktätigen mehr gibt, sondern eine ständige Verbesserung ihrer Lebenslage, und weil in ihm die gesellschaftlichen Schranken beseitigt sind, die der Kapitalismus für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion aufrechterhält. Im Kapitalismus wird die Entwicklung der Landwirtschaft durch das Privateigentum, die Jagd nach dem Profit, die Grundrente, die beschränkte Kaufkraft der Massen und ähnliche Faktoren gehemmt. Durch die Wirksamkeit dieser Faktoren kann die landwirtschaftliche Produktion im Kapitalismus nicht die Höhe erreichen, die sie dem Stand der vorhandenen materiellen Möglichkeiten (Wissenschaft und Technik, Mittel zur Produktion von Wirtschaftsgütern, Landmaschinen, Düngemitteln, Pflanzenschutzmitteln usw.) und den wirklichen Konsumtionsbedürfnissen der Massen nach haben könnte.

Im Gegensatz dazu verlangen die gesellschaftlichen Verhältnisse im Sozialismus eine ständige Höherentwicklung der landwirtschaftlichen Produktion im Interesse der Gesellschaft. Die einzigen Grenzen, die es im Sozialismus für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion gibt, und die ständig weiter zurückgedrängt werden, sind der Stand von Wissenschaft und Technik und die vorhandenen Mittel zur Ausrüstung der Landwirtschaft mit modernen Bauten, Maschinen, Düngemitteln usw. Das sozialistische System bietet also weitaus größere Möglichkeiten für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion als das kapitalistische System.

Durch die Entwicklung in der Sowjetunion wurde die Überlegenheit des sozialistischen Systems der Landwirtschaft über das kapitalistische System auch praktisch bewiesen. Die Landwirtschaft des zaristischen Rußland war gegenüber der Landwirtschaft Mittel- und Westeuropas und besonders der USA äußerst rückständig. Die Durchschnittsgröße aller Wirtschaften betrug 1913 7 ha, 99,2 Prozent aller Energie in der Landwirtschaft lieferte das Zugvieh. In der Landwirtschaft waren 1910 noch 7,8 Millionen Hakenpflüge, 2,2 Millionen Holzpflüge und 17,7 Millionen Holzleggen in Gebrauch, aber nur 4,2 Millionen Eisenpflüge. Jährlich wurden nur etwa 390 Personen an Hochschulen für die Landwirtschaft ausgebildet. Heute gehört die Landwirtschaft der Sowjetunion auch dem Stand der Produktivkräfte, dem Niveau der Produktion und der Arbeitsproduktivität nach zu den fortgeschrittensten der Welt. Die Durchschnittsgröße einer Kollektivwirtschaft beträgt 1700 ha Ackerland. Nur 6,2 Prozent der Energie für die Landwirtschaft wird noch von Zugtieren geliefert. 1955 verfügte die Landwirtschaft der Sowjetunion über rund 1,5 Millionen Traktoren (auf 15 PS umgerechnet), über 500 000 LKW, rund 350 000 Mähdräher usw. Die Pflugarbeiten waren zu 99 Prozent mechanisiert, die Getreideaussaat zu 94 Prozent und die Getreideernte wurde zu 81 Prozent mit Mähdräusern durchgeführt. Rund 160 000 Werktätige

der Landwirtschaft haben Hochschulbildung. Die Lebenslage und die Einkünfte der Bauern verbessern sich ständig. Allein von 1950 bis 1955 sind die Geld- und Naturalerlöskünfte der Bauern um 50 Prozent gewachsen. Eine derartig sprunghafte Aufwärtsentwicklung der Landwirtschaft hat es in keinem kapitalistischen Land gegeben und kann es nicht geben. Besonders die Entwicklung der letzten drei Jahre zeigt das deutlich. Während z. B. in den USA von der Regierung Prämien für Niechbauung von Ackerland gezahlt werden, wurden in der Sowjetunion über 35 Millionen ha Neuland gewonnen. Die Viehbestände wuchsen (je nach Tierart) zwischen 13 und 19 Prozent an. Die Ertragsleistung des Nutzviehs wurde um 60 bis 70 Prozent gesteigert, so daß in den letzten drei Jahren eine Verdoppelung der Milchproduktion in der Sowjetunion erreicht wurde.

Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die sowjetische Landwirtschaft in wenigen Jahren auch in bezug auf die Pro-Kopf-Produktion und die Arbeitsproduktivität die entwickeltesten kapitalistischen Länder überholt haben wird.

Die Richtigkeit des Leninischen Genossenschaftsplans und die Überlegenheit des sozialistischen Systems der Landwirtschaft, wie es sich aus der Verwirklichung des Leninischen Genossenschaftsplans ergibt, sind also in der Sowjetunion in der Praxis unvieldertig bewiesen.

Unsere Partei läßt sich in ihrer Agrarpolitik von den Grundgedanken des Leninischen Genossenschaftsplans leiten und bemüht sich ständig um die Herstellung und Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern. Sie hat durch ihren Kampf nach 1945 systematisch die politischen und ökonomischen Vorbedingungen für den Übergang zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, für die Überleitung der werktätigen Bauern zur genossenschaftlich-sozialistischen Großproduktion auf der Basis der Freiwilligkeit geschaffen. Ohne die Hilfe für die werktätigen Einzelbauern zu vernachlässigen, richtet unsere Partei seit der 2. Parteikonferenz ihre Hauptkraft auf dem Lande auf die Förderung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der werktätigen Bauern, auf die Entwicklung der LPG.

Im Zusammenhang mit den verschärften Angriffen der Imperialisten auf das sozialistische Lager und angetrieben durch die Vorgänge in Polen und Ungarn, glaubte auch [Vieweg] daß die Zeit für ihn gekommen sei, seine revisionistischen Auffassungen zu verbreiten und einen Angriff auf die theoretischen Grundlagen unserer Agrarpolitik zu führen. Er prognostizierte die schädliche Auflassung, daß der Leninische Genossenschaftsplan und die Erfahrungen der Sowjetunion bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft für uns nicht gültig seien. Unsere bisherige Agrarpolitik habe angeblich keine wesentlichen Erfolge gehabt. Deshalb müsse man andere Wege suchen, um zum Sozialismus in der Landwirtschaft zu kommen. Vieweg forderte, daß es richtig wäre, wenn unter Staat sich noch Generationen lang auf einen starken privaten Sektor in der Landwirtschaft stützen würde, daß also keine Notwendigkeit bestünde, die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft voranzubringen.

50X1-HUM

In Wirklichkeit kann die Volkswirtschaft nicht längere Zeit auf verschiedenen Grundlagen beruhen, einerseits auf der sozialistischen Großindustrie, die in starkem Tempo erweitert reproduziert, und andererseits auf dem bäuerlichen Kleinbetrieb, der die Produktion nicht im erforderlichen Tempo erweitern kann, selbst unter den Bedingungen der Produktionshilfe durch den sozialistischen Staat. Der Kleinbetrieb ist, historisch gesehen, überlebt, weil er der Anwendung der Technik und der Steigerung der Arbeitsproduktivität enge Grenzen setzt. Hinzu kommt, daß der private Kleinbetrieb die tiefste ökonomische Wurzel des Kapitalismus ist und immer neuen Kapitalismus hervorbringt. Solange der auf dem Privateigentum beruhende Kleinbetrieb besteht, solange hat der Kapitalismus eine Basis. Es ist also unbedingt notwendig, daß der Kleinbetrieb im Verlauf der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft durch den sozialistischen Großbetrieb ersetzt wird. Keinesfalls kann der sozialistische Staat eine Entwicklung zum kapitalistischen Großbetrieb in der Landwirtschaft zulassen, denn das würde den Kapitalismus in Stadt und Land stärken. Die Entwicklung kapitalistischer Betriebe könnte nur auf Kosten der werktätigen Bauern vor sich gehen und würde das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und damit die Grundlage der Arbeiter-und-Bauern-Macht zerstören.

Aber zum sozialistischen Großbetrieb kann man nur mit Zustimmung, nur gemeinsam mit den werktätigen Bauern kommen. Das Proletariat kann nicht daran denken, die werktätigen Bauern zu enteignen oder sie mit Zwang in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen. Das würde das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und damit die Grundlage der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse zerstören. Die revolution geübt werden. Daher besteht in allen Ländern, in denen es eine werktätige Bauernschaft gibt, die einzige Möglichkeit zum Aufbau des Sozialismus in der Landwirtschaft nach der Machtergreifung durch das Proletariat darin, die werktätigen Bauern davon zu überzeugen und ihnen zu helfen, sich genossenschaftlich zusammenzuschließen.

Der Leninische Genossenschaftsplan ist also in den Grundzügen für alle Länder gültig, in denen es eine Klasse werktätiger Bauern gibt. Daran können auch diese oder jene Besonderheiten in der Entwicklung der Landwirtschaft nichts ändern, die in den einzelnen Ländern vorhanden sind.

Was die nationalen Besonderheiten betrifft, so hat unsere Partei bei ihrer Politik der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft stets unsere Bedingungen und Möglichkeiten berücksichtigt, d. h. solche Faktoren, wie die Spaltung Deutschlands, den relativ hohen Entwicklungsstand der Industrie und Landwirtschaft im kapitalistischen Deutschland, den besonders ausgeprägten Eigentumsinn unserer Bauern usw. Wir haben z. B. schon vor Beginn des Zusammenschlusses der werktätigen Bauern zu Produktionsgenossenschaften Maschinen-Ausleih-Stationen schaffen können, die eine große Arbeit bei der Demokratisierung des Dorfes, bei der Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und der Schaffung von Vorbedingungen für den genossenschaftlichen Zusammenschluß geleistet haben. Wir haben den Boden nicht nationalisiert.

Wir haben Formen des genossenschaftlichen Zusammenschlusses erarbeitet — und arbeiten, wie die V. Konferenz der Vorstizenden und Aktivisten der LPG zeigt, weiter daran —, die es den werktätigen Bauern erleichtern, zur genossenschaftlichen sozialistischen Großproduktion überzugehen. Eine wichtige Rolle spielen dabei die ständigen Arbeitsgemeinschaften der werktätigen Bauern. Bei uns können Großbauern, wenn sie unserem Staat loyal gegenüberstehen und ihren Verpflichtungen nachkommen, in die LPG eintreten usw.

Gerade dadurch, daß unsere Partei stets die Grundzüge des Leninischen Genossenschaftsplans beachtet und dabei unsere konkreten Bedingungen berücksichtigt haben wir bedeutende Erfolge in unserer Agrarpolitik erzielt. Das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern wurde gefestigt. Wir haben auf den Lande einen sozialistischen Sektor geschaffen, der schon heute die führende Rolle in der Landwirtschaft spielt auch wenn der größere Teil der Nutzfläche und der Warenproduktion sich noch in den Händen der Einzelbauern befindet. Wir haben vollseigene Güter geschaffen die rund 4,8 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaften und die wegen ihrer Erzeugung von hochwertigem Saatgut und Zuchtvieh eine Schlüsselposition des Staates zur Aufwärtsentwicklung der Landwirtschaft darstellen. Es wurden vor allem 600 MTS geschaffen, die über die moderne Technik, wie Traktoren, Mähdescher usw., verfügen und das wichtigste Instrument der Arbeiterklasse zur Lenkung und sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft darstellen. In jedem zweiten Dorf unserer Republik gibt es heute eine LPG. Die LPG bewirtschaften über 23 Prozent unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche. Fast alle LPG haben schon jetzt höhere Produktionsergebnisse erzielt als die Gesamtheit der Einzelbauern.

Diese gewaltigen Erfolge, die in relativ kurzer Zeit erreicht wurden, überschauen einige Agrarökonom. Sie sehen nur die noch vorhandenen Schwierigkeiten, wie z. B., daß viele MTS ihren Aufgaben noch nicht voll ständig gerecht werden, daß eine große Anzahl von LPG noch wirtschaftlich schwach ist, und die Überlegenheit über die mittelbäuerlichen Wirtschaften noch nicht erreicht hat, daß die Masse der Mittelbauern noch nicht bereit ist, in die LPG einzutreten usw.

Daß solche Mängel und Schwierigkeiten auftreten, ist nicht verwunderlich, denn man kann ohne Übertreibung sagen, daß die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft die schwierigste und komplizierteste Aufgabe der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus darstellt. Man muß daran denken, daß die Bauern seit Jahrhunderten gewohnt sind, individuell zu wirtschaften und an ihrem Eigentum hängen, daß die Landarbeiter und werktätigen Bauern, die in die LPG gehen, erst lernen müssen, einen Großbetrieb rationell zu leiten und auf sozialistische Art zu arbeiten und zu wirtschaften, und daß wir die materiellen Mittel, die für den Übergang zum Großbetrieb notwendig sind, nicht in unbeschränktem Maße haben. Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang die Arbeit unserer Feinde, die sich mit allen Mitteln bemühen, die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft zu stören, die Bauern vom Eintritt in die LPG abzuhalten usw. Statt der Partei zu helfen, die vorhandenen Mängel und Schwierigkeiten schneller zu überwinden, wie

es ihre Aufgabe wäre, übertreiben einige Agrarökonom diese Mängel und Schwierigkeiten maßlos und Viegew' nahm sie zum Vorwand, um einen Kampf gegen die Politik der Partei zu führen. Er propagierte einen angeblich „leichteren“ Weg zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, bei dem es diese Schwierigkeiten und Mängel nicht geben soll.

Wie sieht nun sein „Weg zum Sozialismus“ in der Landwirtschaft aus? Viegew schlägt vor, die MTS schrittweise aufzulösen, in Reparaturwerkstätten umzuwandeln und die Maschinen an Einzelbauern und an LPG zu verkaufen. Angeblich nicht lebensfähige LPG sollen aufgelöst werden und die besondere staatliche Förderung der LPG soll eingeschränkt bzw. eingestellt werden. Es sollen sich sogenannte Familienbetriebe von 30 bis 40 ha Größe entwickeln, die vollmechanisiert arbeiten und noch generationenlang eine Grundlage unserer Landwirtschaft sein sollen.

Was käme dabei heraus, wenn wir diesen „Ratschlägen“ folgen würden, welche Ergebnisse hätte z. B. die Auflösung der MTS und der Verkauf der Großmaschinen an Einzelbauern und LPG?

Der Verkauf von Großmaschinen an Einzelbauern würde zu einer starken Differenzierung unter den werktätigen Bauern führen. Massen von werktätigen Bauern, die keine Großmaschinen kaufen könnten/gerieten in Abhängigkeit von Großbauern und würden schließlich ruiniert, während sich auf der anderen Seite starke kapitalistische Betriebe entwickeln würden. Das zeigen auch die Erfahrungen Polens, wo die Auflösung von MTS und der Verkauf von Maschinen die großbäuerlichen Elemente stärkte und Kleinbauern in eine schwierige Lage brachte. Die MTS sind eben das wichtigste Mittel der Arbeiterklasse zur Festigung des Bündnisses mit den werktätigen Bauern und man kann sie nicht auflösen, ohne den Kapitalismus zu stärken, das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und damit die Grundlage der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu zerstören und den Aufbau des Sozialismus unmöglich zu machen. Auch der Verkauf von Traktoren, Mähdeschern usw. an bäuerliche Maschinengemeinschaften würde diese Gefahr nicht ausschließen. Die Erfahrungen Westdeutschlands lehren, daß in solchen Gemeinschaften nach einiger Zeit der ökonomisch Stärkste die Maschinen an sich reißt und die übrigen Bauern in seine Abhängigkeit bringt und ausbeutet.

Weiter könnte, wenn wir die Maschinen der MTS verkaufen würden, der erreichte Stand der Mechanisierung und damit der Erträge mit der gegenwärtig vorhandenen Technik nicht aufrechterhalten werden, denn nur der Staat ist in der Lage, eine volle Auslastung der vorhandenen Technik zu gewährleisten. Das zeigt sich z. B. darin, daß je 30-PS-Traktor in der DDR fast viermal so viel Feldarbeit geleistet wird wie in Westdeutschland.

Doch selbst wenn man den Verkauf der Großmaschinen an Einzelbauern ausschließt und sie an die LPG verkaufen wollte, hätte das sehr schädliche Auswirkungen.

Die LPG würden, wenn sie gezwungen wären, sich die modernen Großmaschinen selbst zu kaufen, finan-

ziell so stark belastet werden, daß sie dem in ihrer Masse nicht gewachsen wären, weitgehend auf die Anwendung der modernen Technik verzichten müßten und sich daher nicht entwickeln könnten. Sowohl die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft als auch die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion würden gebremst, wenn nicht verhindert. Noch wichtiger ist, und das trifft auch bei vollständig entwickelten sozialistischen Verhältnissen und gefestigten LPG zu, daß die Übergabe der Hauptproduktionsinstrumente an die LPG diese in eine Sonderstellung gegenüber der ganzen Gesellschaft bringen würde, die in der Perspektive die Aufhebung der Klassen nicht ersparen sondern erschweren würde.

Die LPG beruhen auf dem genossenschaftlich-sozialistischen Eigentum, sind Gruppeneigentum. Um die LPG den gesamtgesellschaftlichen Interessen entsprechend zu lenken und zu beeinflussen, ist es unumgänglich notwendig, daß der sozialistische Staat führenden Einfluß auf die LPG ausübt. Der Staat kann aber, eben weil es sich in den LPG um genossenschaftlich-sozialistisches Eigentum handelt, nicht unmittelbar über die LPG verfügen. Er arbeitet mit Empfehlungen, bezieht die LPG in die Planung ein, nutzt die ökonomischen Hebel wie Preispolitik, Kredit usw. zur Lenkung der genossenschaftlichen Produktion und Entwicklung aus. Doch diese Maßnahmen reichen nicht aus, um die staatliche Führung der genossenschaftlichen Produktion zu sichern. Das wichtigste Mittel zur Sicherung der staatlichen Führung in der genossenschaftlichen Produktion ist die Konzentration der Hauptproduktionsinstrumente der genossenschaftlichen Produktion in Staatshand, d. h. die Schaffung staatlicher MTS. Dadurch wird erreicht, daß die genossenschaftliche Produktion nur im engsten Zusammenwirken zwischen staatlichen MTS und den LPG möglich ist, und der Staat die Möglichkeit erhält, mit Hilfe der MTS auf alle Seiten der genossenschaftlichen Produktion und des genossenschaftlichen Lebens einzuwirken. Die MTS sind also das wichtigste politische und ökonomische Instrument des sozialistischen Staates zur allseitigen Lenkung und Leitung der LPG. Die Zusammenarbeit der MTS mit den LPG stellt gleichzeitig das Produktionsbündnis der Arbeiterklasse mit den Genossenschaftsbauern dar. Die enge tägliche Zusammenarbeit der Arbeiter der MTS mit den Genossenschaftsbauern ist eine Quelle ständiger sozialistischer Erziehung der Genossenschaftsbauern.

Die MTS auflösen zu wollen bedeutet also, den Staat seines wichtigsten Instruments zur Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, zur sozialistischen Umgestaltung und zur Lenkung der sozialistischen Landwirtschaft zu berauben und den Kapitalismus stärken zu wollen.

Ebenso sieht es mit der Forderung, sogenannte lebensunfähige LPG aufzulösen und die besondere Förderung der LPG abzuschwächen bzw. einzustellen. Es gibt in Wirklichkeit gar keine lebensunfähigen LPG. Es gibt zwar eine Reihe von LPG, die wirtschaftlich zur Zeit noch schwach sind, aber sie sind nicht lebensunfähig. Ihre Schwäche erklärt sich z. B. aus ungünstigen objektiven Bedingungen, wie Fehlen von Gebäuden, Vieh, Arbeitskräften, schlechtem Kulturzustand der Böden u. ä. (zum Erhalten von

republikflüchtig gewordene Großbauern verursacht), die erst nach und nach beseitigt werden können, z. T. auch aus subjektiven Mängeln, wie noch fehlende Fähigkeiten zur Leitung eines sozialistischen Großbetriebes, noch nicht richtige Arbeitsdisziplin und Arbeitsmoral usw. Es handelt sich also um Anfangsschwierigkeiten, die durchaus und in relativ kurzer Zeit überwunden werden können. Die z. Z. noch wirtschaftsschwachen LPG haben genau so wie die schon zehnjährigen alte Möglichkeiten, jedem beliebigen mittelblühenden Betrieb überlegen zu werden. Daß dazu Staatshilfe nötig ist, ist kein Argument gegen die LPG. Der Aufbau landwirtschaftlicher Großbetriebe ist in jedem Falle mit bedeutenden Kosten verbunden, die die LPG nicht allein bzw. nur in sehr langer Zeit aufbringen könnten. In Westdeutschland gibt der Staat jährlich Hunderte Millionen Mark (Steuergelder) aus, allerdings, um die Entwicklung der kapitalistischen Betriebe auf Kosten der Wirtschaften der werktätigen Bauern zu forcieren. Wenn man den Viehwegschen Forderungen nach Auflösung wirtschaftsschwacher LPG stattgeben würde, dann hätte das zur Folge, daß Unsicherheit unter die werktätigen Bauern über die Perspektive der LPG getragen würde und daß die Gegner des sozialistischen Aufbaus diese Lage zu einem Generalangriff auf die LPG ausnützen würden, wie die Erfahrungen aus Polen lehren. Außerdem wären viele der Bauern aus aufgelösten LPG unrettbar dem wirtschaftlichen Ruin preisgegeben. Es zeigt sich also, daß auch die Forderung nach Auflösung wirtschaftsschwacher LPG und Einstellung der Begünstigung der LPG die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft behindern und den Kapitalismus stärken würde.

Noch deutlicher zeigt sich diese Tendenz in der Forderung nach der Bildung und Unterstützung sogenannter Familienwirtschaften von 30 bis 40 ha, die vollmechanisiert arbeiten sollen. Diese "Familienwirtschaften" könnten sich im wesentlichen nur auf Kosten der Masse der werktätigen Bauern bilden, die von ihrem Boden verdrängt werden müßten, damit der Platz für diese Großwirtschaften frei wird. Sie wären ihrer Betriebsfläche, dem Viehbestand, dem Maschinenbesatz und ihrer ganzen Struktur nach kapitalistische Betriebe, auch wenn sie ohne ständige fremde Lohnarbeit wirtschaften könnten. Diesen Weg zu beschreiten, hieße ganz eindeutig, den kapitalistischen Weg zur Großproduktion in der Landwirtschaft zu gehen, und zwar, wie das dafür typisch ist, auf Kosten der werktätigen Bauern.

Insgesamt ergibt sich also, daß die Viehwegsche Konzeption nichts anderes darstellt, als ein Programm zur Wiederherstellung und Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft der DDR, zur Beschreitung des kapitalistischen Weges zum Großbetrieb in der Landwirtschaft. Das zeigt, daß die Urheber und Vertreter dieser Konzeption den Standpunkt der Arbeiterklasse völlig verlassen haben und auf die Position von Großbauern übergegangen sind, die nach kapitalistischer Entwicklung in der Landwirtschaft streben. Ihre Konzeption widerspricht auch den Interessen der Masse der werktätigen Bauern, denn sie würden dieser Entwicklung zum Opfer fallen und ruiniert werden. Die Viehwegsche Konzeption richtet sich daher gegen das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, damit gegen die Grundlage der Arbeiter-und-Bauern-

Macht und gegen den Aufbau des Sozialismus. Mit Recht schätzt deshalb das 30. Plenum des ZK unserer Partei diese Konzeption als direkt konterrevolutionär ein.

Es zeigt sich also, daß der Weg zur sozialistischen Großproduktion in den Grundzügen durch den Leninischen Genossenschaftsplan bestimmt ist. Jede Abweichung von diesem Weg kann zu nichts anderem führen als zurück zum Kapitalismus.

Die Agrarpolitik unserer Partei, die sich von den Prinzipien des Leninischen Genossenschaftsplans leiten läßt, war und ist daher richtig. Sie entspricht den Lebensinteressen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauern. Sie ist die einzig mögliche Politik zur sozialistischen Umgestaltung unserer Landwirtschaft. Deshalb ist es notwendig, allen denen, die uns von diesem richtigen Weg abbringen wollen, eine deutliche Abfuhr zu erteilen und den objektiv feindlichen Charakter ihrer Ansichten aufzudecken. Vor allem aber ist es notwendig, noch besser um die Durchführung der sozialistischen Umgestaltung unserer Landwirtschaft zu kämpfen. Den Weg dazu weisen uns besonders die Beschlüsse der 28. und 30. Tagung des ZK unserer Partei und der V. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG und des V. Deutschen Bauerntages.

Die Agrarpolitik unserer Partei hat eine große gesamtdeutsche Bedeutung, weil sie den Beweis erbringt, daß nur unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht und nicht unter dem Adenauer-Regime die werktätigen Bauern als Bauern erhalten werden und sich eine gesicherte Existenz in Glück und Wohlstand aufbauen können.

In Westdeutschland wird die Agrarpolitik durch die Interessen des Finanzkapitals bestimmt, dessen Organ der Bonner Staat ist. Die Monopole fordern im Interesse ihrer Maximalprofite eine Landwirtschaft, die es möglich macht, den Druck der Preisschere und den Importdruck zu erhöhen, die größeren Absatz für Landmaschinen, Düngemittel usw. sichert, Menschen für den Militarismus freisetzt usw. Diesen Forderungen der Monopole entspricht die kapitalistische Großlandwirtschaft. Deshalb setzen sie ihren Staat ein, um den kapitalistischen Konzentrationsprozeß in der Landwirtschaft zu beschleunigen, d. h. neue kapitalistische Landwirtschaftsbetriebe auf Kosten der werktätigen Bauern zu schaffen. Ausdruck dieser Politik ist der sogenannte Lübke-Plan, der vorsieht, innerhalb von 10 bis 15 Jahren eine kapitalistische Strukturwandlung der westdeutschen Landwirtschaft durchzusetzen, der rund 1,5 Millionen Wirtschaften werktätiger Bauern zum Opfer fallen würden. Diesem Ziel dienen alle agrarpolitischen Maßnahmen der Bonner Regierung, die sie mit verschiedenen Mitteln zur Täuschung der werktätigen Bauern zu verschleiern sucht. Von 1949 bis 1956 sind dieser Politik schon rund 105 000 Wirtschaften unter 10 ha zum Opfer gefallen. Auch die SPD-Führung unterstützt diese Politik.

Die Masse der werktätigen Bauern, besonders die Kleinbauern, sind in Westdeutschland aufs äußerste in ihrer Existenz bedroht. In ihrem unmittelbaren Interesse liegt eine Agrarpolitik, die ihnen Boden auf Kosten der Junker gibt, die ihnen den Ausbau ihrer Wirtschaften und eine Erhöhung ihres Einkommens ermöglicht.

Um ein festes Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern zu schaffen, stellt die KPD in

ihrem Wahlprogramm Forderungen auf, die den unmittelbaren Interessen der werktätigen Bauern entsprechen, wie z. B. Durchführung einer demokratischen Bodenreform, Abschaffung der bauernfeindlichen Militarisierungsgesetze, Bereitstellung billiger Kredite für die werktätigen Bauern, Staatszuschüsse für genossenschaftliche Einrichtungen, Herabsetzung der Monopolpreise für Betriebsmittel der Landwirtschaft, Steuer-senkung für Klein- und Mittelbauern usw.

Diese Forderungen der KPD weisen den werktätigen Bauern in Westdeutschland den einzig möglichen Weg

zur Erhaltung ihrer Existenz, nämlich den Kampf gegen das Adenauer-Regime, gegen die Herrschaft der Monopole und Militaristen, denn diese Forderungen können nur im Kampf gegen diese Kräfte durchgesetzt werden. Die agrarpolitischen Forderungen der KPD liegen also auch im Interesse der Arbeiterklasse, denn sie sind geeignet, ein Kampfbündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern gegen den deutschen Imperialismus zu schmieden und damit die Kraft zu schaffen, die imstande ist, die Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat ohne Monopolen und Junker zu erzwingen.

50X1-HUM

## Lenins Artikel „Parteiorganisation und Parteiliteratur“ – ein Wegweiser für unsere sozialistischen Schriftsteller und Kulturfunktionäre

Hella Metz

Lenin lehrt, daß dort, wo von der sozialistischen Ideologie abgewichen wird, die bürgerliche Ideologie an diese Stelle rückt.

Wie wichtig dieser Hinweis Lenins ist, wird uns gegenwärtig überall dort bewiesen, wo eine „ideologische Koexistenz“ geduldet wird. Eine friedliche Koexistenz auf ideologischem Gebiet kann es nicht geben, sie führt unbedingt zum Verlassen des Klassenstandpunktes, zum Revisionismus.

Das trifft auch auf die Auseinandersetzungen auf literarischem Gebiet zu. Unsere Gegner, die die Macht des literarischen Wortes kennen, versuchten besonders nach dem XX. Parteitag der KPdSU, in die Front der sozialistischen Schriftsteller einzubrechen. Begünstigt wurde diese Absicht durch die Haltung einiger ungarischer Schriftsteller, die den Standpunkt der Arbeiterklasse aufgaben. Sie stellten sich gegen die Partei der Arbeiterklasse, gegen ihren Staat und ermöglichten damit den Agenten und Saboteuren ausländischer imperialistischer Mächte maßgeblich ihre Arbeit, so daß es zu dem konterrevolutionären Putsch in Ungarn kommen konnte.

Diese Haltung von ungarischen Schriftstellern und Literaturwissenschaftlern wurde von den Feinden des Sozialismus in aller Welt zu einer erneuten Kampagne der Verleumdung ausgenutzt. Im Mittelpunkt dieser Angriffe standen das Verhältnis des sozialistischen Schriftstellers zur Partei, zu seinem Staat und im Zusammenhang damit die Fragen der künstlerischen Freiheit und der Methode des Schaffens. Auch einige Schriftsteller in Polen und Frankreich verloren den Boden unter den Füßen. In unserer Republik hatten ausführliche Diskussionen leitender Genossen mit unseren Schriftstellern, verstärkt seit dem XX. Parteitag der KPdSU, stattgefunden; die wichtigsten Fragen waren somit geklärt. Revisionistische Tendenzen traten in der Hauptsache bei einigen Literaturwissenschaftlern auf. Wir haben in unserer Republik eine Reihe erfahrener, bewährter Genossen unter unseren Schriftstellern, die einen sehr entscheidenden Einfluß auf die junge Schriftstellergeneration ausüben. Die Kulturpolitik unserer Partei erwies sich als richtig, deshalb erfolgte das Zurückweisen feindlicher Angriffe nicht von einem liberalistischen, mit den Ansichten des Gegners liebegelenden Standpunkt, sondern von der marxistisch-leninistischen Klassenposition aus.

„Es heißt in der Erklärung der deutschen Schriftsteller aus den Dezembertagen des Jahres 1956 in Punkt 4:

„In diesen Zeiten, da internationale Trusts den Arbeitern vorschreiben möchten, wie sie den Sozialismus aufzubauen haben, und bewährte Bucherverbrenner Schriftstellern künstlerische Freiheit predigen, rücken wir, unsere Mitstände mutig überwindend, unsere Auseinandersetzungen weiterführend, enger zusammen. Die Arbeiter- und Bauern-Macht ist und bleibt, um ganz Deutschlands willen, um des Friedens willen, der Grund, auf dem wir stehen.“<sup>1)</sup>

Unsere Schriftsteller wiesen die Schmähungen zurück, mit denen die Feinde des Friedens den ersten Arbeiter- und Bauern-Staat der Welt, die Sowjetunion, wegen ihres Eingreifens in Ungarn überhäufeten.

Der Gegner richtete seine Angriffe auch auf die Schaffensmethode des sozialistischen Realismus, worauf unsere Schriftsteller erwiderten, daß ein halbes Jahrhundert sozialistischer Realismus von Gorkis „Mutter“ bis zu Brechts „Galilei“ neue Zuversicht und Schönheit in die Welt brachte.

Das Verhältnis der Partei zu ihren Schriftstellern und die Fragen der Parteilichkeit in Kunst und Literatur wurden prinzipiell bereits im Jahre 1905 von Lenin in seinem Artikel „Parteiorganisation und Parteiliteratur“ ausgearbeitet. Es ist unsere Aufgabe als Marxisten, unsere Weltanschauung gegen die Angriffe der Gegner zu verteidigen. Die Arbeit Lenins bedeutet uns gegenwärtig eine große Hilfe in diesem Kampf.

### I.

Lenin veröffentlichte im November 1905 in der bolschewistischen Zeitung „Nowaja Sini“ („Neues Leben“) seinen Artikel „Parteiorganisation und Parteiliteratur“. Diese Zeitung war das erste legale Organ der Bolschewiki, das nach den Oktoberkämpfen des Jahres 1905 erschien.

Lenin schrieb 1910 über das russische Proletariat und seinen damaligen Kampf:

„Das Proletariat erkämpfte für das ganze russische Volk, wenn auch nur für kurze Zeit, eine in Rußland noch nie dagewesene Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit.“<sup>2)</sup>

Trotz der großen Erfolge des Proletariats im revolutionären Kampf war der Zarismus nicht gestürzt. Es galt aber, seine Schwäche auszunutzen, um neue Kräfte gegen ihn zu sammeln. Dazu bot die legale Presse und die damit verbundene Verlagstätigkeit neue Möglichkeiten.

Der erzieherische Einfluß der Partei auf die Arbeiterklasse konnte dadurch verstärkt werden. Die Partei erzielte auf vielen Wegen, über die Propaganda, die Agitation, auch über die Kunst und die Literatur. Die Aufgabe bestand aber nicht darin, mit Hilfe der legalen Möglichkeiten bequeme Spieler oder weltvergessene Träumer zu erziehen, sondern Revolutionäre, die den neuen Kämpfen gewachsen waren und der Partei treu zur Seite standen.

Das hatten nicht alle Schriftsteller, die Parteimitglieder waren oder der Partei nahestanden, begriffen. Die Möglichkeit der legalen Arbeit mußte damals zur Folge haben, daß die Partei eine Massenpartei wurde, daß sich aber auch viele inkonsequente Menschen ihr angeschlossen. Gerade deshalb war das bedingungslose Ein-

treten für den Parteistandpunkt auf allen Gebieten der ideologischen Arbeit, auch dem literarischen, notwendig.

Der Kampf gegen die Selbstherrschafft und für eine neue Gesellschaft erforderte andere Lebensideale, als sie die noch herrschende Klasse lehrte. Diese neuen Ideale konnten auch durch eine neue Literatur, die sich fest auf den Standpunkt der Partei stellte, in die Massen getragen werden. Der Kampf des Proletariats erforderte eine Parteiliteratur, die legalen Möglichkeiten setzte sie 1905 auf die Tagesordnung.

In seiner Arbeit „Parteiorganisation und Parteiliteratur“ entwickelt Lenin die Prinzipien dieser Literatur. Der Artikel zeichnet sich dadurch aus, daß er einmal sehr genau die Pflichten der Parteiliteratur aufzählt und zum anderen den Besonderheiten der künstlerischen Arbeit die nötige Achtung entgegenbringt. Diese Arbeit wurde zu einer theoretischen Grundlage der neuen sozialistischen Literatur, in der die kommunistische Parteilichkeit ein Wesensmerkmal ist.

Einer der ersten, die den tiefen Sinn dieser Arbeit Lenins verstanden hatten, war Maxim Gorki. Sein Roman „Die Mutter“, der 1906 geschrieben wurde und 1907 erschien, war der Ausdruck dafür, daß die Literatur als Parteiliteratur einen großen Einfluß auf die Arbeiterklasse ausüben vermochte. Lenin sagte über dieses Werk:

„Das Buch ist notwendig, viele Arbeiter haben an der revolutionären Bewegung unbewußt, spontan teilgenommen, und jetzt werden sie „Die Mutter“ mit großem Nutzen für sich lesen.“<sup>3)</sup>

In Lenins Arbeit wurde erstmalig das Prinzip der kommunistischen Parteilichkeit in der Literatur dargestellt. Dieses Prinzip, das den Schriftsteller und seine Arbeit der allgemeinen proletarischen Sache unterordnet, ist den bürgerlichen Ideologen sehr un bequem. Sie versuchen daher, kommunistische Parteilichkeit in der Literatur und die Freiheit des künstlerischen Schaffens als unvereinbare Gegensätze darzustellen. Das Ziel dieser „Theorien“ ist die Trennung der Schriftsteller von ihrer Partei, der Zweifel an ihrer führenden Rolle.

Worum geht es bei dem Leninschen Prinzip der Parteilichkeit?

Der Begriff der Parteilichkeit setzt voraus, daß der Künstler eine klare weltanschauliche Position besitzt. Die Geschichte der Literatur, die Werke aller bedeutenden Künstler zeigen eine bestimmte Tendenz, eine Parteinahme für bestimmte Züge des gesellschaftlichen Fortschritts. Bei genauer historischer Betrachtung lassen sich die Klassenbeziehungen und ihre Auswirkung auf die Literatur erkennen. Das genügt für den sozialistischen Schriftsteller nicht. Der Klassenkampf erfordert eine ganz klare Entscheidung für oder gegen das Proletariat. Vom sozialistischen Schriftsteller wird gefordert, daß er bewußt den Standpunkt des Proletariats vertritt, sich seine Wissenschaft zu eigen macht. Das hat kurz das Neue des Begriffs der kommunistischen Parteilichkeit zum Inhalt.

Lenin fordert von dem kommunistischen Schriftsteller in seinem Artikel „Parteiorganisation und Parteiliteratur“:

„Die literarische Tätigkeit muß zu einem Bestandteil der allgemeinen proletarischen Sache, zu einem Rädchen und Schraubchen des einen, einheitlichen großen sozialdemokratischen Mechanismus werden, der von dem ganzen Klassenbewußten Vortrupp der gesamten Arbeiterklasse in Bewegung gesetzt wird. Die literarische Betätigung muß ein Bestandteil der organisierten, planmäßigen, vereinigten sozialdemokratischen Parteiliteratur werden.“<sup>4)</sup>

Mit dieser Auffassung der Parteilichkeit erfüllt die Literatur ihre erzieherische Funktion im Sinne des Proletariats.

Bei der Vorbereitung der Revolution helfen die proletarischen Schriftsteller bei der Herausbildung des revolutionären Bewußtseins. Diese Aufgabe wird noch umfassender, wenn das Proletariat seinen eigenen Staat besitzt.

Die Parteilichkeit des sozialistischen Schriftstellers wurde nicht von einem bestimmten Gremium „ausgedacht“ und dann befohlen, sondern sie ergibt sich gesetzmäßig aus der Rolle des Proletariats im Klassenkampf. Die Aufgabe der Partei besteht darin, diese Gesetzmäßigkeit den Schriftstellern bewußt zu machen.

Die Parteilichkeit des sozialistischen Schriftstellers fällt ihm nicht als ein Geschenk vom Himmel. Denn es genügt ja nicht, den marxistisch-leninistischen Klassenstandpunkt zu bejahen, sondern diese kommunistische Parteilichkeit muß aus seinem literarischen Werk sprechen. So ist – vom Künstler her gesehen – die Aneignung der kommunistischen Parteilichkeit ein ständiger Prozeß. Er wird aus diesem nur als Sieger hervorgehen, wenn er sich stets an der Partei, an der Arbeiterklasse orientiert.

50X1-HUM

Auch hier ist Gorki als Beispiel zu nennen: Gorkis Werk „Die Mutter“ war überhaupt nur möglich, weil der Künstler einen klaren parteilichen Standpunkt besaß. Im November 1905 war Gorki das erste Mal mit Lenin in Petrograd zusammengelassen; im Dezember nahm Gorki an dem bewaffneten Aufstand in Moskau teil. Er kannte das Proletariat und glaubte an seinen Sieg, trotz der Niederlage der Revolution von 1905. Er schrieb im Jahre 1906, dem gleichen Jahr, in dem er an dem Roman „Die Mutter“ arbeitete:

„Das russische Proletariat schreitet vorwärts zum endgültigen Sieg, weil es die einzige Klasse ist, die moralisch stark und bewußt ist und in der Zukunft glaubt.“<sup>5)</sup>

Trotzdem gab es auch bei Gorki Fehler in der Einschätzung des Proletariats, vor allem im Jahre 1917 kam es, wie Gorki formulierte, zwischen Lenin und Gorki zu Mißverständnissen. Gorki glaubte, er als Mensch mit großen Erfahrungen, als Empiriker, müsse das Proletariat besser kennen, als der „Theoretiker“ Lenin. Aber Lenin und die Partei halfen dem Dichter auf den rechten Weg. Gorki schrieb später darüber in einem Brief:

„... im Jahre 1917 diente mein Empirismus als Grundlage meiner pessimistischen Einstellung zu der Kraft des Proletariats, und, wie Sie wissen, erwies sich

<sup>1)</sup> W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. 4, Verlag für Literatur und Politik, Wien-Berlin, S. 61–62.

<sup>2)</sup> Zitiert nach Friedrich Wolf „Maxim Gorki“, S. 2.

<sup>3)</sup> Große Sowjetenzyklopädie, Maxim Gorki, S. 23.

der „Theoretiker“ stärker als der Empiriker und näher der historischen Wahrheit. Der Fehler kam mich teuer zu stehen. Ich habe Hütchen heiß und tief geliebt und geschätzt, und niemals habe ich mich so verwaist, so kraftlos gefühlt als im Jahre seines Todes. Über diesen Fall, lieber Genosse, sollen Sie tief nachdenken; er ist äußerst lehrreich.“<sup>9)</sup>

Gorkis Leben zeigt, daß die kommunistische Parteilichkeit nur im umfassendsten Sinne möglich ist, wenn der Künstler außer seiner Liebe zu den werktätigen Menschen auch ein sehr gründliches marxistisches Wissen besitzt. Diese gesellschaftliche Forderung wird erstmalig durch das Proletariat an den Künstler gestellt.

Lenin forderte in seinem Artikel „Parteiorganisation und Parteiliteratur“: „Weg mit den parteilosen Literaten! Weg mit den literarischen Übermenschen!“ Diese Worte bezogen sich auf Schriftsteller, die zwar der Partei angehörten, aber in der Presse und in ihren Werken einen prinzipiellen Standpunkt einnahmen.

Der Schriftsteller, der Parteimitglied ist, übernimmt damit auch die Pflichten eines Mitgliedes der Partei. Die führende Rolle der Partei auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens anzuerkennen, bedeutet eben, wie Lenin sagte, die Literatur der allgemeinen Sache des Proletariats unterzuordnen.

„Die Revolution ist die Tat der Massen, und die höchste Kunst wird immer Ausdruck geistigen Massenlebens bleiben!“<sup>10)</sup> sagte Klara Zetkin. Der sozialistische Schriftsteller muß sich bewußt sein, daß es nicht genügt, der Arbeiterklasse eine gewisse Achtung entgegenzubringen, diese jedoch auf die Achtung vor ihrer Arbeit, vor der moralischen Haltung, der revolutionären Tätigkeit zu beschränken, aber die Bedeutung dieser Avantgarde für die Kunst nicht zu sehen. Es gibt in den Romanen Arnold Zweigs eine Reihe sehr interessanter Gestalten aus den Reihen der bürgerlichen Intelligenz. Diese zwingt der erste Weltkrieg zu seinen Entscheidungen zum Nachdenken über ihr bisheriges Weltbild. Dabei rücken viele einfache Menschen und einige klassenbewußte Proletarier näher in ihren Gesichtskreis.

Diese bürgerlichen Intellektuellen, auch der Schriftsteller Werner Bertin, sind oft erstaunt und erschüttert über die Gedankenfülle, den Gefühlsreichtum und die menschliche Größe dieser Arbeiter. Sie begegnen ihnen mit Hochachtung, helfen ihnen, wo es in ihrer Macht steht, versuchen auch von ihnen zu lernen — aber in ihre geistigen Bereiche, in ihre literarische Welt lassen sie sie nicht hinein. Diese geistige Domäne behalten sie sich selber vor.

Wenn sich Künstler und Schriftsteller aus dem Bürgertum bis zur ehrlichen Achtung vor der Arbeiterklasse und ihrer Partei durchringen, auch in ihren Werken versuchen, dieser Auffassung Gestalt zu geben, so werden wir diesen Künstlern unsere Anerkennung nicht versagen. Der sozialistische Schriftsteller kann hier nicht stehenbleiben. Das geistige Leben der Arbeiterklasse und ihrer Partei gibt doch zu erstem entscheidenden Teil der Kunst ihre neuen Inhalte. Klara Zetkin sagt das mit den schönen Worten.

<sup>9)</sup> Ebenda, S. 39  
<sup>10)</sup> Klara Zetkin über Kunst und Literatur.

„Denn alle große Kunst lebt von dem geistigen Herzblut einer großen Gemeinschaft.“<sup>11)</sup>

Die Aufgabe des sozialistischen Schriftstellers besteht darin, mit seinem Werk dem Proletariat zu dienen. Das ist keine Einengung seiner Schaffensmöglichkeiten, sondern gerade dieser Klasse die Welt und ihre Erschließungen über den Weg der Kunst zu erschließen, birgt die größte Weite und Vielfältigkeit der Kunst in sich. Der Schriftsteller soll der Partei helfen, die sozialistischen Lebensideale bei den Menschen zu formen.

Scholochows „Neuland unterm Pflug“, Fajolews „Junge Garde“, Anna Seghers „Das siebte Kreuz“ oder Strittmatters „Tinko“ sind Werke, die trotz ihrer großen Unterschiedlichkeit dazu beitragen, das sozialistische Ideengut in die Massen zu tragen. Das ist aber nur möglich, wenn der Schriftsteller mit dem Leben der Arbeiterklasse wirklich verbunden ist. Wenn er die Probleme der Menschen richtig kennt, wird er die Aufgaben, die die Partei stellt, verstehen.

Die Pflicht, sich als Schriftsteller nicht vom Leben zu entfernen, ist elementar, besonders für den sozialistischen Schriftsteller. Dennoch gab es solche Erscheinungen der Isolation und der mangelnden Verbindung mit dem Leben. Das 30. Plenum unserer Partei sagte dazu:

„Es ist unter den Bedingungen der Verschärfung des Klassenkampfes völlig unzulässig, wenn sich manche Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler von den Problemen der Gegenwart abwenden, wenn sie ihre Verbindungen mit dem Leben und mit den Interessen der Werktätigen lockern.“<sup>12)</sup>

Die mangelnde Verbindung mit dem Leben der Werktätigen und ihrer Partei birgt die Gefahr in sich, die Hauptaufgaben, die vor der Partei stehen, nicht zu erkennen, oder ihre volle Bedeutung nicht zu erkennen. Die Folgen wären „parteilose Literaten“. Wir aber brauchen Werke unserer sozialistischen Schriftsteller, die zu einer Waffe im Kampf der Arbeiterklasse werden, eben Werke, die ein Bestandteil der allgemeinen proletarischen Sache sind!

Die Arbeit des Schriftstellers ist stets sehr verantwortlich. Die Verantwortung eines Schriftstellers, der Parteimitglied ist, ist besonders groß. Sein künstlerisches Wollen muß mit den Aufgaben und Zielen der Partei im Einklang stehen, er muß die Parteidisziplin achten und darf für sich keine Sonderstatus erwarren.

Es ist nicht so, wie unsere Gegner es darstellen, daß diese Verantwortung wie ein Damoklesschwert über den Schriftstellern hängt. Unsere besten Schriftsteller haben sich wiederholt in sehr schönen und gültigen Worten zu dieser Verantwortung bekannt. Willi Bredel sagte auf dem IV. Deutschen Schriftstellerkongreß:

„Angesichts der gewaltigen Verantwortung und Größe der Aufgaben, die vor uns stehen, frage ich euch:

Ist es nicht etwas Herrliches, und ist es nicht ein Glück und eine tiefe Befriedigung, ein Schriftsteller zu sein? Mit seinem Wort, mit seinem Werk mithelfen zu können, unser Volk für alles Große, für alles Schöne,

<sup>11)</sup> Ebenda.  
<sup>12)</sup> Walter Ulbricht, Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 88.

für alles Edle empfänglich zu machen? Mithelfen, unseren Menschen, unserem Volk eine gerechte, eine vernünftige, eine endlich menschliche Ordnung zu schaffen? Ist es nicht eine große Sache, literarische Vorbilder zu schaffen, die sich unsere Menschen als Beispiel nehmen, denen sie nachzueifern und durch sie Mitkämpfer für den Sozialismus werden? Freunde, ich bin glücklich, ein Schriftsteller zu sein.“<sup>13)</sup>

Es wurde bereits erwähnt, daß der Schriftsteller, der Parteimitglied ist, die Parteidisziplin achten muß. Für Veröffentlichungen, die der Partei und der Arbeiterklasse schaden, wird er zur Rechenschaft gezogen. Als in Ungarn der konterrevolutionäre Putsch ausbrach und die Westpresse von Lügenmeldungen strotzte, die besonders darauf gerichtet waren, die Sowjettruppen zu verleumdern, als sie den ungarischen Arbeitern halfen, mit dem weißen Terror abzurechnen, verloren auch Schriftsteller, die Parteimitglied waren, in einigen Ländern die richtige Orientierung. In Frankreich unterschrieben einige Schriftsteller, die Mitglied der Kommunistischen Partei Frankreichs waren, ohne Wissen der Partei in der bürgerlichen Presse einen Aufruf, der zeigte, daß sie sich die Argumente des Gegners zu eigen gemacht hatten. Sie fielen damit ihrer eigenen Partei in den Rücken.

Das ZK der Kommunistischen Partei Frankreichs zog diese Genossen Schriftsteller zur Rechenschaft, Jacques-François Roland wurde aus der Partei ausgeschlossen.

Lenin sagte in seinem Artikel 1905: „Zur Feststellung der Grenze zwischen dem, was der Partei entspricht, und dem, was gegen sie gerichtet ist, dient das Parteiprogramm, dienen die Resolutionen und das Statut der Partei, dient schließlich die ganze Erfahrung der internationalen Sozialdemokratie.“<sup>14)</sup>

Die internationalen Erfahrungen besagen, daß seit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 der Bourgeoisie jedes Mittel recht ist, den Sozialismus auf seinem Siegeszug zu hemmen. Mord und Terror, hinterhältige Überfälle aus Profitgründen waren stets Kampfmethoden der Bourgeoisie. Wo die Sowjetunion gezwungen wurde, zu den Waffen zu greifen, hat sie stets die Interessen des internationalen Proletariats, hat sie stets den Frieden verteidigt.

Diese internationalen Erfahrungen nicht beachten, bedeutet praktisch, den Marxismus über Bord werfen, die Arbeiterklasse verraten.

Während der ungarischen Ereignisse in Ungarn erhoben jedoch die meisten sozialistischen Schriftsteller ihre Stimme zur Verurteilung der konterrevolutionären Mörder und zur Verteidigung der sowjetischen Soldaten und ungarischen Arbeiter.

Die Werke der Schriftsteller nehmen im Leben vieler Menschen einen bedeutenden Platz ein. Deshalb kann das Wort des Schriftstellers zu den Problemen der Zeit eine große Wirkung erzielen.

Die Stimmen der sozialistischen Schriftsteller unserer Republik zu den ungarischen Ereignissen verhalten nicht ungebühr. Die Worte von Anna Seghers, Bodo Uhse, Willi Bredel, Kuba, Ludwig Renn oder Stefan Hermlin

<sup>13)</sup> IV. Deutscher Schriftstellerkongreß, Januar 1956, Heft 2, S. 40.  
<sup>14)</sup> W. I. Lenin, Parteiorganisation und Parteiliteratur, in: W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. VIII, Verlag für Literatur und Politik, Wien-Berlin 1931, S. 395.

gingen zu Herzen und halfen im Kampf gegen die Konterrevolution.

Auf der Delegiertenkonferenz der Schriftsteller im Januar 1957 wurde betont, daß der Schriftsteller auch die Aufgabe habe, zu den aktuellen politischen Fragen Stellung zu nehmen.

Diese Seite des literarischen Kampfes besitzt seit jeher unter den sozialistischen Schriftstellern aller Länder eine Tradition. Erkennet sei hier an Gorki und Majakowski, an Erich Weinert und Friedrich Wolf, an Bertolt Brecht, der mit der Herbeiz seiner Sprache, durch die Klarheit seiner Beweisführung, den Menschen zeigte, was sie tun müssen. Die Aufforderung, den Frieden gegen die Kriegsbrandstifter zu verteidigen, finden wir in den wenigen Zeilen:

„Das große Carthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten; noch bebenvornach nach dem zweiten; es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.“<sup>15)</sup>

Die Pflichten des sozialistischen Schriftstellers sind mannigfaltig, aber sie sind schön, weil sie einer großen Sache dienen: dem Sozialismus, dem Glück der Menschheit.

Unsere Gegner behaupten, die Parteilichkeit des sozialistischen Schriftstellers und die damit verbundenen Pflichten würden seine künstlerische Freiheit beschränken. Neue Nahrung erhielt diese Ansicht, als ungarische Schriftsteller, die der Partei den Rücken kehrten, die Parole der „unbegrenzten Freiheit der Literatur“ ausgaben.

Aber die Frage nach der Freiheit kann man nicht losgelöst vom Klassenstandpunkt betrachten; auch in der Literatur ist das nicht möglich. Jede herrschende Klasse gewährt die Freiheit, die ihrer Herrschaft dient. Im Kapitalismus muß sich das Proletariat in sehr schweren, entbehrungsvollen Kämpfen gegen die Bourgeoisie die elementarsten Freiheiten erringen. Allerdings versucht die Bourgeoisie mit Hilfe ihrer Philosophen, Pastoren, Wissenschaftler und Künstler dem Volke weiszumachen, daß alle Menschen im bürgerlichen Staat die gleiche Freiheit hätten. Das ist eine Lüge. Der Roman von Ursula Rühl „In Sachen Mensch“ wurde für die gesamte deutsche Bundesrepublik beschlagnahmt, weil sich die Autorin gegen bestimmte korrupte Machenschaften einer Kleinstadtbürokratie wendet. So sieht die „Freiheit“ des Schriftstellers aus.

Der Intendant Heinz Hilpert aus Göttingen, der Eduard von Winterstein zum Ehrenmitglied seines Theaters erklären wollte, hatte nicht die Freiheit, den Künstler in seinem Theater zu ehren, da die Adenauer-Beörden im „Namen der Freiheit“ dagegen Sturm hiefen.

Vor über hundert Jahren bewiesen Karl Marx und Friedrich Engels im Manifest der Kommunistischen Partei, daß die Bourgeoisie den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt. Demzufolge verlangt sie auch die Dichtungen, die Predigten, die wissenschaftlichen Ergebnisse, die ihrer Herrschaft nutzen.

Die Bourgeoisie vermag diese Macht auszuüben, da sie im Besitz der Presse, der Verlage, heute des Rundfunks, des Films, des Fernsehens ist. Sie hat die ökonomische

<sup>15)</sup> Offener Brief an die deutschen Künstler und Schriftsteller, 28. September 1951.

50X1-HUM

mische Macht. Wer der Bourgeoisie im Kapitalismus den Dienst aufsaugt, hat es schwer genug und muß unter Umständen sein Leben hergeben, so frei ist er!

Hat das Proletariat die Macht erobert, muß es seine Freiheit auf allen Gebieten verteidigen. „Freiheit für wen“ muß die Fragestellung heißen. Freiheit für alle diejenigen, die für die Arbeiterklasse und ihren Staat arbeiten, keine Freiheit für die Feinde des Arbeiter- und Bauern-Staates. Die Freiheit des Proletariats ist die Freiheit der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl. Bereits daraus resultiert, daß die Freiheit des Proletariats und der mit ihm verbundenen Schichten im eigenen Staat weitaus umfassender ist, als sie im bürgerlichen Staat jemals sein konnte. Die Schriftsteller, Wissenschaftler sind nicht mehr bezahlte Lohnarbeiter, sie sind geachtete Bürger, die von der Fürsorge des Arbeiter- und Bauern-Staates umgeben sind. Mit der ökonomischen Macht der Arbeiterklasse wird dem Künstler und Wissenschaftler seine neue gesellschaftliche Stellung ermöglicht.

Die Arbeiterklasse hat aber mit ihrer führenden Rolle im Staat auch die Führung auf ideologischem Gebiet. Sie hat die Freiheit, ihre Ideologie zu vertreten und zu verteidigen, weil das eine Lebensfrage für die Arbeiterklasse ist. Sie kann es nicht dulden, wenn literarische Werke erscheinen, die die Arbeiterklasse in den Schmutz ziehen oder die den Krieg verherrlichen. Hier hört die Freiheit auf, hier gibt es keine „absolute Freiheit für die Literatur“. Diejenigen, die diese These vertreten, vertreten die bürgerliche Ideologie.

Aber im Rahmen des sozialistischen Humanismus sind den Künstlern sehr große Möglichkeiten gegeben, was die Weite der Thematik, die Vielfalt der Genres betrifft. Die Grenze liegt beim Antihumanen. — Bertolt Brecht hat das mit folgenden Worten ausgedrückt:

- „Völlige Freiheit des Buches — mit einer Einschränkung.
- Völlige Freiheit des Theaters — mit einer Einschränkung.
- Völlige Freiheit der bildenden Kunst — mit einer Einschränkung.
- Völlige Freiheit der Musik — mit einer Einschränkung.
- Völlige Freiheit des Films — mit einer Einschränkung.

Die Einschränkung: Keine Freiheit für Schriften und Kunstwerke, welche den Krieg verherrlichen oder als unvermeidbar hinstellen, und für solche, die den Völkerverhaß fördern.“<sup>15)</sup>

In seiner Arbeit „Parteiorganisation und Parteiliteratur“ sagte Lenin bereits, daß die bürgerliche Freiheit eine einzige Heuchelei ist. Dieser bürgerlichen „Freiheit“ stellen wir die Literatur gegenüber, die offen mit dem Proletariat verbunden ist. Lenin sagt, weshalb diese Literatur des Proletariats frei ist:

„Das wird eine freie Literatur sein, weil nicht Gewinnucht und Karriere, sondern die Idee des Sozialismus und das Mitgefühl mit den Werktätigen neue Kräfte für ihre Reihen werden werden.“

<sup>15)</sup> Offener Brief an die deutschen Künstler und Schriftsteller vom 24. September 1931.

Das wird eine freie Literatur sein, weil sie nicht einer übersättigten Heldin, nicht den sich langwellenden und an Fettsucht leidenden oberen Zehntausend, sondern den Millionen und Abermillionen Werktätigen dienen wird, die die Blüte des Landes, seine Kraft, seine Zukunft verkörpern.“<sup>16)</sup>

Der Sozialismus hat eine solche Anziehungskraft, daß sich viele bedeutende Künstler von ihm angezogen fühlen und mit ihrer Arbeit den sozialistischen Staat unterstützen, auch wenn sie keine Marxisten sind oder nicht Parteimitglieder werden wollen.

Auch diese Künstler sind frei in einem sozialistischen Staat, weil der Sozialismus die Liebe zum Menschen, zum Frieden, die Verteidigung der Humanität einschließt. Da der sozialistische Staat diesen Künstlern eine wirkliche Heimat gibt, sind sie auch treue Freunde dieses Staates und unerbittliche Feinde von Aggressoren.

Dieses Leben beweist, daß im sozialistischen Staat kein Gegensatz zwischen kommunistischer Parteilichkeit im künstlerischen Werk und der Freiheit des literarischen Schaffens besteht. Freiheit und Parteilichkeit dienen beide der Arbeiterklasse und ihren Interessen. Dieser Klassenstandpunkt bedingt, daß das Proletariat als herrschende Klasse seinen Künstlern und Schriftstellern, deren Werke von kommunistischer Parteilichkeit durchdrungen sind, soviel Freiheit gewährt, wie es keine bisher herrschende Klasse tun konnte. Darüber hinaus herrscht volle künstlerische Freiheit für die Schriftsteller, deren Werke für den Frieden, für den Humanismus Partei ergreifen. Im Sozialismus sind Freiheit und Parteilichkeit keine Gegensätze, sondern sie bedingen sich gegenseitig. Diese Freiheit ist nicht auf die Künstler beschränkt, sondern sie umfaßt alle mit dem Proletariat verbundenen Klassen und Schichten, sie ist ein Wesenszug des proletarischen Staates

II.

Die Lenkung des Staates durch das siegreiche Proletariat erfordert eine feste, zuverlässige Front sozialistischer Schriftsteller. Die Bedeutung des Artikels „Parteiorganisation und Parteiliteratur“ ist im sozialistischen Staat nicht verringert, sondern erweitert sich. Die Übernahme der Schulen, Bibliotheken, Verlage, Druckereien durch die Arbeiterklasse erfordert eine Kulturpolitik, die die Macht der Arbeiterklasse sichert, die die Durchdringung des geistigen Lebens mit sozialistischem Gedankengut gewährleistet.

Es gibt bedeutende Beschlüsse der Arbeiterparteien in den sozialistischen Ländern, die sich mit literarischen Problemen befassen; in Gesetzen und Anordnungen der Staatsmacht findet der Wille der Arbeiterklasse seinen Ausdruck.

Im Oktober 1920 schrieb Lenin einen Resolutionsentwurf, der sich mit der Führung des Proletariats auf dem Gebiet des gesamten Bildungswesens befaßte. In dieser Resolution sagt Lenin:

„In der Sowjetrepublik der Arbeiter und Bauern muß das ganze Bildungswesen — sowohl auf dem

<sup>16)</sup> W. I. Lenin, Parteiorganisation und Parteiliteratur, in W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. VIII, Verlag für Literatur und Politik, Wien-Berlin 1931, S. 526/527.

Gebiet der politischen Bildung im allgemeinen als auch im besonderen auf dem Gebiet der Kunst — durchdrungen sein vom Geist des Klassenkampfes des Proletariats für die erfolgreiche Verwirklichung der Ziele seiner Diktatur . . .“<sup>17)</sup>

In der Resolution wird weiter betont, daß die Parteiorganisationen den aktivsten Anteil an dieser Arbeit zu leisten haben. Die Resolution hebt die Bedeutung der marxistischen Weltanschauung für das Proletariat und des Marxismus für die Kunst und Literatur hervor. Gerade weil der Marxismus die wertvollsten Erbkens und der menschlichen Kultur in sich verarbeitet, ist er — verbunden mit der praktischen Erfahrung der Diktatur des Proletariats — die einzig mögliche Grundlage für die proletarische Kulturentwicklung.

Nach den Interventionskriegen, in der Periode der NOP, befaßte sich die Partei erneut mit Problemen der literarischen Entwicklung. In der Resolution der KPR (B) vom Jahre 1925 wurde eine umfassende Aufgabenstellung im Zusammenhang mit den notwendigen Arbeitsmethoden gegeben. In dieser Resolution zeigt sich die prinzipielle Wirkung solcher Arbeiten Lenins, wie des Artikels „Parteiorganisation und Parteiliteratur“ in einem proletarischen Staat.

In den 16 Punkten der Resolution werden wichtige Probleme für die literarische Arbeit behandelt:

Die Kulturrevolution ist eine Voraussetzung für den weiteren Vormarsch zur kommunistischen Gesellschaft, hervorgehen wird dabei, daß der Klassencharakter in Kunst und Literatur in vielfältigeren Formen zum Ausdruck kommt als zum Beispiel in der Politik. Das bedeutet jedoch nicht, die Führung auf diesem Gebiet aus der Hand zu geben. Deshalb heißt es in der Resolution:

„Das Proletariat muß, um seine Führung zu behaupten, zu festigen und ständig zu erweitern, entsprechende Positionen an einer ganzen Reihe von Abschnitten — an der ideologischen Front besetzen . . . Ebenso muß die Eroberung von Positionen auf dem Gebiet der schöngestigsten Literatur früher oder später zur Tatsache werden.“

In der Resolution wird besonders vermerkt, daß diese Aufgaben sehr kompliziert sind. Die Ursache besteht darin, daß das Proletariat innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft keine Möglichkeit hat, sich auf dieses Aufgabengebiet schon irgendwie vorzubereiten. In der Resolution werden bestimmte Prinzipien für die Kritik an literarischen Erscheinungen aufgestellt, die heute aktuell sind, da auch einige Literaturwissenschaftler auf dem Gebiet der Literaturkritik die ideologische Koexistenz vertreten.

„Die kommunistische Kritik geht nicht ein Jota von der proletarischen Ideologie ab, sie deckt den objektiven Klasseninhalt der verschiedenen literarischen Werke auf und muß schonungslos gegen konterrevolutionäre Erscheinungen in der Literatur kämpfen . . . und gleichzeitig größten Takt, größte Vorsicht und größte Toleranz im Verhalten zu allen jenen literari-

<sup>17)</sup> Lenin, Ausgewählte Werke in zwölf Bänden, Bd. 9, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau-Leningrad 1936, S. 534.

schen Zwischenschichten an den Tag legen, die mit dem Proletariat gehen können und mit ihm gehen werden.“

Die konsequente Verwirklichung der Leninschen Prinzipien der Parteiliteratur finden wir in der Bildung des einheitlichen Verbandes der Sovjetschriftsteller 1932. Durch den Bund der sowjetischen Schriftsteller wurden die literarischen Gruppierungen, die sich im Laufe der Zeit hemmend auf die Kulturentwicklung ausgewirkt hatten, aufgelöst. Mit diesem Beschluß des ZK der KPFSU (B) wurde die Front der sozialistischen Schriftsteller gefestigt und vergrößert. Auf dem 1. Sowjetischen Schriftstellerkongreß 1934 wurde in das Statut des Schriftstellerverbandes der sozialistische Realismus als die beste Schaffensmethode proletarischer Schriftsteller aufgenommen.

In den schweren Jahren des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und vor allem während des Großen Vaterländischen Krieges standen viele Sovjetschriftsteller dem kämpfenden Volk mit hervorragenden Werken zur Seite, verteidigten viele mit ihrem Leben das Vaterland.

Die junge Sowjetliteratur hatte große Künstler aufzuweisen. Scholodow, Somfinowitsch, Gladkow, Ostrowski, Fadejew, Ilya Ehrenburg, A. Tolstoi, um einige zu nennen, schufen dieser Literatur Ruhm und Anerkennung.

Nach dem Kriege machte sich in einigen Literaturzeitschriften ein Absinken des ideologischen Niveaus bemerkbar. In den Leningrader Zeitschriften „Swesda“ und „Leningrad“ wurden literarische Arbeiten veröffentlicht, die dekadente Züge aufwiesen und die Sozialemenschen verunglimpften. Diese Werke hatten vor allem eine negative Auswirkung auf die Jugend. Die Redaktion dieser Zeitschriften, das leitende Parteiorgan Leningrad und diese Schriftsteller hatten Lenins Weisung vergessen, daß die proletarische Literatur den einfachen sowjetischen Werktätigen zu dienen habe. Ähnliche Tendenzen gab es im Film, im Theater, in der Musik.

Das ZK der Partei nahm im August 1946 zu diesen Erscheinungen Stellung und zeigte die gefährliche Wirkung solcher desorientierender Werke und wies den Künstlern den richtigen Weg.

Es gab bei der Verwirklichung dieser Beschlüsse dogmatische Einengungen und in der Folge durch bestimmte Auswirkungen des Personenkultus Fehler in der Kulturpolitik. Der XX. Parteitag der KPFSU, der den Weg zur Überwindung des Personenkultus wies, zeigte auch gleichzeitig, daß diese Fehler nicht das Dominierende in der Kulturpolitik waren, sondern daß nach wie vor die Leninschen Prinzipien befolgt wurden.

Es ist eine Verdrehung der Tatsachen, wenn Literaturwissenschaftler in einigen Ländern glauben machen wollen, die Kulturpolitik auf literarischem Gebiet habe aus Dogmatismus und Personenkultus bestanden. Die sowjetischen Schriftsteller haben nach dem XX. Parteitag und während der konterrevolutionären Ereignisse in Ungarn ihren sozialistischen Staat gegen alle feindlichen Anschuldigungen verteidigt.

Ilya Ehrenburg sagte: „Als einige Schriftsteller, Gelehrte und Künstler sahen, daß wir einzelne Fehler unserer Vergangenheit verurteilten, begannen sie alle Errungenschaften der



Sowjetgesellschaft und Sowjetkultur in Zweifel zu ziehen... Die Sowjetkultur ist keine Eintagsfliege, sondern eine große historische Erscheinung, die man nicht in einem Ausbruch von Gekränktheit oder Ärger hinwegfegen kann... All unsere Erfolge und unsere Mißerfolge beruhen darauf, daß wir ein neues Haus bauen und uns nicht mit der Renovierung eines alten begnügen, daß wir schreiben und nicht abschreiben.<sup>10)</sup>

Auch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands befolgte in ihrer Kulturpolitik die Weisungen Lenins. Die besten Schriftsteller wie Johannes R. Becher, Erich Weinert, Willi Bredel, Anna Seghers oder Hans Marchwitza standen ihr dabei zur Seite. Dem deutschen Volk mußte nach 12 Jahren Faschismus der Weg zu neuen Lebensidealen gewiesen werden. Es galt, den Faschismus mit Hilfe der Kunst und Literatur auch ideologisch auszurotten. An Stelle der faschistischen Ideologie mußten die Ideen des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus in den Menschen wirksam werden. Das war eine gewaltige Arbeit, die die Partei nur erfüllen konnte, wenn auch die Künstler und Schriftsteller der Partei in ihrem Kampf halfen.

„Das siebte Kreuz“ von Anna Seghers, Johannes R. Bechers Volkslieder, Willi Bredels Romane oder Stefan Hermlins-Gedichte halfen vielen Menschen eine neue Welt erschließen.

Durch die Spaltung Deutschlands, die von den Imperialisten herbeigeführt wurde, wuchs die Verantwortung der deutschen Schriftsteller in unserer Republik für die gesamte deutsche Kultur.

Auf der 5. Tagung des Zentralkomitees im März 1951 stand in der Diskussion der Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands auch auf dem Gebiet der Kulturpolitik im Mittelpunkt. Die Erziehung der Werktätigen kann nur im Kampf gegen die feindliche Ideologie erfolgen, Lauthet und Versöhnertum sind hier nicht zu dulden.

Für die Künstler und Schriftsteller bedeutete das, einen konsequenten Kampf gegen formalistische Werke aufzunehmen. Auf dem 5. Plenum wurden Beispiele des Formalismus genannt und die Rolle der formalistischen Kunst nachgewiesen.

„Die Entschließung des 5. Plenums“  
 „Für den Formalismus ist weiter kennzeichnend die Abkehr von Menschlichen, von der Volkstümlichkeit der Kunst, das Verlassen des Prinzips, daß die Kunst Dienst am Volke sein muß.“<sup>11)</sup>

Den Literaturschaffenden wird der Vorwurf gemacht, daß sie trotz vieler Erfolge hinter den Forderungen des Tages zurückbleiben. Es kommt darauf an, eine Literatur zu schaffen, die bei der Lösung der großen Lebensfragen des deutschen Volkes hilft.

Diese große Aufgabe war aber, nur zu bewältigen, wenn eine realistische Kunst, die sich am Beispiel der Sowjetunion und am eigenen nationalen Kulturerbe orientiert, geschaffen wird.

Die Entschließung endet mit dem Versprechen, „daß die Kulturschaffenden in der DDR alle Unterstützung durch unsere Partei haben werden, um das

Zurückbleiben auf kulturellem Gebiet zu überwinden und die Literatur und Kunst zu einer mächtigen Waffe des deutschen Volkes im Kampf um die Lösung seiner Lebensfragen zu gestalten.“<sup>12)</sup>

Die 5. Tagung des ZK ist ein eindeutiger Beweis, daß unsere Partei die Leninschen Prinzipien in der Kulturpolitik beachtet, die verlangen, daß die Literatur aufs engste mit der Partei verbunden ist, daß keine der Partei fremden Einflüsse in die Literatur gelangen.

Im Jahre 1953 wurde begonnen, einige Maßnahmen, die sich auf dem Gebiet der Literatur als engherzig erwiesen, zu korrigieren.

Die Partei betonte, daß den Künstlern die Auffassungen der Partei über die Entwicklungswege von Kunst und Literatur in geduldigen und freundschaftlichen Aussprachen erklärt werden sollen. Diese Auffassungen dürfen in keinem Fall administrativ aufgezwungen werden.

Die Folge der eingeleiteten Maßnahmen war ein wachsendes Vertrauensverhältnis zu Staat und Partei. Die richtige Arbeit unserer Partei auf dem Gebiet der Kulturpolitik bewährte sich in den Tagen, als unsere Gegner, ermuntert durch die ungarischen Ereignisse, glaubten, auch eine Lücke in die Front der sozialistischen Schriftsteller der DDR reißen zu können. Das ist ihnen nicht gelungen. Schwankungen traten aber bei einigen Literaturwissenschaftlern auf. Die ungarischen Ereignisse lehrten uns, daß jedes Abweichen von der Parteilinie vom Gegner ausgenutzt wird. Die ungarischen Schriftsteller, die nicht mehr die Sache des Proletariats vertreten, luden eine große Schuld auf sich. Ungarn lehrt auf neue, daß es kein Mittelglied zwischen bürgerlicher und proletarischer Ideologie gibt.

Das 30. Plenum unserer Partei hat in seinem Beschluß den Aufgaben des ideologischen Kampfes großen Raum gegeben. Erneut spricht aus diesen Darlegungen, die sich der Zusammenarbeit mit den Schriftstellern, Wissenschaftlern und Künstlern zuwenden, der Geist der Leninschen Prinzipien der Kulturpolitik.

Das Plenum stellt der gesamten Partei die Aufgabe, die Zusammenarbeit mit der Intelligenz zu verbessern, nicht die ganze Intelligenz über einen Kamm zu scheren. Wiederrum wird betont, daß die Methode des Administrierens auf keinen Fall angewandt werden darf.

Lenin hatte in seinem Artikel „Parteiorganisation und Parteiliteratur“ gesagt:

„Uns liegt der Gedanke fern, irgendein einseitiges System oder die Lösung der Aufgabe durch ein paar Bestimmungen verkünden zu wollen. Nein, von einem Schematismus kann auf diesem Gebiet am allerwenigsten die Rede sein.“<sup>13)</sup>

Aber das Mittel, das die künstlerische Intelligenz davon bewahrt, den Boden unter den Füßen zu verlieren, ist die echte Verbindung mit der Arbeiterklasse. Das wird auf dem 30. Plenum sehr stark betont und auch damit wird ein Leninsches Prinzip erfüllt.

<sup>10)</sup> Ebenda, S. 46.  
<sup>11)</sup> W. I. Lenin, Parteiorganisation und Parteiliteratur, in: W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. VIII, Verlag für Literatur und Politik, Wien-Berlin 1931, S. 284.

Michail Scholochow hatte auf dem XX. Parteitag der KPdSU die schlechte Frage gestellt: „Welcher Schriftsteller ist mit einer Arbeiterfamilie befreundet?“ Das 30. Plenum stellt die Aufgabe, daß die Schriftsteller und Künstler sich in den Betrieben, den Maschinen-Traktoren-Stationen und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wie zu Hause fühlen müssen. Es geht uns dabei um die Bereicherung des geistigen Lebens in unserer Republik. Das wird nur möglich sein, wenn die Schriftsteller und Künstler das Große unserer Epoche dort sehen, wo es zu finden ist und es in vielfältiger Weise gestalten.

Das Große unserer Epoche sehen, sich mit ihm künstlerisch auseinandersetzen, bedeutet, bürgerlichen Ballast abzuwerfen, und feindliche Ansichten leichter zu erkennen und ihnen entgegenzutreten zu können.

### III

Der Revisionismus auf dem Gebiet des literarischen Schaffens machte sich nach dem XX. Parteitag der KPdSU in dem Versuch einer „Revision“ des sozialistischen Realismus bemerkbar. Literaturwissenschaftler in Ungarn, Polen, auch in der DDR, brachten mehr oder weniger verkaulert ihren Zweifel oder ihre Ablehnung zum Ausdruck.

In Ungarn war es vor allem Georg Lukacs, der, auf der Position einer ideologischen Koexistenz stehend, den sozialistischen Realismus mit bestimmten dogmatischen Einengungen auf dem Gebiet der Kulturpolitik gleichsetzte. Er sprach von der „starren und dogmatischen Auffassung der Parteilichkeit im Geiste des ökonomischen Subjektivismus“ und der „sogenannten marxistischen Kritik, die außer Lob und Niedererknützelung keinen vermittelnden Standpunkt kannte.“

Er verlangte statt dessen:

„Die Aufgabe des Marxismus wäre es, das ganze Feld zu überblicken, die Werke unvoreingenommen vom Gesichtspunkt der Koexistenz, der jetzigen Strategie aus zu beurteilen und jede Bewegung des wahren zeitgemäßen Fortschritts mit Hilfe der marxistischen Kritik zu unterstützen.“<sup>14)</sup>

Es geht Lukacs dabei um die verstärkte Anerkennung der Werke des kritischen Realismus, dem er noch eine große Zukunft voraussagt, wenn man den Sinn seiner Arbeit in diesem Abschnitt untersucht. Da der gesamte Artikel von einer „antiosowjetischen Tendenz durchzogen“ ist und für die sozialistische Literatur nur die Worte „Schematismus“, „mittelmäßig“ findet und behauptet, daß in der sozialistischen Literatur die Perspektive bereits als Wirklichkeit gezeigt wird, so ist diese Arbeit u. a. auch gegen den sozialistischen Realismus gerichtet.

Nun zeigt die sozialistische Kulturpolitik allein in der Deutschen Demokratischen Republik, daß die Werke der kritischen Realisten nicht unterschätzt werden; in jeder Grund- und Oberschule, den Parteschulen mit Mehrjahreslehrgängen und vielen anderen Institutionen werden diese Werke vermittelt, die Aufgabenziffern der Werke kritischer Realisten sind sehr hoch. Es ist eine Sache, die Werke dieser Künstler in ihrer vollen Be-

deutung zu würdigen, und eine andere, sich darüber auseinanderzusetzen, ob die Probleme der Gegenwart allumfassend und historisch richtig mit dieser Methode gestaltet werden können. Niemand wird abstreiten, daß mancher bürgerliche Künstler noch interessante und gute Werke schaffen kann, wenn er ehrlich versucht, sich mit den Erscheinungen der kapitalistischen Welt auseinanderzusetzen; aber wird er die ganze Tiefe der Problematik erfassen, wenn er die Klassenkräfte heute in der Welt nicht richtig erkennt? Wir erleben heute, daß viele begabte Künstler aus dem Bürgertum ihre Begabung an nichtige Stoffe verschwenden, sicher doch, weil sie mit den entscheidenden gesellschaftlichen Dingen nicht fertig werden.

Wir werten die Kunstwerke grundsätzlich nicht „unvoreingenommen vom Gesichtspunkt der Koexistenz“, sondern vom marxistischen Klassenstandpunkt, der auch in der Kunstkritik dem vollen Wert literarischer Werke gerecht wird. Daß es auf diesem Gebiet vieles zu verbessern gibt, ist bekannt. Es kommt vor allem darauf an, der Anwendung der künstlerischen Mittel mehr Beachtung zu schenken. Das gilt für Werke des sozialistischen Realismus genauso wie für alle anderen. Aber das hat nichts mit ideologischer Koexistenz zu tun, sondern mit einer umfassenderen Anwendung marxistischen Wissens. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Methode des sozialistischen Realismus, die sich auf eine revolutionäre Weltanschauung stützt, die künstlerische Methode ist, die am umfassendsten die Erscheinung des heutigen Lebens richtig widerspiegelt kann.

Wenn sich Professor Hans Mayer über die Gegenwartslage unserer deutschen Literatur äußert („Sonntag“ 2/1957), so läuft seine Betrachtung, die er um die Feststellung

„Der Tisch unserer Literatur ist kärglich gedeckt. Wir durchleben magere Jahre“

gruppiert, auch auf ein Verächtlichmachen der Werke des sozialistischen Realismus hinaus. Hans Mayer erwähnt mehrmals als nachahmenswertes Beispiel für das Neuererum in der deutschen Literatur Johannes R. Becher, aber was Johannes R. Becher über das Entstehen unserer neuen Nationalliteratur auf dem IV. Deutschen Schriftstellerkongreß sagt, nimmt Hans Mayer nicht zur Kenntnis. Der Dichter sagte dort:

„Die Große Sozialistische Oktoberrevolution war die eigentliche Geburtsstunde unserer Literatur. An ihrer Größe ist auch unsere Literatur gewachsen und groß geworden...“<sup>15)</sup>

Johannes R. Becher verwies darauf, daß keine Literatur von ihrer Größe sprechen könne, wenn sie nicht etwas Neues zu verkünden habe. Wir haben bei uns etwas Neues zu verkünden, dieses Neue ist großartig, aber gerade weil es neu ist, müssen sich die Künstler erst Schritt für Schritt den neuen Stoff erarbeiten,

„aber dieser Inhalt, dieser Rohstoff, sei in aller Bescheidenheit und Entschiedenheit betont, ist goldhaltig im Gegensatz zu dem sogenannten künstlerisch verarbeiteten Material, das die bürgerliche Literatur zu liefern hat.“<sup>16)</sup>

<sup>14)</sup> IV. Deutscher Schriftstellerkongreß, Heft 2, S. 12.

<sup>15)</sup> Ebenda, Heft 1, S. 23.

<sup>16)</sup> „Aufbau“ 2/1956, S. 75.

Hans Mayer sieht aber diese goldhaltige Literatur nicht, die uns zwar noch keine Fülle von überragenden neuen Werken schenkte, aber doch mit einer Reihe recht interessanter und guter Bücher unserem jungen sozialistischen Staat Ehre machen. Statt als Literaturwissenschaftler diese „goldhaltigen Werke“ aufzuspüren, zu analysieren, wie dieses Gold erreicht wurde, um damit vielen jungen Künstlern die Arbeit zu erleichtern, spricht Professor Mayer vom „Krisenzustand“ und „Krankheitszustand“ unserer Literatur. Auch bei ihm wird die Literatur des sozialistischen Realismus nur mit der schematischen Darstellung der Wirklichkeit etikettiert. Niemand bestreitet, daß die Erscheinungen des Schematismus, der Schönfärberei noch nicht überwunden sind, jedoch unsere gesamte Gegenwartsliteratur nur unter diesem Aspekt zu betrachten, ergibt ein völlig falsches Bild.

Professor Mayer spricht am Schluß seines Artikels davon, daß man bei der Wertung literarischer Werke vom Kunstwerk ausgehen müsse und nicht von Begriffen wie ‚realistisch‘, ‚typisch‘, ‚positiv‘ und dergleichen. Vorher stellte er fest, daß wir jahrelang mit scheinbar gesicherten Begriffen gearbeitet haben, die sich als wenig gesichert herausstellten.

Es ist selbstverständlich richtig, daß bei der Literaturkritik vom Werk selbst ausgegangen werden muß und nicht der Versuch unternommen werden darf, ohne dem Kunstwerk selbst gerecht zu werden, es in bestimmte Begriffe zu pressen. Aber spricht das gegen die Begriffe selbst? Sollen wir die Begriffe ‚realistisch‘, ‚typisch‘ — sozialistischer Realismus über Bord werfen, weil es der marxistischen Literaturkritik nicht vollständig gelungen ist, der vollen Bedeutung der Begriffe gerecht zu werden? Nicht die Begriffe sind unsicher, sondern ihre Anwendung muß richtiger, dem Kunstwerk entsprechender erfolgen. Der Begriff „sozialistischer Realismus“ ist nicht falsch, weil vielleicht eine Reihe Literaturwissenschaftler oder Kritiker Brechts „Galilei“ davon ausgeschlossen haben, sondern klar muß sein, daß der Begriff „sozialistischer Realismus“ die vielfältigsten Genres und Stilarten einschließt, daß also die Anwendung des Begriffes vertieft werden muß.

Der polnische Literaturwissenschaftler Toeplitz vertritt die Auffassung, daß der Begriff „sozialistischer Realismus“ administrativ in der Sowjetunion angeordnet wurde.

„Der als monopolistisches Programm und einzige Richtung in der Kunst lancierte sozialistische Realismus hatte die praktische Aufgabe, die Kunst angesichts der Abkehr von der Demokratie zu neutralisieren und... der Diktatur untertan zu machen.“<sup>23)</sup>

Das sind üble Einstellungen historischer Tatsachen. Es bestanden lange — bevor der Begriff „sozialistischer Realismus“ überhaupt geprägt wurde, Werke, die wir ihm heute zurechnen. Willi Brede und Alfred Kurella, die Gorki noch persönlich kannten, können uns berichten, daß es zu diesem Begriff als Ergebnis langer Auseinandersetzungen über verschiedene literarische Strömungen in der Sowjetliteratur kam.

Es gab in den dreißiger Jahren bestimmte naturalistische Tendenzen und eine romantische Strömung,

die aber das Romantische nur in der Vergangenheit sah. Im Kampf gegen diese Literaturauffassung wurde der Begriff des sozialistischen Realismus geprägt. Diese Methode, die die Wirklichkeit vom proletarischen Standpunkt künstlerisch erfäßt, und in dieser Wirklichkeit die Zukunft bereits zu gestalten vermag, wurde von den besten Schriftstellern erfolgreich angewandt. Je größer die politische und weltanschauliche Reife der Schriftsteller war, um so besser vermochten sie im Sinne dieser sozialistischen Methode zu arbeiten. Es ist nicht möglich, eine literarische Schaffensmethode „anzuordnen“, weil diese Methode einen weltanschaulichen Prozeß bedingt, den man ebenfalls nicht administrieren kann. Der sozialistische Realismus wurde auf dem I. Schriftstellerkongreß 1934 zum Programm erhoben und im Statut aufgenommen, weil er die Methode ist, mit der man am besten die Probleme der Menschen, die dem Sozialismus zustreben oder ihn bereits erbauen, literarisch erfassen kann.

Völlig haltlos erweist sich die These der Administration des sozialistischen Realismus, wenn man darauf verweist, daß der sozialistische Realismus nicht auf die Sowjetunion beschränkt ist. In allen Ländern der Welt, wo Schriftsteller des Proletariats im Sinne dieser Klasse zur Feder greifen, entstehen Werke im Sinne dieser Methode. Kann man wirklich so naiv sein, und glauben, überall hätte ein Administrator den sozialistischen Realismus befohlen?

So naiv ist Toeplitz natürlich auch nicht. In der Aufgabe, die er dem sozialistischen Realismus zuweist, nämlich, „der Diktatur untertan zu machen“, zeigt er klar, worauf er hinauswill. Es geht ihm um eine Verunglimpfung der sozialistischen Literatur und um eine Verunglimpfung der Sowjetunion, ganz zu schweigen von der Beleidigung, mit der er die sowjetischen Schriftsteller bedenkt. Scholochows, Fadejevs, Fedins, Ehrenburgs Werke, die Millionen von Menschen in der Sowjetunion und Millionen in aller Welt zu einem Quell der Freude, des Mutes, der Siegesgewißheit wurden, die zu einem schönen Menschentum führten, sie sollten, nach Toeplitz, einzig den Zweck verfolgen, einer „Diktatur“ untertan zu machen? Von solchen schmutzigen Methoden der „Literaturbetrachtung“ distanzieren wir uns.

Die besten Schriftsteller und Literaturwissenschaftler verurteilen diese Auffassungen und verteidigen damit den sozialistischen Realismus und zugleich die Sowjetunion. Geleugnet wird keineswegs, daß es in der Kunstwissenschaft in bezug auf den sozialistischen Realismus viele Probleme zu lösen gilt, aber diejenigen, die mit dem Zweifel am sozialistischen Realismus die sozialistische Denkweise verraten wollen, werden dabei nicht auf ihre Rechnung kommen.

Das Gebiet der Literatur ist nicht von der Politik zu trennen, die sozialistischen Schriftsteller und ihre Freunde wissen das sehr gut.

Auf der Delegiertenkonferenz der Schriftsteller der Deutschen Demokratischen Republik im Februar dieses Jahres wird in der Resolution dieser Zusammenhang erneut sichtbar. Im 2. Punkt der Resolution heißt es:

„Die Welt hat zwischen Katastrophe und Koexistenz zu wählen. Einen dritten Weg gibt es nicht...“<sup>24)</sup>

Nach der wichtigen Feststellung, daß der Schriftsteller an diesen Vorgängen nicht achtlos vorübergehen kann, bekennen sich die Schriftsteller in ihrer künstlerischen Methode aufs neue zum sozialistischen Realismus. Die Resolution schließt mit einem Bekenntnis zur Deutschen Demokratischen Republik und zur Sowjetunion, „heute wie immer das große Arbeiter- und Bauernland, Freund- und Helfer, Hoffnung der Menschheit.“

Diese Resolution war der Abschluß einer gründlichen, von Verantwortungsbewußtsein erfüllten Aussprache.

Die sozialistischen Schriftsteller in aller Welt stehen der Partei zuverlässig zur Seite. Sie wissen, daß ihre Werke denen dienen sollen, die für das Glück der Menschheit arbeiten, daß sie ihren Weg nur an der Seite der Partei und des Arbeiter- und Bauern-Staates finden können.

Wir begehen in diesem Jahr den 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Die Kulturrevolution in allen sozialistischen Staaten schreitet voran. Die geniale Arbeit Lenins „Parteiorganisation und Parteiliteratur“ begleitet sie auf ihrem Siegeszug!

<sup>23)</sup> Zitiert nach „Neue Deutsche Literatur“ 2/1951, S. 142.

<sup>24)</sup> „Sonntag“, 7/1951, S. 3.

INHALT:

Oskar Hinckel: Die Aprilthesen Lenins. Der Plan des Überganges von der bürgerlich-demokratischen Revolution zur sozialistischen Revolution .....	3
Prof. Heinz Abraham: Zu einigen Fragen des Kampfes der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in der Periode des Übergangs zur friedlichen Arbeit an der Wiederherstellung der Volkswirtschaft (1921—1925) .....	14
Larbi Bouhali, erster Sekretär der Kommunistischen Partei Algeriens: Der Befreiungskampf des algerischen Volkes .....	34
Werner Toerne: Zur Herausgabe des Lesematerials zu einigen Fragen des Parteaufbaus (Auszüge aus Werken W. I. Lenins) .....	40
Heinz Kurze: Zu einigen Problemen der nationalen und kolonialen Frage .....	44
Helmut Meizer: Die Erfahrungen der Pariser Kommune und einige Fragen der marxistisch-leninistischen Theorie vom Staat und der Diktatur des Proletariats. Einige kritische Bemerkungen zu den Auffassungen des Genossen Kardelj in der Staatsfrage .....	52
Walter Schellenberg: Einige Bemerkungen über die Hemmung der Entwicklung der Produktivkräfte als der grundlegenden Tendenz des Monopolkapitalismus .....	64
Heinz Wachowitz: Die aktuelle Bedeutung der Leninschen Ideen über die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft .....	70
Hella Dietz: Lenins Artikel „Parteiorganisation und Parteiliteratur“ — ein Wegweiser für unsere sozialistischen Schriftsteller und Kulturfunktionäre .....	76

Berichtigung zu „Theorie und Praxis“ Nr. 2/1957

Es muß richtig heißen:  
Seite 18, linke Spalte, in der 16. Zeile von unten „... die Anarchistlein...“.

Die Fußnoten <sup>20)</sup> und <sup>21)</sup> auf den Seiten 22 und 27 „KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen...“ russ.“.

Seite 30, rechte Spalte unten und Seite 31, linke Spalte oben, ist der Absatz 3. kein Zitat.

Seite 32, linke Spalte, letzte drei Zeilen im 4. Absatz von unten „besitz, wie unter dem Kapitalismus, und in einem streng umrissenen Rahmen der proletarischen Macht gesetzt ist“.

Seite 40, rechte Spalte, 5. Absatz von oben „Beim Studium tritt immer wieder der offensive Charakter bei der Darlegung unserer Weltanschauung durch Lenin hervor...“.

Seite 58, linke Spalte, unter 9., letzte Zeile „das Niveau des Arbeiterlohnes“.

Seite 62, rechte Spalte, erste Zeile oben „als eine selbständige und sich verselbständigende Kraft“, ferner Fußnote <sup>20)</sup> „W. I. Lenin, Staat und Revolution, in: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S 221“.

Seite 67, rechte Spalte, zehnte Zeile von unten „und, indem sie sich den Staat'apparat unterwerfen“, sechste Zeile von unten „Warenproduktion, obwohl sie nach wie vor ‚herrscht‘“ und in der dritten Zeile von unten „... den ‚Genies‘ der Finanzmächtschaften zufallen“.

Seite 70, linke Spalte, dritte Zeile im Zitat <sup>1)</sup> „dient das Parteiprogramm, dienen die taktischen Resolutionen und“.

Seite 83, rechte Spalte, Fußnote <sup>21)</sup> „Heft 1“, Fußnote <sup>22)</sup> „S. 30“.

3. 12. 1957

Aus der Wissenschaftlichen Zeitschrift der Hochschule  
für Ökonomie, Sonderheft 4 (zum 40. Jahrestag der  
Oktoberrevolution/1957). p 71

50X1-HUM

Interessante Aufsätze:

Gerhard Schmidt-Renner:

Territorial-ökonomische Grundzüge der Städteplanung  
(S. 71-79)

Dieser Aufsatz hält sich völlig ideologiefrei. Er wäre mit unwesentlichen Abweichungen in etwa auch in westlichen Zeitschriften denkbar. Dabei kommt dem Verfasser natürlich zugute, daß ein System so konsequent betriebener Durchplanung wie das der DDR die Städteplanung in einem ganz anderen Maße rationalisieren kann, als das in den Demokratien möglich ist. "Sozialistische Städteplanung" bedeutet danach einmal eine konsequent durchgeführte Städteplanung und zum anderen eine Planung, die sich in erster Linie an der Industrie orientieren muß. Schmidt-Renner geht dabei in einem Exkurs auch auf die früheren historisch bedingten Gegebenheiten der Entstehung und Entwicklung der Städte ein. Städtebildende Faktoren waren in den verschiedenen Zeiten je nach wirtschaftlichen Verhältnissen sehr verschieden.

Schmidt-Renner interessiert nun besonders das, was er die "territorialen Funktionen" der Stadt nennt. Stadt und Territorium - also die nähere Umgebung als Einzugsgebiet der Stadt - stehen in einem Wechselverhältnis, das man nach Ansicht Schmidt-Renners - wenn man die verschiedenen Funktionen kennt - rationalisieren kann. Im wesentlichen kommen dabei den Städten die Aufgaben der industriellen Produktion und einer Vielfalt von Dienstleistungen, Handelszentren usw. für die Umgebung zu, ebenso administrative und <sup>Kulturelle</sup> politische Funktionen.

Er unterscheidet dabei zwischen "Spezialstädten" und "Mischstädten". Spezialstädte haben nahezu nur eine Funktion, also Städte wie StalinStadt. Das Gros der Städte hat Mischcharakter, d.h., hier nimmt die Stadt eine ganze Reihe von Funktionen wahr. Regionales Administrationszentrum, schulischer und kultureller Mittelpunkt, Standort von Industrien, Verkehrszentren<sup>min</sup>.

Ein gewisser ideologischer Einschlag findet sich insofern, als Schmidt-Renner die Frage der "Verbundenheit von Stadt und Land" sehr ernst nimmt. Im Sozialismus - so meint er - müßte auch die natürliche Ausbeutung der Dörfer durch die städtischen Zentren, die sich z.B. in der bekannten Landflucht äußert, wegfallen. Er meint tatsächlich, daß die unter kapitalistischen Verhältnissen bekannte "allgemeine Mobilität" der Landbevölkerung, der Hang der Söhne, in die Industrie zu gehen usw., bei einer zweckmäßigen sozialistischen Planung fortfällt, also wenn man kulturelle usw. Anreize für die Landbevölkerung schafft und die Agrarproduktion wirtschaftlich organisiert. Auf die hier naheliegende Frage, warum dann in der SU und in der DDR nach wie vor die Landflucht eine solche Rolle spielt, geht er nicht ein.

Besonders auffällt schließlich noch ein Punkt:

So gut durchdacht - auch durchaus auf dem Niveau westlicher Soziologie - die meisten Gedankengänge des Verfassers sind, so widmet er aber einer sehr wesentlichen Frage überhaupt keinen Raum: der der Wohnstädte (~~in der DDR~~). Das ist um so eigenartiger, weil ja wie gesagt Schmidt-Renner gerade die Frage der Vermittlung zwischen Stadt und Land im Auge hat. Man wird daraus wohl schließen können, wofür auch - soweit mir bekannt - der Stand der DDR-Wohnraumplanung spricht, daß man überhaupt noch nicht begriffen hat, daß das Problem modernen Wohnens nicht nur die Frage ist, wie bauen wir billige, gesunde Häuser, also die Frage der Standardisierung, ~~die der~~ Typisierung usw., sondern daß es sich in erster Linie um die Frage handelt, wie die Wohnungen und Wohn-

- 3 -

viertel aussehen müssen, damit sich der Mensch im privaten Sektor - also außerhalb des Berufslebens - wohlfühlt. Das Problem gibt es offenbar im volksdemokratischen Bereich in unserer Form nicht.

- 4 -

Herbert WergoProbleme des demokratischen Zentralismus in der Haushalts-  
wirtschaft der DDR

(Wergo ist Direktor des Instituts für Staatshaushalt  
der Finanzökonomischen Fakultät der Hochschule für Ökonomie) p. 81.

Dieser Beitrag ist insoweit wichtig, als er eine recht fundierte Einschätzung darüber darstellt, wie weit im augenblicklichen Stand der Dinge die dezentralisierte Planung klappen kann. Wergo beurteilt diesen Stand ziemlich negativ. Die örtlichen Planvorstellungen geraten einstweilen noch in Konflikt mit den gesamt-staatlichen Zielsetzungen und Realisationsmöglichkeiten, weil weder die zentralen Leitungsorgane - so wie die Planerstellung zur Zeit läuft - rechtzeitig klare Vorstellungen darüber erhalten, was örtlicherseits benötigt und projektiert wird. Und weil zweitens die örtliche Verwaltung nicht genügend frühzeitig ein klares Bild über das Finanz-Volumen erhält, daß den örtlichen Verwaltungen zur Verfügung steht.

Wergo hält es für nötig, daß sich die zentralen Organe (also Fachministerien oder vielleicht in Zukunft mehr die entsprechenden Abteilungen der neuen Plankommission) rechtzeitig beratend in die lokalen Überlegungen einschalten und daß ein System von <sup>selbst differenzieren</sup> Perspektivplänen in Zusammenarbeit <sup>zwischen</sup> mit zentralen Behörden und örtlichen Organen entwickelt wird, das allein in der Lage ist, nicht nur die lokalen Wünsche zu respektieren, sondern sie auch sinnvoll jeweils mit den Wünschen der übrigen Gemeinden, Kreise usw. zu koordinieren. Im Augenblick laufe es demgegenüber doch noch weitgehend darauf hinaus, daß hinterher administrativ entschieden wird, was von örtlichen Vorhaben realisiert werden kann und was nicht bzw. daß die HA Kontrolle und Revision des Ministeriums der Finanzen bis in die Kreise und Gemeinden hinein, und zwar natürlich ohne hinreichende Kenntnis der örtlichen

- 5 -



- 5 -

Gegebenheiten hinterher gutheißt oder verdammt, wie die Mittel auf örtlicher Ebene verwirtschaftet wurden. Wergo meint, daß auch die Revision und Kontrolle der Verwendung der Haushaltsmittel völlig dezentralisiert werden muß, damit die Motive der örtlichen Organe bei der Verwendung ihrer Haushaltsmittel richtig gewürdigt werden. Auch das würde erheblich dazu beitragen, die örtliche Verwaltung zu vernünftigen Initiativen anzuregen.

Einen weiteren interessanten Hinweis gibt W. noch mit folgendem Punkt:

Bekanntlich haben die örtlichen Organe seit 1955/56 die Möglichkeit, nicht verbrauchte Haushaltsreserven nach eigenem Ermessen zu verwenden. W. hat hier Bedenken, und zwar deshalb, weil es sich dabei vielfach nicht um echt~~e~~ eingesparte Mittel handelt, sondern darum, daß durch Fehlplanungen ungerechtfertigt~~e~~ Mittel zur Verfügung gestellt wurden, die also nicht durch besonders intelligente Leistungen der unteren Organe verfügbar geworden sind, sondern die von Rechts wegen dem zentralen Haushalt gehören und nur durch die Dummheit irgendwelcher Sachbearbeiter für die Kreise und Gemeinden vorgesehen waren.

Gerald Schmidt

Die Aufgaben und Grundsätze der Preispolitik für die  
Erzeugnisse der genossenschaftlich-sozialistischen  
und der privaten Landwirtschaft der DDR p 87

Dieser Aufsatz stammt aus dem von Dr. Herbert Baum geleiteten Institut für Preise der Volkswirtschaftlichen Fakultät der Hochschule.

Auch er zeichnet sich ebenso wie die bereits besprochenen Aufsätze von Schmidt-Renner und Wergo und ~~des~~ noch zu besprechender Aufsätze von Baum selbst durch eine bemerkenswerte Realistik und relative "Ideologie-Freiheit" aus. G.Schmidt ist sich mit dem Vieweg-Kreis völlig einig darüber, daß die staatliche Lenkung der Agrarproduktion 2 Hebel viel zu wenig berücksichtigt. Einmal den der Schaffung der technischen Voraussetzung dafür, daß die Agrarbetriebe wirtschaftlich werden, und zum anderen den Hebel einer vernünftigen Preispolitik.

Die zu hohen Aufkaufpreise für Schweine und Milch vor allem in den Jahren bis 1955 haben nach Ansicht von G.Schmidt zu den bekannten heute noch wirksamen und auch heute noch monetär nicht genügend ausgesteuerten Disproportionen in der Fleisch- und Fettproduktion und zu der ebenso bedenklichen Ungleichmäßigkeit in der Rentabilität der Landwirtschaftsbetriebe geführt. Grundsätzlich hält aber G.Schmidt eine Begünstigung der tierischen Produktion gegenüber der pflanzlichen durch den Preis im Interesse des Standards der Bevölkerung nach wie vor für nötig. Den Gedanken einheitlicher ~~Erzeugungspreise~~<sup>er</sup> - also Aufhebung der Differenz zwischen Erfassungs- und Aufkaufspreis - lehnt G.Schmidt ab. In diesem Falle würde der Bauer die Neigung haben, möglichst viel direkt an den Verbraucher zu verkaufen. Der Staat käme um die Akzise herum, die er für den Haushalt braucht, und möglicherweise würden sich auch kapitalistische Tendenzen in der Bauernschaft verstärken. In diesem Punkt

- 7 -

polemisiert/ Sch. in seinem sonst sehr sachlich gehaltenen Artikel scharf gegen Vieweg, der nach Sch. für die Schaffung eines einheitlichen Preisniveaus eintrat. (Rt.: Wie ich mich entsinne, waren die Dinge bei Vieweg etwas komplizierter)

Sehr interessant ist die Grenze, die Sch. dem Wirken des Preishebels auf die Steuerung der Agrarproduktion setzt. Da ist er sehr realistisch. Er sieht vor allem 5 Faktoren, die einer Realisierung einstweilen entgegenwirken:

Mängel in der Futtermittelbasis,  
 " im Arbeitskräftebesatz,  
 " im Stand des Landwirtschafts-  
 bauwesens  
 ungleichmäßige Mechanisierung,  
 ungleichmäßige Versorgung mit Düngemittel,  
 Saatgut, Zuchtvieh.

Die hier nötigen Veränderungen können durch die Preispolitik allein nicht geschaffen werden. Vielmehr hänge die Zukunft der DDR-Landwirtschaft - und damit, das sagt Schmidt aus gutem Grund nicht wörtlich, auch die Frage der Effektivität einer sozialistischen Landwirtschaft - daran, daß diese Mängel beseitigt werden.

G.Schmidt sucht ~~denn~~ im weiteren dann noch eine Reihe von vernünftigen Anreizen zu entwickeln, durch die die Produktion verbrauchergemäßer gelenkt werden kann. Die Frage aber, die die Landwirtschafts-Experten der Gruppe Vieweg, Otto Schmidt usw. bewegt, nämlich, ob man sich das Experiment der Kollektivierung einstweilen angesichts der auch von Schmidt klar gesehenen technischen Mängel überhaupt leisten kann, auf diese Frage geht Schmidt nicht ein.

Insofern ist diese Arbeit bei allem Realismus und aller Wohlinformiertheit des Verfassers typisch für ein Spezialistentum wie es einem in der DDR begegnet: Der Verfasser ist reiner Preiswissenschaftler. Ergo kann er die Fragen, die sich nicht preistechnisch regeln lassen, nämlich die der hinreichenden Erstellung von Produktionsmitteln:

- 8 -

Saatgut, Zuchtvieh, Arbeitskräfte, Maschinen, Ställe usw. einfach vernachlässigen, ohne ein schlechtes Gewissen zu haben. Die ganze Arbeit von Schmidt hängt damit im leeren Raum, weil er selber ja die erwähnten produktionstechnischen Faktoren für das wichtigere hält. So braucht er, obwohl er ein sehr pessimistisches Bild von den Landwirtschaftsproduktions-Voraussetzungen entwirft, nicht zu solchen pessimistischen Schlüssen zu kommen, die ihn in Konflikt mit der offiziellen DDR-Agrarpolitik bringen müßten.

3. 12. 1957

Herbert BaumZur Realisierung des zentralisierten Reineinkommens des Staates in Form der Produktionsabgabe in der Volkswirtschaft der DDR

p 135. \

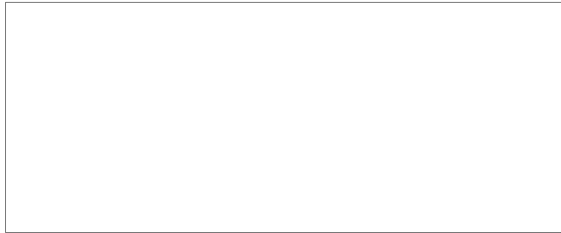
Baum ist - wie schon gesagt - Leiter des Instituts für Preise der Hochschule für Ökonomie.

Er gibt einen Diskussionsbeitrag zu der Frage, ob es richtiger ist, so wie bisher auf jedes Industrieprodukt, jedes Aggregat, jede Werkzeugmaschine usw. gleich bei Fertigstellung die "Produktionsabgabe" aufzuschlagen oder diese Produktionsabgabe erst vom an den Konsumenten gehenden Endprodukt zu entnehmen. Im üblichen Schema der bolschewistischen Polit-Ökonomie heißt das: Sollen auch die Erzeugnisse der Abteilung I mit Produktionsabgaben belegt werden oder nur die der Abteilung II. Diese Frage ist natürlich in dem Maße, in dem die Industrie voll sozialisiert wird, relativ akademisch<sup>?</sup>, weil der Staat sich ja nur dann an einer Stelle nimmt; was er sich an der anderen Seite gibt - soweit es sich um die Abteilung I handelt -; denn der Staat ist ja nahezu der alleinige Käufer von Produktionsmitteln. Trotzdem hat Baum eine Reihe von Argumenten dafür, daß es beim alten bleiben muß, obwohl das bisherige Verfahren natürlich umständlicher ist. Er hat vor allem ein sehr typisches Bedenken, nämlich daß sich eine ganze Reihe von Maschinen verkrümeln möchten, ohne daß der Staat überhaupt zu seiner Produktionsabgabe gelangt. Ein anderer Gesichtspunkt ist der, daß eine Werkzeugmaschine natürlich<sup>erst</sup> in dem Augenblick <sup>erst</sup> in dem Maße, wie sie produktiv eingesetzt ist, ihren eigenen Wert realisieren kann.

Diese Hauptfrage läßt Baum offen. Viel interessanter sind aber einige von ihm mehr am Rande getroffene Feststellungen, die in einer mir bisher nicht bekannten Unbekümmertheit

die ganze traditionell marxistisch-leninistische Werttheorie in Zweifel stellen. Baum stellt fest, daß es unmöglich ist, den Wert eines Erzeugnisses in seiner absoluten Höhe festzustellen. Auch die Möglichkeit, "Preise zu bilden, die dem Wert möglichst nahe kommen", sei zumindest einstweilen graue Theorie. Hier würden zum Teil falsche Methoden angewandt. Richtige seien noch gar nicht bekannt. Wert wird dabei von Baum durchaus im marxistisch üblichen Sinne als der "zur Herstellung des Erzeugnisses gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand" definiert. In diesem gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand steckten 3 Faktoren: Einmal die Selbstkosten - also Materialkosten im weitesten Sinne und Löhne, zum anderen ~~aber auch~~ überbetriebliche Kosten, die sich im Preis als Gewinn und Produktionsabgabe niederschlagen. Hier bricht die Gedankenführung auseinander. Gewinn, Produktionsabgabe stehen auf der einen Seite, der "gesellschaftlich notwendige Aufwand" auf der anderen. Das Verhältnis von beiden aber - gibt Baum zu - ist eine Fiktion, d.h. also, es gibt einstweilen keine Legitimation dafür, daß der Staat so teuer wirtschaftet wie er wirtschaftet. Was von Staats wegen als Produktionsabgabe abgezweigt wird, ist mithin nicht "wissenschaftlich" legitimiert, sondern stellt eine Usurpation dar. Eine im Grunde vernichtende immanente Selbstkritik des Systems - wobei man sich fragen muß, ob Baum, der offenbar sehr klug zu sein scheint, den Gedanken für sich selbst so weit gedacht hat. Alle Elemente dieser Argumentation sind in seiner Analyse drin. Auf jeden Fall zeigt die Abhandlung, in wie gewagte Bereiche die Wissenschaftler der Hochschule für Ökonomie einfach auf Grund des sachlichen Zwanges vorzustoßen genötigt sind.

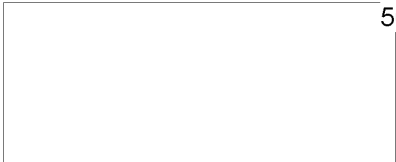
50X1-HUM .



*Dieses Heft der Wissenschaftlichen Zeitschrift  
der Hochschule für Ökonomie ist dem*

40. JAHRESTAG  
DER GROSSEN  
SOZIALISTISCHEN  
OKTOBERREVOLUTION

*gewidmet*



50X1-HUM

## WISSENSCHAFTLICHE ZEITSCHRIFT

HOCHSCHULE FÜR ÖKONOMIE · BERLIN - KARLSHORST

Herausgeber: Der Rektor

2. Jahrgang 1957

Heft 4, Sondernummer

Industrieökonomische Fakultät

Institut Ökonomik der Industrie Direktor Dr. Gerd Friedrich

Als Manuskript gedruckt!

Zur Entwicklung der staatlichen Leitung der sozialistischen Industrie  
in der Sowjetunion

Von GERD FRIEDRICH / HEINZ-DIETER HAUSTEIN

Gegenstand der Beratung auf der 7. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR im Mai 1957 waren einige grundlegende Veränderungen in der Organisation der Volkswirtschaft, die sowohl in den befreundeten Ländern, als auch im kapitalistischen Ausland großes Aufsehen hervorriefen. Dabei zeugen die in der bürgerlichen Presse erschienenen Stellungnahmen sehr häufig von Unverständnis und Feindseligkeit. Demgegenüber waren die hierzu in den Volksdemokratien erschienenen Artikel von dem Bestreben diktiert, aus den Erfahrungen der Sowjetunion zu lernen und selbständige Schlußfolgerungen für die Wirtschaftsführung im eigenen Land zu ziehen.

Auch bei uns führten diese Veränderungen der Diskussion um die Probleme der Wirtschaftsführung neue Gesichtspunkte zu. Aber die bereits längere Zeit andauernde Diskussion wurde gleichzeitig noch aus einer anderen Quelle gespeist: falsche Auffassungen drangen vor allem in Anlehnung an bestimmte Erscheinungen in Polen und Jugoslawien zu uns. Diese Auffassungen wurden getragen von mangelnder Bereitschaft, die Gesamtheit der Erfahrungen im sozialistischen Aufbau und in der staatlichen Leitung zu studieren und entsprangen der einseitigen Orientierung auf gewisse, zweifellos vorhandene, negative Erscheinungen in der Entwicklung der letzten Jahre. Hieraus wurden dann solche Schlußfolgerungen gezogen, die auf eine Auflösung der staatlichen Wirtschaftsführung hinauslaufen — und dies zu einem Zeitpunkt, wo die kapitalistischen Staaten außerordentliche Anstrengungen machen, um der bei ihnen aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und damit auch aus dem Fehlen einer einheitlichen Leitung der Volkswirtschaft resultierenden Widersprüche Herr zu werden. Das Unvermögen, die Gesamtheit der Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus zu studieren, führt eben zur Simplifizierung der Probleme in der sozialistischen

Wirtschaftsführung und muß solche falschen Schlußfolgerungen auslösen.

Wie kompliziert diese Probleme der sozialistischen Wirtschaftsführung sind, die mit dem Bewußtsein und der Qualifikation der Menschen, mit ihrem Kulturniveau und der Arbeitsdisziplin, die mit den objektiven Bedingungen des Wirtschaftslebens, mit der politischen Situation im Lande und mit den allgemeinen Fragen der staatlichen Leitung sowie mit vielen anderen Problemen zusammenhängen, darauf wies bereits LENIN hin. Er sagte bezüglich der Verwaltung der Wirtschaft:

„Das ist die schwerste Aufgabe, denn es handelt sich um die Organisierung der tiefsten, der ökonomischen Grundlagen des Lebens von Millionen und aber Millionen Menschen auf neue Art.“<sup>1)</sup>

Es sind völlig neue Probleme im Vergleich zur kapitalistischen Wirtschaft, vor denen die Funktione der Arbeiterklasse in der Organisation der sozialistischen Wirtschaft stehen. Neue Methoden der Leitung müssen gefunden werden, die es gestatten, das gesamte Wirtschaftsleben bewußt im Interesse der Gesellschaft zu entwickeln. Kein spontaner Regulator merzt diesen oder jenen „Fehler“ auf dem Wege des Bankrotts einzelner oder vieler Betriebe aus, wie es in der kapitalistischen Wirtschaft geschieht, sondern auftretende Fehler können nur durch ihre bewußte Überwindung beseitigt werden. Es ist klar, daß damit hundertfältig kompliziertere Probleme in der Wirtschaftsführung im Vergleich zur kapitalistischen Wirtschaft auftreten.

Auch die mit der sozialistischen Wirtschaftsführung sehr eng verbundene neue sozialistische Organisation der Arbeit läßt sich nur allmählich schaffen, und es gilt, die Peitsche des Konkurrenzkampfes, wie sie unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen

1) LENIN: Ausgewählte Werke in 2 Bänden, Bd. 2, S. 360.



DR. GERO FRIEDRICH / DIPLOM-WIRTSCHAFTLER HEINZ-DIETER HAUSTEIN

nissen wirksam ist, zu ersetzen durch hohe Bewußtheit und materielles Interesse am gesellschaftlichen Fortschritt bei der großen Mehrzahl aller Menschen. Auch das ist eine Aufgabe, die man nicht in wenigen Jahren, sondern nur über Jahrzehnte hinweg lösen kann. Auch hier zeigte uns LENIN bereits, wie kompliziert diese Aufgabe für jedes den Sozialismus aufbauende Land ist, aber er zeigt nicht nur die Schwierigkeiten, sondern lehrt uns zugleich, wie man diesen Schwierigkeiten gegenüberzutreten muß:

„Mängel, Fehler, Fehlgänge sind bei einer so neuen, schwierigen, großen Sache unvermeidlich. Wer vor den Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus Angst hat, wer sich dadurch einschüchtern läßt, in Verzweiflung gerät oder kleinmütig und kopflos wird, der ist kein Sozialist.“

Eine neue Arbeitsdisziplin, neue Formen der gesellschaftlichen Bindung zwischen den Menschen, neue Formen und Methoden der Heranziehung der Menschen zur Arbeit zu schaffen — das ist eine Aufgabe von vielen Jahren und Jahrzehnten.

Das ist die dankbarste, die erhabenste Aufgabe.

„Unser Glück, daß wir nach dem Sturz der Bourgeoisie und der Brechung ihres Widerstandes instande waren, den Boden zu erkämpfen, auf dem eine solche Arbeit möglich wurde.“<sup>3)</sup>

Man ist sehr häufig geneigt, in der Diskussion um die Mängel in der staatlichen Leitung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik völlig zu vergessen, daß wir diese Möglichkeit des Aufbaus einer neuen Gesellschaft bei uns erst seit rund einem Jahrzehnt haben, wobei wir noch all das schwere Erbe übernehmen mußten, das uns die größte Katastrophe Deutschlands hinterlassen hat. Aber um die tatsächlich vorhandenen Mängel in der Wirtschaftsführung zu überwinden, geht es nicht an, einfach den Weg der Auflösung der staatlichen Wirtschaftsführung zu beschreiten, sondern es kommt darauf an, die bisherigen Erfahrungen in der sozialistischen Wirtschaftsführung gründlich zu studieren.

Die Aufgaben der staatlichen Leitung der sozialistischen Volkswirtschaft bestehen vor allem darin, der Volkswirtschaft eine wirtschaftspolitische Zielstellung zu geben, die den Interessen der Gesellschaft entspricht, die Durchsetzung dieser Ziele zu sichern, indem durch Koordinierung des gesamten Wirtschaftsgeschehens die Proportionalität im Reproduktionsprozeß gesichert wird sowie den Betrieben Anleitung und Hilfe in ihrer Wirtschaftstätigkeit zu geben und jene ökonomischen Funktionen zu zentralisieren, bei denen die Zentralisation wirtschaftlich ist. Die zentrale staatliche Leitung ist in erster Linie Wirtschaftsführung in den Grundsatzfragen. Wie diese Aufgaben in den einzelnen Etappen des sozialistischen Aufbaus gelöst werden, mit welchen Methoden der Leitung und in welchen Organisationsformen, das kann sehr verschieden-

<sup>3)</sup> LENIN STALIN: Zu Fragen der sozialistischen Industrie, S. 128.

artig sein, und die Aufgabe der Wirtschaftswissenschaftler besteht gerade darin, aus den Erfahrungen der bisherigen Entwicklung jene Faktoren herauszuarbeiten, die bestimmend auf die anzuwendenden Methoden und Organisationsformen der Wirtschaftsführung einwirken. Dabei gibt uns selbstverständlich die Entwicklung in der Sowjetunion als dem ersten Land des Sozialismus, das bereits seit Jahrzehnten im sozialistischen Aufbau steht, den größten Schatz an Erfahrungen.

Die Gesamtheit der Erfahrungen hinsichtlich der staatlichen Leitung der sozialistischen Industrie zu studieren, bedeutet, daß man die 1957 erfolgten Veränderungen in der Leitung der Volkswirtschaft der Sowjetunion, die so großes Aufsehen erregten, nicht losgelöst von der gesamten Entwicklung der Volkswirtschaft und des Systems der Leitung betrachten kann. Erst so ist es auch möglich, Wesen und Bedeutung der jetzt vor sich gehenden Veränderungen voll zu verstehen, zumal den jetzigen Veränderungen die Erfahrungen von Jahrzehnten des sozialistischen Aufbaus und der staatlichen Leitung aus den früheren Etappen ja gerade zugrundeliegen.

Die verschiedenen Etappen im wirtschaftlichen Aufbau der Sowjetunion haben unterschiedliche Anforderungen an das System der staatlichen Leitung der sozialistischen Industrie gestellt. Dabei kann man hinsichtlich der Entwicklung der staatlichen Leitung mindestens drei große Zeitschnitte unterscheiden:

1. Die Herausbildung des Systems der staatlichen Leitung von der Oktoberrevolution an bis etwa zum Ende der Wiederherstellungsperiode in der Volkswirtschaft.
2. Die Reorganisation der Leitung zu Beginn und während der sozialistischen Industrialisierung des Landes.
3. Die Entwicklung des Leitungssystems in der Zeit der Nachkriegsünfjahrespläne bis zur Reorganisation im Jahre 1957.

Bereits unmittelbar nach der Oktoberrevolution, durch die die politischen und ökonomischen Voraussetzungen der Leitung der Volkswirtschaft im Maßstab und im Interesse der gesamten Gesellschaft geschaffen wurden, begann die Kommunistische Partei in Sowjetrußland mit dem Aufbau einer zentralen staatlichen Wirtschaftsführung. So wurde im Dezember 1917 der oberste Volkswirtschaftsrat gebildet, dessen Hauptaufgabe in der gesamtsstaatlichen Planung und Regulierung des Wirtschaftslebens und der Finanzen bestand. (Später wurde dieser oberste Volkswirtschaftsrat mehr und mehr zu einem Organ der unmittelbaren Leitung der sozialistischen Industrie.) Aber die Wahrnehmung der wirtschaftlich-organisatorischen Funktion des sozialistischen Staates wurde des sozialistischen Staates noch keineswegs abgeschlossen war, das Land vor außerordentlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten

ZUR ENTWICKLUNG DER STAATLICHEN LEITUNG DER SOZIALISTISCHEN INDUSTRIE...

stand und die Aufgaben zur Liquidierung des kapitalistischen Eigentums sowie das Vorhandensein verschiedener Wirtschaftsformen bei überwiegendem Anteil der kleinen Warenproduzenten eine planmäßige Wirtschaftsführung noch nicht richtig zur Entfaltung kommen ließen. In dieser Zeit wurde die Arbeiterkontrolle über die Produktion und Verteilung der Erzeugnisse der privatkapitalistischen Betriebe eingeführt. Die Arbeiterkontrolle war die Vorbereitung der Arbeiterverwaltung. Die kollektive Leitung in den zu jener Zeit bereits nationalisierten Betrieben war die Vorbereitung der sozialistischen Einzeileitung. Damals gingen aus den Arbeitermassen die fortschrittlichsten und fähigsten Organisatoren hervor, die dazu berufen waren, in der weiteren Entwicklung die Leitung der Produktionszweige und großen Betriebe zu übernehmen.

Bereits im Frühjahr 1918, in der Zeit einer kurzen friedlichen Atempause für die Revolution, formulierte LENIN einige der prinzipiellen Anforderungen, die man an eine sozialistische Leitung der Volkswirtschaft stellen muß: die Notwendigkeit des sozialistischen Zentralismus und der Einzeileitung, die Verwirklichung der allgemeinen Rechnungslegung und Kontrolle, die Ausnutzung der materiellen Interessiertheit der Menschen und aller ökonomischen und organisatorischen Hebel der Einwirkung auf die Produktion. (Vergleiche W. I. LENIN in „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“, ausgewählte Werke in 2 Bänden, Band 2, S. 357 ff.)

Diese ersten Schritte zur Entwicklung der sozialistischen Wirtschaftsführung im friedlichen Aufbau wurden unterbrochen durch den Bürgerkrieg und die ausländische militärische Intervention, durch die außergewöhnlichen Bedingungen für die Wirtschaftsführung entstanden. In der Zeit des „Kriegskommunismus“ war eine äußerste Zentralisierung der Leitung der Industrie notwendig, um alle Kräfte auf die Verteidigung der jungen Sowjetmacht zu konzentrieren und im Interesse der Front und aller Werktätigen keine Spekulation mit den wichtigsten Lebensmitteln und Gebrauchsgütern zuzulassen. Davmals bestand das sogenannte System des „Glavismus“ (Glavk = Hauptverwaltung), bei dem die Mehrzahl der Betriebe unmittelbar durch die Hauptverwaltungen des obersten Volkswirtschaftsrates verwaltet wurden. Die Betriebe besaßen hinsichtlich der Versorgung mit Material, des Absatzes der Produktion, der Zielstellung der Produktion usw. keinerlei Selbständigkeit.

Es ist verständlich, daß diese außerordentlich zentralisierte Form der Wirtschaftsorganisation beim Übergang zu friedlichen Bedingungen des sozialistischen Aufbaus verschiedene ernsthafte Mängel zeigten mußte, die in ihrem Wesen charakteristisch sind für jede Form der übermäßigen Zentralisierung: es entstand die Gefahr des bürokratischen Zentralismus, der Aufblähung des zentralen Apparates und seiner Lösung von der Basis, von den Betrieben, deren Initiative weitgehend eingeschränkt wurde. Gleichzeitig war durch das Vorherrschen der Naturalbeziehungen zwischen den Betrieben, zwischen

Stadt und Land und zum Teil sogar in der Entlohnung keinerlei materieller Anreiz für die dringend notwendige Steigerung der Produktion gegeben.

Die rechtzeitige Überwindung der sich hier zwischen dem System der Wirtschaftsführung und den objektiven Bedürfnissen der Wirtschaft entwickelnden Widersprüche war eines der großen Verdienste Lenins und der Führung der Kommunistischen Partei, die damit verhinderte, daß sich diese Widersprüche zu einer ernsthaften Krise des Sowjet-systems entwickeln konnten.

Zulassung des Marktes, Ausnutzung der Warenproduktion und des Geldes für den Aufbau des Sozialismus und Überführung der sozialistischen Betriebe auf die wirtschaftliche Rechnungsführung — das waren die Wege, um der aufgetretenen Widersprüche Herr zu werden und der Wirtschaftsführung jene Elastizität zu verleihen, die notwendig ist, um sowohl durch Administration im positiven Sinne des Wortes, wie durch politische Erziehung und auch mittels ökonomischer Hebel die Initiative der Menschen für den sozialistischen Aufbau zu wecken.

In der sozialistischen Industrie wurden Truste gebildet, die eine größere ökonomische Selbständigkeit besaßen. (Sie hatten die Rechte einer juristischen Person, verfügten über eigene Grund- und Umlaufmittel — kurz, es zeigten sich die ersten Formen der wirtschaftlichen Rechnungsführung.) Die einzelnen Betriebe selbst waren wirtschaftlich und juristisch unselbständig. Hinter dieser Lösung (der Schaffung von Trusten) verbarg sich in der damaligen Zeit eine gewisse Schwäche in der zentralen Leitung und auch in der Wirtschaftsführung der Betriebe; andererseits waren diese Formen in sehr zweckmäßiger Weise auch den objektiven Bedingungen des Wirtschaftslebens angepaßt. Die Schwäche in der zentralen Leitung bestand darin, daß eine wirkliche fachliche Anleitung der Betriebe noch nicht möglich war und auch die Planung der gesamten Volkswirtschaft in den ersten Anfängen stand. Darum bildeten die Truste als Vereinigungen mehrerer Betriebe ein gutes Rückgrat für die Wiederherstellung der einzelnen Betriebe und garantierten gleichzeitig, daß nicht einzelne sozialistische Betriebe in dem außerordentlich harten Kampf mit den kapitalistischen Elementen auf dem Markt durch ihre Zersplitterung untergingen.

Aber sehr schnell festigte sich die staatliche Leitung, trotz vieler noch vorhandener Mängel in der Zeit der Wiederherstellung der Volkswirtschaft nach dem Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik. So entstand im Februar 1921 ein neues Wirtschaftsorgan, die Staatliche Plankommission, zu deren Aufgaben die Ausarbeitung des einheitlichen Volkswirtschaftsplanes, die Koordinierung der einzelnen Wirtschaftszweige und die Analyse der ökonomischen Entwicklung des Landes gehörte. Es wurde mit dem Goelro-Plan der erste einheitliche gesamtgesellschaftliche Plan ausgearbeitet, die ersten Erfahrungen in der Arbeit mit ökonomischen Methoden gesammelt, die Akkumulation materieller Fonds, mit denen die zentrale Planung manövrieren kann,

DR. GERD FRIEDRICH / DIPLOM-WIRTSCHAFTLER HEINZ-DIETER HAUSTEN

wurde entwickelt und die Organisation des sozialistischen Finanzwesens in Angriff genommen. Mit der Bildung von Syndikaten, die die Versorgungs- und Absatzaufgaben der Truste übernahmen, wurde die Industrieverwaltung weiter gefestigt, und die Truste konnten damit ihre ganze Aufmerksamkeit den Fragen der Organisation und Leitung der Produktion widmen. Mit dem Abschluß der Wiederherstellung der Volkswirtschaft hatte auch der Aufbau des Systems der Wirtschaftsführung einen gewissen Abschluß erreicht.

Beim Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik und bei der Entwicklung der Organisation in der Zeit der Wiederherstellungsperiode zeigen sich bereits zwei Grundfragen, die mehr oder weniger bei jeder Reorganisation der Leitung der sozialistischen Industrie von neuem aufgeworfen werden:

1. Die staatliche Wirtschaftsführung in der sozialistischen Industrie umfaßt in jedem Falle drei verschiedene, sehr eng miteinander verbundene Seiten. — Sie ist einerseits „Administration“, d. h. sie beruht auf der unmittelbaren Anweisung, zum zweiten nutzt sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben die ökonomischen Hebel in der Volkswirtschaft, und zum dritten entwickelt sie eine breite Tätigkeit zur politischen Erziehung der Menschen im Geiste des Sozialismus. Die Frage ist nur, in welchem Verhältnis zueinander müssen die drei Seiten der staatlichen Wirtschaftsführung stehen? In den Beschlüssen der KPdSU wurde immer wieder betont, daß in letzter Instanz die politische Überzeugung die Hauptmethode der Menschenführung im Partei- und Staatsapparat ist. Das Verhältnis jedoch zwischen der administrativen Leitung und der Ausnutzung der materiellen Interessiertheit bei Schaffung bestimmter organisatorischer Voraussetzungen und planmäßiger Regulierung der Wirtschaftstätigkeit war oftmals Veränderungen unterworfen, wobei wieder die eine noch die andere Seite vernachlässigt werden konnte.
  2. Die zentrale staatliche Wirtschaftsführung ist in erster Linie Wirtschaftsführung in den Grundsatzfragen, d. h. Leitung des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Aber die Reproduktion vollzieht sich in den einzelnen Betrieben, und jeder Betrieb hängt über Absatz und Versorgung mit der gesamten Volkswirtschaft zusammen. Hieraus ergibt sich die Frage, in welchem Grade muß sich die zentrale staatliche Wirtschaftsführung in die Wirtschaftstätigkeit jedes einzelnen Betriebes einmischen, um den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozess fest in der Hand zu halten und die ökonomischen Ressourcen des Landes im Interesse der Gesellschaft maximal auszunutzen?
- Diese zwei Grundfragen gilt es stets entsprechend zu lösen, um wirtschaftlichen Aufgaben und der konkreten historischen Situation richtig zu lösen. Welche Rolle gerade diese zwei Grundprobleme

spielen, zeigt sich auch in den Maßnahmen zur Reorganisation der Leitung der sozialistischen Industrie zu Beginn und während des Prozesses der sozialistischen Industrialisierung in der Sowjetunion.

Die neuen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus und die bisherige Entwicklung des Systems der staatlichen Leitung setzen das Problem einer Reorganisation der Industrie im Jahre 1929 mit allem Nachdruck auf die Tagesordnung. So ist es kein Zufall, daß sich die 16. Parteikonferenz der KPdSU neben den Problemen des 1. Fünfjahresplanes, der auf dieser Parteikonferenz bestätigt wurde, besonders jener Fragen annahm, die mit der Organisation und Leitung der Volkswirtschaft zusammenhängen. Die Parteikonferenz ging dabei aus von den Ergebnissen des Kampfes gegen den Bürokratismus, dem wachsenden Bewußtsein und der praktischen Erfahrung der Wirtschaftskader, dem inneren und äußeren Kräfteverhältnis der Klassen und den gewaltigen Aufgaben der sozialistischen Rekonstruktion der Volkswirtschaft. Die 16. Parteikonferenz konstatierte die Notwendigkeit, das System der staatlichen Leitung in folgender Richtung mit dem vorhandenen Wirtschaftssystem und den Forderungen der ökonomischen Entwicklung in Übereinstimmung zu bringen.

1. Die Kontrolle der Durchführung, die Massenkontrolle, erhält erstrangige Bedeutung für die Beseitigung der Verantwortungslosigkeit und für die tatsächliche Wirksamkeit des Leitungssystems.
2. Die Initiative der Massen ist zu wecken bei gleichzeitiger Festigung des bewährten Systems der Einzeileitung.
3. Die systematische Verbesserung des Apparates muß in Richtung einer „Dezentralisierung in den operativen Funktionen bei gleichzeitiger Zentralisierung der Planung und Leitung in den Grundfragen“ verlaufen.

Die Grundfrage nach dem Verhältnis zwischen der zentralen Leitung und der Selbständigkeit des einzelnen Betriebes wurde für die sozialistische Industrialisierung in der Richtung beantwortet, wie es im Beschluß über die Reorganisation der Verwaltung der Industrie des ZK der KPdSU vom Dezember 1929 heißt, daß der Betrieb das Hauptglied in der Leitung der Industrie darstellt (im Gegensatz zur vorhergehenden Entwicklung, in der die Truste und Syndikate die eigentlichen ökonomischen Funktionen wahrnahmen). Die Rechte der Betriebe wurden im Zusammenhang mit der generellen Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung bedeutend erweitert.

Diese Erweiterung der Rechte der Betriebe und die damit verbundene Neuregelung im Verhältnis zwischen staatlicher Leitung und einzelner Betrieb mußte dazu führen, daß auch die erste der vorhin genannten Grundfragen nach dem Verhältnis der verschiedenen Seiten in der Tätigkeit der staatlichen Leitung eine erneute Überprüfung erfahren

ZUR ENTWICKLUNG DER STAATLICHEN LEITUNG DER SOZIALISTISCHEN INDUSTRIE ...

mußen. Dies geschah vor allem durch die weitere Entwicklung des Finanz- und Bankapparates der UdSSR sowie in den Bestimmungen über die Finanzierung und Kreditierung der Wirtschaftstätigkeit. Damit trat die Ausnutzung der ökonomischen Hebel in der Leitung der Betriebe gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum stärker hervor.

Außerordentlich aufschlußreich ist auch die Entwicklung der überbetrieblichen Leitung in den Jahren 1929 bis 1934. Da in dieser Zeit verschiedene praktische Versuche unternommen wurden, die zentrale Leitung in der einen oder anderen Richtung zu verbessern, erinnert uns diese Periode an die Veränderungen des Leitungssystems in den Jahren 1933 bis 1937, d. h. vor der gegenwärtigen Reorganisation der Leitung der sowjetischen Industrie. Zu Beginn der Periode der Industrialisierung wurden die Hauptverwaltungen des obersten Volkswirtschaftsrates liquidiert und die Betriebe und Truste in Wirtschaftsvereinigungen zusammengestellt, die auf der Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten sollten. Die Truste, die zum Teil weiterbestanden, konzentrierten ihre gesamte Arbeit auf die Anleitung und Unterstützung der Betriebe bei der Einführung der neuen Technik und der fortschrittlichen Arbeitserfahrungen. Die weitere Entwicklung dieses Systems ist besonders lehrreich für das Verständnis der gegenwärtigen Reorganisation des Systems der staatlichen Leitung der Industrie. Es zeigen sich nämlich im Verlaufe des 1. Fünfjahresplans zwei Mängel der Wirtschaftsführung: erstens die schwerfällige und nicht genügend konkrete Leitung seitens der Wirtschaftsvereinigungen, die allmählich immer mehr Betriebe und sogar Zweige umfaßten, und zweitens die mangelhafte Anpassung der zentralen Leitung an die territoriale Verteilung der Industriebetriebe.

In der Folgezeit wurden deshalb für die einzelnen Industriezweige wiederum Hauptverwaltungen geschaffen, denen in der Regel mehrere Wirtschaftsvereinigungen unterstanden. Damit waren jedoch die Mängel in der staatlichen Leitung der Industrie nicht beseitigt. Es ergaben sich zu Ende des 1. Fünfjahresplans zwei weitere Probleme in der staatlichen Industrieverwaltung:

1. Mit dem 1. Fünfjahresplan waren in der UdSSR eine große Anzahl neuer Zweige der Schwerindustrie entstanden, darunter die Automobil- und Traktorenindustrie, der Flugzeugbau, der Präzisionsmaschinenbau, Zweige der Buntemetallurgie, der Grundchemie. Aber das Wachstum der Kader hielt mit dieser vielfältigen Entwicklung der Produktion in den Betrieben nicht Schritt, und um so notwendiger erwies es sich, eine hochqualifizierte, fachlich-technische Anleitung durch die zentrale staatliche Leitung zu geben. Damit aber mußte die produktionsmäßig spezialisierte, konkrete Leitung stärker als bisher in den Vordergrund treten. Das Wesen dieses Problems besteht also darin, das richtige Verhältnis zwischen der allgemeinen wirtschaftspolitischen und der

konkreten fachlichen (spezialisierten) Leitung der Industrie herzustellen.

2. Mit der Bildung der neuen Leitungsgorgane entstand eine Vielschichtigkeit in der Verwaltung, die die Wirtschaftsführung komplizierte und zur Aufblähung des Leitungsapparates und seiner Auflösung von der Basis führen mußte. Die Umstellungsform Oberster Volkswirtschaftsrat — Hauptverwaltung — Wirtschaftsvereinigung — Trust — Betrieb konnte wesentlich vereinfacht werden.

Die Lösung der beiden genannten Probleme wurde bereits 1932 begonnen, als der Oberste Volkswirtschaftsrat in drei Volkskommissariate (Schwer-, Leicht- und Holzindustrie) umgebildet wurde. In dieser Zeit wurden die Wirtschaftsvereinigungen als überflüssige Zwischenglieder beseitigt. Die weitere „Entflechtung“ der Volkskommissariate, Hauptverwaltungen und Truste wurde begonnen. Das Ziel war, unter den Bedingungen der weitgehenden Arbeitsteilung in der maschinellen Großindustrie eine konkretere und fachlich qualifiziertere Leitung zu gewährleisten, als es dem Obersten Volkswirtschaftsrat möglich war, der nur mehr oder weniger allgemein leiten konnte. In Zukunft waren drei Formen der Unterbetriebe der zentral geleiteten sozialistischen Industriebetriebe vorgesehen:

1. Volkskommissariat — Betrieb (für besonders große Betriebe).
2. Volkskommissariat — Hauptverwaltung — Betrieb (für die Mehrzahl der größeren Betriebe).
3. Volkskommissariat — Hauptverwaltung — Trust — Betrieb (für territoriale Vereinigungen).

Mit diesen Veränderungen war aber die Reorganisation der staatlichen Leitung in der Periode der Industrialisierung noch nicht abgeschlossen. Damals zeigte sich besonders am Beispiel des Kohlenbergbaus, als eines der wichtigsten Industriezweige, daß das Niveau der organisatorischen Arbeit hinter den Forderungen der ökonomischen Entwicklung zurückblieb. Im Kohlenbergbau war, wie in vielen Industriezweigen, das noch aus der kapitalistischen Praxis stammende Funktionssystem der Leitung vorherrschend, das den Bürokratismus unterstützte und die Eigenverantwortlichkeit der sozialistischen Industrie betriebe konnte auf die Dauer nicht mit Hilfe dieses Systems verwirklicht werden, in dem spezifische Seiten der kapitalistischen Leitung zum Ausdruck kommen. Mit der Anwendung des Funktionalsystems auf die gesamtstaatliche Leitung der Industrie wurden dessen Mängel besonders offenbar.

Der 17. Parteitag der KPdSU (1934) verurteilte das Funktionalsystem als ein dem Sozialismus fremdes Prinzip der Leitung der Industrie und beschloß die Einführung und konsequente Durchsetzung des produktions-territorialen Prinzips der Organisation der staatlichen Leitung. Gleichzeitig wurde die weitere Festigung der Einzeileitung als eine wichtige Voraussetzung der Verwirklichung der wirtschaftlichen Rechnungsführung gefordert. Mit der Durch-

DR. GÖRD FRIEDRICH / DIPLOM-WIRTSCHAFTLER HEINZ-DIETER HAUSTEN

führung der Beschlüsse des 17. Parteitag war in den Grundzügen jenes System der Organisation der staatlichen Leitung der sozialistischen Industrie der Sowjetunion gegeben, das wir bis zum Zeitpunkt der Beschlüsse des Obersten Sowjets auf seiner 7. Tagung (1954) vorfinden. In den Jahren nach 1934 wurde das produktionsmäßig-territoriale System der Leitung, bei dem die Betonung vor allem auf dem vertikalen (produktionsmäßigen) Zentralismus lag, weiter ausgebaut. Es entstand, besonders während des zweiten Weltkrieges, eine außerordentliche Spezialisierung der Volkskommissariate bzw. Ministerien für die Industrie.

In den ersten Nachkriegsjahren wurden verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Planung und Leitung der Industrie durchgeführt (so wurden z. B. 1947 die Rechte der Minister erweitert, es wurden verschiedene Strukturänderungen im zentralen Apparat vorgenommen usw.), ohne daß darum im grundlegenden Aufbau der staatlichen Leitung eine Veränderung eintrat.

In den letzten Jahren zeigte sich mehr und mehr, daß die bisher bestehende Form der staatlichen Leitung nicht mehr mit den Erfordernissen der ökonomischen Entwicklung Schritt hielt. Der erste Versuch einer umfassenden Verbesserung der Leitung wurde 1953 mit der Zusammenlegung verschiedener Industrieministerien gemacht. Davon versprach man sich eine bessere Koordinierung der Arbeit, die Beseitigung des Parallelismus in der Arbeit verschiedener Ministerien und die Erweiterung der ressortmäßigen Grenzen des Erfahrungsaustausches und der Durchführung der technischen Politik. Gleichzeitig sollten eine beträchtliche Einsparung im Apparat und eine Verbesserung der Qualität der zentralen Leitung erreicht werden. Im gleichen Jahr wurde ein Beschluß über die Beseitigung der übermäßigen Zentralisierung in der Planung der Landwirtschaft gefaßt. In der Folgezeit erwiesen sich diese Maßnahmen aber als ungenügend. Die Spezialisierung der Ministerien wurde weiter fortgesetzt, und Anfang 1954 wurde der Beschluß des ZK der KPdSU „über ernsthafte Mängel in der Arbeit des Partei- und Staatsapparates“ gefaßt, der sich vor allem gegen die Aufblähung des Leitungsapparates, die parallele Tätigkeit verschiedener Organe und den kanzenmäßigen, bürokratischen Arbeitsstil richtete. Es war eine beträchtliche Einsparung im Apparat vorgesehen mit dem Ziel, die freigesetzten Kader (zirka 450 000 Personen, d. h. etwa 7 Prozent des gesamten Verwaltungspersonals) in organisierter Weise in die Produktion zu überführen. Diese Aufgabe wurde in der Folgezeit richtig gelöst, und die tatsächliche Einsparung betrug allein 1954 etwa 500 000 Personen. Es wurden 200 Hauptverwaltungen und 900 verschiedene Versorgungsorganisationen liquidiert bzw. mit anderen vereinigt. Diese Vereinfachung der Verwaltung wurde 1955 fortgesetzt, und bei der Reorganisation der Absatz- und Versorgungsorgane wurde bereits das territoriale

Prinzip zugrundegelegt. Ein Teil der Betriebe der Unionsministerien wurde den Republiken übergeben.

Mit diesen Veränderungen in der staatlichen Leitung mußte es auch zu gewissen Änderungen im Verhältnis zwischen der staatlichen Leitung und den einzelnen Betrieben kommen, und daher erwies es sich als erforderlich, die wirtschaftliche Rechnungsführung zu festigen (hierfür spielte der Beschluß über die Rolle und die Aufgaben der Staatsbank der UdSSR eine große Rolle) und die Rechte der Werkleiter zu erweitern.

Trotz allem waren diese Maßnahmen, wie das Juliplenun des ZK der KPdSU 1957 feststellte, nur als ein Beginn einer noch umfassenderen Verbesserung des Leitungssystems anzusehen.

Die grundlegenden Mängel, die sich selbst noch nach den Veränderungen in den Jahren 1953 bis 1955 zeigten, bestanden vor allem in folgendem:

1. Der Hauptmangel bestand in der Losgelöstheit der zentralen staatlichen Leitung von der Produktion.
2. Das Vorherrschen der Ressortstranken, das in vielen Einzelentscheidungen zu Unwirtschaftlichkeit in Produktion und Transport führte.
3. Die ungenügende Durchsetzung des demokratischen Zentralismus und die Schwerfälligkeit des zentralen Leitungsapparates.

Das Dezemberplenun 1956 des ZK der KPdSU analysierte die Ursachen der Nichterfüllung der Pläne in einer Reihe von Industriezweigen und konstatierte, daß dies nicht nur auf ernsthafte Mängel in der Planung, sondern auch auf die ungenügende Anleitung der Betriebe und Bauvorhaben durch einzelne Ministerien zurückzuführen ist. Das Zentralkomitee beschloß Maßnahmen zur Überwindung der Fehler und Mängel in der Arbeit der Planungsorgane. Die Staatsorgane wurden verpflichtet, reale Volkswirtschaftspläne auszuarbeiten.

Gleichzeitig wurde bereits auf dem Dezemberplenun zum Ausdruck gebracht, daß die Verbesserung der Planung allein nicht genügen wird, die Mängel in der Wirtschaftsführung zu beseitigen.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, daß die ressortmäßigen Schranken des bisherigen Leitungssystems, die einer grundlegenden Verbesserung der Spezialisierung und Kooperation im Wege stehen, sich nicht allein durch die politische Erziehungsarbeit, durch Anweisungen oder ökonomischen Anreiz beseitigen lassen. Nach wie vor bestanden schwerwiegende Mängel in der Organisation der Produktionsverbindungen zwischen den Betrieben verschiedener Ministerien eines bestimmten Wirtschaftsbezirks, die dem Staat nicht nur jährlich mehr als 100 Mill. Rubel unnötiger Transportkosten verursachen, sondern auch zu großen Verlusten in der Spezialisierung der Betriebe und in der rationalen Einführung der neuen Technik führten. Die Aufgaben, die das Juli-Plenun des ZK der KPdSU (1955) hinsichtlich der Durchsetzung der Automati-

ZUR ENTWICKLUNG DER STAATLICHEN LEITUNG DER SOZIALISTISCHEN INDUSTRIE...

sierung, der Massenproduktion und der Verbesserung der Arbeitsteilung in der Industrie stellte, wurden nur schleppend verwirklicht. Damit wurde offensichtlich, daß entscheidende organisatorische Veränderungen in der Leitung und Planung der Industrie notwendig sind, um den Ressortgeist zu beseitigen, der sich unter den Bedingungen des bisherigen Leitungssystems entwickeln konnte. Dabei konnte man feststellen, daß auch die Voraussetzungen für eine grundlegende Veränderung der staatlichen Leitung im Verlaufe der letzten Jahrzehnte herangewachsen waren:

1. Die Reorganisation setzt ein hohes Niveau der politischen und fachlichen Qualifikation der Wirtschaftskader voraus. Es wird erwartet, daß die Mitarbeiter der neuen Leitungsorgane alle ihre Entscheidungen dem gesellschaftlichen, gesamtstaatlichen Interesse unterordnen. Mit der Annäherung der Leitung an die Basis werden aber auch höhere Anforderungen an die Sachkundigkeit, die fachliche Qualifikation der leitenden Wirtschaftskader gestellt. Die operative und konkrete Leitung in den Wirtschaftsbereichen muß von qualifizierten Technikern und Ökonomen durchgeführt werden, die neben ihrer Spezialausbildung ausreichende Kenntnisse über die wirtschaftlichen Verhältnisse ihres Bezirkes besitzen.

Gegenwärtig gibt es in der Sowjetunion fast zwanzigmal mehr Ingenieure und Techniker als zu Beginn der Industrialisierung des Landes. Es ist so verständlich, daß von der Seite der Kader alle wesentlichen Voraussetzungen für die Reorganisation der Leitung der Industrie gegeben sind.

2. Eine wichtige Voraussetzung für die Dezentralisierung der staatlichen Leitung auf die einzelnen Wirtschaftsbezirke ist die rationelle Standortverteilung der Produktion und die in der ganzen Zeit des sozialistischen Aufbaus betriebene Politik der raschen Entwicklung der ehemals wirtschaftlich rückständigen Gebiete. Sieht man sich z. B. die Wirtschafts Karte von Kasachstan an, so zeigt sich, daß sich hier in den letzten Jahren nicht irgendwelche einzelnen Industriezweige entwickelt haben, die man isoliert voneinander betrachten und nur von Moskau aus leiten kann, sondern hier hat sich ein selbständiger ökonomischer Komplex der verschiedensten Zweige der Schwer- und Leichtindustrie herausgebildet, mit entwickelten Produktionsverbindungen innerhalb dieses Wirtschaftsbezirks, mit eigener Rohstoff- und energetischer Basis, mit weitgehender Abhängigkeit von den örtlichen Kaderreserven. Die ökonomische Entwicklung solcher Wirtschaftsbezirke bildet nicht nur die Voraussetzung für die Reorganisation, sondern sie macht sie zugleich erforderlich. Man kann also sagen, daß sich Notwendigkeit und Möglichkeit der neuen Leitungsform aus der wachsenden Konzentration der industriellen Produktion und dem verstärkten Wirtschaftspotential der UdSSR ergeben.

3. Eine weitere Voraussetzung für die Reorganisation der staatlichen Leitung der Industrie in der UdSSR war die Erfahrung mit dem bisherigen Leitungssystem und mit verschiedenen Experimenten auf dem Gebiet der Leitung. Besonders aufschlußreich waren die Erfahrungen der letzten Jahre bei der Beseitigung der Zersplitterung der Bauorganisationen und ihrer Vereinigung nach dem territorialen Prinzip. Einen gewissen prinzipiellen Anhaltspunkt bieten natürlich auch die Erfahrungen mit den Volkswirtschaftsritten der Jahre 1917 bis 1932, jedoch sind im einzelnen die Aufgaben, die Struktur und der Umfang der Tätigkeit der neuen territorialen Organe kaum damit vergleichbar. Auch die mit der Leitung durch zentrale Industrieministerien gesammelten Erfahrungen kommen den neuen Leitungsorganen zugute.

An Hand dieser Tatsachen zeigt sich also, daß nicht nur bestehende Mängel die Reorganisation notwendig machen, sondern daß gleichzeitig neben den im früheren Leitungssystem bestehenden Mängeln auch die Voraussetzungen für neue Formen der Leitung herangewachsen waren.

Welche Aufgaben galt es nun durch die Reorganisation zu lösen?

Die Veränderungen im System der staatlichen Leitung haben sowohl einen wesentlichen politischen, wie auch ökonomischen Hintergrund. Der tiefere Sinn der Annäherung der Leitung an die Basis, so wie sie durch die Reorganisation erreicht werden muß, besteht in der Heranziehung der breiten Massen des Volkes zur staatlichen Leitung, in der Einbeziehung eines großen Kollektivs fähiger, talentierter Menschen in die Arbeit des Staatsapparates. Wenn man in den verschiedenen Seiten des zukünftigen kommunistischen Form der Wirtschaftsführung erkennt, so wird damit unterstrichen, welche hervorragende politische Bedeutung der Reorganisation zukommt. Diese Tatsache wird sogar von einem Teil der bürgerlichen Presse erkannt. Wohl oder übel muß man zugeben, daß bestimmte politische Voraussetzungen gegeben sein müssen, um solche umfassenden Maßnahmen durchführen zu können.

Die Reorganisation hat darüber hinaus die wichtige Aufgabe, die Maßnahmen zur Einschränkung und Vereinfachung des Leitungsapparates fortzuführen. Aus den bisherigen Veröffentlichungen über den Umfang der personellen Besetzung der neuen Leitungsorgane zeigt sich, daß die Reorganisation in dieser Hinsicht einen großen Schritt nach vorn bedeutet. Außerdem hat die Reorganisation, wie bereits erwähnt, auch bedeutende ökonomische Aufgaben zu erfüllen, vor allen Dingen hinsichtlich der fortschreitenden Spezialisierung in der Industrie und der Aufgaben zur Durchsetzung der Hauptrichtungen des technischen Fortschritts.

Auf Grund der Mängel des bisherigen Systems der staatlichen Leitung, der genannten, durch die



DR. GERD FRIEDRICH / DIPLOM-WIRTSCHAFTLER HEINZ-DIETER HAUSTEN

gungen oder Zweigverwaltungen in Übereinstimmung mit dem gesamtstaatlichen Plan.

2. Ausarbeitung und Durchführung von Perspektiv- und laufenden Plänen der Produktion, der Spezialisierung und Kooperation, der Materialversorgung und der technischen Entwicklung.
3. Analyse der Arbeit der Zweigverwaltungen und Betriebe.
4. Der Volkswirtschaftsrat bestätigt die Pläne der Zweigverwaltungen und Betriebe.

Bei der Betrachtung der durch die Reorganisation der Industrie geschaffenen neuen Formen muß man, aber berücksichtigen, daß es noch eine Reihe von ungeklärten Problemen gibt, über die noch eine lebhafte Diskussion geführt wird. Solche Probleme sind u. a.: Vorschläge, wie man möglicherweise auftretende Tendenzen zur Autarkie in den Volkswirtschaftsräten zweckmäßig überwinden kann bzw. ihr Auftreten überhaupt verhindern kann. So wird erwo-gen, in den grundlegenden ökonomischen Bezirken der UdSSR besondere Büros der Staatlichen Plankomites zu schaffen, die die Aufgabe haben, die Arbeit von mehreren Volkswirtschaftsräten zu koordinieren.

Ungeklärt ist auch die Frage nach dem Umfang der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Volkswirtschaftsräten und ihren Zweigverwaltungen. Man wird die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Betriebe und der Zweigverwaltungen wesentlich verstärken müssen, will man sich nicht der Gefahr aussetzen, daß besondere Zweigleitungen im Apparat des Volkswirtschaftsrates selbst entstehen, die dann die früheren Ministerien kopieren. Ein weiteres Problem, dessen zweckmäßige Lösung erst die praktische Erprobung ergeben wird, ist die Art und Weise der Unterstellung der einzelnen Betriebe.

Die neuen Organisationsformen in der Sowjetunion werfen noch ein weiteres Problem der Leitung auf: Das Verhältnis zwischen der Planung und Wirtschaftsführung in den Grundfragen und der operativen Anleitung und Sicherung der Wirtschaftstätigkeit der Betriebe auf den einzelnen Stufen der staatlichen Leitung.

Die Planung und Wirtschaftsführung in den Grundfragen umfaßt vor allem die Ausarbeitung der Perspektive für die gesamte Volkswirtschaft, die Koordinierung der Wirtschaftstätigkeit der einzelnen Zweige und Gebiete, die Hauptfragen der technischen Politik u. ä. m. Die operative Anleitung konzentriert sich demgegenüber mehr auf die laufende Kontrolle der Wirtschaftstätigkeit, die Anleitung an Ort und Stelle vor allem hinsichtlich technischer, betriebsorganisatorischer und anderer Fragen, sowie die Unterstützung der Betriebe für einen reibungslosen Schaffung von Voraussetzungen für einen reibungslosen Produktionsablauf (Absatz und Versorgung). Dabei ist es klar, daß das Verhältnis zwischen diesen zwei Seiten in der Leitungstätigkeit sich auf den einzelnen Stufen der zentralen staatlichen Leitung von unten nach oben immer mehr zu Gunsten der Wirtschaftsführung in den Grundfragen

verschiebt. Der Hauptteil der operativen Leitung in den zentralen Staatsorganen wird in Zukunft den Volkswirtschaftsräten und ihren Zweigverwaltungen zufallen. Die neuen Organisationsformen erleichtern die operative und konkrete Anleitung der Betriebe durch die unmittelbar übergeordneten Organe allein bereits dadurch, daß die Entfernungsweg zwischen Betrieben und Leitungsorganen wesentlich verringert werden. Gleichzeitig werden die zentralen Staatsorgane noch besser in die damit die zentralen Staatsorgane und zu entscheidender Entwicklung richtig vorzubereiten und zu entscheiden. In dem Maße aber, wie die Betriebe noch insgesamt verbessert wird auch bei den unmittelbaren anleitenden Staatsorganen jene Seite in der operativen Arbeit mehr und mehr zurücktreten, die als sogenannte Feuerwehrrbeit auch bei uns un-rühmlich bekannt ist

Im Zusammenhang mit der grundlegenden Reorganisation der staatlichen Leitung der Industrie in der Sowjetunion werden auch umfangreiche Diskussionen um die weitere Vervollkommnung der Methoden der Leitung geführt, da man sich durchaus darüber im Klaren ist, daß die Veränderung der Organisationsformen allein nicht ausreicht, um eine grundlegende Verbesserung der staatlichen Leitung zu erreichen. Diese Diskussionen erstrecken sich besonders auf die Aufgaben zur weiteren Verbesserung der Planung, auf die richtige Anwendung ständig bzw. in einem längeren Zeitraum wirkender ökonomischer Hebel der Erwerbsproduktivität (hierzu gehören vor allem Probleme der Umgestaltung des Systems der Entlohnung sowie eine wissenschaftlich begründete Änderung der Preispolitik) und Fragen der Erweiterung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit der Betriebe im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der Methoden der wirtschaftlichen Rechnungsführung

Wenn man die Entwicklung der staatlichen Leitung der sozialistischen Industrie der Sowjetunion im allgemeinen und die gegenwärtig vor sich gehende Reorganisation im besonderen betrachtet, so ergeben sich daraus eine Reihe wichtiger Hinweise für die sozialistische Wirtschaftsführung überhaupt:

1. Die Formen und Methoden der Leitung der sozialistischen Industrie kann man nicht von der jeweiligen wirtschaftlichen Situation und der wirtschaftspolitischen Aufgabenstellung trennen. So ist die konkrete Gestaltung der staatlichen Leitung in jeder Periode des sozialistischen Aufbaus von einer ganzen Anzahl von Faktoren abhängig, deren wichtigste folgende sind:  
Die Entwicklung der Produktivkräfte des Landes, der Stand der Konzentration, Spezialisierung und Kooperation der Betriebe, der Stand der ökonomischen Entwicklung der einzelnen Gebiete, die zu lösenden wirtschaftspolitischen Aufgaben, die Zahl und Qualifikation der ver-

fügbaren Kader, die politische Lage im Land einschließlich der Klassenbeziehungen in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus.

2. Bei allen Veränderungen, die in den verflochtenen 40 Jahren hinsichtlich der sozialistischen Wirtschaftsführung in der Sowjetunion vorgenommen wurden, blieb als Grundprinzip die zentrale staatliche Leitung erhalten. Dabei galt es, bei jeder einzelnen Reorganisation die Grundfragen der Art und Weise, wie die staatliche Leitung ihre Aufgaben zu erfüllen hat, entsprechend den Bedingungen der jeweiligen Etappe richtig zu lösen. Bei diesen Grundfragen handelt es sich um folgende:

- a) Das Verhältnis zwischen den drei Seiten der Leitung, der unmittelbaren Anweisung, der Ausnutzung der ökonomischen Hebel und der politischen Erziehung der Menschen;
- b) das Verhältnis zwischen der zentralen staatlichen Leitung und der ökonomischen Selbstständigkeit der einzelnen Betriebe;
- c) das Verhältnis zwischen konkreter, fachlich spezialisierter und allgemein wirtschaftspolitischer Leitung durch die Staatsorgane;
- d) das Verhältnis zwischen grundsätzlicher (planmäßiger) und operativer Leitung seitens der staatlichen Wirtschaftsverwaltung;
- e) das Verhältnis zwischen zentraler produktionsmäßiger und horizontaler örtlicher Leitung der Industrie.

Konkret können diese Grundfragen der staatlichen Wirtschaftsführung nur in Übereinstimmung mit der historischen Situation und den Besonderheiten des sozialistischen Aufbaus im jeweiligen Land beantwortet werden.

3. Neue Leitungsformen müssen durch praktische Erprobung gefunden werden. Das ist eine unmittelbare Schlußfolgerung aus der jüngsten Entwicklung des Systems der staatlichen Leitung in der Sowjetunion von 1953 bis zur Reorganisation 1957. Es gibt keine fertigen Rezepte, nach denen man die Leitung der Industrie aufbauen kann.
4. Die Reorganisation in der Sowjetunion lehrt ferner, daß es in einem hochentwickelten Land nicht zweckmäßig ist, sich bei solch grundlegenden Reorganisationen durch abstrakte Schemata die Hände zu binden. Es ist durchaus möglich, vielfältige Formen in der Wirtschaftsleitung entsprechend den Besonderheiten in den einzelnen Gebieten eines so großen Landes oder entsprechend den Besonderheiten der einzelnen Industriezweige zu finden. Auf der 7. Tagung des Obersten Sowjets im Mai 1957 wurden deshalb nicht alle Einzelfragen behandelt, sondern nur die

grundlegende Richtung der Umgestaltung des Leitungssystem festgelegt.

5. Die bisherige Entwicklung der staatlichen Leitung in der Sowjetunion und auch die Diskussionen um die Reorganisation beweisen, daß die Organisationsformen allein noch keine rationelle Wirtschaftsführung ergeben. Man muß im Zusammenhang mit solchen Reorganisationen zugleich auch die Methoden der Leitung überprüfen und vervollkommen.

Diese Lehren gilt es, in ihrer Gesamtheit auch für die weitere Entwicklung der staatlichen Leitung der sozialistischen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik auszuwerten. Zweifelsohne wäre es falsch, schematische Übertragungen aus der Reorganisation der Industrie der Sowjetunion vorzunehmen, sind doch die wirtschaftsgeographischen und historischen Bedingungen nicht ohne weiteres miteinander zu vergleichen. Aber die Art und Weise, wie man an die Lösung brennender Probleme der staatlichen Wirtschaftsführung in der Sowjetunion herangegangen ist, gibt uns wichtige Hinweise zur weiteren Vervollkommnung der eigenen Arbeit.

Die Richtung für die weitere Vervollkommnung der staatlichen Leitung der Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik gab das Referat des Ersten Sekretärs des ZK der SED, WALTER ULBRICHT, auf dem 32. Plenum des Zentralkomitees und die hierzu beschlossenen Thesen.

Die Vereinfachung des Staatsapparates und die Veränderung der Arbeitsweise der Mitarbeiter zielen darauf ab, die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Betriebe zu erhöhen und die unmittelbar anleitenden Organe mehr der Basis anzunähern, die zentrale Planung grundlegend zu verbessern, die zentralen Staatsorgane stärker auf die Lösung der Grundfragen der wirtschaftlichen Entwicklung zu orientieren, die Rolle der staatlichen Leitung als politischer Erzieher und den demokratischen Charakter der Leitung zu verstärken, die Rolle der örtlichen Staatsorgane im Wirtschaftsleben weiter zu erhöhen und die Verwaltung insgesamt rationeller zu gestalten.

Die vorgeschlagene Veränderung in der Organisationsstruktur haben sich vor allem erforderlich gemacht, um die Methoden und den Arbeitsstil der Verwaltung den neuen Aufgaben anpassen zu können. In der weiteren Gestaltung der Leitung gilt es, sich sowohl auf die eigenen Erfahrungen zu stützen, als auch die Erfahrungen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder in Rechnung zu stellen. Dabei sind es besonders die sich über viele Jahrzehnte des sozialistischen Aufbaus erstreckenden Erfahrungen der Sowjetunion auf dem Gebiet der staatlichen Leitung der Volkswirtschaft, die uns zugute kommen.

Industrieökonomische Fakultät    Institut Organisation und Planung des volkseigenen Industriebetriebes  
Direktor Dr. Wilhelm Klampfl  
Als Manuskript gedruckt

## Grundfragen der Dezentralisierung der Leitung in den volkseigenen Industriebetrieben

Von WILHELM KLAMPFL und GERHARD HERRMANN

### I. Das Wesen der Dezentralisierung der Leitung im Betrieb

Die Organisation der Leitung der sozialistischen Wirtschaft erfolgt nach den sozialistischen Prinzipien der Leitung. Eines der wichtigsten ist das Prinzip des demokratischen Zentralismus. Der demokratische Zentralismus „verbindet die einheitliche Leitung des sozialistischen Staates mit der aktiven Mitarbeit der Werktätigen am sozialistischen Aufbau.“<sup>1)</sup>

Die Durchsetzung des demokratischen Zentralismus erfordert von den Betriebsleitungen die strenge Einhaltung der staatlichen Direktiven, die Organisation der Erfüllung der vom Staat gestellten Aufgaben sowie die Garantierung einer umfassenden Beteiligung aller Werktätigen an der Leitung des Betriebes.

Die Formen und Methoden zur Durchsetzung dieses Prinzips der Leitung der sozialistischen Wirtschaft sind vielfältig und wandelbar. Ihre Wirksamkeit hängt entscheidend davon ab, inwieweit sie den jeweils gegebenen konkreten Bedingungen entsprechen. Das betrifft sowohl die Formen und Methoden zur Verwirklichung dieses Prinzips in der Organisation der zentralen staatlichen Leitung als auch in der Organisation der Leitung der Betriebe. Der durch die Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eingeleitete Prozeß der Reorganisation der staatlichen Leitung ist Ausdruck der Tatsache, daß die bisherigen Formen und Methoden der Leitung den neuen Forderungen an die Organisation der Leitung nicht mehr entsprechen.

WALTER ULBRICHT bezeichnet es in seinem Referat „Über die Vereinfachung des Staatsapparates und die Änderung der Arbeitsweise der Mitarbeiter des Staatsapparates“ auf der 32. Tagung des ZK der SED als eine der Hauptaufgaben der Partei, „die Leitung unseres wirtschaftlichen, staatlichen und kulturellen Aufbaus“, den herangereiften neuen Bedingungen anzupassen, um in verbesserter Form auf die Entwicklung der Initiative der Werktätigen und ihres Bewußtseins Einfluß nehmen zu können. Wir würden in die Gefahr geraten, diese Entwicklung zu

bremsen, statt sie zu fördern, und würden uns um gute Resultate der bisherigen Arbeit bringen, würden wir die Inangriffnahme der Arbeit verzögern und etwas hinausziehen oder uns auf bestimmte Teilmaßnahmen beschränken. Das Wachstum des sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse und ihre Tatkraft hängen aufs engste mit der Entwicklung unseres sozialistischen Staates zusammen.

Deshalb hat die Vereinfachung des Staatsapparates, die Vervollkommnung der Methoden der Leitung des Staatsapparates eine außerordentliche Bedeutung für die weitere Entwicklung. Wir gehen ... nicht von Erwägungen wie z. B. über Einsparung von Stellen und dergleichen aus, sondern es geht um die prinzipielle Frage der Weiterführung unseres staatlichen Aufbaus im Sinne des demokratischen Zentralismus, der das Grundprinzip unseres staatlichen Aufbaus ist.

Es müssen solche Formen und Methoden der Leitung der Volkswirtschaft und der anderen Zweige des Staatsapparates entwickelt werden, die der besseren Erfüllung des Fünfjahresplanes und der Entwicklung der Volkswirtschaft dienen, die Entfaltung der breitesten Initiative der Bevölkerung ermöglichen und die strenge Einhaltung des Sparsamkeitsregimes gewährleisten.“ („ND“ Nr. 168, 1957, S. 3.)

Die hierzu vorgeschlagenen und in den Thesen zum Bericht WALTER ULBRICHTS geforderten Maßnahmen stellen nicht nur an die zentralen staatlichen Organe und die künftigen Industriezweigeleitungen erhöhte Anforderungen, sondern auch an die Betriebe. Für diese bedeutet das ein Höchstmaß an Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit zu entwickeln. Genau so wie eine zu starre Zentralisierung der Leitung die Entwicklung der Eigeninitiative der Betriebe hemmt, so wird umgekehrt eine Konzentration der Ministerien „auf die grundsätzlichen Aufgaben, die Ökonomik der Industriezweige, die Fragen des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts und der Neuererbewegung“, auf Kaderfragen und die Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse (These 5) um so stärker möglich sein, je mehr die Betriebe die ihnen eingeräumten größeren Rechte selbständig gebrauchen lernen, und zwar im

<sup>1)</sup> Lehrbuch: „Ökonomik der sozialistischen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik“, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1956, S. 76.

## GRUNDFRAGEN DER DEZENTRALISIERUNG DER LEITUNG IN DEN VEB

Interesse der Stärkung unseres Staates gebrauchen lernen.)

Das bedingt, auch innerhalb des Betriebes solche Formen und Methoden der Leitung zu entwickeln und zur Anwendung zu bringen, die die Eigenverantwortlichkeit der Leiter, besonders der mittleren Leitungskräfte und das Verantwortungsbewußtsein der gesamten Belegschaft für die Erfüllung der Planaufgaben erhöhen.

Ein wichtiges Mittel hierzu ist die Dezentralisierung der Leitung durch Übertragung größerer Rechte und Pflichten an die Produktionsabteilungsleiter. Der Zweck der Dezentralisierung besteht einerseits darin, der Betriebsleitung und ihren Funktionalorganen die Konzentration auf die entscheidenden Fragen des Betriebsgeschehens zu ermöglichen, andererseits wird den Leitern der Produktionsabteilungen eine größere ökonomische Selbständigkeit eingeräumt. Es werden ihnen Entscheidungen bzw. die Anleitung und Kontrolle von Arbeiten übertragen, die bei starker Zentralisation der Leitung zum Verantwortungsbereich des Betriebsleiters und seiner Funktionalorgane oder dem Verantwortungsbereich des Kaufmännischen oder Technischen Leiters bzw. des Leiters der Abteilung Arbeit gehören.

Die übertragene größere Entscheidungsbefugnis kann sich, dem Prinzip der Einzelleitung entsprechend, nur auf die von der Abteilung zu erfüllenden Aufgaben beziehen und muß sich im Rahmen der von der Betriebsleitung gestellten Planaufgabe bewegen. Das erfordert exakte Beauftragung und eine klare Abgrenzung der Kompetenzen gegenüber Neben- und übergeordneten Instanzen sowie der Rechte und Pflichten der in der Abteilung beschäftigten Mitarbeiter. Wichtige Hilfsmittel hierzu sind die Struktur- und Funktionspläne sowie Organisationsanweisungen.)

Die Dezentralisierung von Leitungsfunktionen gibt den Abteilungsleitern größere Rechte in bezug auf die Ausführung des von der Betriebsleitung gestellten Zieles und die Ausschöpfung der Möglichkeiten, diese mit dem geringsten Aufwand zu erfüllen.

Die größere Selbständigkeit der Produktionsabteilungen erzeugt notwendig neue Beziehungen zu den übergeordneten Instanzen. Die Zahl der Anweisungen wird eingeschränkt. Dem steht eine Zunahme der generellen Regelungen in Form von schriftlich fixierten Organisationsanweisungen gegenüber. Die Betriebsleitung und deren Hilfsorgane haben andererseits bei stärkerer Dezentralisierung der Leitung nicht mehr die ständige unmittelbare Beziehung zum Abteilungsleiter wie das bei starker Zentralisierung der Leitung der Fall ist. Je stärker die Dezentralisierung der Leitung, um so konsequenter muß die zentrale Kontrolle der Arbeits-

ergebnisse sein. In Anbetracht dessen gewinnen die Kontrollorgane der Betriebsleitung eine erhöhte Bedeutung, da von der Qualität ihrer Arbeit die Güte der Informationen der Betriebsleitung über die Arbeitsleistung und Wirtschaftlichkeit der Abteilungen in großem Maße bestimmt wird. Auch an die Personalpolitik stellt die Dezentralisierung höhere Anforderungen.

Die Dezentralisierung der Leitung hat große Bedeutung für die Weckung der Initiative der Abteilungsleiter und der gesamten Belegschaft der Abteilung. Während eine starke Zentralisierung den Leiter der Abteilung zu einem vorwiegend ausführenden Organ der von der übergeordneten Instanz erteilten Anweisungen macht, bzw. ihn auf deren Entscheidungen warten läßt, veranlaßt ihn die Übertragung größerer Verantwortung durch Dezentralisierung zum Suchen eigener Wege. Sie fördert die Entwicklung einer systematischen kollektiven Zusammenarbeit mit den Meistern, Brigadiers und Arbeitsleitern. Eine richtig vorgenommene Dezentralisierung, verbunden mit einem wirkungsvollen System der materiellen Interessiertheit des gesamten Kollektivs, wird die nicht selten noch vorhandene Passivität mancher Abteilungsleiter und Meister in Fragen der Arbeitsnormung, der Entwicklung neuer und besserer technologischer Verfahren, der Verbesserung der Arbeitsorganisation, der Unterstützung der Neuerungsbewegung, der Organisation sozialistischer Wettbewerbe, der Ausnutzung der in der Abteilung gegebenen Möglichkeiten zur Kaderentwicklung usw. bewirken, was sich günstig auf die Erhöhung der Rentabilität der Betriebe auswirken wird.

Die Dezentralisierung wird auch eine größere Selbständigkeit der Abteilungsleiter zur Folge haben. Sie werden sich mit vielen Fragen nicht mehr an die zentralen Instanzen wenden, sondern diese weitestgehend selbst entscheiden. Damit wird eine wichtige Voraussetzung für die Reduzierung der Leitungsebenen bis zur eventuellen direkten Unterstellung der Produktionsabteilungen unter den Direktor des Betriebes geschaffen.

Da die Dezentralisierung der Verantwortung der Abteilungsleiter erhöht, sie zur regen Mitarbeit an der Entwicklung des Betriebes und der Verbesserung seiner Rentabilität anspornen sowie die Zusammenarbeit der Leiter mit der gesamten Belegschaft fördert, entspricht sie zuletzt dem Wesen der sozialistischen Produktionsverhältnisse und den Anforderungen des Prinzips des demokratischen Zentralismus an die Organisation der Leitung in den Betrieben.

Die Erhöhung der Selbständigkeit der Produktionsabteilungsleiter in bezug auf die Vorbereitung, Durchführung, Lenkung und Kontrolle der sich in den Abteilungen vollziehenden ökonomischen Prozesse erfordert, daß ihnen die für die Durchführung der dadurch erforderlichen Arbeiten benötigten Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt und die Bedingungen geschaffen werden, die das Erreichen des

## GRUNDFRAGEN DER DEZENTRALISIERUNG DER LEITUNG IN DEN VEB

durch die Dezentralisierung der Leitung gewünschten Erfolges garantieren. Dieses muß so erfolgen, daß es im Gesamtbetrieb nicht zu einer Verteuerung des Verwaltungsapparates und der Kosten für die Leitung des Betriebes kommt.

Oft wird in Gesprächen über die Bildung von Funktionalorganen in den Produktionsabteilungen der Einwand erhoben, daß dieses nur zu einer Erhöhung des Verwaltungspersonals führen würde. Dieser Einwand ist berechtigt, wenn es sich nur um kleine Produktionsabteilungen handelt, bei denen eine umfassende Dezentralisierung tatsächlich eine solche Erhöhung zur Folge hätte. (Eine umfassende Dezentralisierung wird nach den in der CSR gesammelten Erfahrungen erst in Abteilungen mit über 300 Produktionsarbeitern rationell.) Trotzdem kann auch bei kleineren Produktionsabteilungen eine Dezentralisierung in begrenztem Umfang erfolgen, ohne daß diese zu einem Anwachsen des gesamten Verwaltungspersonals führen muß. Selbst bei geringen Erhöhungen des Verwaltungspersonals auf Abteilungsebene ist es möglich, diese Erhöhungen durch eine Einsparung von Verwaltungskräften an anderen Stellen auszugleichen. Letzteres wird meistens übersehen. Ferner wird bei dieser Argumentation nicht immer beachtet, daß eine Unterstellung von Funktionalorganen unter den Abteilungsleiter oft nur eine Veränderung der personellen Unterstellung bereits vorhandener Kräfte bedeutet, die nicht selten schon ständig in der Produktionsabteilung ihren Arbeitsplatz haben, jedoch personell und fachlich den der Produktionsabteilung übergeordneten Instanzen unterstellt sind.

Im folgenden sollen einige der mit der Dezentralisierung der Leitung im Betrieb verbundenen Probleme behandelt werden. Als Beispiel dient die Organisation der Leitung von mechanischen Abteilungen unserer Maschinenbaubetriebe.

## II. Die Dezentralisierung der Leitung und die Bildung von Funktionalorganen in den Produktionsabteilungen in den Maschinenbaubetrieben der Deutschen Demokratischen Republik.

Während man im Zusammenhang mit der Einführung der wirtschaftlichen Rechnungslegung in den sowjetischen Industriebetrieben seit langem mit Erfolg bemüht ist, die Selbständigkeit der Produktionsabteilungsleiter zu erhöhen (vgl. Schriftenreihe: „Aus sowjetischer und volksdemokratischer Wirtschaftslehre“, Heft 18, S. 62ff.), ist für unsere Maschinenbaubetriebe zur Zeit noch eine sehr starke Zentralisation der Leitung typisch. Das betrifft besonders die Betriebe mit Einzel- und Kleinserienfertigung, aber auch Betriebe mit Serien- und Großserienfertigung. Eine stärkere Dezentralisierung findet man in Abteilungen, die nicht am Ort des Betriebes liegen. Eine personelle Unterstellung der für eine selbständige operative Leitung der Abteilung benötigten Leitungskräfte gibt es nur in wenigen Betrieben. Das sind vorwiegend Betriebe mit Groß-

serienfertigung, wie z. B. der VEB Automobilwerk AWZ Zwickau oder der VEB Wälzlager in Berlin. Die Leitungsstruktur der Produktionsabteilungen entspricht in diesen beiden Betrieben, letzterer zählt zu den größeren Mittelbetrieben, annähernd der Organisation der Produktionsabteilungsleitung in sowjetischen Maschinenbaubetrieben. Im VEB Wälzlager Berlin wird die Abteilungsleitung nach dem Vorbild sowjetischer Wälzlagerbetriebe organisiert. Es sind im VEB Automobilwerk Zwickau dem Leiter der mechanischen Abteilung direkt unterstellt:

- 1 Werkstattsschreiber;
- 1 Technologe;
- 3 TAN-Bearbeiter;
- 2 Dispatcher;
- 4 Lohnabrechner;
- 1 Betriebsabrechner.

Im VEB Wälzlager in Berlin-Lichtenberg gehören zur Abteilungsleitung:

1. eine Abteilungsverwaltung;
2. ein Produktionsdispatcherbüro;
3. ein technisches Büro.

Entgegen der „Grundsatzordnung Technologie“ wurde auch die Werkzeugausgabe dem Abteilungsleiter unterstellt, weil nach den Angaben des Funktionsplanes die sich daraus ergebende Arbeitsweise geeigneter für den Produktionsablauf in der Massenfertigung ist, als eine zentrale Unterstellung.

Der Abteilungsverwaltung obliegt:

- a) die tägliche Kontrolle der Anwesenheit der Arbeitskräfte als Grundlage für die Arbeitskräfte-lenkung, die Arbeitskräftestatistik und die Bewertung der Arbeitsdisziplin der Abteilungsbelegschaft;
- b) die operative Kostenkontrolle (einige typische Kostentypen);
- c) die Anforderung von Leistungen (Reparaturen) von anderen Abteilungen des Betriebes und Vornahme von Bestellungen verschiedener Art;
- d) die Durchführung der laufend anfallenden Schreibarbeiten und die Protokollführung bei den Produktionsberatungen.

Das Produktionsdispatcherbüro organisiert den Auftragsdurchlauf in der Abteilung und hat auf der Grundlage der erteilten Planaufgaben und technologischen Unterlagen alle damit im Zusammenhang stehenden Arbeiten durchzuführen. Der Abteilungsdispatcher ist der Vertreter des Abteilungsleiters in Produktionsfragen.

Das Technische Büro vereinigt in sich die Operativ-Technologen und die Arbeitsnormer. Sie erhalten fachliche Anleitung durch den Haupttechnologen bzw. die Abteilung Arbeitsnormung. Hauptaufgaben des Technischen Büros sind das Ergreifen von Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Beseitigung von Kostenüberschreitungen sowie die technische Beratung der Einrichter, Brigadiers und Meister.

In der Mehrzahl der Betriebe ist jedoch die Leitung der Produktionsabteilungen so organisiert, daß

<sup>1)</sup> Vgl. THAMM: „Neue Leitungsformen der Industriezweige“, in „Die Wirtschaft“ Nr. 30/31.

<sup>2)</sup> Vgl. Bericht über die Arbeitskonferenz „Betriebsorganisation“ vom 17. bis 19. Oktober 1959 in Weimar, herausgegeben von der Kammer der Technik, Zentralleitung.

DR. WILHELM KLAMPFF

zwar die Arbeitsnormer, Operativtechnologien, Abteilungsdispatcher oder die Abteilungsabrechner in der Abteilung arbeiten und hier ihren Arbeitsplatz haben, diese aber entweder den Leitern der Funktionsorgane des Betriebsdirektors unterstehen oder zum Verantwortungsbereich des Technischen Leiters bzw. des Leiters der Abteilung Arbeit gehören. Auch ihre Anweisungen erhalten sie von diesen Stellen. Direkt dem Leiter der Produktionsabteilung unterstellt sind in der Regel nur die Produktionsdisponenten für die operative Produktionsplanung, Termintverfolgung, Bereitstellung für Material und Werkminverfolgung, Bereitsteller für Material und Werkzeuge und Schreibräfte. Eine Ausnahme bildet der VEB Lokomotivbau - Elektrotechnische Werke „Hans Beimler“, in welchem dem Leiter der mechanischen Fertigung, hier als Betriebsleiter bezeichnet, bis auf die Arbeitsnormer alle Funktionalorgane direkt unterstellt sind. (Abteilungsdispatcher, Abteilungsabrechner, Lohnabrechnung und Abteilungsleitermaterialabrechnung, Abteilungsplanung mit den Arbeitsgebieten Produktionslenkung, Materialplanung, Arbeitsvorbereitung und Terminverfolgung.)

Demzufolge hängt der Einfluß der Leiter der Produktionsabteilungen auf die Arbeit dieser Organe vorwiegend von dem Niveau ihrer Zusammenarbeit mit den Leitern der genannten Instanzen der Betriebsleitung ab. Es handelt sich deshalb in den meisten Betrieben mehr um eine „Dezentralisierung der Arbeitsausführung“ sowie der Arbeitsplätze und Arbeitsnormer, als um eine Dezentralisierung im Sinne der Übertragung der vollen Verantwortung für die Anleitung und Kontrolle dieser Arbeiten an die Leiter der Produktionsabteilungen. Abteilungsökonomien, die den Abteilungsleiter bei der Durchführung der Abteilungsplanung, der Vorbereitung des Betriebsplanes und der Analyse des ökonomischen Ergebnisses der Abteilung unterstützen, gibt es in fast keinem Betrieb. Es sind jedoch schon Ansätze dazu vorhanden, indem in verschiedenen Betrieben Abteilungsabrechner existieren, die Funktionen eines Abteilungsökonomens ausüben. So hat z. B. im VEB Dieselmotorenwerk Rostock der Abteilungsabrechner u. a. folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. Mitarbeit am Kostenplan;
2. Kontrolle der Kostenentwicklung für ausgewählte Kostenarten und Besprechung entstehender Abweichungen mit dem Abteilungsleiter;
3. Teilnahme an der Aufstellung des BAB und Auswertung für die Abteilung;
4. Überprüfung der Richtigkeit der errechneten Ist-Kosten;
5. Vorbereitung auf die Rentabilitätsberatungen.

Die in der „Anordnung über die Bildung von Abteilungen für Arbeit in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben sowie den Organen der Wirtschaftsverwaltung“ geforderte Schaffung von Unterabteilungen für Arbeit in den Produktions-

abteilungen, die u. a. zu einem Fortschritt in der Dezentralisierung der Leitung hätte führen können, hat sich in der Menzähl der Maschinenbaubetriebe nicht durchgesetzt. Sie wurden nach relativ kurzer Zeit, meist mit der Begründung der Personalmisparung, wieder aufgelöst. Zahlreiche Betriebe bildeten gar nicht erst solche Unterabteilungen, weil deren Nutzen nicht von deren Nutzefekt überzogen die Leitungen nicht von deren Arbeit bewahren oder Überschneidungen mit der Arbeit bestehender Organe befürchteten. Die unklare Abgrenzung der „Richtlinien zur Bildung der Abteilung Arbeit“<sup>1)</sup> unterstützte die Umgehung des Gesetzes.

Die Bildung von Unterabteilungen für Arbeit für den zweckmäßigen Einsatz der Mitarbeiter der Unterabteilungen übertragen, personell wurden sie aber dem Direktor für Arbeit unterstellt. Auch für die Ausführung ihrer Arbeit sollten sie nicht dem Abteilungsleiter, sondern dem Leiter der Abteilung Arbeit Rechenschaft ablegen. Eine solche Regelung wurde zwangsläufig zur Vernachlässigung der Aufgaben der Unterabteilungen für Arbeit führen, zudem die ungenügende Entwicklung der Planung und der „ökonomischen Selbständigkeit“ der Abteilungen und die Mängel der Wirkung des Systems der materiellen Interessiertheit für die Abteilungsleiter an ungenügender „ökonomischer Zwang“ zur Anleitung der Arbeit dieser Unterabteilungen gegeben war.

Ungünstig mußte sich ferner auswirken, daß in den Richtlinien keine klare Abgrenzung gegenüber den Aufgaben der Abteilung Arbeit und besonders gegenüber den Aufgaben der Abteilung Technologie erfolgte. Das löste Diskussionen aus, die in bestimmten Fragen bis heute noch nicht abgeschlossen sind. Das betrifft vor allem die Diskussion über die organisatorische Einordnung der Arbeitsnormer. Unklarheiten hervorgerufen mußte schließlich auch der Hinweis für die Mittelbetriebe, daß je nach dem Eigenart des Betriebes und der Produktion nicht in jedem Produktionsbereich (gemeint ist der Meisterbereich), sondern in der Regel für mindestens drei eine Unterabteilung gebildet werden soll. Das bedeutet praktisch, daß diese Unterabteilung entweder einem der drei Bereiche hätte eingegliedert werden müssen, womit die Leiter der anderen Bereiche nur über den Leiter dieses Bereiches hätte Einfluß nehmen können, oder die Unterabteilung wäre einem über den Bereich stehenden Produktionsabteilungsleiter unterstellt worden, den es jedoch in den Mittelbetrieben oft nicht gibt. Außerdem wurde übersehen, daß in einer ganzen Reihe von kleinen Mittelbetrieben eine Dezentralisierung der Abteilung Arbeit gar nicht notwendig war, da es die Größe der Betriebe und die geringere räumliche Ausdehnung der Betriebsstätten gestatten, diese Arbeiten in großem Maße zu zentralisieren. Es gibt noch eine Reihe weiterer Faktoren, die bei der

<sup>1)</sup> Ministerium für Maschinenbau der Deutschen Demokratischen Republik, Schriftenreihe Heft 5.

GRUNDFRAGEN DER DEZENTRALISIERUNG DER LEITUNG IN DEN VEB

Analyse der Ursachen für die noch vorherrschende starke Zentralisierung der Leitung zu beachten sind.

- Diese Faktoren sind:
1. die Betriebsgröße und die gegebenen Abteilungsgrößen;
  2. die Produktionsstruktur;
  3. der Grad der ökonomischen Selbständigkeit der Produktionsabteilungen;
  4. die Kadrsituation;
  5. die Entwicklung der Betriebe;
  6. unterschiedliche Auffassungen über die Zweckmäßigkeit der Dezentralisierung bestimmter Funktionen und bestehende gesetzliche Bestimmungen sowie Richtlinien der Ministerien.

Der Einfluß der Betriebsgröße und der Größe der Produktionsabteilungen

Wie schon erwähnt, muß auch die Dezentralisierung der Leitung unter dem Gesichtspunkt strenger Sparsamkeit erfolgen. Sie soll zu einer Verbesserung des ökonomischen Resultats der Abteilungsleitung führen. Folglich ist der Nutzeffekt zu prüfen, der durch die Bildung von Funktionalorganen in den Abteilungen erreicht werden kann. Die Größe der Abteilung und deren Produktionsleistung haben darauf einen großen Einfluß. Eine Dezentralisierung ist verfehlt, wenn die dafür benötigten Kosten den dadurch erreichten Nutzen kompensieren oder übersteigen. Diese Gefahr besteht besonders in Mittelbetrieben, und hier wiederum in solchen, die relativ kleine Verantwortungsbereiche der Produktion besitzen. Untersuchungen und Traktorenbau haben das bestätigt.

Auch in der Sowjetunion wurden bei Überprüfungen der Dezentralisierung der Leitung und des damit verbundenen Aufwandes ähnliche Erfahrungen gesammelt. RUMJANZEW berichtet, daß sich besonders in Betrieben mit relativ kleinen Produktionsabteilungen eine umfassende Dezentralisierung der Leitung nicht bewährt hat.<sup>2)</sup> Er kritisiert, daß in zahlreichen Maschinenbaubetrieben der Bestand des Personalabteilungsabrechners in den Produktionsabteilungen 15-20 Prozent der Anzahl der Produktionsarbeiter beträgt. Weiter wird von ihm bemängelt, daß in manchen Produktionsabteilungen zehn und mehr verschiedene Büros bestehen, daß unnötig viele Zwischenstufen zwischen dem Abteilungsleiter und den Meistern geschaffen wurden und daß der Produktionsbereich - ohne daß es die Organisationsabteilungen des Personalabteilungsabrechners in der Leitung aufgeteilt sei, in zu viele kleine Abteilungen aufgeteilt sei, wobei die Leitung dann gewöhnlich noch nach dem Beispiel großer Produktionsabteilungen organisiert wurde. Er fordert deshalb die Beseitigung unnötiger Zwischenstufen in der Leitung der Produktionsab-

teilungen und die Reduzierung ihres Verwaltungsapparates. Als Maßnahmen empfiehlt er die Vergrößerung der Abschnitte und Abteilungen und die Zentralisierung der Abteilungsabrechnung bei gleichzeitiger Mechanisierung der Abrechnungsarbeiten.

Ein ungünstiges Kostenbild kann natürlich auch durch eine schlechte Arbeit der dezentralisierten Organe hervorgerufen werden. Die Gefahr der Überdezentralisierung ist in Großbetrieben weniger zu befürchten, da die für eine umfangreiche Dezentralisierung günstigen Abteilungsgrößen meistens vorhanden sind. Wenn trotzdem auch hier noch die Zentralisierung der Leitung stark hervortritt, so aus anderen Gründen, die im Folgenden noch aufgezeigt werden.

Es ist also besonders in Mittelbetrieben der Übergang zur Dezentralisierung der Leitung bis auf die Produktionsabteilungen sehr sorgfältig zu bestimmen. In Kleinbetrieben dürfte sie kaum in Frage kommen. In den Mittelbetrieben wird das Hauptaugenmerk darauf zu richten sein, mehrere Abschnitte zu Abteilungen zusammenzufassen, da z. B. in zahlreichen Mittelbetrieben Produktionsabteilungen als eine den Meistern übergeordnete Instanz kaum existieren. Die Möglichkeiten dafür sind oftmals gegeben, aber nicht genutzt. Das kann eine gute Basis für die Dezentralisierung geben ist, wurde am Beispiel des VEB Wälzlager Berlin schon demonstriert. Kann man das nicht, so ist eine umfassende Dezentralisierung nicht zu empfehlen, bzw. sollte eine Dezentralisierung nur in ganz geringem Umfang erfolgen (Hilfskräfte für die operative Planung im Meisterbereich; Operativtechnologien und Arbeitsnormer, eventuell in Personalarbeit und Werkstattsschreiber).

Besonders zeigt sich der Einfluß der Abteilungsgröße auf den Grad der Dezentralisierung auch bei der Festlegung der Verantwortung für die Instandhaltung und Reparaturarbeiten. Die Überwachung und Instandhaltung der Maschinen und Anlagen gehört nach den Rahmenstrukturplänen zum Verantwortungsbereich des Hauptmechanikers, der in den meisten Betrieben dem Technischen Leiter unterstellt ist. Eine regelmäßige Überwachung der Maschinen und eine gut organisierte planmäßige Reparaturarbeit, besonders der vorbeugenden Reparaturarbeit, sind für die Höhe der Produktionsleistung der mechanischen Abteilungen sehr entscheidend. Von ihrem Niveau werden sowohl die Höhe als auch der Ausnutzungsgrad des geplanten Fonds an Maschinenstunden sowie das Vermögen, die geplanten Termine für die Erfüllung der operativen Produktionsprogramme einzuhalten, von diesen Faktoren in besonderer Beachtung verdienen. Diese Faktoren in Betrieben mit relativ überaltertem Maschinenpark, da hier die Maschinen besonders reparaturunfähig sind, desgleichen unter den Bedingungen einer ununterbrochenen Fließfertigung, wird jeder unvorhergesehene Maschinenausfall zur Stilllegung der gesamten Fertigungsstraße führen kann. Das verpflichtet auch die Abteilungsleiter, der Funktionsfähigkeit der Maschinen und deren Erhaltung große Aufmerk-

<sup>2)</sup> A. F. RUMJANZEW, Vorlesung in der Parichodschule beim ZSK der KPSU (B), Moskau 1951, Rohübersetzung des Kapitels III. „Die Verwaltung der staatlichen Industrieunternehmen“.



DR. WILHELM KLAMPFL

samkeit zu widmen. Um dieses zu garantieren, wurde 1954 von den Teilnehmern an der „2. Konferenz über Organisation und Planung der Maschinenbaubetriebe“ für die Maschinenbaubetriebe der CSR beschlossen, in allen Mittel- und Großbetrieben eine Dezentralisierung des Instandhaltungs- und Reparaturdienstes vorzunehmen. Es wurde empfohlen, die Instandhaltung und die laufenden Reparaturen einem Abteilungsmechaniker zu übertragen. Der Hauptmechaniker soll für die Generalreparaturen verantwortlich sein. Letzteres soll in Zusammenarbeit mit dem Abteilungsmechaniker erfolgen.)

Dieser Forderung steht die Stellungnahme des Direktors eines größeren Maschinenbaubetriebes gegenüber, in der er für seinen Betrieb die Zentralisierung als günstig bezeichnet. Die Ablehnung einer generellen Dezentralisierung der Instandhaltung in Groß- und Mittelbetrieben deckt sich mit den Untersuchungsergebnissen von LANGE,<sup>3)</sup> der in Übereinstimmung mit sowjetischen Autoren zu der Schlußfolgerung kommt, daß eine dezentrale Organisation der Reparaturarbeit nur in Abteilungen erfolgen sollte, in denen mindestens 100 Maschinen stationiert sind. Damit ist die Dezentralisierung eindeutig auf große Produktionsabteilungen beschränkt.

Es scheint also bei dieser Abteilungsgröße die Grenze zu liegen, wo sich die Vorteile einer zentralen Organisation, wie bessere Kenntnis der Maschinen und ihrer Eigenheiten, Spezialisierung der Mechaniker, die größere Einflußnahme auf Pflege und Wartung durch den Bedienenden oder speziell damit Beauftragte usw. und die Wirtschaftlichkeit einer zentralen Organisation der Instandhaltung treffen. Das schließt die Unterstellung eines Abteilungsmechanikers in kleineren Abteilungen natürlich nicht aus. Die gegebenen Verhältnisse können dieses bedingen. Aber als allgemeine Regelung für alle Mittelbetriebe ist es offensichtlich nicht zu empfehlen.

Wenn unter den aufgezeigten Umständen eine stärkere Zentralisierung der Leitung bedingt ist, so ist das nicht als Nachteil für die Leitung des Betriebes anzusehen. Es ist im Gegenteil natürlich, daß ein Betriebsleiter in diesem Falle der Zentralisation den Vorzug gibt. Das bringt nicht nur den Vorteil der Einsparung qualifizierter Kräfte, bzw. des rationalen Einsatzes der zur Betriebsleitung gehörenden Leitungskräfte, sondern die Betriebsleitung behält auch einen besseren Überblick über das Tagesgeschehen in der Produktion, der bei Dezentralisierung in der Regel durch die nur noch in gewissen Zeiträumen stattfindende Berichterstattung über das Ergebnis der Abteilungen nicht mehr gegeben ist.

Trotz der stärkeren Zentralisierung der Leitung

in Betrieben dieser Größe muß es nicht zu der in der bürgerlichen Organisationsliteratur als Nachteil der Zentralisierung genannten „Arbeitsfreudigkeit“ und „Verantwortungsfreude“ der Abteilungsleiter kommen. Die Beseitigung des in den kapitalistischen Betrieben gegebenen Doppelcharakters der Leitung und die dadurch möglichen neuen Formen und Methoden der Leitung bieten die Möglichkeit, solche Tendenzen schon im Keime zu ersticken. Außerdem wird von den Organisatoren kapitalistischer Betriebe übersehen, daß die Arbeitsfreudigkeit der Abteilungsleiter, besonders der Meister, oft weniger durch die Zentralisierung der Leitung, als durch ihre komplizierte Stellung zwischen dem Unternehmer einerseits und den Lohnarbeitern andererseits beeinträchtigt wird

Der Einfluß der Produktionsstruktur

Die Produktionsstruktur der mechanischen Abteilungen beeinflußt vor allem den Grad der Zentralisierung der Planungsaktivität. Das betrifft sowohl Funktionen der technisch-ökonomischen Planung als auch der operativen Produktionsplanung. Zur Zeit werden diese Funktionen vorwiegend zentral ausgeführt. Das ist nicht zuletzt auch dadurch bedingt, daß viele mechanische Abteilungen noch in überwiegender Maße nach dem Werkstattprinzip organisiert sind. Das betrifft besonders Betriebe mit Einzel- und Kleinserienfertigung, da in diesen eine Organisation der mechanischen Abteilungen nach Gegenstandsstruktur sehr problematisch ist. Die Organisation der Abteilungen nach dem Werkstattprinzip ist häufig mit innerbetrieblichen Kooperationsbeziehungen zwischen den einzelnen Abteilungen verbunden. Die Teile müssen zu ihrer Bearbeitung mehrere Abteilungen durchlaufen. Diese Beziehungen müssen geplant und ihr Funktionieren muß überwacht werden. Die Erfahrungen lehren, daß dieses – zumindest für die wichtigsten Teile – am zweckmäßigsten zentral durch die Produktionsleitung erfolgt. Das Typische hierbei ist, daß die Produktionsleitung auch die Einhaltung der Termine für die Beendigung der einzelnen Arbeitstage zentral festsetzt und überwacht. Eine stärkere Dezentralisierung der Planung und Plankontrolle setzt also voraus, daß die Kooperationsbeziehungen zwischen den einzelnen mechanischen Abteilungen durch die Organisation der Abteilungen nach Gegenstandsstruktur auf ein Minimum herabgesetzt werden, wenn möglich gänzlich in Fortfall kommen. Damit ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Dezentralisierung der Planung geschaffen, indem sich die Planungsabteilung und Produktionsleitung unter diesen Bedingungen auf die Vorgabe der Teile oder Erzeugnisse und der dafür zur Verfügung stehenden Mittel beschränken können, während die weitere Planung im breiten Umfang innerhalb der

1) Vgl. ZWICHORSKI: Die Fließbandproduktion (Bestellbandproduktion) für die Bearbeitung von ähnlichen Werkstücken, „Ökonomie und Organisation der Arbeit“ Heft 61/62, Rohübersetzung der Hochschule für Ökonomie.

GRUNDFRAGEN DER DEZENTRALISIERUNG DER LEITUNG IN DEN VB

Abteilung erfolgen kann. Wenn trotz der Tatsache, daß diese Bedingungen in mechanischen Abteilungen von Betrieben mit Großserien- und Massenfertigung zum Teil gegeben sind, und zwar auch hinsichtlich der Abteilungsgröße, auch hier nicht selten noch eine verhältnismäßig starke Zentralisierung der Planung zu beobachten ist, so ist das in erster Linie auf eine ungenügende Kadrentwicklung und die oft zu sporadische Beschäftigung mit der Entwicklung eines den Erfordernissen der wirtschaftlichen Rechnungsführung entsprechenden Plan-systems zurückzuführen.

Auch die oft noch anzutreffende Unterschätzung der Beschäftigung mit den ökonomischen Kategorien durch leitende Mitarbeiter dürfte als eine der Ursachen gelten.

Der Einfluß des Grades der ökonomischen Selbständigkeit der Produktionsabteilungen

Unter ökonomischer Selbständigkeit der Produktionsabteilungen ist ihre Selbständigkeit im Rahmen der innerbetrieblichen wirtschaftlichen Rechnungsführung zu verstehen. In den meisten Maschinenbaubetrieben ist die Organisation der mechanischen Abteilungen nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung noch schwach entwickelt. Das ist in entscheidendem Maße auf den eben behandelten Faktor zurückzuführen.

Die ökonomische Selbständigkeit bedingt:

- a) dem Abteilungsleiter die für die Erfüllung der Quartals- und Monatsaufgaben erforderlichen Produktionsmittel und finanziellen Mittel exakt vorzugeben und abzurechnen;
b) diesem eine möglichst große Entscheidungsautonomie für den planmäßigen Einsatz derselben zu gestatten;
c) ein System der materiellen Interessiertheit, welches einen wirksamen Hebel zum ökonomischen Einsatz der Mittel darstellt;
d) die Schaffung der für die Organisation der Abteilungen nach der innerbetrieblichen wirtschaftlichen Rechnungsführung benötigten organisatorischen Voraussetzungen.)

Nur unter diesen Bedingungen, wobei es nicht entscheidend ist, daß diese gleich in allen Volkswirtschaften gegeben sind, wird sich ein Abteilungsleiter auch für das ökonomische Resultat der Arbeit voll verantwortlich fühlen. Erst dann wird er sich auch bemühen, ihm unterstellten Funktionalorganen regelmäßig solche Aufgaben zu stellen, die zu einem möglichst günstigen Ergebnis der Abteilungsleistung führen.

Diese Zusammenhänge von ökonomischer Selbständigkeit der Produktionsabteilungen und Dezentralisierung der Leitung werden viel zu wenig be-

1) Vgl. Die Planwirtschaftslehre – wichtiger Bestandteil der Organisation der innerbetrieblichen wirtschaftlichen Rechnungsführung, in „Wirtschaftswissenschaften“, Heft 41/42, S. 11.

achtet. Deshalb werden die Ursachen für die teilweise vorhandene Vernachlässigung der Zusammenarbeit der Abteilungsleiter und Meister z. B. mit den Arbeitsnormen oder den Operativtechnologien auch nicht hier gesucht, sondern sie werden ausschließlich auf eine mangelhafte Qualifikation solcher Leiter zurückgeführt. Zweifellos wirkt sich eine mangelhafte Qualifikation des Leiters auf die Leitung und den Einsatz von Funktionalorganen negativ aus. Es ist deshalb durchaus richtig, von der Qualifizierung der Abteilungsleiter und Abschnittsleiter eine Verbesserung ihrer Arbeit in den Produktionsabteilungen und -abschnitten zu erhoffen. Man darf sich aber nicht darauf beschränken, sondern es müssen gleichzeitig die Bedingungen geschaffen werden, die diesen Qualifizierungsprozeß fördern und das Verantwortungsbewußtsein des Leiters stärken. Und das wird in entscheidendem Maße durch eine größere ökonomische Selbständigkeit erreicht.

In derselben Richtung wirkt ein gut organisiertes System der materiellen Interessiertheit für das leitende Personal. Das vor der neuen Prämienregelung gültige Prämien-system hatte den empfindlichen Nachteil, daß es nur ungenügend die Eigeninitiative des Leiters förderte. Durch die oft schematische Handhabung der Prämienverordnung war in vielen Fällen die Prämie fester Bestandteil des Gehaltes geworden. Andererseits erlaubten die Bestimmungen nur eine Zuführung von Mitteln zum Prämienfonds, wenn alle hierzu erforderlichen Bedingungen gleichzeitig erfüllt waren. Das führte dazu, daß selbst hervorragende Leistungen einzelner Meister oder Abteilungsleiter im Falle der Nichterfüllung einer dieser Bedingungen nicht prämiert werden konnten, da keine Mittel vorhanden waren, wodurch die Arbeitsfreudigkeit und Initiative dieser Leiter beeinträchtigt wurde. Diese Möglichkeit bietet die neue Verordnung zum Prämienfonds getrennt für die Erfüllung des Produktionsplanes und die Erfüllung des Gewinnplanes vorgenommen werden dürfen. (Abschnitt II, §§ 2 bis 5.) Damit ist natürlich die Gefahr der schematischen Prämienverteilung, auf der Grundlage der in den §§ 19 und 20 nicht überwinden. Deshalb wird in der Verordnung verlangt, auf der Grundlage der in der Verordnung enthaltenen Bestimmungen gemeinsam mit den Werkstätten solche Betriebsprämienordnungen zu erarbeiten, deren Prämierungsbedingungen den Erfordernissen des Leistungsprinzips voll entsprechen. Werden dabei die Bestimmungen des § 21 beachtet, so wird sich diese neue Regelung auch auf die Zusammenarbeit des Abteilungsleiters mit den Funktionalorganen der Abteilung günstig auswirken. Insofern hat die neue Verordnung auch für die weitere Dezentralisierung der Leitung große Bedeutung.

1) Vgl. E. KASCHERL: Zur Verordnung über den Betriebsprämienfonds sowie den Kultur- und Sozialfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben, in „Arbeit und Sozialfürsorge“, Nr. 11/1957, S. 322 ff.
2) H. LANGE: Die „Gerechte Verteilung der Prämien“, in „Die Wirtschaft“, Nr. 23/1957, S. 4.

DR. WILHELM KLAMPFF

**Der Einfluß der Kadersituation**

Schon bei den bereits behandelten Faktoren wurde auf diesen Einfluß hingewiesen. Deshalb genügt eine Ergänzung. Es handelt sich bei den für eine Dezentralisierung benötigten Arbeitskräften meist um qualifizierte Kräfte. Das trifft für den Abteilungsökonom, die Operativtechnologien, die Arbeitsnormer, die Produktionsplaner und Abteilungsdisponenten oder den Abteilungsmechaniker in gleicher Weise zu. Diese Kräfte müssen vielfach erst noch entwickelt werden. Häufig verfügen nicht einmal die zentralen Organe über den notwendigen Stamm gut ausgebildeter und erfahrener Arbeitskräfte. Diese Situation zwang dazu, die vorhandenen Kräfte so rationell wie möglich einzusetzen. Der Ausweg war die Zentralisierung. Sie verhinderte eine Schwächung der Funktionsorgane des Betriebsdirektors und der ihm unterstellten Direktoren und half eine Zersplitterung der Kräfte zu vermeiden.

**Der Einfluß der Entwicklung der Betriebe**

Auch der Entwicklungsprozeß, in welchem sich viele Betriebe in den letzten Jahren befanden und teilweise noch befinden, hat die Tendenz zur Zentralisierung der Leitung stark beeinflusst. Analog der staatlichen Leitung der gesamten Volkswirtschaft war auch in den Betrieben nach ihrer Übernahme in Volkseigentum zunächst eine straffe zentrale Leitung bis in die Detailfragen erforderlich. Zahlreiche Großbetriebe sind aus Mittelbetrieben entwickelt worden, deren Lenkungsform die zentrale war. Die Leiter sind bestrebt, sich diese Form der Leitung nach Möglichkeit zu erhalten. Die Macht der Gewohnheit steht auch hier den neuen Erfordernissen gegenüber. Dieses Bestreben wurde durch die mit der Entwicklung der Betriebe verbundenen Produktionsumstellungen, Erweiterungen der Produktionsstätten, die Reorganisation der technologischen Prozesse und der damit zusammenhängenden Probleme noch unterstützt, da solche Prozesse eine besondere Aufmerksamkeit der Betriebsleitung erfordern.

**Der Einfluß unterschiedlicher Auffassungen über die Zweckmäßigkeit der Dezentralisierung bestimmter Funktionen, bestehender Gesetze und Richtlinien des Ministeriums für Maschinenbau.**

Auf diese beiden Faktoren ist die Zentralisierung folgender Funktionen zurückzuführen:

- a) der Arbeitsnormer;
- b) der Operativtechnologien;
- c) der Abteilungsdisponenten.

Zu a) Die Arbeitsnormung ist sowohl für die Durchsetzung des Gesetzes der Verteilung nach der Leistung als auch für die Erhöhung der Rentabilität der Betriebe von entscheidender Bedeutung. Sie ist eines der problematischsten Gebiete der betrieblichen Arbeit. Aus diesem Grunde wird ihr von der Sozialistischen Ein-

heitspartei Deutschlands, den Gewerkschaften und der Regierung eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Das spiegelt sich unter anderem auch in den Gesetzen und Anordnungen der Regierung sowie zahlreichen Beschlüssen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des Bundesvorstandes des FDGB wider. Betrachtet man sich die in den vorhandenen Richtlinien erlassenen Bestimmungen über die organisatorische Stellung der Organe für die Arbeitsnormung in der Leitungsstruktur des Betriebes, so muß der von THALMANN auf der Konferenz über Fragen der technischen Arbeitsnormung<sup>1)</sup> geübten Kritik, daß sich diese Bestimmungen widersprechen, zugestimmt werden.

Während in der „Anordnung über die Bildung von Abteilungen für Arbeit...“ vom 15. Mai 1952 der Abteilung für die Verantwortung für die Ausarbeitung technisch begründeter Arbeitsnormen übertragen wird, besagen die „Richtlinien zur Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen vom 20. Mai 1952“ und die Meisterverordnung vom 28. Juni 1952<sup>2)</sup>, daß den Abteilungsleitern und Meistern die Verantwortung hierfür zu übertragen ist, ohne daß die früheren Bestimmungen aufgehoben wurden. Durch die in den Gesetzen getroffene Unterscheidung einer Verantwortung für die Ausarbeitung und eine Verantwortung für die Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen wurde die Rechtslage noch unklarer. Unterstützt durch den Mangel an Arbeitsnormen, gewisser Versäumnisse in der Aufklärung der Abteilungsleiter, Meister und Arbeiter über die Bedeutung und die Grundsätze der Arbeitsnormung in sozialistischen Industriebetrieben und andere Umstände, die hier nicht alle erläutert werden sollen, hat sich eine stärkere Zentralisierung der Arbeitsnormung in der Abteilung Arbeit durchgesetzt. Das entspricht der Konzeption THALMANN'S, der als der stärkste Verfechter der zentralen Unterstellung der Arbeitsnormer unter die Abteilung für Arbeit – Gruppe Arbeitsnormung – gilt. Auch auf der erwähnten Konferenz entwickelte er seine Vorschläge für die organisatorische Eingliederung der Arbeitsnormer in dieser Richtung. Den Abteilungsleitern und besonders den Meistern weist er folgende Aufgaben zu:

- a) Schaffung der für die Arbeit nach den neuen Normen erforderlichen Voraussetzungen;
- b) Einleitung der technisch-organisatorischen Maßnahmen, die auf Grund der Ar-

1) H. THALMANN: „Die Aufgaben der technischen Arbeitsnormung im zweiten Fünfjahrplan“, in: „Der Industriebetrieb“ Nr. 9/1956, S. 231 ff.  
2) „Verordnung über die Rechte und Pflichten der Meister in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben und über die Erhöhung ihrer Gehälter. Vom 28. Juni 1952.“ Gesetzblatt der DDR, Nr. 81 vom 2. Juli 1952.

GRUNDFRAGEN DER DEZENTRALISIERUNG DER LEITUNG IN DEN BSB

beitsstudien für die Verbesserung der Organisation des Arbeitsprozesses als notwendig erkannt werden, und die Kontrolle der Einhaltung der vorgeschriebenen neuen Technologie;

- c) Sicherung der Einführung neuer und der Erfüllung bereits geltender technisch begründeter Arbeitsnormen.<sup>3)</sup>

Demgegenüber sieht die Meinung des Ministeriums für Arbeit und Berufsausbildung, die zwar die Abteilung Arbeitsnormung der Abteilung für Arbeit unterstellen will, jedoch die Möglichkeit offen läßt, die „Arbeitsnormer...“ je nach den Verhältnissen in den volkseigenen Betrieben den Meistern bzw. den Produktionsabteilungsleitern oder direkt dem Leiter der Arbeitsnormung zu unterstellen.<sup>4)</sup>

Ein Präsidiumsbeschuß des FDGB-Bundesvorstandes „Über die gewerkschaftliche Förderung der Arbeit der Meister in den VEB“ enthält die Forderung, „... unverzüglich dafür zu sorgen, daß die Normenbearbeiter dem betreffenden Meister direkt unterstellt werden, und die Meister für diese wichtige Aufgabe von der Werkleitung eine umfassende und konkrete Anleitung erhalten.“<sup>5)</sup>

Wenngleich THALMANN bemerkt, daß der Vorschlag des Ministeriums für Arbeit insofern beruhigend sei, als er für seine Urheber ein geringes Risiko bedeutet, so ist er doch als der günstigste anzusehen, weil er den Betrieben nicht das Korsett wieder zuschnürt, welches mit so vielen Mühen gerade erst gelockert worden ist. Weder die Forderung nach genereller Zentralisierung, noch die nach genereller Dezentralisierung ist zu akzeptieren, da beide nicht den Gegebenheiten der Betriebe entsprechen. Es ist THALMANN'S Recht zu geben, wenn er ausführt, daß es die „größere Übersichtlichkeit und die in der Regel kleineren Meisterbereiche“ gestatten und zweckmäßig erscheinen lassen, in Klein- und Mittelbetrieben die Normenarbeit zu zentralisieren. Diese Seite wird im Präsidiumsbeschuß des FDGB-Bundesvorstandes übersehen. Allerdings besteht auch hier die Möglichkeit zu einer Dezentralisierung, indem eventuell in größeren Meisterbereichen die Arbeit der Operativtechnologien mit der Erarbeitung von Normen verbunden wird.

Eine solche Lösung hängt jedoch von der Klärung der durch den BRUDER erneut aufgeworfenen Frage der Verbindung von Arbeits-

normung und Technologie in einem Verantwortungsbereich ab.<sup>6)</sup>

Was die Zentralisierung in Großbetrieben betrifft, so kann den Auffassungen von THALMANN nur bedingt gefolgt werden. Er begründet ihre Notwendigkeit im wesentlichen mit zwei Argumenten:

- a) die Dezentralisierung würde zu einer doppelten Verantwortung der Arbeitsnormer – gegenüber dem Meister und gegenüber dem Leiter der Abteilung Arbeit – führen;
- b) die Meister hätten nicht selten ihnen unterstellte Arbeitsnormer durch zweckwidrigen Einsatz bei der Ausübung ihrer eigentlichen Tätigkeit behindert.

Das erste Argument ist gar nicht anzuerkennen, da die Verpflichtung zur fachlichen Anleitung der Arbeitsnormer durch die Abteilung Arbeit kein Unterstellungsverhältnis schafft. Die von THALMANN erwähnten Komplikationen können folglich nur dann entstehen, wenn die zur fachlichen Anleitung verpflichteten Instanzen ihre Befugnisse überschreiten. Das zweite Argument kann Veranlassung zu einer zeitweiligen Zentralisierung der Arbeitsnormung geben, jedoch ist es unberechtigt, daraus die Notwendigkeit einer ständigen Zentralisierung der Arbeitsnormung abzuleiten. Damit wird der Weg des geringsten Widerstandes beschnitten. Nicht in der zentralen Unterstellung sollte der Ausweg gesucht werden, sondern in der schnellen Schaffung der Bedingungen, die es Abteilungsleitern und Meistern nicht mehr gestatten, die Arbeitsnormung als Nebensache zu betrachten. Das erfordert vor allem die Qualifizierung der Leiter sowie eine Organisation der Verantwortungsbereiche nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Sind diese Bedingungen gegeben, sollte eine Dezentralisierung erfolgen. Dabei wird es nicht immer nötig sein, gleich bis zur Unterstellung der Normer unter den Meister zu dezentralisieren, sondern es können diese auch dem Abteilungsleiter unterstellt werden.

Ein Einsatz der Arbeitsnormer nach bestimmten Schwerpunkten ist auch bei der Dezentralisierung möglich. Nach den Angaben von KUBER<sup>7)</sup> wird das in der Sowjetunion auf die Weise geregelt, daß in Betrieben mit Massen- und Serienfertigung bei Einführung neuer Produkte in die Produktion eine vorübergehende Zentralisierung erfolgt.

- Zu b) Unterstellung und Aufgaben des Operativtechnologien sind in der „Grundsatzordnung

1) S. O. S. 228.

2) „Entwurf der Richtlinien über die Aufgaben und Struktur der Abteilungen für Arbeit in den volkseigenen Betrieben und den ihnen untergeordneten Ministerien, Staatssekretariaten und Hauptverwaltungen“, in: „Arbeit und Sozialfürsorge“, Nr. 10/1956, S. 205 ff.

3) Veröffentlicht in der „Tribüne“ vom 19. November 1953, S. 2.

4) F. BRUDER: „Der Technologie zur Frage der technischen Arbeitsnormung“, in: „Der Industriebetrieb“, Heft 3/1957, S. 117 ff.  
5) M. KUBER: „Die Organisation der Leitung des Maschinenbaubetriebes“, Rohfassung Nr. 226, HfO. Siehe auch Schriftenreihe „Aus sowjetischer und volksdemokratischer Wirtschaftsliteratur“, Heft 10, S. 72.

DR. WILHELM KLAMPFL

Technologie" geregelt?) Diese sieht grundsätzlich nur eine Unterstellung unter den Haupttechnologien vor, obgleich den Operativtechnologien überwiegend Arbeiten übertragen sind, die zum Verantwortungsbereich des Abteilungsleiters oder Meisters gehören. Für eine Unterstellung unter den Haupttechnologien spricht eigentlich nur die Aufgabe, „bei besonderer Notwendigkeit in Verbindung mit der Fertigungstechnologie die von der technologischen Fertigungsvorbereitung festgelegten Arbeitsgänge, Werkzeuge und Vorrichtungen" umzustellen und „neue Arbeitsverfahren bis zur endgültigen Übernahme durch die Produktionsleitung" einzuführen. Alle anderen Tätigkeiten, wie das Überwachen und Überprüfen der Einhaltung des festgesetzten technologischen Arbeitsablaufes – in der Verordnung über die Rechte und Pflichten des Meisters eindeutig als Aufgabe des Meisters bezeichnet – das Suchen nach besseren technologischen Verfahren, die technologische Beratung der Produktionsarbeiter, Brigadiers und Meister, die Unterstützung der Neuererbewegung, die Bekämpfung der Ausschaffsuchsen, Entscheidung über Mehrarbeitszuschläge, Vermittlung des Erfahrungsaustausches zwischen den Technologen und den Produktionsarbeitern, Brigadiers, Meistern sowie die Unterstützung der Normenarbeit sind Arbeiten, die – betrachtet man sich seine Aufgabe – zum Verantwortungsbereich des Leiters der Produktionsabteilung gehören. Deshalb sollte man zumindest in Großbetrieben eine Unterstellung der Operativtechnologien unter die Abteilungsleiter anstreben. Das schließt eine fachliche Anleitung der Operativtechnologien durch die Abteilung Technologie und die enge Zusammenarbeit mit dieser nicht aus. Diese ist sogar Bedingung für eine gute Arbeit der Operativtechnologien.

In den einzelnen Maschinenbaubetrieben der CSR ist man dazu übergegangen, die Abteilungsleiter mit einem Zeitraum von drei bis sechs Monaten mit anderen Technologen aus der Abteilung Technologie auszu-tauschen. Das hat den Vorteil, daß bei der Ausarbeitung der Fertigungspläne die konkreten Bedingungen besser beachtet werden. Andererseits hat es den Nachteil, daß der neue Abteilungsleiter sich erst wieder einarbeiten und die Menschen kennenlernen muß.

Die Haltung der Abteilungsleiter zur Unterstellung der Operativtechnologien ist unterschiedlich. Die meisten hatten jedoch gegen eine solche Regelung keine ernsthaften Bedenken. Einzelne sind der Ansicht, daß die Frage der Unterstellungsverhältnisse nicht

entscheidend ist und daß trotz der Unterstellung der Operativtechnologien unter den Haupttechnologien die Zusammenarbeit gut sei. Andere befürchten eine ungünstige Beeinflussung der Operativtechnologien durch die Hauptarbeit der Meister. Das ist auch das Hauptgegenargument der Haupttechnologien. Da gegenwärtig in vielen Betrieben die Hauptarbeit der Operativtechnologien darin besteht, die Berechtigung von Mehrarbeitszuschlägen zu überprüfen, befürchtet man bei einer Unterstellung unter den Abteilungsleiter oder Meister ein bedauerndes Ansteigen der Lohnkosten. Diese Befürchtungen sind nicht unbegründet. Die Ursachen sind die gleichen, die THALMANN zur Forderung nach Zentralisierung der Arbeitsnormung veranlaßt haben. Außerdem hat der Mangel an Technologen in vielen Fällen eine Zentralisierung diktiert.

Der Übergang zur Dezentralisierung erfordert demzufolge außer gut ausgebildeten Technologen die Schaffung der gleichen Bedingungen, die als Voraussetzungen für eine wirksame Dezentralisierung der Normenarbeit genannt wurden.

Zu c) Hier ist die Sachlage weniger kompliziert. Die Zentralisierung erfolgte auf Grund des Beschlusses über die Einführung eines Dispatcherdienstes in der volkseigenen Industrie vom 16. April 1953,<sup>1)</sup> der im Abschnitt II, Absatz 3, verlangt, daß den „Dispatcherdienst in jedem Produktionsbereich (Produktionsabteilung)" ein Dispatcher ausführt, „der dem Hauptdispatcher untersteht". Dieses widerspricht dem Prinzip der Einzelleitung und persönlichen Verantwortung, da es sich um eine Funktion handelt, die eindeutig zur Leitung der Abteilung gehört. Nicht der Abteilungsdispatcher, sondern der Abteilungsleiter ist für die Erfüllung des Produktionsprogrammes verantwortlich. Folglich sind alle Anweisungen des Hauptdispatchers über diesen zu erteilen, müssen in seinem Auftrag realisiert und kontrolliert werden, und er gibt auch Rechenschaft über ihre Erfüllung.

Nur auf diese Weise wird die Stellung des Leiters und die Einhaltung der Plandisziplin durch den verantwortlichen Leiter gefördert. Auf die gleiche Weise ist in den sowjetischen Betrieben und in den Maschinenbaubetrieben der CSR die Unterstellung der Abteilungsdispatcher geregelt. Soweit unsere Betriebe diesem Beispiel folgten, hat sich dieses gut bewährt.

Werden die genannten Faktoren nach dem Gesichtspunkt gruppiert, ob sie ständig oder nur zeitbedingt eine Zentralisierung der Lei-

<sup>1)</sup> Gesetzblatt der DDR, Nr. 52/1953 vom 24. April 1953, S. 577 und 578. Vgl. auch KLAMPFL/SACK: „Entwicklungsstadien des Dispatcherdienstes in den Betrieben des Maschinenbaus". In: „Technologische Planung und Betriebsorganisation", Heft 10/1955, S. 90 ff.

## GRUNDFRAGEN DER DEZENTRALISIERUNG DER LEITUNG IN DEN VEB

tung verlangen, so ergibt sich, daß nur eine zu geringe Betriebsgröße oder geringe Größe der Abteilungen und die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Einsatzes der Leitungskräfte und ihrer Funktionalorgane eine ständige Zentralisierung erforderlich machen können (Kleinbetriebe und kleinere Mittelbetriebe).

Alle anderen der genannten Faktoren bedingen nur eine vorübergehende Zentralisierung. Infolgedessen kann eine Dezentralisierung in dem Maße erfolgen, als deren Wirksamkeit durch die entsprechenden Maßnahmen überwunden wird. Hauptbedingung für die Einschränkung und Überwindung des Wirkens dieser Faktoren sind die Organisation der Produktionsabteilungen nach der Gegenstandsstruktur, die Einführung der innerbetrieblichen wirtschaftlichen Rechnungsführung, die Ausbildung der für die Dezentralisierung der Leitung benötigten Kader, die volle Berücksichtigung des Leistungsprinzips bei der Primierung der Abteilungsleiter und Meister und die Überprüfung der Übereinstimmung bestehender Gesetze und Verordnungen mit der Forderung nach Dezentralisierung der Leitung. Werden diese Bedingungen erfüllt, so ist auch in einem größeren Teil unserer Maschinenbaubetriebe, besonders den Großbetrieben mit Großserien- und Massenfertigung, eine umfassendere Dezentralisierung der Leitung möglich. Dabei sind die Grenzen des Überganges von der Zentralisation zur Dezentralisation der Leitung und der Grad der Dezentralisierung in jedem Betrieb individuell festzusetzen.

Hierfür lassen sich keine allgemeinverbindlichen Regeln aufstellen.

Als Mindestforderung sollte jedoch für Abteilungen mit mehreren Meisterbereichen gelten, daß den Produktionsabteilungsleitern außer Meistern, Obermeistern oder Betriebsingenieuren sowie den erforderlichen Schreibkräften die Abteilungsdispatcher, die Operativtechnologien, die Arbeitsnormer, die Abteilungsökonom und gegebenenfalls auch Abteilungsmechaniker direkt unterstellt werden. Wie oben schon erwähnt, besagen die in einzelnen Maschinenbaubetrieben der CSR gesammelten Erfahrungen, daß hierzu Abteilungsgrößen mit z. B. 300 Produktionsarbeitern gegeben sein sollten. Nicht erforderlich erscheint es uns, die Bruttolehnrechner und die Abteilungsabrechner dem Produktionsabteilungsleiter zu unterstellen. Beide sind vorwiegend Organe des Hauptbuchhalters, die aus Zweckmäßigkeitsgründen dezentral eingesetzt werden. Solche Gründe sind z. B. beim Bruttolehnrechner, daß er außer der Bruttolehnrechnung die Ausgabe und Rücknahme der Lohnscheine vornimmt, oder daß mit seiner Tätigkeit die Anwesenheitskontrolle verbunden wird. Rückfragen der

Arbeiter lassen sich in der Abteilung schneller beantworten, als wenn jeder Arbeiter erst zur Lohnbuchhaltung laufen muß usw. Für den Meister und Abteilungsleiter ist eine dezentrale Bruttolehnrechnung insofern von Vorteil, als sie es ihm bei einem regelmäßigen Lohnscheinrücklauf gestattet, die Entwicklung zu verfolgen. Die Hauptgründe für den dezentralen Einsatz der Abteilungsabrechner bestehen darin, daß eine enge Beziehung des Abteilungsabrechners mit der Abteilung und ihrer Belegschaft erreicht werden soll bzw. daß das von ihm erarbeitete Zahlenmaterial den Abteilungsleitern und Meistern als Arbeitsgrundlage dienen kann.<sup>1)</sup> All diese Momente rechtfertigen u. E. nicht die Forderung nach Unterstellung dieser Kräfte unter den Produktionsabteilungsleiter. Außerdem tendiert die Entwicklung mit zunehmender Mechanisierung des Rechnungswesens eindeutig zur Zentralisierung der Abrechnungsarbeiten. Auch die Bruttolehnrechnung wird in verschiedenen Betrieben zentral vorgenommen. Die mit ihr verbundenen Arbeiten der Lohnscheinausgabe usw. werden einem Werkstattschreiber übertragen.

### III. Die Aufgaben der Partei und Gewerkschaft unter den Bedingungen einer dezentralisierten Leitung der Produktion.

Aus den bisherigen Ausführungen geht hervor, daß es sich bei der Dezentralisierung der Leitung im Betrieb keineswegs lediglich um strukturelle Veränderungen in Form der Veränderung der Unterstellungsverhältnisse bestimmter Mitarbeiter handelt, sondern daß es in der Hauptsache darum geht, die Verantwortung der Abteilungsleiter für die Organisation des Produktionsprozesses und dessen Resultat zu erhöhen. Hierzu ist die Schaffung von Funktionalorganen nur eine Bedingung, die selbst wieder, wie oben dargestellt, an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft ist, wenn das damit verfolgte Ziel erreicht werden soll. Eine weitere Bedingung besteht darin, daß die Abteilungsleitungen entsprechend entwickelt werden müssen. Die Qualität ihrer Arbeit muß erhöht werden, um den sich aus der Dezentralisierung der Leitung ergebenden höheren Anforderungen an die Leitungstätigkeit gerecht werden zu können. Insofern ist die Dezentralisierung der Leitung im Prinzip an die gleichen Bedingungen geknüpft, die in den Thesen des 32. Plenums des ZK der SED als wichtige Bedingungen für die Vereinfachung des Staatsapparates und die Verbesserung seiner Arbeit genannt werden.

Vor allem kommt es darauf an, Arbeitsmethoden zu entwickeln, die eine allseitige Entwicklung der

<sup>1)</sup> Vgl. MARTIN BUNGE: „Aufteilung und Abrechnung des Kostenplanes in den Betriebsabteilungen". Schriftenreihe Wirtschaftslehre, Heft 17, Verlag „Die Wirtschaft", Berlin 1957, S. 99.

DR. WILHELM KLAMPFF

Initiative des gesamten Kollektivs ermöglichen und garantieren. Jeder einzelne muß sich für die Leistung der Abteilung verantwortlich fühlen und sein Handeln auf deren Hebung ausrichten.

Inwieweit dieses Ziel erreicht wird, ist einerseits von der Qualifikation des Leitungspersonals und seiner Kenntnis von den Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Ökonomik und deren Erfordernissen an die Leitung der Produktion abhängig. Die Möglichkeiten, sich zu qualifizieren, sind vielfältig, werden jedoch längst nicht voll ausgenutzt. Besonders gilt es, eine gewisse Einseitigkeit zu überwinden, die sich darin ausdrückt daß sehr häufig noch die Notwendigkeit der Aneignung ökonomischer und psychologischer Kenntnisse unterschätzt wird. Andererseits wird das Erreichen dieses Zieles von den Formen der Zusammenarbeit der Abteilungsleiter mit den gesellschaftlichen Organisationen entscheidend bestimmt. Das bedeutet, daß die Dezentralisierung der Leitung die Notwendigkeit unterstreicht, den Schwerpunkt der Partei- und Gewerkschaftsarbeit auf die Arbeit in den Produktionsabteilungen zu legen. Je mehr dem entsprechen wird und je selbständiger die Abteilungsorganisationen und AGL arbeiten, um so wirkungsvoller wird die Hilfe seitens der Leiter der Produktionsabteilungen und Produktionsabschnitte bei der Entwicklung einer größeren Eigenverantwortlichkeit der Leitung der Produktion durch die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen gewährt werden kann.

Die Hauptaufgabe der gemeinsamen Arbeit besteht darin, eine bestmögliche Erfüllung der Planaufgaben zu erzielen. Das bedingt vor allem eine Orientierung der Belegschaft auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die Durchsetzung des Leistungsprinzips, der Verbesserung der Qualität der Produkte und die Wahrung strenger Sparsamkeit im Umgang mit den Produktionsmitteln.

Die Parteileitungen und die Abteilungsgewerkschaftsleitungen müssen den verantwortlichen Leitern dabei helfen, die hierfür erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen. Diese erschöpfen sich nicht in bestimmten organisatorischen Maßnahmen, wie der Organisation von sozialistischen Wettbewerben, der Planaufschlüsselung, der Durchführung von Produktionsberatungen, Rentabilitätsberechnungen usw. Einen wichtigen Raum muß die geduldige und beharrliche Erziehungsarbeit einnehmen.

Es ist SCHELER zuzustimmen, wenn er schreibt, daß zwar „ein richtiges Anknüpfen an die materielle Interessiertheit der Werktätigen, eine möglichst vollkommene Berücksichtigung ihrer persönlichen Interessen eine raschere und leichtere Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Werktätigen“ ermöglichen, daß aber daraus „keineswegs spontan das sozialistische Bewußtsein der Werktätigen“ entspringt. „Auch in unserer Volkswirtschaft muß das sozialistische Bewußtsein in die Massen hineingetragen werden. Es kann nur auf der Grundlage wissenschaftlicher Einsicht entstehen, und unsere sozialistische Produktion setzt die marxistische ökonomische Wissenschaft ebenso voraus, wie die moderne Technik.“<sup>1)</sup>

Diese Bewußtseinsbildung darf besonders in den Produktionsabteilungen nicht abstrakt erfolgen. Sie muß verbunden werden mit dem täglichen Leben, welches eine Fülle von Ansatzpunkten dafür bietet, den Menschen den engen Zusammenhang von dessen und Ökonomie, von eigenem Handeln und dessen Auswirkungen auf die Lösung der großen gesellschaftlichen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus zu erklären.

Besonderes Augenmerk müssen die gesellschaftlichen Organisationen und deren gewählte Leitungen auf die Entwicklung der Formen der Einbeziehung der Werktätigen in die Planungs- und Leitungstätigkeit der Abteilungsleitung richten.

Die Praxis hat vielfach bestätigt, daß von dem Maß der Beteiligung der Arbeiter an der Aufstellung der Pläne, an der Vorbereitung von Maßnahmen zur Verbesserung der Leistung sowie ihrer Bereitschaft zur Inanspruchnahme der Plankontrolle, sowohl ihre Bereitschaft zur Erbringung größerer Produktionserfolge als auch die Realität der Planaufgaben entscheidend beeinflußt werden.

Inwieweit hierauf von den Partei- und Gewerkschaftsfunktionären ein positiver Einfluß genommen wird, hängt wesentlich von ihrem Vermögen ab, das der Partei und Gewerkschaft eingeräumte Recht der Kontrolle über die Tätigkeit der Wirtschaftsfunktionäre richtig auszuüben.

Auf dem IV. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde darauf hingewiesen, daß die Grundorganisationen ihr Kontrollrecht nur dann erfolgreich ausüben können, wenn sie es verstehen, die „wirtschaftliche und die politische Arbeit richtig miteinander zu verbinden. Sie müssen ihre Arbeit so entwickeln, daß sie den Kampf um die Erfüllung des Betriebsplanes auf die Höhe einer großen politischen Aufgabe heben und an ihr das gesamte Kollektiv des Betriebes erziehen. Das Kontrollrecht erfordert höchste Gründlichkeit bei der Lösung solcher Aufgaben wie der Steigerung der Produktion, der Organisation des Wettbewerbs, der Mobilisierung der Initiative der Werktätigen zur Sparsamkeit und zur Selbstkostensenkung. Die Parteiorganisation muß es verstehen, ihre Kader so zu verteilen, daß sie jeden Tag genau weiß, was in jeder beliebigen Betriebsabteilung geschieht und wie der Stand der Planerfüllung ist. Das Wesen der Parteikontrolle im Betrieb besteht also nicht nur darin, daß der Werkleiter oder sein Stellvertreter vor der Parteileitung Bericht geben und die Parteileitung über jeden Schritt der Direktion auf dem laufenden ist, sondern die Parteikontrolle im Betrieb trägt in der Hauptsache Massencharakter. Sie wird dann wirksam sein, wenn die Partei die Lage in den Betriebsabteilungen, Arbeitsabschnitten, Brigaden usw. genau kennt, die Kritik und Vorschläge der

1) H. SCHELER: „Über das Verhältnis von Spontaneität und Bewußtheit“ in „Wirtschaftswissenschaft“, 2. Sonderheft 1957, S. 41.

## GRUNDFRAGEN DER DEZENTRALISIERUNG DER LEITUNG IN DEN BVB

Werktätigen, die auf Versammlungen, Produktionsberatungen usw. gemacht werden, sorgfältig berücksichtigt und auf der Grundlage der lebendigen, operativen Arbeit, die durch Rat und Tat unterstützt.<sup>1)</sup> Analog muß die Kontrolle durch die Gewerkschaftsorgane erfolgen, wenn die Gewerkschaften die ihnen übertragenen Aufgaben erfüllen wollen.<sup>2)</sup>

Die Erfüllung der an die Parteikontrolle gestellten Forderungen bedingt eine enge Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaft. Diese Bedingung ergibt sich zwangsläufig aus den Aufgaben der Gewerkschaft im Betrieb und dem Charakter der Gewerkschaftsorganisation, die als einzige Massenorganisation im Betrieb eine enge Zusammenarbeit mit der Partei ihre führende Rolle im Betrieb wirksam ausüben, so muß sie dieses vor allem in der Gewerkschaftsarbeit zum Ausdruck bringen.

Werden bei der Wahrnehmung des Kontrollrechtes durch die Grundorganisationen der Partei und die Gewerkschaftsorgane die genannten Forderungen beachtet, so wird das dazu führen, daß die verantwortlichen Leiter die Erfahrungen des gesamten Kollektivs für ihre Leitungstätigkeit schätzen lernen und ihnen die Beratung mit den Werktätigen zu einem Bedürfnis wird. Eine auf diese Weise durchgeführte Kontrolle der Leitungstätigkeit stärkt die Autorität des Leiters, da sie ihm die Verantwortung für die Erfüllung der übertragenen Aufgaben nicht abnimmt, sondern ihm hilft, den an ihm gestellten Anforderungen gerecht zu werden.<sup>3)</sup> Die enge Verknüpfung von politischer und wirtschaftlicher Arbeit fördert die Bewußtseinsbildung und die Aktivität der Werktätigen. Die Beteiligung der Arbeiter an der Kontrolle der Planerfüllung stärkt ihre Verantwortung für die Erfüllung der dem Betrieb gestellten staatlichen Aufgaben.

Die Durchführung einer solchen Kontrolle erfordert eine gute Qualifikation der gewählten Funktionäre. Sie müssen die Produktionsbedingungen genau kennen und sollten auch über den Stand der Produktionstechnik und Produktionsorganisation in gleichgelagerten Betrieben informiert sein. Sie müssen die Fähigkeit besitzen, die jeweiligen Schwerpunkte der Arbeit in den einzelnen Abteilungen zu bestimmen und das gesamte Kollektiv auf diese zu orientieren. In allgemeinen vollzieht sich z. Z. die Ausübung des Kontrollrechtes durch die Abteilungsorganisation und die AGL in folgenden Formen:

- a) Teilnahme an den Rentabilitätsberatungen;

1) KARL SCHERDEWAN: „Über die Änderungen am Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, Protokoll des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Dietz Verlag, Berlin 1954, Bd. 2, S. 229.

2) Vgl. die Sitzung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, S. 8 bis 11 und 23 bis 27. Eine Erweiterung ihrer Rechte muß jedoch, besonders auch der Abteilungsorganisationen, erfolgt im Beschluß der 21. Tagung des Bundesvorstandes der FDGB über die Erweiterung der Rechte und Aufgaben der Gewerkschaftsorganisationen in den Betrieben, „Tribüne“ Nr. 22/1956.

3) Vgl. J. THAMM: „Die Aufgaben der Partei zur Verbesserung der Leitung in der volkseigenen Industrie“, „Einheit“, Heft 6/1956, S. 23 f.

- b) Teilnahme an Beratungen über die Möglichkeiten zur Überwindung aufgetretener Schwierigkeiten (Erarbeitung von Maßnahmenplänen und Organisation von Wettbewerben);
- c) Entgegennahme von Berichten des Abteilungsleiters über den Stand der Planerfüllung während des Monats;
- d) gemeinsame Abteilungsbegehungen, die besonders der Kontrolle der Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen dienen;
- e) Organisation von Produktionsberatungen;
- f) Kontrolle der Erfüllung der im BKV enthaltenen Verpflichtungen.

Durch diese regelmäßigen Aussprachen bzw. Zusammenkünfte ist in zahlreichen Betrieben eine gute Zusammenarbeit zwischen den Abteilungsleitern und den gesellschaftlichen Organisationen erzielt worden. Letztere sind hierdurch über den Stand der Planerfüllung informiert und haben ihrerseits Generelleitern zu deren Erfüllung einen entscheidenden Einfluß zu nehmen. Dieses erfolgt jedoch noch zu wenig. Trotz dieser Formen der Kontrolle ist die Einflußnahme der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre auf die Ausarbeitung der Pläne, die Qualität der geplanten Kennziffern und die Organisation der Planerfüllung noch schwach entwickelt. Die bei der Organisation der ökonomischen Konferenzen gesammelten Erfahrungen und entwickelten Arbeitsmethoden werden zu wenig berücksichtigt. Dadurch ist die Ausübung des Kontrollrechtes häufig noch zu sehr auf das Empfangen von Informationen gerichtet. Die ungenügende Einflußnahme auf die Organisation der Planerfüllung und die Schaffung der hierfür erforderlichen Bedingungen führen zu einer schlecht vorbereiteten Produktionsberatung, in der mangelhafte Kontrolle der Erfüllung der in den Produktionsberatungen gefaßten Beschlüsse, in der Duldung einer schlechten Normenarbeit oder einer mit Mängeln behafteten Produktionsorganisation, in der ungenügenden Überprüfung der Realität der den Abschnitten und Brigaden erteilten Planaufgaben, Die Ursachen hierfür sind in erster Linie in der Diskrepanz zwischen der erforderlichen und der vorhandenen Qualifikation der Funktionäre zu suchen. Vielen Funktionären ist die Organisation der Leitungs- und Planungsarbeit sowie die Organisation des Produktionsprozesses noch ein fremdes Gebiet. Folglich fällt es ihnen am Anfang schwer, eine Einschätzung des gegebenen Zustandes vorzunehmen und daraus Schlußfolgerungen über vorzunehmende Maßnahmen abzuleiten. Es ist deshalb mögliche Verbesserungen abzuleiten. Es ist deshalb möglich, die Zusammenarbeit zwischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären oft mit Fragen an die Abteilungsleiter oder die Meister wenden. Das soll man nicht als Belastung betrachten oder als ungenügende Selbstständigkeit solcher Funktionäre auslegen. Im Gegenteil! Das sich hierin äußernde Vertrauen muß erhalten bleiben. Die um Rat gefragten Leiter sollten dieses gerne geben, weil nur so ein zunehmendes

DR. WILHELM KLAMPFF

selbständiges und sicheres Arbeiten der Funktionäre erreicht werden kann.

Zum Teil ist die Ursache für die ungenügende Einwirkung auf die Planung und Planerfüllung auch darauf zurückzuführen, daß die übergeordneten Leitungen die in den Abteilungen arbeitenden Funktionäre zu wenig in ökonomischen Fragen beraten oder die durchgeführten Schulungen für Funktionäre und die gesamte Mitgliedschaft zu allgemein sind.

Schließlich ergeben sich auch aus dem unterschiedlichen Niveau der Kontrolle der Planerfüllung durch die Abteilungsleitungen bzw. der unterschiedlichen Aussagekraft der Kontrollunterlagen ungleiche Voraussetzungen für eine wirksame Ausübung des Kontrollrechtes durch die gesellschaftlichen Organisationen. Je umfassender und gründlicher die Plankontrolle durch die Abteilungsleitung erfolgt, um so günstiger ist dieses für die laufende Information der Parteileitung und der AGL, um so größer sind die Möglichkeiten einer aktiven Unterstützung des Abteilungsleiters bei der Durchführung seiner Leitungsaufgaben.

Um die Einseitigkeit in der Ausübung des Kontrollrechtes zu überwinden, sind also folgende Maßnahmen erforderlich:

- Vermittlung konkreter Kenntnisse über die Organisation und Planung der sozialistischen Industriebetriebe an die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre;<sup>1)</sup>
- kameradschaftliche Hilfe und Unterstützung der Funktionäre bei der Ausübung ihrer Funktionen durch die Abteilungsleiter und Meister;
- enge Zusammenarbeit zwischen den Funktionären der Abteilungen und den Funktionären der Betriebsparteileitung und der BGL;
- die Verbesserung der Plankontrolle durch die Abteilungsleitungen und die Erhöhung der Aussagekraft der in den Abteilungen geführten Kontrollunterlagen.

#### IV. Zusammenfassung

Zusammenfassend kann folgendes festgestellt werden:

- Die erfolgreiche Durchführung der auf dem 32. Plenum des ZK der SED beschlossenen Vereinfachung des Staatsapparates bedingt, daß auch in den Industriebetrieben die Formen und Methoden der Organisation der Leitung verbessert werden. Die Konzentration der staatlichen Organe auf die Bearbeitung der Grundsatzfragen verlangt von den Betrieben, ein hohes Maß an Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit bei der

<sup>1)</sup> Diese Forderung wird bereits in dem Bescheid über die weitere Schulung der Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben, Nr. 23/196, gestellt. Die Befolgung der darin enthaltenen Empfehlungen in den Maschinenbetrieben hierin enthaltener Empfehlungen über die Förderung der Fertigkeit im Wirtschaftszweig und der Arbeit, Normierung und Erhöhung der Produktion und über die Förderung des Betriebes durch die Gewerkschaften auf das Bestegehende führen.

Lösung der ihnen vom Staat gestellten Aufgaben zu entwickeln

- Um auch in den Betrieben das Prinzip des demokratischen Zentralismus voll zur Geltung bringen zu können, ist der breiten Beteiligung der Belegschaft an der Leitung der Betriebe größte Sorgfalt zu widmen. Besondere Beachtung ist der Erhöhung der Verantwortung der mittleren Leitungskräfte (Abteilungsleiter und Meister) für die Organisation und das Resultat der Produktion zu schenken. Ein wichtiges Mittel hierzu ist die Dezentralisierung der Leitung. Durch die Dezentralisierung der Leitung wird den unmittelbaren Leitern der Produktion eine größere operative Selbständigkeit in bezug auf die Lösung der ihnen übertragenen Aufgaben verbunden. Die Anzahl der zu bildenden Funktionalorgane wird von dem zweckmäßigen Grad der Dezentralisierung der Leitung und den Möglichkeiten zur Dezentralisierung der Leitung bestimmt.
- Der Grad der Dezentralisierung der Leitung und die Bildung von Funktionalorganen werden bestimmt:
  - von der Größe des Betriebes und seiner Produktionsabteilungen.
  - von der Notwendigkeit des wirtschaftlichsten Einsatzes der Leitungskräfte und ihrer Funktionalorgane;
  - von der Produktionsstruktur der Produktionsabteilungen;
  - von der Schaffung der Voraussetzungen für die Dezentralisierung der Leitung durch die Organisation der Produktionsabteilungen nach der innerbetrieblichen wirtschaftlichen Rechnungsführung;
  - von den vorhandenen Kadern.
- Je nach den betrieblichen Bedingungen können dem Leiter der Produktionsabteilung folgende Organe direkt unterstellt werden:
  - Abteilungsdispatcher;
  - Planer für die Durchführung der operativen Produktionsplanung;
  - ein Abteilungsökonom;
  - Arbeitsnormer;
  - Operativtechnologien;
  - Abteilungsmechaniker.
  - ein Sekretariat des Abteilungsleiters;
  - die Werkzeugbereitstellung und -instandhaltung;
  - die Zwischenlager der Abteilung;
  - die Transportbrigade

- Die Überwindung der z. Z. noch starken Zentralisierung der Leitung erfordert, daß sich die Betriebe auf folgende Maßnahmen konzentrieren:
  - Organisation der Produktionsabteilungen nach Gegenstandsstruktur;
  - Schaffung günstiger Abteilungsgrößen;
  - die Einführung der innerbetrieblichen wirtschaftlichen Rechnungsführung;
  - die Ausbildung der für die Dezentralisierung der Leitung benötigten Arbeitskräfte;
  - die Ausarbeitung einer betrieblichen Prälenordnung, in der die Erfordernisse des Leistungsprinzips voll berücksichtigt werden.
 Ferner muß eine Korrektur der gesetzlichen Bestimmungen, soweit sie der Dezentralisierung der Leitung entgegenstehen, erfolgen.
- Den sich aus der Dezentralisierung der Leitung ergebenden höheren Anforderungen können die verantwortlichen Leiter nur gerecht werden, wenn sie sich auf die aktive Mitarbeit des gesamten Kollektivs stützen. Die Herstellung solcher Beziehungen zwischen den Leitern und den Produktionsarbeitern bedingt eine enge Zusammenarbeit des Leitungspersonals mit den gesellschaftlichen Organisationen. Partei und Gewerkschaft müssen die verantwortlichen Leiter bei der Schaffung der Voraussetzungen für eine bestmögliche Erfüllung der Planaufgaben tatkräftig unterstützen.

Durch das ihnen eingeräumte Recht der Kontrolle über die Leitungstätigkeit besitzen sie hierzu gute Voraussetzungen.

- Die Ausübung dieses Kontrollrechtes darf sich nicht auf die Entgegennahme von Berichten über die Planerfüllung beschränken. Das Wesen der Kontrolle der Planerfüllung durch die verantwortlichen Leiter bei der Organisation der Planerfüllung zu unterstützen, die Durchführung der Beschlüsse von Partei und Gewerkschaft im Betrieb zu organisieren und zu kontrollieren, die Interessen der Werktätigen wahrzunehmen und die gesamte Belegschaft für die Erfüllung der Planaufgaben zu mobilisieren.
- Die Erfüllung dieser Aufgaben bedingt:
  - eine gute politische und fachliche Qualifikation der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre;
  - eine kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen den verantwortlichen Leitern und den Funktionären der gesellschaftlichen Organisationen;
  - eine gute Anleitung der in den Abteilungen arbeitenden Funktionäre durch die ihnen übergeordneten Leitungen;
  - eine gute Organisation der Plankontrolle durch die Abteilungsleitung.

Industrieökonomische Fakultät  
Institut für Technologie Direktor Ing. Friedrich Rothhaupt  
Als Manuskript gedruckt

## Probleme der exakten Ermittlung des Niveaus der Mechanisierung und Automatisierung in Industriebetrieben

Von FRIEDRICH ROTHHAUPT / HANS SCHENKEL

### 1. Die Notwendigkeit der Ermittlung des Niveaus der Mechanisierung und Automatisierung

Der planmäßigen Durchsetzung des technischen Fortschritts muß in der sozialistischen Gesellschaft große Beachtung geschenkt werden. In der gegenwärtigen Etappe der beginnenden industriellen Umwälzung in der Deutschen Demokratischen Republik, die sich u. a. durch eine verstärkte Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse auszeichnet, kommt es deshalb darauf an, alle Faktoren zu berücksichtigen, die diesen Prozeß der Schaffung arbeitsparender und selbsttätiger Produktionsvorgänge beeinflussen.

Die technischen Erfordernisse, technologischen Besonderheiten und ökonomischen Auswirkungen der Vollmechanisierung und Automatisierung von Produktionsprozessen können in der staatlichen Planung nur dann sinnvoll berücksichtigt werden, wenn durch eine exakte Analyse des erreichten Niveaus der Mechanisierung und Automatisierung die gegenwärtigen Aufgaben und die Perspektivaufgaben richtig erkannt und miteinander koordiniert werden. Über die ökonomischen Auswirkungen der Automatisierung im Kapitalismus und in der sozialistischen Gesellschaft wurde im vergangenen Jahr eine breite Diskussion geführt, die einen ausreichenden Überblick über die zu erwartenden, verschiedenartigen sozialökonomischen Auswirkungen der Automatisierung ergab. Die dabei gewonnenen wichtigen ökonomischen Erkenntnisse müssen ihre Widerspiegelung in exakten Methoden der planmäßigen Einführung der neuen Technik, die zur Automatisierung der Produktionsprozesse erforderlich ist, finden, denn nur dadurch sind optimal fördernde Auswirkungen der Automatisierung auf die Entwicklung der Gesellschaft gewährleistet.

Bisher sind Einzelheiten über Maßnahmen zur Förderung des technischen Fortschritts und Lösungen bestimmter Aufgaben der Mechanisierung und Automatisierung zwar vielfach vom technischen Standpunkt, aber nur in wenigen Fällen auch von der ökonomischen Seite her untersucht und beurteilt worden. Das ist eine Erscheinung, die sich nicht nur in der Fachliteratur der Deutschen Demokratischen Republik widerspiegelt, sondern die auch in anderen

sozialistischen Staaten, z. B. in der Sowjetunion, kritisiert wurde. KLIMENKO und RAKOWSKI weisen in einem Artikel über technisch-ökonomische Probleme der Automatisierung der Produktion in der UdSSR darauf hin, daß im Zusammenhang mit der Einführung der Automatisierung in die verschiedenartigsten Fertigungszeile ökonomische Erwägungen in den Vordergrund treten müssen, denn die Automatisierung ist eben nicht nur ein rein technisches, sondern auch ein ökonomisches Problem.<sup>1)</sup>

Die nachfolgenden Ausführungen sollen dazu beitragen, den Mangel zu überwinden, welcher sich durch die vom Standpunkt des Ökonomen aus unzureichende Beobachtung des technischen Fortschritts abzeichnet. Sie behandeln zu diesem Zwecke Probleme, die mit der Schaffung einer realen Grundlage für wichtige Maßnahmen der ökonomischen Lenkung verbunden sind.

Es sollen hier einige Probleme der exakten Ermittlung des Niveaus der Mechanisierung und Automatisierung in einzelnen Betrieben oder ganzen Zweigen der Industrie umrissen werden. Gleichzeitig soll aber auch ein Weg zur Lösung dieser Probleme gewiesen werden, indem gezeigt wird, wie bei einschlägigen Untersuchungen in einem bestimmten Bereich der Industrie die verschiedenen Faktoren sowohl technischer als auch ökonomischer Aussagekraft zusammengefaßt werden können. Zu berücksichtigen ist dabei, daß sich die hier angestellten Betrachtungen hauptsächlich auf die Erfordernisse der Ermittlung im Bereich des Maschinenbaus erstrecken. In welcher Weise die für den Maschinenbau genannten Faktoren in anderen Industriezweigen ebenfalls in Erscheinung treten, bzw. welche Merkmale dort zusätzlich bei einer derartigen Untersuchung aufgenommen werden müssen, wäre noch zu überprüfen. Gemeinsam ist allen Untersuchungen zur exakten Ermittlung des Niveaus der Mechanisierung und Automatisierung – da sie ja vorwiegend allgemeinen volkswirtschaftlichen Zwecken dienen –, daß es dabei nicht auf die Feststellung spezifischer technischer Einzelheiten ankommt, sondern daß charakteristische technische Merkmale erfaßt werden

<sup>1)</sup> KLIMENKO und RAKOWSKI: „Technisch-ökonomische Probleme der Automatisierung der Produktion in der UdSSR“ in „Presse der Sowjetunion“, Nr. 147/56, S. 322.

sollen. Will man das Niveau der Mechanisierung und Automatisierung verschiedener Betriebe oder Produktionszweige einer bestimmten Industrie miteinander vergleichen, dann gilt es, Merkmale zu finden, die in allen diesen Betrieben bzw. Produktionszweigen auftreten oder jeweils ohne große zusätzliche Berechnungen ermittelt werden können.

Gegenwärtig werden außerordentlich viele Kennziffern und Normative benutzt, die den Vergleich mechanisierter und automatisierter Produktionsprozesse ermöglichen sollen. Selbstverständlich sind solche Angaben, wie die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Senkung der Selbstkosten, die Einsparung an lebendiger und vorgeständlicher Arbeit, die Einsparung an Produktionsfläche oder der Anteil von Investitionsmitteln für betriebliche Meß-, Steuerungs- und Regelungstechnik am Gesamtaufwand der Investitionen von einer gewissen Aussagekraft, aber sie allein geben uns keinen richtigen Überblick über den Stand der Mechanisierung und Automatisierung in unseren Industriebetrieben. Es bedarf deshalb gründlicher Überlegungen, um zu erkennen, welche Faktoren und Merkmale eine exakte Aussagekraft über das Niveau der Mechanisierung und Automatisierung haben und in welcher Form sie zu bestimmten Normativen, die für die Planung der Mechanisierung und Automatisierung auf den verschiedenen Ebenen der Leitung der Industrie geeignet sind, zusammengefaßt werden können.

Bei allem sollte bewußt von einer Ermittlung des Niveaus der Mechanisierung und Automatisierung gesprochen werden, um den qualitativen Unterschied gegenüber den bisher üblichen Untersuchungen, die auf die Ermittlung des Grades der Mechanisierung und Automatisierung zielten, dabei aber nicht den Gesamtkomplex der niveaubeeinflussenden Faktoren berücksichtigten, zum Ausdruck zu bringen.

Die vorliegenden Betrachtungen werden hinsichtlich der Schaffung von Normativen noch keine Lösung aufzeigen. Derartige Normative dürften erst dann festlegbar sein, wenn in den verschiedenen Zweigen der Industrie geeignete Einzeluntersuchungen abgeschlossen sein werden. Es wäre dann zu prüfen, welche Faktoren den Erfordernissen allgemein-volkswirtschaftlicher Normative genügen.

**2. Die zweckentsprechende Gliederung der Stufen der Mechanisierung und Automatisierung**

Eine Gliederung oder Klassifizierung bestimmter Stufen der Mechanisierung und Automatisierung kann unter verschiedenartigsten Gesichtspunkten erfolgen. Aus der sozialistischen und kapitalistischen, ökonomischen und technischen Fachliteratur ist eine ganze Reihe derartiger Gliederungen bekannt geworden, die jedoch nicht immer den Bedürfnissen einer technisch-ökonomischen Erhebung entsprechen. Für die Ermittlung des Niveaus der Mechanisierung und Automatisierung in Industriebetrieben, die dem Zwecke der planmäßigen Einführung der

Mechanisierung und Automatisierung und der Durchsetzung entsprechender Maßnahmen dient, ist eine den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen angepaßte Gliederung erforderlich, deren richtige Bestimmung sehr wichtig ist.

Eine Gliederung, welche die Entwicklungsstufen der Mechanisierung und der Automatisierung sowie deren Zusammenhänge und technische Einzelheiten charakterisiert, steht natürlich im engen Zusammenhang mit der Definition der Begriffe „Mechanisierung“ und „Automatisierung“ überhaupt. Auf die Probleme dieser Definition, besonders des Begriffs „Automatisierung“, soll hier nicht näher eingegangen werden. Es erscheint aber zweckmäßig, darauf hinzuweisen, daß die vielfach gemachte Aussage: „Die Automatisierung ist die höchste Stufe der Mechanisierung“ nicht widerspruchlos hingenommen werden darf, denn eine derartige Feststellung ist zu allgemein und berücksichtigt weder die historischen Entwicklungsstufen der Mechanisierung und der Automatisierung, noch die den einzelnen Entwicklungsstufen zugrunde liegenden technischen Zusammenhänge. Für eine vorzunehmende Untersuchung, die den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen der „Planung in der DDR“ dient, wird daher auf Grund entsprechender Überlegungen eine Gliederung nach folgendem Schema als zweckmäßig angesehen:

I Mechanisierung	II Automatisierung
1. Kleinmechanisierung	1. Kleinautomatisierung
2. Teilmechanisierung	2. Teilautomatisierung
3. Voll- oder komplexe Mechanisierung	3. Voll- oder komplexe Automatisierung

Zu dieser Einteilung sind folgende Merkmale für die einzelnen der jeweils drei Entwicklungsstadien zu nennen:

**Zu I: Merkmale der Mechanisierungsstufen**

**1. Kleinmechanisierung**  
Mechanisierung von Arbeitsvorgängen an einzelnen Arbeitsplatz durch Einsatz von Mechanismen und Instrumenten. Die Durchführung der Arbeitsvorgänge wird durch letztere erleichtert, erfordert aber im wesentlichen noch Handbeteiligung bzw. Aufwand von Körperkräften.

**2. Teilmechanisierung**  
Mechanisierung durch Arbeits- oder Werkzeugmaschinen (allgemein Einsatz von Maschinen verschiedenster Arten überhaupt). Die einzelnen Arbeitsvorgänge, deren zusammenhängende Aneinanderreihung durch den Ablauf an jeweils einer Maschine begrenzt ist, werden bei dieser Mechanisierungsstufe manuell gesteuert und unter manueller Tätigkeit mit Hilfe der menschlichen Sinnesorgane kontrolliert.

**3. Komplexe oder Vollmechanisierung**  
Mechanisierung von geschlossenen Arbeitsabläufen bzw. ganzen Produktionsprozessen in Betriebsabschnitten oder Betriebsabteilungen, be-

sonders Vollmechanisierung sowohl des Bearbeitungs- als auch des Transportprozesses. Die menschliche Arbeitsleistung ist dabei im wesentlichen auf die Steuerung, Kontrolle und Regelung des Prozeßablaufs beschränkt.

**Zu II: Merkmale der Automatisierungsstufen**

**1. Kleinautomatisierung**  
Automatisierung von Arbeitsabläufen an einzelnen Arbeitsplatz, d. h. jeweils einzelnen oder wenigen, sich einander ergänzenden Maschinen, besonders Maschinen mit Spezialgeräten, -mechanismen und -instrumenten für den selbsttätigen Arbeitsablauf. Dabei ist menschliche Arbeit im wesentlichen nur für die Materialzuführung im groben und zur Stichprobenkontrolle der Arbeitsergebnisse erforderlich.

**2. Teilautomatisierung**  
Automatisierung von größeren, stärker gegliederten Arbeitsabläufen in Produktionsabschnitten oder ganzen Produktionsabteilungen durch Verkettung automatischer Fertigungs-Einzelmaschinen zu automatischen Linien oder durch Einsatz spezieller automatischer Taktstraßen. Menschliche Arbeit ist in der Regel nur zur Materialaufgabe am Eingang und zur Abnahme der Erzeugnisse am Ausgang der Linie bzw. Straße sowie zur Stichprobenkontrolle der Bearbeitungsergebnisse erforderlich. Die Kontrolle kann jedoch auch automatisch erfolgen.

**3. Komplexe oder Vollautomatisierung**  
Automatisierung von geschlossenen Produktionsprozessen, also der Fertigung in allen Abschnitten

und Abteilungen eines Betriebes, die für eine bestimmte Produktion einen organisch zusammengehörigen Gesamtkomplex bilden, durch zweckentsprechende Anordnung und Kupplung von automatischen Linien bzw. Taktstraßen zu einem zusammenhängenden automatischen System. Die menschliche Tätigkeit ist auf die Überwachung des Laufs der Maschinen und des Funktionierens der sonstigen technischen Ausrüstung beschränkt, wobei infolge der breiten Anwendung von Kontroll-, Meß-, Steuer- und Regelgeräten eine maximale Entlastung der Kontrollposten vorausgesetzt ist.

Bild 1 deutet die Zusammenhänge zwischen Mechanisierung und Automatisierung an und macht damit erkenntlich, daß die oben kritisierte Aussage nicht zutrifft, denn man findet Formen der Teilautomatisierung bereits auf der Stufe der Teilmechanisierung, und die Kleinmechanisierung ist vielfach eine Vorstufe bzw. ein Element der Kleinautomatisierung.

Es zeigt sich also, daß es durchaus zweckmäßig ist, bei der Feststellung des Niveaus der Mechanisierung und Automatisierung zu differenzieren, um ein wirklich konkretes Bild von dem technischen Stand in den Industriebetrieben zu erhalten. Entsprechend der dargestellten Gliederung und ihrer Zusammenhänge wird empfohlen, im Rahmen einer derartigen Untersuchung auch eine differenzierte Einschätzung der einzelnen Produktionsprozesse vorzunehmen.

Bild 1 deutet weiterhin auch den Zusammenhang der verschiedenen Stufen der Mechanisierung und Automatisierung entsprechend ihren oben genannten Merkmalen mit den von ihnen erfaßten Fertigungs-

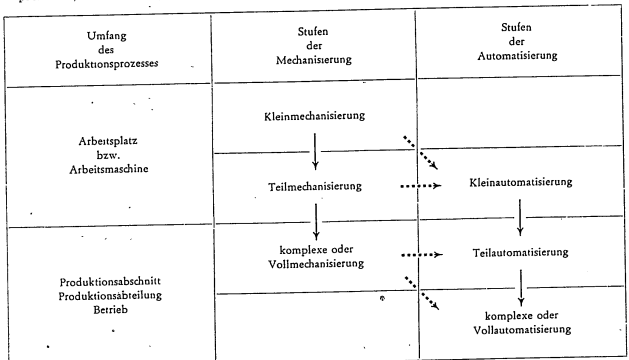


Bild 1: Zusammenhänge zwischen Mechanisierung und Automatisierung

gebungsbereichen (und damit auch mit dem jeweiligen Umfang des betroffenen Produktionsprozesses) an. Die Kleinmechanisierung, die Teilmechanisierung und die Kleinautomatisierung beschränken sich im allgemeinen nur auf einen Arbeitsplatz bzw. eine Arbeitsmaschine, wobei der Arbeitsgang an einer Arbeitsmaschine durchaus eine Konzentration von vielen Arbeitsstufen darstellen kann, wie es z. B. an Halb- und Vollautomaten bzw. Aggregatwerkzeugmaschinen üblich ist.

Von Vollmechanisierung, Teilautomatisierung und Vollautomatisierung sollte man nur dann sprechen, wenn sich die Maßnahmen der Mechanisierung und Automatisierung auf Produktionsabschnitte, Produktionsabteilungen oder ganze Betriebe erstrecken und damit eine größere Reihe von Arbeitsgängen im direkten Zusammenhang oder der ganze Produktionsprozess einem fast oder völlig selbsttätigen Ablauf unterworfen wird. Bei dieser Form der Automatisierung schmelzen die Einzelheiten des Produktionsprozesses zu einer organischen und technischen Einheit, denn die Vorgänge, welche von den automatisierten Maschinen, Transport- und Einstellmechanismen sowie Meß- und Kontrolleinrichtungen bewerkstelligt werden, sind zeitlich und räumlich koordiniert zu einem neuen, vom unmittelbaren Kraft befreiten Produktionsablauf auf der Grundfläche eines ebenen Produktionsorganismus. Damit zeigt sich auch, daß die Automatisierung wirklich zu einer neuen Qualität der Produktionsweise der materiellen Güter führt.

Die durch automatisierte Prozesse gekennzeichnete Produktion auf höherer Stufe erheischt sachliche Voraussetzungen, welche zusammen die erforderliche Einheit von Produkt, Arbeitsverfahren und Produktionsinstrument charakterisieren, die als generelle Voraussetzung für jede automatisierte Produktion angesehen werden kann. Im einzelnen ist die Erfüllung folgender Bedingungen erforderlich.

1. Komplexe Mechanisierung des zu automatisierenden Produktionsprozesses als eine technische Voraussetzung;
2. Garantie der Kontinuität des Produktionsprozesses als organisatorische Voraussetzung;
3. Auflage solcher Produktionsstückzahlen oder Durchsatzmengen, die wirtschaftlich eine Automatisierung des Produktionsprozesses rechtfertigen, als ökonomische Voraussetzung

Zur Erreichung der erforderlichen hohen Produktionsstückzahlen ist eine weitgehende technische Normung und Standardisierung, die Spezialisierung der Industriebetriebe und die Kooperation zwischen diesen sowie zwischen den Industriezweigen besonders notwendig. Zur automatisierten Herstellung bestimmter Produkte müssen im Vorlauf ebenfalls besondere Maßnahmen durchgeführt werden. So läßt sich eine gegebene Produktion mit festliegendem technologischen Prozeß auf der Grundlage der vorhandenen Produktionsinstrumente zumeist nicht ohne weiteres, u. U. aber auch überhaupt nicht auto-

malisieren. Die Automatisierung der Produktionsprozesse erfordert in Anbetracht der oben genannten Voraussetzungen zumeist:

- a) Neugestaltung, Neukonstruktion des Produkts entsprechend den Anforderungen einer veränderten Technologie,
- b) Aufnahme neuer technologischer Grundverfahren, Neugliederung des technologischen Gesamtprozesses zur Ermöglichung der Automatisierung überhaupt, zur Ausnutzung modernster Erkenntnisse und zur Steigerung der Fertigungsintensität;
- c) Ergänzung und Vervollkommnung der vorhandenen technischen Ausrüstung durch wenige neue Maschinen oder Mechanismen, die der neue Prozeß erfordert, oder Hinzunahme von ganzen Werkzeugmaschinen-Fertigungsketten, Aggregatwerkzeugmaschinen bzw. Zweizeckautomaten-Spezialkonstruktionen

Unter diesen Gesichtspunkten und mit Hilfe einer derartigen Gliederung soll eine Einschätzung des Niveaus der Mechanisierung und Automatisierung in den Industriebetrieben vorgenommen werden. Es empfiehlt sich, wie es hier auch versucht wurde, die Gliederung nicht über die bisher schon allgemein bekannten Stufen hinaus zu erweitern, obgleich sie natürlich für eine technische Beurteilung nicht ausreichen würde. Welche Möglichkeiten einer weiteren Untergliederung nach rein technischen Gesichtspunkten gegeben sind, sei nur an einem Beispiel<sup>2)</sup> gezeigt.

Der Amerikaner JAMES R. BRIGHT stellte in seiner Arbeit „How to Evaluate Automation“ (veröffentlicht in „Harvard Business Review“, Boston, USA, Juli-August 1955) folgende 17 Stufen der Mechanisierung auf. Bedingt durch die Entwicklung, sind die verschiedenen Stufen untereinander verbunden

1. Stufe: Handarbeit (Arbeit ohne Werkzeug).
2. Stufe: Einsatz von Handwerkzeugen.
3. Stufe: Maschinelle Handwerkzeuge (elektrische Handbohrmaschine).
4. Stufe: Maschinen mit manueller Kontrolle (einfache Formen von Werkzeugmaschinen, ausgestattet mit einer Energiequelle).
5. Stufe: Einzeckmaschinen.
6. Stufe: Mehrzeckmaschinen (automatische Revolverdrehmaschine).
7. Stufe: Maschinen mit elektrischer Fernsteuerung.
8. Stufe: Automatische Fertigung nach Einführen des Werkstückes (das Charakteristische hierbei ist, daß diese Maschinen sich in einem immer stärkeren Maße selbst steuern, d. h., die Maschinen schalten sich nach Einführen des Werkstückes automatisch ein bzw. nach Fertigstellung des Werkstückes aus).
9. Stufe: Maschinelle Messungen verschiedener charakteristischer Merkmale des zu bearbeitenden Erzeugnisses.
10. Stufe: Maschinelle Anzeigen der Meßwerte (Hier werden Vorrichtungen verwendet, die anzeigen, wenn das Werkstück den

<sup>2)</sup> Zitiert in „Der Maschinenbau“, Fachschriften für die Wirtschaft in Maschinenbau, Nr. 379, S. 58/6, Verlag „Die Wirtschaft“, Berlin.

- zeichnungsmäßigen Meßwert erreicht hat. Die Vorrichtungen zeigen auch an, wenn die Werte nicht mit den gegebenen Maßen in Einklang stehen.)
11. Stufe: Anzeigen der Arbeitsausführung (Anzeigensysteme in chemischen Werken und vor allem in Atomkraftwerken).
  12. Stufe: Automatische Änderung von Geschwindigkeit, Lagerung oder Richtung der Werkstücke als Folge der Meßergebnisse.
  13. Stufe: Automatische Absonderung oder Zurückweisung der Werkstücke entsprechend der gewonnenen Meßergebnisse. (Gegenüber der 10. Stufe sind in dieser Stufe die Maschinen bereits in der Lage, nicht nur selbsttätige Messungen vorzunehmen und über die Annahme oder Rückweisung zu entscheiden; sie befördern darüber hinaus die Werkstücke gleichmäßig weiter bzw. scheiden sie bei maßlichen Fehlergebnissen aus.)
  14. Stufe: Identifizierung und Auswahl der zu bearbeitenden Werkstücke (hier werden die eingesetzten Werkstücke geprüft und die zu ihrer Bearbeitung notwendigen Einrichtungen automatisch eingeschaltet).
  15. Stufe: Maschinelle Korrektur nach Durchführung des Fertigungsganges (diese Maschinen prüfen die Güte der geleisteten Arbeit und korrigieren sich selbst bei maßlichen Abweichungen. Die maßgerechte Fertigung des nächsten Arbeitsstückes ist hierbei sichergestellt).
  16. Stufe: Korrektur der Arbeitsdurchführung während des Produktionsprozesses (Maschinen dieser Art sind an sich das Vorbild jeder automatischen Fertigung. Sie würden gewährleisten, daß jeglicher Ausschuß in Fortfall kommt).
  17. Stufe: Maschinelle Bestimmen der erforderlichen Arbeitsvorrichtungen und automatisches Durchführen von Korrekturen.

Die Differenzierung der Entwicklungsstadien in diesem Beispiel würde Untersuchungen der erwähnten Art außerordentlich erschweren und in vielen Fällen unmöglich machen, weil ihre Stufen für die Gewinnung eines allgemeinen Überblicks zu fein und deshalb nicht genügend markant sind.

### 3. Der Mechanisierungs- bzw. Automatisierungsgrad — eine unzulässige Kennziffer des Niveaus der Mechanisierung und Automatisierung

In der sozialistischen Industrie und in den Grenzen der Planung und Leitung der Produktion wurden in den vergangenen Jahren insbesondere zwei Kennziffern zur Charakterisierung des Mechanisierungsgrades benutzt: erstens der sogenannte „Mechanisierungsgrad der Arbeit“, ausgedrückt durch das Verhältnis der Zahl der Maschinenarbeiter zur Gesamtzahl der Produktionsarbeiter, zweitens der „Mechanisierungsgrad des Produktionsprozesses“, ausgedrückt durch das Verhältnis der Maschinenarbeitszeit zur Gesamtfertigungszeit. In den „Erläuterungen zum Perspektivplan der Betriebe (1956 bis 1960)“ haben die Ministerien für Schwermaschinenbau und für allgemeine und entsprechende Formähnliche Kennziffern und entsprechende Formblätter vorgeschlagen (siehe Plan 23, Blatt 3 und 4).

Dort werden die Kennziffern

$$\frac{\text{„Anteil der mechanisierten Arbeiten“ (in \%):}}{\text{mechanisierte Fertigungszeit in TSid.}} \times 100$$

Gesamtarb.-Zeit d. Prod.-Grundarb. in TSid.

und

$$\frac{\text{„Anteil der automatisierten Arbeiten“ (in \%):}}{\text{automatisierte Fertigungszeit in TSid.}} \times 100$$

mechanisierte Fertigungszeit in TSid.

genannt.

Bevor hier im allgemeinen auf die Unzulänglichkeit der Kennziffer „Mechanisierungsgrad“ für die Feststellung des Niveaus der Mechanisierung eingegangen wird, soll erstens kritisch betrachtet werden, inwieweit zwischen den jeweiligen speziellen Bezeichnungen der oben angeführten Kennziffern und ihren tatsächlichen Inhalten ein sinnvoller Zusammenhang besteht, und sollen zweitens einige Hinweise auf zweckmäßigerweise anzuwendende Berechnungsmethoden gegeben werden.

Die sowjetischen Ökonomen SIROTIN und SCHAFRANSKI weisen auf den wesentlichen Unterschied zwischen den Begriffen „Grad der Mechanisierung der Arbeit“ und „Grad der Mechanisierung der Arbeit schlechthin“ hin.<sup>3)</sup> Dieser Unterschied ist bei der Bestimmung der obigen Kennziffern offenbar nicht beachtet worden, wodurch fehlerhafte Bezeichnungen bzw. Nichtübereinstimmung von Bezeichnungen und tatsächlichen Aussagen erleichtert wurden.

Geht man davon aus, daß das Maß der lebendigen Arbeit die Zeit ist, während der die Arbeit verrichtet wird, dann drücken die beiden letztgenannten Kennziffern auf Grund der einzusetzenden Berechnungsgrößen eher den Anteil der produktiven „Arbeit schlechthin“ aus, welcher mit Hilfe von Mechanisierungs- bzw. Automatisierungsmitteln durchgeführt wird, als den Anteil der „Arbeiten“, die wir mit „Schneiden“, „Schleifen“, „Biegen“ usw. bezeichnen. Die jeweils vorangestellte Definition der Aussagekraft ist demnach bei beiden Kennziffern falsch und muß irritierend wirken.

Die Definition „Mechanisierungsgrad der Arbeit“ für die Aussage der zuerst genannten Kennziffer kommt deren tatsächlichem Inhalt etwas näher, ist aber noch nicht genügend präzise. Auf die Mängel, die dem Ausdruck von Arbeitszeiten durch die Einsetzung der Zahlen von Arbeitern anhaften und die die Aussagekraft dieser Kennziffer abschwächen, soll hier nicht weiter eingegangen werden.

Schließlich ist bei der zweiten der angeführten Kennziffern, die auch lediglich ein Verhältnis von Zeiten produktiver Arbeit ausdrückt, die Bezeichnung „Mechanisierungsgrad des Produktionsprozesses“ ebenfalls falsch. Der Begriff „Produktionsprozess“ schließt die Vorstellung der verschiedenen

<sup>3)</sup> M. SIROTIN / W. SCHAFRANSKI: „Die Planung der Mechanisierung in der sowjetischen Industrie“, Verlag „Die Wirtschaft“, Berlin 1956, S. 82.



ING. FRIEDRICH ROTHHAUPT/DIPLOM-WIRTSCHAFTLER HANS SCHENKEL

durchzuführenden Arbeiten mit ein, deren Mechanisierungsgrad nicht allein durch Zeitverhältnisse ausgedrückt werden kann.

Der erwähnte Unterschied zwischen dem Grad der Mechanisierung der „Arbeit schlechthin“ und der „Arbeiten“ wird an folgendem Beispiel recht deutlich:

Das Schneiden von kleinen Innengewinden mit dem Gewindebohrer kann sowohl von Hand mittels Windmischen, als auch mechanisiert mit Hilfe der Gewindebohrmaschine erfolgen. Nimmt man an, daß zwei Arbeiter während je acht Stunden mit dem Schneiden solcher Gewinde beschäftigt sind, wobei der eine die Maschine benützt, der andere reine Handarbeit verrichtet, dann wird die gesamte „Arbeit schlechthin“ offenbar nur zu 50 Prozent mechanisiert durchgeführt. Berücksichtigt man nun, daß mit Hilfe der Maschine in der angegebenen Zeit 4000 Gewinde, von Hand jedoch nur 1000 Gewinde geschnitten werden, dann muß man feststellen, daß die „Arbeit „Gewindeschneiden“ (also eine der „Arbeiten“) zu vier Fünfteln oder zu 80 Prozent mechanisiert ist.

Das vorstehende Beispiel beweist, daß eine reale Kennziffer des Grades der Mechanisierung der „Arbeiten“ die Arbeitsproduktivität bei der Ausführung der Arbeiten berücksichtigen muß, und daß das Verhältnis der Maschinenarbeitszeit zur Gesamtarbeitszeit allein dafür kein gültiger Maßstab sein kann. Eine sehr brauchbare Methode zur Ermittlung des durchschnittlichen zusammengefaßten Mechanisierungsgrades von unterschiedlichen Arbeiten, die teils von Hand, teils mechanisiert durchgeführt werden, legte der sowjetische Ökonom PETROV dar<sup>4)</sup>. Danach wird der Anteil des Zeitaufwandes für die mechanisierten Arbeiten mit dem Faktor multipliziert, der das Verhältnis der Arbeitsproduktivität bei den mechanisierten Arbeiten zur Arbeitsproduktivität (bei den mechanisierten und nichtmechanisierten Arbeiten zusammen) anzeigt. Dieser Faktor wird dadurch ermittelt, daß zunächst für jede der mechanisierten Arbeiten der Produktivitätsfaktor getrennt festgestellt und dann aus diesen Einzelwerten unter Berücksichtigung der jeweiligen Zeildauern der einzelnen mechanisierten Arbeiten der entsprechende Mittelwert für alle mechanisierten Arbeiten zusammen errechnet wird. Das folgende Beispiel soll das verständlicher machen:

Es ist der Grad der Mechanisierung für die zusammengefaßten Arbeiten I, nachstehender Tabelle zu ermitteln

Arbeitsverrichtung	Gesamtaufwand je Arbeit		Lohn	Zeitverhältnis insgesamt	Faktor für mechanisierte Arbeiten
	Arbeitsproduktivität je Stunde	Arbeitsproduktivität je Tag			
Gewindebohren	5000	4000	Loch	16 Std.	8 Std.
Aussähen	300	—	da?	80	—
Ausschneiden	100000	100000	Stück	50	50
Nahschweißen	176	113	m	84	47
zusammen	230	105	Std.		

4) PETROV: „Grundriss der Wirtschaftstatistik“, Übersetzung aus dem Russischen, Verlag „Die Wirtschaft“, Berlin 1954, S. 146 bis 147.

Anteil des Zeitaufwandes für die mechanisierten Arbeiten am Gesamt-Zeitaufwand  $\approx \frac{105 \times 100}{230} \approx 45,6\%$

Berechnung der Arbeitsproduktivität:

Arbeitsverrichtungen	Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde	
	insgesamt (mitl. Prod. d. A.)	bei den mechanisierten Arbeiten
Gewindebohren	$\frac{5000}{16} \approx 312$ Loch	$\frac{4000}{8} \approx 500$ Loch
Aussähen	$\frac{300}{80} \approx 3,75$ da?	—
Ausschneiden	$\frac{100000}{50} = 2000$ Stück	$\frac{100000}{50} = 2000$ Stück
Nahschweißen	$\frac{176}{84} \approx 2,1$ m	$\frac{113}{47} \approx 2,4$ m

Produktivitätsfaktoren der einzelnen mechanisierten Arbeiten:

$\frac{500}{312} \approx 1,6$ ;  $\frac{2000}{2000} = 1$ ;  $\frac{2,4}{2,1} \approx 1,14$

Mittelwert für alle mechanisierten Arbeiten zusammen:

$$\frac{1,6 \times 8 + 1 \times 50 + 1,14 \times 47}{8 + 50 + 47} \approx 1,11$$

Durchschnittlicher Mechanisierungsgrad aller mechanisierten und nichtmechanisierten Arbeiten zusammen:

$$\text{Faktor der mittleren (Zeitaufwandsanteil) multipl. mit (Produktivität der mech. Arbeiten)} \approx 45,6\% \times 1,11 \approx 50,6\%$$

Es liegt auf der Hand, daß die PETROV'sche Methode der Kennziffer „Mechanisierungsgrad der Arbeiten“ eine gute Aussagekraft verleiht, weshalb wir auch ihre Anwendung empfehlen. Dabei ist darauf zu achten, daß von der Gesamtzeit für die einzelnen mechanisierten Arbeiten die Maschinen-Handzeiten abzusetzen sind.

Einfacher kann man allerdings dann vorgehen, wenn eine ausgeprägte Mechanisierung mittels Maschinen, wie sie z. B. zumeist in den mechanischen Abteilungen (Dreherei, Schleiferei usw.) anzutreffen ist, besteht, d. h. wenn nicht gleiche Arbeiten teils mechanisiert, teils von Hand durchgeführt werden. Es sollte dann eine der folgenden Berechnungsformeln, je nach den gegebenen, bestehend angeordneten Umständen, angewendet werden. Die Auswahl der Berechnungsart muß so erfolgen, daß ein möglichst untrügerisches Ergebnis zustande kommt.

**M I Maschinenzzeit — Maschinenhandzeit  
Gesamtarbeitszeit**

Bei ständiger oder zeitweiser Arbeit an Maschinen, wenn nur vernachlässigbar kleine Maschinen-Handzeiten anfallen, d. h. wenn die Maschineneinrichtung nur unwesentliche Zeit beansprucht oder die Einrichtungszeiten so wie die Wartungszeiten nur in die Gesamtarbeitszeit einbezogen werden.

**M II Maschinenzzeit — Maschinenhandzeit  
Maschinenzzeit**

Bei ausschließlicher Arbeit an Maschinen, wenn die Zeiten für Einrichtung und Wartung der Maschinen in die Maschinenzzeit einbezogen werden, letztere also mit der Gesamtarbeitszeit identisch ist

**M III Maschinenzzeit — Maschinenhandzeit  
Gesamtarbeitszeit**

Bei nur zeitweiser Arbeit an Maschinen und wenn Einrichtungszeiten in die Maschinenzzeit, Wartungszeiten in die Gesamtarbeitszeit einbezogen werden.

Zu beachten ist, daß die „Fertigungszeit“, mit der u. U. gerechnet wird (vgl. die oben kritisierten Kennziffern), keinesfalls mit der Gesamtarbeitszeit und auch nicht immer mit der Maschinenzzeit identisch ist.

Angesichts der Tatsache, daß noch keine anderen allgemein gültigen Kennziffern und Normative ausgearbeitet sind, wäre es falsch, solche Erhebungen zu verwerfen, wie sie die Ministerien für Maschinenbau mit Hilfe der genannten Kennziffern der Mechanisierungs- bzw. Automatisierungsgrade beabsichtigen, vorausgesetzt, daß die hier kritisierte Fehlerhaftigkeit der letzteren beachtet und ausgemerzt wird. Man darf sich jedoch nicht darin täuschen, daß diese Erhebungen nur eine relative Aussagekraft haben und einer Ergänzung dringend bedürfen.

Mit Hilfe des Mechanisierungsgrades läßt sich zwar zusammengefaßt der Stand der Mechanisierung von Arbeiten anzeigen, die ihrer Art und dem Anteil der lebendigen Arbeit nach völlig verschieden sind, ebenso kann man mittels dieser Kennziffer den Mechanisierungsstand einzelner solcher Arbeiten feststellen und kommt damit zu Vergleichsmöglichkeiten zwischen diesen, aber über den absoluten Stand der Mechanisierung einer Summe verschiedener Arbeiten vermag der Mechanisierungsgrad nichts auszusagen, weil er nur ein Verhältnis von Größen ausdrückt. Der Mechanisierungsgrad ist also eine Relationszahl, welche lediglich eine heftigere Vorstellung vom Stand der Mechanisierung zeitraubender und körperlich schwerer Arbeiten ermöglicht.

SIROTIN und SCHAFRANSKI haben auf diese Tatsachen hingewiesen und die Unzulänglichkeit des Mechanisierungsgrades als Kennziffer für die Feststellung des wirklichen Standes der Mechanisierung der Arbeiten an schon genannter Stelle mit folgenden Worten beschrieben:

„Der Mechanisierungsgrad vermag weder die Vollkommenheit und den Nutzeffekt der verschiedenen Mechanisierungsmittel wiederzugeben, noch kann er zeigen, wie weit die Tätigkeit jedes einzelnen Arbeiters mechanisiert ist, d. h. er gibt nicht an, in welchem Maße manuelle Tätigkeit für die Ausführung mechanisierter Arbeiten erforderlich ist. Da der Grad der Mechanisierung das Verhältnis zwischen dem Gesamtumfang der Arbeiten und dem Umfang der mechanisierten Arbeiten ausdrückt, d. h. den Stand der Mechanisierung der Arbeiten, kann man aus ihm nicht ersehen, in welchem Maße die Arbeit schlechthin mechanisiert ist.“

Wie weiterhin wird dargelegt, daß man eine reale Vorstellung vom Stand und dem Nutzeffekt der Mechanisierung und Automatisierung nur dann erhalten kann, wenn der Mechanisierungsgrad zusammen mit sämtlichen anderen Faktoren, die von

wesentlicher Bedeutung für eine Einschätzung der Mechanisierung und Automatisierung sind, betrachtet wird. Diesem Standpunkt der sowjetischen Ökonomen muß man sich unbedingt anschließen. Es erscheint als notwendig, dies im Zusammenhang mit dem Vorschlag einer exakten Untersuchungsmethode besonders zu betonen, denn offensichtlich ist die Unzulänglichkeit der Kennziffer „Mechanisierungsgrad“ noch nicht allgemein bekannt bzw. wurden die damit zusammenhängenden Fragen in den Kreisen, die daran am meisten interessiert sein müßten, noch nicht diskutiert.

**4. Vorschlag für eine Untersuchung zur exakten Ermittlung des Niveaus der Mechanisierung und Automatisierung**

Unter den in den vorhergehenden Abschnitten umrissenen Gesichtspunkten und bei entsprechenden Überlegungen ergibt sich folgender Schluß: Zur exakten Ermittlung des Niveaus der Mechanisierung und Automatisierung durchzuführende Untersuchungen, aus deren Ergebnissen später stichhaltige und allgemeingültige Kennziffern abgeleitet werden könnten, sollten von einem Fragenkomplex ausgehen, dessen Beantwortung zur Berücksichtigung aller des Mechanisierungs- und Automatisierungsniveaus bestimmenden Faktoren zwingt. Der Versuch, alle dabei wesentlichen Fragen aufzuwerfen, hat zur Ausbildung eines Fragebogens geführt, der nachfolgend dargestellt ist und als Grundlage für die genannten Untersuchungen vorgeschlagen wird.

Fragebogen zur Ermittlung des Niveaus der Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse in Industriebetrieben

**I. Struktur der Produktionsabteilungen des Betriebes und des Produktionsprogramms:**

- Charakter der Produktionsprozesse der Hauptproduktionsabteilungen sowie der wichtigsten Hilfsproduktionsabteilungen.
  - kontinuierlicher technologischer Prozeß
  - diskontinuierlicher technologischer Prozeß (dazu kurze Beschreibung)
- Abschnitte des Betriebes mit Gegenstandsstruktur, d. h. nach dem Fließprinzip arbeitend. Nach bestehende Möglichkeiten der Fertigungsorganisation zum weiteren Ausbau in dieser Hinsicht. Niveau der Fließfertigung der bezeichneten Abschnitte (Art des Transports, Stückzahl je Stunde bzw. Schicht).
- Umfang der Gleichartigkeit des Produktionsassortiments,
  - Erzeugnisart (Typ) | Produktion in Planjahr (Stück)

(Typen in Massenfertigungs- oder Serienfertigungsstücken einzeln auflisten)  
(Einzelfertigungsergebnisse in Gruppen zusammenfassen)



ING. FRIEDRICH ROTHHAUPT / DIPLOM-WIRTSCHAFTLER HANS SCHENKEL

der Mechanisierung und Automatisierung im Zusammenhang mit der sich vollziehenden industriellen Umwälzung erfordert aber in unserer sozialistischen Wirtschaft konkrete wissenschaftliche Untersuchungen aller Seiten der Ökonomik und Technik, die berührt werden, um auf der Basis dieser Entwicklung die wirtschaftspolitischen Aufgaben unseres Arbeiter- und Bauern-Staates mit Erfolg und zum Nutzen der Gesellschaft zu lösen. Grundfalsch wäre es natürlich, den obigen Fragespiegel einfach in Fragebogen umzuwandeln und diese den Betrieben zu übersenden, denn damit würde nur nutzlose Arbeit verursacht werden. Es kommt jetzt vielmehr darauf an, eine genügend große Reihe von Untersuchungen in der vorgeschlagenen Weise durchzuführen und eine sehr gründliche Auswertung der Untersuchungsergebnisse vorzunehmen. Dabei wird sich zeigen, welche Vereinfachungen im Ermittlungsverfahren sich durch Zusammenfassung verschiedener Faktoren erreichen lassen, bis sich eine praktisch leicht anwendbare Untersuchungsmethode ergibt und es zur Herausbildung vollgültiger Kennziffern kommt.

Für die Auswahl der zunächst zu untersuchenden Betriebe schlagen wir vor, Gießereibetriebe, Schmiede- und Präriebetriebe sowie solche Maschinenbaubetriebe zu bevorzugen, die Gelegenheit bieten, bei

- a) vorwiegender mechanischer Bearbeitung,
- b) vorwiegenden Montagearbeiten

das Niveau der Mechanisierung und Automatisierung zu ermitteln. Dabei sollte darauf geachtet werden, daß Einzel-, Serien- und Massenfertigungsbetriebe in angemessenen Anteilen erfaßt werden. Das ist begründet durch die besondere volkswirtschaftliche Bedeutung der Betriebe dieser Art bei der Durchführung des 2. Fünfjahresplanes, welche eine möglichst baldige Beantwortung aller noch offenen Fragen bezüglich der Einführung modernster Technik erfordert.

#### V. Zusammenfassung und Schlussbetrachtungen

Die Lösung der wirtschaftspolitischen Aufgaben unseres Staates beim weiteren Aufbau des Sozialismus erfordert bezüglich der Einführung der neuen Technik eine planmäßige und systematische Übersicht über das Niveau der Mechanisierung und Automatisierung von Produktionsprozessen der Industriezweige und Industriebetriebe.

Die Bereitstellung finanzieller Mittel für Investitionen und Investitionskredite muß entsprechend den wirtschaftlichen und technischen Erfordernissen der proportionalen Entwicklung der Industriezweige und Industriebetriebe vorgenommen werden. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie die Verminderung der schweren und mit hohem Arbeitsaufwand verbundenen Arbeiten in der Industrie sind das unmittelbare Ziel der Fortführung

der Mechanisierung der Produktionsprozesse und der Einführung automatisierter Produktionsabläufe.

Die breite Mechanisierung und Automatisierung von Produktionsprozessen erfordern also nicht nur die konstruktive und technologische Lösung der technischen Probleme, sondern haben unmittelbare ökonomische Auswirkungen, die planmäßig zu erfassen und zu kontrollieren sind.

Einige Grundfragen der systematischen Planung und Erfassung der ökonomischen und wesentlichen technischen Gesichtspunkte, die bei einer technisch-ökonomischen Analyse berücksichtigt werden müssen, wurden hier dargestellt. Den Verfassern kam es vor allem darauf an, eine unkomplizierte Systematisierung der einzelnen Stufen der Mechanisierung und Automatisierung vorzunehmen, die sich auf die realen Zusammenhänge in der Produktionspraxis stützt. Weiterhin wurde auf die Unzulänglichkeit der bisher gebräuchlichen Kennziffer des Mechanisierungs- und Automatisierungsgrades als alleiniger Kennziffer für die Messung des Niveaus der Mechanisierung und Automatisierung hingewiesen. Für eine Untersuchung und Analyse in geeigneten Industriezweigen und Industriebetrieben wird ein Fragespiegel zur Diskussion gestellt, in dem der Versuch unternommen ist, die wesentlichsten und kennzeichnenden Faktoren und Merkmale des Niveaus der Mechanisierung und Automatisierung zusammenzufassen.

Die wertvollsten Anregungen zu den dargelegten Gedanken konnten aus Veröffentlichungen sowjetischer Ökonomen und Ingenieure geschöpft werden, weil der weit fortgeschrittene Prozeß der Mechanisierung und Automatisierung in der Volkswirtschaft der Sowjetunion schon seit einigen Jahren die konkrete Behandlung der technisch-ökonomischen Probleme erfordert, welche mit der Einführung und Planung der neuen Technik in der sozialistischen Wirtschaft verbunden sind.

Es konnte bei weitem nicht auf alle Probleme der Analyse des Niveaus der Mechanisierung und Automatisierung eingegangen werden; z. B. dürften für exakte Ermittlungen in einzelnen Abteilungen von Maschinenbaubetrieben die im Fragespiegel genannten Fakten durchaus nicht ausreichend sein und Gegenstand einer besonderen Betrachtung werden. Trotzdem kann nach Ansicht der Verfasser die hier gegebene Anregung eine brauchbare Grundlage für die weitere einschlägige Arbeit abgeben.

#### Literatur:

1. SIROTIN/SCHAFRANSKI: „Die Planung der Mechanisierung in der sowjetischen Industrie“, Übersetzung aus dem Russischen, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1956
2. G. A. SCHAUMJAN: „Automaten“, Übersetzung aus dem Russischen, VEB Verlag Technik, Berlin 1956
3. W. F. PREIS: „Zur Frage der Klassifizierung automatischer Fließlinien der Arbeitsmaschinen“,

PROBLEME DER EXAKTEN ERMITTLUNG DES NIVEAUS DER MECHANISIERUNG...

Kapitel IV in: „Automatisierung im Maschinenbau“ (unveröffentlichte Rohübersetzung aus dem Russischen der Hochschule für Ökonomie), Staatlich wissenschaftlich-technischer Verlag für Maschinenbauliteratur, Kiew 1955

4. NIKITIN: „Die Automatisierung der Produktionsprozesse in der sozialistischen Wirtschaft“, in: „Neue Welt“, Jahrgang 1954, Nr. 2, S. 199

5. KLIMENKO/RAKOWSKI: „Technisch-ökonomische Probleme der Automatisierung der Produktion in der UdSSR“, in: „Presse der Sowjetunion“, Nr. 147/56, S. 3325
6. PETROV: „Grundriß der Wirtschaftsstatistik“, Übersetzung aus dem Russischen, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1954

Volkswirtschaftliche Fakultät  
Institut für Statistik Direktor Prof. Dr. Rumen Janakieff  
Als Manuskript gedruckt!

## Kritik an der bürgerlichen ökonomischen Lehre von der Wirkung des sogenannten Gesetzes des abnehmenden Ertrages in der Industrie

Von RUMEN JANAKIEFF

Das unterschiedliche sozialökonomische Wesen der Arbeitsmittel im Sozialismus gegenüber denen im Kapitalismus bestimmt auch die unterschiedlichen Möglichkeiten für die Ausnutzung der Produktionskapazitäten in der Industrie dieser zwei gesellschaftlichen Ordnungen. Im Kapitalismus sind die Arbeitsmittel Eigentum der Kapitalisten und dienen zur Exploitation der Arbeiter. Im Sozialismus sind die Arbeitsmittel gesellschaftliches, sozialistisches Eigentum. Die Übereinstimmung zwischen dem Charakter der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen ist im Sozialismus eine Tatsache. In der gegenwärtigen Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist für die kapitalistische Industrie eine geringe Ausnutzung der Produktionskapazitäten charakteristisch. Man kann Tausende von Beispielen aus der Wirtschaft der kapitalistischen und imperialistischen Länder hierzu anführen. Der Grad der Kapazitätsausnutzung ist von der Gesellschaftsordnung abhängig. Die sog. „überflüssige Produktion“ ist in Wirklichkeit keine überflüssige Produktion in bezug auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung, sondern in bezug auf die geringe Kaufkraft der Bevölkerung.

Die chronische Nichtauslastung der Produktionskapazitäten im Kapitalismus verursacht eine Verringerung des möglichen Volumens der Produktion (die die Werktätigen brauchen), eine Verringerung der Arbeitsproduktivität und eine Steigerung der Selbstkosten der Produktion. Diese Tatsachen zeigen deutlich, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse ein großes Hindernis für die weitere Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte geworden sind. Um dieses Hindernis zu beseitigen, muß die kapitalistische Gesellschaftsordnung beseitigt werden.

Um die chronische Nichtauslastung der Produktionskapazitäten zu rechtfertigen und die kapitalistische Gesellschaftsordnung als eine „ewige“, „natürliche“ Ordnung darzustellen und zu verteidigen, haben die modernen bürgerlichen Ökonomen die Theorie über die allgemeine Wirkung des sog. Gesetzes des abnehmenden Ertrages entwickelt. Auf der Grundlage fiktiver ökonomischer Beispiele, statistischer Tabellen und graphischer Darstellungen versuchen sie, die Wirkung dieses „eisernen ökonomischen

Gesetzes“ zu beweisen und dieses Gesetz als bestimmenden Faktor für die tatsächliche Entwicklung der Industrieentwicklung und der ökonomischen Beziehungen hervorzuheben. Es ist nicht leicht, diese moderne Lehre nur mit allgemeinen fortschrittlichen Überlegungen zu zerschlagen. Man muß diese Lehre direkt studieren und konkrete empirische statistische Untersuchungen der bürgerlichen Ökonomen und Statistiker ausnutzen und analysieren, damit man zutreffende Argumente gegen diese reaktionäre Lehre der modernen bürgerlichen Ökonomie bringen kann.

In diesem Artikel werden wir auf der Basis solcher Untersuchungen versuchen, die Unwissenschaftlichkeit dieser Lehre zu zeigen.

Die modernen bürgerlichen Ökonomen verteidigen die Hypothese, daß unter den realen ökonomischen Bedingungen und der Entwicklung der Produktion immer folgende Erscheinung zu beobachten ist: mit der Vergrößerung der Ausnutzung der Produktionskapazität eines Industriebetriebes wird man unbedingt eine Verringerung der Arbeitsproduktivität, d. h. der „marginalen“<sup>1)</sup> (Grenzproduktivität) und der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität, d. h. eine Vergrößerung der Selbstkosten pro Einheit des hergestellten Produktes als Ergebnis bekommen. Dies sei für alle Zweige der Industrie charakteristisch.<sup>2)</sup>

Diese Lehre hat in der modernen bürgerlichen politischen Ökonomie vorherrschende Bedeutung.

Die genannten bürgerlichen Ökonomen übernehmen das sog. „Gesetz des abnehmenden Ertrages“ als Axiom in die politische Ökonomie. Sie dehnen seine „Bedeutung“ nicht nur auf die Landwirtschaft,

1) Unter „marginaler Produktivität“ versteht man das Verhältnis zwischen der zusätzlich hergestellten Erzeugnismenge und dem zusätzlichen Arbeitsaufwand.  
2) Vergleiche zum Beispiel:  
1. ALFRED MARSHALL: Principles of Economics, London 1920.  
2. T. B. KEYNES: General theory of Employment, Interest and Money, London 1935.  
3. I. D. BLACK: Introduction to Production Economics, New York 1925.  
4. FR. BENHAM: Economics, London 1946.  
5. B. W. KNIGHT: Economic Principles in Practice, New York 1941.

PROF. DR. RUMEN JANAKIEFF

sondern auch auf die Industrieproduktion und überhaupt auf die ganze Wirtschaftstätigkeit aus. Durch dieses „Gesetz“ versuchen sie, im Interesse des Kapitalismus eine Reihe wichtiger ökonomischer Kategorien zu erklären, wie: die Bodenrente, die Höhe des Profits, die Höhe des Lohns, das „Bevölkerungsgesetz“ (nach MALTHUS), die Preisbewegung und die Verteilung im Zusammenhang mit der Nachfrage und dem Angebot sowie die Selbstkosten bei den verschiedenen Kombinationen der Produktions-elemente usw.

Mit anderen Worten, diese Ökonomen wollen das Elend und die Arbeitslosigkeit der Werktätigen im Kapitalismus, die chronische Nichtauslastung der Produktionskapazitäten, die riesigen kapitalistischen Profite usw. mit dem Wirken dieser „ewigen und natürlichen Gesetze“ erklären, die in einer obensicheren „ewigen und unumgänglichen kapitalistischen Ordnung“ wirken.

Um das Wirken des „Gesetzes“ in der Industrieproduktion zu begründen, benutzen sie die isolierte Tatsache, daß die relativ beständigen und die relativ veränderlichen Kosten bei der Bildung der Selbstkosten pro Einheit der erzeugten Produktion sich unterschiedlich ändern und eine verschiedene Rolle spielen, wenn die Ausnutzung der Produktionskapazität einer Maschine, eines Aggregats, einer Werkabteilung und eines Betriebes verändert wird. Sie entstellen dieses organisatorische Problem der richtigsten Kombination der Produktionselemente und zeichnen, um ihre These zu beweisen, verschiedene abstrakte Schemata für die Bewegung der verschiedenen Arten von Kosten pro Produktionseinheit und für die Bewegung der Selbstkosten pro Produktionseinheit bei einem unterschiedlichen Grad der Ausnutzung der Kapazität eines Betriebes, indem sie „beweisen“, daß die niedrigsten Selbstkosten in allen Produktionen etwa bei der Ausnutzung der Kapazität mit 70 Prozent bis 85 Prozent entstehen.

Bei der Gliederung dieser Schemata gehen die obigen Autoren von ein und derselben, unveränderlichen Technik aus, von ein und derselben, unveränderlichen Qualität der Produktionselemente (Arbeit, Maschinen, Grundmaterial, Hilfsmaterial usw.), die im Produktionsprozeß vereint sind.

Das Klassenwesen der Lehre dieser treuen Diener des Kapitalismus und Imperialismus liegt klar auf der Hand. Auf der Grundlage dieser abstrakten Schemata „beweisen“ sie, daß es notwendig ist, den Nominal- und Reallohn zu verringern, um die Arbeitslosigkeit herabzusetzen und die „Vollbeschäftigung“ zu erreichen, da eine Vergrößerung der Zahl der beschäftigten Arbeiter (d. h. die vollständige Ausnutzung der vorhandenen Produktionskapazitäten) einen Rückgang der Arbeitsproduktivität bedeuten würde. So rechtfertigen sie den Angriff der Kapitalisten zur Senkung des Lebensstandards der Arbeiterklasse und rechtfertigen sie die Arbeitslosigkeit und unvollständige Ausnutzung der Kapazität der kapitalistischen Betriebe. Diese Theorie

nimmt an, daß das Lohnniveau durch die Arbeitsproduktivität des Grenzarbeiters (des „marginalen Arbeiters“ bestimmt wird. Und die Grenz-Arbeitsproduktivität habe nach einem bestimmten Punkt der Ausnutzung des vorhandenen Produktionsapparates eine ständig fallende Tendenz.

Konkrete statistische Untersuchungen von Produktionsprozessen, die von bekannten Statistikern in den USA durchgeführt wurden, zeigen uns, daß in einer Reihe von Produktionszweigen unter realen produktionsökonomischen Bedingungen die Schemata der modernen Vulgärökonom voll und ganz widerlegt werden.

So widerlegen die Untersuchungen über die Produktion des großen amerikanischen Trusts „U. S. Steel Corporation“ für die Jahre 1927 bis 1936, die von M. EZEKIEL und K. WYLIE<sup>1)</sup> durchgeführt wurden, die Behauptungen der modernen bürgerlichen Ökonomen.

Bei einem Teil der Analysen, die von den oben genannten Autoren über die Stahlproduktion durchgeführt wurden, trennte man die Arbeitskosten von den anderen Kosten und ermittelte man für jede einzelne auf diese Weise entstandene Gruppe die entsprechenden Funktionen der Selbstkosten. Die erhaltenen Ergebnisse sind sowohl vom praktischen (organisatorischen) Standpunkt, als auch vom theoretisch-ökonomischen Standpunkt sehr interessant.

In der modernen bürgerlichen politischen Ökonomie nimmt man an, daß die relativen Aufwendungen von Arbeit in Natureinheiten notwendigerfalls zusammen mit der immer vollständigeren Ausnutzung der Produktionskapazität eines Betriebes ohnehin werden (da erwartet wird, daß die Erträge je Einheit der Anlage lebendiger Arbeit von einem bestimmten Punkt an zu sinken beginnen). Mit anderen Worten, es wird behauptet, daß bei vollständiger Ausnutzung der Produktionskapazität eines Betriebes die Produktivität der lebendigen Arbeit eine fallende Tendenz hat. Die erhaltenen Beziehungen zwischen den wirklichen Anwendungen von Arbeit zur Erzeugung von 1 Tonne Stahl und der Größe des Ertrages unter den Bedingungen des Jahres 1934 sahen folgendermaßen aus:

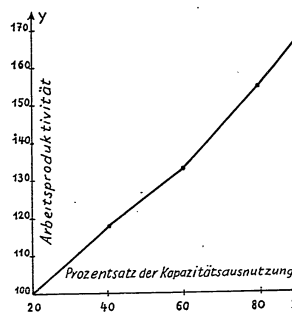
Prozentatz der Ausnutzung der Produktionskapazität	Anwendung von Arbeit pro 1 Tonne erzeugten Stahls in verkürzten Personen-Stunden	Koeffizienten der Arbeitsproduktivität
1	2	3
20 %	50	100,0
30 %	47,5	117,9
40 %	42	133,3
50 %	36	150,0
60 %	33,5	167,2

Von diesen Angaben haben wir die entsprechenden Koeffizienten für die Arbeitsproduktivität er-

<sup>1)</sup> Vgl. M. EZEKIEL and K. WYLIE: Cost Functions for the Steel Industry, Journal of the American Statistical Association, Nr. 32, 1937, p. 28.

mittelt!), die in dem folgenden Diagramm anschaulicher dargestellt werden können:

Diagramm Nr. 1



Nach Meinung der oben genannten Autoren steigt die Arbeitsproduktivität weiterhin (wenn auch vielleicht langsamer) auch nach 90 Prozent Ausnutzung der Kapazität des Betriebes (d. h. bis dicht bei 100 Prozent). Aber die Autoren enthalten sich der Bekanntheit von Ergebnissen aus den Ermittlungen über 90 Prozent, da hier der Standardfehler der Regressionslinie zeigt, daß die Zuverlässigkeit der erhaltenen Regressionslinie nach diesem Prozentsatz nicht groß ist (wegen der Tatsache, daß über 90 Prozent Ausnutzung der Kapazität des Betriebes wenig

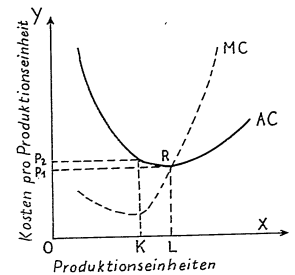
1) Die Koeffizienten wurden nach der Formel  $\frac{100}{x} \cdot 100$  mit einer festen Basis (20 % Ausnutzung der Kapazität) ermittelt; hierbei bedeutet:  
 10 = die Anwendung von Arbeit pro eine Tonne Stahl unter den Bedingungen des sechstägigen tageslängsten Produktionskapazitäten;  
 11 = die Anwendung von Arbeit bei anderen Graden der Ausnutzung der Produktionskapazitäten (entsprechend t. h. t. t.).  
 1) So bedeutet zum Beispiel  $\frac{100}{30} \cdot 100$  den Koeffizienten, den man erhält aus dem prozentualen Verhältnis zwischen der Anwendung von Arbeit je Tonne Stahl bei einer Ertragsleistung der Ausnutzung der Kapazität des Betriebes von 30 % auf 100 % (oder  $\frac{100}{30} \cdot 100 = 117,9$ ). Dementsprechend haben wir auch die folgenden Koeffizienten: 133,3 %, 150,0 % und 167,1 %, wenn wir die Koeffizienten auf der Kostengrundlage ermitteln, werden wir dementsprechend erhalten: 117,9 %, 133,3 %, 150,0 %, 167,1 % ( $\frac{100}{30} \cdot 100 = 117,9$ ;  $\frac{100}{27,5} \cdot 100 = 133,3$ ;  $\frac{100}{24} \cdot 100 = 150,0$ ;  $\frac{100}{20} \cdot 100 = 167,1$ ). Es ist klar, daß die Veränderungen in der Arbeitsproduktivität bei den verschiedenen Graden der Ausnutzung der Kapazität des Trusts nicht absolut gleichartig sind (zwischen 20 % und 30 % doch wird aus diesen Angaben sichtlich völlig klar, daß wir Grund haben, eine Regressionslinie anzuziehen (da hier die Abhängigkeit des Charakters des Korrelationskoeffizienten ist), die durch eine gestreckte gerade oder leicht gebogene Kurve zum Ausdruck gebracht wird, welche eine ununterbrochene Steigerung der Arbeitsproduktivität bis 90 % der Ausnutzung der Kapazität zeigen wird.

Fälle beobachtet wurden, da der Betrieb selten mit einer solchen Kapazität gearbeitet hat). Diese charakteristischen Beziehungen wurden, wie die oben genannten Autoren hervorheben, auch bei Untersuchungen festgestellt, die über die wirklichen Anwendungen von Arbeit (gemessen in Personen-Stunden) sowohl in der Automobil- als auch in der Zementproduktion der USA gemacht wurden.

Die bürgerlichen Ökonomen behaupten, daß für jede Produktion bestimmte Abhängigkeiten zwischen der Kurve der mittleren Erträge und der Kurve der zusätzlichen (Grenz-)Erträge im Produktionsprozeß charakteristisch sind, und bringen diese in abstrakten hypothetischen Beispielen bei der angenommenen Fertigung ein und derselben Produktionsart und einem unveränderten Umfang der zur Verfügung stehenden Produktionsausrüstung.

Nehmen wir beispielsweise eine graphische Darstellung im Lehrbuch der politischen Ökonomie des amerikanischen Ökonomen KNIGHT<sup>1)</sup>, wo die Linie der Grenzkosten und der gesamten Selbstkosten (Selbstkosten pro Produktionseinheit) bei der angenommenen Kombination von nur zwei Produktionselementen (z. B. die Arbeit und eine bestimmte Maschinenart) in Zusammenhang mit dem Umfang der erzielten Produktion dargestellt wird.

Diagramm Nr. 2



Mit dem Punkt „L“ wird die Kombination bezeichnet, die uns die niedrigsten Selbstkosten pro Produktionseinheit angibt, d. h. die Menge der Produktion, bei der die Kombination der Produktionselemente am günstigsten ist und zu den niedrigsten mittleren Selbstkosten pro Produktionseinheit (R) führt. Gerade diese Kombination erreicht man nach Meinung der bürgerlichen Ökonomen nur dann, wenn die Produktionskapazität wesentlich unter

<sup>1)</sup> Vgl. B. W. KNIGHT: Economic Principles in Practice, New York, 1944, p. 11.

PROF. DR. RUMEN JANAKIEFF

100 Prozent ausgenutzt wird, d. h. nur dann, wenn eine volle Ausnutzung der Kapazität der Produktionsausrichtungen der Abteilung, des Betriebes usw. nicht erreicht wird.

Die Linie der mittleren Kosten (mittleren Selbstkosten) pro Produktionseinheit wird durch die Linie AC dargestellt, während die Linie, welche die Veränderungen in den Grenzkosten zeigt (d. h. in den Kosten, die nur auf die zusätzliche Anwendung einer Einheit des Arbeitsaufwandes pro Einheit der zusätzlich erzeugten Produktion entfallen), durch die Kurve MC ausgewiesen wird. Bei der Produktion (dem Ertrag) im Umfang OK (auf der x-Achse) gehen wir bis zum Anfang der sich verringenden Erträge in bezug auf das veränderliche Element (etwa die Arbeit), d. h. auf eine Einheit der Anwendung des veränderlichen Elementes entfällt ein immer kleinerer Ertrag rechts vom Punkt K, die Produktivität der lebendigen Arbeit beginnt also zu sinken. Beim Punkt K bilden die mittleren Kosten pro Produktionseinheit die Entfernung  $OP_2$ . Bei der Produktion OL gelangen wir bis zum Punkt R, — dem Punkt der niedrigsten Selbstkosten. Diese Kosten bilden die Entfernung  $OP_1$ . Die Grenzkosten nehmen nach dem Punkt K schnell zu. Die Grenzkosten sind niedriger als die mittleren Kosten für jeden Ertrag (jede Produktion), der kleiner als OL ist. Die Grenzkosten sind größer als die mittleren Kosten für jeden Ertrag, den man nach dem Punkt L erhalten hat (rechts nach X). Deshalb beginnen die mittleren Kosten nach dem Punkt L zuzunehmen. Bei dem Ertrag OL sind die Grenzkosten gleich den mittleren Kosten pro Produktionseinheit (Ertrag), d. h. sie fallen mit dem Punkt R zusammen (der der Punkt mit den niedrigsten Kosten ist, welcher auf der Kurve AC aufgetragen wurde). Dies folgt aus dem Leitsatz, daß wir als mittlere Ausgaben die gesamten Kosten dividieren durch den entsprechenden Gesamtertrag (die gesamte Produktionsmenge im Naturalausdruck) bezeichnen, während wir als Grenzkosten nur die Veränderung in den Gesamtkosten, die durch die Produktion des Grenzertrages, d. h. des Ertrages, der infolge einer Einheit zusätzlicher Anwendung des veränderlichen Elementes (Arbeit) entsteht, bezeichnen.

Die bürgerlichen Ökonomen behaupten, daß in der Wirklichkeit bei allen Produktionen die Kombination der zunehmenden Mengen Anwendung eines veränderlichen Produktionselementes mit einem anderen nicht veränderlichen Element als Ergebnis nicht proportionale Erträge ergibt, deren eine Phase die Phase der abnehmenden Erträge ist. Hier setzen diese Ökonomen ein unveränderliches Niveau der Technik und der Produktionsweise und —organisation sowie eine unveränderte Qualität der Produktionselemente voraus. Diese abnehmenden Erträge verursachen nach Meinung der bürgerlichen Ökonomen ein Anwachsen sowohl der Grenzkosten als auch der Gesamtkosten pro Produktionseinheit bei vollständiger Ausnutzung der Produktionskapazitäten. Sie behaupten besonders, daß, da die Arbeitsproduktivität von einem bestimmten Punkt an eine fallende Tendenz habe, es nicht empfehlens-

wert sei, mehr Arbeiter heranzuziehen oder den Lohn zu erhöhen, um die zur Verfügung stehenden Kapazitäten vollständiger auszunutzen, da dies sowohl die Grenzkosten als auch die Gesamtkosten pro Produktionseinheit erhöhe. So fördern sie die Entlassung oder Nichteinstellung von Arbeitern sowie die Stärkung der großen Arbeitslosenarmee, obwohl eine Reihe von Betrieben im wesentlichen noch Arbeiter einstellen und die Produktion steigern kann, wenn sie die vorhandenen Kapazitäten der Ausrüstungen besser ausnutzt. Wenn mehr Arbeiter eingestellt werden, behaupten diese Ökonomen, ist es notwendig, die Höhe ihres Lohnes zu verringern.

Das Klassenwesen dieser abstrakten Schemata und Theorien, welche die bürgerlichen Ökonomen in ihren Lehrbüchern und „wissenschaftlichen“ Arbeiten predigen, ist klar ersichtlich. So sind sie bestrebt, die kapitalistische Ordnung zu verteidigen sowie das Sinken des Lohnes, die Arbeitslosigkeit und die chronische Nichtauslastung der Produktionskapazitäten zu rechtfertigen.

Abgesehen von der Tatsache, daß die entscheidende Bedingung für die Bestimmung des tatsächlichen Umfangs der Produktion und des Grades der Ausnutzung der vorhandenen Produktionskapazitäten im modernen Kapitalismus die erwartete Größe des Profits ist (d. h. das Streben, einen Maximalprofit zu erzielen unter Berücksichtigung der Konjunkturschwankungen des Marktes), betrachten wir nun, inwieweit die tatsächliche Entwicklung der Produktion und die Ausnutzung der Produktionskapazitäten im Kapitalismus den abstrakten Leitsätzen in den Schemata der vulgären modernen bürgerlichen Ökonomen entsprechen.

Diese Ökonomen nehmen fälschlich an, daß die Angaben über alle Produktionsarten unter den tatsächlichen Produktionsbedingungen so bearbeitet werden können, daß als Ergebnis immer die Schemata und Kurven erhalten werden, die wir bereits dargelegt haben.

Was sind tatsächlich die Abhängigkeiten, die bei einer unterschiedlichen Ausnutzung der Kapazität unter den realen Produktionsbedingungen in der kapitalistischen Ordnung in Erscheinung treten?

Eines der vorgelegten Diagramme, das die Veränderungen der Arbeitsproduktivität bei einer vollständigen Ausnutzung der Produktionskapazität des Stahltrustrs illustriert, widerlegt bereits die Behauptung, daß eine gewisse Tendenz zum Sinken der Arbeitsproduktivität bei vollständiger Ausnutzung der Kapazität eines Betriebes besteht.

Zusätzliches Licht in die obige Frage können uns die erwähnten Untersuchungen von EZEKIEL und WYLIE bringen, wobei der Weg eingeschlagen wird, die Kurve der gesamten Selbstkosten pro Produktionseinheit zu bestimmen.

Bei diesen Untersuchungen wird eine Abhängigkeit zwischen dem Umfang der Produktion (d. h. der Ausnutzung einer bestimmten Produktionskapazität des Betriebes) und den Kosten pro Produktion-

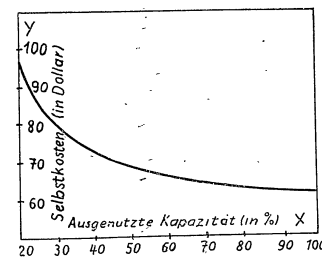
KRITIK AN DER BÜRGERLICHEN ÖKONOMISCHEN LEHRE VON DER WIRKUNG...

einheit festgestellt, da der Betrieb unter den gegebenen realen Produktionsbedingungen als Ganzes betrachtet wird, ohne daß eine einzelne Analyse jedes verschiedenen Produktionsprozesses durchgeführt wird. Bei diesen Untersuchungen können die Funktionen der Selbstkosten nicht nur als mittlere Kosten pro Produktionseinheit, sondern auch als Gesamtkosten und als Grenzkosten pro Produktionseinheit ausgedrückt werden. Die bürgerlichen Ökonomen nehmen theoretisch an, daß bei jeder bestimmten Größe des Ertrages im kapitalistischen Betrieb die Produktionselemente so kombiniert werden, daß sie bei dieser bestimmten Größe des Ertrages die geringsten Kosten ergeben. Aber in der Praxis wird dies von den für die Organisation der Produktion verantwortlichen Organen selten erreicht. Bei der Untersuchung berücksichtigen die Autoren gerade die Kombination zwischen den Produktionselementen bei jeder bestimmten Größe der Kapazität des Betriebes, die in der Wirklichkeit beobachtet wurde.

Bei ihren Untersuchungen in der metallurgischen Industrie befaßten sich M. EZEKIEL und K. WYLIE mit der Produktion der „American Steel Corporation“ und untersuchten die Abhängigkeiten zwischen der Ausnutzung der Kapazität dieses Stahltrustrs (insgesamt genommen mit allen seinen Betrieben) und der Entwicklung der Produktionskosten.

Wir können uns hier nicht mit einigen Besonderheiten der Stahlproduktion bei diesem Trust, den die oben genannten Autoren bei der Untersuchung und statistischen Analyse der Angaben im Auge hatten, befassen und sie beschreiben. Die als Ergebnis der Untersuchung erhaltene Regressionslinie wird in dem folgenden Diagramm dargestellt.

Diagramm Nr. 3



Die Wechselbeziehungen zwischen den Selbstkosten je Einheit des erzeugten Stahls und dem Prozentsatz der Kapazitätsausnutzung unter den Bedingungen des Jahres 1938

Aus dem angeführten Diagramm ist zu ersehen, daß bei dieser Produktion der Punkt der niedrigsten Kosten pro Produktionseinheit (R) rechts festgelegt wird — bei ungefähr 100 Prozent der Ausnutzung der Produktionskapazität des Betriebes, da, obwohl nach 90 Prozent die Produktivität der lebendigen Arbeit nicht mit dem gleichen Tempo zunehmen kann, die Kosten pro Produktionseinheit (pro eine Tonne Stahl) immer noch weiter sinken, wenn auch bereits langsamer, bis ungefähr 100 Prozent der Ausnutzung der Kapazität des Trusts.

Die monatlichen Angaben über die Jahresproduktion an Stahl zeigen unter Berücksichtigung der Ausnutzung der Produktionskapazität des Trusts in der Zeit von 1920 bis 1939, daß die Produktion unter 20 Prozent der Kapazität für weniger als 5 Prozent der Monate, die bei der Beobachtung in Betracht gezogen wurden, und unter 30 Prozent der Kapazität für 15 Prozent der Monate gefallen ist. Die Produktion überschritt 90 Prozent der Kapazität nur für 15 Prozent der Monate und lag unter 80 Prozent für 65 Prozent der Gesamtzeit. Es ist offensichtlich, daß der Trust durchschnittlich in diesen 20 Jahren mit ungefähr 50 Prozent bis 60 Prozent seiner Produktionskapazität gearbeitet hat.)

Die Autoren schreiben: „Folglich hat es den Anschein, daß in den vergangenen 20 Jahren der Stahl in einem großen Teil der Zeit bei einer so niedrigen Ausnutzung der Kapazität des Betriebes produziert wurde, was die Ursache dafür ist, daß die Kosten für eine Tonne viel höher waren, als sie bei einer möglichst vollständigeren Ausnutzung der vorhandenen Kapazität gewesen wären.“ (Hervorhebungen von mir. — R. J.)

Es ist ganz klar, welche großen Verluste für die Volkswirtschaft diese niedrige Ausnutzung der Produktionskapazität des genannten amerikanischen Trusts gebracht hat. Die Ursache hierfür ist der ausbeuterische und spontane Charakter der kapitalistischen Produktion und der Grundwiderspruch des Kapitalismus, d. h. der Widerspruch zwischen der privaten Aneignung und dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion.

Das Privateigentum an den Produktionsmitteln, die Monopolpreise, das Streben nach Maximalprofit und die ausbeuterischen kapitalistischen Produktionsverhältnisse setzen der Entwicklung der Produktivkräfte enge Grenzen und behindern sie. Die unvollständige Ausnutzung der Produktionskapazität des Betriebes, die chronische Nichtauslastung der Betriebe, die gewaltsame Vernichtung eines Teils der Produktivkräfte und die Militarisierung der Wirtschaft — all dies sind verzweifelte Maßnahmen der Bourgeoisie bei ihren Versuchen, die periodischen Krisen zu überwinden.

1) Diese Prozentzahlen haben wir auf der Grundlage der in dem Artikel der oben genannten Autoren gemachten Angaben festgestellt, indem wir das gewogene arithmetische Mittel aus den von uns gebildeten Gruppen (ihren Mittelwerten) und den betreffenden Prozentzahlen aus den Monaten in der Beobachtungsperiode bestimmt haben. In denen der Betrieb mit dem gegebenen mittleren Prozentsatz der Kapazität gearbeitet hat.

2) M. EZEKIEL und K. WYLIE — zit. Arbeit, S. 98.

PROF. DR. RUMEN JANAKIEFF

LENIN schreibt, daß „die moderne Gesellschaft unvergleichlich mehr Produkte für die Verbesserung des Lebens des gesamten werktätigen Volkes erzeugen könnte, wenn nicht ein kleines Häuflein Privateigentümer, die am Elend des Volkes Millionen verdienen, den Grund und Boden, die Fabriken, Maschinen usw. an sich gerissen hätten.“<sup>2)</sup>

Die zitierten zwei Autoren haben festgestellt, daß (entsprechend den Angaben über den Umfang der tatsächlichen Produktion bei den beobachteten verschiedenen Prozentzahlen der Ausnutzung der Kapazität) nirgends eine solche Steigerung der Grenzkosten zusammen mit der Produktionssteigerung festzustellen ist, wie es in dem Schema von KNIGHT gezeigt wird. Es wurde nirgends festgestellt, daß ein solcher Wendepunkt erreicht wurde. Das heißt, daß die Kurve der Grenzerträge (bzw. der Grenzkosten), auf der die moderne vulgäre ökonomische Theorie von den Preisen und der Verteilung im Kapitalismus beruht, hier überhaupt nicht anwendbar ist und den abstrakten Schemata nicht entspricht.

Diese fiktiven Schemata entsprechen nicht den typischen realen Produktionsbedingungen. Eigentlich können sich nur in seltenen Fällen, bei einer technisch unzulässigen Überlastung einer gegebenen Maschine (Drehbank, Fräsmaschine, Ring u. a.), Maschine u. a. ereignen, die zur Steigerung der mittleren Kosten pro Produktionseinheit führen. Aber dies ist eine Ausnahme, und nicht die Regel in der ökonomischen Wirklichkeit. Es ist klar, daß sich die bürgerlichen Ökonomen auf irdische oder sehr seltene Fälle stützen, wo die Arbeitskräfte einseitig zunehmen und wo der Produktionsapparat eines gegebenen Betriebes unverändert bleibt, während die Zunahme der Arbeitskräfte einen solchen Grad erreicht, daß eine unrationelle Ausnutzung der Arbeitskräfte eintritt und sich unrationelle Proportionen zwischen den Faktoren der Produktion ergeben. Als Ergebnis davon werden wir außerordentlich viel Arbeiter in Verhältnis zu einer bestimmten Produktionsausstattung haben. Aber gerade diese Organisation der Produktion wird kein Kapitalist für lange Zeit zulassen. Wie wir gesehen haben, ist in der kapitalistischen Wirklichkeit die umgekehrte Situation charakteristisch — die Heranziehung von mehr Arbeitern ist in Wirklichkeit notwendig, um die Arbeitsproduktivität zu steigern und die Selbstkosten zu senken. Deshalb äußern die oben genannten Autoren, nachdem sie die ungefähren Verhältnisse sowohl für die Automobil- als auch für die Zementindustrie in den USA unter realen Produktionsbedingungen festgestellt haben, die Meinung, daß der größere Teil der modernen ökonomischen Theorie (die Theorie von der Grenzproduktivität („marginal productivity“) einer grundlegenden *revision bedarf*), damit ihre Annahmen mit den Tatsachen der Produktionswirklichkeit in Übereinstimmung gebracht werden. Die Autoren äußern die Meinung, daß diese Untersuchungen Anlaß geben zu

glauben, daß die Preispolitik dieser Schwerindustriebetriebe (die den Trusts gehören) geändert werden muß, indem mehr Arbeiter herangezogen werden sowie den Arbeitern höhere Löhne gezahlt werden und indem der Verkauf an die Verbraucher zu niedrigeren Preisen erfolgt, was wegen der Ersparnisse möglich ist, die bei einer größeren Ausnutzung der Produktionskapazitäten gemacht werden. Sie hoffen, daß (auch wenn keine militärischen Aufträge erteilt werden) auf diese Weise eine größere Ausnutzung der Kapazität für längere Zeiträume aufrechterhalten werden kann als es in der Vergangenheit für möglich gehalten wurde.

Offensichtlich sind die Autoren nicht der Meinung, daß hiermit eine Krise völlig vermieden werden kann. Aber sie können das Wichtigste nicht verstehen: daß die Ursache für die unvollständige und unrationelle Ausnutzung der Produktionskapazität in den Mängeln und Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise liegt und daß die Kapitalisten das Problem der Realisierung der von ihnen erzeugten Produkte nicht lösen können. Das Streben der Kapitalisten nach Maximalprofit stößt auf das Fehlen einer zahlungsfähigen Nachfrage seitens der werktätigen Massen und führt zur chronischen Nichtausnutzung der Produktionsmöglichkeiten.

Außerdem muß unterstrichen werden, daß selbst in Perioden der zeitweiligen Stabilisierung und des Vorhandenseins eines größeren Marktes, die eine größere Ausnutzung der Produktionskapazitäten ermöglichen, die Einsparungen, welche die Kapitalisten durch die Senkung der Selbstkosten realisieren, von der kapitalistischen Klasse angeeignet werden, und nicht den Arbeitern abgeben werden. Unter allen Bedingungen behalten hier die Einsparungen ihren klassenmäßig antagonistischen Charakter, da der Widerspruch zwischen den Interessen der Arbeiter und den Interessen der Kapitalisten, die bestrebt sind, einen immer größeren Teil des Mehrwerts zu rauben, bestehen bleibt.

Es ist wohl kaum notwendig, daß wir uns damit befassen, diese in der bürgerlichen politischen Ökonomie außerordentlich verbreiteten modernen Theorien von den Kombinationen der Produktionselemente und von der Ausnutzung der Produktionskapazitäten im Kapitalismus weiter kritisch zu betrachten. Es ist nicht notwendig, daß wir zu Betrachtung der Versuche der bürgerlichen Ökonomen übergehen, zu erklären, wie die „Gleichgewichtslage“ bei der Verteilung der Faktoren (Elemente) der Produktion unter Berücksichtigung des gleichen Wertes erreicht wird, die die Gesellschaft dem „Grenzprodukt der Arbeit bei jeder Wirtschaftstätigkeit“ gibt, wie in Betracht dessen das „Preissystem im Kapitalismus“ geregelt wird und arbeitet usw.

Die bürgerlichen Ökonomen sind bestrebt, durch diese Theorie das Bestehen der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiter zu verschleiern. Die Vulgäre Ökonomie behaupten, daß der Lohn gleich dem Wert ist, den man als „Grenzprodukt“ ein und derselben Arbeitsart erhält (d. h. des Wertes des Zuschlags

KRITIK AN DER BÜRGERLICHEN ÖKONOMISCHEN LEHRE VON DER WIRKUNG ...

zur Gesamtmenge der Produktion, den man als Ergebnis der zusätzlichen Anwendung einer oder mehrerer Arbeitseinheiten erhält). Das „Gleichgewicht“ in der Verteilung des Faktors könnte dann erreicht werden, wenn „der Wert des Grenzproduktes je Faktor in jeder Richtung („Wirtschaftstätigkeit“) der gleiche ist, in dem es gebraucht wird.“<sup>1)</sup>

Auf diese Weise sind die oben genannten Ökonomen bemüht, das Bestehen des Mehrwerts im Kapitalismus zu verschleiern. Die Behauptung der bürgerlichen Ökonomen, daß der Lohn „eine gerechte Belohnung ist, die für die Dienstleistungen der Arbeit in der Produktion gezahlt wird“, und durch den Wert des „Grenzproduktes“ bestimmt wird, das sich auf die letzte zusätzliche Anwendung von lebendiger Arbeit im Produktionsprozeß bezieht, ist völlig falsch. Die marxistische politische Ökonomie lehrt, daß der Lohn durch den Wert der Arbeitskraft bestimmt wird, die im Kapitalismus eine Ware ist und ihren Marktpreis hat. Durch die Vergrößerung der Reservearmee an Arbeitslosen verstärken die Kapitalisten ihren Druck auf die Verringerung des Lohns. So fällt der Preis der Arbeitskraft häufig unter ihren Wert. Der Wert der Arbeitskraft ist niedriger als der vom Arbeiter im Produktionsprozeß geschaffene Wert. Die Differenz zwischen dem Wert der Arbeitskraft (die der Kapitalist wie jede andere Ware kauft) und dem Wert, der von den Arbeitern in der Produktion geschaffen wird, ist der Mehrwert, den sich die Kapitalisten als Eigentümer der Produktionsinstrumente aneignen. Die Produktion von Gebrauchswerten durch den Lohnarbeiter ist ein Einkommen von Werten für den Kapitalisten, der diesen Ertrag (diese Erzeugnisse) besitzt, aber nicht für den Arbeiter, der das, was er produziert hat, nicht besitzt.

Die oben angeführten Beispiele zeigen uns genügend deutlich, daß die Schemata der bürgerlichen Ökonomen ohne Inhalt, fiktiv, von der realen Wirklichkeit der Produktion losgelöst sind, daß diese Schemata eigentlich in dieser ihrer Form weder auf die landwirtschaftliche noch auf die industrielle Produktion angewendet werden können.

Die bürgerlichen Ökonomen rechnen weiter nicht mit dem ständigen Fortschritt in der Technik bei der Entwicklung der ökonomischen Wirklichkeit, sondern betrachten die Dinge statisch.

Es ist angebracht, hier den bekannten Gedanken LENINS zu zitieren, daß der Fortschritt der Technik und die Entwicklung der Produktivkräfte unter Berücksichtigung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung „das Wesentliche“ und das „Universale“ ist und es kein ewiges „Gesetz der abnehmenden Erträge“ gibt. Die bürgerlichen Ökonomen dieses Gesetz nur auf die Landwirtschaft anwendbar ist, während die heutigen vulgären Ökonomen behaupten, daß es auch in der Industrie und in „jeder menschlichen Wirtschaftstätigkeit“ universelle Anwendung findet.

Können wir behaupten, daß die „Tendenz des menschlichen technischen Fortschritts zeitweilig ist, während das „Gesetz der abnehmenden Erträge“ universell und unveränderlich ist?

Wenn wir eine solche These annehmen, unterstreicht LENIN, so könnten wir ebensogut sagen: „Das Halten der Züge auf den Stationen stellt ein universelles Gesetz des Eisenbahnverkehrs dar, die Bewegung der Züge zwischen den Stationen dagegen ist eine zeitweilige Tendenz, die die Wirkung des universellen Haltegesetzes paralyisiert.“<sup>1)</sup>

Die bürgerlichen Ökonomen ziehen nicht in Betracht, daß sowohl die Organisation der Arbeit und die Produktionsweisen als auch die Qualität der verschiedenen Produktionselemente (Qualifikation der Arbeit, Verbesserungen in der Konstruktion und im Betrieb der Maschinen usw.) sich im Laufe der Zeit bzw. nur bei Veränderung des Grades der Ausnutzung der Produktionskapazität ändern.

Außerdem nehmen diese Ökonomen an, daß die Kurven, welche die Bewegung der Veränderung der Kosten pro Produktionseinheit für jedes Produktionselement zeigen, sowie die Bewegung der Kurve der Gesamtkosten bei verschiedener Ausnutzung der Kapazität den Leitern der Produktion gut bekannt sind und daß es gerade sie sind, die in den abstrakten Schemata gezeigt werden. Eigentlich sind für jede Produktionsart verschiedene Kurven für jeden der verschiedenen Faktoren der Produktion charakteristisch, und ihre exakte Feststellung erfordert spezielle statistische Beobachtungen, die in den Betrieben selten angestellt werden, da diese Beobachtungen schwierig und teuer sind und viel Zeit und Mittel in Anspruch nehmen.

So lautet die Frage für die moderne Theorie der bürgerlichen Ökonomen über das Wirken des „Gesetzes der abnehmenden Erträge“, in der Industrie in Zusammenhang mit der unterschiedlichen Ausnutzung der Produktionskapazitäten eines Betriebes.

Andererseits ist eine wirtschaftliche Analyse des Einflusses der Vergrößerung des Umfangs der Produktion (bei besserer Ausnutzung der Kapazität) auf die Selbstkosten pro Produktionseinheit unter Berücksichtigung der rationalen Organisation jeder konkreten Produktionsart zweifellos notwendig und nützlich. Durch die Analyse der Veränderung der durchschnittlichen Selbstkosten pro erzeugte Produktionseinheit bei unterschiedlicher Ausnutzung der Kapazität eines Betriebes, einer Abteilung oder einer einzelnen Maschine sowie durch die Analyse der Veränderung des relativen Anteils jedes für die betreffende Produktion wichtigen Elements an den Selbstkosten pro Produktionseinheit kann die Betriebsleitung unter Berücksichtigung der konkreten Organisation des Produktionsprozesses wertvolle Angaben erhalten. Besonders unter den Bedingungen des Sozialismus können diese Untersuchungen zur Verbesserung der Planung und Organisation der Produktion und der Arbeit im sozialistischen Betrieb und überhaupt in der ganzen Industrie, zur ge-

1) W. I. LENIN, Werke, Bd. 5, S. 88.

1) Vgl. FR. BENHAM: Economics, London 1939, p. 132.

1) W. I. LENIN, Werke, Bd. 5, S. 106.

PROF. DR. RUMEN JANAKIEFF

naueren Bestimmung des Lohnfonds, der Umlaufmittel-Richtsätze, Kosten für Reparatur und Schmierung der Maschinen usw. benutzt werden.

Unter den Bedingungen des modernen Kapitalismus werden die hohen Preise von den Monopolen aufrechterhalten, die oft absichtlich die Ausnutzung der Produktionskapazitäten verringern und so einen Maximalprofit realisieren können. Unter diesen Bedingungen kann sogar die genaue Erkenntnis der Funktionen der Kosten in verschiedenen Grundfaktoren der Produktion in vielen Fällen nicht für die Verbesserung der Organisation der Arbeit und Produktion durch die Kapitalisten geschickt ausgenutzt werden, da die Spontanität des kapitalistischen Marktes, das Fehlen weitgehender Möglichkeiten zur Realisierung der Produkte bei der Verringerung der zahlungsfähigen Nachfrage der Be-

völkerung und der Furcht vor einer neuen Wirtschaftskrise die Eigentümer zwingt, die Produktionskapazität ihrer Betriebe nicht genügend auszunutzen, keine Einsparung bei der Ausnutzung der Arbeit und der Produktionsmittel, eine Steigerung der durchschnittlichen Selbstkosten pro Produktionseinheit zu erreichen, wie es uns die oben zitierten Untersuchungen über die Produktion des Stahltrasts deutlich zeigen.

Fassen wir also zusammen:

Die dargestellten statistischen Untersuchungen und Analysen beweisen, daß das sogenannte Gesetz des abnehmenden Ertrages kein reales ökonomisches Gesetz ist, das die wirkliche historische Entwicklung der Ausnutzung der Kapazitäten und der Beschäftigung der Arbeiter in den verschiedenen Industriezweigen im Kapitalismus bestimmt.

Finanzökonomische Fakultät  
Institut Finanzen und Buchführung der Wirtschaftszweige Direktor Dr. Ernst Kupfernagel  
Als Manuskript gedruckt!

## Zu einigen Problemen des Entwicklungsstandes der industriellen Kostenrechnung in der DDR

Von ERNST KUPFERNAGEL

### 1. Die Entwicklung der Kostenrechnung in der DDR

Das industrielle Rechnungswesen stand in der letzten Zeit des öfteren im Blickpunkt der Kritik.

Die Kostenrechnung, als für die Durchsetzung der wirtschaftlichen Rechnungsführung wesentlichster Bestandteil des industriellen Rechnungswesens, war es insbesondere, welche hinsichtlich ihres Aufbaus und ihrer Methoden ernste kritische Hinweise auslöste. Es zeigt sich, daß trotz wiederholter Bemerkungen seitens des ZK der SED, insbesondere auf dem 21. und 30. Plenum, und der Einschätzung der derzeitigen Kostenrechnung auf der Berliner Arbeiterkonferenz am 7. und 8. Dezember vorigen Jahres, nur zaghaft an dieses Gesamtproblem herangegangen wird. Sofern Untersuchungen durchgeführt werden, soweit dies aus Publikationen ersichtlich ist, befassen sie sich entweder mit Teilfragen der Methodik und des Aufbaus oder versuchen über neue Techniken dem Übel der Aufblähung, Zersplitterung und mangelhaften Zielsetzung auf die Spur zu kommen.

Die Vielzahl der einzelnen Mängel der industriellen Kostenrechnung läßt sich zu drei verallgemeinerten Erscheinungen zusammenfassen:

1. Aufblähung des Aufbaus der Kostenrechnung (Arbeitsplatz-, Brigade-, Abteilungs- und Betriebsabrechnung).
2. Kompliziertheit des Verfahrens der Kostenrechnung (Zu- und Verrechnung indirekter Kosten, Plan-Istkostenrechnung).
3. Mangelhafte Abgrenzung von Zeit- und Stückrechnung.

Diesen Erscheinungen ist eigen, daß man sie nicht schlechthin als negativ für die Entwicklung der Kostenrechnung bezeichnen kann, sondern ein Urteil immer nur unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Kostenrechnung gefällt werden kann, d. h. daß der für die Abrechnung erforderliche Aufwand an Zeit, Material und Geld der größeren Erkenntnismöglichkeit aus den Unterlagen der Kostenrechnung zum Zwecke der Rentabilitäts-gestaltung und -spezifischen Weiterentwicklung des Betriebes entsprechen muß. Der Aufbau der Kostenrechnung, der für den einen Betrieb zweckdienlich

und angebracht ist, kann in anderen Betrieben in der gleichen Form zur Aufblähung führen.

Eine grundsätzliche Lösung dieser Fragen darf daher nicht an der vom Genossen ULBRICHT auf der 21. Tagung des ZK der SED gestellten Forderung vorbeigehen, „die Form des Rechnungswesens entsprechend der Struktur und den konkreten Erfordernissen für den einzelnen Wirtschaftszweig und sogar für den Betrieb festzulegen“<sup>1)</sup>.

Die Wurzel all dieser Erscheinungen liegt jedoch in der mangelhaften Abgrenzung der Zielsetzung der Kostenrechnung. Die Bereinigung dieser Frage, in welchem Umfang die Kostenrechnung

a) Aufgaben auf dem Sektor der betrieblichen und insbesondere innerbetrieblichen Leitung,

b) Aufgaben auf dem Sektor der Kalkulation

zu lösen hat, muß unmittelbar zu einer Klärung der genannten Mängel der Aufblähung, Kompliziertheit und des Verhältnisses von Zeit- und Stückrechnung führen.

Eine Untersuchung, wie es überhaupt zu diesen Erscheinungen kommen konnte, erfordert zwangsläufig eine kurze Rückschau über die gesamte Entwicklung in der Republik.

Die Anordnung über die Einführung des Einheitskontenrahmens der Industrie der ehemaligen Deutschen Wirtschaftskommission vom 26. 11. 1948, die nach Beendigung des Sequesterverfahrens als Keimzelle der Weiterentwicklung des Rechnungswesens in der volkseigenen Industrie angesehen werden kann, erklärte einen Kontenrahmen für verbindlich, welcher einer individuellen Entwicklung der Kostenrechnung alle Wege offen ließ. Die Wahlfreiheit der Anwendung der Klassen 5 und 6 erlaubte nicht nur die Wahl zwischen einem Einkreis- oder Zweikreis-System, sondern ermöglichte auch, die Kostenstellenrechnung im Kontensystem oder statistisch durchzuführen.

Dieser Kontenrahmen und insbesondere die der Kostenrechnung vorbehaltenen Kontenklassen waren eng an die auf Grund des „Erlasses des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministers und

<sup>1)</sup> Zur ökonomischen Politik der SED und der Regierung der DDR, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 234.



DR. ERNST KUPFFERNAGEL

des Reichskommissars für die Preisbildung" vom 11. 11. 1937 entwickelten Kontenrahmen der Gewerlichen Wirtschaft angelehnt. Die technische Grundlage für die Entwicklung der Kostenrechnung wurde dann durch die Schrift von einem Verfasserkollektiv unter MELLEROWICZ und FUNKE über „Grundfragen und Technik der Betriebsabrechnung“ gelegt.

Diese Entwicklung müßte natürlich, da sie ihrem Inhalt nach alle Merkmale der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre, wie beispielsweise die Trennung von Kosten und Aufwand, von Geschäftsbuchhaltung und Betriebsbuchhaltung (Kalkulation) und die daraus resultierenden Bewertungsmanipulationen, aufwies, zu Ergebnissen führen, die mit den Grundätzen sozialistischer Wirtschaft unvereinbar waren.

Bis zu diesem Zeitpunkt überweg die kalkulatorische Zielsetzung der Kostenrechnung, und in denjenigen Betrieben, in denen die Organisation bereits eine Kostenträgerzeitrechnung zuließ, war jedoch die Zielsetzung zwischen Kostenträgerzeitrechnung als einer Gruppenrechnung mit periodisch differenzierter Ergebnisermittlung und Stückrechnung als eigentlicher Nachkalkulation ohne Zweifel klar.

Die Einführung des Neuen Rechnungswesens mit Beginn des Jahres 1953 unterbrach in gewissem Sinne diese Entwicklung, und zwar mit Recht, jedoch wurde hierbei nicht nur eine Neuentwicklung begonnen, sondern auch positive Seiten einer vergangenen Entwicklung gestört, genauso wie nicht nur für unsere Entwicklung unannehmbare Erscheinungen der Vergangenheit liquidiert, sondern auch Keime zu den heutigen Mängeln gelegt wurden.

Die Weiterentwicklung der Produktivkräfte verlangt zwar eine betriebliche Kontrolle mit Hilfe der Kostenrechnung in einer wesentlich verbesserten Form, jedoch darf die grundsätzliche Zielsetzung der Kostenrechnung als Leitungs- und als Kalkulationsaufbau einer Kostenrechnung, der sowohl der operativen als auch kalkulatorischen Aufgabe der Kostenrechnung gerecht wird?

der Brigaden und möglicherweise auch der Arbeitsplätze, um mit diesen Maßnahmen die innerbetriebliche wirtschaftliche Rechnungsführung zu fördern.

2. Das im Heft 25 der Schriftenreihe Deutsche Finanzwirtschaft vorgeschlagene System einer Plan-Istabrechnung, welches oft ohne Berücksichtigung branchen- oder betriebsbedingter Eigenheiten übernommen wurde, zeigte den Betrieben nicht, wie man, ohne zu stolpern, die ersten Schritte auf dem Gebiete der Plankostenrechnung machen kann, sondern demonstrierte einen vollkommenen Stil einer Plankostenrechnung, deren Nachahmung viele Betriebe aus dem Tritt warf bzw. zum Straucheln brachte. Dabei war es eigentlich doch gar nicht so schwer, auch hier an Traditionen und altes Gedankengut anzuknüpfen, nachdem man die alte Technik (Anwendung von Verrechnungspreisen und Normalzuschlägen für indirekt zu verrechnende Kosten) den Zielen sozialistischer Produktionsweise dienstbar gemacht hätte, um dann über mehrere Entwicklungsphasen den demonstrierten Idealzustand zu erreichen.

Es wäre jedoch falsch, dem Neuen Rechnungswesen schlechthin die Schuld an den heutigen Zuständen aufzubürden, sondern es muß festgestellt werden, daß diejenigen Fachministerien und Hauptverwaltungen, die es verstanden haben, das Neue Rechnungswesen ihren Besonderheiten unterzuordnen und mit eigenen Gedanken rationell weiterzuentwickeln, einen großen Teil der heute weiterzutretenden Schwächen vermeiden konnten.

Bei Zugrundelegung dieser kurzen Gedankengänge über die Entwicklung des Neuen Rechnungswesens müßte eine Diskussion über die industrielle Kostenrechnung die zwei folgenden grundsätzlichen Fragen zum Inhalt haben:

1. Welches ist der zweckmäßigste und rationelle Aufbau einer Kostenrechnung, der sowohl der operativen als auch kalkulatorischen Aufgabe der Kostenrechnung gerecht wird?
2. Welche Perspektive hat die Plankostenrechnung im Rahmen der wirtschaftlichen Rechnungsführung?

## 2. Hauptprobleme der Weiterentwicklung der Kostenrechnung

Es kann nicht Aufgabe dieser Abhandlung sein, diese Fragen auch nur annähernd abzuhandeln, sondern es sollen aus den beiden vorgenannten Hauptproblemen nur je ein Gedanke herausgegriffen werden, um überhaupt die prinzipielle Diskussion zur derzeitigen Kostenrechnung zu beleben.

- a) Zum Problem der statistisch oder im Kontensystem geführten Kostenrechnung

Wenn man davon ausgeht, daß innerhalb des Rechnungswesens sowohl die buchhalterische als

auch die statistische Methode zur Anwendung kommen kann, so trifft dies auch für die Kostenrechnung zu, und es bliebe zu untersuchen, welche Methode für die Kostenrechnung am zweckmäßigsten ist. Es ist in letzter Zeit, insbesondere bei der Behandlung der Journal-Order-Form der Buchführung, geltend gemacht worden, daß die Anwendung der statistischen Methode in der Kostenrechnung noch eine Überlieferung der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre sei und dann folgerichtig auch die der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre eigenen Zwecke verfolgen muß. Hieraus wird gefolgert, daß die statistisch durchgeführte Kostenrechnung beseitigt und mit all ihren Operationen in das Kontensystem überführt werden muß. Eine derartig begründete Forderung basiert jedoch auf einer Verwechslung von Wesen und Erscheinung der sich im Rechnungswesen der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre abspielenden Vorgänge.

Die Vorselektion der Kostenrechnung, ihr Herauslösen aus dem Zusammenhang der Buchführung ist eine Erscheinung der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre und entspringt dem Prinzip der Trennung von Kosten und Aufwand. Es ist dabei gleichgültig, in welcher Methode diese Herauslösung erfolgt, ob in buchhalterischer durch Darstellung eines zweiten Kontenkreises oder in statistischer unter Verzicht auf die zweiseitige Kontendarstellung. Das Prinzip der Trennung von Kosten und Aufwand, was sich auch im Unterschied von Erfolgs- und Selbstkostenrechnung zeigt, verfolgt das Ziel, die Kostenrechnung zum Zwecke unterschiedlicher Manipulationen auszunutzen. Dies kommt bei SCHMALENBACH treffend zum Ausdruck, wenn er schreibt:

„Da ihr (die Kostenrechnung, E. K.) die Kontinuität fehlt, fehlt ihr die Bilanz und Aktivierung, und sie braucht keine Bilanzrückrichten zu nehmen.“<sup>1)</sup>

Diese Rücksichten werden jedoch durch die mögliche äußere Form der buchhalterischen oder statistischen Methode in keiner Weise einschränkend oder erweiternd beeinflusst. In einem 1922 erschienenen Buch von CALMES „Die Fabrikbuchhaltung“ wird die gesamte Kostenrechnung buchhalterisch dargestellt, wobei man jedoch eindeutig die Geschäftsbuchhaltung von der Kostenrechnung trennt. Auch in der 1937 erschienenen Schrift von WAGMANN „Moderne Fabrikbuchhaltung“ wird die Kostenrechnung im wesentlichen buchhalterisch durchgeführt, wobei das nachstehende Zitat insofern interessant ist, als es die Frage nach der Trennung selbst stellt und auch treffend beantwortet: „Warum aber diese Komplizierung der Fabrikbuchhaltung, obwohl dadurch eine Reihe von Doppelbuchungen — und das ist die Schwäche der vollkommenen Trennung — notwendig wird? Weil die Kontrolle am besten funktioniert, wenn die eine Hand nicht weiß, was die andere tut.“<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> SCHMALENBACH: „Selbstkostenrechnung und Preispolitik“, 8. Auflage, Leipzig 1954.  
<sup>2)</sup> WAGMANN: „Moderne Fabrikbuchhaltung“, 2. Auflage, Leipzig 1937.

ZU EINIGEN PROBLEMEN DES ENTWICKLUNGSSTANDES ...

Das Prinzip der Trennung von Aufwand und Kosten ist also weder an die buchhalterische noch an die statistische Methode gebunden.

Es hieße Wesen und Erscheinung verwechseln, wenn man die statistische Methode der Kostenrechnung für das Prinzip der Trennung von Kosten und Aufwand verantwortlich machen wollte. Erst die Zwecke der Erreichung des Maximalprofits notwendig werdende Verfeinerung der Kostenrechnung zur Aufdeckung neuer Ausbeutungsquellen mußte die engen Fesseln der Doppik durchbrechen und wandte sich der elastischeren Methode der Statistik zu. Damit wurde das Prinzip der Trennung von Kosten und Aufwand auch in einer äußeren Erscheinung als buchhalterische und statistische Methode sichtbar.

Die der größeren Elastizität der Statistik unterschobene Begünstigung von Kostenmanipulationen ist nicht eine Eigenart der Statistik, sondern liegt in der Klassenbindung des Rechnungswesens in Verbindung mit dem von der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre entwickelten Prinzip der Trennung von Kosten und Aufwand.

Es geht bei der Kostenrechnung also nicht darum, ob sie buchhalterisch oder statistisch geführt wird, sondern ob sie nach dem Prinzip der Trennung von Kosten und Aufwand folgt. Dies ist in den sozialistischen Betrieben nicht mehr der Fall und bedarf keiner weiteren Ausführungen, so daß demzufolge auch kein Anlaß besteht, auf die Vorteile der größeren Beweglichkeit der statistischen Methode in der Kostenrechnung zu verzichten.

- b) Das Verhältnis von konventioneller Istkostenrechnung zur Plankostenrechnung

Das Problem des Verhältnisses von Plan- und Istkosten in der Kostenrechnung entspringt der Diskussion um die Stellung der Plankostenrechnung im Rechnungswesen der sozialistischen Betriebe schlechthin, wobei an dieser Stelle eine Auseinandersetzung mit der Auffassung erfolgt, welche die Plankosten aus der Buchführung und Kostenrechnung entfernt und in das Gebiet des statischen Vergleichs verwiesen sehen will.

Eine reine Istkostenrechnung, welche keinerlei Planelemente in Form von Verrechnungspreisen oder anderen Kostennormen enthält, wird oft mit dem Vorzug sowohl eines getreuen Spiegelbildes des Betriebsablaufs als Zeitrechnung, als auch der Möglichkeit einer Stückkalkulation mit effektiven Kosten ausgezeichnet. Es erscheint jedoch sehr fraglich, dieses Wesensmerkmal der reinen Istkostenrechnung als Vorzug zu erklären, wenn berücksichtigt wird, daß eine derartige Rechnung auch alle Zufallseinflüsse sowohl auf der Mengen-, als auch auf der Geldseite widerspiegelt. In der Kalkulation erscheinen diese Abweichungen innerhalb der verschiedenen Kostenkomplexe und können hier, da die Kalkulation das Zufällige, nicht Typische, einschließt, zu falschen Schlüssen Anlaß geben.

DR. ERNST KUPFERNAGEL

Für die Kostenrechnung als Zeitrechnung wirken sich die in den Istkosten möglichen Unregelmäßigkeiten insofern störend aus, als es nur Zufallserscheinungen sind und wirkliche Krankheitsherde verdeckt werden können.

Der größte Nachteil einer reinen Istkostenrechnung für die Zeitrechnung liegt jedoch in ihrem lediglich feststellenden Charakter. Sie ist nicht in der Lage, an Hand der ausgewiesenen Kostenüber- oder -unterdeckungen unmittelbare Hinweise für die operative Leitung des Betriebes zu geben. Mir erscheint überhaupt eine Trennung von Plankosten- und Istkostenrechnung unangebracht, da es dem alten Kostendenken nur Vorschub leistet, daß die Plankostenrechnung eine zusätzliche Rechnung zur bisherigen Istkostenrechnung sei und es fraglich erscheint, Planelementen Eingang in die Buchführung zu verschaffen. Die als Erfordernis der Durchsetzung des Gesetzes der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft existierenden volkswirtschaftlichen und betrieblichen Pläne erlauben nicht nur, sondern fordern sogar von jedem Betrieb, den Aufwand an vergangenständlicher und lebendiger Arbeit mengen- und wertmäßig für eine bestimmte Periode zu planen. Die so entstandenen Plankosten eines Erzeugnisses, einer Baugruppe oder einer Serie stellen Normalkosten in dem Sinne dar, daß abnormale Abweichungen und Zufallserscheinungen aus der Planung ausgeschlossen werden.

Die Existenz des Wertgesetzes auch bei sozialistischer Produktionsweise und seine Ausnutzung durch die Planung ermöglichen also die Festlegung von Kosten-Normen, deren Aussagekraft in der Kostenrechnung auf Grund effektiver Mengen wesentlich eindeutiger ist als die durch Zufallserscheinungen verwickelten Istkosten. Da die Plankosten auf einem mengenmäßigen Verbrauch oder einer effektiven Leistung basieren und als Mittel in jedem Fall eine Norm, ganz gleich welcher Art, fungiert, sind sie im Sinne sozialistischer Entwicklung normale, auf Grund effektiver Leistung basierende Kosten. Die als „Kostenüber-“ oder -unterdeckungen auftretenden Abweichungen zeigen Außenplanmäßigkeiten, deren Beseitigung entweder gefordert werden muß oder deren Auswertung für die Gesaltung fortschrittlicher Kostennormen ausgenutzt werden sollte. Darüber hinaus erlauben die ausgewiesenen Abweichungen eine unmittelbare Ursachenforschung durch die Analyse.

Mir scheint, daß die Art und Weise der Einführung des Neuen Rechnungswesens dem Plankosten-Denken keinen guten Dienst erwiesen hat, da im Heft 25 der Schriftenreihe DFW eine Plan-Ist-Kostenrechnung demonstriert wurde, die noch viel zu stark auf dem Dualismus von Plankosten einerseits und Istkosten andererseits beruhte. Der zweckmäßigere Weg jeder Einführung einer Plankostenrechnung müßte eine schrittweise Einführung von Kosten-Normen oder Verrechnungspreisen für bestimmte Kostenarten oder -komplexe in die Istkostenrechnung sein. Die Istkostenrechnung muß so allmählich

durch den Einbau von Kostennormen unterwandert werden, bis alle Kostenkomplexe einbezogen sind.

Der Weg zur Plankostenrechnung sollte über die Einführung von Verrechnungspreisen für Material und Eigenleistungen in der ersten Stufe und zur „Normalisierung“ der indirekten Kostenverrechnung für die Gemeinkosten und für indirekte Grundkosten in zwei weiteren Stufen erfolgen. Der letzte Schritt zu einer vollen Plankostenrechnung benötigt dann schließlich Kosten-Normen für direkt zurechenbare Grundkosten. Im Zuge einer solchen Einführung genügen als Gegenüberstellung zu den effektiv angefallenen Istkosten die Abweichungen wie beispielsweise Betriebsgemeinkosten, indirekte Grundkosten der jeweiligen Abteilungen oder innerbetriebliche Leistungen. Eine weitere Gliederung der Abweichungen sollte auf keinen Fall Aufgabe der Kostenrechnung sein, sondern müßte der Analyse überlassen werden.

Der bei Einführung des Neuen Rechnungswesens gezeigte Idealfall einer Plan-Ist-Abrechnung war auch noch zu sehr von dem Gedanken getragen, die Plankosten den Istkosten gegenüberzustellen, was auch aus der Bezeichnung „Plan-Ist-Abrechnung“ hervorgeht, anstatt die bisherige Istkostenrechnung schrittweise durch die Einführung von Plankosten zu qualifizieren. Der Begriff „Plan-Ist-Abrechnung“ an Stelle von „Plankostenrechnung“ spiegelt daher aus den bereits genannten Gründen einen Teil der derzeitigen Mängel in der Kostenrechnung wider, die diese Art der Abrechnung Anlaß war, die Betriebe in eine Form der Plankostenrechnung zu pressen, die ihnen nicht den schrittweisen, stufenweisen Weg von einer einfachen Plankostenrechnung mit geringen Planelementen bis zur vollen Plankostenrechnung zeigte und sie daher vielfach überforderte, woraus dann all die Erscheinungen einer überbelasteten Verwaltung resultierten.

Es scheint typisch für das alte Kostendenken zu sein, wenn immer wieder bei Einführung der Plankostenrechnung der Einwand erhoben wurde, daß in der Kostenträgerzeitrechnung und in der Stückrechnung ein Ausweis reiner Istkosten nicht mehr möglich ist. Abgesehen davon, daß eine Kalkulation mit Istkosten durch entsprechende Verrechnung der Abweichungen immer möglich ist, hat doch die mit Planelementen aufgestellte Kostenträgerzeitrechnung eine Istkostenrechnung im Sinne einer Rechnung mit Kostennormen auf effektiver Mengengrundlage. Man sollte im Kostendenken davon ausgehen, daß die Plankalkulation oder die Normen für bestimmte Kostenkomplexe das Planmäßige und damit Normale beinhalten, während die Abweichungen von den Normen als Kostenüber- oder -unterdeckungen erkennbar sein müssen.

Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß jedes Planelement einer Kostenrechnung – ob Verrechnungspreis oder Verrechnungssatz für indirekte Kostenzurechnung oder irgend eine andere Kostennorm – nur auf der Basis einer effektiven Mengen- und Leistungsrechnung zur Anwen-

ZU EINIGEN PROBLEMEN DES ENTWICKLUNGSSTANDES ...

dung kommen kann. Es kommt nicht darauf an, die Kostenabweichungen so schnell wie möglich zu verteilen, um dem Ausweis einer reinen Istrechnung zu entsprechen, sondern sie sollten, da die mit Planelementen ausgewiesenen Rechnungen den Normalfall bedeuten, einer operativen Analyse zum Zwecke ihrer Beseitigung oder Verallgemeinerung unterzogen werden.

Zu einer derartigen Denkungsweise kann man allerdings nur gelangen, wenn man Zeit- und Stückrechnung in der Kostenrechnung, insbesondere in der Zuschlagsrechnung, voneinander trennt und der Zeitrechnung ausschließlich operativen Charakter zugesteht. Man sollte bei Betrieben, die im Zuschlagsverfahren abrechnen, die Einführung einer Plankostenrechnung stets nur über die bereits erwähnten Stufen erfolgen lassen:

1. Stufe: Einführung von Verrechnungspreisen für Material und Eigenleistungen.
2. Stufe: Einführung von Planzuschlagsätzen für Gemein- und Absatzenkosten.
3. Stufe: Einführung von Planzuschlagsätzen für indirekte Grundkosten.
4. Stufe: Einführung von Normen für direkt zurechenbare Grundkosten.

Von diesen vier Stufen können die ersten drei auf jeden Fall bei Vorliegen einwandfreier Planunterlagen beschränkt werden. Da es sich bei der letzten Stufe im wesentlichen um die Kostenelemente Material und Lohn handeln wird, geht es darum, für das Material – da Verrechnungspreise schon existieren – eine Mengen-Norm, d. h. die Materialverbrauchsnorm für die Ergebniseinheit einzuführen und beim Lohn die im Plan festgesetzte Durchschnittsnorm oder die laufende Norm für den entsprechenden Auftrag zur Anwendung zu bringen.

Ein weiterer Mangel im bisherigen Einführen der Plankostenrechnung lag darin, daß man von der Kostenrechnung als Zeitrechnung eine Plan- und Istrechnung verlangte und teilweise sogar aus dieser Gegenüberstellung eine Abrechnung des Kostenplanes abzuleiten versuchte. Solche Anforderungen müßten den eigentlichen Rahmen einer Kostenrechnung sprengen und führten in vielen Fällen zur Komplizierung, ohne daß die gewonnenen zusätzlichen Erkenntnisse den höheren Verwaltungsaufwand rechtfertigten. Die Istkostenrechnung darf nicht der Plankostenrechnung gegenübergestellt werden, sondern muß sich, und das gilt sowohl gedanklich als auch praktisch, aus der Plankostenrechnung durch die Verrechnung der Abweichungen ergeben. Auch die sowjetische Normativmethode der Kostenrechnung auf der Basis effektiver Mengen und Leistungen und führt über die globalen Abweichungen zur Ermittlung der Istkosten. Des weiteren sollte eine Plankostenrechnung nicht zur unmittelbaren Planabrechnung im Sinne einer Abrechnung der Kontrollziffern verwendet werden, sondern müßte in erster Linie ein Instrument der operativen Betriebsleitung sein, welches an Hand der ausgewie-

nen Abweichungen und der angestellten Analysen die Einleitung entsprechender Maßnahmen veranlaßt und unterstützt. Die Plankostenrechnung dient also nicht unmittelbar der Plankostenrechnung, sondern muß als Instrument der wirtschaftlichen Rechnungsführung auf innerbetrieblicher Ebene stimulierend auf die Erfüllung der Plankennziffern einwirken. Über ihre operative Wirkung auf das gesamte Betriebsgeschehen unterstützt sie die Leitungen der Betriebe und die Werkstätten in ihrem Bemühen um die Erfüllung der Pläne. An Hand der ausgewiesenen Kostenüber- oder -unterdeckungen beweist sie sich als Mittel zur Unterstützung der Plankennziffern abzurechnen. Diese Abrechnung ist nicht Aufgabe der Plankostenrechnung, sondern sollte jeweils nach Ablauf der Planperiode in einer gesonderten Rechnung erfolgen.

Man sollte zwischen einer Abrechnung des Planes auf Grund der gegebenen Plankennziffern und den Ergebnissen der Plankostenrechnung in Form ihrer Abweichungen eine klare Unterscheidung insofern treffen, als die Kosten-Normen für Verrechnungspreise, Zuschlagsätze und direkt zurechenbaren Grundkosten im wesentlichen Durchschnittsnormen des Planes sind, die mit der effektiven Leistung für die Grundkosten und mit der effektiv gebrauchten Zeit für die Gemeinkosten proportioniert werden. Die sich hierbei ergebenden Über- oder Unterdeckungen zeigen die Qualität der Arbeit des jeweiligen Abrechnungszeitraumes, ohne jedoch unmittelbar die Plankennziffer der beauftragten Selbstkostenrechnung abzurechnen.

Die Kosten-Normen als Elemente einer Plankostenrechnung werden aus den für die Kostenplanung bestimmten Plankalkulationen der Serien, Ergebnisse, Baugruppen oder Teile eines Kostenträgers entwickelt. Sie sind Normen, welche durch den Plan für eine Periode fixiert wurden und den Umfang der Vorkalkulation bestimmen. Ihre Größe ist darauf abgestellt, die im Plan festgelegten Kennziffern der Selbstkostenrechnung und Akkumulation zu erreichen. Darüber hinaus sind sie durch das Wirken des Prinzips der materiellen Integrität ein stimulierender Faktor zur Leistungssteigerung.

Ihre Abhängigkeit vom Plan ist in jedem Fall gegeben, was sie von den Kostenstandards in den Systemen moderner kapitalistischer Kostenrechnung unterscheidet, die im wesentlichen Optimalnormen verkörpern, deren Größe den Zielen der Betriebspolitik, d. h. dem jeweiligen Maßnahmen zur Erzielung eines Maximalprofits unterworfen ist.

Die aus den Vorkalkulationen zu entwickelnden Kosten-Normen müssen auch für solche Erzeugnisse vorliegen, die nicht im Produktionsprogramm des entsprechenden Jahres vorgesehen sind und jedoch bei eintretenden Sortimentsveränderungen produziert werden. Für Betriebe mit wechselndem, insbesondere dem Geschmack und der Mode unterworfenem Produktionsprogramm, das im wesentlichen nur wertmäßig als Volumen im Plan erscheint, hat die Festlegung einer Nomenklatur von

DR. ERNST KUFFERNAGEL

Kosten-Normen für Teilerzeugnisse oder Arbeitsgänge eine besondere Bedeutung, da hieraus sowohl die Vorkalkulation aufgebaut als auch eine Plankostenrechnung durchgeführt werden kann.

Die Existenz von Kosten-Normen ermöglicht eine exakte Plankostenrechnung, welche gegebenenfalls auf eine Istabrechnung der Kostenträger verzichten kann, sofern die Abweichungen an den Orten der Entstehung abgefangen und einer Analyse unterzogen werden.

Ich bin der Meinung, daß ein solches auf die Vorschau ausgerichtete Kostendenken, welches sich in der Anwendung von Kostennormen in der Kostenrechnung widerspiegelt, der Eigenart und den gegebenen Möglichkeiten eines sozialistischen Rechnungswesens entspricht. Man kann sogar noch einen Schritt weitergehen und insbesondere für die Industriezweige der Massengüter- und Großserien-

produktion unter diesen Bedingungen einer Plankostenrechnung den Wert einer Nachkalkulation bezweifeln und den dafür entstehenden Verwaltungsaufwand einsparen. Bei Aufstellung einer Vorkalkulation auf Grund von Kosten-Normen müßte sich eine nochmalige Feststellung der effektiven Kosten erübrigen, da die an den Orten der Entstehung ausgewiesenen Abweichungen eine ausreichende Analysequelle sind.

Diese beiden Gedanken, insbesondere der letztere, sollten zeigen, daß bei einer Bereinigung des Aufbaus und der Methode der industriellen Kostenrechnung erst grundsätzlich über die Zielsetzung und die daraus resultierende Abgrenzung der Aufgabebereiche der Kostenrechnung Klarheit geschaffen werden muß, bevor Maßnahmen zur Veränderung ergriffen werden.

Volkswirtschaftliche Fakultät  
Institut für Volkswirtschaftsplanung Direktor Prof. Dr. Johannes Rudolph  
Als Manuskript gedruckt!

## Die Ausarbeitung der Grundzüge der Selbstkosten- und Preisentwicklung sowie der finanziellen Proportionen in der Volkswirtschaftsbilanz des Perspektivplanes zur Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft

Von JOHANNES RUDOLPH

### Vorbemerkung

Die nachstehenden Ausführungen stellen den abschließenden Teil einer Konzeption dar, die der Forschungsarbeit des Instituts für Volkswirtschaftsplanung zum Problem der Ausarbeitung der volkswirtschaftlichen Hauptproportionen im Perspektivplan zur Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft zugrunde liegt. Die Gesamtarbeit umfaßt die Untersuchung des Systems der Volkswirtschaftsbilanz sowie der Grundsätze und Methoden zur Ermittlung des Wachstums der Volkswirtschaft, vorausschauend für einen längeren Zeitraum. Zum Verständnis der nachstehenden Abhandlung ist es deshalb erforderlich, die Überlegungen zu kennen, die der Lösung des hier behandelten Problems notwendigerweise vorausgehen müssen, nämlich die Untersuchungen zur Ermittlung der künftigen Entwicklung der materiellen und Arbeitskräfte-Proportionen und -kennziffern, die — in Verbindung mit den die Verteilung und Umverteilung des Nationaleinkommens regelnden gesetzlichen Bestimmungen wie Steuergesetze, Lohnlarife usw. — die Veränderungen in den Wertproportionen bestimmend beeinflussen. Die wichtigsten dieser Gedanken sind in zwei Arbeiten des Verfassers enthalten:

„Zur Methodik der Perspektivplanung“ und  
„Zur Festlegung des Wachstumstempos der Produktionszweige im Perspektivplan“.)

In der Praxis der Volkswirtschaftsplanung gilt es als anerkannte Forderung, mit Hilfe der Volkswirtschaftsbilanz — in Verbindung mit den Perspektivplänen der Zweige und Gebiete der Volkswirtschaft sowie auf der Basis der Grundsätze und Ziele der Wirtschaftspolitik — die Hauptkennziffern und -proportionen der künftigen volkswirtschaftlichen Entwicklung in materieller und arbeitskräftemäßiger Hinsicht nach Richtung und Größenordnung zu bestimmen. Nicht so in bezug auf die vermögige und finanzielle Entwicklung; vielmehr werden Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit solcher Überlegungen

1) „Wirtschaftswissenschaft“, Hefte 5,56 und 2/1957.

nur in bezug auf die Bilanzierung der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung (im Zusammenhang mit der Planung der Konsumgüterpreise) sowie des Staatshaushaltes bejaht. Um jedoch einen Gesamtüberblick über alle wesentlichen Züge der künftigen Entwicklung der Volkswirtschaft zu erhalten und beizeiten die heranreifenden Notwendigkeiten auf den Gebieten der Preis- und Finanzpolitik zu erkennen und die Lösung dieser Fragen vorbereiten zu können, genügt es nicht, drei Fragen herauszugreifen (Einnahmen und Ausgaben der Bevölkerung, Konsumgüterpreise, Staatshaushalt), sondern man muß eine vollständige Bilanzierung dieser volkswirtschaftlichen Beziehungen und Vorgänge vornehmen. Für die Lösung dieser Aufgabe die notwendigen Prinzipien und Methoden zu entwickeln, ist die Aufgabe dieser Ausarbeitung. Es ist verständlich, daß diese Arbeit nichts weiter sein kann, als der Versuch einer Lösung. Als solchen möchte der Verfasser sie auch gewertet wissen und erhofft sich davon einen regen Gedankenaustausch mit den an diesen Fragen interessierten Kollegen aus Theorie und Praxis.

### Die Aufgabe

1. Nachdem in den vorhergehenden Stufen der Ausarbeitung der Volkswirtschaftsbilanz<sup>1)</sup> die Entwicklung der Hauptkennziffern und Proportionen in materieller und arbeitskräftemäßiger Hinsicht vorgenommen wurde, kommt es schließlich darauf an, eine Einsicht in die künftige Preisentwicklung, in Veränderungen in der Verteilung des Nationaleinkommens und in die Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Finanzpolitik zu erhalten. Das heißt, es müssen die Fragen beantwortet werden:

a) In welchem Umfang und bei welchen Erzeugnisgruppen müssen die Preise gesenkt werden?

1) Vgl. die oben zitierten Arbeiten des Verfassers.

PROF. DR. JOHANNES RUDOLPH

- b) Welche Auswirkungen haben diese Preisveränderungen auf die Verteilung des Nationaleinkommens?
- c) Welche finanzpolitischen Maßnahmen müssen getroffen werden, um die Geldmittelnachfrage zu lenken, wo das gesellschaftliche Gesamtprodukt akkumuliert bzw. konsumiert werden soll, und um die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse zu beeinflussen?

Der Weg zur Lösung der Aufgabe

2. Um diese Fragen beantworten zu können, ist es erforderlich, sich zuerst einen Überblick über Niveau, Struktur und Entwicklung der Selbstkosten und der Preise bis zur Gegenwart zu verschaffen und einen umfassenden Einblick in die gegenwärtigen Verhältnisse (mit Hilfe der Bilanzen der Einnahmen und Ausgaben) und die ihnen zugrunde liegenden Faktoren. Diese Analyse zeigt, wie sich infolge der Festlegungen in den ersten beiden Stufen der Ausarbeitung der Volkswirtschaftsbilanz Struktur und Umfang des Ersatzfonds verändert und wie sich Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn entwickeln, um zu sehen, welche Entwicklung der Selbstkosten zu erwarten ist und wie sich das Reineinkommen verändert.

Diese Analyse der Entwicklung der Proportion „Selbstkosten zu Reineinkommen“ sowie der Verhältnisse der Verteilung des Nationaleinkommens muß unter folgenden Voraussetzungen durchgeführt werden:

- a) Die Bewertung des Gesamtprodukts wird zu den im Jahre 0 geltenden Preisen vorgenommen.
- b) Die Lohnsätze, Besteuerungs-, Finanzierungs- und Kreditierungsbestimmungen sowie die Rentensätze und ähnliche Festlegungen, die das Einkommen der (nicht im Produktionsbereich tätigen) Bevölkerung bestimmen, bleiben unverändert.

Nur wenn man diese Voraussetzungen der Arbeit zugrundelegt, kann man die sich aus der Festlegung der Verteilung des Nationaleinkommens, wie sie zuletzt am Ende der zweiten Stufe getroffen wurde, ergebenden Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Preisveränderungen sowie der Veränderung der Lohnsätze, Besteuerungsvorschriften usw. ermitteln.

Die Ausarbeitung der Bilanzen der Einnahmen und Ausgaben auf dieser Grundlage zeigt, welche Kaufkraft sich in den verschiedenen Zweigen und Eigentumsformen sowie bei der Bevölkerung bilden, und welchen Teil des Reineinkommens der Staat (im Staatshaushalt) zentralisieren kann. Daraus ergibt sich, unter Berücksichtigung der Ausgaben, die auf Grund der durch den Staat zu finanzierenden Aufgaben notwendig werden, welche Mittel dem Staat zur

Verfügung stehen für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung – entweder zur differenzierten Erhöhung des Realeinkommens auf dem Wege der Lohn- und Rentenerhöhung bzw. Steuersenkung oder der für alle Einkommensbezieher wirksamen Erhöhung des Realeinkommens auf dem Wege der Preislenkung für Konsumtionsmittel (zu kaufende Waren und zu bezahlende Dienstleistungen).

So wird es in diesem Stadium der Arbeit notwendig, ausgehend von den sich aus den allgemeinen politischen Grundsätzen ergebenden Erfordernissen der Differenzierung des Realeinkommens der verschiedenen Klassen und Schichten der Bevölkerung, sowie den Untersuchungen im Zusammenhang mit der Analyse der Entwicklung des Lebensstandards der Bevölkerung, die Grundlinien für die Lohn-, (Einkommens-) Steuer- und Preispolitik auszuarbeiten. Dabei können die Richtlinien für die Steuerpolitik gegenüber den Produktionsgenossenschaften und den privaten Eigentümern von Produktionsmitteln nur vorläufigen Charakter tragen, da sie endgültig erst festgelegt werden können, nachdem die im Gefolge der noch zu berechnenden Preislenkungen für Produktionsmittel eintretende Neuverteilung des Nationaleinkommens bekannt ist. Letzteres gilt auch für die Bestimmungen über die Finanzierung der volkseigenen Wirtschaft (Verwendung des Reineinkommens des Betriebes für Umlaufmittel- und Investitionsfinanzierung).

Auf der Basis dieser die Einkommensbildung betreffenden Richtlinien muß man die Bilanzen der Einnahmen und Ausgaben überarbeiten, um die Auswirkungen auf die Proportion „Selbstkosten zu Reineinkommen“ und auf die Verteilung des Nationaleinkommens übersehen zu können und um das Volumen der Preislenkung für die von der Bevölkerung zu kaufenden Konsumgüter und zu bezahlenden Dienstleistungen zu erhalten.

Dieses Volumen der Preislenkung für Konsumgüter ist der Ausgangspunkt für die Berechnung der daraus notwendig resultierenden Korrektur der Preise in den Vorstufen. Ist dies erfolgt, so müssen die Bilanzen der Einnahmen und Ausgaben wiederum überarbeitet werden, um die mit der Veränderung von Preisen für Produktionsmittel eintretende Neuverteilung des Nationaleinkommens auf die Eigentumssektoren des Produktionsbereiches erkennen und um daraus die Steuer- und Kreditpolitik gegenüber den genossenschaftlichen und privaten Produzenten und die evtl. erforderliche Änderung der Finanzierungsbestimmungen für die volkseigene Wirtschaft ableiten zu können. Dann erst kann man die Bilanzen der Einnahmen und Ausgaben endgültig ausarbeiten, und zwar so, daß sie ausgeglichen sind.

DIE AUSARBEITUNG DER GRUNDZÜGE DER SELBSTKOSTEN- UND PREISENTWICKLUNG...

Die Ermittlung der Selbstkostensenkung und der Entwicklung des Reineinkommens in den Zweigen des Produktionsbereichs und in den Erzeugnisgruppen.

3. Umfassende und eindeutige Beziehungen zwischen Produktionsentwicklung, Grundfondsentwicklung und -ausnutzung, Arbeitskräfteentwicklung und Arbeitsproduktivität, Energie- und Materialeinsatz einerseits und Selbstkostensenkung andererseits lassen sich nur auf der Basis des Betriebes, nicht aber des Produkts (bzw. des Wirtschaftszweiges, nicht aber der Erzeugnisgruppe) herstellen, da es viele Vorgänge im Produktions- und Zirkulationsprozeß gibt, die hinsichtlich ihres Antriebes an der Bildung des neuen Produktes dem einzelnen Produkt nicht eindeutig zurechenbar sind, wie das die Kalkulation und die Betriebsabrechnung beweist. Das sind z. B. die mit dem Einkauf, dem Verkauf, der Lagerung dem innerbetrieblichen Transport, der Nutzung der Gebäude und zum großen Teil auch der Produktionsinstrumente, der Verwaltung und Leitung des Produktionsprozesses zusammenhängenden Tätigkeiten. Um den Anteil dieser produktiven Teilarbeiten an der Schaffung des neuen Produktes zu ermitteln und um damit Anhaltspunkte für die Preiskalkulation zu erhalten, hilft man sich mit Schlüsselmethoden, bei denen die Schlüssel der Verteilung der Kosten dieser Tätigkeiten auf die einzelnen Arten der Produkte Näherungswerte darstellen, mit Hilfe deren eine „indirekte“ Kostenzurechnung vorgenommen wird. – Aus diesem Grunde ist es erforderlich, mit der Ermittlung der voraussichtlichen Entwicklung der Selbstkosten auf der Basis der Wirtschaftszweige zu beginnen. Man muß aber, um die Preisplanung durchführen zu können, später noch die Selbstkostenentwicklung von den Wirtschaftszweigen auf die Erzeugnisgruppen projizieren.

Die Selbstkosten eines Wirtschaftszweiges lassen sich nach ihren Kostenelementen erfassen, die man für die Zwecke der Analyse und der vorausschauenden Berechnung der Selbstkostenentwicklung hier wie folgt gruppieren muß:

- a) Selbstkosten des Ersatzfonds,
- b) Selbstkosten für die Bezahlung der produktiven Arbeit,
- c) sonstige Selbstkosten.

Die Entwicklung der Selbstkosten für die Bestandteile des Ersatzfonds bedarf keiner besonderen Berechnung mehr, da sie gleich sind der Größe des Ersatzfonds, die für den Planzeitraum ermittelt wurde. Das trifft auch deshalb zu, weil die Überlegungen hier noch auf der Basis des Jahres 0 anzustellen sind. Die zweite Gruppe der Selbstkosten, die die Löhne und Gehälter umfaßt, entwickelt sich im Maße

der Veränderung der Proportion Steigerung der Arbeitsproduktivität: Steigerung des Durchschnittslohnes; sie sinken proportional mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität und steigen proportional mit der Steigerung des Durchschnittslohnes.

Bei der (in Ziffer 2 bereits erwähnten) erstmaligen Berechnung der Entwicklung der Selbstkosten muß man beachten, daß die Lohnsätze als unverändert voraussetzen sind. Hierbei ergibt sich die Tendenz der Veränderung der Proportion „Steigerung der Arbeitsproduktivität zu Steigerung des Durchschnittslohnes“ ausschließlich aus den Momenten, die bei steigender Arbeitsproduktivität auf eine Erhöhung des Durchschnittslohnes hinwirken.

Für die Einschätzung der Entwicklung der dritten Kostengruppe, der „sonstigen Selbstkosten“ ist vor allem die Entwicklung der Ausgaben für Sozialversicherungs-Betriebsanteile bedeutsam, da sie den größten Teil ausmachen. Ihre Entwicklung muß man besonders untersuchen, da sie sich nur bei Löhnen und Gehältern bis 600 DM proportional zu diesen bewegen, von dieser Grenze ab aber fix sind. Mit steigendem Durchschnittslohn tritt also – im Verhältnis dazu – eine relative Verminderung dieses Kostenfaktors ein. Die restlichen Bestandteile nehmen nur ein relativ geringes Ausmaß an, weshalb man sich auf die Tendenz der Entwicklung dieser Selbstkosten in der Vergangenheit beschränken und diese der Berechnung zugrundelegen kann.

Bei der Berechnung muß man wie folgt vorgehen (Beispiel):

Berechnung der Kostensätze des Basisjahres (Jahr 0)	
Preissumme	= 1000
Selbstkosten	= 900
Reineinkommen	= 100
Gesamt-Kostensatz	= 90% der Preissumme
Rentabilitätsatz	= 10% der Preissumme
Kostensatz des Ersatzfonds	
= 550	= 55% der Preissumme
Satz der Lohnkosten	
= 300	= 30% der Preissumme
Satz der sonstigen Kosten	
= 50	= 5% der Preissumme
Berechnung der Kostensätze des Planjahres und der Selbstkostensenkung: <sup>1)</sup>	
Ersatzfonds sinkt um 1%	
Arbeitsproduktivität steigt um 12%	
Durchschnittslohn steigt um 2%	
sonstige Kosten sinken (Tendenz) um 5%	
Anteil der Kosten des Ersatzfonds an der Preissumme im Planjahr (Jahr 1)	= 55 × 0,99 = 54,4 %

<sup>1)</sup> Im Gegensatz zu den Selbstkosten der Erzeugnisgruppen, die sich nur nach Kalkulationselementen (Grundkosten, Gemeinkosten usw.) erfassen lassen.

<sup>2)</sup> Angenommene Zahlen

PROF. DR. JOHANNES RUDOLPH

Anteil der Löhne an der Preissumme  
im Planjahr =  $30 \times \frac{1,02}{1,12} = 27,32\%$   
Anteil der sonstigen Kosten an der  
Preissumme im Planjahr =  $5 \times 0,95 = 4,75\%$   
Gesamtkostensatz des Planjahres  
(bezogen auf die Preissumme) =  $86,52\%$   
Rentabilitätssatz des Planjahres  
(bezogen auf die Preissumme) =  $13,48\%$   
Selbstkostensenkung  $\frac{3,48}{90,0} = 3,87\%$

Mit Hilfe der Kennziffern des Kostensatzes und des Rentabilitätssatzes lassen sich nun, ausgehend von der Preissumme der Produktion des Zweiges im Planjahr, die ja bereits festliegt, Selbstkosten und Reineinkommen des Wirtschaftszweiges berechnen.

## Ermittlung der Auswirkungen der Selbstkostensenkung

4. Nach Durchführung der in Ziffer 3 beschriebenen Berechnungen ist es notwendig, zu untersuchen, wie sich die Selbstkostensenkung in den verschiedenen Eigentumsformen des Produktionsbereichs auswirkt und welche Konsequenzen sich daraus – immer noch unter den in Ziffer 2 erwähnten Voraussetzungen gleichbleibender Preise, gleichbleibender Lohnsätze, gleichbleibender Steuervorschriften usw. – ergeben im Prozeß der Umverteilung des Nationaleinkommens, das nicht Naturalverbrauch ist. Um diese Einsichten zu erhalten, ist es erforderlich, sämtliche Bilanzen der Einnahmen und Ausgaben, die Konsequenzen der Selbstkostensenkung berücksichtigend, zu korrigieren.

Die bedeutsamsten Veränderungen, die hierbei eintreten, sind folgende:

In der volkseigenen Wirtschaft tritt folgendes ein: Preisstärkungen fallen (völlig oder teilweise) fort, der Zuwachs der Umlauffonds und die Investitionen können (mehr und mehr) aus dem Reineinkommen der Betriebe finanziert werden; der restliche Zuwachs des Reineinkommens der Betriebe führt zu einer Erhöhung der Einnahmen des Staatshaushaltes.

In allen anderen Eigentumssektoren verteilt sich das Reineinkommen der Betriebe auf die entsprechend den unterschiedlichen Steuer-Steuerprogression, die bei einigen Steuerarten vorhanden ist, sich verändernden Steuerbefähigungen an den Staat, und der Rest auf Akkumulation und auf das Einkommen der Eigentümer der Betriebe.

Für die nächstfolgenden Überlegungen von besonderer Bedeutung ist die Aufteilung des Reineinkommens auf

- a) Staatseinnahmen,

- b) Einnahmen, die in den nichtvolkseigenen Betrieben verbleiben (z. B. für Akkumulationszwecke vorgesehen sind) und  
c) Einkommen der Eigentümer dieser Betriebe zur Verwendung in ihrem Privathaushalt, d. h. für Zwecke des persönlichen Verbrauchs,

da nur aus dem Teil der – gegenüber dem Vorjahr zusätzlichen – Staatseinnahmen aus dem Reineinkommen die Preissenkungen für Konsumgüter, Lohnerhöhungen, Rentenerhöhungen usw. „finanziert“ werden können.

## Ermittlung der Auswirkungen einkommenspolitischer Maßnahmen

5. Die für die weiteren Überlegungen wichtigsten Erkenntnisse, gewonnen aus der Untersuchung der Auswirkungen der Selbstkostensenkung (gemäß Ziffer 4), bestehen darin, daß nunmehr folgende Größen bekannt sind:

- a) Kauffonds der Bevölkerung für den Erwerb materieller Produkte.  
b) Warenfonds, für die Bevölkerung (zur Deckung des Kauffonds) bestimmt,  
c) Überschuß des Staatshaushaltes der Einnahmen über die Ausgaben, der gleich sein muß der Differenz zwischen den unter a und b genannten Fonds.

Die Bedingungen dafür, daß der Staatshaushalt einen solchen Überschuß aufweist, mithin der Warenfonds für die Bevölkerung größer ist als ihr Kauffonds, sind folgende:

- a) Die aus der Steigerung der Produktion und der Arbeitsproduktivität vorerst einmal resultierende Erhöhung des Reineinkommens fließt nur zu einem kleinen Teil den Arbeitern und Angestellten auf dem Wege der Erhöhung der Durchschnittslöhne und den genossenschaftlichen und privaten Eigentümern von Produktionsbetrieben als nicht weggesteuertem Reineinkommenszuwachs, insoweit er persönliches Einkommen wird, zu, gelangt vielmehr zu einem bedeutenderen Teil in die Hände des Staates.  
b) Die Gesamtheit der Aufwendungen in der Volkswirtschaft (vor allem des Staates) für Akkumulation, Staatsreservenwachstum, Staats- und Verteidigungsbedürfnisse sowie gesellschaftliche Konsumtion müssen langsamer wachsen als das zusätzlich gegenüber dem Vorjahr in die Hände des Staates gelangende Reineinkommen.  
c) Die aus der Produktion (und dem Import) zur Verfügung stehende Masse an Konsumsmitteln muß schneller wachsen als der gesellschaftliche, Staats- und sonstige unproduktive Verbrauch.

Dieser Überschuß der Staatseinnahmen über die Staatsausgaben ist der Ausgangspunkt der

Überlegungen, welche Wege einzuschlagen sind zur Verwirklichung der vorgesehenen künftigen Entwicklung der Differenzierung des Realeinkommens der verschiedenen Klassen und Schichten der Bevölkerung sowie zwischen den verschiedenen Berufen und Graden der Qualifikation der Arbeitskräfte. Diese Differenzierung des Realeinkommens erfolgte im Prinzip bereits in den ersten beiden Stufen der Ausarbeitung der Volkswirtschaftsbilanz. Hier jedoch ist es am Platze, diese Berechnungen zu überprüfen, da man sich nunmehr auf genauere Zahlen in bezug auf die Geldeinnahmen der Bevölkerung stützen kann. Außerdem lassen sich auch erst jetzt die Auswirkungen einkommenspolitischer Maßnahmen voll überblicken. Schließlich kann (und muß) man jetzt, da die Entwicklung der Zweige und der Arbeitsbedingungen in diesen (auf Grund der Investitionsmöglichkeiten und des verwirklichtbaren Fortschritts) übersehen werden kann, auch die Erfordernisse berücksichtigen, die sich aus der notwendigen Arbeitskräfteumlenkung für die Lohnpolitik ergeben.

Diese Überlegungen umfassen alle Lohn-, Renten, Krankengelder, Stipendien u. ä. Die Festlegungen, die in diesem Rahmen für die Einkommen der Privateigentümer an Produktionsmitteln und der genossenschaftlichen Produzenten (Einkommensteuerepolitik) zu treffen sind, haben vorläufigen Charakter, weil erst noch die durch die Preissenkungen für Produktionsmittel eintretende Neuverteilung des Reineinkommens (und damit des Nationaleinkommens) untersucht werden muß.

Man muß hierbei berücksichtigen, daß es denkbar ist, die Ziele der künftigen Differenzierung des Realeinkommens sowohl auf dem Wege der Nominalinkommenserhöhung als auch auf jenem der Preissenkung für Konsumgüter zu erreichen. Würde man z. B. nur den Weg der Einkommenserhöhung beschreiten, also die gesamte Differenz zwischen Waren- und Kauffonds der Bevölkerung (= Überschuß des Staatshaushaltes) zur Erhöhung der Lohnsätze innerhalb und außerhalb des Produktionsbereiches, der Renten, Stipendien, Einkommen der privaten und genossenschaftlichen Produzenten verwenden, so würde keine Senkung der Preise möglich werden, weder für Konsumsmittel noch für Produktionsmittel. Das würde im internationalen Rahmen zu einem ständigen Sinken der Kaufkraft der Währung führen und sich auch in Inland psychologisch und schließlich politisch ungünstig auswirken, da der für jeden Menschen ohne weiteres und in gleichem Maße sichtbare Ausdruck für den wirtschaftlichen Fortschritt sinkende Preise für Konsumgüter sind. Man darf deshalb Einkommenserhöhungen nur in dem Maße und dort vornehmen, als Veränderungen in der Qualifikation der Arbeitskräfte, die in den Zweigen unter-

schiedlich notwendig werden, sowie Notwendigkeiten der Arbeitskräfteumlenkung Korrekturen der jetzigen Realeinkommensdifferenzierung erfordern. Dabei sind solche notwendigen Veränderungen der Löhne und Gehälter im Produktions- und Konsumtionsbereich Grundlage und Ausgangspunkt für die Nominalinkommenspolitik hinsichtlich der Privateigentümer an Produktionsmitteln, der Rentner, Stipendienempfänger usw. – Der Politik der Preissenkungen für Konsumgüter kommt somit, wenn eine gewollte Realeinkommensdifferenzierung mit einer bestimmten Nominalinkommensverteilung erreicht worden ist, die größte Bedeutung zu.

Nach Abschluß dieser Arbeiten bedarf es einer erneuten Korrektur der Bilanzen der Einnahmen und Ausgaben, wozu die Berücksichtigung der Erhöhung der Durchschnittslöhne im Produktionsbereich in der Analyse der Entwicklung der Selbstkosten pro Zweig eine notwendige Voraussetzung ist. – Auf diesem Wege erhält man eine neue Größe für den Kauffonds der Bevölkerung und für den Überschuß der Einnahmen des Staatshaushaltes über die Ausgaben, der nunmehr der Ausgangspunkt ist für die Berechnung des Volumens der Preissenkungen (pro Jahr) für Konsumgüter: Als Ergebnis dieser Rechnung erhält man auch die Größe aller anderen Kauffonds.

## Die Problematik der Berechnung des Umfanges der Gesamtpreissenkung und der Struktur nach Erzeugnisgruppen der Gesamtpreissenkung

6. Der Umfang der Gesamtpreissenkung deckt sich nicht mit der Differenz zwischen dem Kauffonds und dem Warenfonds der Bevölkerung, sondern ist größer, und zwar größer

- a) um die Preisreduzierung bei der Menge der Produkte, die in Einrichtungen des Konsumtionsbereichs verbraucht oder investiert werden, die zum volkseigenen Sektor gehören,  
b) um die Preisreduzierung jener Produkte, die im volkseigenen Sektor des Produktionsbereichs investiert und aus dem Reineinkommen und dem Amortisationsfonds finanziert werden, und schließlich  
c) um die Preisreduzierung der Produkte, die in den Investitionsfonds des genossenschaftlichen und privaten Sektors des Produktionsbereichs und  
d) in den unproduktiven Verbrauch und den Investitionsfonds des genossenschaftlichen und privaten Sektors der Zweige des Konsumtionsbereichs eingehen.

Von diesen vier Gruppen läßt sich nur ein Teil der Preissenkung bestimmen in der Weise wie bei der Bevölkerung, und zwar für den Verbrauch typischer Konsumtionsmittel in den nichtvolkseigenen Einrichtungen des Konsum-

PROF. DR. JOHANNES RUDOLPH

ionsbereichs (private Ärzte, Heilgymnasten, Friseur usw.). Soweit es sich jedoch um Investitionsgüter, Energie u. ä. handelt — das trifft für alle Eigentumssektoren zu —, ergibt sich die Preissenkung erst aus der Preisfestlegung für die im Verhältnis zu den Konsumtionsmitteln „vorstufen“ Produktion. Während sich außerhalb des volkseigenen Sektors jede Preissenkung bei solchen Produkten (z. B. für Investitionsgüter) dahingehend auswirkt, daß entweder mehr akkumuliert wird (was man durch investitionspolitische und materialienkennende Maßnahmen — z. B. Lizenzen für Investitionen, Materialkontingentierung u. a. — beeinflussen kann) oder aber ein größeres persönliches Einkommen entsteht, das dann wieder auf die Preissenkung für Konsumgüter rückwirkt, ist mit jeder Preissenkung für Produkte, die im volkseigenen Sektor investiert oder unproduktiv konsumiert werden, eine Reduzierung der entsprechenden Ausgabenansätze in den Finanz- und Haushaltsplänen der volkseigenen Betriebe, der Staatsreserve und der volkseigenen Einrichtungen des Konsumtionsbereichs verbunden. Aber diese letztgenannten Preissenkungen (= Ausgabenenkungen) kann man nicht so ermitteln, daß sie als Ausgangspunkt für die Berechnung der Preissenkungen in den Erzeugnisgruppen zur Verfügung stehen. Vielmehr ergeben sie sich erst im Prozeß der Berechnung der Preissenkung selbst.

Der prinzipielle Unterschied zwischen den — ursprünglich nicht bestimmbar — Teilen der (letztlich sich ergebenden) Gesamtpreissenkung im volkseigenen Sektor der Volkswirtschaft und den nichtvolkseigenen Sektoren besteht darin, daß sich die Kaufkraft im volkseigenen Sektor im gleichen Maße verringern, wie die Preise der Produkte, die mit diesen Kaufkraft zu erwerben sind, gesenkt werden, während das in den nichtvolkseigenen Sektoren nicht der Fall ist. Hier verringern sich die Kaufkraft im Produktionsbereich parallel mit der Preissenkung für die in den privaten und genossenschaftlichen Betrieben hergestellten Produkte und werden weiter beeinflußt durch den Aufbau und die Wirkungsweise der hier geltenden Steuergesetze (Steuerprogression wie bei der Einkommensteuer oder gar depressive Tendenzen wie beim Handwerk und in der Landwirtschaft); im Konsumtionsbereich wirken nur die Steuergesetze.

Für die praktische Arbeit ist jedoch von Bedeutung, daß der als Ausgangspunkt für die Preissenkung erfassbare Teil des Verbrauchs im nichtvolkseigenen Sektor des Konsumtionsbereichs (s. o.) sehr klein ist, so daß man ihn vorerst vernachlässigen kann.

Schließlich ist auch die Veränderung der Außenhandelspreisdifferenzen, die sich im Zusammenhang mit den Preissenkungen ergeben wird, nicht von vornherein abzusehen.

Man ist somit auf eine Nährungsrechnung angewiesen, deren Ausgangspunkt der Überschuf der Einnahmen des Staates über die Ausgaben (= Differenz zwischen Kauf- und Warenfonds der Bevölkerung) ist. Hat man hinsichtlich der Preisentwicklung und ihrer Auswirkungen auf die Bestandteile der Erhöhung der Umlaufumsatz der Konsumtionsmittel produzierenden Betriebe sowie des Konsumgütergroß- und -einzelhandels sind und evtl. auch in die Staatsreserve eingehen.

Damit ergibt sich die Notwendigkeit, die Kaufkraft (außer jenem der Bevölkerung, der ja Ausgangspunkt der Berechnung war) in den Bilanzen der Einnahmen und Ausgaben zu korrigieren, d. h. zu reduzieren. Soweit es sich um den volkseigenen Sektor der Volkswirtschaft handelt, verringern sich in gleicher Höhe die Ausgaben der Einrichtungen (und auch Betriebe, s. o.), mithin auch die Finanzzuweisungen des Staatshaushalts an diese bzw. erhöhen sich in solchen Einrichtungen, die Überschüsse bringen (z. B. Lichtspielhäuser), die Abführungen an den Staatshaushalt. In den nichtvolkseigenen Sektoren der Volkswirtschaft führen solche Preissenkungen zu höheren Gewinnen (Ersparnisse im Verbrauch und bei der Akkumulation, z. B. im KM-Handel). Diese werden teilweise durch die Steuerprogression wegge- und erhöhen insofern die Staatseinnahmen, teilweise führen sie zu höherer Kaufkraft für Investitionsgüter (was man durch entsprechende Maßnahmen beschränken kann), teilweise für Konsumtionsmittel (d. h. sie werden Einnahmen und entsprechend Ausgaben der Bevölkerung), voraus sich möglicherweise wieder Korrekturen an der oben ermittelten Preissenkungssumme ergeben (allerdings dürften sich unter den Bedingungen in der DDR kaum ins Gewicht fallen).

8. Da ein Teil der Konsumtionsmittel auch exportiert und ein anderer Teil importiert wird, so muß man auch die Konsequenzen untersuchen, die sich aus den Preissenkungen für die Außenhandelspreisdifferenzen ergeben. Dazu ist es notwendig, sich auch einen Überblick über die wahrscheinliche Entwicklung der Preise für diese Waren auf den Weltmärkten zu verschaffen. Auf der Grundlage der Preisentwicklung im Inland und auf den Weltmärkten kann man dann (übersichtlich) berechnen, in welcher Richtung und Größenordnung sich die Einnahmen bzw. Ausgaben des Staatshaushalts aus dem Saldo der Außenhandelsdifferenzen für Konsumtionsmittel entwickeln.

9. Nachdem die Gesamtpreissenkung für die PM-Anteile aller Erzeugnisgruppen

10. Nachdem die Gesamtpreissenkungssumme für Konsumtionsmittel (pro Jahr) ermittelt wurde, kommt es darauf an, diese Summe von der Konsumgüterebene auf die Produktionsmittelebene

1) Wie z. B. heute noch bei Elektrizität und Gas für Produktions- und Konsumtionszwecke, was aber traditionell bedingt ist und eine Ausnahme darstellen dürfte.

DIE AUSARBEITUNG DER GRUNDZÜGE DER SELBSTKOSTEN- UND PREISENTWICKLUNG ...

mit ihren vielen Stufen zu projizieren. Da die Preisentwicklungsplanung im Rahmen der Volkswirtschaftsbilanz nur auf der Ebene der Erzeugnisgruppen durchgeführt werden kann, muß man beachten, daß in fast allen typischen PM-Erzeugnisgruppen auch ein Teil Konsumtionsmittel (s. o.) enthalten ist, für die sich aus der Preisentwicklungsplanung für Konsumgüter bereits die Höhe der Preissenkung ergibt. Um die Preissenkung für die Produktionsmittel berechnen zu können, bedarf es außer der Kenntnis der PM/KM-Struktur aller Erzeugnisgruppen auch der Kenntnis der Struktur sowohl der KM- als auch der PM-Preissumme jeder Erzeugnisgruppe nach Selbstkosten und Reineinkommen unter Berücksichtigung der Selbstkostenenkung.

10. Was die Periodizität der Preissenkungen für Produktionsmittel betrifft, so muß man unterscheiden zwischen Arbeitsmitteln und allen anderen Produktionsmitteln. Preissenkungen für Arbeitsmittel bewirken eine Herabsetzung des Wertes auch der Grundfonds, mithin die Notwendigkeit einer Neubewertung bzw. Wertfortschreibung. Eine solche Umbewertung wird man rationalerweise nicht jedes Jahr vornehmen, sondern in größeren Zeitabständen, vielleicht alle drei Jahre. Um auch in der Zwischenzeit keine Divergenzen zwischen dem Anschaffungswert und Wiederbeschaffungs-(Reproduktionskosten-)Wert aufkommen zu lassen, empfiehlt es sich, die Preisherabsetzungen im gleichen Rhythmus wie die Neubewertungen der Grundfonds vorzunehmen. Die dadurch auftretende Ungenauigkeit, die sich in dem dann zu hoch bemessenen Amortisationsfonds äußert, dürfte nicht ins Gewicht fallen angesichts der Unsicherheit der präzisen Festlegung der Amortisationsätze wegen der Komplexiertheit der genauen Erfassung des moralischen Verschleißes.

Geht man jedoch so vor, so folgt daraus, daß die Höhe der eigentlich notwendigen Preissenkung für Arbeitsmittel der Rest der Produktionsmittel in den Jahren, in denen keine Preissenkung für Arbeitsmittel vorgenommen wird, zu viel im Preis gesenkt wird. Aus diesem Grunde darf der Abstand zwischen den Preissenkungen für Arbeitsmittel wiederum nicht zu groß werden.

Ändert man die Preise für Konsumtionsmittel jährlich, wählt jedoch für die Preissenkungen für Produktionsmittel (ohne Arbeitsmittel) einen größeren Abstand, etwa zwei oder drei Jahre, so ergibt sich die Notwendigkeit, in den Preisen für die Konsumtionsmittel bei der jeweiligen Neufestsetzung dieser Preise mindestens so viel Reineinkommen zu belassen (und /dafür bei den Produktionsmitteln zu kürzen), daß alle KM-Preissenkungen in der Periode zwischen zwei PM-Preissenkungen daraus gedeckt werden können. Sonst kommt es zur

PROF. DR. JOHANNES RUDOLPH

Unrentabilität der Konsumtionsmittel erzeugenden Betriebe (für diese Produkte), was vermieden werden muß, um das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung voll wirksam werden zu lassen. Auf diese Weise tritt eine (praktisch notwendige) Verschiebung des Reineinkommens von den PM-Stufen auf die KM-Stufen ein.

11. Unter Berücksichtigung dieser Überlegungen gilt es nun, die für die Konsumtionsmittel-Anteile der Erzeugnisgruppen berechneten Preissenkungen auf alle Produktionsmittel zu verteilen.

Notwendigkeit und Umfang der Rückverlagerung der KM-Preissenkung auf die PM-Stufen ergeben sich daraus und dann, wenn das in der KM-Stufe der Produktion (wozu auch der Konsumgüterhandel gehört) vorhandene (bzw. sich laufend bildende zusätzliche) Reineinkommen nicht mehr ausreicht, um

a) die Rentabilität der KM-Produktion zu gewährleisten; d. h., es muß zur Durchführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den KM-produzierenden Betrieben mindestens stets das betriebliche Reineinkommen realisiert werden;

b) in den Jahren zwischen den PM-Preissenkungen die notwendige Beweglichkeit in der KM-Preispolitik zu haben (s. o. Ziffer 10).

Bei der Verteilung der Preissenkung, die auf die Produktionsmittel verlagert werden muß auf die verschiedenen Erzeugnisgruppen, muß man folgendes beachten:

Das Preiselement, auf das sich die Rückverlagerung der Preissenkung auf die Produktionsmittelstufen bezieht, ist die Produktionsabgabe. Nur hier hat die Preispolitik volle Beweglichkeit; denn die Selbstkosten (d. h. der Verbrauch) sind von der Preisplanung her nicht beeinflussbar und das betriebliche Reineinkommen ist hinsichtlich seiner Höhe durch verschiedene Erfordernisse (Wirtschaftliche Rechnungsführung in den volkseigenen Betrieben: Direktorfonds-Dotierung, Umlaufmittelfinanzierung usw.; Akkumulations- und Einkommenspolitik gegenüber den nichtvolkseigenen Sektoren des Produktionsbereichs) bestimmt.

Somit kommt es darauf an, die Produktionsabgabe in den verschiedenen Erzeugnisgruppen zu kürzen, daß insgesamt der Betrag der Preissenkung herauskommt. Allerdings kann dies nicht willkürlich erfolgen. Vielmehr muß man dabei jeweils im Auge haben, welche Auswirkungen sich aus den mit der Kürzung der Produktionsabgabe verbundenen Preisreduzierungen ergeben, insbesondere hinsichtlich

a) der Verhältnisse der Inlands- zu den Weltmarktpreisen, vor allem bei jenen Erzeugnisgruppen, die stark am Import und Export beteiligt sind (man muß hier auch in derselben Weise verfahren, wie oben bei den

Konsumtionsmitteln dargestellt, um die Auswirkungen auf die Außenhandelspreisdifferenzen und den entsprechenden Saldo im Staatshaushalt zu berechnen);

- b) der Eigentumssektoren, von denen die Produktionsmittel gekauft werden; das ist von besonderer Interesse für die Investitionsgüter, Preissenkungen für Investitionsgüter werden, soweit letztere im volkseigenen Sektor investiert werden, kompensiert durch eine gleichhohe Reduzierung der Ausgaben (letztlich des Staatshaushalts. Im genossenschaftlichen und privaten Sektor erhöhen sie die (Gesamt-)Kaufkraft dieser Sektoren. Aber auch die Preiserabsetzungen für Energie, Hilfsstoffe, Transportleistungen und Rohstoffe/Halbfabrikate haben, soweit es den genossenschaftlichen und privaten Sektor des Produktionsbereichs betrifft, Auswirkungen auf deren Kaufkraft, wenn nicht die Preise der daraus hergestellten Produkte im gleichen Maße gesenkt werden;
- c) der Einfuhrnahme auf die Verwendung bestimmter Produktionsmittel (verbrauchslenkende Maßnahmen für spezielle Rohstoffe usw.) und
- d) der Selbstkosten und des Reineinkommens in der Folgestufe.

12. Führt man die notwendigen Reduzierungen der Produktionsabgabe (und damit der Preise) für Produktionsmittel unter der Berücksichtigung der genannten Momente durch, so kann (und wird) es eintreten, daß der Anteil der Produktionsabgabe am Preis (bzw. an der Preissumme) des PM-Anteils jeder Erzeugnisgruppe unterschiedlich hoch ist. Dazu muß man beachten, daß solche Unterschiede, wie sie aus den unter Ziffer 11a bis d angestellten Überlegungen resultieren, nicht sehr ins Gewicht fallen können, da sie nur einzelne Produkte betreffen.

Es erhebt sich also hier die Frage, ob nicht in den PM-Anteilen aller Erzeugnisgruppen ein, auf den Preis bezogen, etwa gleicher Satz der Produktionsabgabe existieren müßte?

Ohne hierauf eine voll befriedigende Antwort geben zu können, soll doch dazu folgendes gesagt werden: Ist – im Verhältnis zu einer gleichmäßigen Verteilung der Produktionsabgabe auf die PM-Anteile aller Erzeugnisgruppen – eine Verlagerung nach den der extraktiven Produktion nahen Produktionsstufen vorhanden, so wird das Gesamtprodukt zu hoch ausgewiesen (da jeder Preis wieder den Ersatzfonds der Folgestufe in seiner Höhe und damit wieder den Preis der Folgestufe mitbestimmt), hegt die Produktionsabgabe dagegen schwerpunktmäßig in den der Konsumtionsmittelproduktion nahen Stufen, so wird es zu niedrig ausgewiesen. Entsprechend ist der Geldumlauf (was die Zirkulation der Produktionsmittel im Inland betrifft) im ersten Falle relativ hoch, im zweiten rela-

DIE AUSARBEITUNG DER GRUNDZÜGE DER SELBSTKOSTEN- UND PREISENTWICKLUNG ...

tiv niedrig. Da ferner das Gesamt-(PM- und KM-)Preisniveau einer Volkswirtschaft im Verhältnis zu anderen Volkswirtschaften von Einfluß auf den Wechselkurs und damit auf den internationalen „Wert“ der inländischen Währung ist, so ergeben sich bei Verlagerungen von Produktionsabgabe nach den unteren oder oberen Stufen der Produktion Rückwirkungen auf die internationalen Währungsbeziehungen. Weicht das Reineinkommen (Produktionsabgabe) in den verschiedenen Erzeugnisgruppen (PM-sich bei der Untersuchung, ob der Export oder Import dieses oder jenes Produkts von Nutzen für die Volkswirtschaft ist, Schwierigkeiten, weil die in den einzelnen Erzeugnissen enthaltene gesellschaftliche Arbeit unterschiedlich bewertet wurde (infolge der unterschiedlichen Verteilung der Produktionsabgabe).

So läßt sich aus dem gesagten kein Argument finden, das gegen eine gleichmäßige (bei der konkreten Berechnung auf die Selbstkosten bezogene) Verteilung der Produktionsabgabe (als des Hauptteils des vom Staat in seiner Hand zentralisierten Reineinkommens) auf die PM-Anteile aller Erzeugnisgruppen spricht, vielmehr sprechen alle dafür.

Es wurde jedoch des öfteren die Ansicht vertreten, daß man das Reineinkommen nur in der Konsumtionsmittelproduktion realisieren sollte, während die Produktionsmittelpreise nur die Selbstkosten und das betriebliche Reineinkommen decken dürften. Die Hauptargumente, dafür ins Feld geführt, waren: Bei niedrigen Produktionspreisen ist die umlaufende Geldmenge kleiner, werden Umlaufmittel eingespart und vor allem: es werde der Industrialisierungsprozeß gefördert, weil der Staat mit seinen Geldmitteln mehr Investitionsgüter kaufen könne. Als theoretische Begründung wurde angeführt, daß sich der in der Produktion geschaffene Wert erst beim Übergang in die individuelle Konsumtion, also beim Eigentumswechsel zwischen Produzenten und Konsumenten realisiert. Was die erstgenannten drei Argumente betrifft, so sind die ersten beiden ohne praktische Bedeutung (es handelt sich vor allem um Giralgeld, das als solches nicht in unkontrollierten Kanälen verschwinden kann) oder nicht stichhaltig (es verändert sich nur der Geldausdruck der Umlauffonds, jedoch nicht ihr materieller Umfang). Das dritte dagegen hat insofern praktische Bedeutung, solange der Staat nur über beschränkte Einnahmen verfügt und noch ein sehr großer nichtstaatlicher Sektor der Produktion existiert (z. B. Indien). Werden in einem solchen Falle die Preise für Investitionsgüter niedrig gehalten, und wird hauptsächlich im staatlichen Sektor investiert (aber

die Investitionsgüter hier nicht produziert, weil ja dann wieder die Einnahmen aus den Staatsbetrieben verkürzt werden), so ist das Argument tatsächlich zutreffend. Es ist aber offensichtlich, daß es für die Verhältnisse in der DDR keine Gültigkeit hat.

13. Jede Preisveränderung für ein Produktionsmittel muß hinsichtlich seiner Auswirkungen auf die Selbstkosten der Folgestufen der Produktion untersucht werden. Das ist insofern kompliziert, als man praktisch nicht von einer Erzeugnisgruppe direkt auf eine andere schließen kann, sondern nur über die Selbstkostenentwicklung des Verbraucherzweiges (Folgestufe) eine eindeutige Zurechnung der Elemente der Selbstkosten auf die Produktion vornehmen und der Einfluß der Arbeitsproduktivitäts- und Lohnsteigerung, der Einsparung von Material usw. auf die Selbstkostensenkung übersehen. Demgegenüber läßt sich der Preis, vom Produkt her gesehen, nur auf die sogenannten Kalkulationselemente (Grundkosten, Gemeinkosten usw.) aufteilen.

Komplizierend ist dabei ferner die Tatsache, daß das Produktionsortiment eines Zweiges meist Produkte verschiedener Erzeugnisgruppen umfaßt.

Es kommt also, um die Auswirkungen von Preissenkungen vorstufiger Produkte berechnen zu können, darauf an, eine Analyse der Selbstkostenzusammensetzung des Ersatzfonds (des Zweiges) nach Erzeugnisgruppen zu haben; außerdem muß man wissen, wie sich der Verbrauch an Energie, Hilfsstoffen, Rohstoffen usw. (schwerpunktmäßig) auf die im Zweig produzierten Erzeugnisgruppen verteilt und wie sich im Zweig durchzuführende produktivitätssteigernde Maßnahmen auf die Lohnkostenentwicklung der einzelnen Erzeugnisgruppen auswirken wird. Von großer praktischer Bedeutung ist diese Verflechtung jedoch nur bei wenigen Zweigen (z. B. Energie).<sup>1)</sup>

Außerdem ist es notwendig, diese Berechnung getrennt vorzunehmen für den PM-Anteil und für den KM-Anteil jeder Erzeugnisgruppe, um auch für letztere die Auswirkungen der Preissenkungen vorstufiger Produkte erkennen und die Produktionsabgabe schließlich richtig festlegen zu können.

Für diese Analyse, die sich eng an das betriebliche Rechnungswesen (Kostenrechnung) anlehnen und auf dessen Ergebnisse stützen muß, müßte man für den hier verfolgten Zweck folgende Schemata zugrundelegen:

1) Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, S. 156/57.

PROF. DR. JOHANNES RUDOLPH

Schema der Ermittlung der Auswirkungen von Preissenkungen vorstufiger Produkte auf die Selbstkosten eines Wirtschaftszweiges (nach Grund- und Gemeinkosten)

Preis- und Kostenelemente	Wirtschaftszweig insgesamt	
	Produktionswert insg. vor Preisenkung vorstufiger Produkte	Selbstkosten
Ersatzfonds	Amortisation der Produktions- u. wirtsch. Anlagevermögen	Grundkosten %
		Gemeinkosten %
Amortisationen		
Reparaturkosten <sup>2)</sup>		
Energiekosten <sup>2)</sup>		
Hilfsstoffkosten <sup>2)</sup>		
Rohstoff- und Halbfabrikatkosten <sup>2)</sup>		
Transportkosten <sup>2)</sup>		
Lohnkosten		
Sonstige Selbstkosten		
Gesamtselbstkosten		
Reineinkommen der Betriebe		
Produktionsabgabe		
Preissumme		

Schema der Ermittlung der Auswirkungen von Preissenkungen vorstufiger Produkte im Wirtschaftszweig und den in diesem Wirtschaftszweig produzierten Erzeugnisgruppen

Kalkulationselemente	Wirtschaftszweig insgesamt		daran	
	Produktionswert insg. vor Preisenkung vorstufiger Produkte	Selbstkosten	Erzeugnisgruppe I	Erzeugnisgruppe II
I. Grundkosten insgesamt				
1. Ersatzfondsanteil insgesamt				
Davon:				
Erzeugnisgruppe ...				
Erzeugnisgruppe ...				
2. Lohnanteil				
II. Gemeinkosten insgesamt				
1. Ersatzfondsanteil insgesamt				
Davon:				
Erzeugnisgruppe ...				
Erzeugnisgruppe ...				
2. Lohnanteil				
3. Sonstige Kosten				
III. Selbstkosten insgesamt				
IV. Reineinkommen insgesamt				
1. Reineinkommen der Betriebe				
2. Produktionsabgabe				
V. Preissumme				

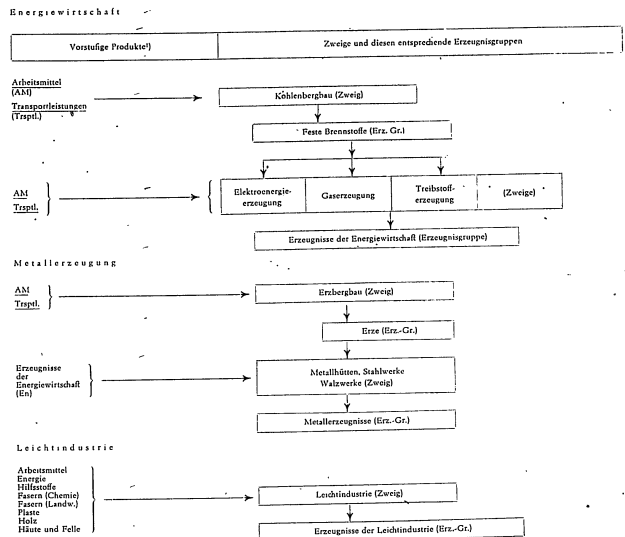
fahren. Das Verfahren soll an den Beispielen der Energiewirtschaft und der Metallherzeugung erläutert werden.

Geht man bei dieser Arbeit in folgender Reihenfolge der Berechnung der Preisveränderungen für Produktionsmittel und Konsumtionsmittel vor:

1) Jeweils unterteilt wie Spalte „Wirtschaftszweig insgesamt“.

2) unterteilt nach Erzeugnisgruppen.  
3) Jeweils „vor“ bzw. „nach“ Preissenkung und -Auswirkung der Preissenkung.

DIE AUSARBEITUNG DER GRUNDZÜGE DER SELBSTKOSTEN- UND PREISENTWICKLUNG ...



- a) Energiewirtschaft
  - b) Metallherzeugung
  - c) Baustoffherzeugung
  - d) Holzherzeugung
  - e) Wasserwirtschaft
  - f) Chemische Industrie
  - g) Landwirtschaft
  - h) Metallverarbeitung
  - i) Bauwirtschaft
  - j) Transportwesen
  - k) Leichtindustrie
  - l) Nahrungs- und Genußmittelindustrie,
- so bedarf es einer erneuten Durchrechnung lediglich der Transportleistungen verbrauchenden Zweige vor der Berechnungsstufe i), d. h. Energiewirtschaft bis Bauwirtschaft, sowie der Hilfsstoffe verbrauchenden Zweige vor der Berechnungsstufe l) (vor allem Landwirtschaft und Forstwirtschaft) Da die Transportkosten

in der Regel einen sehr kleinen Anteil an den Selbstkosten ausmachen, werden sich nur geringe Auswirkungen ergeben. Was schließlich die Arbeitsmittel betrifft, so resultiert aus dem oben hinsichtlich der möglichen längeren Zwischenräume zwischen zwei Preissenkungen Gesagten (Ziffer 10), daß sich hieraus häufig keine Auswirkungen aus Preissenkungen ergeben, und außerdem wirken diese erst auf den Wert der Grundfonds) und nur über die Amortisationen direkt auf die Selbstkosten. Da aber in der Regel auch der Amortisations- und Reparaturkostenanteil an den Selbstkosten relativ klein ist, so sind auch bei Berücksichtigung von Preisänderungen für Arbeitsmittel keine allzu großen Auswirkungen bei der zweiten Durchrechnung aller Zweige und Erzeugnisgruppen, bei denen vorerst in den alten Arbeitsmittelpreisen gerechnet werden mußte, zu erwarten. Das sind praktische Gesichtspunkte, die für die in obigem Schema entwickelte Reihenfolge sprechen.

1) Nicht unterstrichene Vorstufen = Erzeugnisgruppen, deren Preise bereits zogen sind, während unterstrichene Vorstufen Erzeugnisgruppen, bei denen in der ersten Durchrechnung noch die alten Preise zugrundegelegt werden müssen.

2) Außer den Kosten für laufende Reparaturen.



PROF. DR. JOHANNES RUDOLPH

15. Hat man die vorstehend behandelten Berechnungen für alle Erzeugnisgruppen und Wirtschaftszweige angestellt, dann muß man die erhaltenen Ergebnisse koordinieren mit dem Ausgangspunkt, d. h. dem ursprünglich ermittelten Gesamtpreissenkungsvolumen - was noch einmal zu Korrekturen der Preisentwicklung in den Erzeugnisgruppen führen kann.

Schließlich muß man, um die Einnahmen des Staatshaushaltes sowie der Betriebe und der Eigentümer von Produktionsmitteln berechnen und endlich die Bilanzen der Einnahmen und Ausgaben unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Preissenkungen ausarbeiten zu können, die endgültige Aufteilung des Reineinkommens jeder Erzeugnisgruppe in:

- a) Produktionsabgabe und
- b) Reineinkommen der Betriebe vornehmen.

Nummer kann man auch übersehen, ob und in welcher Richtung die Finanzierungsbestimmungen der volkseigenen Betriebe und die Besteuerungsbestimmungen für den genossenschaftlichen und für den privaten Sektor verändert werden müssen, da man jetzt im großen Rahmen weiß, welche Neuverteilung des Nationaleinkommens die Preisveränderungen für Produktionsmittel zur Folge haben.

16. Nach Vornahme dieser Berechnungen kann man die Auswirkungen der Preissenkungen in einer Tabelle zusammenfassen (nebenstehend).

17. Wird die Analyse der Preisentwicklung in dieser Form über eine längere Zeitspanne durchgeführt, so lassen sich wichtige Erkenntnisse gewinnen für die Entwicklung der Proportion

$$P_1 \text{ (zu Preisen des Jahres 0)} = P_1 \text{ (zu Preisen des Jahres 1) } + p^1$$

bzw.

$$P_1 (n) + p - [E(n) + e + e'] + [N_1(n) + n]$$

Dabei entspricht „p“ der Summe der Spalte 10 (obige Tabelle), „e“ jener der Spalte 13, „e“ und „n“ erhält man aus den Spalten 12 und 14, indem man die „Sonstigen Selbstkosten“, die Verwendung von Nationaleinkommen darstellen, und den Lohnanteil ausgliedert und zum Nationaleinkommen zurechnet.<sup>1)</sup>

Damit läßt sich auch feststellen, welcher Dynamik die Proportion E : N, zu Effektivpreisen, unterliegen wird.

1) P<sup>1</sup> = Wert des gesellschaftlichen Gesamtprodukts.  
 E = Ersatzfonds  
 N = Nationaleinkommen  
 p = Gesamtpreissenkung  
 n = Reduzierung des Wertausdruckes des Nationaleinkommens infolge der Preissenkung  
 e = Selbstkostenreduzierung des Ersatzfonds auf Grund von realen Einsparungen  
 e' = Reduzierung des Wertausdruckes des Ersatzfonds infolge von Preissenkungen vorstufiger Produkte  
<sup>2)</sup> Letzteres kann man nur überschlägig, da die direkte Zurechnung auf Erzeugnisgruppen, wie oben bereits gesagt, nicht möglich ist.

Schema einer Tabelle der Preisentwicklung nach Erzeugnisgruppen:

Erzeugnisgruppe %	Preisstruktur vor der Preissenkung			
	Preis-summe	Selbst-kosten	Reineinkommen betriebl.	Produktions-abgabe
1	2	3	4	5
<b>Energie</b>				
insgesamt				
PM-Anteil				
KM-Anteil				
<b>Metallverarbeitende Industrie</b>				
insgesamt				
AM-Anteil				
Rest PM-Anteil (Halbfabrikate)				
KM-Anteil				
usf. ....				
<b>Gesamtprodukt</b>				
insgesamt				
Arbeitsmittel-Anteil				
Energie-Anteil				
Rohstoff- und Halbfabrikate-Anteil				
a) für AM				
b) für KM				
Hilfsstoff-Anteil				
Transport-Anteil				
KM-Anteil				
PM-Anteil				

Preisstruktur nach der Preissenkung			
Preissumme	Selbstkosten	Reineinkommen betriebl.	Produktions-abgabe
6	7	8	9

Preissenkung				
Reduzierung d. Preiss.	Reduzierung d. Selbstk.	durch Preisentwertung d. Prod. (E)	Reduzierung d. Reineink.	Produktionsabgabe
absolut	in %		betriebl.	
10	11	12	13	14

18. Den Abschluß der Ausarbeitung der Volkswirtschaftsbilanz für den Perspektivplan in dieser dritten Stufe bildet die endgültige Koordinierung aller Einnahmen und Ausgaben in den Bilanzen der Einnahmen und damit verbunden der Analyse der Umverteilung des Nationaleinkommens zu den tatsächlichen Preisen eines

jeden Jahres der Periode, für die der Perspektivplan ausgearbeitet wird.

**Schlußbemerkung**

Nach dem Abschluß dieser, mit der Wertentwicklung zusammenhängenden Bilanzarbeiten liegt eine vollständige Volkswirtschaftsbilanz vor, die erkennen läßt, ob die für den Zeitraum des Perspektivplanes vorgesehene Entwicklung der Volkswirtschaft mit den ökonomischen Gesetzen in Einklang steht, insbesondere mit den Erfordernissen des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus und des Gesetzes der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft, welche Möglichkeiten gegeben sind für die Entwicklung der Produktion und Arbeitsproduktivität, des Lebensstandards der Bevölkerung und welche Mittel bereitstehen für die Sicherung des Staates.

Aus den in dieser Volkswirtschaftsbilanz zum Ausdruck kommenden Grundzügen der Wirtschaftsentwicklung ergibt sich gleichzeitig die Richtung für jene wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die notwendig sind zu ergreifen, um die vorgesehenen Ziele der wirtschaftlichen Entwicklung zu erreichen.

Schließlich ist mit dieser umfassenden Volkswirtschaftsbilanz der Rahmen gegeben, in dem die Ausarbeitung der einzelnen Abschnitte des Volkswirtschaftsplanes in einer von Anfang an in den Hauptproportionen der volkswirtschaftlichen Entwicklung koordinierten Art und Weise vor sich geht.

Somit erweist sich auch die Notwendigkeit der Anwendung der Volkswirtschaftsbilanz im Rahmen der Ausarbeitung des Perspektivplanes zur Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft und ihr Nutzen bei der langfristigen Vorbereitung der Wirtschaftspolitik.

Volkswirtschaftliche Fakultät  
Institut für Ökonomische Geographie und Regionalplanung Direktor Dr. habil. Gerhard Schmidt-Renner  
Als Manuskript gedruckt

## Territorial-ökonomische Grundzüge der Städteplanung

Von GERHARD SCHMIDT-RENNER

Der Städtebau ist einer der größten Investoren unserer Volkswirtschaft. Voraussetzung unseres Städtebaus ist die Städteplanung; sie führt direkt auf der Volkswirtschaftsplanung. Voraussetzung für die richtige Planung der Städte ist die Kenntnis ihrer ökonomischen Grundlagen. Städteplanung ist also keineswegs nur eine Angelegenheit der Architektur und verwandter Gebiete; sie ist zugleich eine hervorragende Aufgabe für Ökonomen. Das wird z. B. sinnfällig bewiesen durch Planung und Bau von Stalinstadt und Hoyerswerda. Die Städteplanung befaßt sich aber nicht nur mit neuen Städten, sondern unter unseren Bedingungen vor allem mit der sozialistischen Rekonstruktion der vorhandenen, mehr oder minder zerstörten Städte. In jedem Falle erhebt sich eine umfangreiche ökonomische Problematik.

Der nachstehende Aufsatz bringt das erste Ergebnis einer umfassenden theoretischen Untersuchung über die ökonomischen Grundzüge der städtischen Existenz.<sup>1)</sup> Der Aufsatz behandelt die Städte als lokale Komplexe von Produktions-, Dienstleistungs- und Konsumtionsstandorten vielfältigster Art im territorialen Funktionssystem der Gesellschaft. Er untersucht die sozialökonomischen Triebkräfte, die in ihrer territorialen Wirkung und Bedingtheit zur Städtebildung führen, und er untersucht die Ursachen für die Unterschiedlichkeit der Städte.

Die Arbeit konzentriert sich insbesondere auf die ökonomische Begründung einer Theorie der städtebildenden, städtebedeutenden und städtefüllenden Faktoren als den entscheidenden Elementen der ökonomischen Städteplanung.

### 1. Die Städte als Konzentrationsherde von unterschiedlicher Bedeutung im territorialen Niederschlag des gesellschaftlichen Lebens

Die territoriale Arbeitsteilung und -verbindung innerhalb und zwischen bestimmten Gesellschaften schuf (mehr oder minder stark) wechselseitig wirkende Standorte gesellschaftlicher Einrichtungen. Diese Standorte finden heute und seit langem ihre hervorragende lokale Zusammenfassung in den städtischen Standortkomplexen.

<sup>1)</sup> Die gesamte Arbeit „Standort, Stadt und Territorium“ befindet sich in Druckvorbereitung beim Verlag „Die Wirtschaft“, Berlin.

Die Städte sind historische Produkte der gesellschaftlichen, letztlich der sozialökonomischen Praxis. Gemeint sind hier stets Städte im sozialökonomischen, nicht notwendigerweise zugleich juristischen Sinne. Städte im sozialökonomischen Sinne sind lokale Standortkomplexe, die städtische Funktionen ausüben, ohne unbedingt als Städte legitimiert zu sein. Sie sind örtliche Konzentrationen des sachlich und territorial differenzierten Lebens der Gesellschaft. Sie stehen allgemein unter den Bedingungen der jeweils herrschenden Produktions- und daraus folgenden Lebensweise. Sie sind zugleich immanenter Bestandteil derselben. Unter einem stark verallgemeinernden Blickwinkel kann man die Städte als örtliche Konzentrationen von arbeitsteiligen Produzenten, Dienstleistenden (und von Konsumenten) mit dementsprechenden Funktionen im Territorium ansehen.

Im Reproduktionsprozeß einer modernen Gesellschaft haben die Städte eine mehr oder minder lange Reihe territorial-arbeitsteiliger produktiver und dienstleistender (sowie dementsprechend konsumtiver) Funktionen zu erfüllen: industrielle (einschließlich handwerkliche), kommerzielle, transportmäßige, politisch-administrative, militärische, kulturelle, religiöse, sanitäre, juristische usw.

Die örtliche Häufung und Zusammenfassung solcher Funktionen zu lokalen Funktionskomplexen, sowie deren überörtliche (territoriale) Wirkung (die Wechselwirkung der Funktionsträger mit anderen im Territorium) sind entscheidende Voraussetzungen für die Städtebildung und -planung. (Daneben gibt es innerörtliche Funktionen der Städte; — s. unten, Absatz 7.)

Funktionsträger sind die in den Städten lokalisierten materiellen und geistigen Kräfte der Produktion und Dienstleistung nebst ihren Einrichtungen (sowie die Konsumenten).

Die Städte als lokale Konzentrationsherde gesellschaftlich-arbeitsteiliger Produzenten und Dienstleistender mit entsprechenden Einrichtungen (und nebst entsprechenden Konsumenten) sind demnach nicht wie isolierte „Inseln“, sondern (nebst allen anderen Siedlungskörpern) wie wechselwirkende Teilorganismen der gesamten gesellschaftlichen Existenz im Territorium zu behandeln. Sie sind in historisch steigendem Maße durch vielfältige Beziehungen mit-

DR. HER. POL. HABIL. GERHARD SCHMIDT-RENNER

einander mehr oder minder fest und dauernd verknüpft und voneinander abhängig geworden.

Dies ist für die Städteplanung von prinzipieller Bedeutung; denn daraus folgert das Erfordernis, die Planmaßnahmen auf den Gesamtcomplex dieser Beziehungen auszurichten. Dies mußte bei uns wegen mangelnder Einsicht und infolge fehlender Kenntnis dieser Beziehungen bisher noch weitgehend unerfüllt bleiben.

## 2. Über die historisch wechselnden territorial-ökonomischen Ursachen für Entstehung, Entwicklung und Rolle der Städte

Das Phänomen der Stadt und insbesondere die Ursachen ihrer Entstehung, Entwicklung und Rolle sind vielfältigsten Deutungsversuchen unterworfen gewesen. Eine umfassende gültige Erklärung ist jedoch nur von der Plattform einer theoretischen Konzeption aus und mittels einer Methode möglich, die den ganzen Mechanismus und seine zentralen Antriebskräfte begreift, die die Geschehnisse einer gegebenen Epoche bewirken. Deshalb können Deutungsversuche, die mehr oder minder einseitig (z. B.: von der Erscheinung der Stadt, von ihrer Verfassung, von der Verkehrs- oder Schutzfunktion der Stadt, von der Stadtentstehung aus Feudalhöfen, Burgen und dergl., von der topographischen Lage der Stadt, von staatsrechtlichen Akten, von der Bevölkerung usw.) ausgehen, keine ausreichende Erklärung bringen.

Die in letzter Instanz entscheidenden Ursachen für die allgemeine und besondere Problematik der Stadt sind in der Ökonomie der Gesellschaft einer gegebenen Epoche zu suchen. Die gesellschaftliche Ökonomie determiniert Leben und Entwicklung der Gesellschaft. Die gesellschaftliche Ökonomie bestimmt auch in letzter Instanz den territorialen Niederschlag der Gesellschaft, also ihre Territorialstruktur. Deren Grundgerüst wiederum ist die Territorialstruktur der Wirtschaft, insbesondere der Produktion; diese Territorialstruktur ist zugleich immanenter Bestandteil der gesellschaftlichen Ökonomie.

Die Stadt als Bestandteil der sozialökonomisch determinierten Territorialstruktur der Gesellschaft (als Standortkomplex mehr oder minder differenzierter personeller und institutioneller Funktions-träger der Gesellschaft) wird damit zu einer in letzter Instanz sozialökonomisch bestimmten Kategorie. Das schließt nicht aus, daß die städtische Problematik auch durch die vielfältigen Überbaubedingungen der Epoche beeinflusst wird. Diese Überbaubedingungen sind bekanntlich nicht nur Ergebnis der ökonomischen Basis, sondern sie wirken aktiv über die Ökonomie der Gesellschaft auf die Territorialstruktur der Gesellschaft und damit wiederum auf deren städtische Bestandteile ein.

Zeigen sich schon die Städte einzelner Geschichtsepochen als vielfältig unterschiedliche örtliche Komplexgebilde (einschließlich historischer Relikte), so

wird das Bild für die wissenschaftliche Untersuchung angesichts aller einander ablösenden und in Wesen wie in Ausdruck tief unterschiedlichen Gesellschaftsepochen natürlich noch komplizierter. Ergeben sich die Unterschiede dieser Epochen prinzipiell aus dem historisch unterschiedlichen Stande der produktiven Kräfte und dem jeweiligen Charakter der Produktionsverhältnisse, so schaffen diese in ihrer wechselwirkenden Zweisseitigkeit (als unterschiedliche Produktionsweisen der jeweiligen Zeitgenossen) auch historisch ganz unterschiedliche sozialökonomische Bedingungen für die Entstehung, Entwicklung und Rolle städtischer Siedlungen. Die Stadt wird damit zu einer historisch bestimmten Kategorie.

Hinzutreten stets wesentlich die im Schoße der Produktionsweise modifizierend wirkenden territorial unterschiedlichen Bedingungen des geographischen und demographischen Milieus, in welchem sich dieses historisch wechselnde sozialökonomische Geschehen notwendigerweise stets abspielt.

Eine Typologie oder Klassifikation der Städte läßt sich daher nur unter dem Gesichtspunkt einer bestimmten Produktionsweise aufstellen. Sie liefert stets das entscheidende Kriterium.

Die materialistische Geschichtsforschung erkennt bekanntlich die ersten Ansätze zur städtischen Art und Weise der Niederlassung in der langen Übergangsperiode von der Urgemeinschaft zur Sklavenerhaltergesellschaft. Die durch die sozialökonomischen Triebkräfte bewirkte Zersetzung, Auflösung und Umwälzung der urgemeinschaftlichen Produktionsweise führte notwendigerweise auch zur Umwälzung ihrer uralten Territorialstruktur.

Die heranbrechende neue Produktionsweise der Sklavenerhaltergesellschaft führte nicht nur zur Trennung, sondern von vornherein auch zu Gegensätzen zwischen Stadt und Land. Diese beherrschen seit der ganzen Geschichte der antagonistischen Klassengesellschaften (MARX). Die Stadt entwickelte sich vom Anfang an als ein klassenbedingter Siedlungstypus im Gegensatz zu den Anfängen der Dorfentwicklung in der klassenlosen Urgemeinschaft.

## 3. Zum Begriff der städtebildenden Faktoren

Seit dem historischen Beginn der Städteentwicklung wirkt nicht nur die Lokalisierung materieller Produktionen, sondern auch die Lokalisierung nichtproduktiver (immaterieller) Leistungen städtebildend (z. B. Politik, Administration, Kultur usw.). Diese nichtproduktiven Leistungen (Leistungen außerhalb des materiellen Bereichs) gehören zum Wesen der zunehmenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Sie müssen demzufolge auch ihren lokalen Niederschlag in jeweiligen System der territorialen Arbeitsteilung der Gesellschaft finden. Diese nichtproduktiven Leistungen entstehen häufig sogar erst auf städtischem Boden; sie erhöhen die städtebildenden Funktionen ihrer Lokaltät. Sie bilden manch-

## TERRITORIAL-ÖKONOMISCHE GRUNDZÜGE DER STÄDTEPLANUNG

mal sogar mehr oder minder weitgehend eigene Städte (Verwaltungsstädte, Kurstädte, Festungsstädte, Kulturstädte usw.). Diese Städte haben also bestimmte Sonderfunktionen des gesellschaftlichen Lebens ihrer Epoche auf sich konzentriert. Auf Grund deren nehmen sie ganz oder teilweise an der Distribution von lebensnotwendigen materiellen Produktion teil.

Eine allgemeingültige, für alle Zeiten und Räume zutreffende Definition „DER STADT“ kann es nicht geben. Denn verschiedene Zeiten und Räume stellen verschiedene Bedingungen für die Entfaltung der materiellen Produktionen und der nichtproduktiven Leistungen und dementsprechend für die Inhalte und Formen ihrer lokalen Konzentrationen. Dennoch läßt sich ein Allgemeinprinzip für die Herausbildung und Entwicklung aller Städte erkennen: die Existenz von städtebildenden Faktoren.

Die städtebildenden Faktoren sind einerseits selbst objektivierbare Ergebnisse der gesellschaftlichen, letztlich der sozialökonomischen Entwicklung. Andererseits gibt aber die mit dieser Entwicklung untrennbar einhergehende lokale Konzentration dieser Faktoren (die Bildung von Standortkomplexen) ständig neue Impulse. Diese wirken sowohl auf die allgemein-gesellschaftliche Weiterentwicklung als auch auf die Herausbildung und Erweiterung von neuen, höheren, immer komplizierteren lokalen Konzentrationsformen des gesellschaftlichen Lebens (z. B.: Großstädte, Weltstädte).

Der Begriff der städtebildenden Faktoren hat natürlich unter historisch verschiedenen Produktionsweisen einen unterschiedlichen Inhalt. Sein Anspruch auf Allgemeingültigkeit für alle sozialökonomischen Formationen, in denen Städte entstanden sind, stützt sich lediglich darauf, daß stets und allerorts die Bildung von Städten an Ursachen und Bedingungen geknüpft ist, die sich in einer Reihe von objektiven Faktoren äußern, deren durch die Lokalisierung Städte entstehen. Jene Faktoren verkörpern sich letztlich in Menschen mit unterschiedlichen Produktionserfahrungen und Arbeitsfertigkeiten, ausgerüstet mit unterschiedlichen Produktionsinstrumenten und anderen Einrichtungen, mit deren Hilfe diese Menschen in gruppenweiser Zusammenarbeit und unter bestimmten wechselseitigen Beziehungen die materiellen Produkte und die Dienstleistungen hervorbringen, die ihrem Entwicklungsstande entsprechen. Die Lokalisierung von Gruppen arbeitsteiliger Produzenten und Dienstleistender nebst Werkzeugen kann als *allgemeiner* städtebildender Faktor angesehen werden.

Die Differenzierung in *verschiedene* städtebildende Faktoren ist letztlich nichts anderes als die Widerspiegelung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Es ist der Reflex der unterschiedlichen konkreten Tätigkeiten (Berufe) von arbeitsteiligen Produzenten sowie von Dienstleistenden des nichtproduktiven Bereichs, die sich lokal zusammengefinden, in einem bestimmten Mischungsverhältnis grup-

piert, mit ihren Werkzeugen und sonstigen Einrichtungen niedergelassen haben.

Der Begriff der städtebildenden Faktoren bedarf u. E. keiner weiteren Aufspaltung in Unterbegriffe wie etwa in: städteerweiternde, städterhaltende Faktoren oder dgl. Er kennzeichnet u. E. stets ausreichend die entscheidende Substanz der Städte sowohl in ihrer erweiterten, einfachen oder fallenden Reproduktion innerhalb einer gegebenen Epoche als auch in ihrer qualitativen Umbildung im Schnittpunkt der Epochen. Stets handelt es sich um *Bildungsprozesse* (quantitativer und qualitativer Art) der Substanz.

## 4. Städtebildende Faktoren als Begründer und Erweiterer der städtischen Lebensgrundlagen

Die Existenz und Entwicklung der Stadt begründet sich also auf der lokalen Konzentration bestimmter objektiver gesellschaftlicher Faktoren; aber die Eigenart dieser Faktoren bestimmt Wesen und Form ihrer Ansiedlung. So differenzierte sich die Stadt einmal vom Dorfe (als der lokalen Urform der territorialen Konzentration gesellschaftlicher Faktoren) durch die Eigenart der Betriebsweise von Agrikultur einerseits und Handwerk — Industrie andererseits. Diese unterschiedlichen Betriebsweisen verursachten ganz bestimmte, unterschiedliche Organisationsformen der Standortkomplex; dieser beiden größten arbeitsteiligen Produktions-sphären.

Die Stadt differenzierte sich ferner dadurch vom Dorfe, daß sie den sich zunehmend abspaltenden und relativ selbstständigen gesellschaftlichen Teilarbeiten, insbesondere den vielfältigen nichtmateriellen, speziell den geistigen Tätigkeiten der Gesellschaft die vergleichsweise günstigsten Entwicklungsbedingungen bot. Die materiellen und geistigen Teilarbeiten in der Stadt bewirkten in ihrer wechselseitigen Steigerung wesentlich die wachsende Differenzierung sowie die wachsende Überlegenheit der Stadt gegenüber dem Dorfe.

Die wichtigsten Gattungen von städtebildenden Faktoren folgern aus Handwerk — Industrie, Handel mit Waren, Geld und Geldersatz, Transportwesen, Staatswesen, Interessenverbänden, Kulturwesen, Sanitätswesen, Sozialwesen, Justizwesen, Erhebungs- und Vergütungswesen, Kur- und Bäderwesen. Diese Faktoren wirken städtebildend, sofern sie überörtliche Funktionen ausüben. Diese überörtlichen Funktionen können sich auf das unmittelbare Stadtumland, auf nahe, entferntere und fernste Territorien erstrecken. D. h. jene Faktoren müssen mit ihren Produkten bzw. Diensten an der arbeitsteiligen Produktion und Dienstleistung außerhalb ihres Standortkomplexes (der Stadt) teilnehmen.

Sie müssen andere Territorialeinheiten der Gesellschaft mit Produkten bzw. Diensten versorgen und zugleich dem Orte ihrer eigenen Niederlassung die dort nicht erzeugten, aber verlangten Produkte und Dienste verschaffen.

DR. RER. POL. HABIL. GERHARD SCHMIDT-RENNER.

Diese überörtlich wirkenden Faktoren müssen die Zentralität des sie beherbergenden Ortes herstellen, seine Vermittlungsfunktionen im arbeitsteiligen Territorium begründen, seine Differenzierung von anderen Orten herbeiführen, Einfluß auf das wirtschaftliche Leben des eigenen Ortes nehmen, seine Produktions- und Dienstleistungen fördern, seinen Markt erweitern, seine äußeren Beziehungen verstärken, seine Akkumulationsfähigkeit (Agglomerationsfähigkeit) erhöhen.

Damit begründet und erweitert sich die Stellung des Ortes als Stadt im sozialökonomischen Sinne. Diese Stellung als Stadt wird historisch im allgemeinen durch einen mehr oder minder langen und spontanen Bildungsprozeß („Verstädterung“) aus vorstädtischen Ansiedlungskernen vermittelt örtlich selbstentwickelter oder zugewanderter Faktoren der Städtebildung erworben. Daher rühren die zahlreichen Zwischen- und Übergangsformen der Städtebildung. Dies schließt jedoch die unmittelbare Stadtplanung von Städten nicht aus (unmittelbare Stadtgründungen wie etwa in der Gegenwart: Wolfsburg im Westen und Stalinstadt im Osten Deutschlands).

Die Faktoren, die durch ihre Funktionen in dieser Richtung wirken, sind städtebildende Faktoren. Ihre Funktionen begründen und erweitern die städtische Existenz von lokalen Standortkomplexen. Daneben wirken städtebedingende und städtefühlende Faktoren. Erst alte drei Faktorengruppen zusammen (aber in sehr unterschiedlicher Wirksamkeit) ergeben die Stadt.

Zwar bringen historisch und territorial unterschiedliche Bedingungen auch historisch und territorial unterschiedliche Städte hervor. Ihre gesellschaftliche Grundaufgabe aber war stets und allerorts: Vermittlungsfunktionen verschiedenster Art für die territorial zersplitterten, in lokalen Gemeinschaften zerstreut angesiedelten Mitglieder der arbeitsteiliger Gesellschaft zu leisten; lokale Zentren im Territorium zu sein, von denen aus und über welche die sich zunehmend differenzierenden ökonomischen und anderen Beziehungen der Gesellschaftsmitglieder geleitet werden können. Kurz: die gesellschaftliche Grundaufgabe des Städtewesens ist die Funktionssysteme den notwendigen territorialen Zusammenhang der territorial-arbeitssteil zerstreut lokalisierten Gesellschaft herzustellen, aufrechtzuerhalten und fortzubilden.

Der ständig wachsende Verstädtierungsprozeß des gesellschaftlichen Lebens verschob zunehmend die Grundaufgabe der Städte in die Richtung, arbeitsteilige Standortkomplexe eines territorialen Funktionensystems der menschlichen Gesellschaft zu werden, das sich immer stärker differenziert und zu dem gleich immer stärker städtisch bestimmt ist. Die Grundaufgabe der Städte erfüllt sich demzufolge auf immer höherer Stufenleiter.

Die gesamtgesellschaftlich planlose Lokalisierung der städtebildenden Faktoren ist typisch für die

kapitalistische Gesellschaftsperiode der Städtebildung. Sie führte allgemein zu einer disproportionalen Verteilung aller Städte im Territorium. Sie führte zu einer unregelmäßigen, krüppelhaften Entwicklung der einzelnen Städte; diese können demzufolge ihre territorialen Funktionen nur unvollständig erfüllen. Sie führte zu einem unverhältnismäßig starken Wachstum einzelner Städte auf Kosten der Entwicklungsmöglichkeiten anderer, zum Zurückbleiben, Stagnieren, Dahinvegetieren verurteilter Städte samt ihrer Funktionen. Sie führte zu einer Ansammlung elementarer Gegenstände in einem von abertausend widersprüchlichen Fluchtlinien durchsetzten Gemenge in den territorialen Beziehungen der kapitalistischen Gesellschaft.

Ein Hauptmerkmal kapitalistischer Städte ist der Antagonismus sowohl innerhalb der Städte, zwischen den Städten als besonders zwischen Stadt und Land; ist schließlich die allgemeine Anarchie in den territorialen (ökonomischen wie außerökonomischen) Beziehungen aller Mitglieder der Gesellschaft. — Dies ist der territoriale Reflex des ökonomischen Grundwiderspruches und der Anarchie in der kapitalistischen Produktion.

Ein Hauptmerkmal sozialistischer Städte muß die kameradschaftliche Zusammenarbeit aller werktätigen Bevölkerungsschichten der Stadt (als städtisches Kollektiv), aller Städte untereinander und zwischen Stadt und Land sein.

Die sozialistischen Städte sind vor allem als lokale Kollektive von Menschen anzusehen. Sie haben in ihrem lokalen Zusammenschluß bestimmte Aufgaben zu erfüllen, welche ihnen die gesamte Gesellschaft im Rahmen einer planmäßigen territorialen Arbeitsteilung stellt. Zur Erfüllung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgaben wie auch zur Kultivierung ihres eigenen örtlichen Zusammenlebens empfangen und schaffen diese Kollektive spezifisch städtische Produktions- und andere Einrichtungen bzw. bilden die vorhandenen um, erweitern sie zweckgerecht.

Diese lokalen Kollektive samt allen ihren vielfältigen Einrichtungen werden zu harmonisch in sich gefügten lokalen Teilorganismen als planmäßig wechselwirkenden Teilen des sozialistischen Gesamtorganismus.

Dies bewirkt: eine rasche und vollkommene Entfaltung der Städte und ihrer territorialen Funktionen, die Beseitigung des Interessengegensatzes und (kraft der politisch-moralischen Erziehungsfunktion der Städte) auch des wesentlichen Unterschiedes zwischen Stadt und Land, die immer vollkommene Erfüllung der städtischen Grundaufgabe für die Gesellschaft und damit die Förderung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung.

Die Rolle jener lokalen Teilorganismen im Gesamtorganismus ist unterschiedlich. Sie hängt von der Aufgabe und den zu ihrer Erfüllung notwendigen Mitteln (= städtebildende Faktoren) ab, die der lokale Teilorganismus (Stadt) vom Gesamtorganismus

mus (Staat) erhält. Die planmäßige Zuweisung und Erfüllung dieser Aufgabe sichert und erweitert die Existenzgrundlage des lokalen Teilorganismus auf dem Wege über die Sicherung und Erweiterung der Existenzgrundlage des Gesamtorganismus.

5. Die städtebildenden Faktoren als Ursachen spezieller Funktionen der Städte

Das Städteleben zeigt eine (historisch zunehmende) Fülle von Unterschieden zwischen den einzelnen Städten. Die wesentlichen Unterschiede liegen in der Verschiedenheit der territorialen Funktionen der einzelnen Städte, also in ihren verschiedenen gesellschaftlichen Wirkungen im Territorium begründet.

Die territoriale Gesamtfunktion einer Stadt löst sich in Einzelfunktionen auf. Diese werden von den einzelnen Funktionsträgern, d. h. den städtebildenden Faktoren, verursacht. Qualität und Quantität der Einzelfunktionen werden demnach von Qualität und Quantität der städtebildenden Faktoren bestimmt. Die territoriale Gesamtfunktion der Stadt ist also in sich nach Qualität und Quantität so differenziert, wie es ihre Bildungsfaktoren sind.

Danach begründet sich der Unterschied zwischen den Städten und ihren territorialen Funktionen theoretisch einmal auf der Qualität ihrer Bildungsfaktoren (auf der Spezialität ihrer Produktions- und Dienstleistungen), d. h. auf der Art ihrer dadurch bewirkten Funktionen im Territorium.

Er begründet sich zum anderen auf der Quantität ihrer Bildungsfaktoren (auf dem Umfange ihrer Produktions- und Dienstleistungen), d. h. auf dem Maße (Volumen) ihrer dadurch bewirkten Funktionen im Territorium.

Von Qualität und Quantität der städtebildenden Faktoren hängt wiederum die territoriale Reichweite (der Territorialbereich) ihrer Funktionen ab (Umland-, Nah- und Fernfunktionen). — Dies kann man als die eine Reihe von Ursachen für die Unterschiedlichkeit der Städte ansehen.

Da Gegenseitigkeit der Beziehungen zwischen Stadt und Territorium (Korrelation der städtischen Funktionsträger mit Funktionsträgern im Territorium) besteht, werden Art und Maß der städtebildenden Funktionen (bzw. ihrer Funktionsträger) und somit auch deren territoriale Reichweite andererseits durch die Rückwirkung des Territoriums auf die Stadt bestimmt. Dies geschieht insbesondere durch die Aufnahmefähigkeit des Territoriums für die städtischen Funktionen, durch die Kommunikationsbedingungen zwischen Stadt und Territorium, durch die Konkurrenz der Städte untereinander um Existenz und Erweiterung ihrer territorialen Funktionen und nicht zuletzt durch die herrschenden politischen Verhältnisse. Insofern werden also durch die Rückwirkung des Territoriums auf Art, Maß und territoriale Reichweite der städtischen Funktionen (bzw. ihrer Funktionsträger) auch die Unterschiede

zwischen den Städten bestimmt. Dies wäre die andere Reihe von Ursachen für die Unterschiedlichkeit der Städte. Beide Reihen wirken wechselseitig.

Die vielerlei Möglichkeiten, die in bestimmten Gesellschaftsformationen für die lokalen Kombinationen von städtebildenden Faktoren (nach Qualität und Quantität) vorhanden sind, ergeben die vielerlei möglichen Unterschiede zwischen den einzelnen Städten und ihren territorialen Funktionen, zellen Städten und ihren territorialen Funktionen. Jene Kombinationsmöglichkeiten von städtebildenden Faktoren und damit die Unterschiede zwischen den Städten und ihren territorialen Funktionen wachsen allgemein in dem Maße, wie die nationale und internationale Entwicklung der Gesellschaft zunimmt und sich als städtebildende Faktoren vergegenständlicht.

Die (gesellschaftsbezogenen) spontane Bildung vorsozialistischer Städte bewirkt die Spontanität ihrer territorialen Funktionen. Die spontan entstehenden Unterschiede in Qualität und Quantität und damit in der territorialen Reichweite der städtebildenden Faktoren sowie ihre spontanen Lokalisierungen bewirken ferner eine spontane Differenzierung der städtischen Produktionen und Dienste für das Territorium nach Art, Maß sowie territorialer Reichweite.

Diese spontane Differenzierung der städtischen Territorialfunktionen kommt zum Ausdruck in einer spontanen Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Städten, in einer spontanen Spezialisierung ihrer Funktionen für das Territorium (wie andererseits die Spontanität der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und ihres territorialen Niederschlages wieder die allgemeine Ursache für die spontanen Bildungsprozesse vorsozialistischer Städte selbst ist).

Jene spontane Spezialisierung der städtischen Territorialfunktionen kann sich auf einzelne Sphären des gesellschaftlichen Lebens (auf Produktion, Handel, Verkehr, Administration — Politik, Kulturwesen usw.) beziehen. Sie stellt selbst hier auf Teilbereiche dieser Sphären, insbesondere auf einzelne Zweige und noch weitere Unterabteilungen der materiellen Produktion erstrecken.

Doch trifft eine absolute Spezialisierung auf ganz bestimmte, sehr eng umgrenzte Produktions- und Dienstleistungen nur für eine Minderzahl von Städten zu („Spezialstädte“). Sie stellt selbst hier nicht einmal stets die einzige Existenzgrundlage dar. Die weitaus meisten Städte sind „Mischstädte“ mit vielfältigen, wenn auch verschiedenen wichtigen und verschiedenen kombinierten Territorialfunktionen.

Im Sozialismus ist die planvolle, gleichmäßige (d. h. alle Territorien umfassende) Standortverteilung von Produktionen und Dienstleistungen das allgemeiner verbindliche Maß für die planmäßige Bestimmung ihrer territorialen Funktionen. Der Sozialismus schafft eine (der wachsenden Vielfalt und Fülle der Bedürfnisse entsprechende) Vielfalt und Fülle städtischer Inhalte und Territorialfunktionen.

Doch ist die Industrie der weitaus führende Faktor der sozialistischen Städteplanung. Die planmäßige Lokalisierung industrieller Produktivkräfte in Verbindung mit dem Gesamtplan der sozialistischen Industrialisierung — unter Berücksichtigung zweckmäßiger Spezialisierungen und Kooperationen der industriellen Produktivkräfte, ihrer zweckmäßigen Ergänzung durch Folgeeinrichtungen verschiedenster Art sowie der zweckmäßigen Regionierung des Landes — ergibt die entscheidenden Richtlinien für die Entwicklung der Städte nach Art, Maß und Reichweite ihrer territorialen Funktionen. Die städtische Entwicklung, fußend auf der volkswirtschaftlichen Entwicklung, steht unter dem Gesetz der planmäßigen Proportionalität in der sich ständig erweiternden sozialistischen Reproduktion.

#### 6. Stadttypen und -größen als Folge verschiedener Kombinationen städtebildender Faktoren

Die zahlreichen Kombinationsmöglichkeiten der städtebildenden Faktoren haben in der historischen Wirklichkeit ein zunehmend vielfältiges Erscheinungsbild der Städte geprägt. Es zeigt sich in der gegenwärtigen Vielfalt von Stadttypen und -größen. Die Spontanität, mit der die städtischen Bildungsfaktoren (vor allem bei ihrer massenhaften Entwicklung und schnellen Differenzierung in der kapitalistischen Epoche) entstanden und sich lokalisierten, ist maßgebend dafür, daß diese Vielfalt von Stadttypen und -größen eines Landes sich nicht zu einem in sich wohl proportionierten Gesamtsystem der städtischen Territorialfunktionen zusammenfügte.

Das folgt ganz allgemein aus der Tatsache, daß sich die fundamentalen Gesetze des gesamten Systems einer Gesellschaft notwendigerweise auch im territorialen System jener Gesellschaft äußern; denn dieses ist integrierender Bestandteil ihres Gesamtsystems. Es gilt aber diese Unterwerfung unter jene fundamentalen Gesetze auch für das territoriale Funktionssystem der Städte. Denn dies ist integrierender und zugleich immer wichtiger werdender Bestandteil des territorialen und somit des gesamten Systems der Gesellschaft.

Die Untersuchung des uns überkommenen territorialen Funktionensystems der Städte mit dem Ziele seiner Veränderung muß demzufolge an den Funktionsträgern, an den städtebildenden Faktoren, ansetzen. Denn sie sind es, die in ihren unterschiedlichen Kombinationen die jeweiligen Unterschiede in Typ und Größe der Städte bewirken.

Typen und Größen der Städte sind demnach nur Erscheinungsformen verschiedener gesellschaftlicher Inhalte der Städte (verkörpert in verschiedenen städtebildenden Faktoren). Eine Untersuchung der Städte und ihres territorialen Funktionensystems muß also von diesen ihren verschiedenen gesellschaftlichen Inhalten ausgehen, wenn sie der Veränderung der gesellschaftlichen Wirklich-

keit dienen will. Diese Veränderung ist aber wesentliche Aufgabe der Städteplanung.

Erst wenn jene Grundtatsache erkannt ist, kann man sich ihren vielerlei Erscheinungsformen im Städtewesen (also den jeweiligen Typen und Größen der Städte) zuwenden. Dann kann man diese Erscheinungsformen systematisch gliedern und klassifizieren, um aus der bunten Vielfalt der Erscheinungen vergleichbare Kategorien zu ermitteln, ein systematisches Inventar des Bestandes zu erhalten. Die wissenschaftliche Forderung nach einem Klassifizierungssystem folgt heute allgemein aus der praktischen Notwendigkeit der staatlichen Planung, nämlich einen Überblick und Maßstab für die außerordentlich unterschiedliche Struktur und Dynamik der verschiedenen Siedlungskörper zu bekommen.

Die Typendifferenzierung rührt generell aus der „städtisch konzentrierten Exploitation“ unterschiedlicher Sphären des gesellschaftlichen Lebens (nach MARX und ENGELS): bei der also bestimmte Produzenten und Dienstleistende im Rahmen der territorialen Arbeitsteilung mehr oder minder spezielle Verrichtungen auf ihren Standortkomplex, die Stadt, konzentrieren. Die Möglichkeiten dieser Exploitationen weiten sich allgemein aus im Wechselverhältnis zwischen dem Wachstum der gesellschaftlichen Bedürfnisse und den zu ihrer Befriedigung erforderlichen Kräften und Mitteln der Produktion und Dienstleistung.

Dabei erfolgt jene „städtische Exploitation“ in letzter Instanz natürlich vermittels der (historisch formverschiedenen) Ausbeutung von Arbeitskräften, also der Ausbeutung von (eigenlichen) Produzenten und Dienstleistenden. Diese werden von den Produktionsmittelbesitzern (bzw. auch von den Interessensverbänden, z. B. auch vom Staat) zur Exploitation bestimmter Bereiche des gesellschaftlichen Lebens örtlich angesetzt (unbeschadet dessen, daß auch die sog. kleine Warenwirtschaft an dieser Wahrnehmung von Exploitationsmöglichkeiten beteiligt ist).

Je nach Art und Maß der örtlich kombinierten Produzenten und Dienstleistenden (sowohl personell und institutionell), die die Exploitationsmöglichkeiten örtlich wahrnehmen, werden ihre Standortkomplexe (die Städte) zu territorialen Zentren umfassend vielfältiger bzw. eng spezialisierter Funktionen innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung.

Die Ursache aber für die Unterschiede in Art und Maß der örtlichen Kombinationen von Produzenten und Dienstleistenden wird wiederum allgemein in den örtlich gegebenen und heranziehbareren Exploitationsmöglichkeiten des gesellschaftlichen Lebens der Epoche zu suchen sein. Sind diese örtlich gering, so entsteht ein städtisches Funktionssystem von geringer-territorialer Bedeutung (z. B. ein Landstädtchen). Wachsen die Exploitationsmöglichkeiten, so kann auch die territoriale Bedeutung des städ-

tischen Funktionszentrums wachsen (evtl. bis zur Weltstadt).

Die qualitativ und quantitativ unterschiedliche örtliche Kombination von Produzenten und Dienstleistenden kann einerseits von einer Vielfalt von Exploitationsmöglichkeiten bestimmt werden. Dadurch können vielerlei Produzenten und Dienstleistende lokalisiert und somit vielfältige territoriale Funktionen ausgeübt werden.

Jene Kombination kann aber auch von Besonderheiten der Exploitationsmöglichkeiten abhängen. Dadurch werden spezialisiertere Produzenten und Dienstleistende lokalisiert und somit spezialisiertere territoriale Funktionen bewirkt.

Unterschiede in Art und Maß der örtlichen Kombinationen von Produzenten und Dienstleistenden und die damit bewirkten Unterschiede in Typen, Größen und dementsprechenden territorialen Funktionen der vorsozialistischen Städte sind demnach nur eine Folge von qualitativ und quantitativ unterschiedlichen Exploitationsmöglichkeiten, die der jeweilige Entwicklungsstand der Gesellschaft bietet und die örtlich verschieden wahrgenommen werden.

Es erscheint schlüssig, daß zwischen der Typen- und Größendifferenzierung der Städte ein innerer Zusammenhang besteht. Er ergibt sich u. E. daraus, daß besonders qualifizierte Typen von Städten eine besonders starke Wachstumsstendenz haben. M. a. W.: besonders günstige (vielfältige oder spezielle) Exploitationsmöglichkeiten agglomerieren örtlich besonders viele Produzenten und Dienstleistende. Umgekehrt — umgekehrt.

Eine Rückwirkung des Territoriums auf die städtische Typen- bzw. Größendifferenzierung ergibt sich (seitens der Städte selbst) u. a. daraus, daß alle Städte um die von der gesamten Gesellschaft im Territorium gebotenen Exploitationsmöglichkeiten miteinander konkurrieren. Sie (d. h. stets: die entsprechenden, hier lokalisierten Faktoren) versuchen, ihren Funktionsbereich auf Kosten anderer Städte auszudehnen, ihren Markt zu vergrößern, ihr Exploitationsterritorium zu erweitern bzw. intensiver auszunutzen.

Eine Rückwirkung des Territoriums in Gestalt der Dörfer auf die Differenzierung der Städte folgt einmal daraus, daß die Dörfer das allgemeine und von vornherein unterlegene Ausbeutungsobjekt der Städte sind. Man kann folgern: je höher die Ausbeutungsrate von einer Stadt, „erfaßbaren“ Dörfern (ist städtischer Einzugsbereich), d. h. je mehr agrarisches Mehrprodukt durch ökonomische und außerökonomische Ausbeutungsverfahren in die Stadt gezogen werden, um so fördernder ist dies für das Wachstum der vorsozialistischen Städte. — Eine Rückwirkung des Territoriums in Gestalt der Dörfer auf die Typenbildung der Städte folgt zum andern aus der Produktionsspezialisierung der Dörfer (z. B. auf Obst, Faserpflanzen oder Vieh) in Verbindung mit der städtischen Weiter-

behandlung dieser Produkte (Obstkonservenfabrik, Textilfabrik, Fleischfabrik).

Nicht zuletzt sind die Dörfer die Quelle für die Regeneration und Vergößerung der werktätigen Stadtbevölkerung. Sobald nur die allgemeinen Kommunikationsbedingungen hinreichend ausgebildet sind (und dies ganz besonders unter den Bedingungen der allgemeinen Mobilität der händlichen Massen im Kapitalismus), wird die Abwanderung der Dorfbevölkerung in die verschiedenen Städte allgemein durch die zeitlich und örtlich wechselnden Bedingungen für die städtische Anziehung und Abweisung von Arbeitskräften gesteuert (d. h. hier genauer: durch die zeitlich und örtlich wechselnden Verwertungsmöglichkeiten der städtisch konzentrierten Kapitale).

Die unterschiedlichen ökonomischen (und sonstigen) Notwendigkeiten einer territorial-arbeitsteiligen Gesellschaft werden in erster Linie von „überörtlich“ wirkenden Produzenten und Dienstleistenden erfüllt. Ihre spontane Kombination an den Orten mit unterschiedlichen Exploitationsmöglichkeiten jener unterschiedlichen Notwendigkeiten ist in antagonistischen Gesellschaftsformationen das entscheidende Kriterium für die Unterschiede der Städte nach Typen bzw. Größen.

Für die ausbeutungsfreie, sozialistische Gesellschaft gilt dementsprechend: die planmäßige Kombination von überörtlich wirkenden Produzenten und Dienstleistenden an den Orten der planmäßigen Entwicklung des Landes und seiner Potenzen als der allgemeinen und in sich wiederum vielfältigst differenzierten Notwendigkeit im Sozialismus zur Erfüllung der ständig wachsenden Bedürfnisse.

#### 7. Städtebedienende und städtefüllende Faktoren als integrierende Bestandteile der Städte

Die Stadt begründet sich in erster und entscheidender Linie auf den territorialen Funktionen, die durch die Produktionen und Dienste ihrer städtebildenden Bevölkerungsgruppe (einschl. der dazugehörigen Institutionen), also von den städtebildenden Faktoren, ausgeübt werden. Diese Faktoren schaffen die Existenzgrundlage der ganzen Stadt. Aber der städtische Komplex umfaßt noch weitere Bevölkerungsgruppen. Erst die Gesamtheit aller Gruppen nebst den dazugehörigen Einrichtungen für Produktion, Dienstleistung und Siedlung ergibt eine Stadt nach Maßgabe der jeweiligen ortsbezogenen Entwicklungsbedingungen.

Ein Maßstab für die Bestimmung der weiteren Bevölkerungsgruppen ist, ob und wie sie sich an der Schaffung, Sicherung und Erweiterung der territorialen Funktionen der Stadt beteiligen. Danach unterscheidet sich eine zweite große Gruppe, die nur mittelbar daran teilnimmt (städtbedienende Gruppe bzw. Faktor), und eine dritte große Gruppe, die berufspassiv ist (städtgefüllende Gruppe bzw. Faktor). Ausschlaggebend ist stets die städtebildende Bevölkerungsgruppe (Faktor).

DR. RER. POL. HABIL. GERHARD SCHMIDT-RENNER

Die städtebedienende Bevölkerungsgruppe arbeitet für den innerstädtischen Bedarf. Sie findet einmal eine innerstädtische Nachfrage nach ihren Produkten und Diensten in der städtebildenden Gruppe. Diese wiederum findet ein innerstädtisches Angebot von Produkten und Diensten für ihre personelle oder z. T. auch institutionelle Reproduktion in der Stadt seitens der städtebedienenden Gruppe. Beide sind voneinander abhängig.

Erst die arbeitsteiligen Funktionen beider Gruppen ermöglichen überhaupt die territorialen Funktionen der Stadt („Bedienung und Versorgung“ anderer Einheiten des arbeitsteiligen Territoriums; Herstellung und Fortbildung des notwendigen territorialen Zusammenhanges der territorial arbeitsteiligen, zerstreut lokalisierten Gesellschaft).

Diese Funktionen werden also von direkt daran beteiligten (städtebildenden) Faktoren und von indirekt (durch die lebensnotwendige innerstädtische „Versorgung und Bedienung“ der ersteren) daran beteiligten (städtebedienenden) Faktoren ausgeübt. Die städtebedienenden Faktoren werden damit zu unabhängbaren, integrierenden Bestandteilen der Stadt.

Die städtebildenden Faktoren üben aktive und passive Funktionen im Territorium aus; aktive durch den „Versand“ (bzw. die „Abgabe“) ihrer Produkte und Dienste ins Territorium, passive durch den „Bezug“ von Produkten und Diensten aus dem Territorium zur ständigen Reproduktion ihrer aktiven („Versand“-)Funktionen im Territorium.

Die städtebedienenden Faktoren hingegen üben nur passive Funktionen im Territorium aus. Denn sie „beziehen“ nur Produkte und Dienste aus dem Territorium zur ständigen Reproduktion ihrer innerstädtischen Funktionen. Dies kann entweder durch die Vermittlung städtebildender Faktoren (beim Warenbezug z. B. durch den „überörtlichen“ Großhandel) oder unvermittelt geschehen (Direktbezug).

Man kann demzufolge nicht mehr nur von überörtlichen Funktionen der städtebildenden Faktoren, sondern muß auch von bestimmten (passiven) überörtlichen Funktionen der städtebedienenden Faktoren sprechen. M. a. W.: die überörtliche Wirkung der Stadt folgt also aus der Arbeit ihrer städtebildenden und (in bestimmtem) Umfange und Grade) auch ihrer städtebedienenden Bevölkerungsgruppe. Demnach erfüllt der bisherige Begriff der „Überörtlichkeit“ eine nicht unwesentliche Ausdehnung seines Inhaltes.

Der innerstädtische Funktionsbereich der städtebedienenden Faktoren umfaßt aber auch die gegenseitige „Versorgung und Bedienung“ der eigenen Faktoren sowie schließlich die der städtebildenden Faktoren. Art und Maß der innerstädtischen „Versorgung und Bedienung“ hängen, ab von Art und Maß der städtebedienenden Funktionen, d. h. zugleich der entsprechenden Funktionsträger und von deren Funktionsmöglichkeiten. Diese hängen aber

(ebenso wie die Möglichkeiten für die außerstädtischen Funktionen) von den herrschenden allgemeingestaltlichen Existenzbedingungen und ihren ortsbezogenen Wirkungen ab.

In der Praxis treten häufig Vereinigungen von inner- und außerstädtischen Funktionen in den personellen und institutionellen Funktionsträgern auf. Diese Vereinigungen von Funktionen verursachen für die praktische Zuordnung der Stadtbevölkerung und der Stadteinrichtungen zu den städtebildenden bzw. städtebedienenden Faktoren gewisse methodologische Schwierigkeiten. Doch bleibt das theoretische Prinzip der städtischen Faktoren- und Funktionsstellung unabhängig von den Gegebenheiten der personellen und institutionellen Faktoren- und Funktionsvereinigung gültig. Jenes theoretische Funktionsprinzip ist die Widerspiegelung zweier territorial verschieden orientierter objektiver Prozesse („Versorgung und Bedienung“ des außer- bzw. des innerstädtischen Territoriums).

Die theoretische Grenze für die jeweilige Zuordnung der Stadtbevölkerung zu der einen oder anderen Faktorengruppe liegt dort (wenn auch nicht als scharfe Grenze, sondern mehr als „Grenzsaum“), wo die aus der innerstädtischen Arbeitsteilung folgenden Produktions- bzw. Dienstleistungsbeziehungen in der Fernbedarfs (überörtlichen) Bedarf in solche umschlagen, die nach Art und Maß überwiegend dem gesellschaftlichen und individuellen Ortsbedarf von Personen und Institutionen dienen.

Der städtefüllende Faktor rekrutiert sich in vorsozialistischen Städten generell aus allen jenen nicht berufstätig sowie arbeitslos-parasitär existierenden Personen der Stadtbevölkerung, die also weder an der Ausübung von inner- noch von außerstädtischen Funktionen beteiligt sind, vielmehr diesbezüglich nur Konsumenten darstellen (und insofern funktieren).

Auch der städtefüllende Faktor ist ein Ergebnis der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in ihrem lokalen Niederschlag. Die städtefüllende Bevölkerungsgruppe erscheint einmal als Ergebnis der sich — gesellschaftlich dauernd modifiziert — fortsetzenden biologischen Arbeitsteilung. Sie erscheint zum anderen als Ergebnis jener sozial-ökonomischen Auswirkungen der gesellschaftlichen Arbeitsteilungen, die in vorsozialistischen Formationen den einen zum arbeitslos-parasitären Nutznießer von angelegenen Arbeitsprodukten der werktätigen Bevölkerung entarten ließen. Während sie andere parasitäre Schichten als Lumpenproletariat zum Bodensatz der Gesellschaft deklassierten und schließlich noch andere Schichten, die Arbeitslosen, von der Teilnahme am gesellschaftlichen Arbeitsprozeß ausgeschlossen, sie praktisch „berufs-passiv“ und damit also städtefüllend machten.

Unter sozialistischen Produktionsverhältnissen ist jede parasitäre Existenz ausgeschlossen, und die

Arbeitslosigkeit ist beseitigt. Doch bleibt dennoch eine nichtberufstätige Gruppe der Stadtbevölkerung bestehen. Theorie und Praxis der sozialistischen Städteplanung zeigen deutlich, daß diese städtefüllende Gruppe prinzipiell aus bestimmten natürlichen (biologischen) Gründen entweder noch nicht oder nicht mehr an städtischen Funktionen teilnehmen kann (Kriterium ist generell die Altersstruktur der Bevölkerung).

Der städtefüllende Faktor ist also ebenfalls ein objektiv gegebener — zwar je nach den historischen Bedingungen seinen Charakter wechselnder — aber stets unabhängbarer, integrierender Bestandteil der Stadt.

#### 8. Art und Maß der Güter-, Personen- und Nachrichtenströme zwischen Stadt und Territorium als Kennzeichen ihrer Wechselbeziehungen

Das Funktionsterritorium einer Stadt kann mit zunehmend höheren Funktionen der Stadt innerhalb der territorialen Arbeitsteilung bis zum gesamtterritorialen und übernationalen Territorium anwachsen. Dabei werden gewöhnlich nicht alle überörtlichen Funktionen der fraglichen Stadt ein so umfassendes Wirkungsterritorium gewinnen. Möglicherweise gelingt dies nur bestimmten ökonomischen oder politisch-administrativen oder kulturellen Funktionen oder Funktionsgruppen. Es werden aber auch umgekehrt die territorialen Funktionen von Groß- und Weltstädten wieder durch die Funktionen nachgeordneter Zentren mehr oder minder stark „gebrochen“, vermindert.

Bei sehr starker Abstraktion kann man vertikal ein auf- und ein absteigendes System von Territorialfunktionen der Städte verfolgen. Aufsteigend wird es durch immer breiter, aber zugleich auch immer weniger werdende „Funktionskreise“ (Städte mit immer höherer Zentralität, immer breiterer Streuung ihrer Funktionen) gekennzeichnet. Absteigend umgekehrt, in der Wirklichkeit überschneidend und verschlingend sich natürlich diese „Funktionskreise“ der Städte (der territoriale Wirkungsbereich ihrer Funktionen) auf vielfältigste.

Die territorialen Funktionen der Städte lassen sich auf drei „Hauptrichtungen“ zurückführen. Eine ist durch die „Versorgung und Bedienung“ des Territoriums seitens der Stadt gegeben, d. h. durch den

#### TERRITORIAL-ÖKONOMISCHE GRUNDZÜGE DER STÄDTEPLANUNG

„Versand“ (oder die „Abgabe“) von städteigenen, aber auch stadtfremden (nämlich durch die fragliche Stadt vermittelten) Leistungen anderer Orte ins Territorium. Die zweite Hauptrichtung äußert sich als „Bezug“ von Leistungen des Territoriums sich als „Bezug“ von Leistungen des Territoriums seitens der Stadt zur ständigen Reproduktion ihrer Versandleistungen. Eine dritte Hauptrichtung ist durch die städtische Selbstversorgung für den gesellschaftlichen und individuellen Bedarf der Stadtbevölkerung gekennzeichnet.

„Versand und Bezug“ erfolgen gewöhnlich nicht unmittelbar. Sie werden je nach dem Zentralitätsgrad der fraglichen Stadt im arbeitsteiligen Territorium wieder über Städte mit vor- bzw. nachgeordneter Zentralität vermittelt. Praktisch lösen sich jene drei „Hauptrichtungen“ in vielfältigste Kreuz- und Querrichtungen der städtischen Beziehungen auf.

Auf den Trassen des Güter-, Personen- und Nachrichtenverkehrs laufen die Verbindungen zwischen Stadt und Territorium, vollziehen sich „Bezug und Versand“ ihrer jeweiligen materiellen und immateriellen Leistungen, wird das territoriale Funktionssystem der Städte wirksam. Es ist zugleich an und mit diesen Transporttrassen gewachsen, und einer der wesentlichen Funktionen dieses territorialen Funktionssystems der Städte ist gerade das Transportwesen selbst.

Auf den Transporttrassen bewegen sich die Güter-, Personen- und Nachrichtenströme, vollzieht sich die Ortsveränderung der arbeitsteiligen Leistungen, spielen sich die Wechselbeziehungen zwischen ihnen ab. Aus Art, Maß und Reichweite dieser Transportströme zwischen Stadt und Territorium, also zwischen allen städtischen und nichtstädtischen Standortkomplexen, lassen sich ihre Wechselbeziehungen ermitteln, läßt sich die Bedeutung des Funktionssystems darstellen, läßt sich die Bedeutung des einzelnen Standortkomplexes im Gesamtsystem erfassen, lassen sich Art, Maß und Reichweite der städtischen Funktionen im Territorium ermitteln, läßt sich der territoriale Funktionsbereich der Städte abstecken, — lassen sich schließlich Unterlagen für die Rationalisierung des städtischen Funktionssystems im Territorium ableiten. Das methodische Mittel hierzu liefert in erster Linie eine diesbezügliche ausgearbeitete und auf die Gemeinden als Standortkomplexe bezogene Transportstatistik.

Finanzökonomische Fakultät  
Institut für Staatshaushalt Direktor Prof. Dr. Herbert Wergo  
Als Manuskript gedruckt!

## Probleme des demokratischen Zentralismus in der Haushaltswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik

Von HERBERT WERGO

Die Stärkung der Staatsmacht durch eine breite Teilnahme der Massen des Volkes an der Ausübung der staatlichen Funktionen kennzeichnet den Inhalt der Politik, die von der Partei der Arbeiterklasse und von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik seit je zielbewußt verfolgt wird. Gerade in der jüngsten Vergangenheit hat die weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie nicht zuletzt auch im Interesse der bestmöglichen Lösung ökonomischer Aufgaben bedeutende Fortschritte gemacht. Ein besonders hervorragendes Beispiel dafür sind die von der Volkskammer am 18. Januar 1957 verabschiedeten Gesetze über die örtlichen Organe der Staatsmacht und über die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen, die neben der Verfassung die wichtigsten Gesetze staatsrechtlichen Inhalts in unserer Republik darstellen. Sie sind Ausdruck der ständig wachsenden Bereitschaft der Volksmassen, an der Leitung ihres Staates mit immer größerer Verantwortung teilzunehmen. Sie zeugen ferner von dem Willen der Werktätigen, den Staat der Arbeiter und Bauern als das entscheidende Instrument zum Aufbau des Sozialismus weiter zu festigen und zu diesem Zweck vor allem auch den wirtschaftlichen Fragen größte Beachtung zu schenken. Auf der 32. Tagung des ZK der SED konnten daher entscheidende Schlussfolgerungen aus der bisherigen Entwicklung gezogen werden, die in den Thesen zum Bericht des Genossen ULBRICHT über die Vereinfachung des Staatsapparates und die Änderung der Arbeitsweise der Mitarbeiter des Staatsapparates ihren Niederschlag fanden. Die hiernach zum Ausdruck kommende Zielsetzung besagt, daß nunmehr solche Formen und Methoden der Leitung der Volkswirtschaft und der anderen Zweige des Staatsapparates ausgearbeitet werden müssen, die mit Hilfe der Entfaltung der breitesten Initiative des Volkes eine noch bessere Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes und die strenge Einhaltung des Sparsamkeitsregimes gewährleisten.

Der Prozeß der zunehmenden Demokratisierung des staatlichen Lebens, der sich besonders augenfällig sowohl in den wachsenden Befugnissen wie aber auch in den wachsenden Verpflichtungen der örtlichen Organe der Staatsmacht ausdrückt,

verläuft ebensowenig wie irgendein anderer gesellschaftlicher Entwicklungsprozeß widerspruchsfrei. Auf ökonomischem Gebiet führt die Entfaltung der sozialistischen Demokratie in den örtlichen Organen nicht selten zunächst zu gewissen Widersprüchen bei der Verwirklichung der sich aus dem Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft ableitenden Planungsaufgaben, sei es bei der unmittelbaren volkswirtschaftlichen Planung, sei es bei der Planung des Staatshaushalts als Hauptfinanzierungsinstrument des Staatsplanes. Sie ergeben sich aus der Tatsache, daß eine planmäßige Gestaltung der Wirtschaft in bestimmtem Umfang stets zentraler Einsichten und Maßnahmen bedarf, die jedoch mit den örtlich gebildeten Vorstellungen und den örtlichen Interessen nicht in jedem Fall von vornherein übereinstimmen brauchen. Diese Widersprüche so zu lösen, daß bei der Wahrung gesamtstaatlicher Belange die örtlichen Erkenntnisse und Notwendigkeiten die ihnen zukommende Berücksichtigung finden, ist die Aufgabe, die in der praktischen Arbeit der Staatsorgane ständig zu bewältigen ist und die auch der wissenschaftlichen Forschung laufend neue Fragen stellt. Sie beinhaltet eine Grundproblematik des planmäßigen Wirtschaftsvollzuges im allgemeinen und einer den ökonomischen und politischen Erfordernissen Rechnung tragenden Haushaltswirtschaft im besonderen.

Im Rahmen dieser Problematik steht das Prinzip des demokratischen Zentralismus als oberstes Organisationsprinzip unseres Staatslebens im Vordergrund. Auf seiner Anwendung beruhen grundsätzlich auch die Methoden der staatlichen Wirtschaftsführung und der Haushaltsführung, die darauf ausgerichtet sind, eine planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft zu sichern. Bekanntlich verbindet der demokratische Zentralismus die zentrale staatliche Leitung des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Aufbaus in den Grundfragen mit der umfassenden Entfaltung der Initiative der Werktätigen und der weitestgehenden Selbständigkeit der örtlichen Organe des Staates bei der Lösung der staatlichen Aufgaben.

PROF. DR. HERBERT WEGRO

LENIN hat dazu gelehrt:

„Mit dem demokratischen und sozialistischen Zentralismus hat weder das Schablonisieren noch das Festlegen der Einseitigkeit von oben irgend etwas gemein. Die Einheit im Grundlegenden, im Wichtigsten, im Wesentlichen wird nicht gestört, sondern gesichert durch die Mannigfaltigkeit der Einzelheiten, der lokalen Besonderheiten, der Methoden des Herangehens an die Dinge, der Methoden der Durchführung der Kontrolle.“<sup>1)</sup>

Die Anwendung des Prinzips des demokratischen Zentralismus bei der Durchführung der Staatsaufgaben kann nicht nach ein für allemal festgelegten Formen erfolgen, sondern muß den jeweiligen historischen Notwendigkeiten entsprechen. Das bedeutet, daß das Ausmaß der erforderlichen Zentralisation und das Ausmaß der möglichen örtlichen Selbstbestimmung je nach den gegebenen Umständen durchaus verschieden sein können. Es bedarf ständig neuer Überlegungen, um die der Situation angepaßte richtige Verbindung von Zentralisation und Dezentralisation zu finden. Das zeigt die Entwicklung nicht nur bei uns, sondern auch in den anderen Staaten des sozialistischen Lagers, vor allem auch in der Sowjetunion, deutlich. Am Anfang der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, da, wo das Bewußtsein der Massen noch verhältnismäßig schwach ausgebildet ist, wo die Positionen des Klassengegners noch stark sind und wo die Arbeiterklasse noch über relativ wenig Erfahrung, politisch erprobte und mit Fachkenntnissen ausgerüstete Kader verfügt, muß der Umfang zentraler, straff gehandhabter Maßnahmen begreiflicherweise wesentlich größer sein als später unter Verhältnissen dort, wo bereits günstigere Voraussetzungen vorliegen.

Die tatsächliche Entwicklung in unserer Republik bestätigt diesen Verlauf. Sie ist auf dem Gesamtgebiet der volkswirtschaftlichen Planung, das uns hier in erster Linie interessiert, so zu charakterisieren, daß die Planung von einem recht starr gehandhabten, System zahlreicher zentral festgelegter Kontroll- und Kennziffern für die Aufstellung sowohl des Volkswirtschafts- wie des Staatshaushaltsplans zunehmend zu einer Methode überging, bei der bei einer starken Begrenzung zentraler Aufgaben die selbstverantwortlich ausgearbeiteten Vorschläge der einzelnen Betriebe und Organisationen Berücksichtigung finden und bei der insbesondere auch den örtlichen Organen der Staatsmacht, den Bezirken, Kreisen und Gemeinden erweiterte Befugnisse bei der Plangestaltung eingeräumt werden. Eine entsprechende Entwicklung ist auch bei der Durchführung der Pläne zu verzeichnen, bei der ebenfalls das System zentraler Vorschriften wesentlich aufgelockert worden ist. Zweifellos ist dieser Prozeß noch keineswegs abgeschlossen. Wir stehen vielmehr bei vielen Punkten noch mitten im Suchen

<sup>1)</sup> LENIN: „Wie soll man den Wettbewerb organisieren?“ Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz-Verlag, Berlin 1924, S. 296.

PROBLEME DES DEMOKRATISCHEN ZENTRALISMUS IN DER HAUSHALTSWIRTSCHAFT ...

nach dem den derzeitigen Verhältnissen entsprechenden richtigen Maß an Zentralisation und Dezentralisation, das es ermöglicht, die gesamtstaatlichen Notwendigkeiten sinnvoll mit örtlicher Initiative zu verbinden. Eine ständige, bewußt und konsequent vorgenommene Verbesserung der Methoden der staatlichen Wirtschaftsleistung muß vor allem dazu beitragen, den heute hier in mancher Beziehung noch bestehenden Widerspruch zu überwinden.

Die spezielle Entwicklung auf dem Gebiet der Haushaltswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik hat sich im Rahmen der dargelegten allgemeinen Gestaltungstendenzen vollzogen, wobei immer deutlicher das Bestreben in Erscheinung trat, die unteren und örtlichen Organe der Staatsmacht in finanziellen Angelegenheiten mit größeren Verantwortlichkeiten und Befugnissen auszustatten und damit zugleich die Anteilnahme der Werktätigen auch am finanzwirtschaftlichen Plangeschehen verstärkt zu wecken.

In den ersten Jahren nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik kam es zunächst darauf an, in den Gemeinden und Kreisen die noch vorhandenen Vorstellungen aus der Zeit des bürgerlichen Staates über die kommunale Selbstverwaltung und ihr Verhältnis zum Staat zu überwinden, die, auf einem Gegensatz zwischen Gemeinde und Staat beruhend, dem Gedanken der Einordnung der kommunalen Interessen in eine geplante Wirtschaft mehr oder weniger feindlich gegenüberstanden. Es liegt auf der Hand, daß bei dieser Sachlage die zentrale Staatsgewalt zunächst bestrebt sein mußte, die allgemeinen und überörtlichen Belange von Staat und Wirtschaft entschieden durchzusetzen. Zum Zeitpunkt der im Jahre 1952 durchgeführten Maßnahmen zur weiteren Demokratisierung der Verwaltung, die u. a. die Bildung von Bezirken und eine neue Einteilung in Kreise zum Inhalt hatten, konnte zwar die alte Ideologie der Selbstverwaltung im wesentlichen bereits als überwunden gelten, jedoch schien es erforderlich, den oft jungen und wenig erfahrenen Mitarbeitern in den neugeschaffenen Organen des Staates eine besondere Hilfe von Seiten der zentralen Verwaltungstellen bei der Haushaltsplanung zu gewähren, um eine einheitliche und den allgemeinen wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechende Aufstellung der Haushaltspläne zu sichern. Das Ministerium der Finanzen gab daher erstmalig im Jahre 1953 Kontrollziffern des Haushalts heraus, die im wesentlichen die finanziellen Schlußfolgerungen aus den durchzuführenden volkswirtschaftlichen Aufgaben darstellten. Diese hauptsächlich als Orientierung für die örtlichen Organe gedachten Kontrollziffern wirkten sich bei der praktischen Handhabung jedoch mehr und mehr als eine Fessel der örtlichen Initiative aus, weil sie schematisch und starr bis

hinunter zu den Einrichtungen der Gemeinden angewandt wurden. Die Mitarbeit der Werktätigen an der Aufstellung und Durchführung der Haushaltspläne konnte sich unter diesen Umständen nur ungenügend entfalten. Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, wurden für das Jahr 1956 Kontrollziffern des Haushalts nur noch bis zu den Kreisen gegeben. Die Planvorstellungen der Bürger in den Gemeinden konnten sich also theoretisch frei entwickeln und ihren Ausdruck in den Entwürfen zum Haushaltsplan finden. Diese Möglichkeit wurde allerdings in der Praxis vielfach dadurch eingeengt, daß die Mitarbeiter der übergeordneten Staatsorgane weiter im Sinne der alten Kontrollziffermethoden verfahren und administrativ in die Haushaltsplanung eingriffen. Aus diesem Grunde verstärkten sich die Hinweise aus der Bevölkerung, daß die Kontrollziffern des Haushalts die Entwicklung der sozialistischen Demokratie lähmen. Diesen Hinweisen folgend, empfahlen die Mitarbeiter der Organe der Staatsmacht auf einer im Mai 1956 abgehaltenen Finanzkonferenz den Wegfall der Kontrollziffern des Haushalts. Demzufolge wurden die Haushaltspläne der örtlichen Organe der Staatsmacht für das Jahr 1957 im wesentlichen nur auf der Grundlage des Volkswirtschaftsplanes aufgestellt; die Räte der Bezirke erhielten lediglich vom Ministerium der Finanzen nach erfolgter Abstimmung über die Entwürfe der Bezirkshaushaltspläne die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben als verbindliche Kontrollziffer und damit als Grundlage für die Ermittlung des Haushaltsausgleichs. Diese Methode der Planaufstellung ohne Kontrollziffern hat ohne Zweifel zu einem beträchtlichen Aufschwung der gesellschaftlichen Mitarbeit bei der Planung geführt, sie hat jedoch auch — was nicht übersehen werden darf — bewirkt, daß Planvorschlüsse eingereicht wurden, die häufig nicht mit den materiellen und finanziellen Möglichkeiten in Übereinstimmung standen und daher nachträglich korrigiert werden mußten. Damit ergibt sich die Frage, wie die örtliche Initiative bei der Planaufstellung weiterhin aktiviert, zugleich aber in die jeweils gegebenen volkswirtschaftlichen Grenzen richtig eingeordnet werden kann. Für die Haushaltsplanung 1958 hat man diese Frage auf die Weise zu lösen versucht, daß durch eine Direktive des Ministeriums der Finanzen an die Räte der Bezirke bestimmte, zum Teil ziffernmäßig fixierte Empfehlungen gegeben wurden, die sich auf die wichtigsten Punkte der Haushaltspläne, wie z. B. Steigerung der Akkumulation aus der volkseigenen örtlichen Wirtschaft und Entwicklung der gesellschaftlichen Konsumtion beziehen. Im Rahmen dieser Empfehlungen arbeiten die Bezirke eigene Direktiven für ihren Bereich aus. Den Erfolg dieser neuen Planungsmethode wird man sehr sorgfältig beobachten und zu gegebener Zeit analysieren müssen.

Auch die Haushaltsdurchführung ist im Verlauf der letzten Jahre immer mehr in die eigene Verantwortlichkeit der örtlichen Organe übergegangen und von manchen Fesseln der Bevormundung befreit

worden. So wurde in der Vergangenheit nicht selten die Praxis geübt, nicht verwendete Haushaltsmittel z. B. einer Gemeinde durch die übergeordneten Organe mit der Begründung abzuziehen, sie würden an anderer Stelle benötigt. Daß damit die finanzielle Selbstverantwortung stark beeinträchtigt wurde, liegt auf der Hand. Bereits mit einer Anordnung des Ministeriums der Finanzen vom 18. 10. 1956 wurde demgegenüber den örtlichen Organen der Staatsmacht das Recht gegeben, Haushaltsmittel, die im laufenden Planjahr nicht verbraucht werden, auf das nächste Jahr zu übertragen. Den örtlichen Organen steht ferner heute in größerem Umfange als früher das Recht zu, auch über die Verwendung von erzielten Mehreinnahmen und Einsparungen zu entscheiden. Sie können auch über die Haushaltsreserve verfügen, die, nachdem sie ursprünglich nur für Bezirke und Kreise vorgesehen war, jetzt auch bei den Gemeinden gebildet wird und deren finanzielle Bewegungsfreiheit vergrößert. Die Entscheidungsbefugnis für alle Maßnahmen auf den erwähnten Gebieten haben die zuständigen Volksvertretungen, die damit in ihrer Autorität außerordentlich gestärkt worden sind und wesentlich mehr, als es noch vor einigen Jahren möglich war, das finanzielle Geschehen in ihrem Bereich bestimmen können.

Die zunehmende Verlagerung entscheidender haushaltswirtschaftlicher Kompetenzen in die Zuständigkeit der örtlichen Organe der Staatsmacht ist in den letzten Jahren durch eine Reihe von Bestimmungen unterstützt worden, die eine allgemein verstärkte Heranziehung der Werktätigen zur Mitarbeit in der Haushaltswirtschaft zum Ziel haben. So wurde bereits in der Staatshaushaltsordnung vom 17. 2. 1954 (GBI. S. 207) festgelegt, daß bei der Aufstellung der Haushaltspläne der Wirtschaft und der Finanzpläne weitgehend die Arbeiter und Angestellten der Betriebe, Verwaltungen und Einrichtungen sowie die interessierten Bevölkerungskreise zu beteiligen sind. Diese Bestimmung ist in der 5. Durchführungbestimmung zum Gesetz über die Staatshaushaltsordnung vom 1. 2. 1956 (GBI. I, S. 170) u. a. nach der Richtung hin konkretisiert worden, daß die Leiter der Fachabteilungen der Räte der Bezirke, Kreise, Städte und Gemeinden verpflichtet werden, die Beratung über Haushaltsfragen mit der Bevölkerung zu bestimmten Zeitpunkten und mit bestimmten Aufgaben durchzuführen. Mit diesen Maßnahmen wurden der Entfaltung der sozialistischen Demokratie im Sinne des Prinzips des demokratischen Zentralismus auf dem Gebiet der haushaltswirtschaft bereits bedeutsame Impulse gegeben. Die breite und wirkungsvolle Teilnahme der Massen auch an der Gestaltung der finanzwirtschaftlichen Aufgaben im örtlichen Bereich zu gewährleisten, ist schließlich eine der mit dem Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht vom 18. 1. 1957 verfolgten Zielsetzungen. Sie wird um so schneller in die Tat umgesetzt werden, je unterschiedlicher der Kampf künftig gegen das Admini-



PROF. DR. HERBERT WEGRO

strieren, das der Sache nach nicht erforderliche Anordnungen von oben her, geführt wird. Auf der 32. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sagte dazu WALTER ULBRICHT:

„Es muß ein entschiedener hartnäckiger und langer Kampf gegen das Administrieren geführt werden. Selbstverständlich sind Anweisungen und Anordnungen notwendig, aber wir sind gegen die formal bürokratischen Anordnungen, die sich nicht auf die Erfahrungen der Werktätigen stützen, die ausgearbeitet werden, ohne daß die Menschen überzeugt werden, und die durchgeführt werden sollen, ohne daß die betreffenden Mitarbeiter in den staatlichen Organen selber die Durchführung mitanleiten und kontrollieren. Diese Methode des Administrierens muß man ständig, systematisch und hartnäckig bekämpfen.“<sup>1)</sup>

Welche *Schlußfolgerungen* ergeben sich aus den bisherigen Überlegungen und Feststellungen für eine auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaute Haushaltswirtschaft? Welche Probleme bedürfen dabei vor allem weiterer wissenschaftlicher Untersuchungen? Wenn wir diese Fragen stellen, so sind wir uns bewußt, das die Verantwortung im Rahmen dieser Darstellung keineswegs erschöpfend sein, sondern sich nur auf wenige Hauptpunkte erstrecken kann. Sie soll insbesondere einige Anregungen für die Forschungstätigkeit auf dem Gebiet des Haushaltswesens geben

Offenbar ist das Kardinalproblem, das einer möglichst baldigen Lösung bedarf, das Problem der Einordnung der örtlichen Planvorstellungen in die gesamtstaatlichen Zielsetzungen und Realisierungsmöglichkeiten. Um hier zu Ergebnissen zu kommen, scheint es erforderlich zu sein, zunächst Überlegungen nach zwei Richtungen hin anzustellen: einmal nach der Richtung hin, daß festgestellt wird, welche Planvorstellungen bei den örtlichen Organen für einen längeren Zeitraum, etwa für den Abschnitt eines Fünfjahresplanes, bestehen, zum anderen nach der Richtung hin, daß Klarheit über die Ermittlung des für die örtlichen Haushalte jeweils zur Verfügung stehenden Finanzvolumens geschaffen wird

Die erste Überlegung führt zu der Forderung, Perspektivpläne für jedes einzelne örtliche Organ aufzustellen, aus denen die in einem bestimmten Zeitraum beabsichtigten Vorhaben und die dafür benötigten materiellen und finanziellen Mittel ersichtlich sind. Es bedarf weiterer Untersuchungen, um die für die Aufstellung der Perspektivpläne zweckmäßigste Methode zu finden. Jedoch soll an dieser Stelle schon der Hinweis gemacht werden, das gerade hier die zentralen Organe wie insbesondere die Fachministerien den Beweis für eine neue Qualität ihrer Arbeit dadurch erbringen können, daß sie sich in die Planung der örtlichen Organe

von vornherein beratend einschalten und bei dieser Gelegenheit ihre aus zusammenfassender Schau gewonnenen Erkenntnisse vertreten. Falsche und unentwickelte Entwicklung nicht gerecht werdende Vorstellungen in den örtlichen Gremien könnten so nachher durch Überzeugungsarbeit amnestisch durch nachträgliche Administrativen beseitigt werden. Solche sachverständig aufgestellten und die allgemeinen Belange berücksichtigenden Perspektivpläne, die in den Kreisen und Bezirken gebietsweise abzustimmen wären, dürften geeignet sein, eine systematische Aufbauarbeit zu sichern; sie würden zugleich in besonderem Maße dazu beitragen, die gesellschaftliche Aktivität der Bevölkerung, die bei ihrer Feststellung weitestgehend zu Wort kommen soll, für die Lösung der Aufgaben zu wecken.

Die zweite Überlegung, die in diesem Zusammenhang anzustellen ist, betrifft die Finanzierungsmöglichkeiten der Planvorstellungen der örtlichen Organe. Diese Überlegung schließt im Kern die Frage nach der Aufteilung des Volkseinkommens ein und führt somit ihrer Art nach über den örtlichen Rahmen hinaus in zentrale Bereiche. Die jeweilige Verteilung des Volkseinkommens durch den Staatshaushalt auf die einzelnen zentral und örtlich durchzuführenden Staatsaufgaben ist von ökonomischen und politischen Faktoren abhängig. Die gründlichen Einschätzung durch die obersten Leitungsstellen des Staates bedürfen das Haushaltsvolumen, das für die örtlichen Haushalte jährlich zur Verfügung gestellt werden kann, ist von dieser Einschätzung wesentlich abhängig. Für die Planaufstellung in den örtlichen Organen ist es aber von großer Bedeutung, daß möglichst frühzeitig die Mittel bekannt sind, mit denen im nächsten Haushaltsjahr zu rechnen ist. Ist das nicht der Fall und müssen die Planentwürfe häufig geändert werden, so erlischt erfahrungsgemäß das angestrebte Interesse der Bevölkerung für die Haushaltswirtschaft. Die hier noch zu lösende Aufgabe besteht also darin, Methoden zu finden, die eine rechtzeitige und weitgehend verbindliche Volumensermittlung für die Haushalte der örtlichen Organe ermöglichen. Das Vorhandensein von Perspektivplänen, aus denen auch die Dringlichkeit bestimmter durchzuführender Maßnahmen ersichtlich ist, wird sich hierbei zweifellos als sehr nützlich erweisen. Es ermöglicht den zentralen Staatsorganen, sich schon in einem sehr frühen Stadium einen Überblick über den in den nächsten Jahren zu erwartenden Finanzbedarf zu machen, eventuelle Bedenken gegen seine Höhe rechtzeitig zu erheben und auch Anregungen für zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten, wie sie z. B. durch das Nationale Aufbauwerk vorhanden sind, zu geben. Zentrale und örtliche Erfahrungen können sich dabei vervollständigen. Im Zusammenhang mit den Überlegungen über die Volumensermittlung der örtlichen Haushalte wird auch das volumensritrische Problem des Haushaltsausgleichs ebenfalls einer grundsätzlichen Lösung nähergeführt werden können und

PROBLEME DES DEMOKRATISCHEN ZENTRALISMUS IN DER HAUSHALTSWIRTSCHAFT ...

müssen. Innerhalb der aufgezeigten Grundproblematik von Bedarf und Deckung fällt dem Haushaltsausgleich dabei nicht nur die Aufgabe zu, die Finanzierung der volkswirtschaftlich gerechtfertigten Ausgaben zu sichern, sondern darüber hinaus auch das Interesse der Bevölkerung an einer Übererfüllung der Pläne durch eine entsprechende Gestaltung der Formen seiner Durchführung zu wecken.

Bei der Errechnung des Haushaltsvolumens der örtlichen Organe tritt als weiteres Problem, das einer Lösung zugeführt werden muß, die Frage der Haushaltsnormen auf. Es geht dabei in erster Linie darum, zu klären, inwieweit zentrale Normen für die Haushaltsaufstellung erforderlich sind und inwieweit örtlich festgelegte Finanzmaßstäbe geboten erscheinen. Diese Klärung ist notwendig, einmal um den Verantwortungsbereich der örtlichen Organe klar abzugrenzen und um zum anderen auch auf diesem Gebiet dem selbstverantwortlichen Handeln mehr Spielraum zu geben. Sicherlich gibt es eine ganze Anzahl von für die Haushaltswirtschaft wichtigen Normen, bei denen das Bedürfnis nach einer zentralen Festlegung unbestritten ist, hingewiesen sei nur auf Tarifnormen, Norm für Prämienfonds, zahlreiche Einnahmennormen usw. Bei vielen anderen Normen aber, die vor allem durch die Fachministerien bisher zentral festgelegt worden sind, wird zu untersuchen sein, ob sie unter dem Gesichtspunkt der größer gewordenen Verantwortung der örtlichen Organe noch in dieser Form Daseinsberechtigung haben. Bei einer Reihe von Haushaltspositionen, für die bisher Normen nicht entwickelt worden sind, wird sich die erhöhte Verantwortlichkeit der örtlichen Organe darin zeigen können, daß sie zunehmend von sich aus die Initiative zur Schaffung örtlicher Normen ergreifen.

Auch bei der Haushaltsdurchführung gibt es Probleme, die — im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Stärkung der Eigenverantwortung der örtlichen Organe entstanden — Anlaß zu wissenschaftlicher Durchleuchtung geben. So erscheint es notwendig, die ökonomischen Auswirkungen zu untersuchen, die sich aus der Berechtigung der örtlichen Organe der Staatsmacht ergeben, die im laufenden Planjahr nicht verbrauchten Haushaltsmittel auf das nächste Jahr zu übertragen. Hier dürften solche Fragen wie die haushaltsmäßige Weiterbehandlung dieser Mittel, ihre Bedeutung für die Kreditpolitik u. a. vor allem interessieren. Auch die Verwendung von Mehreinnahmen und Einsparungen wirft Probleme auf, die Beachtung verdienen. Eine Analyse der Entstehungsursachen dieser Positionen dürfte wertvolle Aufschlüsse namentlich darüber erbringen, inwieweit diese Mehreinnahmen und Einsparungen wirklich echt sind, d. h. eigenen Leistungen und nicht etwa Planungsfehlern, der Nichtdurchführung von Aufgaben oder anderen

Ursachen entspringen. Diese Kenntnis ist im Interesse der Verbesserung der Planungsarbeit dringend erforderlich; sie wird gerade auch den Volksvertretern wertvolle Fingerzeige geben können.

Auf dem Gebiet der Kontrolle und Revision der Haushaltswirtschaft der örtlichen Organe ergeben sich Fragen u. a. aus der Tatsache, daß die örtlichen Organe bisher über keinen eigenen Revisionsapparat verfügen, um die nachgeordneten Einrichtungen und Betriebe zu überprüfen. Diese Tatsache gewinnt dadurch an Bedeutung, daß die Volksvertretungen dem Rat für die Haushaltsführung Erläuterung zu erteilen haben und hierfür bestimmte Prüfungsunterlagen benötigen. Hier wird zu untersuchen sein, ob das bisherige System der Revision durch zentrale Organe (HA Kontrolle und Revision des Ministeriums der Finanzen) in der jetzigen Form beibehalten oder durch andere Organisationsformen ersetzt werden soll, die, ähnlich wie bei den Fachministerien, den Gedanken der Eigenverantwortlichkeit klarer zum Ausdruck bringen. Dabei wird auf jeden Fall darauf zu achten sein, daß durch eventuelle Neugestaltungen die Wirksamkeit der Finanzkontrolle keineswegs geschwächt werden darf, sondern vielmehr gestärkt werden muß. Der Vergrößerung der Rechte der örtlichen Organe entspricht eine Vermehrung ihrer Pflichten, die sich auch in einer gegenüber dem bisherigen Zustand noch leistungsfähigeren Kontrollorganisation auswirken und Revisionsarbeit bedürfen in diesem Zusammenhang ebenfalls einer Überprüfung hinsichtlich ihres Wirkungsgrades.

Die erhöhten Rechte und Pflichten der örtlichen Organe der Staatsmacht haben in Verbindung mit den quantitativ und qualitativ gestiegenen Aufgaben auch Auswirkungen auf das Tätigkeitsgebiet des Staatsfunktionärs, der als Haushaltssachverständiger besondere Verantwortung für die Haushaltswirtschaft zu tragen hat, des Haushaltsbearbeiters. Die Frage seiner Qualifikation, die in der Vergangenheit manche Sorge bereitet hat, wird zunehmend noch dringlicher. Jedoch bleibt auch das Problem zu untersuchen, inwieweit die bisherigen Vorschriften mit ihrer nicht immer ganz klaren Aufgabenstellung den neuen Verhältnissen noch gerecht werden.

Bereits diese knappen Hinweise, die in keiner Weise Anspruch auf Vollständigkeit erheben, sondern nur einige Anregungen vermitteln sollen, dürften deutlich machen, welche Fülle von Problemen ökonomischer wie aber auch rechtlicher Art das Prinzip des demokratischen Zentralismus bei seiner Anwendung in der Haushaltswirtschaft aufwirft. Sie zu analysieren und an ihrer Lösung zu arbeiten, ist eine Aufgabe, die im Interesse unseres sozialistischen Aufbaus und der Stärkung unserer Staatsmacht gemeinsam von Wissenschaft und Praxis gemeistert werden muß.

1) „Neues Deutschland“ 1957, Nr. 168, S. 2.

50X1-HUM

Volkswirtschaftliche Fakultät  
Institut für Preise Direktor Dr. Herbert Baum  
Als Manuskript gedruckt!

### Die Aufgaben und Grundsätze der Preispolitik für die Erzeugnisse der genossenschaftlich-sozialistischen und der privaten Landwirtschaft der DDR

Von GERALD SCHMIDT

#### Vorbemerkung:

Obgleich die Problematik der Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte zu einem der interessantesten, aber auch schwierigsten Fragenkomplex gehört, ist darüber in der ökonomischen Literatur der DDR bisher fast noch nichts erschienen. Insbesondere ermangelt es an einer Herausarbeitung von Leitsätzen für die Bildung von Erzeugerpreisen landwirtschaftlicher Produkte. Eine Diskussion über diese Probleme erscheint vor allem deshalb fruchtbar, als damit wichtige Fragen über die Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Landwirtschaft erörtert werden und die Anwendungsmöglichkeit und auch die Grenze der Preispolitik gegenüber der Landwirtschaft umrissen werden muß.

#### I. Die Aufgaben der Preispolitik für die Erzeugnisse der genossenschaftlich-sozialistischen und privaten Landwirtschaft und die Stellung der Preispolitik im System der wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Staates gegenüber der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft der DDR hat eine große Bedeutung in zweierlei Hinsicht. Sie ist Lieferant von Nahrungsmitteln für die Bevölkerung und von wichtigen Rohstoffen für die Industrie, gleichzeitig wird in dem Maße, wie das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern gefestigt und die Großproduktion in der Landwirtschaft gefördert wird, der Aufbau des Sozialismus in der DDR unterstützt.

Die Aufgaben, die der Staat gegenüber der genossenschaftlich-sozialistischen und privaten Landwirtschaft der DDR zu verfolgen hat, sind dementsprechend von allem folgende:

1. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist zu fördern. Bis 1960 ist die pflanzliche Produktion auf 118,6 Prozent, die tierische auf 125,9 Prozent zu erhöhen, pro Hektar ist die Schweinefleischproduktion auf 118 Prozent, die

Rindfleischproduktion auf 122,5 Prozent zu steigern.)

2. Das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern ist weiter zu festigen.
3. Der Übergang von der bäuerlichen Klein- zur sozialistischen Großproduktion ist zu fördern und
4. die Feldarbeiten, insbesondere die mit überwiegender Handarbeit, sind weiter zu mechanisieren, die Innenmechanisierung sowie das ländliche Bauwesen ist zu verbessern.

Die Erfüllung dieser Aufgaben erfordert vom Staat vielseitige Methoden der Wirtschaftslenkung. Diese Methoden der Wirtschaftslenkung müssen darauf ausgerichtet sein, unter Berücksichtigung der Ökonomik der Landwirtschaft, die insbesondere durch die noch vorherrschende zersplitterte Warenproduktion sehr kompliziert ist, die Erfüllung der obengenannten Aufgaben zu garantieren.

Auf Grund der komplizierten Ökonomik und der volkswirtschaftlichen Wichtigkeit der landwirtschaftlichen Produkte wendet der Staat folgende wirtschaftspolitische Instrumente an:

1. die Pflichtablieferung in Verbindung mit der begünstigten Soll-Anrechnung für bestimmte Produkte,
2. den Vertragsabschluß,
3. die Gegenlieferungen von Futtermitteln und Dünger sowie den beschränkten Verkauf landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen,
4. die Maschinen- und Traktorenstationen,
5. die Preispolitik und
6. die Steuer- und Kreditpolitik.

Durch die Pflichtablieferung und Gegenlieferungen sowie mit Hilfe der MTS wirkt der Staat unmittelbar auf die einzelnen LPG und einzelbäuerlichen Betriebe ein. Der Staat verfügt durch gesetzliche Bestimmungen, wieviel Produkte abzuliefern sind und für welche Produkte Vergünstigungen in

\*) WALTER ULBRICHT: Der zweite Fünfjahresplan und der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. ND v. 23. 3. 1956 - Beiträge Seite 32/33.

50X1-HUM

DR. GERALD SCHMIDT

Form von begünstigter Anrechnung auf das Soll und in Form von Gegenlieferungen von Futtermitteln und Dünger gewährt werden. Mit Hilfe der MTS lenkt der Staat die Einführung und den Einsatz der modernen Technik und fördert den Aufbau des Sozialismus auf dem Lande. Der Staat erfaßt somit bereits einen großen Teil der landwirtschaftlichen Produkte, fördert durch den Einsatz der im staatlichen Eigentum befindlichen Produktionsmittel die sozialistische Großproduktion und verhilft damit gleichzeitig eine Ausdehnung kapitalistischer Elemente in der Landwirtschaft.

Auf diese Weise verschafft der Staat dem Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft gegenüber der genossenschaftlich-sozialistischen und privaten Landwirtschaft unmittelbare Geltung und schränkt die regulierende Wirkung des Wertgesetzes ein. Die Einwirkung des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung ist bei den LPGen größer als bei den bäuerlichen Betrieben, da die Produktion der LPGen geplant und mit den Erfordernissen des Staates abgestimmt wird. Dieses Abstimmen der Produktionspläne der LPGen mit den staatlichen Erfordernissen muß aber mit den materiellen Interessen der LPGen übereinstimmen. Darin kommt zum Ausdruck, daß auch hier das Wertgesetz wirkt. Das Wertgesetz erfordert vor allem die Beachtung der Selbstkosten bei der Preisbildung und damit in Verbindung solche Preisrelationen, die die Erfüllung der Pflichtablieferung unterstützen.

Die regulierende Wirkung des Wertgesetzes, d. h. die Bestimmung der Höhe und der Richtung der Produktion durch das Wertgesetz, ist somit für einen bedeutenden Teil der Warenproduktion weitestgehend ausgeschaltet. Trotzdem wirkt aber, wenn auch in beschränktem Ausmaße, das Wertgesetz noch regulierend auf die landwirtschaftliche Produktion ein. Diese Tatsache ist dadurch zu erklären, daß über einen Teil der Warenproduktion frei verfügt werden kann und daß infolge des privaten und genossenschaftlich-sozialistischen Eigentums eine unmittelbare Beziehung zwischen den Einkünften der Genossenschafts- und Einzelbauern und den Ergebnissen aus der Produktionsfähigkeit besteht. Bei den LPGen ist, abgesehen von denen, deren Arbeitseinheiten in vollem Umfange kreditiert werden, ebenfalls eine solche Beziehung vorhanden. Da aber die Produktion der LPGen unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Volkswirtschaft und der materiellen Interessiertheit der LPGen sowohl global als auch bei jeder einzelnen LPG geplant wird, so ist die regulierende Wirkung des Wertgesetzes auf die Produktion der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in einem größeren Maße eingeschränkt als gegenüber den bäuerlichen Einzelwirtschaften.

Als regulierende Wirkung des Wertgesetzes in der genossenschaftlich-sozialistischen und privaten Landwirtschaft ist unter den Bedingungen der DDR zu verstehen, daß der Umfang und die Richtung

eines Teiles der landwirtschaftlichen Produktion durch die Höhe des zu erzielenden Einkommens bestimmt wird, wobei zwei Bedingungen vorliegen müssen:

1. Das genossenschaftlich-sozialistische Eigentum und das private Eigentum kapitalistischer und einfacher Warenproduzenten, wodurch eine unmittelbare Verbindung des Einkommens mit den Ergebnissen der Produktion gegeben ist.
2. die freie Verfügung über einen Teil der Warenproduktion.

Den Erfordernissen der Volkswirtschaft und somit den Erfordernissen des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung kann daher nur dann entsprochen werden, wenn diese in bestimmten Grenzen regulierende Wirkung des Wertgesetzes so ausgenutzt wird, daß diese Wirkung in Übereinstimmung mit den volkswirtschaftlichen Erfordernissen gebracht wird.

Das ist die vordringliche Aufgabe der Preispolitik. Mit Hilfe der Preispolitik wird durch entsprechende Preise die Produktion volkswirtschaftlich wichtiger Erzeugnisse angeregt. Eine derartige Funktion der Preispolitik ist überhaupt nur möglich und zugleich notwendig, weil eine regulierende Wirkung des Wertgesetzes innerhalb bestimmter Grenzen noch vorhanden ist. Neben diesem Anreiz zur Produktionssteigerung wirkt die Preispolitik in Verbindung mit der differenzierten Pflichtablieferung auf die Bildung der Einkünfte und damit auf die Verteilung des Volkseinkommens zwischen Industrie und Landwirtschaft und innerhalb der Landwirtschaft, auf die Verteilung zwischen den einzelnen Betriebsgrößengruppen an. Dadurch spielt die Preispolitik gleichzeitig eine wesentliche Rolle bei der Festlegung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und auch beim Übergang von der bäuerlichen Klein- zur sozialistischen Großproduktion. Die Aufgaben der Preispolitik gegenüber der genossenschaftlich-sozialistischen und privaten Landwirtschaft sind demnach folgende:

1. Die Erfüllung der Erfassungs- und Aufkaufpläne zu unterstützen, wobei namentlich über die Aufkaufpreise eine Erhöhung der Marktproduktion zu bewirken ist.
2. Die größtmögliche Menge an landwirtschaftlichen Produkten in die Hände des Staates zu leiten und spontane Marktbewegungen einzuschränken.
3. Den Übergang von der bäuerlichen Klein- zur sozialistischen Großproduktion zu fördern.
4. Eine das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern fördernde Einkommensentwicklung zu gewährleisten.

Die Steuerpolitik ergänzt die Preispolitik, wobei die besondere Aufgabe der Steuerpolitik darin besteht, einen Teil der Einkünfte für die Finanzierung staatlicher Aufgaben zu mobilisieren, die Produktionssteigerung zu unterstützen und eine, dem Ge-

DIE AUFGABEN UND GRUNDSÄTZE DER PREISPOLITIK FÜR DIE ERZEUGNISSE...

setz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft widersprechende Geldakkumulation vor allem bei den Großbauern zu verhindern. Die Steuerpolitik kann auf eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion aber nur global, d. h. auf die gesamte Produktion einwirken, nicht aber auf die Produktion einzelner Erzeugnisse. Das muß der Preispolitik vorbehalten bleiben, da sie in erster Linie auf die Höhe und Struktur der Einnahmen und somit auf die Produktion der einzelnen Erzeugnisse einen entscheidenden Einfluß ausübt. Eine Differenzierung der Steuersätze nach Produktionsgruppen wäre auch in Anbetracht des derzeitigen niedrigen Niveaus der steuerlichen Belastung unwirksam.

Die Kreditpolitik dient in erster Linie dazu, die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu stärken sowie weniger finanzkräftigen einzelbäuerlichen Wirtschaften den Kauf von Düngemitteln, Saatgut, Nutzvieh und dergl. zu erleichtern. Durch die Kreditpolitik werden somit die Produktionsmöglichkeiten besser ausgenutzt bzw. erweitert und Voraussetzungen geschaffen, daß auch die Preispolitik noch wirksamer fungieren kann.

Die Anwendung dieser wirtschaftspolitischen Instrumente kann letztlich nur dann zu den gewünschten Effekten führen, wenn all diesen Maßnahmen vor allem die Planung der landwirtschaftlichen Brutto- und Marktproduktion und damit in Verbindung die Planung des Nutzflächenverhältnisses im volkswirtschaftlichen Maßstab zugrunde liegt. Durch die Planung der Brutto- und Marktproduktion und der Planung des Nutzflächenverhältnisses wird erst ein sinnvolles Abstimmen der einzelnen wirtschaftspolitischen Maßnahmen ermöglicht und verhindert, daß die einzelnen Maßnahmen isoliert voneinander getroffen werden und die Steigerung der Produktion bestimmter Erzeugnisse eine Senkung der Produktion anderer Erzeugnisse hervorruft.

#### II. Die Grundsätze der Preispolitik für die Erzeugnisse der genossenschaftlich-sozialistischen und der privaten Landwirtschaft

Die Erfüllung der genannten Aufgaben der Preispolitik gegenüber der genossenschaftlich-sozialistischen und privaten Landwirtschaft verlangt, gewisse, fest umrissene Grundsätze zu beachten. Derartige Grundsätze zeigen auf, wie die Preispolitik gehandhabt werden muß, um den genannten Aufgaben zu entsprechen. Nach dem Zusammenbruch des faschistischen Staates und mit Beginn der Wiederherstellung und des weiteren Aufbaues unserer Volkswirtschaft wurde die Preispolitik gegenüber der Landwirtschaft erfolgreich dazu ausgenutzt, die Produktion zu steigern und das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern zu festigen. Dabei darf nicht verkannt werden, daß sich neben diesen positiven Seiten der Preispolitik auch eine Reihe negativer Erscheinun-

gen bemerkbar machten. Diese negativen Erscheinungen bestehen vor allem in der Tatsache, daß

1. die Erfassungspreise nicht die Selbstkosten der Produkte decken,
2. die Preisrelationen sich in übermäßigem Maße zugunsten tierischer Produkte auswirken und
3. die Erfassungs- und Aufkaufpreise weit auseinanderklaffen.

Diese Unzulänglichkeiten haben bestimmte ungünstige Auswirkungen hervorgerufen, die später noch untersucht werden sollen. Verursacht wurden diese Unzulänglichkeiten weniger durch subjektive Momente, als vielmehr durch die Tatsache, daß im Rahmen des Preisstopps und im Interesse niedriger Lebenshaltungskosten fast keine Erhöhung der Erfassungspreise bis 1955 vorgenommen wurde, während die Einzelhandelspreise für nicht rationierte Nahrungsmittel (HO), z. B. für Butter, Fleisch und Fleischwaren sowie für Eier und Milch, verhältnismäßig hoch sind und auch entsprechend hohe Aufkaufpreise verlangen. Die Preispolitik gegenüber der Landwirtschaft hängt nicht nur von den Faktoren ab, die in der Landwirtschaft selbst gegeben sind, sondern auch zu einem beträchtlichen Ausmaße von den Einzelhandelspreisen.

In dem Maße, wie die Einzelhandelspreise (HO) gesenkt werden können, bietet sich die Möglichkeit, die genannten Unzulänglichkeiten mit ihren ungünstigen Auswirkungen schrittweise zu beseitigen und das Preissystem noch wirksamer anzuwenden. Bei dieser schrittweisen Verbesserung des Preissystems in der Landwirtschaft sollten nach Meinung des Verfassers folgende Grundsätze beachtet werden:

1. Das System der Erfassungs- und Aufkaufpreise ist die Voraussetzung für die Erfüllung der Aufgaben der Preispolitik.
2. Die Erfassungspreise (gesamte Marktproduktion bewertet zu Erfassungspreisen) sollen in der Zukunft die Kosten (einschließlich Lohnanteil des Betriebsinhabers und mitarbeitenden Familienangehörigen) bei guter Wirtschaftsführung decken, wobei von dem Boden ausgegangen werden muß, der für den Anbau noch erforderlich ist.
3. Bei der Festlegung von Erzeugerpreisen ist weiterhin vom Bedarf der Volkswirtschaft auszugehen und die Produktion wichtiger Produkte durch günstige Preisrelationen anzuregen, ohne aber dabei auf die Dauer die Produktion anderer, ebenso wichtiger Produkte erheblich zurückzudrängen.
4. Die Erzeugerpreise müssen so festgelegt werden, daß zwischen der Zunahme der Warenproduktion und der Zunahme der Verkaufserlöse engste Beziehungen bestehen und ein weites Auseinanderklaffen vermieden wird.
5. Zwischen den Aufkaufpreisen und den Verbraucherpreisen müssen solche Relationen ge-

DR. GERALD SCHMIDT

wahrt werden, daß möglichst viele Produkte in die Hand des Staates gelangen und dadurch eine Ausweitung spontaner Marktbewegungen sowie die Verflüchtigung von Nahrungsgütern verhindert wird.

6. Die Preise müssen nach den Qualitätsmerkmalen scharf differenziert werden, sie müssen eine zeitliche Differenzierung aufweisen und je nach der vertraglichen oder nichtvertraglichen Bindung der Produktion unterschiedlich sein.

1. Grundsatz: Das System der Erfassungs- und Aufkaufpreise ist die Voraussetzung für die Erfüllung der Aufgaben der Preispolitik.

Das System der Pflichtablieferung und des freien Aufkaufs ist eine wichtige Voraussetzung für die Warenbeziehungen zwischen der Industrie und Landwirtschaft. Dieses System hat sich bisher bewährt, es garantiert dem Staat die Erfassung eines beträchtlichen Teiles der landwirtschaftlichen Produkte und wirkt gleichzeitig als Anreiz, die Produktion zu erhöhen. Soll dieses System aber überhaupt funktionsfähig sein, so ist auch ein diesem Erfassungssystem entsprechendes Preissystem erforderlich, d. h. die Anwendung der Erfassungs- und Aufkaufpreise.

Durch die als Prämie wirkenden Aufkaufpreise wird gerade dieser Impuls auf die Steigerung der Produktion ausgeübt. Dabei ist zu beachten, daß in Verbindung mit der differenzierten Pflichtablieferung die Preispolitik die Einkommensbildung bei den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben begünstigt. Somit dient dieses Preissystem nicht nur der Produktionssteigerung, sondern auch in Verbindung mit der differenzierten Pflichtablieferung der differenzierten Einkommensbildung in den einzelnen Betriebsgrößenklassen zugunsten der Klein- und Mittelbauern.

Darüber hinaus ermöglicht aber auch gerade das System der Erfassungs- und Aufkaufpreise angesichts der hohen Einzelhandelspreise (HO) die Einschränkung spontaner Marktbewegungen. Würde für landwirtschaftliche Produkte ein einheitlicher Erzeugerpreis bestehen, so ergäbe sich eine sehr große Differenz zwischen diesem Erzeugerpreis und dem Verbraucherpreis (HO). Bei einer derartigen Situation würden die Bauern versuchen, durch den Verkauf an den Verbraucher diese Differenz selbst zu realisieren. Die Einführung des Staates auf die landwirtschaftliche Produktion würde vermindert, Spekulation und unkontrollierte Warenverkäufe sich dagegen ausdehnen. Eine derartige Entwicklung wäre gleichzeitig damit verbunden, daß die kapitalistischen Elemente in der Landwirtschaft gestärkt werden würden.

Mit der Behebung spontaner Marktbewegungen durch einen einheitlichen Erzeugerpreis wäre aber auch das ganze System der Pflichtablieferung gefährdet. Die hohen Aufkaufpreise regen den Bauer

an, seine Produkte dem Staat zu verkaufen, wobei er aber seine Pflichtablieferung als Vorbedingung des freien Verkaufs erfüllt haben muß. Bei einheitlichen Preisen würde der Bauer bestrebt sein, einen größeren Teil seiner Produkte an den Verbraucher unmittelbar zu verkaufen, unabhängig davon, ob er die Pflichtablieferung erfüllt hat oder nicht. In der Nähe der Städte würde diese Gefahr sehr groß sein.

All diese hier dargelegten Gründe veranlassen die Gegner unserer Republik immer wieder, den Versuch zu unternehmen, die Bauern in der DDR gegen das System der Pflichtablieferung und des freien Aufkaufs und gegen das entsprechende Preissystem aufzubringen. Nicht zuletzt vertrat gerade VIEWEG mit seinem revisionistischen Programm der Stärkung des Kapitalismus in der Landwirtschaft der DDR diese Auffassung von der Beseitigung dieses Systems der Erfassungs- und Aufkaufpreise.

2. Grundsatz: Die Erfassungspreise (gesamte Marktproduktion bewertet zu Erfassungspreisen) sollen in der Zukunft die Kosten (einschließlich Lohnanteil des Betriebsinhabers und mitarbeitender Familienangehörigen) bei guter Wirtschaftsführung decken, wobei von dem Boden ausgegangen werden muß, der für den Anbau noch erforderlich ist.

Die Beachtung dieses Grundsatzes ergibt sich daraus, daß der Boden nicht beliebig vermehrbar ist und somit ein Monopol an der Bewirtschaftung des Bodens auch unter sozialistischen Bedingungen besteht.

Im Unterschied zur Preisbildung in der Industrie darf deshalb bei der Preisbildung in der Landwirtschaft nicht von den durchschnittlich notwendigen Kosten ausgegangen werden. Von den durchschnittlich notwendigen Kosten darf in der Preisbildung nur dann ausgegangen werden, wenn z. B. durch technische Verbesserungen das Niveau der durchschnittlichen Kosten erreichbar ist oder volkswirtschaftlich eine Produktion bei höheren als den durchschnittlichen Kosten nicht erforderlich ist. In der Landwirtschaft können aber derartige Unterschiede in den Produktionsbedingungen nicht oder nur wenig ausgeglichen werden, die Bodengüte ist eine jeweils gegebene, und deren unterschiedliche Ertragsfähigkeit kann niemals restlos überbrückt werden. Wenn auch durch bessere Bodenbearbeitung und Mechanisierung der Erträge gesteigert werden, so wird das in der Regel bei allen Bodenarten erfolgen.

Deshalb ist es notwendig, bei der Preisbildung landwirtschaftlicher Produkte von solchen Betrieben auszugehen, die unter ungünstigen natürlichen Ertragsbedingungen noch für den Anbau erforderlich sind.

DIE AUFGABEN UND GRUNDSÄTZE DER PREISPOLITIK FÜR DIE ERZEUGNISSE...

Hierbei ist zu beachten, daß im Hinblick auf die Selbstkosten der pflanzlichen Produktion solche Hektarerträge angenommen werden müssen, die über einen längeren Zeitraum betrachtet, über dem allgemeinen Durchschnitt liegen. Damit wird einmal den natürlichen Ertragsbedingungen annähernd entsprochen, zum anderen aber eine Rentabilität des Betriebes nur erreicht, wenn der Betrieb ordnungsgemäß geführt wird.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß die Kosten auf der Basis von Ermittlungen mehrerer Jahre (5—10 Jahre) festgelegt werden müssen, um über- oder unterdurchschnittliche Jahreserträge auszuschalten, die durch besonders günstige oder ungünstige natürliche Bedingungen hervorgerufen worden sind.

Diesen Grundsatz zu verwirklichen, wird immer nur annähernd möglich sein, da die Unterschiede in der Ertragsfähigkeit der einzelnen Betriebe selbst bei gleichen natürlichen Ertragsbedingungen sehr mannigfaltig sind. Für die Tatsache, daß es noch nicht gelungen ist, diesem Grundsatz Geltung zu verschaffen, gibt es verschiedene Ursachen. Die Erfassungspreise in der DDR sind auf der Basis des Preisstopps von 1944 gebildet und bis 31. 12. 1955, von einigen Ausnahmen abgesehen, kaum verändert worden. Dieses Preise waren für die damaligen Verhältnisse ohnehin schon niedrig und mußten dazu führen, daß die Erfassungspreise nicht die einfache Reproduktion der Betriebe und damit keine Rentabilität gewährleisten konnten. Infolge der Kostenunterdeckung wird den Betrieben, die keine Aufkaufpreise realisieren, nicht die Möglichkeit gegeben, sich aus eigener Kraft zu entwickeln.

Diese Betriebe haben oft Schwierigkeiten beim Düngemittelkauf, beim Zukauf von Futtermitteln und hochwertigem Nutzvieh. Das beweisen u. a. auch die Forderungen der BHG an diese Bauern und schließlich auch die Steuerrückstände. Somit können die Produktionsmöglichkeiten dieser Betriebe nicht voll ausgeschöpft werden.

Diese Unterbewertung der Produkte durch den Erfassungspreis hat noch eine weitere nicht günstige Auswirkung. Die Gründung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften des Typs I und II ist sehr geringfügig, es besteht oft die Tendenz, sofort zum Typ III überzugehen bzw. vorzeitig diesen Schritt zu tun. Das hängt z. T. mit den niedrigen Erfassungspreisen und den niedrigen Preisen für die pflanzliche Produktion überhaupt zusammen. Da die Einnahmen von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften des Typs I hauptsächlich aus der Pflichtablieferung pflanzlicher Produkte resultieren, haben diese Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften geringe Einnahmen und werden von den Bauern oft gemieden. Die Preispolitik hemmt hier bis zu einem gewissen Grade die Bildung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften des Typs I.

Aus den gleichen Gründen wird die wirtschaftliche Festlegung wirtschaftlich schwacher Landwirt-

schafflicher Produktionsgenossenschaften verzögert. Gerade derartige Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften verfügen über große Flächen und können nicht von heute auf morgen ihre Viehbestände auf solch ein Maß erhöhen, um einen großen Teil der tierischen Produktion in den freien Aufkauf zu liefern. Das liegt z. T. an subjektiven Gründen, hat aber seine Ursachen vor allem in der Arbeitskräftefrage und in der ungenügenden Anzahl von Stallungen.

Mit den Preisveränderungen ab 1. 1. 1956 und 1. 1. 1957 wurden die Erfassungspreise erhöht und die genannten ungünstigen Auswirkungen abgeschwächt, wenn auch nicht völlig aufgehoben. Für die Zukunft ist es deshalb erforderlich, die Erfassungspreise weiter zu erhöhen, vor allem die für die pflanzlichen Erzeugnisse, insbesondere für Kartoffeln und Getreide. Die Möglichkeit dazu ergibt sich in dem Maße, wie die Einzelhandelspreise (HO) gesenkt werden können.

Durch die Senkung der Einzelhandelspreise (HO) wird ein bestimmter Fonds gebildet, um den die Aufkaufpreise zu senken sind und die Erfassungspreise erhöht werden müssen. Diesen entstehenden Fonds gilt es umzuverteilen, d. h. die Erhöhung der Erfassungspreise darf bei einzelnen Produkten nicht etwa der Senkung der Aufkaufpreise für dasselbe Produkt entsprechen, sondern es sind die Erfassungspreise für die Produkte in einem größeren Maße zu erhöhen, bei denen die Kostendeckung eine sehr ungünstige ist.

Keinesfalls darf bei solchen Preisveränderungen außer acht gelassen werden, daß bei einem Teil der Großbauern dann höhere Einnahmen zu verzeichnen sind. Solche Erscheinungen sind zwangsläufig mit derartigen Preisveränderungen verbunden. Um diese Erscheinungen zu beseitigen, ist es deshalb erforderlich, die Möglichkeiten der Steuerpolitik stärker zu nutzen als bisher.

Dieser Grundsatz, die Selbstkosten durch die Erfassungspreise zu decken, kann nicht mit einem Schlag verwirklicht werden. Dieser Grundsatz soll vielmehr ein Ziel darstellen, dessen Verwirklichung nur allmählich und annähernd anzustreben ist. Würde man den Grundsatz vertreten, lediglich bei den sogenannten Durchschnittspreisen aus Erfassung und Aufkauf die Kostendeckung erreichen zu wollen, so könnten die eingangs dargelegten Unzulänglichkeiten und ihre Auswirkungen nur zum Teil beseitigt werden. Wenn auch im geringeren Ausmaße, es würde ständig eine beträchtliche Anzahl von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und bäuerlichen Betrieben niemals die einfache Reproduktion gewährleisten können. Dieser Nachteil darf nicht übersehen werden, obgleich der Vorteil besteht, daß bei der Kostendeckung lediglich durch die Durchschnittspreise die Preisveränderungen in engeren Grenzen gehalten werden könnten. Das gilt aber nur für die tierischen Produkte, denn bei pflanzlichen Produkten ist der Erfassungs- und Durchschnittspreis fast identisch.

DR. GERALD SCHMIDT

Die Selbstkostendeckung muß daher bei pflanzlichen Produkten in jedem Falle durch den Erfassungspreis allmählich hergestellt werden. Bei tierischen Produkten ist das ebenfalls in der Zukunft anzustreben, die Verwirklichung dieses Grundsatzes hängt aber doch wieder davon ab, wie hoch die Einzelpreise sind und wie hoch demzufolge die Aufkaufpreise sein müssen. Daran ist bereits zu erkennen, daß die einzelnen Grundsätze niemals für sich allein durchgesetzt werden können, sondern nur in dem Maße, wie dadurch den anderen Grundsätzen nicht widersprochen wird.

3. Grundsatz: Bei der Festlegung von Erzeugerpreisen ist weiterhin vom Bedarf der Volkswirtschaft auszugehen und die Produktion wichtiger Produkte durch günstige Preisrelationen anzuregen, ohne aber dabei auf die Dauer die Produktion anderer, ebenso wichtiger Produkte erheblich zu rückzudrängen.

Dieser Grundsatz gilt in besonderen Maße für die Aufkaufpreise, da die Höhe der Aufkaufpreise und die Relationen der Aufkaufpreise zueinander den entscheidenden Impuls auf den Umfang und die Richtung der Produktionssteigerung ausüben. So haben die Aufkaufpreise wesentlich dazu beigetragen, die Warenproduktion bei tierischen Produkten und z. B. auch bei Öhrüchten zu steigern, während die Warenproduktion u. a. bei Getreide und Kartoffeln zurückging. Das wurde u. a. durch die hohen Aufkaufpreise für tierische Produkte hervorgerufen. Diese Begünstigung der tierischen Produktion durch den Preis ist nach wie vor erforderlich, um den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben.

Betrachtet man allein das Aufkommen aus freiem Aufkauf bei tierischen Produkten, so fällt sofort auf, daß das Aufkommen an Lebendvieh ohne Schwein zurückgegangen ist. Das rührt daher, weil die Aufkaufpreise für Rind auf Grund der im Verhältnis dazu sehr hohen Aufkaufpreise für Schwein und Milch vor allem bis 1955 die Aufzucht von Kälbern bzw. die Mast abgemolkenen Kühe nicht anregten, sondern im Gegenteil behinderten. Das wirkte sich z. T. auch auf den Viehbestand aus, indem von 1950 ab die Schweinebestände sich sehr rasch entwickelten, die Gesamtzahl des Rindviehs demgegenüber nur wenig anstieg, bei Kälbern ein Absinken zu verzeichnen ist, bei Milchkühen hingegen eine Zunahme.

Die einseitig hohen Aufkaufpreise für Schwein und Milch bewirkten somit, daß hauptsächlich die Mast von Schweinen begünstigt und der Bauer anregt wurde, möglichst viel Milch zu verkaufen und zwar z. T. auf Kosten der Rinderaufzucht. Selbstverständlich war es, um den Fleischbedarf möglichst schnell zu decken, erforderlich, die Schweine zu forcieren. Durch die ungünstigen

Preisrelationen für Rind bis 1955 wurde aber ein in der Folgezeit ebenso wichtiges Produkt zurückgesetzt. Selbst die Betriebe, die auf Rinderhaltung eingerichtet waren, sind dadurch auf die Schweinemast gedrängt worden. Diese vor allem zugunsten des Schweines hohen Aufkaufpreise bewirkten, daß Rindfleisch Mangelware wurde. Durch die Preisveränderungen ab 1. 1. 1956 und 1. 1. 1957 ist das Preisgefüge für landwirtschaftliche Produkte verbessert und u. a. die Preisrelationen zwischen Schwein und Milch einerseits und Rind andererseits zugunsten des Rindes verändert worden.

Damit wurden wichtige Voraussetzungen für eine gleichmäßigere Entwicklung der tierischen Produktion und für die Erhöhung des Rindfleischaufkommens geschaffen. Die Senkung des Aufkommens aus freiem Aufkauf an Rind im Jahre 1956 darf man allerdings nicht in erster Linie den Aufkaufpreisen ab 1956 zuschreiben. Durch die Aufhebung des Viehhalteplanes stießen die Bauern einen Teil des Rindviehs ab, ebenso verringerten sie z. T. die Schweinebestände, wobei die ungünstige Futterlage des Jahres 1956 noch das übrige dazu beitrug, eine derartige Tendenz zu fördern. Die Auswirkungen dieser Preisänderungen werden daher in Verbindung mit den Jungtiermastverträgen erst ab 1958 spürbar werden.

Somit zeigt sich, daß bei preispolitischen Maßnahmen gegenüber der Landwirtschaft immer darauf zu achten, ob durch Preisänderungen für ein Produkt eine indirekte Auswirkung auf andere Produkte erzielt wird und in welchem Ausmaße diese Auswirkung eintritt oder ob durch Preisveränderungen nur das entsprechende Produkt begünstigt oder benachteiligt wird, auf andere Produkte hingegen keine Auswirkungen hervorgerufen werden.

Schließlich muß weiter hervorgehoben werden, daß das Verhältnis zwischen Kosten und Preis sehr unterschiedlich ist. Die Selbstkostendeckung und die produktionslenkende Funktion des Preises müssen so in Übereinstimmung gebracht werden, daß immer die aktive Einwirkung des Preises auf die Produktion erhalten bleibt. Eine schematische Projizierung der Kostenrelationen auf die Preisrelationen hätte in vielen Fällen die ungünstigsten Auswirkungen.

Die aktive Wirkung der Preispolitik auf die Produktion ist sehr bedeutungsvoll für die Steigerung der Produktion, diese Einwirkung hat aber bestimmte Grenzen. Die Preise können nur dort einen positiven Einfluß ausüben, wo die materiellen Grundlagen für eine Produktionssteigerung vorhanden sind. Diese Möglichkeit der Produktionssteigerung wird entweder durch den bestehenden Preis oder durch eine Veränderung der Preise ausgenutzt. Sind die materiellen Möglichkeiten für eine

DIE AUFGABEN UND GRUNDSÄTZE DER PREISPOLITIK FÜR DIE ERZUGNISSE...

Steigerung der Produktion nicht vorhanden, so wird durch eine Preiserhöhung keine Steigerung der Produktion bewirkt, sondern lediglich eine Erhöhung der Einnahmen und somit eine andere Verteilung des Volkseinkommens. Die Einnahmen der Landwirtschaft steigen, ohne zu einer Erhöhung der Warenproduktion zu führen.

Die Grenzen für die Wirksamkeit der Preispolitik werden vor allem durch folgende Faktoren bestimmt:

1. durch die Futtermittelgrundlage,
2. den Arbeitskräftebesatz,
3. den Stand des landwirtschaftlichen Bauwesens,
4. durch die Mechanisierung der Feldarbeit und Innenmechanisierung,
5. durch die Versorgung mit Düngemitteln, Saatgut und Zucht- und Nutzvieh.

Sind derartige Grenzen gegeben, so kann eine Erhöhung der Produktion nur dann erreicht werden, wenn in erster Linie diese genannten Faktoren verändert werden, die Preispolitik kann derartige Maßnahmen unterstützen, aber niemals von selbst auslösen.

Eine Steigerung des Aufkaufs an Vieh (z. B. Jung-rinder) wird deshalb nicht nur durch preispolitische Maßnahmen unterstützt, sondern insbesondere auch durch die Gegenlieferung von Futtermitteln. Andernfalls würde der Preis niemals eine solche günstige Wirkung auf den Abschluß von Jungtiermastverträgen ausüben.

Ebenso werden Preise wirkungslos bleiben, wenn der Arbeitskräftebesatz z. B. bei den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sehr niedrig und deren Stallungen unzureichend sind. Hier bedarf es einer noch größeren Mechanisierung der Feldarbeiten und der Verbesserung der Innenmechanisierung um die Arbeitsproduktivität in der pflanzlichen und tierischen Produktion zu erhöhen, es bedarf der Verbesserung des ländlichen Bauwesens.

4. Grundsatz: Die Erzeugerpreise müssen so festgelegt werden, daß zwischen der Zunahme der Warenproduktion und der Zunahme der Verkaufserlöse engste Beziehungen bestehen und ein weites Auseinanderklaffen vermieden wird.

Dieser Grundsatz berührt hauptsächlich die Frage, in welchem Verhältnis die Erfassungs- und Aufkaufpreise zueinander stehen dürfen. Seit 1953 ist die Pflichtablieferung unverändert geblieben. Jede Mehrproduktion wird somit von den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und bäuerlichen Betrieben über den freien Aufkauf realisiert. Bestehen große Abweichungen zwischen den Erfassungs- und Aufkaufpreisen, so wird die Erhöhung der Einnahmen bedeutend rascher voran-

schreiten als die Erhöhung der Marktproduktion. Auf die Dauer kann solch eine Erscheinung zu einer fehlerhaften Verteilung des Volkseinkommens zwischen Industrie und Landwirtschaft führen und die Produktionssteigerung hemmen. Ist hingegen die Differenz zwischen Erfassungs- und Aufkaufpreisen weniger groß, so wird die Erhöhung der Einnahmen nur sehr wenig der Erhöhung der Marktproduktion voraussetzen.

Bis 1955 war in einem besonders starken Maße der Zustand zu verzeichnen, daß infolge der weit auseinanderklaffenden Erfassungs- und Aufkaufpreise die Einnahmen aus der Marktleistung bedeutend schneller wuchsen als die Produktion.

Entwicklung der Produktion und Einnahmen aus Markt(leistung) der Landwirtschaft (genossenschaftlich und privat) der DDR

	1950	1953	1955
Bruttoproduktion	100	112	124
Einnahmen	100	153	185

Diese Entwicklung erklärt sich aus der Tatsache, daß der Anteil der Einnahmen aus freiem Verkauf an den gesamten Einnahmen der Landwirtschaft sprunghaft gestiegen ist. Die folgende Tabelle läßt das eindeutig erkennen.

Anteil von Erfassung, Aufkauf und Bauernmarkt an Gesamteinnahmen)

	1950	1953	1955
Erfassung	66	51	37
Aufkauf	17	48	58
Bauernmarkt	17	6	5
	100	100	100

Da seit 1953 die Pflichtablieferung konstant blieb, erhöhten sich nicht nur die Einnahmen der Mittel- und Kleinbauern, sondern in einem beträchtlichen Ausmaße auch die Einnahmen der Großbauern. Somit bahnte sich eine Einnahmedifferenzierung an, die die Differenzierung der Einnahmen zwischen den verschiedenen Betriebsgrößen je Hektar in den Hintergrund drängte und die sich vor allem auswirkte in einer ziemlich scharfen Differenzierung zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Betrieben in allen Betriebsgrößengruppen.

Die wirtschaftliche Lage einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft und eines bäuerlichen Betriebes ist wesentlich davon abhängig, wie hoch der Anteil des freien Verkaufs an der Marktleistung ist. Der Verkauf zu Aufkaufpreisen ist Haupteinnahmequelle, und davon ist es abhängig, wie sich die finanzielle Lage des Betriebes gestaltet. Die beträchtliche Differenzierung in der Ertragslage bäuerlicher Betriebe rührt nun daher, daß eine Reihe von Betrieben keine Einnahmen aus freiem

1) Berechnet nach Unterlagen des Ministeriums der Finanzen.

DR. GERALD SCHMIDT

Verkauf erzielen und nur über geringe Einnahmen verfügen, während der Teil der Betriebe, der sehr viel Produkte in den freien Verkauf bringt, über Gebühr hohe Einnahmen zu verbuchen hat.

Welche erheblichen Unterschiede sich in der Ertragslage bäuerlicher Betriebe auf Grund des unterschiedlichen Anteils der Einnahmen aus freiem Verkauf herausbilden, zeigt folgendes Beispiel:

Verkaufserlöse (aus Pflichtlieferung und freiem Verkauf) und Marktleistung (bewertet mit Erfassungsspreis) bäuerlicher Betriebe einer Gemeinde des Kreises Erfurt 1955

Akt. in 1000 DM	LNf/ha	Verkaufserlöse in 1000 DM/ha	Verkaufserlöse in % d. Marktleistung	Marktleistung in 1000 DM/ha	Anteil Verkaufserlöse an Einnahmen aus freiem Verkauf in %
85,5	36,1	2023	128	1575	35,0
63,9	29,3	1229	106	1175	17,5
72,4	29,5	1201	119	1008	26,6
70,2	19,8	1230	133	922	38,9
63,2	15,2	978	148	659	55,6
71,9	14,9	889	103	871	6,3
71,5	11,9	659	109	607	13,0
64,2	7,0	947	147	645	44,7
66,0	7,8	1426	165	863	53,4
62,8	7,7	714	115	623	17,2
59,7	6,3	482	100	482	—
50,8	4,6	1001	159	629	51,4
62,5	3,5	1444	211	683	70,7

Die Unterschiede in der Marktleistung rühren neben der Fähigkeit der einzelnen Bauern vor allem aus der Überalterung der Betriebe und aus einem sehr unterschiedlichen Arbeitskräftebesatz her. Durch die weit auseinanderklaffenden Erfassungss- und Aufkaufpreise nehmen die Verkaufserlöse gegenüber der Marktproduktion um so schneller zu, je höher der Anteil des freien Verkaufs an den Einnahmen ist. Der durch die Marktleistung gegebene Unterschied wird durch die Preispolitik somit beträchtlich erweitert. Allerdings darf eine derartige Einschätzung nicht so weit gehen, die Einwirkung der Preispolitik auf eine differenzierte Einkommensbildung zwischen den einzelnen Betriebsgrößenklassen zugunsten der Klein- und Mittelbauern zu leugnen. Vergleicht man die durchschnittlichen Verkaufserlöse mit der durchschnittlichen Marktleistung in den einzelnen Betriebsgrößenklassen, so ergibt sich folgende Entwicklung:

(siehe nachstehende Tabelle)

Es zeigt sich somit klar die Tendenz, daß bei faktisch gleichbleibender Marktleistung die Verkaufserlöse mit sinkender Betriebsgröße pro Hektar zunehmen. Es muß aber immer wieder betont werden, daß diese Erscheinung nur der Tendenz nach gegeben ist und die Differenzierung der Ertragslage

Verkaufserlöse und Marktleistung 1955<sup>1)</sup> DM/ha

	15 ha LNf	6,5-10 ha LNf	0,5-20 ha LNf	0,5-20 ha LNf
Zahl der untersuchten Betriebe	469	654	565	272
Verkaufserlöse in DM	1486,6	1157,3	1037,3	901,6
Index	100	78	70	61
Verkaufserlös aus tierischer Produktion in DM	1354,8	932,3	786,2	602,7
in v. H. der Verkaufserlöse	91,1	80,6	75,8	66,8
Marktleistung in DM	641,9	633,3	627,0	622,0
Index	100	99	98	97

zwischen wirtschaftlich starken und schwachen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und bäuerlichen Betrieben außerordentlich stark war und auch heute noch beträchtlich ist.

Auf die Dauer mußte daher solche eine unterschiedliche Entwicklung der Einnahmen zu negativen Erscheinungen führen. Diese Erwägung war schließlich auch eines der Hauptmotive, warum ab 1. 1. 1956 die Erfassungss- und Aufkaufpreise auf Vorschlag der 25. Tagung des ZK der SED geändert und näher zueinander gebracht wurden. Die negativen Folgen bei auf die Dauer weit auseinanderklaffenden Erfassungss- und Aufkaufpreisen bestehen darin, daß die wirtschaftlich schwachen Betriebe keine Möglichkeit haben, ihre Lage aus eigenen Mitteln zu verbessern, da ihnen die finanziellen Mittel fehlen. Somit können diese Wirtschaften ihre volle Produktivkraft nicht ausnutzen, d. h. die Reserven zur Produktionssteigerung können nicht voll genutzt werden. Andererseits erhalten aber Betriebe mit einem sehr hohen Anteil der Einnahmen aus freiem Verkauf so hohe Einnahmen, daß der Anreiz mittels des Aufkaufpreises auf die Produktion geringer werden muß.

Damit ist aber gleichzeitig noch eine andere Seite verbunden. Eine derartige Begünstigung landwirtschaftlicher Betriebe hemmt den Übergang von der bäuerlichen Klein- zur sozialistischen Großproduktion. Durch die hohen Aufkaufpreise für tierische Produkte werden in den Betriebsgrößen 5—15 ha besonders hohe Einnahmen erzielt. Es ist aber wichtig, gerade diese Bauern für den Eintritt in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu interessieren, da durch ihren Eintritt die Arbeitskräftefrage in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erheblich verbessert und somit die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in ihrer Rentabilität gehoben werden können. Man muß bedenken, daß in den Betrieben

<sup>1)</sup> Einnahmen und berechnet nach der repräsentativen Preisbeurteilung (RPUB) 1955 der Zentralverwaltung für Statistik.

DIE AUFGABEN UND GRUNDSÄTZE DER PREISPOLITIK FÜR DIE ERZEUGNISSE...

von 5—15 ha der größte Arbeitskräftebesatz pro 100 ha zu verzeichnen ist, bei den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften hingegen der Arbeitskräftebesatz sehr niedrig ist. Da die Preise für pflanzliche Produkte im Verhältnis zu den Preisen für tierische Produkte sehr niedrig sind und die Aufkauf- und Erfassungsspreise weit auseinanderklaffen, besteht eine große Differenz in der Ertragslage zwischen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die noch mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und solchen bäuerlichen Betrieben, die über einen hohen Anteil von Einnahmen aus dem freien Verkauf verfügen. Diese Ertragsunterschiede sind in erster Linie durch die unterschiedliche Marktleistung bedingt, dieses Problem kann nur mittels der Steigerung der Marktproduktion der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften pro Flächeneinheit gelöst und nicht etwa durch Preisänderungen aus der Welt geschafft werden. Durch die Preise wird aber dieser Unterschied vergrößert und dazu beigetragen, daß wirtschaftlich starke Klein- und Mittelbauern nicht am Eintritt in die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft interessiert werden.

Aus diesen Darlegungen darf nicht geschlossen werden, daß weit auseinanderklaffende Erfassungss- und Aufkaufpreise über einen längeren Zeitraum generell falsch wären und immer zu negativen Auswirkungen führen müßten. Das hängt vielmehr davon ab, wie hoch der Anteil des freien Verkaufs an der Marktleistung ist. Hält sich dieser Anteil in engen Grenzen, so sind stark von den Erfassungsspreisen abweichende Aufkaufpreise das einzige Mittel, die Produktion von der preispolitischen Seite her anzuregen. Ist dieser Anteil beträchtlich, so muß auf eine schrittweise Annäherung der Erfassungss- und Aufkaufpreise aus den bereits dargelegten Gründen geachtet werden. Der Anfang dazu ist mit den Preisänderungen ab 1956 und 1957 getan worden. Diese und die noch notwendigen preispolitischen Maßnahmen erhöhen die Wirksamkeit der Preispolitik auf die Produktion und auf eine richtige Verteilung des Volkseinkommens vor allem zwischen der Industrie und der Landwirtschaft.

5. Grundsatz: Zwischen den Aufkaufpreisen und den Verbraucherpreisen müssen solche Relationen gewahrt werden, daß möglichst viele Produkte in die Hand des Staates gelangen und dadurch eine Ausweitung spontaner Marktbewegungen sowie die Vervielfachung von Nahrungsgütern verhindert wird.

Die Beachtung dieses Grundsatzes garantiert, daß der sozialistische Staat den größten Teil der produzierten Güter in seiner Hand konzentrieren kann und damit auch die Stabilität der Einzelhandelspreise für Nahrungsmittel gesichert wird. Dieser

Grundsatz verlangt, daß der Aufkaufpreis von dem Einzelhandelspreis (HO) nur geringfügig nach unten abweichen darf, d. h. bei Produkten, die unverarbeitet zum Verbraucher gelangen, muß die Handelsspanne gedeckt werden, bei den übrigen Produkten die Verarbeitungskosten und die Handelsspanne.

Wird diese Differenz nach unten größer, das heißt, liegt der Aufkaufpreis wesentlich unter dem Einzelhandelspreis (HO), so wird der Bauer versuchen, diese Spanne selbst zu realisieren. Das trifft vor allem für solche Produkte zu, die unmittelbar vom Verbraucher konsumiert werden können, wie z. B. bei Eiern und Milch.

Bei Milch ist deshalb ein weit verbreiteter Ab-Hof-Verkauf in der Nähe der Städte festzustellen, da der Bauer die Milch billiger oder mit demselben Preis wie in der HO absetzt, der Fettgehalt der Milch aber bei Ab-Hof-Verkauf höher ist und die Konsumenten deshalb gern diese Milch kaufen.

Die Einhaltung dieses Prinzips ist auch für die Beeinflussung der Preise auf dem Bauernmarkt von Bedeutung. Durch die Tatsache, daß der Staat die Masse der Waren in seiner Hand konzentriert und die Einzelhandelspreise sowie die Aufkaufpreise planmäßig festlegt, übt er auch einen Einfluß auf die frei sich bildenden Preise auf dem Bauernmarkt aus. Diese frei sich bildenden Preise bewegen sich zwischen den Einzelhandelspreisen und Aufkaufpreisen. In der Regel liegen die Preise des Bauernmarktes knapp unter den Verbraucherpreisen, bei Produkten, die entweder Mangelware darstellen oder vom Bauernmarkt in einem frischeren Zustand angeboten werden, in der gleichen Höhe wie die Einzelhandelspreise und gelegentlich auch darüber. Ist nun die Differenz zwischen den Aufkaufpreisen und Verbraucherpreisen verhältnismäßig groß, so nimmt in der Regel der Warenumsatz auf dem Bauernmarkt zu oder die Schwankungen der Preise auf dem Bauernmarkt werden größer.

Im Hinblick auf das Verhältnis der Einzelhandelspreise zu den Aufkaufpreisen spielt aber noch ein anderes Problem eine Rolle. In der Hauptsache von nichtablieferungspflichtigen Erzeugern in der Landwirtschaft aber auch von Kleinrentzählern werden oft Brot, Nahrungsmittel, wie z. B. Gruppen und Haferflocken, veräußert. Wir haben hier die ungünstige Situation zu verzeichnen, daß bereits verarbeitete und veredelte landwirtschaftliche Produkte nicht der menschlichen Ernährung dienen, sondern in den Viehmägen wandern. Das wird hervorgerufen durch die niedrigen Lebensmittelpreise und hohen Aufkaufpreise für tierische Erzeugnisse. Hieran ist zu erkennen, daß sich die niedrige Bewertung pflanzlicher Produkte im Preis im Verhältnis zur hohen Bewertung tierischer Produkte durch den Preis auf das Gebiet der Einzelhandelspreise überträgt.

Diese sehr ungünstige Tatsache allein der Wirkung der Preise zuschreiben zu wollen, ist aber

DR. GERALD SCHMIDT

verfehlt. Abgesehen von der Futterlieferung in Verbindung mit dem freien Aufkauf bei Eiern haben z. B. die Kleintierzüchter kaum eine Möglichkeit, Futter für ihre Hühner zu kaufen, da diese Kleintierzüchter fast ausschließlich für den Eigenverbrauch ihre Hühner halten. Die genannten Auswirkungen sind daher durch die ungünstigen Preisrelationen in Verbindung mit einem Mangel an Hühnerfutter zu erklären. Ein freier Verkauf von Hühnerfutter in größerem Umfang würde bereits dazu beitragen, der Verfüterung von Lebensmitteln Einheit zu gebieten.

6. Grundsatz: Die Preise müssen nach den Qualitätsmerkmalen scharf differenziert werden, sie müssen eine zeitliche Differenzierung aufweisen und je nach der vertraglichen oder nichtvertraglichen Bindung der Produktion unterschiedlich sein.

Eine wirksame Staffelung des Preises zwischen den einzelnen Qualitätsstufen ist erforderlich, um die höheren Aufwendungen z. B. beim Anbau hochwertiger Getreides oder bei der Mast hochwertiger Schlachttiere zu ersetzen und einen fühlbaren Anreiz zur Steigerung der Produktion hochwertiger landwirtschaftlicher Produkte zu geben. Dabei muß beachtet werden, daß nach Möglichkeit die Preisdifferenzierung von der durchschnittlichen Qualität zur Spitzenqualität zunimmt und nicht etwa geringer wird. Durch geringere werdende Preisabstufungen wird der Anreiz zur Ablieferung qualitativ hochwertiger Produkte nicht angeregt, wie das bei Schlachttvieh bis 1955 augenscheinlich der Fall war.

Bei dieser Preisdifferenzierung muß aber darauf geachtet werden, daß bestimmte Grenzen eingehalten werden, die nicht überschritten werden dürfen. Andernfalls werden die Grundrelationen der Preise zwischen den einzelnen Produkten gestört und die produktionslenkende Funktion des Preises eingeschränkt. Wenn z. B. die Masse der abgefertigten Schweine und Rinder ständig bei der Schlachtwertklasse C liegt, so muß darauf geachtet werden, daß die Preisrelationen zwischen den Produkten sich in der Hauptsache in den Schlachtwertklassen C auswirken. Wird im Interesse einer Qualitätssteigerung der Preis für Rind der Schlachtwertklasse A übermäßig erhöht, hingegen für die Schlachtwertklasse C zu sehr gesenkt, wie es 1956 geschah, so werden die Relationen der Preise zwischen den einzelnen Produkten gestört. Das war auch einer der Gründe, warum ab 1. 1. 1957 die Preise für Schlachttvieh erhöht und die Differenzen zwischen den Schlachtwertklassen vermindert wurden.

Weiterhin ist eine Differenzierung der Preise nach Ablieferungstermin notwendig. Dem kontinuierlichen Bedarf steht eine mehr oder weniger diskontinuierliche Produktion gegenüber. Durch eine

zeitliche Differenzierung der Preise muß daher versucht werden, diese beiden Größen in annähernde Übereinstimmung zu bringen. Das spielt vor allem auch bei Schweine eine bedeutende Rolle, wobei zu beachten ist, daß mit einer derartigen Differenzierung auch dazu beigetragen werden kann, Kühlhäuser und Schlachthofkapazitäten besser auszulasten. Bei der pflanzlichen Produktion muß der Anreiz gegeben werden, die Produkte möglichst frühzeitig abzuliefern, damit eine reibungslose Versorgung gewährleistet werden kann. Bei Getreide wird das durch die Frühdruschprämien erreicht.

Weiterhin muß z. B. ein Anreiz gegeben werden, durch einen verstärkten Anbau von Frühkartoffeln den Bedarf zu decken. Ein erhöhter Preis dient deshalb einmal als Anreiz, zum anderen muß aber dadurch auch der höhere Arbeitsaufwand und die niedrigen Hektarerträge ersetzt werden.

Diese Beweglichkeit in der Preispolitik ist notwendig, um die landwirtschaftliche Produktion mit den Bedürfnissen der Volkswirtschaft in Übereinstimmung zu bringen, ja es ist sogar erforderlich, diese Beweglichkeit zu vergrößern. Diese zeitliche Differenzierung ist ein wichtiger Bestandteil der Preispolitik gegenüber der Landwirtschaft, sie ergibt sich aus den Besonderheiten der landwirtschaftlichen Produktion und dem Bedarf der Volkswirtschaft. Durch solche eine terminliche Differenzierung der Preise werden die eigenen Produktionsmöglichkeiten der Landwirtschaft besser genutzt und unnötige Importe vermieden.

Diese Differenzierung wird, abgesehen von den besonderen Zuschlägen bei Schlachttvieh, in der Weise durchgeführt, daß ein Höchst-, Richt- und Mindestpreis angewandt wird. Zweifelsohne ist der Einfluß auf ein kontinuierliches Aufkommen an Schlachttvieh größer, wenn die Differenz zwischen den Preisen beträchtlich ist. Aber auch hier müssen bestimmte Grenzen beachtet werden. Ein sehr niedriger Mindestpreis führt nämlich auch dazu, daß durch den größer werdenden Abstand zwischen Einzelhandelspreis und Aufkaufpreis der Bauer angeregt wird, sein Schwein selbst zu schlachten und durch diese Art des Verkaufs auf dem Bauernmarkt ca. 100 bis 300 DM mehr erhält als beim Verkauf an den VEAB. Solche Erscheinungen sind in den Monaten November und Dezember 1956 vielerorts aufgetreten. Damit zeigt sich, daß der Mindestpreis bei Schwein auf der unteren noch zulässigen Grenze steht.

Neben den zeitlichen Differenzen muß bei den Aufkaufpreisen für tierische Produkte auch eine Differenzierung in der Hinsicht vorgenommen werden, ob die Ablieferung der Tiere vertraglich gebunden wird oder nicht. Solch eine Maßnahme fördert das materielle Interesse z. B. am Abschluss von Jungtiermastverträgen und unterstützt eine schnelle und planmäßige Steigerung der tierischen Produktion.

Institut Politische Ökonomie Direktor Prof. Dr. Eva Altmann  
Als Manuskript gedruckt!

## Einige aktuelle Probleme des Geldumlaufs und der Kreditpolitik in Westdeutschland

Von ALFRED LEMMNITZ

Durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution wurde das einheitliche kapitalistische Weltsystem gesprengt, in dem die imperialistischen Staaten sich die Millionen der "eigenen" Arbeiter und Bauern materiell und geistig unterordneten und die Abermillionen der "fremden" Arbeiter und Bauern in den Kolonien und abhängigen Ländern beherrschten und aussogen. Unter außerordentlich schwierigen Bedingungen, von Kriegen überzogen, boykottiert und verleumdet, entstand das erste von freien Arbeitern und Bauern beherrschte sozialistische Land mit einer sozialistischen Wirtschaft, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Im Gefolge des zweiten, vor allem von den deutschen Imperialisten angezettelten Weltkrieges folgten diesem Beispiel in Europa und Asien zehn andere Länder auf seinem Wege, und mit der Sowjetunion zusammen bilden sie heute den bedeutenden Anfang eines sozialistischen Systems der Weltwirtschaft.

Es gibt keinen Zweifel mehr darüber, daß sich die sozialistische Wirtschaft der Sowjetunion bewährt, wie sich auch die sozialistische Wirtschaft in den volksdemokratischen Ländern, die erst im Aufbau begriffen ist, schon jetzt bewährt hat. Man muß sich immer wieder vor Augen führen, unter welchen Schwierigkeiten und Opfern die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion die neue sozialistische Wirtschaft errichten mußten 1917 standen sie vor der durch den 1. Weltkrieg schwer geschädigten unterentwickelten Wirtschaft des alten Rußland. 1921 war auch dieses karge Erbe durch den Bürger- und Interventionskrieg nahezu völlig vernichtet. Was das Sowjetvolk in der Periode des Wiederaufbaues, der sozialistischen Industrialisierung und Kollektivierung vollbrachte, war wirklich ein Wunder an Schöpferkraft. Der verbrecherische Überfall des deutschen Faschismus brachte es zu nicht an die Früchte dieser hervorragenden Arbeit. Aber heute beginnt die Sowjetunion, trotz der riesigen Verluste, die sie durch den Krieg erlitt, das entwickeltste kapitalistische Land, die USA, zu überholen. Unaufhaltsam ist der Siegeszug des Sozialismus.

Aber, wie LENIN vorausgesagt hat, wird neben dem siegreich voranschreitenden Sozialismus noch auf längere Zeit der Kapitalismus bestehen, werden

sich die sozialistischen und die kapitalistischen Länder nebeneinander entwickeln.

Die Erfahrungen der Periode zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg und die Erfahrungen der bisherigen Periode nach dem zweiten Weltkriege lehren uns, daß der Kapitalismus noch imstande ist, sich in einem bestimmten Maße von den Folgen der Kriege zu erholen, seine Wirtschaft zu entwickeln, sogar einen verhältnismäßig hohen konjunkturellen Aufschwung zu erzielen. Das gilt auch für das kapitalistische Deutschland, das heute, durch die Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik, auf Westdeutschland beschränkt ist. Gleichzeitig, heute wie in der Periode zwischen den beiden Weltkriegen, vollzieht sich mit der Erholung der kapitalistischen Wirtschaft die Wiederherstellung der Macht der Monopole und damit des aggressiven deutschen Imperialismus.

Dieser Prozeß wird überdeckt durch die Hochkonjunktur, und es ist daher eine wichtige Aufgabe für die marxistischen deutschen Wissenschaftler, diese Verflechtung von Konjunktur und Kriegsvorbereitung zu durchleuchten. In den folgenden Darlegungen geschieht das auf einem begrenzten, aber sehr wichtigen Gebiete, dem Gebiete des Geldumlaufs und der Kreditpolitik Westdeutschlands.

Im Verlaufe des konjunkturellen Aufschwungs hat die Entwicklung der westdeutschen kapitalistischen Wirtschaft durch ihre Ergebnisse sowohl hinsichtlich des erreichten Niveaus der industriellen Produktion als auch des Exports die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Besonders fiel dabei die Entwicklung der westdeutschen Währung ins Auge, die mit ihrem verhältnismäßig hohen Gold- und Devisenstand den Eindruck einer außerordentlichen Stabilität erweckt.

In meinen Darlegungen sollen einige Probleme der Währung der Bundesrepublik (West-)Deutschland beleuchtet werden, die zeigen, daß auch bei der Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft die Gesetzmäßigkeiten der allgemeinen Krise des Kapitalismus wirksam sind.





PROF. DR. ALFRED LEMMNITZ

Kapitalismus zum monopolistischen-Kapitalismus und andererseits das Ergebnis der Ausnutzung des Geld-, Kredit- und Finanzsystems durch das Finanzkapital.

1914-1918 stand die Geldemission und der Geldumlauf unter dem Druck der Kriegsausgaben. Diese wurden durch die Aufnahme von ungefähr 100 Milliarden Staatsschulden und durch die Entwertung des Geldes, d. h. durch die Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Rüstungsmonopole und zuungunsten der werktätigen Bevölkerung gedeckt. Das Gold als die Geldware bestimmte in dieser Periode genauso wie vor dem Kriege den Wert des Geldes. Da das Geld aber nur als Staatspapiergeld mit Zwangskurs umlief und die Einlösungspflicht aufgehoben war, wurde der Wert dieses Geldes über das Repräsentationsverhältnis bestimmt. In dem Maße, wie der Staatspapiergeldumlauf wuchs und die Masse der in die Zirkulation gehenden Waren sank, da die Kriegsproduktion und die Kriegsführung den größten Teil des gesellschaftlichen Produkts parasitär verbrauchte, verfiel der Wert des Geldes.

1919-1923 stand die Geldemission und der Geldumlauf unter dem Druck der Reparationen und der konterrevolutionären Zerstörung der Wirtschaft durch die Monopole, die mit Hilfe der rechten sozialdemokratischen Führer den von ihnen beherrschten Staatsapparat gegen die revolutionäre Arbeiterklasse einsetzten.

In der Periode nach der Niederschlagung der revolutionären Arbeiter und der Stabilisierung der Währung, der Depression und des konjunkturellen Aufschwungs waren die Grundlagen der Geldemission und des Geldumlaufs die amerikanischen Anleihen, die Gold und Devisen brachten, sowie die ansteigende Produktion und der sich ausdehnende Außenhandel. Die Gold- und Devisengrundlage brach aber sofort mit Ausbruch der Krise durch das Zurückziehen der amerikanischen Kredite und das Einknicken des Außenhandels zusammen. Den Folgen des Zusammenbruchs suchten die Monopolherren durch die Einführung einer scharfen Devisenzwangswirtschaft zu begegnen.

In den übrigen kapitalistischen Ländern, vor allem in England, Frankreich und den USA, wurde eine Geldentwertung in Form der Devaluation durchgeführt. Diese wurde als Mittel des Konkurrenzkampfes zur gegenseitigen Unterbietung auf dem Weltmarkt angewandt. Da diese Devaluation von allen kapitalistischen Ländern - außer Deutschland - angewendet wurde, entstand ein vollständiges Währungschaos, das seitdem nicht wieder beseitigt werden konnte. Alle kapitalistischen Länder führten entweder ein System der Devisenzwangswirtschaft oder der Ein- und Ausfuhrbeschränkung ein.

Die Periode der faschistischen Herrschaft galt als Zeit der klassischen Anwendung der „Lenkungs-methoden“, d. h. der Ausnutzung der Geldemission

und des Geldumlaufs zur Regulierung des Konjunkturablaufs der Wirtschaft. Sie erwies sich aber sehr rasch als eine Periode der Finanzierung der Rüstungswirtschaft, der Vorbereitung und Durchführung des imperialistischen Krieges mit Hilfe zuerst der getarnten, dann der offenen Inflation.

Nahezu 50 Jahre monopolkapitalistischer Wirtschaft zeigen also unwiderrlegbar, daß die herrschenden Gruppen des Monopolkapitals zwar in der Lage sind, das Geld-, Kredit- und Finanzsystem zur Sicherung des Monopolprofits auszunutzen. Sie zeigen aber zugleich, daß ihre Methoden der Ausnutzung des Geld-, Kredit- und Finanzsystems gegen die objektiven ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Geldzirkulation verstoßen und dadurch nicht nur zur Verschärfung der Widersprüche im kapitalistischen Geldsystem, sondern aller Widersprüche des Kapitalismus führen.

Heute treten aber die bürgerlichen Ökonomen, die Monopolkapitalisten Westdeutschlands und ihre bürgerlichen und rechtsozialdemokratischen Vertreter erneut mit der Behauptung auf, die kapitalistische Wirtschaft könne durch die Anwendung von „Lenkungs-methoden“ vor allem auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens vor konjunkturellen Schwankungen, d. h. vor Krisen, bewahren.

## 2. Die Grundlagen der Geldemission und des Geldumlaufs der Bundesrepublik (West-) Deutschland

In Westdeutschland ist seit der separaten Währungsreform vom Jahre 1948 eine bedeutende Ausweitung des Geldumlaufs zu beobachten. Betrachten wir allein den Bargeldumlauf, das ist das Staatspapiergeld mit Zwangskurs und dazu die Scheidemünzen, so wuchs dieser von 6,3 Milliarden DM im Dezember 1948 auf 15,1 Milliarden DM im Dezember 1956. Dieses Wachstum des Geldumlaufs übertraf bei weitem das Anwachsen der Produktion.

Es wuchs aber nicht nur der Geldumlauf, sondern es veränderten sich auch die Grundlagen der Geldemission. Die Grundlagen der Geldemission Westdeutschlands unterscheiden sich in ihrer Wirksamkeit von den Perioden von 1900 bis 1945 in der gegenwärtigen Periode der Hochkonjunktur, die im Jahre 1950 ihren Anfang nahm, stehen die Devisen an erster Stelle der Geldemission; ihnen folgen die sogenannten Ausgleichsforderungen, auf deren Grundlage 1948 das neue Geld emittiert wurde; an dritter Stelle steht der Goldbestand, an vierter die Wechsel und an fünfter erst die Staatspapiere.

Die Grundlagen der Geldemission entwickelten sich in Westdeutschland folgendermaßen):

Dr. H. JOSWIG Die „Lenkungs-methoden“ des Zentralbanksystems in Westdeutschland, in: „Bankpolitik, Staatshaushalt und Währung in Westdeutschland“, Autorenkollektiv Prof. Dr. A. LEMMNITZ, Akademie-Verlag Berlin, S. 100-102.

## EINIGE AKTUELLE PROBLEME DES GELDUMLAUFS UND DER KREDITPOLITIK ...

	1949 in Mill. DM Proz.	1955 in Mill. DM Proz.
Geldemission auf der Grundlage von Ausgleichsforderungen	8 982 81,0	7 037 28,0
Münzgutschriften an den Bund	40 0,4	1 038 4,1
Guthaben bei ausländischen Banken, Sörten, ausl. Wechsel u. Schecks, Forderungen	-1 375 <sup>1)</sup> -12,5 <sup>2)</sup>	9 011 <sup>3)</sup> 35,0 <sup>3)</sup>
Goldankauf	— —	3 862 16,0
Staatspapiere u. Vorschüsse, Wechsel und Lombardierungen	3 965 35,5	4 997 20,0

Das Entscheidende, das aus der statistischen Darstellung ersichtlich ist, besteht darin, daß die Geldemission seit 1953 in erster Linie durch den Eingang von Gold und Devisen erfolgt. Diese Entwicklungstendenz hat sich auch im Jahre 1956 fortgesetzt und besteht auch jetzt noch bis März 1957. Der Devisenbestand (Guthaben in ausländischer Währung usw.) stieg bis zum Dezember 1956 auf 11,7 Milliarden DM und der Goldbestand auf 6,2 Milliarden DM, zusammen 17,9 Milliarden DM bei einem Bargeldumlauf, wie schon gesagt, von 15,1 Milliarden DM.

Die Ursache des enormen Wachstums des Bargeldumlaufs wie auch der bargeldlosen Bestände beruht demnach vor allem auf den hohen Export- und Deviseneingängen, die sich aus hohen Exportüberschüssen ergaben. Der Außenhandel ergab trotz der hohen Auslandsverschuldung Westdeutschlands einen hohen Zahlungsüberschuß. Gold und Devisen flossen vor allem aus dem Außenhandel mit den sogenannten EZU-Ländern.

Die EZU, die Europäische Zahlungsunion, ist eine Vereinigung von sechzehn europäischen kapitalistischen Ländern, die 1950 zum Zwecke der Förderung des Außenhandels auf der Basis der gegenseitigen Kreditierung und Verrechnung geschaffen wurde. Die Zerstörung des internationalen kapitalistischen Währungssystems durch Devaluation und Inflation, die Verstärkung der materiellen und finanziellen Abhängigkeit der kapitalistischen Länder von den Vereinigten Staaten hatte, wie wir schon feststellten, zu einer allgemeinen Einführung der Devisenzwangswirtschaft geführt, durch die der internationale Handel der kapitalistischen Länder stark gestört wurde. Die Europäische Zahlungsunion wurde, ebenso wie der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank, mit Hilfe amerikanischen Kapitals geschaffen, um diese Störungen zu beseitigen.

Der wirkliche Zweck der Bildung der Europäischen Zahlungsunion bestand darin, unter der Führung

des amerikanischen Finanzkapitals in Europa einen ökonomisch-militärischen imperialistischen Block zu schaffen. Die amerikanischen Imperialisten verfolgten dabei die besondere Absicht, den geschlagenen deutschen Imperialismus vor der endgültigen Vernichtung zu retten und in ihren Dienst zu stellen.

In dieselbe Richtung lief die bewußt herbegeführte Spaltung Deutschlands, die Durchführung der separaten Währungsreform, die Förderung der Adenauer-Regierung, der Versuch, die sogenannte Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) und die Organisation der Nordatlantik-Organisation (NATO), dieses gefährlichen, mit Atomwaffen ausgerüsteten Kriegsblocks.

Als wirtschaftliches Ziel wurde von den Gründern der Europäischen Zahlungsunion vorgegeben zu erreichen, daß die Währung der angeschlossenen Länder gegenseitig austauschbar oder, wie es in der Padsprache heißt, konvertibel wird. Die Europäische Zahlungsunion ist ein multilaterales Zahlungsabkommen, also im Unterschied zu den bis zum Zeitpunkt ihrer Gründung herrschenden bilateralen zweiseitigen Abkommen, ein mehrseitiges, wie gesagt, sechzehn Staaten umfassendes Zahlungsabkommen. In diesem Abkommen wurde festgelegt, daß die angeschlossenen Länder die gegenseitigen Warenlieferungen in einem festgelegten Umfang in übernationalen Verrechnungseinheit, der EZU-Verrechnungseinheit, die ein merkwürdiger „Zufall“ - gleich einem Dollar ist, bezahlen und verrechnen konnten. Durch diese EZU-Verrechnungseinheit, die ein Weltgeldersatz sein sollte, werden die Währungen der angeschlossenen Länder gegenseitig austauschbar. Es sollte also, wie auch durch den Internationalen Währungs-fonds, wieder ein bestimmtes Gleichgewicht in den internationalen Handels- und Währungsbeziehungen erreicht werden, um dadurch die Währungen zu stabilisieren und allmählich eine allgemeine Konvertibilität, Austauschbarkeit der Währungen und die Beseitigung der Devisenzwangswirtschaft zu erreichen.

Begünstigt durch den konjunkturellen Aufschwung, der seit 1950 alle kapitalistischen Länder erfaßte, entwickelten sich die Außenhandelsbeziehungen der kapitalistischen Länder insbesondere innerhalb der Europäischen Zahlungsunion. Aber statt zu einer Herstellung eines gewissen Gleichgewichts der Außenhandels- und Zahlungsbeziehungen zu führen, wurde die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Länder gerade innerhalb der Europäischen Zahlungsunion sehr stark vertieft. Die Europäische Zahlungsunion wurde zu einem Instrument der Förderung des westdeutschen Monopolkapitals. Westdeutschland entwickelte sich innerhalb der Europäischen Zahlungsunion aus einem Schuldnerland zum stärksten Gläubigerland, demgegenüber solche Länder wie Großbritannien

<sup>1)</sup> Die Verbindlichkeiten an das Ausland waren um ein Vielfaches größer als die Guthaben.  
<sup>2)</sup> Davon müssen 1075 Millionen oder rund 3% an Passiva abgezogen werden.

PROF. DR. ALFRED LEMNITZ

und Frankreich verschuldet sind. (Hier ist nur von der Außenhandelsverschuldung, nicht von der Verschuldung durch internationale Vorkriegs- und Nachkriegskredite die Rede, bei der also Westdeutschland Schuldner ist und Großbritannien und Frankreich Gläubiger sind.)

Die Ursachen der für das westdeutsche Monopolkapital günstigen Entwicklung des Außenhandels und der darauf beruhenden Zahlungsbeziehungen, die zu hohen Gold- und Devisenzugängen führte, liegen darin, daß die übrigen europäischen kapitalistischen Länder vor allem seit dem Überfall auf Korea in starkem Maße ihre Rüstungs- und Kriegswirtschaft entwickeln mußten, während die westdeutschen Monopolherren und Militaristen trotz aller Förderung durch die internationale Reaktion bis zum Jahre 1956 an einer Wiederaufrüstung und Remilitarisierung gehindert worden waren. Dadurch konnte und mußte das westdeutsche Monopolkapital sich darauf konzentrieren, die konjunkturelle Entwicklung auf dem Weltmarkt auszunutzen. Insbesondere wurde der Produktionsmittelexport, der Export von Investitionsgütern, in großem Ausmaße entwickelt, da der konjunkturelle Aufschwung in allen Ländern sich auf der Grundlage einer großen Neuausrüstung der Produktion und zugleich der Rüstungsproduktion vollzog.

Die Tatsache, daß die anderen kapitalistischen Länder, darunter auch die USA, in Kriege mit dem um ihre Freiheit kämpfenden kolonialen und abhängigen Ländern verwickelt waren (China, Korea, Vietnam, Malaya, Ägypten usw.), erhöhte deren Ausgaben für Rüstung und Kriegführung, führte zu Preissteigerungen und zur Entwertung des Geldes. Westdeutschland, das bis zum Jahre 1956 an dieser Entwicklung gehindert worden war, konnte seine Preise relativ stabil halten und dadurch auf dem Weltmarkt günstig abschneiden.

Der erfolgreiche Kampf der Friedensbewegung wirkte sich also günstig auf die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft Westdeutschlands aus. Es bestand die Möglichkeit, durch eine gleichzeitige enge wirtschaftliche Verbindung mit den Ländern des sozialistischen Lagers ganz Deutschland auf den Weg der friedlichen Entwicklung zu führen. Aber die reaktionären Kräfte des Monopolkapitals waren in Westdeutschland wieder zur Macht gekommen. Diese wollten sich nicht mit den wirtschaftlichen Vorteilen der friedlichen Entwicklung begnügen, sie wollten vor allem nicht den siegreichen Vormarsch der sozialistischen Wirtschaft in der Sowjetunion, in den volksdemokratischen Ländern und in der Deutschen Demokratischen Republik anerkennen. Sie wollten nicht nur auf dem Weltmarkt im friedlichen Wettbewerb eine gute Position erringen, sondern streben nach wie vor dem verbrochenen Traum der Errichtung ihrer Weltmacht nach. Darüber später.

Die entscheidende Grundlage für die Entwicklung der Geldemission und des Geldumlaufs in Westdeutschland wurden demnach die sich aus den auf

der Grundlage des konjunkturellen Aufschwungs und der Außenhandelsüberschüsse ergebenden Gold- und Devisenzugänge.

Wir stellen schon fest, daß die Ausdehnung des Bargeldumlaufs in einem größeren Ausmaß vor sich ging als die Entwicklung der westdeutschen Produktion. Einer der wichtigsten Gründe dafür ist, daß das eingehende Gold und die Devisen an die Bank deutscher Länder verkauft, d. h. gegen DM der Bank Deutscher Länder eingetauscht werden müssen. Es besteht also ein Automatismus zwischen dem Gold- und Devisenzugängen und der Geldemission. Es fließt Geld in die Zirkulation, obwohl sich durch den Exportüberschuß der innere Warenmarkt vermindert.

Gold und Devisen können als Weltgeld fungieren, das Gold unbeschränkt, die Devisen beschränkt, da selbst das englische Pfund nicht in jedes Land in Zahlung gegeben werden kann, weil es nicht ohne weiteres von der Bank von England eingelöst wird. Das ist ja auch mit der Westmark der Fall. Jedenfalls kann man mit Gold und Devisen auf dem Weltmarkt Waren kaufen. Als Gold- und Devisenbestand gehen sie aber nicht in die Zirkulation, treten auf dem Weltmarkt nicht als Kaufkraft auf. Ihr Gegenwert in Westmark wirkt dagegen als Kaufkraft, als Nachfrage auf dem Binnenmarkt. Das ruft natürlich gewisse Schwierigkeiten hervor.

Natürlich verwandelt sich nicht alles Gold und Devisen in Bargeld. Aber das Bargeld ist ja nicht die einzige Geldform. Der Bargeldumlauf findet seine Ergänzung durch den Wechselumlauf und vor allem durch den bargeldlosen Verkehr. Ein Teil des Goldes und der Devisen verwandelt sich in bargeldlose Guthaben, die im Kapitalismus jederzeit in Bargeld umgewandelt werden müssen.

Der Umfang dieser bargeldlosen Guthaben oder Einlagen, die sich aus Sichteinlagen, also täglich abhebaren Einlagen, Termineinlagen, die nur zu bestimmten Terminen abgehoben werden können, Spareinlagen und Einlagen von Kreditinstituten zusammensetzen, entwickelte sich von 1956 auf 1957 (folgendermaßen):

in Millionen DM	15. 2. 1956	15. 2. 1957
Sicht- und Termineinlagen	17 746,6	20 159,2
Spareinlagen	11 687,4	13 252,3
Einlagen von Kreditinstituten	6 690,2	8 873,8
Einlagen insgesamt	36 114,2	42 485,3
Bargeldumlauf	12 255,9	13 222,5
Gesamtes Geldvolumen	48 370,1	55 707,8

Bei den Spareinlagen ist zu beachten, daß ein großer Teil davon nicht private Einlagen sind, sondern aus kapitalistischen Unternehmen und selbst aus Staatsinstitutionen stammen, da diese steuerbegünstigt sind.

<sup>1)</sup> Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen.

EINIGE AKTUELLE PROBLEME DES GELDUMLAUFS UND DER KREDITPOLITIK...

Die Emissionsgrundlage Gold und Devisen wirkte offensichtlich nicht nur auf den Bargeldumlauf, sondern auch auf die Entwicklung der bargeldlosen Guthaben.

Der westdeutsche Geldumlauf bietet das Bild einer scheinbar außerordentlich fundierten Währung. Solche hohen Gold- und Devisenbestände hat es noch nie in der Geschichte des kapitalistischen Deutschlands gegeben, allerdings in den Zeiten der Hochkonjunktur auch noch nie einen solchen hohen Geldumlauf. 1913 liefen an Goldgeld, Scheidemünzen und Papiergeld im gesamten Reichsgebiet etwa 6 Milliarden Mark Geld um, 1918, am Ende des Weltkrieges, waren es rund 30 Milliarden. 1922 betrug der Bargeldumlauf im gesamten Reichsgebiet ebenfalls etwa 4 Milliarden Reichsmark. Am Ende des zweiten Weltkrieges waren es etwa 60 Milliarden Reichsmark. Gegenwärtig schwankt der Bargeldumlauf allein in Westdeutschland zwischen 15 und 16 Milliarden DM. Die Bank Deutscher Länder hat nach dem letzten Beschluß des Bankrates vom Oktober das Recht, den Notenumlauf auf 16 Milliarden zu erhöhen, obwohl im Jahre 1948 bei der Währungsreform die Höchstgrenze auf 10 Milliarden DM festgesetzt worden war.

Durch die im Verhältnis zu den anderen kapitalistischen Ländern geringere Preissteigerung in Westdeutschland hat die Westmark im Verhältnis zum englischen Pfund, dem französischen Franc und selbst dem amerikanischen Dollar und der Währung anderer kapitalistischer Länder auf dem kapitalistischen Weltmarkt eine Steigerung ihrer Kaufkraft erhalten. Das heißt, die Kaufkraft der Währung der anderen Länder ist durch die Preissteigerung ihrer Waren gesunken. Das Währungsverhältnis oder der Valutakurs der kapitalistischen Länder wurde vor einigen Jahren festgelegt und darf nicht willkürlich verändert werden. Daraus ergab sich, daß die Westmark auf dem Weltmarkt eine geringere Kaufkraft besitzt, als ihr entsprechend der Entwertung der Währung der anderen Länder zukommt. Die Westmark ist demzufolge unterbewertet.

Das hat, wie wir schon festgestellt haben, zur Folge, daß die westdeutschen Waren auf dem Weltmarkt billiger verkauft werden können, also die Preise der Waren der anderen kapitalistischen Länder unterbieten können. Das hat zum anderen zur Folge, daß die Einfuhr nach Westdeutschland verteuert und damit gehemmt wird.

Es gibt aber noch eine weitere Folge. Seit einiger Zeit wird die Forderung nach der Aufwertung der Westmark erhoben. Das heißt, daß im Verhältnis zu den Währungen der anderen kapitalistischen Länder der Wert der DM der Bank Deutscher Länder, also der Westmark, erhöht wird. Diese Gerüchte haben dazu geführt, daß ausländische Spekulanten ihr Geld in Form von Gold und Devisen nach Westdeutschland gebracht haben, um aus einer eventuellen Aufwertung Profit zu machen. Des weiteren haben ausländische Käufer die erwarteten Waren schon vorfristig bezahlt, um ebenfalls aus einer Auf-

wertung Gewinn zu ziehen. Schließlich haben deutsche Kapitalisten ausländische Kredite aufgenommen und die entsprechenden Devisen zur Bank Deutscher Länder gebracht, um auch einen Spekulationsgewinn zu machen.

Es ergibt sich demnach, daß der Gold- und Devisenzufluß der Bank Deutscher Länder nicht nur aus dem Export- und Zahlungsbilanzüberschuß entspringt, sondern auch aus der Valutaspekulation mit der Westmark. Man rechnet mit etwa 2,5 bis 3 Milliarden dieses sogenannten „heißen Geldes“. „Heißes Geld“ werden diese Gold- und Devisenflüsse deshalb genannt, weil sie jederzeit kurzfristig abgezogen werden können, und deshalb, wenn sie als Kredit von der Bank Deutscher Länder ausgegeben worden sind, bei ihrem plötzlichen Abzug eine Geld- und Kreditkrise hervorrufen können.

Betrachten wir die dargestellten Grundlagen der Geldemission und des Geldumlaufs der Bundesrepublik, dann ergibt sich das folgende Bild. Die konjunkturelle Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft hat in Westdeutschland durch die starke Ausdehnung des Außenhandels und die daraus sich ergebenden Zahlungsbilanzüberschüsse die Gold- und Devisenzugänge zur Hauptgrundlage der Geldemission entwickelt. Durch den Abfließerschwund von Gold und Devisen an die Bank Deutscher Länder ergibt sich ein Automatismus der Geldemission auf der Grundlage des Gold- und Devisenankaufs. Dadurch wurde der Geldumlauf, sowohl der Bargeldumlauf als auch der bargeldlose Verkehr, über das Maß der Entwicklung der Produktion vergrößert. Dazu kam noch verschärfend, daß beträchtliche Gold- und Devisenzugänge aus spekulativen Gründen erfolgten.

Die westdeutsche Währung ist aus diesen Gründen trotz der hohen Gold- und Devisenbestände durchaus nicht stabil, sondern äußerst labil. Zu den bisher behandelten Ursachen der Labilität der westdeutschen Währung treten noch einige andere Faktoren, die wir anschließend behandeln wollen.

### 3. Der Geldumlauf und die „Kassenüberschüsse“ des westdeutschen Staatshaushalts

Die durch den Gold- und Devisenankauf bewirkte Geldemission wie sie bisher noch nicht voll auf den westdeutschen Geldumlauf aus, weil ihr die Kassenüberschüsse des Bundeshaushalts als retardierendes, also bremsendes Element entgegenwirken. Wir behandeln schon im Zusammenhang mit dem westdeutschen Außenhandel und den Exportüberschüssen, daß der Widerstand der deutschen und der internationalen Friedenskräfte gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands sich günstig auf die Entwicklung der westdeutschen Produktion und den Export auswirkte. Die wieder zu ökonomischer und politischer Macht gelangenden deutschen Monopolherren haben aber von Anfang an, unterstützt durch die amerikanischen Imperialisten, das Ziel verfolgt, auch die militärische Macht wiederherzustellen.

PROF. DR. ALFRED LEMMNITZ

Dementsprechend waren die außenpolitischen Vorstöße nach der Bildung der reaktionären ADENAUER-Regierung, die 1953 mit dem sogenannten EVG-Vertrag, dem Vertrag der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, der imperialistischen Macht Westdeutschlands die Neubildung von Streitkräften gewähren sollte. Der Vertrag wurde damals durch die fortschrittlichen Kräfte des französischen Parlaments, die sich auf die internationalen Friedenskräfte stützten, zu Fall gebracht.

Zugleich mit den außenpolitischen Aktionen wurden auch finanzielle Maßnahmen zur Sicherung der Wiederaufrüstung eingeleitet. Diese Maßnahmen wurden nicht aufgehoben, als der EVG-Vertrag zu Fall gebracht wurde. Zugleich brachte der anhaltende konjunkturelle Aufschwung dem Bonner Staat wachsende Haushaltseinnahmen. Das hatte zur Folge, daß der Bundeshaushalt seit 1951 einen wachsenden Haushaltsüberschuß aufweist. Die ADENAUER-Regierung verhinderte jede wirksame Steuersenkung für die Werkstätten und den Mittelstand und wies auch die Forderung bedeutender Unternehmensschichten nach Steuersenkungen zurück. Der Zweck dieser Steuer- und Finanzpolitik wurde von den Ministern der ADENAUER-Regierung, insbesondere von Bundesfinanzminister SCHÄFFER und Bundeswirtschaftsminister ERHARD, offen ausgesprochen. Es sollte ein Fonds für die Finanzierung der Wiederaufrüstung gebildet werden.

Ursprünglich wurde von Minister ERHARD die Version verbreitet, daß es durch die Bildung des Rüstungsfonds aus den Haushaltsüberschüssen, „Kassenüberschüssen“ genannt, und das durch den konjunkturellen Aufschwung anwachsende „Sozialprodukt“, also das gesellschaftliche Gesamtprodukt, möglich wäre, ohne Steuererhöhung und Verminderung des Einkommens der Werkstätten die Aufrüstung zu finanzieren. Das hat sich inzwischen als eine bewußte Irreführung erwiesen, denn nach der Schätzung der bürgerlichen Fachleute sind allein für die sogenannte Ersatzausstattung eines 500.000-Mann-Heeres mindestens 80 Milliarden Westmark nötig). Inzwischen haben ADENAUER und seine faschistischen Generale die Forderung nach der Aufrüstung der neuen aggressiven Wehrmacht mit Atombomben, Atombombenflugzeugen, Atomgeschützen, Atomraketen usw. erhoben, deren Herstellung riesige Mittel erfordern.

Durch die Kassenüberschüsse wurde ein Fonds von ca. 7 Milliarden DM der Bank Deutscher Länder gebildet. Dieser steht natürlich in keinem Verhältnis zu den eben erwähnten Rüstungskosten. Dieser Umlauf die schon erwähnte retardierende Wirkung. Die Kassenüberschüsse wurden von der ADENAUER-Regierung bei der Bank Deutscher Länder deponiert, indem sie zum Teil gegen die sogenann-

<sup>1)</sup> Das Problem der Rüstungsaufbauung — ein Diskussionsbeitrag in Form der Sachverständigen des Instituts „Finanzen und Steuern“ Bonn 1956, Seite 18 f.

ten Ausgleichsforderungen eingelöst wurden, die bei der separaten Währungsreform als Grundlage für die Emission hinterlegt wurden. Die Ausgleichsforderungen sind Forderungen an den Staat.

Durch Deponierung der Haushaltskassenüberschüsse bei der Bank Deutscher Länder wurden 7 Milliarden DM aus der Zirkulation gezogen und um diesen Betrag der Bargeldumlauf und die bargeldlosen Guthaben vermindert. Auf diese Weise wurde die Überfüllung der Zirkulation mit Geld und die Möglichkeit einer Geldentwertung noch nicht wirksam.

Die westdeutsche Währung bietet also ein eigenartiges Bild. Einerseits besteht ein hoher Gold- und Devisenbestand, der gegenwärtig (Juli 1957) etwa 20 Milliarden DM groß ist. Dieser Fonds liegt für die westdeutsche Wirtschaft brach. Er wird nicht zur Verstärkung der Einfuhr und damit zur Entwicklung der Produktion und Konsumtion benutzt. Fast der ganze Bestand an Devisen liegt entweder als Guthaben bei den ausländischen Banken oder wird in Geldmarktpapieren des Auslands angelegt. Andererseits besitzt die ADENAUER-Regierung einen Geldfonds von 7 Milliarden, der stillgelegt ist. Er ist ein Gegengewicht zum Gold- und Devisenfond, da letzterer nicht für die innere Wirtschaft eingesetzt wird. Es gibt also zwei nicht produktiv ausgenutzte Geldfonds.

Um den Rüstungsfonds und die Haushaltskassenüberschüsse entspann sich im Jahre 1956 ein heftiger Streit. Der Rüstungsfonds erhielt die Bezeichnung „Juliussturm“, analog dem Kriegsschatz des ersten Weltkrieges im Juliussturm zu Spandau. Es wurde sowohl von den Werkstätten als auch von Unternehmerkreisen die Forderung nach der Auflösung des Rüstungsfonds durch Steuersenkung und soziale Maßnahmen erhoben. Der Rüstungsfonds wurde nicht aufgelöst, die Diskussion wurde durch die Annahme des Wehrpflichtgesetzes und die Aufnahme Westdeutschlands in die NATO für die Kapitalisten gegenstandslos. Die Rüstung läuft an und der Abfluß der Geldmittel aus dem Rüstungsfonds begann.

Damit entstehen für den westdeutschen Geldumlauf und für die westdeutsche Währung überhaupt äußerst ernsthafte Probleme. Die Auflösung des Rüstungsfonds zur Finanzierung der Aufrüstung bedeutet, daß das bisher stillgelegte Geld wieder in die Zirkulation fließt.

Ursprünglich wurde nun die Auffassung verbreitet, daß die Aufrüstung durch Einführen von Waffen und Ausrüstungen aus dem Ausland erfolgen sollte. Daraus ergab sich, daß nicht nur die Kassenüberschüsse, sondern auch der Gold- und Devisenfond zur Vorbereitung des Krieges benutzt werden sollte. Das hätte allerdings bedeutet, daß der Geldumlauf sich nicht vergrößert hätte, wenn die Rüstungsausgaben nicht mehr als 20–30 Milliarden betragen würden. Die Mittel aus dem Rüstungsfonds wären zum Ankauf des Goldes und der Devisen benutzt worden, und diese wären in das Ausland geflossen.

## EINIGE AKTUELLE PROBLEME DES GELDUMLAUFS UND DER KREDITPOLITIK ...

Allerdings war angesichts der riesigen Ausgaben, die der Aufbau einer modernen imperialistischen Streitmacht verlangt, klar, daß weder der Rüstungsfonds noch die Gold- und Devisenbestände zum Ankauf der Waffen und Ausrüstungen ausreichen würden. Steuererhöhungen und Außenhandelsdefizit mußten sich unweigerlich einstellen.

Inzwischen haben sich aber die westdeutschen Rüstungsmagnaten erhoben und gefordert, daß sie am Rüstungsgeschäft beteiligt werden und daß der größte Teil der Waffen und Ausrüstungen in Westdeutschland hergestellt werden soll. Eingeführt werden sollen demzufolge vor allem Rohstoffe und Materialien für die Rüstungsproduktion. Die Ausdehnung der Rüstungsproduktion geht aber auf Kosten der Produktion für den Export, der sich vermindern würde, so daß auch hierbei das Ergebnis die Verwindung des Exportüberschusses in einen Importüberschuß und dadurch die Verwindung des Zahlungsüberschusses in ein Zahlungsdefizit ist.

Die Entwicklung des westdeutschen Geldumlaufs tritt damit aus dem Stadium der Labilität in das Stadium der inflationistischen Zersetzung. Wir stehen jetzt am Beginn dieses Entwicklungsstadiums. Darum wendet die ADENAUER-Regierung immer schärfere Maßnahmen gegen die Feinde des Rüstungs- und Kriegskurses und gegen die Forderungen der Arbeiter und der übrigen Werkstätten an, die sich gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage durch die Preissteigerungen wenden.

Der verhältnismäßig gute Stand, den die westdeutsche Währung infolge günstiger Umstände, vor allem durch den Kampf der Friedensfreunde, erreicht hatte, wird durch die heutigeren Monopolherren und die kriegslüsteren Militaristen selbst zerstört, wie das schon im ersten und zweiten Krieg der Fall war. Eine Beherrschung der Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft im allgemeinen und der Geldemission und des Geldumlaufs im besonderen erweist sich, wie schon früher, als unmöglich. Die Kapitalisten werden in ihrem Handeln von diesen Gesetzen beherrscht.

Daran ändert nichts, daß der kapitalistische Staat während der Konjunktur bestimmte Maßnahmen zur Eindämmung von Überspezierungen oder zur Stimulierung bestimmter Wirtschaftszweige einleiten kann. An dem zyklischen Verlauf der kapitalistischen Wirtschaft und dem Streben der von den ökonomischen Grundgesetzen des modernen Kapitalismus angetriebenen Kapitalisten nach einer gewaltsamen Aufteilung und Beherrschung der Welt ändert sich nichts.

## 4. Die Diskontpolitik der Bank Deutscher Länder

Der Lombard- und Diskontsatz, also die Zinsen für beliehene und verkaufte Wechsel, richtet sich nach dem Angebot und der Nachfrage für Bankkredit. Wie bei den Zinsen für Leihkapital überhaupt, so wird auch beim Lombardieren und Diskontieren die Höhe des Zinssatzes durch den Konkur-

renzkampf zwischen den Leihkapitalisten, den Bankiers und den Industrie- und Handelskapitalisten bestimmt.

Einen wesentlichen Einfluß auf Angebot und Nachfrage nach Bankkredit übt der zyklische Verlauf des kapitalistischen Reproduktionsprozesses aus. In der Depression, beim Übergang zum konjunkturellen Aufschwung und in der Hochkonjunktur ist verhältnismäßig viel Leihkapital, also Kreditmittel, vorhanden bzw. ist durch den Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft der Kredit im allgemeinen und der Bankkredit im besonderen flüssig und der Lombard- und Diskontsatz niedrig. Kurz vor Ausbruch der Überproduktionskrise und während der Krise selbst, wenn das Kreditssystem funktionsunfähig wird und zusammenbricht, ist die Nachfrage nach Bankkredit hoch, die Wechsel sind aber sehr unsicher, daher ist der Lombard- und Diskontsatz sehr hoch.

Es gibt aber auch innerhalb des zyklischen Ablaufs zwischen Krise, Depression, Belebung, Aufschwung und Krise normale und anomale Schwankungen des Angebots und der Nachfrage nach Kredit auf dem sogenannten Geldmarkt, das ist das Aufnehmen und Begeben von kurz- und mittelfristigen Krediten. Langfristige Kredite gibt es auf dem Kapitalmarkt. Solche normalen Schwankungen sind das Zusammenfallen bestimmter Zahlungstermine für Lohn- und Gehaltszahlungen, Steuern und Abgaben, Dividendenausüttungen usw. Anomale, aber sich aus dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaft ergebende Schwankungen auf dem Geldmarkt und damit bei den Lombard- und Diskontsätzen, entstehen auf Grund von Spekulationen bzw. Fehlspekulationen mit Waren und Wertpapieren oder auf Grund von Naturkatastrophen und gesellschaftlichen Katastrophen.

Im vergangenen Jahre (1956) konnte man eine bedeutende Bewegung des Lombard- und Diskontsatzes der Bank Deutscher Länder beobachten. Der Lombard- und Diskontsatz der Bank Deutscher Länder entwickelte sich folgendermaßen:

(Tabelle siehe nächste Seite)

War nun die nicht unbeträchtliche Erhöhung des Lombard- und Diskontsatzes der Bank Deutscher Länder im Jahre 1956 ein Zeichen dafür, daß sich die westdeutsche Wirtschaft am Beginn einer Überproduktionskrise befand? Konnte man dann andererseits die Senkung des Lombard- und Diskontsatzes als ein Anzeichen dafür werten, daß die drohende Krise überwunden wurde? Oder handelte es sich um eine der erwähnten normalen oder anomalen Anspannungen?

Von den herrschenden monopolkapitalistischen Kreisen und den bürgerlichen Ökonomen wurde die Veränderung des Lombard- und Diskontsatzes als bewußte von der Leitung der Bank Deutscher Länder betriebene Konjunkturlenkungs politik angesehen.

PROF. DR. ALFRED LEMMINTZ

Entwicklung der Lombard- und Diskontsätze der Bank Deutscher Länder (Bundesbank)

Jahr	außerhalb des Zentralbankreserves im Verkehr mit Kreditinstituten		im Verkehr mit den Landeszentralbanken und der Deutschen Zentralbank	
	Diskont	Lombard	Diskont	Lombard
1948	5	6	1	2
1949	27.5	4 1/2	5 1/2	
1950	14.7	4	5	
1951	27.10	6	7	
1952	1.1			
1953	29.5	5	6	
1954	21.8	4 1/2	5 1/2	
1955	8.1	4	5	
1956	11.6	3 1/2	4 1/2	
1957	20.5	3	4	
1958	4.8	3 1/2	4 1/2	
1959	8.3	4 1/2	5 1/2	
1960	19.5	5 1/2	6 1/2	
1961	6.9	5	6	
1962	11.1	4 1/2	5 1/2	

Quelle: Monatsberichte der Bank Deutscher Länder Februar 1957

Einige Zeit vor der Erhöhung des Lombard- und Diskontsatzes der Bank Deutscher Länder gab es sowohl im Bundestag als auch in den Zeitungen und Zeitschriften Westdeutschlands eine heftige Diskussion über die Entwicklung der Konjunktur. Dabei wurde besonders vom Bundeswirtschaftsminister ERHARD vor einer „Überhitzung der Konjunktur“ gewarnt. Die Ursache für diese Diskussion war, daß durch den konjunkturellen Aufschwung die Produktionskapazität der Grundindustrien, Kohle, Metallurgie, Elektroenergie, angespannt waren und die Preise stark zu steigen begannen. Andererseits stieg auch die Zahl der Beschäftigten, und die Arbeiter und Angestellten erkämpften sich Lohnerhöhungen. Schließlich mußte die Produktionskapazität für die Rüstungswirtschaft bereitgestellt werden. Aus diesen Gründen bestand eine große Nachfrage nach Geld-Kapital.

Das Geschrei über die „Überhitzung“ der Konjunktur richtete sich besonders gegen die Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten. Minister ERHARD und die der ADENAUER-Regierung ererbten Presseorgane und Zeitschriften ererferten sich über die „Lohn-Preis-Spirale“, und ERHARD forderte die Arbeiter auf, mäßiger und bescheiden zu leben.

Gleichzeitig wurde die These erörtert, daß durch eine Einschränkung des Kredits, durch eine Kreditrestriktion, die Nachfrage nach Kredit vermindert und auf diesem Wege die Nachfrage nach Produktionsmitteln und Arbeitskräften vermindert werden sollte. Dadurch würde die „Überhitzung der Konjunktur“, also der Ausbruch einer Krise, verhindert werden. Die Leitung der Bank Deutscher Länder verwarf diese These und betrieb eine Kreditrestriktionspolitik. Diese bestand nicht nur

darin, daß der Lombardsatz in drei Etappen von 4 1/2 auf 6 1/2 Prozent und der Diskontsatz von 3 1/2 auf 5 1/2 Prozent erhöht wurde, sondern daß die Bank Deutscher Länder zugleich den Kreis der rediskontfähigen Wechsel einschränkte, indem sie ein bestimmtes Kontingent festsetzte und die sogenannten Mindestreservesätze erhöhte.

Gegen diese Maßnahmen der Kreditrestriktion erhob die Schwerindustrie mit dem Vorsitzenden des Bundesverbandes der deutschen Industrie BERG an der Spitze und der Bundeskanzler ADENAUER selbst einen energischen Protest. Verdächtigungsweise erklärte sie nicht, daß durch die Kreditrestriktion die Interessen der Großindustrie gefährdet worden seien, sondern die Interessen der kleinen Industriellen, Handwerker und Bauern. Sie forderten „billiges Geld“.

Die wirtschaftlichen Interessen der Kleinindustriellen, Handwerker und Bauern wurden in der Tat durch die Kreditrestriktionspolitik stark bedroht, denn sie sind in erster Linie auf den kurz- und mittelfristigen Kredit angewiesen. Die Großindustriellen wurden überhaupt nicht von der Kreditrestriktion betroffen. Warum dann das Geschrei einerseits über die „Überhitzung der Konjunktur“ und die „Lohn-Preis-Spirale“ und andererseits gegen die Kreditrestriktion?

Nun die westdeutsche Wirtschaft zeigte wirklich Bank Den. Es handelte sich bei den Maßnahmen der Bank Deutscher Länder, die sowohl von Bundeswirtschaftsminister ERHARD als auch von Bundesfinanzminister SCHÄFFER gebilligt worden waren, einmal darum, die Ausdehnung des Geldumlaufs, die die Gefahr einer inflationistischen Entwertung des Geldes enthält, zu begegnen und zum anderen die Überleitung der westdeutschen Wirtschaft auf die Rüstungsproduktion vorzubereiten. Um die letztere erreichen zu können, mußte die zivile Produktion und demzufolge auch Investition zugunsten der Rüstungsproduktion und -investition eingeschränkt und das Ansteigen der Löhne gebremst werden.

Die Differenzen zwischen der von ERHARD und SCHÄFFER unterstützten Kreditpolitik der Bank Deutscher Länder und den von ADENAUER unterstützten Auffassungen der Schwerindustrie bestanden darin, daß erstere möglichst eine inflationistische Entwertung der westdeutschen Währung vor allem in bezug auf die Stellung Westdeutschlands auf dem kapitalistischen Weltmarkt vermeiden möchten, während letztere gerade mit Hilfe des „billigen Geldes“, d. h. durch eine Geldentwertung, die stille Finanzierung der Aufrüstung betreiben und dadurch die Lohnerhöhungen der Arbeiter illusorisch machen wollen.

Der Wiederaufbau der Krediteinschränkung erweckte den Eindruck, als ob es durch die Maßnah-

EINIGE AKTUELLE PROBLEME DES GELDLAUFES UND DER KREDITPOLITIK...

men der Bank Deutscher Länder tatsächlich gelungen sei, die „Überhitzung der Konjunktur“ zu dämpfen. Aber nichts dergleichen ist geschehen. Die Entwicklung des westdeutschen Geldumlaufs, die wir schon aufgezeigt haben, läßt erkennen, daß in der Zeit vom Februar 1956 bis zum Februar 1957

das Geldvolumen nicht nur nicht abgenommen, sondern um über 7 Milliarden zugenommen hat, darunter der Bargeldumlauf um 1 Milliarde DM.

Im einzelnen vollzog sich die Entwicklung des Geldvolumens folgendermaßen:

Entwicklung der Einlagen und des Bargeldumlaufs von Januar 1956 bis Februar 1957

Monatsende	Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute)	Sicherheiten von Kreditinstituten und Privaten insgesamt	Einlagen in Anleihenkonten und Sparkonten	Einlagen in Girokonten und Sparkonten	Einlagen in anderen Konten	Gesamtwert	Terminanlagen von Kreditinstituten (in Mio. DM)	Terminanlagen von Privaten (in Mio. DM)	Terminanlagen von Kreditinstituten (in Mio. DM)	Terminanlagen von Privaten (in Mio. DM)	Sparkassen	Bargeldumlauf der Bank Deutscher Länder (in Mio. DM)	Bargeldumlauf der anderen Kreditinstitute (in Mio. DM)	Bargeldumlauf der Bank Deutscher Länder (in Mio. DM)	
															in Mio. DM
1956															
Januar	13 744	14 033	8 755	5 324	255	255	5 718	4 165	21 187	68 113	46 682				
Februar	13 860	13 769	9 478	6 201	256	228	5 804	3 966	21 625	68 986	65 709				
März	14 556	13 533	9 265	6 049	244	204	5 689	3 721	21 814	69 026	65 810				
April	14 295	14 117	9 205	6 031	229	229	6 164	3 655	22 009	69 903	67 729				
Mai	14 442	14 285	9 338	6 237	186	232	6 249	3 573	22 144	70 449	67 348				
Juni	14 625	14 176	9 729	6 364	176	235	6 189	3 565	22 325	71 020	67 655				
Juli	14 561	14 538	9 443	6 207	150	226	6 537	3 666	22 223	71 344	68 108				
August	14 633	14 677	9 497	6 369	173	210	6 757	3 882	22 294	72 143	69 015				
September	14 846	14 445	10 030	6 758	166	188	6 857	4 092	22 423	73 047	69 775				
Oktober	14 530	14 962	9 518	6 660	141	207	7 169	4 490	22 646	73 663	70 805				
November	15 063	15 131	9 766	7 025	131	189	7 185	4 658	22 495	74 618	71 877				
Dezember	14 925	16 281	9 612	6 391	144	187	6 961	4 627	23 372	76 109	72 888				
1957															
Januar	14 533	14 842	9 276	7 032	132	208	7 464	5 233	23 965	75 653	73 409				
Februar	14 981	14 758	9 406	7 157	120	162	7 471	5 476	24 364	76 738	74 489				

Quelle: Monatsberichte der Bank Deutscher Länder, März 1957.

Die Ursache für diese Entwicklung liegt erstens darin, daß der konjunkturelle Aufschwung noch anhält, und zweitens, daß die Kreditrestriktion auf die Hauptquelle der Geldemission, die Gold- und Deviseneingänge und ihre Einlösung in Westmark, so gut wie keinen Einfluß hatte. Der Exportüberschuß wuchs weiter und infolgedessen auch die Geldemission. Die Groß- und Privatbanken und die Bank Deutscher Länder waren nicht auf die Rediskontierung bei der Bank Deutscher Länder angewiesen. Die Banken erhielten durch die Gold- und Deviseneingänge und ihre Einlösung bei der Bank Deutscher Länder genügend Geldmittel, um den Kreditanforderungen der Großindustrie vollauf zu genügen.

Die Kreditpolitik der Bank Deutscher Länder hatte also absolut nichts mit einer Konjunkturlenkung zu tun. Die Konjunktur ging ihren Weg, und die Monopolherren der Industrie und des Bankwesens gingen ebenfalls ihren Weg. Das Ziel, den Geldumlauf einzudämmen und dadurch die Währung vor einer Inflation zu sichern, wurde nicht erreicht.

Die Erhöhung der Lombard- und Diskontsätze war noch kein Zeichen einer beginnenden Überproduktionskrise. Der Abbau der erhöhten Lombard- und Diskontsätze bedeutet aber keineswegs, daß die Gefahr wirtschaftlicher Schwierigkeiten und des Ausbruchs einer Überproduktionskrise beseitigt ist. Er bedeutet aber vor allem nicht, daß der Übergang zur Rüstungs- und Kriegswirtschaft verlangsamt wird, im Gegenteil, dieser Übergang erfolgt jetzt eine enorme Beschleunigung, und zwar ohne Rücksicht auf die Entwicklung der Währung. Die in der Zeit eingesetzte Preiswelle zeigt schon an, daß die Rüstungskosten auf die Werktätigen abgewälzt werden, obwohl die Konjunktur noch nicht beendet ist und die Aufrüstung erst am Anfang steht.

Die Erhöhung der Lombard- und Diskontsätze war noch kein Zeichen einer beginnenden Überproduktionskrise. Der Abbau der erhöhten Lombard- und Diskontsätze bedeutet aber keineswegs, daß die Gefahr wirtschaftlicher Schwierigkeiten und des Ausbruchs einer Überproduktionskrise beseitigt ist. Er bedeutet aber vor allem nicht, daß der Übergang zur Rüstungs- und Kriegswirtschaft verlangsamt wird, im Gegenteil, dieser Übergang erfolgt jetzt eine enorme Beschleunigung, und zwar ohne Rücksicht auf die Entwicklung der Währung. Die in der Zeit eingesetzte Preiswelle zeigt schon an, daß die Rüstungskosten auf die Werktätigen abgewälzt werden, obwohl die Konjunktur noch nicht beendet ist und die Aufrüstung erst am Anfang steht.

PROF. DR. ALFRED LEMNITZ

Es gibt allerdings nicht unbedeutende Teile der Bourgeoisie, die eine Geldentwertung vermeiden möchten. Das zeigt sich in der Debatte über das neue Notenbankgesetz, das die ADENAUER-Regierung eingereicht hat und das vom Bundestag angenommen wurde. Dieser Entwurf sieht vor, daß der föderative Aufbau der Bank Deutscher Länder beseitigt und ein zentrales System errichtet wird, wobei die Notenbank selbst der Regierung unmittelbar unterstellt werden soll. Gleichzeitig sollte die Bestimmung, daß der Bankrat jedesmal einer Erhöhung des Notennumlaufs zustimmen muß, abgeschafft werden, so daß die Regierung stillschweigend zur Finanzierung ihrer Ausgaben vor allem für die Aufrüstung den Geldumlauf erhöhen

könnte. Außerdem sollte die Regierung das Recht erhalten, durch den sogenannten „Selbsteintritt“ eigene Wertpapiere zur Geldemission in Höhe von 2 Milliarden DM zu benutzen.

Dieses neue Notenbankgesetz zeigt deutlich den Kurs auf eine Finanzierung der Aufrüstung durch die Inflation.

Es gibt noch eine Anzahl weiterer Probleme des westdeutschen Geld-, Kredit- und Finanzwesens, die aber im Rahmen dieser Arbeit nicht mehr behandelt werden können.

Das Behandelte gibt aber die wesentlichsten Momente des gegenwärtigen Zustands der westdeutschen Währung wieder.

Volkswirtschaftliche Fakultät  
Institut Ökonomik der Landwirtschaft Direktor Dr. Gerhard Seidel  
Als Manuskript gedruckt

## Zur gegenwärtigen Agrarpolitik der SPD in Westdeutschland

Von GERHARD SEIDEL

Im November 1956 wurde auf einer Konferenz in Bad Vilbel ein Landprogramm der SPD verkündet.

Die Agrarfrage ist ein wichtiger Bestandteil des Kampfes der Arbeiterklasse zur Beseitigung des Kapitalismus und bei der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die Agrarfrage ist aber auch ein wichtiges Kriterium dafür, ob es einer Arbeiterpartei ernst damit ist, den Kampf zur Errichtung einer von Ausbeutung befreiten Gesellschaftsordnung konsequent zu Ende zu führen, denn dazu muß sie „vorher von der Stadt aufs Land gehen, muß eine Macht werden auf dem Lande.“<sup>1)</sup>

Dabei besteht die entscheidende Aufgabe darin, unter den Werktätigen auf dem Lande Bundesgenossen zu finden, die, geführt von der Arbeiterklasse, aktiv am revolutionären Kampf teilnehmen. Die Formen, in welchen dieser Kampf sich abspielt und seine Methoden können dabei nicht in eine Schablone gepreßt werden. Von größter Bedeutung bei allen mit der Agrarfrage zusammenhängenden Problemen sind die Beachtung der jeweils gegebenen historischen Situationen, die Traditionen der Landbevölkerung und die konkreten Formen der Entwicklung der Landwirtschaft, vor allem aber die zielstrebige Führung der Massen der Bauernschaft durch eine revolutionäre Arbeiterpartei.

Man kann deshalb die programmatischen Erklärungen der SPD aus dem Jahre 1956 nicht nur unter dem Aspekt der zur Zeit bestehenden Zustände der westdeutschen Landwirtschaft betrachten, sondern es erscheint zweckmäßig, die Stellung der deutschen Arbeiterklasse zur Bauernfrage rückblickend in den Kreis der Betrachtungen einzubeziehen. Das ist um so notwendiger, als auch in den Referaten zur Begründung des Landprogramms der SPD auf die Traditionen der SPD in der Behandlung von Problemen der Landwirtschaft gesprochen wird.

HERBERT KRIEDEMANN betonte in seinem grundlegenden Referat, daß für die sozialdemokratischen Agrarpolitiker die „Auseinandersetzung mit den sich veränderten Verhältnissen“<sup>2)</sup> immer das Kernstück der agrarpolitischen Konzeption dar-

stelle, und er forderte eine neue, auf die Gegenwart bezogene Agrarpolitik.

Es wurde allerdings unterlassen, eindeutig zu umreißen, worin das Neue besteht und wie mit den „traditionellen Formen“ der Behandlung „der sozialen und wirtschaftlichen Probleme“ der Menschen auf dem Lande gebrochen wurde.

Diese Neuorientierung wurde auf dem Kongreß in Bad Vilbel immer wieder hervorgehoben, und es wurde eine Abgrenzung gegenüber den agrarpolitischen Forderungen anderer Parteien in Westdeutschland vorgenommen und ihnen zum Vorwurf gemacht, daß deren Beziehungen zur Landwirtschaft „traditioneller und sentimentaler Art“ sind.

Ob tatsächlich vorhanden gewesene Ressentiments beseitigt wurden und eine grundsätzliche Wendung der agrarpolitischen Grundeinstellung der SPD angestrebt werden soll, kann am besten beantwortet werden, wenn man einen Blick auf die früheren Auffassungen der deutschen Sozialdemokratie zur Agrarpolitik wirft.

Die Agrarpolitik der deutschen Sozialdemokratie wird bei rückschauenden Betrachtungen dadurch charakterisiert, daß ihr hervorsteckendstes Merkmal in ihrem revisionistischen Charakter besteht. Der Grundstein für die revisionistische Haltung der deutschen Sozialdemokratie wurde bereits von LASALLE gelegt. Behaftet mit kleinbürgerlichen und utopischen Auffassungen sah LASALLE nicht die Notwendigkeit ein, die Arbeiterklasse gemeinsam mit den ausgebeuteten Massen der Landbevölkerung zum Kampf gegen die feudalen Überreste auf dem Lande zu mobilisieren. Statt die Arbeiterklasse zum Kampf gegen Junkertum und Großgrundbesitz aufzurufen, zog er es vor, den Versuch zum Abschluß eines Paktes mit BISMARCK zu unternehmen und die Interessen der Landarbeiter und damit des Proletariats insgesamt zu verraten. Zu einem derartigen Verhalten schrieb ENGELS, daß „es eine Gemeinheit ist, im Namen des industriellen Proletariats über die Bourgeoisie ausschließlich herzufallen, daneben aber der patriarchalischen Prügelexploitation des Landproletariats durch den großen Feudaladel mit keinem Wort zu gedenken.“<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> ENGELS: „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“, MARX/ENGELS, Ausgew. Schriften in 2 Bänden, Moskau 1956, Band II, S. 365.  
<sup>2)</sup> Zitate aus Referaten auf dem Agrarkongreß in Bad Vilbel und dem Landprogramm der SPD sind bisher unverändert in ihrem Material entnommen.

<sup>3)</sup> MARX/ENGELS, Briefwechsel, Dietz-Verlag, Berlin 1956, Band III, S. 269.

DR. GERHARD SEIDEL

Liegt in einem solchen Verhalten der Verzicht auf jegliches Bündnis der Arbeiterklasse mit Teilen der Bauernschaft begründet, so wiesen bereits MARX und ENGELS ständig darauf hin, daß die Arbeiterklasse auf sich allein gestellt nicht in der Lage sein wird, die auf Ausbeutung beruhenden Produktionsverhältnisse zu beseitigen.

Die Auffassung, die von LASSALLE vertreten wurde, fand im Gothaer Programm vom Jahre 1875 ihren Niederschlag. Auch dort wurde die Notwendigkeit der Beseitigung des Großgrundbesitzes mit keinem Worte erwähnt, vielmehr fand eine solche kleinbürgerliche Forderung LASSALLE als „Produktionsgenossenschaften mit Staatshilfe“ als Voraussetzung zu einer sozialistischen Organisation der Gesamtarbeit<sup>1)</sup> Aufnahme.

Auf die Unmöglichkeit solcher Forderungen im Rahmen des preußisch-junkertlichen Staates, hat MARX schon 10 Jahre vor dem Kompromiß von Gotha verwiesen und dabei betont:

„Aber die Ehre der Arbeiterpartei erheischt, daß sie solche Trugbilder zurückweist, selbst bevor deren Hohlheit an der Erfahrung geplatzt ist. Die Arbeiterklasse ist revolutionär, oder sie ist nichts.“<sup>2)</sup>

Der Verzicht auf jegliches Bemühen, Verbündete unter der Landbevölkerung zu gewinnen und die Hoffnung, durch Reformen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu einer sozialistischen Landwirtschaft zu gelangen, charakterisiert auch in der Folgezeit die Grundhaltung der deutschen Sozialdemokratie in der Agrarfrage. Im Gegenteil, in der Weimarer Zeit und auch in der Gegenwart hat die SPD ganz offen ausgesprochen, daß sie an eine Sozialisierung der Landwirtschaft nicht denkt, sondern für die Festigung des Privateigentums in der Landwirtschaft eintritt.

Einen breiten Raum innerhalb der SPD nahmen die Diskussionen über die Betriebsgröße ein. Entgegen den klaren Beweisführungen des Marxismus-Leninismus, daß auch die Landwirtschaft mit der Entfaltung der kapitalistischen Warenproduktion voll den ökonomischen Gesetzen des Kapitalismus unterworfen wird, und der Kleinbetrieb unweigerlich dem Großbetrieb zum Opfer fallen wird, vertrat die deutsche Sozialdemokratie die Auffassung — gestützt auf BERNSTEIN und DAVID sowie auf bürgerliche Ökonomen —, daß dem landwirtschaftlichen Kleinbetrieb die Zukunft gehört.

Diese Auffassung trug wesentlich mit dazu bei, daß der sich ständig verschärfende Differenzierungsprozeß der Bauernschaft ignoriert und der Frage der Klassenspaltung der Bauern seitens der SPD keinerlei Beachtung geschenkt wurde. Im Gegenteil, der Klassencharakter der Bauernschaft wurde vollkommen geleugnet.

So nimmt es nicht wunder, daß als Ergebnis die Agrarfrage nicht als eine Klassenfrage, eine Frage

nach Verbündeten angesehen wurde, sondern auf die Probleme der Ernährung der Bevölkerung reduziert worden ist.

„Die Agrarfrage muß daher immer mehr von der uralten Wahrheit bestimmt werden, daß der Mensch essen muß, um zu leben, und daß die Agrarfrage daher vom Standpunkt der industriellen Arbeiterschaft aus gesehen, eine Frage der reichlichen und billigen Ernährung, wenn man will, also eine Magenfrage ist.“<sup>3)</sup>

Das war die Haltung, die dem 1927 veröffentlichten Agrarprogramm der SPD zugrunde lag. Der Verzicht auf eine prinzipielle marxistische Lösung der Agrarfrage und die einseitige Betonung sozialer Maßnahmen, deren Durchführung aber im Kapitalismus von vornherein illusorisch waren, führten dazu, daß ein großer Teil der Bauernschaft in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen der Reaktion in die Arme getrieben wurde. Diese Tendenz wurde durch die Uneinigkeit der Arbeiterklasse innerhalb der KPD, die erst mit dem Oldenburger Bauernhilfsprogramm im Jahre 1931 restlos überwunden wurden, verhindert, daß die Mehrzahl der Werktätigen auf dem Lande zur aktiven Teilnahme am Kampf gegen das Monopolkapital und den Großgrundbesitz gewonnen werden konnte.

Wurde vor allem durch das revisionistische Verhalten der SPD die Bauernschaft zu einer Reserve der Bourgeoisie, so ist es ein Hohn auf die Lage der Werktätigen auf dem Lande, wenn im Landprogramm der SPD im Jahre 1956 behauptet wird,

„die Bauern selbst sind an der bisherigen Agrarpolitik nicht unschuldig.“

Die Begründung, die für diese Behauptung gegeben wird, ist, daß sowohl in der Weimarer Zeit als auch gegenwärtig in Westdeutschland die Führer der Bauernverbände „aus politischen Machtgründen mit den industriellen Unternehmern“ paktierten, daß durch das Bündnis zwischen der Schwerindustrie und den Großagrariern „ausreichende und wirksame Maßnahmen zur Förderung der bäuerlichen Betriebe unterblieben“.

So zutreffend die letztgenannten Feststellungen sind, so wäre aber zumindest zu erwarten gewesen, daß gleichzeitig aufgezeigt wurde, welche Schritte die Deutsche Sozialdemokratie unternommen hatte, um mit den Werktätigen auf dem Lande ein Bündnis gegen die Großindustrie und Großagrariere zu schließen, statt den Bauern die Schuld für eigene Fehler zu geben. Man muß deshalb fragen, ob die SPD in ihrem Landprogramm des Jahres 1956 Maßnahmen festgelegt hat, die dazu angehen sind, Verhältnisse in der bisherigen Agrarpolitik nachzuholen. In diesem Zusammenhang sollen einige Einzelfragen betrachtet werden:

1. Das Eigentum am Boden, dem wichtigsten Produktionsmittel der Landwirtschaft

1) KRÜGER/BAUDE, Sozialdemokratische Agrarpolitik, Erläuterungen zum sozialdemokratischen Agrarprogramm, Dietz-Verlag, Berlin 1928, S. 17

1) Vgl. MARX/ENGELS, Ausgew. Schriften in 2 Bänden, Band II, S. 22 ff.  
2) MARX/ENGELS, Briefwechsel, Dietz-Verlag, Berlin 1959, Band III, S. 206.

In den Erläuterungen zum Kieler Agrarprogramm der SPD des Jahres 1927 wird zum Ausdruck gebracht, daß der Wunsch der Bauern nach Boden zu befriedigen ist. Deshalb „muß am Anfang eines jeden Agrarprogramms die Umgestaltung der Boden-eigentumsverhältnisse (siehe unten)“ und in der Frikabel des Abschnittes I — Bodenreform — des Kieler Agrarprogramms heißt es:

„Aus Gründen der Produktions- wie der Bevölkerungspolitik fordert deshalb die Sozialdemokratie eine grundlegende Änderung der Grundeigentumsverhältnisse, eine planmäßige Bodenreform.“<sup>1)</sup>

Es soll verzichtet werden, darauf einzugehen, wo die Ursachen liegen, daß diese von der SPD damals aufgestellten Forderungen nicht verwirklicht werden konnten und auch darauf, daß die Forderung nach einer Bodenreform mit vielen Inkonsistenzen behaftet war (vor allem Auflösung der Fideikomisse und des Großgrundbesitzes in Ostdeutschland über 750 ha).

Hervorzuheben ist, daß die Forderung nach einer Bodenreform — gleich in welcher Form — überhaupt gestellt worden ist.

Wie steht die Sozialdemokratie heute zu den Fragen einer Bodenreform in Westdeutschland?

Im Landprogramm der SPD wird von der wichtigsten dieser ausgegangen, „daß sich das (west-)deutsche Wirtschaftswunder auf dem Lande kaum auswirkt“.

Betont wird, daß nur größere, unter günstigen Bedingungen wirtschaftende Landwirtschaftsbetriebe an dem derzeitigen konjunkturellen Aufschwung Westdeutschlands teilhaben. Wird mit dieser Feststellung auf der einen Seite das Eingeständnis gemacht, daß die bisherige These der Sozialdemokratie über den Großbetrieb in der Landwirtschaft — eine These, mit der die Revisionisten die Richtigkeit des Marxismus widerlegt zu haben glauben — nicht länger aufrechterhalten werden kann, so erwartet es andererseits größtes Interesse, wie die SPD die in ihrem Programm aufgestellte Forderung, „daß unsere Dörfer und landwirtschaftlichen Betriebe, wenn sie bereits Not leiden, wieder gesund werden“<sup>2)</sup>, verwirklicht werden soll.

In dieser Forderung zeigt sich bereits, daß seitens der SPD generell von „landwirtschaftlichen Betrieben“ gesprochen wird, ohne auch nur im geringsten den Versuch zu unternehmen, eine klassenmäßige Differenzierung der Bauernschaft vorzunehmen. Die Leugnung des Klassencharakters der Bauernschaft ist eine beliebte Methode, die von jeher von den Revisionisten angewandt wurde. Wie will aber die SPD das Ziel erreichen, allen Betrieben, gleich, welcher Betriebsgrößengruppe, einen

wirtschaftlichen Aufschwung zu ermöglichen, obgleich auch zum Ausdruck gebracht wird, daß bisher vor allem der Großbetrieb Nutznießer der Bonner Agrarpolitik gewesen ist. Die Lösung einer solchen Aufgabe sähe ein Marxist darin, daß durch Aufteilung des Großgrundbesitzes unter die werktätigen Bauern die Lage der Klein- und Mittelbauernbetriebe verbessert würde, wobei auch den großbäuerlichen Betrieben die Möglichkeit einer rationalen Gestaltung der landwirtschaftlichen Produktion erhalten bliebe.

Voraussetzung zu einer solchen Maßnahme wäre aber eine grundlegende Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse in der gesamten Volkswirtschaft. Da die SPD letzteres nicht ernsthaft will, auf der anderen Seite aber an der Notwendigkeit der Änderung der Agrarstruktur nicht vorbeigehen kann, wird ein Weg bejagt, der dazu beiträgt, die Vorherrschaft des kapitalistischen Großbetriebes in der westdeutschen Landwirtschaft auf Kosten der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe zu festigen.

„Aufstockung kleiner Betriebe, Technisierung und Dorfauflockerung sind die wichtigsten Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur unserer mittel- und kleinbäuerlichen Betriebe.“<sup>3)</sup>

Hinter dieser Forderung verbirgt sich nichts anderes als die volle Anerkennung des Programms der Bonner Regierung zur Änderung der Agrarstruktur. Das wird von KRIEDEMANN in seinem Referat zur Begründung des Landprogramms ganz offen eingestanden und in einer rückhaltlosen Unterstützung der Politik der Bundesregierung in den prinzipiellen Fragen liegt die wiederholt betonte „echte Neuorientierung um die Bekämpfung des Übels in seiner Wurzel. Deshalb haben wir auch uneingeschränkt das Programm des Bundesministers LÖBKE, das sogenannte Strukturprogramm, begrüßt und unterstützt.“ (KRIEDEMANN)

Dieses Strukturprogramm, das das Kernstück der gesamten Maßnahmen des Bonner Staates zur Vorbereitung der westdeutschen Landwirtschaft auf den Eintritt in eine „Europäische Agrarunion“ darstellt, zeigt heute bereits seine ersten Ergebnisse, die aber im Widerspruch zu obengenannter programmatischer Forderung der SPD nicht davon zeugen, daß auch die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe „gesund bleiben“ bzw. „wieder gesund werden“.

Aus dem „Grünen Bericht 1957“ geht hervor, daß in Westdeutschland in der Zeit von 1949 bis 1955 die Zahl der Betriebe zwischen 0,5 und 10 ha um 104 170 zurückgegangen ist. Zugewonnen, sowohl an Zahl wie an Fläche, haben vor allem die Betriebe zwischen 10 und 100 ha, während bei den Betrieben über 100 ha eine geringe Abnahme zu verzeichnen gewesen ist.

1) KRÜGER/BAUDE, a. a. O. S. 16.  
2) Ebenda, S. 52.  
3) Frikabel des Landprogramms der SPD des Jahres 1956.

1) Landprogramm der SPD, Abschnitt II, tatkräftige Änderung der Agrarstruktur.

DR. GERHARD SEIDEL

Im „Grünen Bericht“ wird zum Ausdruck gebracht, daß es sich um eine Entwicklung handelt, „die im Sinne der Bestrebungen der Bundesregierung verläuft . . . Sie hat zu einer beachtlichen Strukturveränderung geführt“.)

Die Richtung der Strukturänderung zielt auf die Schaffung kapitalistischer landwirtschaftlicher Großbetriebe ab. Wird dieses Ziel gegenwärtig noch durch das Überwiegen klein- und mittelbäuerlicher Betriebe verschleiert, so zeigen die Maßnahmen der sogenannten „Siedlung“ die wahren Bestrebungen in aller Deutlichkeit. Von den insgesamt zwischen 1945 und 1954 im Rahmen der „Siedlung“ neu gebildeten landwirtschaftlichen Betrieben entfielen 52 % der LN auf Betriebe über 20 ha LN. Auch wenn man die Diskussionen zur Betriebsgröße in Westdeutschland verfolgt, so erkennt man, daß sich immer mehr die Meinung durchsetzt, daß nur in einem größeren Betrieb ein rationeller Maschineneinsatz und eine Intensivierung der Produktion möglich sein wird.

Daß in der Schaffung großer kapitalistischer Betriebe auch der Bonner Agrarpolitik besteht, geht aus daraus hervor, daß in verstärktem Maße darauf hingewiesen wird, daß nur in den größeren Betrieben eine profitable Anlage des Kapitals gegeben ist, währenddem in den Kleinbetrieben die erzielten Einnahmen nicht die Aufwendungen der Betriebe decken können.

Das wird auch seitens der SPD zugegeben.

„Wir stehen vor der Tatsache — und kein Verdrüßlicher kann diese Tatsache leugnen —, daß heute in der Landwirtschaft viele Menschen eine auskömmliche Existenz vergeblich suchen, weil für sie die erste Voraussetzung für ausreichende Einnahmen und ausreichenden Gewinn — d. h. eine ausreichende Betriebsgrundlage — einfach nicht gegeben ist.“ (KRIEDEMANN)

Eine weitere Maßnahme, die der Strukturänderung unmittelbar dient, ist die Flurbereinigung. Wenn durch die Flurbereinigung auch nicht in jedem Falle Kleinbetriebe unmittelbar beseitigt werden, so schafft doch die Flächenzusammenlegung für den Großbetrieb günstigere Voraussetzungen für die rationelle Bewirtschaftung und Spezialisierung der Betriebe und damit zur festen ökonomischen Fundierung. Die Folge besteht in der Verschärfung des Differenzierungsprozesses der Bauernschaft, in letzter Konsequenz also darin, daß die Kleinbetriebe von den Großbetrieben aufgesaugt werden. Deshalb wird auch der Flurbereinigung als wichtigem Mittel zur Durchführung des Strukturwandels seitens der Bundesregierung besondere Beachtung geschenkt.

Welche große Bedeutung die westdeutsche Regierung der sogenannten Aufstockung kleinerer Betriebe und der Flurbereinigung beimißt, geht daraus hervor, daß von den gesamten Mitteln, die der

Landwirtschaft im Jahre 1957 laut Grünem Plan zur Verfügung stehen sollen, 13,2 % für genannte Zwecke Verwendung finden. Von diesen Mitteln werden 48 % in Form von staatlichen Zuschüssen ausgereicht. Insgesamt — einsch. Kredite — werden für Maßnahmen zur Veränderung der Agrarstruktur 1957 über das Doppelte an Mitteln (203 %) bereitgestellt, als es 1956 der Fall war.

Diese, den kapitalistischen Betrieben in der Landwirtschaft dienende Entwicklung, wird von der SPD unterstützt, ja im Landprogramm ist sogar festgelegt, daß „die SPD . . . für die freiwillige Abgabe von Land einen Anreiz schaffen“ will, da, wie in dem Referat KRIEDEMANNs besonders hervorgehoben wird, die Sozialdemokratie „für die ungehinderte Wanderung des Bodens zum besseren Wirt eintritt“.

Es steht außer Zweifel, daß es in Westdeutschland notwendig ist, die Wirtschaftlichkeit der kleineren Betriebe durch Landzulagen zu erhöhen. Gibt es dafür nun keine anderen Möglichkeiten, als über die Vernichtung der Kleinbetriebe?

Wie in der DDR, so wurden auch 1945 in allen Ländern Westdeutschlands Beschüsse zur Durchführung einer Bodenreform gefaßt. Mit Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte und mit Billigung der rechten SPD-Führung ist es aber der Bonner Regierung gelungen, die Verwirklichung der gesetzlich festgelegten Maßnahmen weitestgehend zu verhindern.

War es neben der KPD vor allem die SPD, die noch vor wenigen Jahren die Forderung nach einer Bodenreform unterstrich, so wird heute die Bejahung aufgestellt, daß für eine Bodenreform in Westdeutschland keine Notwendigkeit bestünde, da „das Problem der Großagrarien . . . gelöst worden ist“ (KRIEDEMANN).

Das Problem der Großagrarien ist bisher allerdings nur im demokratischen Teil Deutschlands, in der DDR, gelöst worden. In Westdeutschland dagegen konnten die Großgrundbesitzer ihre alten Stellungen behaupten. Das wissen auch die Theoretiker der rechten SPD-Führung, deshalb wird die Frage des Großgrundbesitzes in Westdeutschland als nicht existent hingestellt und gleichzeitig eine Verleumdungskampagne gegen die demokratische Bodenreform und die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft der DDR entfacht.

Im gleichen Zusammenhang hebt die SPD hervor, daß sie fest auf dem Boden des Privateigentums stehe und das Strukturprogramm auch im Hinblick auf die spätere Integration der westeuropäischen Landwirtschaft unterstützt. Dabei wird versucht, den Anschein zu erwecken, als ob es möglich wäre, den Kleinbetrieb zu erhalten. Heftig wird gegen die Schaffung von Betrieben zwischen 30 und 40 ha polemisiert, und diese Konzeption wird als „liberalistische Konsequenz“ abgelehnt.

Aus alledem geht hervor, daß ein sogenannter dritter Weg seitens der SPD angestrebt wird. Staatssekretär Dr. TROSCHEK führt dazu aus:

ZUR GEGENWÄRTIGEN AGRARPOLITIK DER SPD IN WESTDEUTSCHLAND

„Aus beiden angedeuteten Richtungen (sozialistische Umgestaltung wie in der DDR und den Volksdemokratien einerseits, vollmechanisierte kapitalistische Betriebe über 30 ha andererseits — G. S.) ergibt sich, daß eine sozialdemokratische Agrarpolitik weder den einen noch den anderen Weg beschreiten kann.“

Die Propagierung eines 3. Weges kann nur den Sinn haben, den Massen der Klein- und Mittelbauern eine Zukunft aufzuzeigen, die in Wirklichkeit gar nicht gegeben ist. Das wird daraus ersichtlich, daß seitens der SPD gesagt wird, daß sie streng dafür eintritt, daß „die Substanz der Familienbetriebe nicht angegriffen wird“. Damit hat man sich eine Hintertür geschaffen, durch die man ständig ent schlüpfen kann, da durch den labilen Begriff „Familienbetrieb“ sowohl solche Betriebe zwischen 5 und 10 ha, als auch solche von 20 bis 50 ha gefaßt werden können.

Aus den bisherigen Betrachtungen läßt sich als Schlussfolgerung ableiten, daß die SPD in ihrem Landprogramm des Jahres 1956 durch die Unterstützung der Maßnahmen des Bonner Staates zum Strukturwandel eine gegen die werktätigen Bauern gerichtete Agrarpolitik befürwortet und damit eine rein kapitalistische Agrarpolitik betreibt.

Die prinzipielle Ablehnung einer Bodenreform in Westdeutschland und der Beseitigung des bestehenden Großgrundbesitzes zeigt gleichzeitig, daß die SPD in ihren Forderungen aus dem Jahre 1956 noch hinter die Ziele, die sie sich 1927 gestellt hatte, zurückgegangen ist. Die Neuorientierung in diesen Fragen besteht demnach nicht darin, daß grundsätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Klein- und Mittelbauern vorgeschlagen werden, sondern darin, daß man voll und offen die kapitalistischen Tendenzen in der Landwirtschaft unterstützen will.

## 2. Die Reform- und Landarbeitsverhältnisse

An einem weiteren, die Arbeiterklasse unmittelbar berührenden Punkt kann man die Haltung der SPD-Führung sehr gut erkennen, nämlich an der Landarbeiterfrage. Wie ist gegenwärtig die Situation in Westdeutschland?

Gegenüber dem Wirtschaftsjahr 1952/53 hat sich im Wirtschaftsjahr 1955/56 die Zahl der Landarbeiter in der westdeutschen Landwirtschaft um 78.300, das sind rund 9 %, vermindert. Den größten Rückgang in der Zahl der Lohnarbeiter weisen die Gebiete mit vorwiegend klein- und mittelbäuerlicher Struktur auf. Die Ursachen sind folgende: Durch die gegenwärtig konjunkturell bedingten, relativ guten Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen Wirtschaftszweigen wanderten viele, vor allem ledige Arbeitskräfte, aus der Landwirtschaft ab. Das wird vor allem durch das unterschiedliche Lohnniveau zwischen der Landwirtschaft und den anderen Volkswirtschaftszweigen bedingt. Nach Angaben des Grünen Berichts 1957 lagen im Zeitraum vom 1. 4. 1955 bis 31. 3. 1956 die Löhne der

Industriearbeitern) über denen der Landarbeiter (Landarbeiterlohn = 100):

Bei Hilfsarbeitern um 49 %,  
bei angelernten Arbeitern um 51 %,  
bei Facharbeitern um 29 %,  
bei angelernten Arbeiterinnen um 32 %.)

Der durch die Abwanderung von Arbeitskräften in einigen Gebieten aufgetretene Arbeitskräftemangel wurde 1956 zum Teil durch die Beschäftigung italienischer Saisonarbeitskräfte ausgeglichen. Neben dem Rückgang von Lohnarbeitskräften geht auch die Zahl der Familienarbeitskräfte zurück. Es besteht kein Zweifel, daß in den kleinbäuerlichen Betrieben ein Überbesatz an Arbeitskräften vorhanden war und zum Teil heute noch ist. Diese Arbeitskräfte können unter kapitalistischen Bedingungen nur in Zeiten der Konjunktur in anderen Wirtschaftszweigen Arbeit finden, während sie in Zeiten der Krise und der Depression das Heer der industriellen Reservearmee in den Städten vergrößern.

Ist gegenwärtig in Westdeutschland in den kleineren Betrieben noch eine relativ hohe Zahl von Arbeitskräften vorhanden, so leiden die Großbetriebe zum Teil bereits heute unter empfindlichem Arbeitskräftemangel. Die Lösung des Arbeitskräfteproblems in der westdeutschen Landwirtschaft ist deshalb eine dringende Aufgabe.

Wie stellt sich die SPD die Lösung dieser Frage vor?

Auch in diesem Punkt wird vollinhaltlich der Standpunkt der Bundesregierung gebilligt. Im Agrarprogramm von Bad Vilbel wird im Abschnitt 1, 4, gefordert:

„Reform der ungesunden Landarbeitsverhältnisse, die zur Abwanderung tüchtigen Nachwuchses aus der Landwirtschaft und zu der jetzigen Landarbeitskräftekrise geführt haben . . . Die vermehrte Beschäftigung verheirateter Landarbeiter ist eine Voraussetzung für die geordnete landwirtschaftliche Betriebsführung und damit für die Hebung des Leistungsstandes und des Ansehens des Landarbeiterberufes.“

Um die Zahl der verheirateten Arbeitskräfte in der Landwirtschaft zu erhöhen, wird in den Maßnahmen zum Grünen Plan 1957 eine Summe von „50 Mill. DM für die Freimachung zweckentfremdeter landwirtschaftlicher Werkwohnungen durch den Bau von Ersatzwohnungen vorgesehen.“)

Des weiteren sind noch 10 Mill. DM für den Neubau bzw. Ausbau bestehender Landarbeiterwohnungen vorgesehen.

) Zur Berechnung des Vergleichelohnes der Industriearbeiter wurde von dem jährlichen Bruttoeinkommen von Arbeitern in Gemeinden unter 5000 Einwohnern ausgegangen. Die Untersuchungen erstreckten sich auf 10 westdeutsche Gemeinden. Betragt wurden 3000 Industriearbeiter. Berücksichtigt fanden außer dem Bergbau alle Wirtschaftszweige, in denen Arbeiter aus Landgemeinden beschäftigt sind.

) Vgl. Grüner Bericht 1957, S. 46.  
) Ebenda S. 11.

III. SONNENSTREIFEN

Die dieses Maßnahmen sind nicht anders er-  
reicht werden als durch entsprechende landwirtschaftliche  
Maßnahmen. Einmalige Subventionen können nicht  
die dauerhafte Sicherung der Existenz der  
Landwirte sichern. Die Sicherung der Existenz  
muss durch entsprechende Maßnahmen erreicht werden.  
Die Sicherung der Existenz der Landwirte muss  
durch entsprechende Maßnahmen erreicht werden.

Die Sicherung der Existenz der Landwirte muss  
durch entsprechende Maßnahmen erreicht werden.  
Die Sicherung der Existenz der Landwirte muss  
durch entsprechende Maßnahmen erreicht werden.

Die Sicherung der Existenz der Landwirte muss  
durch entsprechende Maßnahmen erreicht werden.  
Die Sicherung der Existenz der Landwirte muss  
durch entsprechende Maßnahmen erreicht werden.

Die Sicherung der Existenz der Landwirte muss  
durch entsprechende Maßnahmen erreicht werden.  
Die Sicherung der Existenz der Landwirte muss  
durch entsprechende Maßnahmen erreicht werden.

Die Sicherung der Existenz der Landwirte muss  
durch entsprechende Maßnahmen erreicht werden.  
Die Sicherung der Existenz der Landwirte muss  
durch entsprechende Maßnahmen erreicht werden.

Die Sicherung der Existenz der Landwirte muss  
durch entsprechende Maßnahmen erreicht werden.  
Die Sicherung der Existenz der Landwirte muss  
durch entsprechende Maßnahmen erreicht werden.

Die Sicherung der Existenz der Landwirte muss  
durch entsprechende Maßnahmen erreicht werden.  
Die Sicherung der Existenz der Landwirte muss  
durch entsprechende Maßnahmen erreicht werden.

1. Die Sicherung der Existenz der Landwirte muss  
durch entsprechende Maßnahmen erreicht werden.  
2. Die Sicherung der Existenz der Landwirte muss  
durch entsprechende Maßnahmen erreicht werden.

ZUR GEGENWÄRTIGEN AGRARPOLITIK DER SPD IN WESTDEUTSCHLAND

seitens der Bonner Regierung übereinstimmend  
festgestellt wurde, daß die Abwanderung von  
Arbeitskräften in den klein- und mittelbäuerlichen  
Betrieb zu begrüßen ist, wenn weiter festgestellt  
wurde, daß in den Betrieben bis 20 ha, zum Teil  
auch in größeren Betrieben, das Einkommen der  
Betriebsinhaber die durchschnittlichen Landarbeit-  
erlöhne nicht in jedem Falle erreicht, so wäre es  
illusorisch anzunehmen, daß in diesen Betrieben  
Landarbeiterfamilien beschäftigt werden könnten.  
Diese Maßnahmen kommen vielmehr nur den kapital-  
istischen Großbetrieben zugute. So bemerkte  
Staatssekretär TRÖSCHER in seinem Referat auf  
dem Agrarkongreß in Bad Vilbel, daß „die moderne  
Technik... erlaubt, jede Betriebsgröße zwischen  
2 und 50 ha je nach Intensitätsgrad und Betriebs-  
organisation als Familienbetrieb ohne fremde Ar-  
beitskräfte zu führen“.

Wenn eine solche Lösung des Arbeitskräftepro-  
blems auch von ihm abgelehnt und „als der Weis-  
heit letzter Schluß moderner Super-Liberalisten“  
gekennzeichnet wurde, so ist der Weg, den die  
westdeutsche Landwirtschaft beschreiten wird, nicht  
von theoretischen Axiomen oder dem guten Willen  
von Agrartheoretikern der SPD abhängig. Viel-  
mehr liegt die letzte Ursache, die den Weg der  
westdeutschen Landwirtschaft bestimmt, in den Geset-  
zmäßigkeiten der kapitalistischen Ökonomik be-  
gründet. Bei längerem Anhalten der derzeitigen  
Konjunktur, die auch die Arbeitskräftefrage der  
Landwirtschaft beeinflusst, wird der Weg der weite-  
ren Freisetzung von Arbeitskräften durch ver-  
stärkte Mechanisierung beschritten werden, wäh-  
rend bei Nachlassen der Konjunktur eine ent-  
gegengesetzte Bewegung einsetzen wird.

Im Zusammenhang mit der Landarbeiterfrage  
in Westdeutschland wird aber auch das Ziel der  
Strukturveränderung deutlicher, als an anderer  
Stelle ausgedrückt. Bundesausschussmitglied  
HEINZ FREHSE, der in Bad Vilbel zum Thema  
„Konstruktive Landarbeiterpolitik“ referierte, sagte:  
„Für die Sozialdemokratische Partei besteht  
kein Zweifel, daß der Landarbeiterstand auch  
bei der Entwicklung der jetzigen Gesind-  
arbeitsbetriebe zu Familienbetrieben oder bei  
ihrer Aufstockung zu Lohnarbeitsbetrieben  
seine Bedeutung in Westdeutschland behalten  
wird.“

Hierin liegt das Eingeständnis, daß die Tenden-  
zen der Entwicklung der Agrarstruktur zu sogen.  
Lohnarbeitsbetrieben, d. h. zu kapitalistischen  
Großbetrieben, geht.

Daraus ergibt sich aber auch, daß die vorgeschla-  
gene Lösung der Landarbeiterfrage nur diesen kapital-  
istischen Betrieben zugute kommt, und daß die  
Tendenzen zur immer stärkeren kapitalistischen  
Konzentration in der westdeutschen Landwirtschaft  
direkt durch die agrarpolitischen Maßnahmen der  
SPD unterstützt werden.

Mit der Unterstützung der Bonner Regierung,  
Landarbeiter in Werkwohnungen auf den großen

landwirtschaftlichen Betrieben unterzubringen,  
bleibt die SPD hinter ihren im Kieler Agrarpro-  
gramm gestellten Forderungen zurück.

Dort heißt es in Abschnitt V:  
„Die Sozialdemokratie fordert daher vor allem,  
daß die drückende Abhängigkeit beseitigt wird,  
unter der bei der jetzigen Arbeitsverfassung,  
insbesondere durch das System der Werk-  
wohnungen, die Landarbeiter leiden.“

Bereits im Jahre 1927 wurde im Kieler Programm  
auf die Notwendigkeit des Baues von Eigenheimen  
für Landarbeiter hingewiesen. Bis heute konnte  
dieser Vorschlag nicht in die Wirklichkeit umgesetzt  
werden. Trotzdem ist er wieder Bestandteil der  
agrarpolitischen Forderung der SPD-Führung.  
Beim Vergleich beider erwähnten Agrarprogramme  
fällt noch auf, daß den Fragen der Arbeitszeit im  
Landprogramm von Bad Vilbel keine Beachtung  
respektiert wird, während im Jahre 1927 klar und  
eindeutig die Forderung nach dem 8-Stunden-Tag  
in der Landwirtschaft und genügend Arbeitspausen  
an Sonn- und Feiertagen gestellt wurde.

Die Forderung nach verbesserter Berufsausbildung  
für Landarbeiter, nach staatlicher Unter-  
stützung bei der fachlichen Ausbildung und der  
Vergrößerung der Zahl der Volkshochschulen auf  
dem Lande sind dazu ansetzend, im Falle einer Ver-  
wirklichung ein höheres Bildungsniveau der Land-  
arbeiter zu erreichen. Unter den Bedingungen der  
Herrschaft des Monopolkapitals und dem verstärk-  
ten Tempo der Wiederaufrüstung in Westdeutsch-  
land sind sie aber niemals zu verwirklichen. Das  
ergibt sich schon daraus, daß im Rahmen des Grün-  
nen Planes 1957 für „Förderung der Forschung,  
Ausbildung, Beratung und Schulung“ lediglich  
15 Mill. DM zur Verfügung stehen werden. Davon  
sind für „Ausbildungsbeihilfen für bedürftige Ju-  
gendliche“ nur 1,5 Mill. DM in Anschlag gebracht.

Insgesamt zeigt sich auch bei den Vorschlägen  
zur Landarbeiterfrage, daß die Politik der SPD den  
Interessen der kapitalistischen landwirtschaftlichen  
Betriebe dient, daß sie unmittelbar zur Verwirk-  
lichung des LÜBKschen Strukturprogramms beiträgt,  
daß sie nicht im Interesse der Landarbeiter  
selbst liegt und keine wirkliche Verbesserung ihrer  
Lage bringen kann.

An Hand der beiden ausführlicher behandelten  
Fragen erkennt man, daß die agrarpolitische Kon-  
zeption der SPD mit dem Marxismus nichts gemein  
hat.  
Neben den bereits erwähnten Thesen enthält das  
Landprogramm eine Reihe weiterer wirtschaft-  
licher, vor allem aber sozialer Forderungen, auf die  
im einzelnen einzugehen im Rahmen dieses Arti-  
kels nicht möglich ist.

Zu erwähnen wären noch einige Maßnahmen,  
die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem  
Strukturwandel in der westdeutschen Landwirt-  
schaft stehen. Dabei steht im Mittelpunkt des Inter-  
esses

1. Zitiert nach KRÖGER/BAUDE, a. a. O. S. 87.



DR. GERHARD SEIDEL

esses die Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion. Die SPD setzt sich deshalb dafür ein, daß für klein- und mittelbäuerliche Betriebe, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Mittel zur Eigenmechanisierung aufzubringen, durch zinslose Darlehen die Bildung von Maschinengemeinschaften beschleunigt wird.

Die Bildung solcher Gemeinschaften wird schon seit langem in Westdeutschland angestrebt. Immer wieder zeigte es sich aber, daß durch diese Gemeinschaften wirtschaftlich starke Betriebe in die Lage versetzt werden, ökonomisch schwächere in unrentable Abhängigkeit zu bringen oder aber, wurden die Maschinen durch private Unternehmer gehalten, diesen die Erzielung möglichst hoher Profite im Vordergrund steht, die Gebühren für die Maschinenanwendung aber von den Kleinbauern nur in den seltensten Fällen aufgebracht werden konnten.

Auch, wenn jetzt seitens der SPD staatliche Darlehen gefordert werden und auch wenn man voraussetzt, daß diese Gemeinschaftsmaschinen tatsächlich in den kleineren Betrieben zu günstigen Bedingungen eingesetzt werden, so kann damit keine Rationalisierung der Produktion in den Kleinbauernwirtschaften erreicht werden. Im Grünen Plan 1937 sind 10 Millionen DM für Gemeinschaftsmaschinen vorgesehen. Bezieht man diese 10 Millionen DM auf die landwirtschaftliche Nutzfläche der Betriebe unter 10 ha, so entfallen pro ha LN dieser Betriebe 2,17 DM. Daß durch die Maschinengemeinschaften die Lage der werktätigen Bauern kaum gehoben werden kann, spüren auch die führenden Agrartheoretiker der SPD. Nach einer Schilderung der Entwicklung der Maschinengemeinschaften in Hessen, an denen Betriebe aller Größenklassen beteiligt sind, gelangt Dr. TRÖSCHER zu folgender interessanter Schlussfolgerung:

„Natürlich gibt es Klippen und Schwierigkeiten, aber es kommt auf den Geist an: den sich eine Regierung verpflichtet weiß und auf den Beweis der absoluten Aufrichtigkeit ihrer Motive.“

Wie es mit der Aufrichtigkeit der Motive der Adenauer-Regierung bestellt ist, der Beweise wurde erbracht. Im Oktober 1953 sagte ADENAUER in seiner Regierungserklärung:

„Die besondere Aufmerksamkeit der Bundesregierung wird weiterhin der Schaffung selbständiger Existenzen in Handwerk, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft gelten.“

Im Februar 1957 begrüßt die Bundesregierung in dem von ADENAUER unterzeichneten Grünen Bericht den Rückgang der Zahl der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe. Ist es angesichts solcher Tatsachen nicht beschämend für eine Arbeiterpartei, auf die Aufrichtigkeit der Versprechungen einer Regierung zu bauen, die bisher in allen die Belange der Werktätigen betreffenden Fragen den Beweis ihrer Unaufrichtigkeit erbracht hat?

Auch die Forderung der SPD, die Finanzierung des Neubaus und der Ausstattung der Wirtschafts-

gebäude klein- und mittelbäuerlicher Betriebe durch „Bundesbürgschaften zur Sicherung der Kreditversorgung“ und „billige Kredite aus öffentlichen Mitteln“ kann nicht dazu beitragen, die Lage dieser Betriebe zu sichern. Im Juli 1955 hatte die gesamte Schuldlast der westdeutschen Landwirtschaft eine Höhe von 8,2 Milliarden DM erreicht, wobei 54 Prozent auf kurz- und mittelfristige Kredite, die vor allem in den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben überwiegen, fallen.

Was ENGELS in seiner Schrift „Zur Wohnungsfrage“ über die rheinischen Kleinbauern vor über 50 Jahren sagte, ist für einen Teil der Kleinbauern Westdeutschlands auch heute noch zutreffend:

„Ihre Häuser und Felder sind mit Hypotheken über und über beschwert, ihre Ernte gehört ihren Gläubigern, ehe sie geschnitten ist, und auf ihrem Gebiet schalten und walten sie nicht souverän, sondern der Wucherer, der Advokat und der Gerichtsvollzieher.“<sup>1)</sup>

Nehmen gegenwärtig auch nicht mehr die Hypotheken, sondern die sonstigen Schulden den Hauptanteil an der Gesamtverschuldung ein, so führt doch jede weitere Belastung mit Krediten zu einer Verschärfung der ökonomischen Lage der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe.

Ist bereits jetzt die Rentabilität der Mehrzahl der Klein- und Mittelbauernbetriebe nicht gegeben, so kann eine Sicherung der ökonomischen Entwicklung dieser Betriebe nur in einer umfassenden Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse auf dem Lande und darüber hinaus der gesamten Volkswirtschaft, nicht aber in noch stärkere Kreditbelastung liegen.

Einen weiteren Schwerpunkt im Landprogramm der SPD nehmen die aufgestellten Forderungen zu sozialen Maßnahmen ein. In diesem Zusammenhang werden zum Teil sehr wichtige Fragen, wie Schaffung mehrklassiger, neuzeitlicher Schulen auf dem Lande, Verbesserung der Landlehrer-Besoldung, Verbesserung der Berufsausbildung auf dem Lande, sowie umfangreicher Mutterschutz für Bäuerinnen, Altersversicherung für Bauern und Kindergeld auch für Bauernfamilien u. a. angesprochen.

Alle diese, von der SPD ins Auge gefaßten notwendigen Verbesserungen der sozialen Verhältnisse auf dem Lande würden bei ihrer Verwirklichung dazu beitragen, das Lebensniveau auch der Landarbeiter und der Klein- und Mittelbauern in Westdeutschland zu erhöhen und die Rückständigkeit des Dorfes gegenüber der Stadt zu verringern.

So richtig und wichtig es für eine Arbeiterpartei ist, den Bauern die Verbesserung ihrer sozialen Lage in Aussicht zu stellen und ihnen das Versprechen zu geben, sich für die Steigerung ihres Lebensstandards einzusetzen, so liegt darin aber nur halbe Wahrheit. Solche Forderungen in die Wirklichkeit umzusetzen, hängt nicht vom guten Willen einer

<sup>1)</sup> MARX/ENGELS, Ausgewählte Schriften in 2 Bänden, Moskau 1959, Band 1, S. 55.

## ZUR GRÜNENWÄRTIGEN AGRARPOLITIK DER SPD IN WESTDEUTSCHLAND

Arbeiterpartei ab, vielmehr wird deren Verwirklichung von den herrschenden Produktionsverhältnissen bestimmt. Es gehört deshalb ebenfalls zu den unmittelbaren Anliegen einer Arbeiterpartei, den Bauern zu zeigen, daß die Herrschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der Repräsentant dieses Privateigentums, der bürgerliche Staat, verhindern, daß die aufgezeigten Möglichkeiten in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

Der gesetzmäßige Prozeß der Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus geht zum kapitalistischen landwirtschaftlichen Großbetrieb. Dieser Prozeß ist unaufhaltbar und hat für die Kleinbauern und auch für Teile der Mittelbauern ihre Ruinierung und den Abfall ins Proletariat zur Folge. Der einzige mögliche Weg, die Bauern vor diesem Schicksal zu bewahren ist, sie, geführt von einer revolutionären Arbeiterpartei, zum gemeinsamen Kampf gegen die Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer zu mobilisieren und nach Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse auf dem Wege der Freiwilligkeit zur genossenschaftlichen Großproduktion überzugehen.

„Wir können nun und nimmermehr den Parzellenbauern die Erhaltung des Einzelzweitzentums und des Einzelbetriebes gegen die Übermacht der kapitalistischen Produzenten versprechen . . . Wir können . . . dafür eintreten, daß der Kampf der Kapitalisten und Großgrundbesitzer gegen die Kleinbauern schon heute mit möglichst wenigen unrechtlichen Mitteln geführt und direkter Raub oder Proleterie, wie sie nur zu häufig vorkommen, möglichst verhindert wird.“<sup>2)</sup>

Mit diesen Worten hat ENGELS die Grenzen aufgezeigt, die der Arbeiterklasse und ihrer Partei im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise gesetzt sind.

Den werktätigen Bauern diese Grenzen aufzuzeigen, ihnen die Ausschließlichkeit ihrer Lage im Kapitalismus vor Augen zu führen, gehört ebenso zu den Aufgaben einer Arbeiterpartei wie ihr Kampf, die bereits im Kapitalismus im beschränkten Umfang gegebenen Möglichkeiten zur Verbesserung der Lage der werktätigen Bauern zu nutzen.

Will man abschließend die Frage nach dem Inhalt der „Neuorientierung“ in der Agrarpolitik der SPD beantworten, so fällt als hervorstechendstes Merkmal zu den Forderungen in ihrem Landprogramm von der rechten SPD-Führung in ihrem Landprogramm von Bad Vilbel vollständig auf die Linie der Agrarpolitik der bürgerlichen Parteien und des Bonner Staates übergegangen ist.

Waren in früheren agrarpolitischen Grundsatzklärungen der SPD zumindest in Einzelfragen noch Forderungen enthalten, die sich gegen den Großgrundbesitz, zum Teil auch gegen das Monopol der bürgerlichen Parteien und des Bonner Staates richteten, so ist im Landprogramm von Bad

Vilbel davon nichts mehr zu spüren. Das zeigt sich nicht nur in der Anerkennung des Grünen Planes durch die SPD, sondern auch in Erklärungen führender Agrar-Experten, die zum Ausdruck brachten, daß es in grundsätzlichen Fragen keine Meinungsverschiedenheiten mit den bürgerlichen Parteien Westdeutschlands gibt. KRIEDEMANN sagte das ganz deutlich mit der Feststellung:

„ . . . tatsächlich liegt der Unterschied zwischen den Agrarpolitikern der verschiedenen Parteien . . . im unterschiedlichen Willen und in den unterschiedlichen Möglichkeiten der Agrarpolitiker zur Realisierung des Grundsätzlichen oder theoretisch Anerkannten.“

Es sind also nicht prinzipielle Unterschiede in den Auffassungen vorhanden, sondern, sind es solche, in denen es um das Tempo und die Wege der Verwirklichung bestimmter, auch von den bürgerlichen Parteien anerkannter Ziele geht. Ja, die rechte SPD-Führung geht noch weiter. Nicht genug damit, daß sie sich die SPD gegenwärtig das Ziel, auftretende Widersprüche, die im Kapitalismus gesetzmäßig auszugleichen, anstatt zu versuchen, sie im Interesse der Werktätigen zu überwinden.

„Sozialdemokratische Agrarpolitik dient dem Ausgleich der Gegensätze, indem sie den Anspruch aller arbeitenden Menschen auf dem Lande nach einem lebenswerten Leben aufnimmt und durch Schaffung der politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen sicherstellt.“<sup>3)</sup> (Dr. TRÖSCHER)

Die Ursachen für diese als sozialistisch deklarierte, ihrem Wesen nach aber bürgerliche Konzeption liegt in den revisionistischen Traditionen, die von den SPD-Führern beigeht und gepflegt werden.

Die Leugnung der Klassenspaltung der Bauernschaft, die Ablehnung des Marxismus-Leninismus und der damit verbundene Verzicht auf den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten führen unweigerlich ins bürgerliche Fahrwasser. Das hat zur Folge, daß die schon grundsätzliche Stellung zur Agrarfrage, von der alle anderen agrarpolitischen Fragen abgeleitet sind, auf Oberflächenscheinungen, nicht aber auf das Wesen der Probleme orientiert ist.

Dagegen ist die Stellung des Marxismus-Leninismus zur Agrarfrage eindeutig umrissen.

„Folglich besteht der Kern der Agrarfrage . . . nicht darin, daß die Hindernisse, die der Hebung des agrikulturellen Niveaus im Wege stehen, hinweggeräumt werden müssen, sondern darin, in welcher Weise, durch welche Klasse und durch welche Methode diese hinweggeräumt zu bewerkstelligen ist.“<sup>4)</sup>

Diese klassenmäßige Lösung der Probleme der Landwirtschaft ist zentral für Westdeutschland eine unbedingte Notwendigkeit, andernfalls wird die Mehrheit der Klein- und Mittelbauern der Kon-

<sup>2)</sup> ENGELS, Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, MARX/ENGELS, Ausgewählte Schriften in 2 Bänden, Bd. II, S. 408.

<sup>3)</sup> LENIN, Ausgewählte Werke in 12 Bänden, Wien 1923, Bd. I, S. 68.

DR. GERHARD SEIDEL

kurvenz der kapitalistischen Landwirtschaftsbetriebe erliegen.

Wie eine Lösung der Agrarfrage vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus in Westdeutschland vorgenommen werden muß, wurde auf dem 30. Plenum des ZK der SED eindeutig aufgezeigt. Die Beseitigung der Vorrechte der Großgrundbesitzer und die Durchführung einer, den besonderen Verhältnissen Westdeutschlands angepaßten demokratischen Bodenreform, bei der nur der Besitz, der über 100 ha hinausgeht, enteignet werden soll<sup>1)</sup>, sind

<sup>1)</sup> Vgl. W. ULBRICHT, Grundfragen der Politik der SED, Referat auf der III. Tagung des Zentralkomitees der SED, Dietz-Verlag, Berlin 1957, S. 63/64.

die Voraussetzungen, um den werktätigen Bauern Westdeutschlands eine gesicherte Perspektive zu geben.

Mit der Durchführung dieser Maßnahmen, die gleichzeitig einen wesentlichen Bestandteil für die Herbeiführung der Wiedervereinigung Deutschlands darstellen, wären auch die Voraussetzungen geschaffen, um die sozialpolitischen Forderungen, die das Landprogramm der SPD enthält, durchzuführen zu können.

Notwendig dazu ist aber, daß es den Werktätigen in Deutschland gelingt, die Macht des Monopolkapitals und der Militaristen in Westdeutschland zu brechen und eine demokratische Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen.

Finanzökonomische Fakultät

Institut für Versicherungen Direktor Prof. Dr. Heinrich Bader

Als Manuskript gedruckt

## Ein Beitrag zum weiteren Ausbau der Sparrentenversicherung

Von HEINRICH BADER

Unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. BADER arbeitet im Auftrag des Ministeriums der Finanzen eine Forschungskommission an dem Thema:

„Analyse der bestehenden Formen der Lebens- und Rentenversicherung und Ausarbeitung von Vorschlägen für ihre Neugestaltung.“

Im vorliegenden Beitrag nimmt der Verfasser zu einem zwar eng begrenzten aber auch gleichzeitig besonders aktuellen Thema der Praxis Stellung und entwickelt einen Vorschlag, der der Praxis zweifellos neue Wege in der Gestaltung der Lebens- und Rentenversicherung aufzeigt. Der Verfasser behandelt dabei eine Reihe von Fragen, die das gesamte Gebiet der Lebensversicherung berühren (wie z. B. das Problem der Kalkulation der Kosten, die Wahl der Sterbetafeln, die unterschiedliche Behandlung von Männern und Frauen in der Lebens- und Rentenversicherung, Wahl des Zinsfußes). In dem Beitrag kommt zum Teil die bisherige Arbeit der Kommission zum Ausdruck, gleichzeitig soll er aber Diskussionsgrundlage für die weitere Forschungsarbeit sein.

In der Praxis würden in diesem Jahre große Anstrengungen zur Popularisierung der Sparrentenversicherung gemacht. In dieser von der Deutschen Versicherungsanstalt (DVA) im Jahre 1956 entwickelten Versicherungsform treten die Elemente des Sparens weit stärker in den Vordergrund als bei den übrigen Tarifen der Lebensversicherung. Darauf ist es zurückzuführen, daß auch während der Vertragsdauer Leistungen bewirkt werden können, ohne daß der Versicherungsfall eingetreten ist und ohne daß der für den Versicherungsnehmer wertvolle Versicherungsschutz in bedeutendem Umfang verlorengeht. Die Sparrentenversicherung läßt dem Willen der Versicherungsnehmer in weit stärkerem Maße Spielraum als bei den übrigen Tarifen, so daß der Versicherungsvertrag weitgehend den differenzierten und im Laufe der Vertragsdauer sich möglicherweise ändernden Bedürfnissen angepaßt werden kann. Darüber hinaus zeichnet sie sich noch da-

urch aus, daß im Gegensatz zu den Rentenversicherungen nach Tarif VI (sofort beginnende Leibrente gegen Einmalbetrag) und Tarif VIII (aufgeschobene Invaliden- und Altersrentenversicherung) im Todesfall 95 Prozent der Einlagen an die Hinterbliebenen des Versicherungsnehmers ausgezahlt werden. Dieser Vorzug stellt naturgemäß ein sehr beachtliches Werbeargument dar.

Dem Sparrentenbrief kommt neben seiner Bedeutung für die Bevölkerung auch eine große volkswirtschaftliche Bedeutung zu, da durch ihn vorübergehend freie Mittel der Bevölkerung gesammelt und im Wege der Umverteilung über die Bank der Bevölkerung in Form von Krediten, insbesondere zur Förderung des privaten Wohnungsbaus, wieder zur Verfügung gestellt werden. Die Sparrentenversicherung ist somit auch ein sehr wirksames Instrument zur Unterstützung der Maßnahmen unserer Regierung zur schnelleren Hebung des Lebensstandards unserer Bevölkerung. In dieser Versicherungsform kommt sehr eindrucksvoll zum Ausdruck, wie sich im staatlichen Versicherungswesen die individuellen Interessen sinvoll mit den Interessen der Gesellschaft verbinden. Die zweifellos guten Ergebnisse, die seit Einführung dieses neuen Tarifes erzielt worden sind, dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß dem neuen Tarif auch Mängel anhaften, die sich in gewissen Fällen hemmend auf die Werbung auswirken. Diese Mängel wollen wir zunächst analysieren, um dann anschließend daran einen Vorschlag zu entwickeln, der geeignet ist, die Sparrentenversicherung noch wirksamer als bisher zu gestalten und ihr eine breite Anwendungsmöglichkeit in der Praxis zu sichern.

Sowohl der Name als auch die tariflichen Leistungen bewirken zwangsläufig, daß der Interessent die Leistungen der Sparrentenversicherung mit denen der übrigen Formen des langfristigen Sparens (Buchsparen oder Kauf von Hypothekensparbriefen) gegenüberstellt. Dabei wird sich der Interessent insbesondere daran stoßen, daß während der Aufschubzeit, das ist die Zeit zwischen Vertragsabschluß und Beginn der Rentenzahlung, die DVA im Todesfall nur 95 Prozent der Einlage zurückzahlt. Bringt er sein Geld dagegen zur Sparkasse oder erwirbt er Hypothekensparbriefe, so stehen im Todesfall den Erben 100 Prozent der Einlage zuzüg-

PROF. DR. HEINRICH BADER

lich der bis dahin aufgelaufenen Zinsen und Zinseszinsen zur Verfügung. Dieser Vergleich wird um so mehr angestellt, als die Sparkassen in letzter Zeit in ihren Werbeschriften dazu übergegangen sind, dem Sparer die kumulative Wirkung von Zinsen und Zinseszinsen in Form von Tabellen vor Augen zu führen. So ist bekannt, daß bei einer Verzinsung von 5 Prozent sich ein Kapital durch die Wirkung von Zins und Zinseszins bereits in ca. 14 Jahren verdoppelt, in 22 Jahren vervierfacht und in ca. 40 Jahren verachtfacht. Bei einem Zinsfuß von 4 Prozent sind die Vergleichszahlen 18, 28 und 35 Jahre. Im engen Zusammenhang damit steht natürlich die Frage der Höhe des Zinsfußes. Während für das langfristige Buchsparen und für das Sparen in Hypothekendarlehen 5 Prozent Zinsen gewährt werden, beträgt der Zinsfuß beim Versicherungsvermögen nur 4 Prozent. Diese unterschiedliche Behandlung der verschiedenen Formen des langfristigen Sparens muß sich, so lange dieser Unterschied noch besteht, ungünstig für die Sparrentenversicherung auswirken. Mit der Sparrentenversicherung ist weiter ein sehr kompliziertes, finanztechnisches Problem verknüpft, das zwar nicht sichtbar nach außen in Erscheinung tritt, aber maßgeblich auf den tariflichen Aufbau, insbesondere auf die Beitragshöhe, einwirkt. Bei der Sparrentenversicherung handelt es sich technisch gesehen um eine aufgeschobene Leibrentenversicherung, die aus den Zinsen und Zinseszinsen des eingezahlten Betrags finanziert wird, während die Einlage selbst in Höhe von 95 Prozent ein Guthaben des Versicherungsnehmers darstellt, das im Todesfall an seine Erben ausgezahlt wird. Der Versicherungsnehmer kann aber auch während der Vertragsdauer über sein Guthaben bei entsprechender Reduzierung seines Rentenanspruches ganz oder teilweise frei verfügen. Verzichtet der Versicherungsnehmer auf dieses Verfügungsrecht sowie auf die Rückzahlung im Todesfall, so erhöhen sich die Rentenleistungen um den dadurch freiwerdenden Betrag.

Zu beachten ist aber, daß die Leistung aus der Lebensfallversicherung in hohem Maße vom Verlauf der Sterblichkeit abhängig ist. Das hat die Konsequenz, daß bei der Kalkulation der Leistungen eine so niedrige Sterblichkeit angenommen werden muß, daß die Anstalt die Gewähr hat, alle zukünftig fällig werdenden Leistungen befriedigen zu können. Es ist aber statistisch bewiesen, daß die Sterblichkeit in allen Ländern in den letzten Jahrzehnten stark gesunken ist, und die Beobachtungen aus der jüngsten Zeit zeigen, daß diese Beobachtungen aus der jüngsten Zeit zeigen, daß diese Beobachtungen eine weit längere Laufzeit als die üblichen Verträge der Lebensversicherung haben und demzufolge Veränderungen in der Sterblichkeit sich hier finanziell weit stärker auswirken müssen. Würde die Anstalt bei der Tarifkalkulation von der derzeitigen Sterblichkeit ausgehen, so besteht die Möglichkeit, daß nach Ablauf von 20 bis 30 Jahren festgestellt

wird, daß die Mittel nicht mehr ausreichen, um die vertraglichen Rentenleistungen zu finanzieren, da die Versicherten länger gelebt haben bzw. leben, als nach dem Tarif zugrunde liegenden Sterbetafel zu erwarten war. Um die sich daraus möglicherweise ergebenden finanziellen Konsequenzen zu vermeiden, ist die Anstalt gezwungen, und es kann ihr deswegen auch kein Vorwurf gemacht werden, bei der Beitragskalkulation von einer hypothetischen Sterbetafel auszugehen; d. h. ihren Berechnungen die Sterblichkeit zugrunde zu legen, wie sie zur Zeit noch nicht besteht, aber aller Wahrscheinlichkeit in Zukunft zu erwarten ist. Mit einfachen Worten, sie hat bei der Beitragsberechnung Sicherheitsfaktoren einzubauen, die naturgemäß den Versicherungsschutz verteuern. In der Todesfallversicherung wirken zwar die gleichen Faktoren, wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen und mit Rücksicht auf die kürzeren Vertragsdauern abgeschwächt, aber mit dem großen Unterschied, daß hier das Regulativ der Zusatzleistung besteht. Stellt sich im Laufe der Vertragsdauer heraus, daß durch den Einbau von Sicherheitsfaktoren Überschüsse entstehen, so kommen diese Überschüsse den Versicherten bzw. den Hinterbliebenen in Form von Zusatzleistungen zugute. So zahlt die DVA z. Z. bei derartigen Versicherungsverträgen im Todesfall bzw. bei Ablauf der Versicherung 15 Prozent des jeweiligen Sparguthabens bzw. der Versicherungssumme zusätzlich aus. Dieses Regulativ kann aber bei einer Rentenversicherung keine Anwendung finden. Die hier aus einer etwaigen Mehrsterblichkeit entstehenden Überschüsse können nicht aus den Sparguthaben ausgesondert werden, da die Anstalt damit rechnen muß, daß die Sterblichkeit in Zukunft absinkt und daß demzufolge die evtl. nur vorübergehend auftretenden Überschüsse in Zukunft mehr zur Abdeckung von Defiziten benötigt werden. Stellt sich nach Jahren tatsächlich heraus, daß die Sterblichkeit niedriger ist, wie man es bei der Kalkulation des Beitrags erwartet hatte, so ist eine nachträgliche Ausschüttung des entstandenen Überschusses an die Versicherten, aus deren Beiträge sie resultierten, entweder überhaupt nicht mehr möglich oder aber wenig sinnvoll, da die Verträge längst erloschen sind. Wir sehen also, daß sich die Anstalt bei der Ausarbeitung von Rentenversicherungstarifen zwischen zwei Grenzpfählen bewegen muß und diese nicht überschreiten werden dürfen. Einmal muß die Anstalt mehr an Beitrag erheben, als auf Grund der z. Z. vorliegenden Verhältnisse nötig wäre, zum anderen aber dürfen die Sicherheitszuschläge nicht ein solches Ausmaß annehmen, daß die sich aus dieser Kalkulation ergebenden Renten niedriger sind als die Zinsen, die der Versicherungsnehmer erhalten würde, wenn er den für die Altersversorgung vorgesehenen Geldbetrag bei einer Sparkasse einzahlen würde. Dieses zweite Erfordernis ist z. B. bei der Aufstellung des Tarifes für die Sparrentenversicherung von Frauen nicht be-

## EIN BETRAG ZUM WEITEREN AUSBAU DER SPARRENTENVERSICHERUNG

achtet worden, da unter Berücksichtigung des geringeren Zinsfußes von 5 Prozent die Leistungen der Sparkasse in jedem Falle denen der DVA überlegen sind. Dies soll an einem Beispiel demonstriert werden:

Eine Frau ist 45 Jahre alt und hat für die Zwecke der eigenen Altersversorgung einen Betrag von 5000,— DM zur Verfügung. Nach dem Tarif IX der DVA kann sie dafür eine Sparrente von monatlich 38,35 DM bei Anspruch auf Rückgewähr von 95 Prozent der Einlage erwerben. Bringt sie dagegen den Betrag zur Sparkasse und legt ihn fest auf drei Jahre an, oder kauft sie sich Hypothekendarlehen, dann wachsen ihre 5000,— DM durch die Wirkung von Zins und Zinseszins im Verlauf der nächsten 15 Jahre, also bis zum Beginn der Rentenzahlungen aus der Sparrentenversicherung, auf 10 394,65 DM an. Läßt sie diesen Betrag weiterhin langfristig stehen und erhält dafür 5 Prozent Zinsen, so ergeben allein die Zinsen eine Jahresrente von 519,75 DM oder 43,31 DM monatlich. Ohne daß das Sparguthaben angegriffen wird, erhält sie mithin 5,— DM monatlich mehr, als die DVA z. Z. an Rente bietet. Hinzu kommt noch, daß während der Aufschubzeit im Todesfall die DVA 95 Prozent der Einlage, das sind 4750,— DM zurückgewährt, während im Falle des langfristigen Sparens über die Sparkasse oder mittels Hypothekendarlehen ein vergleichbares Guthaben vorhanden ist, das sich zwischen 5000,— DM und 10 394,65 DM bewegen kann. Je älter die Frau ist, um so ungünstiger wird das Verhältnis der Leistungen aus der Sparrentenversicherung einerseits und dem langfristigen Sparen andererseits. Zählt z. B. eine 60jährige Frau bei der DVA nach Tarif IX eine Einlage von 1000,— DM ein, so erhält sie dafür eine monatliche Rente von 2,82 DM. Legt sie diesen Betrag bei der Sparkasse langfristig an, so erhält sie dafür jährlich 50,— DM an Zinsen, das sind monatlich 4,17 DM = 148 Prozent der Sparrente; und selbst bei einem Zinsfuß von nur 4 Prozent beträgt die Zinsen noch monatlich 33,— DM = 118 Prozent der vergleichbaren Sparrente. Hinzu kommt noch, daß im Todesfall beim langfristigen Sparen bei der Sparkasse den Erben 1000,— DM, bei der Sparrentenversicherung dagegen nur 950,— DM zur Verfügung stehen. Dieser Grenzfall demonstriert sehr anschaulich die Unzulänglichkeit des Sparrententaris für Frauen.

Wie bei allen Lebensversicherungstarifen sind auch im Sparrententarif die kalkulierten Kosten prozentual auf die Einmaleinlagen bzw. auf die Rentenhöhe bezogen. Bei der Kalkulation der Kosten unterstellt man also, daß die tatsächlich entstehenden Kosten sich proportional zu der gewählten Bezugsgröße verhalten. Diese Annahme ist aber falsch. Abgesehen von den äußeren Abschlusskosten sind die Kosten, die durch die Verwaltung der Verträge entstehen, nahezu gleich hoch, d. h. unabhängig von der Einlage. Nehmen wir nun an, daß bei einer Einzahlung von 1000,— DM die kalkulierten Kosten die tatsächlich entstehenden voll decken, so

liegt es auf der Hand, daß bei einer Einlage von 1000,— DM die im Betrag enthaltenen Kosten für die laufende Verwaltung nur in Höhe eines Zehntels benötigt werden. Dieses Problem, das hier nur am Rande erwähnt werden soll, taucht überall dort auf, wo die Kosten bei der Kalkulation in festen Prozentsätzen auf variable Größen bezogen werden, obwohl die tatsächlich entstehenden Kosten mehr oder weniger konstant sind. Diese Form der Kostenberechnung ist aus Gründen der einfachen Verwaltung zweifellos dort am Platze, wo sich die Vielzahl der vorkommenden Fälle eng um einen Mittelwert gruppieren, wie es z. B. in Zweigen der gemischten Versicherung der Fall ist. Ergibt sich jedoch quantitätsmäßig eine breite Streuung, wie das z. B. in der Sparrentenversicherung oder auch beim Teilzahlungsgeschäft der Fall sein dürfte, so muß das erwähnte System der Kostenkalkulation zwangsläufig zu Unzulänglichkeiten führen, die sich hemmend auf die Planerfüllung auswirken können. Im Falle der Sparrentenversicherung wäre es zweifellos besser, wenn man die Kostenkalkulation auf der Basis von Stückkosten vornehmen würde.

Diese kritischen Bemerkungen zur gegenwärtigen Sparrentenversicherung sollen keinesfalls die Richtigkeit ihrer Einführung und ihrer Form der ökonomischen Wirksamkeit sowohl in individueller als auch gesellschaftlicher Hinsicht anzweifeln, sie sollen vielmehr die Grenzen aufzeigen, die ihr aus der Natur der Dinge heraus gesteckt sind und uns gleichzeitig die Ansatzpunkte aufzeigen, wo und in welcher Beziehung die Sparrentenversicherung noch wirksamer als bisher gestaltet werden kann. Auf Grund der vorgenommenen Analyse unterbreiten wir demnach folgenden Vorschlag:

Es wird neben der bestehenden Form eine kombinierte Sparrentenversicherung eingeführt, und zwar dergestalt, daß die aufgeschobene Rentenversicherung mit einer abgekürzten Todesfallversicherung in Höhe der doppelten Summe der Einlage verknüpft wird.

Tritt bei einer derartigen Versicherung der Tod während der Aufschubzeit ein, so werden also nicht wie bisher 95 Prozent, sondern 200 Prozent der Einlage zurückerstattet. Diese Leistung kommt aber in Wegfall, sobald die Rentenzahlung eingesetzt hat, also bei Männern mit Beginn des 65. bei Frauen mit Vollendung des 60. Lebensjahres. Man kann sagen, daß diese Form der Sparrentenversicherung zwischen den beiden Variationen der derzeitigen Sparrentenversicherung mit und ohne Rückgewähr steht. Bei der von uns vorgeschlagenen Form tritt der Versicherungscharakter stärker als bisher in den Vordergrund, so daß ein Vergleich mit dem Sparen sich von vornherein von selbst verbietet. Das ist zweifellos ein Fakt, der die Arbeit unseres Außenbüros erleichtert, der aber für sich allein genommen niemals die Einführung eines neuen Tarifes bzw. einer Variante des alten Tarifes IX

PROF. DR. HEINRICH BADER

rechtfertigen würde. Wir sind aber der Überzeugung, daß dieser neue Tarif echte Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen in der Lage ist, da mit seiner Hilfe die eigene Altersversorgung mit einer Hinterbliebenenversorgung in sinnvoller Weise gekoppelt werden kann. Wann bedürfen denn die Angehörigen, insbesondere die Kinder, eines besonderen Schutzes? Das ist zweifellos dann der Fall, wenn der Ernährer so vorzeitig stirbt, daß die Kinder sich noch in der schulischen oder beruflichen Ausbildung befinden. Hier erweist sich die neue Versicherungsform weit wirksamer als die bisherige, da im Todesfall der doppelte Betrag der Einlage von der Anstalt ausgezahlt wird. Erreicht der Versicherte dagegen das 65. Lebensjahr, dann stehen die Kinder schon längst auf eigenen Füßen, so daß in der Regel keine Notwendigkeit mehr besteht, die eigene Altersversorgung zugunsten der Hinterbliebenenversorgung einzuschränken.

Wir haben unter Anlehnung an die Rechnungsgrundlagen des Tarifes IX die Beiträge für einige Kombinationen des von uns vorgeschlagenen neuen Tarifes berechnet und die sich daraus ergebenden Leistungen denen nach Tarif IX in der nachfolgenden Übersicht gegenübergestellt.)

Männer				Frauen			
Für die 1000,— DM Einlage ergeben sich folgende Renten:							
Einnehmer nach Tarif IX	nach neuen Tarif	in %	Bezugsjahre	Einnehmer nach Tarif IX	nach neuen Tarif	in %	Bezugsjahre
30	27,83	28,76	3	30	16,33	18,67	14
40	17,23	18,69	8	40	10,05	12,56	25
50	9,61	12,07	26	50	5,70	8,53	50
60	4,54	8,67	90	60	—	—	—

Aus dieser Übersicht ist klar zu erkennen, daß die Rentenleistungen des neuen Tarifes zum Teil recht erheblich über denen nach Tarif IX liegen; der Unterschied fällt um so mehr ins Gewicht, je älter die Versicherungsnehmer im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses sind, wobei zu beachten ist, daß Sparrentenversicherungen in der Regel von älteren Personen abgeschlossen werden. Aus der Übersicht ergibt sich weiter, daß die Rentenleistungen aus dem neuen Tarif, verglichen mit denen des Tarifes IX sich in bezug auf Männer und Frauen nicht proportional zueinander verhalten, sondern daß das Verhältnis für Frauen ein weit günstigeres ist als für Männer. Hierzu ist kurz folgendes zu sagen: Wir haben in den vorangegangenen Ausführungen die Ursachen aufgezeigt, warum die Leistungen aus der bisherigen Form der Sparrentenversicherung für Frauen niedriger sein müssen als für Männer. Der

) Die mathematischen Berechnungen wurden von Herrn Dipl.-Math. FRÖHLICH auf Anweisung des Verfassers durchgeführt.

Umstand, daß in dem von uns vorgeschlagenen Tarif die Lebensfallversicherung mit einer abgekürzten Todesfallversicherung verknüpft wurde, und die Sterblichkeit für Frauen niedriger ist als für Männer, wirkt sich jetzt für Frauen insofern günstig aus, als diese für die Leistungen aus der Todesfallversicherung einen niedrigeren Beitrag zu zahlen haben als die Männer. Dadurch tritt insgesamt ein gewisses Angleichen der Leistungen aus der kombinierten Sparrentenversicherung für Männer und Frauen ein. Voraussetzung ist allerdings, daß die Anstalt bei der Aufstellung des neuen Tarifes, so wie wir es getan haben, in bezug auf das Todes- und Lebensfallrisiko von der gleichen Sterblichkeit ausgeht, die kombinierte Sparrentenversicherung mithin als eine Einheit betrachtet. Gerade in der Anwendung einer einheitlichen Sterblichkeit liegt der besondere Vorteil dieser von uns empfohlenen Sparrentenversicherung, da die Nachteile, die für die Rentenversicherten zur Folge hat, durch die Kombination mit einer Todesfallversicherung weitgehend egalisiert werden. Auch vom Standpunkt der Anstalt aus gesehen hat diese neue Versicherungsform insofern Vorteile, als sie hier einer weiteren Verbesserung der Sterblichkeit weit ruhiger entgegengehen kann, als dies bei der Sparrentenversicherung nach Tarif IX der Fall sein dürfte. Bei der Kalkulation des neuen Tarifes wird sie sogar überlegen müssen, ob sie nicht auf den einen oder anderen Sicherheitsfaktor verzichten kann, da den bei einem Sinken der Sterblichkeit evtl. zu erwartenden Mehrleistungen aus der Rentenversicherung Einsparungen aus der Todesfallversicherung gegenüberstehen werden. Aus den gleichen Gründen sollten auch Überlegungen angestellt werden, ob es nicht möglich und zweckmäßig ist, bei der Aufstellung des neuen Tarifes für Männer und Frauen die gleiche Sterblichkeit zugrunde zu legen. Damit würde auch die unterschiedliche Behandlung von Mann und Frau auf dem Gebiet der Rentenversicherung beseitigt. Dies empfiehlt sich um so mehr, als in den Zweigen der Todesfall- und insbesondere der gemischten Versicherung ein Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Versicherten weder bei der Festsetzung der Beiträge, noch bei der Bemessung der Zusatzleistungen gemacht wird, obwohl die Erfahrung gezeigt hat, daß — versicherungstechnisch gesehen — Frauen gegenüber gleichaltrigen Männern ein geringeres Risiko darstellen und die Anstalt demzufolge aus den Todesfallversicherungen weiblicher Versicherten höhere Sterblichkeitsgewinne erzielt, als dies bei männlichen Versicherten der Fall ist. Auf diese Weise würden wir auch auf dem Gebiet der Rentenversicherung einen einheitlichen Tarif für Männer und Frauen erhalten, wobei wir noch vorschlagen, die Beiträge einmal für den Rentenbeginn zum vollendeten 60. und zum anderen zum vollendeten 65. Lebensjahr zu berechnen. Es würde damit eine noch größere Beweglichkeit in der Anwendung des Tarifes

EIN BEITRAG ZUM WEITEREN AUSBAU DER SPARRENTENVERSICHERUNG

geschaffen werden, da dann Männer auch mit Vollendung des 60. Lebensjahres bzw. Frauen mit Vollendung des 65. Lebensjahres Renten aus der Sparrentenversicherung erhalten könnten, was bisher nicht möglich ist.

Der von uns vorgeschlagene Tarif eignet sich auch sehr gut für die beiderseitige Altersversorgung für Eheleute. Nehmen wir an, daß ein Handwerker-ehepaar — beide Ehegatten sollen 40 Jahre alt sein — für die Zwecke seiner Altersversorgung einen Betrag von 20 000,— DM zur Verfügung hat und diesen bei der DVA einzahlt. Sie erwerben damit nach dem neuen Tarif folgende Rentenansprüche:

Ehemann beginnend mit Vollendung des 65. Lebensjahres,	186,90 DM monatlich
Ehefrau beginnend mit Vollendung des 60. Lebensjahres	125,60 DM monatlich

Wenn beide Ehepartner das rentenbezugsfähige Alter erreicht haben, erhalten sie mithin zusammen 312,50 DM.

Stirbt der Ehemann vor Vollendung des 65. Lebensjahres, so erhält die Ehefrau 20 000,— DM sofort ausgezahlt und behält darüber hinaus ihren Rentenanspruch auf 125,60 DM monatlich. Das gleiche gilt analog für den Ehemann, wenn seine Frau vor Vollendung des 60. Lebensjahres stirbt. Sterben beide Elternteile, ohne daß eine Rentenzahlung erfolgt ist, so erhalten die Kinder bzw. die gesetzlichen Erben aus der Versicherung insgesamt 40 000,— DM ausgezahlt. Zweifelloso stellt das eine ideale Form der eigenen Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Handwerker- und Bauernehepaare sowie für breite Kreise freiberuflich Schaffender dar. Es zeigt sich dabei auch am Rande, daß unser obiger Vorschlag, die Tarife für Männer und Frauen einheitlich auf das Alter 60 und 65 abzustellen, durchaus sinnvoll ist, da bei Eheleuten zweiseitige einheitlich für beide Partner eintritt oder daß sie entsprechend ihren individuellen Bedürfnissen bei der Festsetzung des Rentenbeginns einen gewissen Spielraum haben.

Gegenüber der bisherigen Form der Sparrentenversicherung hat der neue Tarif den Nachteil, daß eine Kapitalzahlung nur bis zum Beginn der Rentenzahlung erfolgt, während bei der reinen Sparrentenversicherung im Todesfall stets 95 Prozent der Einlage ausgezahlt werden. Weiter ist bei dem neuen Tarif ein Rückgriff auf die bei der DVA geleisteten Einlage nicht möglich. Das wird von

einer Reihe von Interessenten zweifellos als ein Nachteil empfunden werden, und demzufolge ist es durchaus sinnvoll, daß neben dem neuen Tarif auch die bisherige Form der Sparrentenversicherung beibehalten wird. Diesem Nachteil steht andererseits volkswirtschaftlich gesehen ein großer Vorteil gegenüber, der darin besteht, daß die angezahlten Gelder in voller Höhe langfristig angelegt werden können, da nach dem neuen Tarif ein vorzeitiger Abruf durch die Versicherten nicht möglich ist.

Bei der neuen Form der Sparrentenversicherung tritt mit Beginn der Rentenzahlung ein gewisser Bruch in den Leistungen ein, da in diesem Zeitpunkt der Anspruch auf die Auszahlung der doppelten Einlage im Todesfall erlischt. Es ist aber dabei darauf hinzuweisen, daß andererseits die Rentenleistung — und das ist ja der Hauptzweck, der mit der Sparrentenversicherung erreicht werden soll — zum Teil ganz erheblich höher ist als bei der reinen Sparrentenversicherung. Am Rande sei noch darauf hingewiesen, daß durchaus die Möglichkeit besteht, in den Vertrag eine aufgeschobene lebenslange Todesfallversicherung, beginnend mit Vollendung des 65. Lebensjahres, mit einer festen Versicherungssumme von 500,— DM bzw. 1000,— DM einzubauen, ohne daß vor allem bei höheren Einlagen eine ins Gewicht fallende Senkung der Rentenleistung eintritt.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, daß bei dem neuen Tarif im Gegensatz zur Sparrentenversicherung der Vertragsabschluß von einer Gesundheitsprüfung abhängig gemacht werden muß. Da aber die Todesfallversicherung mit einer Lebensfallversicherung gekoppelt ist, im Todesfall also einem evtl. Mehraufwand aus der Lebensfallversicherung gegenübersteht, braucht die Gesundheitsprüfung nicht so strengen Maßstäben durchgeführt zu werden, wie dies bei den Tarifen der Todesfallversicherung oder der gemischten Versicherung der Fall sein muß. Es genügt wahrscheinlich, nicht normale Wagnisse durch eine Staffelform der im Todesfall zur Auszahlung gelangenden Versicherungssumme zu berücksichtigen. Ablehnungen brauchen m. E. überhaupt nicht ausgesprochen zu werden, d. h. es können mit diesem neuen Tarif auch Personen versichert werden, die nach den Tarifen der Todesfall- und gemischten Versicherung keinen Versicherungsschutz erhalten können. Auf dem Gebiet der nicht-versicherbaren Risiken bietet sich somit für den neuen Tarif eine weitere wichtige Anwendungsmöglichkeit, ein Vorteil, der keineswegs unterschätzt werden sollte.

Volkswirtschaftliche Fakultät  
Institut für Statistik Direktor Prof. Dr. Rumen Janakieff  
Als Manuskript gedruckt<sup>1)</sup>

## Zum Problem der Messung der durchschnittlichen Veränderung von Einzelhandelspreisen

Von ARNO DONDA

### I. Kritische Einschätzung der Einzelhandelspreisindizes der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik<sup>2)</sup>

Es sollen zunächst einige Ausführungen zu den praktischen Berechnungen des Einzelhandelspreisindex erfolgen:

Von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik wurden rund 400 verschiedene Waren in die Preisbeobachtung einbezogen. Für diese ausgewählten Waren wurden vierjährig die Preise ermittelt und auf Grund dieser Preisunterlagen die relative Preisveränderung der einzelnen Waren gegenüber dem Jahre 1936 berechnet oder in der Terminologie der Statistik ausgedrückt: individuelle Preisindex auf der Basis 1936 = 100 ermittelt.

Ergänzend muß hierzu festgestellt werden, daß die Preisbefragung im wesentlichen je Ware in einem Geschäft erfolgte, und zwar in der ersten Hälfte des zweiten Quartalsmonats. Den Berechnungen der individuellen Preisindizes und damit auch des Einzelhandelspreisindex wurden die so ermittelten Stichtagspreise zugrunde gelegt. Dadurch konnte es eintreten, daß für ein Quartal eine Preisveränderung überhaupt nicht ausgewiesen wurde, nämlich wenn sie nach dem Erhebungstermin im zweiten Quartalsmonat eintrat. Wurde dagegen die Preisveränderung vor dem Erhebungstermin wirksam, so wurde die eingetretene Preisveränderung für das ganze Quartal voll in Rechnung gestellt, obwohl unter Umständen während der Hälfte des betrachteten Zeitraumes die alten Preise gegolten haben. Der Fehler bestand somit darin, daß von den Stichtagspreisen und nicht von den Durchschnittspreisen des Quartals ausgegangen wurde.

Ferner ist zu bemerken, daß die einzelnen Waren unzureichend definiert waren. Die Folge davon war, daß Preisveränderungen ausgewiesen wurden, obwohl keine aufgetreten waren und teilweise eingetretene Preisveränderungen nicht erfaßt wurden.

<sup>1)</sup> Es wird im folgenden von der Kennziffer der durchschnittlichen Preisveränderung, dem Einzelhandelspreisindex, gesprochen, wie er von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik ermittelt und publiziert wurde und <sup>2)</sup> im Staatlichen Jahrbuch der DDR 1955, Seite 100, zu finden ist

weil sie auf Grund der ungenügenden Warenbeschreibung statistisch nicht erfaßt werden konnten. Zur Illustration ein Beispiel, das im Prinzip der Praxis entnommen ist:

Es soll der Preis für ein Herrensporthemd aus Baumwollpopeline beobachtet werden. In beiden betrachteten Zeiträumen gibt es ein Sporthemd in Baumwollpopeline zum gleichen Preis, z. B. für 30,— DM. Infolgedessen wurde von der Statistik zwischen den beiden Zeiträumen keine Preisveränderung ausgewiesen. Tatsächlich sind aber die Preise für Hemden aus Baumwollpopeline gesunken, und für 30,— DM erhält man im zweiten Zeitraum ein qualitativ hochwertigeres Hemd als im ersten Zeitraum, während das Hemd, das ursprünglich 30,— DM gekostet hat, jetzt für 24,— DM verkauft wird. Die Statistik konnte diese Preisveränderung nicht sichtbar machen, bzw. sie war nicht mit Notwendigkeit gezwungen, sie sichtbar zu machen, weil die Warenbezeichnung nicht eindeutig genug war. Wäre die allgemeine Warenbezeichnung Herrensporthemd aus Baumwollpopeline ergänzt worden durch Angaben der Garnqualität, der Fadeneinstellung, des Stoffverbrauchs usw., wäre die Preisentwicklung mit Notwendigkeit real widerspiegelt worden.

Aus dem Gesagten folgt, daß die von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik ermittelten individuellen Preisindizes nicht immer die Preisveränderung real widerspiegeln und daß sie nicht die Preisveränderung zwischen zwei Zeiträumen, sondern zwischen zwei Zeitpunkten zum Ausdruck bringen.

Auf Grund dieser individuellen Preisindizes wurden sodann für die Planpositionen des Warenbereitstellungsplanes Preisindizes ermittelt. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß nicht für alle Waren oder auch nur für alle wichtigen Waren, individuelle Preisindizes vorlagen — sondern nur für ca. 400 Waren — so daß die Preisindizes der Planpositionen auf einer ungenügenden Basis aufgebaut wurden. So wurden z. B. für die Planposition elektrische Haus- und Heizgeräte nur ein Bügeleisen und der Waschbär berücksichtigt und für Fotoapparate (also

DR. ARNO DONDA

für Kleinbild-, Spiegelreflex-, Box- und sonstige Kameras) lediglich die Altix mit Tasche.

Außerdem gab es eine ganze Reihe von Planpositionen, von deren Waren überhaupt keine Preisindizes vorlagen; darunter befinden sich immerhin so bedeutende Planpositionen wie Pkw., Motorroller, Fernsehgeräte, Kinowiedergabeapparate und Bildwerfer, Kühlschränke usw. Aus diesem Grunde ist es auch zu erklären, daß z. B. der Preisindex der Warengruppe Kraft- und Wasserfahrzeuge sowie Fahrräder lediglich durch die Preisentwicklung eines Motorrades 125 cm „Ifa“ und eines Herrenfahrrades „Diamant“ oder „Möwe“ beeinflußt wurde, d. h. daß Preisveränderungen von Pkw. mittleren und schweren Motorrädern, Motorrollern, Mopeds, Rennrädern, Paddel- und Segelbooten, Außenbordmotoren keinen Einfluß auf den Einzelhandelsindex haben. Daraus folgt eindeutig, daß die zugrunde gelegte Warenauswahl unzureichend ist.

Ein weiterer Mangel der statistischen Praxis ist darin zu sehen, daß in vielen Fällen der Preisindex der Planposition als ungewogenes arithmetisches Mittel der individuellen Preisindizes berechnet wurde, obwohl die einzelnen Waren innerhalb der Planposition in der Regel eine unterschiedliche Bedeutung haben.

Dieses war z. B. der Fall bei Gemüse, Nahrungsmitteln ohne Reis, Fleisch- und Wurstwaren, Spirituosen, Weine und Sekt, Frischfisch, Teppiche usw. So wurde u. a. auch die Preisentwicklung für Zigaretten lediglich durch die jetzige 6-Pfennig-Sorte (Real, Salem) und durch die Sorte Juno vertreten. D. h. der Preisindex für Zigaretten wurde als einfaches arithmetisches Mittel aus den Preisindizes der Sorten Real und Juno ausgewiesen. Tatsächlich betrug aber der Umsatzanteil der 6-Pfennig-Zigaretten nur 26 Prozent (1953) bzw. 18 Prozent (1955/56), und die Sorte Juno nahm keinen typischen Preisverlauf — sie unterlag einer Sonderpreisregelung. Darüber hinaus machen 1953 alle 24-Pfennig-Zigaretten — darunter auch die Juno — nur 4 Prozent des Gesamtumsatzes der Zigaretten aus.

Im Ergebnis dieser Fehler, nämlich ungenügende Warenauswahl und fehlerhafte Berücksichtigung der Bedeutung der einzelnen Waren, wurde von der Praxis die Preisentwicklung der Zigaretten zu niedrig ausgewiesen oder allgemein gesagt, wurde die Preisveränderung nicht real widerspiegelt.

Es kann damit festgestellt werden, daß bei der Berechnung der Preisindizes der Planpositionen auf Grund der zum Teil recht problematischen individuellen Preisindizes neue Fehlerquellen entstehen, durch die ungenügende Warenauswahl und die mangelhafte Berücksichtigung der Bedeutung der einzelnen Waren.

Auf Grund der Preisindizes der Planpositionen wurden dann die Preisindizes der Warengruppen und schließlich dann der Einzelhandelspreisindex ermittelt, und zwar als gewogenes arithmeti-

sches Mittel, wobei die relativen Anteile der Planpositionen des Warenbereitstellungsplanes des Berichtsjahres als Gewichte dienten. Dadurch wurden weitere Fehler bei der Widerspiegelung der Preisveränderung zugelassen, da bekanntlich in der Vergangenheit auf Grund der Beziehungen zwischen Einzelhandel und Großhandel auch nicht oder schwer absetzbare Waren vom Einzelhandel abgenommen werden mußten und im Ergebnis dessen der Umsatz von der Bereitstellung abwich und weil ferner der Bereitstellungsplan für einzelne Positionen sehr unterschiedlich erfüllt wurde, d. h. die Struktur der tatsächlichen Warenbereitstellung von der geplanten sich z. T. erheblich unterscheidet.

Aber abgesehen von diesen methodischen und technischen Mängeln lag der Kennziffer vor allem ein prinzipieller Fehler zugrunde. Es sei gestattet, zur Beweisführung dieser These die formelmäßige Darstellung zu Hilfe zu nehmen. Aus Gründen der Vereinfachung soll im folgenden unterstellt werden, daß die vorgenannten Mängel nicht existieren. Diese Unterstellung tut den Betrachtungen keinen Abbruch, da es ausschließlich auf die Herausarbeitung des theoretischen Inhalts der Kennziffer ankommt.

Es werden im folgenden die Preisindizes der Planpositionen mit  $P_i$  bezeichnet, was streng genommen nur dann korrekt ist, wenn zu einer Planposition nur eine Ware gehört. Für die folgende Überlegung kann aber auch diese Vereinfachung akzeptiert werden, da der prinzipielle Inhalt dieser Kennziffer davon nicht berührt wird.

Die von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik berechnete Kennziffer der durchschnittlichen Preisveränderung, der Einzelhandelspreisindex, läßt sich formelmäßig wie folgt darstellen:

$$\frac{\sum P_i \cdot \frac{q_1 \cdot p_1}{p_0}}{\sum \frac{q_1 \cdot p_1}{p_0}}$$

Das ist aber gleich

$$\frac{\sum \frac{P_i}{p_0} \cdot q_1 \cdot p_1}{\sum q_1 \cdot p_1}$$

denn bei einem arithmetischen Mittel spielt die absolute Größe der Gewichte keine Rolle, entscheidend sind nur die Relationen. Darum bleibt es für das Ergebnis gleich, ob die absoluten Zahlen oder ihre Verhältniszahlen bei der Berechnung zugrunde gelegt werden. Der Beweis läßt sich auch formelmäßig führen.

Was bedeutet nun aber der Ausdruck

$$\frac{\sum \frac{P_i}{p_0} \cdot p_1 \cdot p_1}{\sum q_1 \cdot p_1} ?$$

Der Nenner  $\sum q_1 \cdot p_1$  charakterisiert die Summe aller Umsätze aller einzelnen Planpositionen im

ZUM PROBLEM DER MESSUNG DER DURCHSCHNITTLICHEN VERÄNDERUNG...

Berichtszeitraum, d. h. den effektiven Gesamtumsatz, nämlich tatsächlich gekauftes Sortiment mal Preise des Berichtszeitraumes,  $q_1 \cdot p_1$  im Zähler bedeutet den wertmäßigen Umsatz einer Planposition im Berichtszeitraum.  $P_i$  ist der Preisindex dieser Planposition, der die Preisveränderung vom Basis- zum Berichtszeitraum charakterisiert. Bezieht er z. B. 0,8, so bedeutet das, daß der Preis der Ware um 20 Prozent gesunken ist.

$\frac{P_i}{p_0} \cdot q_1 \cdot p_1$  bedeutet demnach, daß sich die Kaufsumme des im Berichtszeitraum gekauften Sortiments einer Planposition, die nach der Preisveränderung zu zahlen ist, nochmals verändert auf Grund einer nochmaligen gleichen relativen Veränderung der Einzelpreise.  $\sum \frac{P_i}{p_0} \cdot q_1 \cdot p_1$  ist also die Kaufsumme, die für das im Berichtszeitraum, also nach der Preisveränderung gekauften Sortiments zu zahlen wäre, wenn sich die Preise nochmals um den gleichen Prozentsatz verändern würden, wie von der Basis zur Berichtsperiode. Die berechnete Kennziffer charakterisiert damit zwar ein Verhältnis zweier Preis- oder Kaufsummen, aber sie spiegelt nicht die tatsächlich eingetretene Veränderung der Kauf- oder Kaufsumme für eine bestimmte Warengesamtheit wider. Die Kennziffer charakterisiert vielmehr die Veränderung der Kauf- oder Kaufsumme für eine gegebene Warengesamtheit, die eintreten würde, wenn die bereits veränderten Preise sich nochmals im gleichen Maße verändern würden. Daraus folgt aber eindeutig, daß durch diese Kennziffer keine Widerspiegelung von realen Preisveränderungen erfolgt und daß die vorliegende Formel nicht als Kennziffer der durchschnittlichen Preisveränderung, als Einzelhandelspreisindex geeignet ist.

Für 1957 wird diese kritisierte Kennziffer nicht mehr berechnet.

II. Die wissenschaftliche Begründung der Kennziffer „Durchschnittliche Preisveränderung“

Der Einzelhandelspreisindex wurde von der Statistik entwickelt, um durch eine Kennziffer eine konkrete zusammengefaßte Vorstellung über die Veränderung der Preise einer Vielzahl von Waren zu erhalten, d. h. um die durchschnittliche Preisveränderung der Einzelhandelspreise quantitativ zu fixieren.

Vom Standpunkt der Theorie der Statistik steht bei der Lösung dieser Frage die genaue Bestimmung des Inhalts der Kennziffer der durchschnittlichen Preisveränderung im Mittelpunkt der Betrachtungen. Vielfach wurde hierbei jedoch das Schwerkraft auf die Bestimmung der Form des Durchschnitts (arithmetisches Mittel, harmonisches Mittel, geometrisches Mittel usw.) und auf die Wahl der zu benutzenden Gewichte gelegt, ohne vorher zu klären, was unter durchschnittlicher Preisveränderung verstanden werden muß, was der reale Ausdruck der durchschnittlichen Preisveränderung ist. Dieser in-

haltlichen Bestimmung des Einzelhandelspreisindex muß aber die Hauptaufmerksamkeit gelten, wenn durch die Statistik reale Prozesse und Erscheinungen widerspiegelt werden sollen.

Die Veränderung des Preises einer Ware wird durch den individuellen Preisindex charakterisiert. Der individuelle Preisindex sagt, um wieviel Prozent der Preis einer Mengeneinheit oder irgendeiner bestimmten Menge der jeweiligen Ware gesunken oder gestiegen ist. Das ist zweifellos eine konkrete eindeutige und sinnvolle Aussage: Für Butter muß 10 Prozent weniger gezahlt werden, als vor einem Jahr, für Erdbeeren 5 Prozent mehr usw. Die durchschnittliche Preisveränderung aber, d. h. das unmittelbare Resultat der einzelnen Preisveränderungen, zeigt sich objektiv in der Veränderung des Geldbetrages oder der Kaufsumme, die für eine bestimmte Warengesamtheit zu zahlen ist.

Nehmen wir an, ein bestimmtes Warensortiment besteht aus einer Vielzahl verschiedener Waren und die Preise haben sich unterschiedlich verändert. Die durchschnittliche Preisveränderung ergibt sich dann durch das Verhältnis der beiden Kaufsummen, die vor und nach der Preisveränderung für das bestimmte Warensortiment zu zahlen sind, d. h. durch den Preissummenvergleich

$$\frac{\sum P_i q}{\sum p_0 q}$$

Der Begriff durchschnittliche Preisveränderung ist für diese Kennziffer vollauf gerechtfertigt, denn die verschiedenen Preisveränderungen haben sich dergestalt ausgewirkt, als ob alle einzelnen Preise sich entsprechend dem Verhältnis der beiden Kaufsummen verändert haben (zur Erläuterung ein Beispiel:

q	p <sub>0</sub>	P <sub>i</sub>	q p <sub>0</sub>	q P <sub>i</sub>	$\frac{P_i}{p_0}$
10 kg	8	6	80	60	0,75
11	12	8	12	8	0,67
55ck.	0,8	4	2	0,5	
			96	70	

In diesem Beispiel kann nach der Preisveränderung das gleiche Sortiment wie früher für einen um 26 Geldeinheiten niedrigeren Betrag gekauft werden. Die einzelnen Preisveränderungen haben eine durchschnittliche Preisveränderung auf  $\frac{70}{96} = 72,9\%$  bewirkt, d. h. die nach der Preisveränderung zu zahlende Kaufsumme für das Warensortiment beläuft sich auf 72,9 Prozent des ursprünglichen Betrages. Die einzelnen Preise haben sich demnach verändert, als ob alle einzelnen Preise um 27,1 oder auf 72,9 Prozent gesunken wären.

Aus dem Dargelegten folgt aber weiter, daß die durchschnittliche Preisveränderung der einzelnen Preise nicht nur durch die Veränderung dieser, sondern auch durch das jeweilige Warensortiment bestimmt wird, auf das die alten und die neuen Preise bezogen werden. Soll die durchschnittliche Preisveränderung z. B. für eine Stadt berechnet werden,

DR. ARNO DONDA

müssen die Kaufsummen auf Grund der alten und der neuen Preise darum für das in der Stadt umgesetzte Sortiment berechnet werden. Wenn der Einzelhandelspreisindex für die DDR ermittelt werden soll, muß der Preissummenvergleich auf Grund des in der ganzen Republik umgesetzten Warensortiments vorgenommen werden. In jedem Falle ist die durchschnittliche Preisveränderung auf ein ganz bestimmtes Warensortiment bezogen und damit in ihrem speziellen Inhalt durch dieses Warensortiment bestimmt.

Das Hauptproblem bei der Widerspiegelung der durchschnittlichen Preisveränderung besteht aber darin, daß das Warensortiment in der Regel einer Veränderung unterworfen ist und darum geklärt werden muß, ob der Preissummenvergleich auf Grund des umgesetzten Warensortiments des Basis- oder des Berichtszeitraumes vorzunehmen ist, d. h. also, ob die Kennziffer durch dieses Warensortiment bestimmt.

Das Hauptproblem bei der Widerspiegelung der durchschnittlichen Preisveränderung besteht aber darin, daß das Warensortiment in der Regel einer Veränderung unterworfen ist und darum geklärt werden muß, ob der Preissummenvergleich auf Grund des umgesetzten Warensortiments des Basis- oder des Berichtszeitraumes vorzunehmen ist, d. h. also, ob die Kennziffer durch dieses Warensortiment bestimmt.

Das Hauptproblem bei der Widerspiegelung der durchschnittlichen Preisveränderung besteht aber darin, daß das Warensortiment in der Regel einer Veränderung unterworfen ist und darum geklärt werden muß, ob der Preissummenvergleich auf Grund des umgesetzten Warensortiments des Basis- oder des Berichtszeitraumes vorzunehmen ist, d. h. also, ob die Kennziffer durch dieses Warensortiment bestimmt.

Das Hauptproblem bei der Widerspiegelung der durchschnittlichen Preisveränderung besteht aber darin, daß das Warensortiment in der Regel einer Veränderung unterworfen ist und darum geklärt werden muß, ob der Preissummenvergleich auf Grund des umgesetzten Warensortiments des Basis- oder des Berichtszeitraumes vorzunehmen ist, d. h. also, ob die Kennziffer durch dieses Warensortiment bestimmt.

Das Hauptproblem bei der Widerspiegelung der durchschnittlichen Preisveränderung besteht aber darin, daß das Warensortiment in der Regel einer Veränderung unterworfen ist und darum geklärt werden muß, ob der Preissummenvergleich auf Grund des umgesetzten Warensortiments des Basis- oder des Berichtszeitraumes vorzunehmen ist, d. h. also, ob die Kennziffer durch dieses Warensortiment bestimmt.

Das Hauptproblem bei der Widerspiegelung der durchschnittlichen Preisveränderung besteht aber darin, daß das Warensortiment in der Regel einer Veränderung unterworfen ist und darum geklärt werden muß, ob der Preissummenvergleich auf Grund des umgesetzten Warensortiments des Basis- oder des Berichtszeitraumes vorzunehmen ist, d. h. also, ob die Kennziffer durch dieses Warensortiment bestimmt.

Das Hauptproblem bei der Widerspiegelung der durchschnittlichen Preisveränderung besteht aber darin, daß das Warensortiment in der Regel einer Veränderung unterworfen ist und darum geklärt werden muß, ob der Preissummenvergleich auf Grund des umgesetzten Warensortiments des Basis- oder des Berichtszeitraumes vorzunehmen ist, d. h. also, ob die Kennziffer durch dieses Warensortiment bestimmt.

Das Hauptproblem bei der Widerspiegelung der durchschnittlichen Preisveränderung besteht aber darin, daß das Warensortiment in der Regel einer Veränderung unterworfen ist und darum geklärt werden muß, ob der Preissummenvergleich auf Grund des umgesetzten Warensortiments des Basis- oder des Berichtszeitraumes vorzunehmen ist, d. h. also, ob die Kennziffer durch dieses Warensortiment bestimmt.

ZUM PROBLEM DER MESSUNG DER DURCHSCHNITTLICHEN VERÄNDERUNG...

Das Hauptproblem bei der Widerspiegelung der durchschnittlichen Preisveränderung besteht aber darin, daß das Warensortiment in der Regel einer Veränderung unterworfen ist und darum geklärt werden muß, ob der Preissummenvergleich auf Grund des umgesetzten Warensortiments des Basis- oder des Berichtszeitraumes vorzunehmen ist, d. h. also, ob die Kennziffer durch dieses Warensortiment bestimmt.

Das Hauptproblem bei der Widerspiegelung der durchschnittlichen Preisveränderung besteht aber darin, daß das Warensortiment in der Regel einer Veränderung unterworfen ist und darum geklärt werden muß, ob der Preissummenvergleich auf Grund des umgesetzten Warensortiments des Basis- oder des Berichtszeitraumes vorzunehmen ist, d. h. also, ob die Kennziffer durch dieses Warensortiment bestimmt.

Das Hauptproblem bei der Widerspiegelung der durchschnittlichen Preisveränderung besteht aber darin, daß das Warensortiment in der Regel einer Veränderung unterworfen ist und darum geklärt werden muß, ob der Preissummenvergleich auf Grund des umgesetzten Warensortiments des Basis- oder des Berichtszeitraumes vorzunehmen ist, d. h. also, ob die Kennziffer durch dieses Warensortiment bestimmt.

Das Hauptproblem bei der Widerspiegelung der durchschnittlichen Preisveränderung besteht aber darin, daß das Warensortiment in der Regel einer Veränderung unterworfen ist und darum geklärt werden muß, ob der Preissummenvergleich auf Grund des umgesetzten Warensortiments des Basis- oder des Berichtszeitraumes vorzunehmen ist, d. h. also, ob die Kennziffer durch dieses Warensortiment bestimmt.

DR. ARNO DONDA

lation zwischen rationierter<sup>1)</sup> und freiverkäuflicher Menge ist, so muß unterstellt werden, daß im anderen Zeitraum zwar insgesamt die gleichen Mengen jeder Ware umgesetzt wurden, aber nur die kontingierten Mengen der Waren, die tatsächlich in dem betreffenden Zeitraum umgesetzt wurden. Denn wenn z. B. der Preissummenvergleich auf Grund der Warengesamtheit des Berichtszeitraumes vorgenommen wird, kann nicht ohne weiteres gesagt werden, daß im Basiszeitraum die gleiche Menge an wie im Berichtszeitraum — dazu wäre eine abermalige Abstraktion erforderlich. Vielmehr muß angenommen werden, daß im Basiszeitraum nur die tatsächlich umgesetzte Menge rationierter Waren hätte erworben werden können und die Differenz zu der Menge des Berichtszeitraumes frei gekauft, d. h. zu einem höheren Preis hätte umgesetzt werden müssen. Diese Annahme ist begründet, da die Bevölkerung im Basiszeitraum tatsächlich die über die rationierten Mengen des Basiszeitraumes hinausgehenden Mengen zu den erhöhten Preisen hätte kaufen müssen.

Wenn dagegen versucht wird, die durchschnittliche Preisveränderung auf Grund der Gesamtmenge des Basis- oder Berichtszeitraumes und auf Grund der jeweils sich tatsächlich ergebenden Durchschnittspreise zu berechnen, so läuft das inhaltlich darauf hinaus, daß angenommen wird, daß sich die gleiche Gesamtmenge in beiden Zeiträumen entsprechend dem jeweiligen tatsächlichen Verhältnis zwischen rationierter und freiverkäuflicher Menge aufteilte. Zur Erläuterung ein Beispiel:

Umgesetzte Mengen und realisierte Preise der Ware A

Zeitraum	Umgesetzte Mengen in ME			Je ME realisierte Preise		
	Insgesamt	Markenbasis	HO-Basis	Markenpreis	HO-Preis	Durchschnittspreis
Basiszeitraum	40	40	20	10	30	16,67
Berichtszeitraum	100	50	50	10	20	15,00

Der Durchschnittspreis dieser Ware ist zwar auf 15 : 16 2/3 = 0,90 = 90 % gesunken, doch darf daraus nicht die Schlussfolgerung gezogen werden, daß im Berichtszeitraum für die im Berichtszeitraum umgesetzte Menge (= 100 ME) nur 90 Prozent der Kaufsumme erforderlich sind, die im Basiszeitraum für die gleiche Menge zu zahlen war. Das Verhältnis der Durchschnittspreise gibt über die Veränderung der erforderlichen Kaufsumme darum keine sinnvolle Aussage, weil sich bei einem Umsatz von 100 ME im Basiszeitraum ein anderer Durchschnittspreis ergeben hätte, da von den 100 ME nur 40 ME auf Markenbasis gekauft werden konnten, während

60 ME zum höheren HO-Preis erworben hätten werden müssen.<sup>2)</sup>

Die Veränderung der Kaufsumme ist daher wie folgt zu ermitteln:

Von 100 ME waren im Basiszeitraum nur 40 ME zum Markenpreis erhältlich, während die übrigen 60 ME zum HO-Preis erworben werden mußten, so daß im Basiszeitraum 100 ME eine Kaufsumme von  $(40 \cdot 10) + (60 \cdot 30) = 2200$  gegenüber einer von  $(50 \cdot 10) + (50 \cdot 20) = 1500$  im Berichtszeitraum erforderten, was einer Preissenkung auf  $1500 : 2200 = 0,6818 = 68,18$  Prozent entspricht. Diese Senkung der Kaufsumme für 100 ME einer Ware erfolgte infolge der Senkung des HO-Preises und die Veränderung des Verhältnisses von Marken- und HO-Mengen. Entsprechend ergibt sich für die Menge des Basiszeitraumes eine Senkung der Kaufsumme auf 70 Prozent.

Wenn dagegen nur die Auswirkung der Veränderung des HO-Preises auf die Kaufsumme der 100 ME untersucht werden soll, müssen entsprechend der Struktur des Berichtszeitraumes die Kaufsummen für je 50 ME der Ware auf Marken- und HO-Basis auf Grund der jeweiligen Preise ermittelt und dann in Beziehung gesetzt werden. Demnach ergibt sich eine Veränderung der Kaufsumme auf

$$\frac{(50 \cdot 10) + (50 \cdot 20)}{(50 \cdot 10) + (50 \cdot 30)} = \frac{1500}{2000} = 0,75 = 75 \%$$

Entsprechend ergibt sich für die 60 ME des Basiszeitraumes eine Verringerung der Kaufsumme auf 80 Prozent.

Es kann somit zusammenfassend festgestellt werden, daß bei Existenz eines doppelten Preisniveaus zur Charakterisierung der durchschnittlichen Preisveränderung zwei verschiedene Kennziffernkomplexe möglich und notwendig sind. Nämlich Kennziffern, die nur die durchschnittliche Auswirkung der einzelnen Preisveränderungen (die reinen Preisveränderungen) widerspiegeln, und Kennziffern, die die durchschnittliche Preisveränderung als Ergebnis der Veränderung der Einzelpreise und des Verhältnisses zwischen rationierter und freiverkäuflicher Menge darstellen.

Wenn nur die reine durchschnittliche Preisveränderung zum Ausdruck gebracht werden soll, müssen die rationierten und freiverkäuflichen Mengen jeder Ware als gesonderte Waren behandelt werden, d. h. es muß unterstellt werden, daß in beiden Zeiträumen die gleichen Mengen an rationierten wie an freiverkäuflichen Waren umgesetzt werden. Wenn dagegen die tatsächlich zu verzeichnende durchschnittliche Preisentwicklung ohne Unterschied ihrer Ursache widerspiegelt werden soll, muß die tatsächlich umgesetzte Menge der rationierten

<sup>1)</sup> Der Durchschnittspreis von 16,67 hat sich aber bei einem Verhältnis von Marken- zu HO-Menge von  $40 : 20 = 2 : 1$  ergeben, ihn für den Umsatz von 100 ME ebenfalls zugrunde legen, würde die Umstellung bedeuten, daß sich auch die 100 ME wie 2 : 1 auf Marken- und HO-Mengen verteilen, d. h. daß von den 100 ME im Basiszeitraum 66 2/3 auf Markenbasis hätten umgesetzt werden können, während tatsächlich 40 ME auf Markenbasis umgesetzt wurden.

ZUM PROBLEM DER MESSUNG DER DURCHSCHNITTlichen VERÄNDERUNG...

Waren beider Zeiträume zugrunde gelegt werden<sup>1)</sup>, und die freiverkäuflichen Mengen des Vergleichszeitraumes in der Höhe angenommen werden, daß im Vergleichszeitraum die gleiche Menge aus jeder Ware entfällt, wie im Zeitraum, auf Grund dessen Mengenverhältnisse die durchschnittliche Preisveränderung berechnet wird.

IV. Die Problematik bei der Darstellung der durchschnittlichen Preisveränderung für eine Reihe von Zeiträumen

Im folgenden soll dargelegt werden, welche Probleme auftreten, wenn auf Grund der theoretisch begründeten Kennziffern die durchschnittliche Preisveränderung über eine Reihe von Zeiträumen dargestellt werden soll. Diese Frage ist von erheblichem praktischen Interesse, da die Preisveränderungen z. B. über die einzelnen Jahre eines Fünfjahresplans hinweg verfolgt und analysiert werden müssen.

A) Der Vergleich der Kennziffern der durchschnittlichen Preisveränderungen auf Grund der Warengesamtheit des Basiszeitraumes von einer Reihe von Beobachtungszeiträumen.

Die allgemeine Form der Kennziffern der durchschnittlichen Preisveränderungen auf Grund der Warengesamtheit des Basiszeitraumes lautet  $\frac{\sum P_1 Q_0}{\sum P_0 Q_0}$ . Die durchschnittliche Preisveränderung der Beobachtungszeiträume 1, 2, 3, 4 usw. gegenüber dem Basiszeitraum 0 wird durch folgende Kennziffern wiederspiegelt:<sup>2)</sup>

Zeitraum 1	Zeitraum 2	Zeitraum 3	Zeitraum 4
gegenüber	gegenüber	gegenüber	gegenüber
Zeitraum 0	Zeitraum 0	Zeitraum 0	Zeitraum 0
$\frac{\sum P_1 Q_0}{\sum P_0 Q_0}$	$\frac{\sum P_2 Q_0}{\sum P_0 Q_0}$	$\frac{\sum P_3 Q_0}{\sum P_0 Q_0}$	$\frac{\sum P_4 Q_0}{\sum P_0 Q_0}$

Dieses ist nicht unbekannt und nicht schwer einzusehen. Jetzt lautet aber die konkrete Frage, ob ein Vergleich dieser Kennziffern möglich ist und was er — wenn überhaupt möglich — aussagt.

Es wurde in jedem der vorstehend betrachteten Fälle die Warengesamtheit der Basisperiode mit den Durchschnittspreisen der jeweiligen Beobachtungsperiode bewertet, d. h. die Kaufsummen für die Warengesamtheit der Basisperiode, berechnet, die sich auf Grund des jeweiligen Preisniveaus in den einzelnen Zeiträumen ergaben, und zu der effektiven Kaufsumme des Basiszeitraumes in Beziehung gesetzt. Was die einzelnen Kaufsummen und damit

die einzelnen Kennziffern unterscheidet, ist also lediglich die Höhe der einzelnen Preise in den einzelnen Perioden. Daraus aber folgt, daß auf Grund dieser Kennziffern auch die durchschnittliche Preisentwicklung zwischen beliebigen Zeiträumen der betrachteten Periode ersicht werden kann. Durch die Betrachtung der Kennziffern in der allgemeinen Form wird diese Feststellung bestätigt. So kann z. B. die durchschnittliche Preisveränderung vom Zeitraum III gegenüber dem Zeitraum II durch das Verhältnis der jeweiligen Kennziffern der durchschnittlichen Preisveränderungen gegenüber dem Zeitraum 0 ausgedrückt werden: also

$$\frac{\frac{\sum P_3 Q_0}{\sum P_0 Q_0}}{\frac{\sum P_2 Q_0}{\sum P_0 Q_0}} = \frac{\sum P_3 Q_0}{\sum P_2 Q_0} \times \frac{\sum P_2 Q_0}{\sum P_0 Q_0} = \frac{\sum P_3 Q_0}{\sum P_0 Q_0}$$

Auf Grund dieser letzten Kennziffer wird die durchschnittliche Preisveränderung zwischen zwei Zeiträumen dargestellt, indem die Warengesamtheit, die in einem dritten Zeitraum umgesetzt wurde, mit den jeweiligen Preisen bewertet wurde und die beiden Preissummen ins Verhältnis gesetzt wurden, d. h. es wurde eine Warengesamtheit zugrunde gelegt, die in keinem der beiden Zeiträume tatsächlich umgesetzt wurde. Wie ist dieser Umstand zu bewerten? Grundvoraussetzung ist auf jeden Fall, daß die zugrunde gelegte Warengesamtheit zumindest die tatsächliche Umsatzstruktur eines gleichartigen Zeitraumes ist (z. B. eines gleichen Quartals eines anderen Jahres). Wenn diese Voraussetzung nicht gegeben ist, kann ein derartiger unmittelbarer Vergleich der Kennziffern nicht vorgenommen werden. Wenn nun aber die Warengesamtheit, auf die die Preisveränderung bezogen wird, in einem gleichen dritten Zeitraum umgesetzt wurde, so wird auf jeden Fall eine konkret deutbare durchschnittliche Preisveränderung berechnet. Diese errechnete durchschnittliche Preisveränderung ist aber zwischen den zwei Zeiträumen tatsächlich nicht aufgetreten, da weder im Zeitraum II, noch im Zeitraum III die betreffende Warengesamtheit tatsächlich umgesetzt wurde, d. h., daß die durchschnittliche ermittelte Preisveränderung keine Widerspiegelung eines realen Prozesses ist. Daraus folgt weiter, daß diese Kennziffer nicht dazu dienen kann, die durchschnittliche Preisentwicklung zwischen einzelnen Zeiträumen einer Reihe von Zeiträumen zu charakterisieren. Wenn also für eine Reihe von (gleichartigen) Zeiträumen die durchschnittliche Preisentwicklung auf Grund der Kennziffer mit der Warengesamtheit des Basiszeitraumes vorliegt, kann wohl daraus die durchschnittliche Preisentwicklung jedes einzelnen Zeitraumes gegenüber dem Basiszeitraum, aber nicht die durchschnittliche Preisentwicklung zwischen beliebigen Zeiträumen dieser Reihe entnommen werden. Des weiteren kann aus dieser Reihe von Kennziffern entnommen werden, in welchen Etappen von Zeitraum zu Zeitraum die durchschnittliche Preisentwicklung zwischen dem jeweiligen Beobachtungszeitraum und dem Basiszeitraum stattgefunden

<sup>1)</sup> Wenn allerdings in dem Zeitraum, dessen Mengenstruktur der Durchschnittsberechnung zugrunde gelegt wird, der Gesamtumsatz der Ware kleiner ist als der Umsatz der rationierten Menge im anderen Zeitraum, so darf selbstverständlich für diesen Zeitraum nicht die gesamte rationierte Menge der Ware berücksichtigt werden, sondern nur in der Höhe des Gesamtumsatzes des entsprechenden Zeitraumes.



DR. ARNO DONDA

den hat. Wenn also die durchschnittliche Preisentwicklung auf Grund einer derartigen Kennzifferreihe während eines Fünfjahresplanes dargestellt wird, kann z. B. aufgezeigt werden, wie die gesamte Preisveränderung des Fünfjahresplanes (die durchschnittliche Preisentwicklung des letzten Jahres des Fünfjahresplanes gegenüber dem Vorjahr des Planjahres) sich im Verlauf der einzelnen Jahre des Fünfjahresplanes herausgebildet hat. (Z. B. durchschnittliche Preisentwicklung des Fünfjahresplanes 20%; bereits im ersten Jahr gegenüber dem Basisjahr 10%, im zweiten Jahr weitere 5% und im dritten und vierten Jahr je 2% und im letzten Jahr 1%). Diese Aussage ist klar, denn sie bezieht sich jeweils auf die durchschnittliche Preisveränderung gegenüber dem Basiszeitraum und nicht auf die durchschnittliche Preisveränderung gegenüber einem anderen Zeitraum. Daß auf Grund dieser Indexreihe die durchschnittliche Preisentwicklung wohl zwischen Basis- und Berichtszeitraum dargestellt und aufgezeigt werden kann, aber nicht die durchschnittliche Preisveränderung zwischen den einzelnen Zeiträumen abgelesen werden kann, folgt aus dem Wesen der Erscheinung und des Begriffs „Durchschnittliche Preisveränderung“ und nicht aus der Unvollkommenheit der statistischen Kennziffer. Es kann daher zusammenfassend gesagt werden, daß aus einer Reihe von Kennziffern der durchschnittlichen Preisentwicklung auf Grund der Warengesamtheit des Basiszeitraumes zwar die durchschnittliche Preisentwicklung über die einzelnen Zeiträume stufenweise widerspiegelt werden kann, daß damit gleichzeitig aber keine Kennzeichnung der Preisentwicklung zwischen den einzelnen Zeiträumen erfolgt.

Unterscheidet sich die Warengesamtheit des Basiszeitraumes der gesamten vorliegenden Kennzifferreihe nicht wesentlich von der Warengesamtheit eines Zeitraumes des speziellen Vergleichs aus dieser Kennzifferreihe, so kann aus der ursprünglichen Indexreihe auf die ungefähre durchschnittliche Preisentwicklung zwischen den zwei beliebigen gewählten Zeiträumen der gesamten Reihe geschlossen werden. Es kann also festgestellt werden, daß auf Grund der Kennzifferreihe mit der Basisstruktur nur Näherungswerte für die durchschnittliche Preisveränderung zwischen zwei beliebigen Zeiträumen der Reihe abgelesen werden können, wenn sich die Umsatzstruktur zwischen der Basisperiode und diesen Zeiträumen nicht wesentlich verändert hat. Unter dieser bestimmten Voraussetzung — keine wesentliche Strukturveränderung — bietet darum der Preissummenvergleich auf Grund der Warengesamtheit der Basisperiode den großen praktischen Vorteil, daß aus einer Kennzifferreihe die durchschnittliche Preisveränderung zwischen den jeweiligen Beobachtungszeiträumen und dem Basiszeitraum genau abgelesen werden kann und auch die durchschnittlichen Preisveränderungen zwischen den einzelnen Beobachtungszeiträumen ermittelt werden können.

B) Der Vergleich der Kennziffern der durchschnittlichen Preisveränderung auf Grund der Warengesamtheit des jeweiligen Berichtszeitraumes von einer Reihe von Beobachtungszeiträumen.

Die allgemeine Form der Kennziffern der durchschnittlichen Preisveränderung auf Grund der Warengesamtheit des Berichtszeitraumes lautet  $\frac{\sum p_1 q_1}{\sum p_0 q_1}$  und entsprechend für die durchschnittliche Preisveränderung der Berichtszeiträume 1, 2, 3, 4 usw. gegenüber der Basisperiode 0 wie folgt:

Zeitraum 1 gegenüber Zeitraum 0	Zeitraum 2 gegenüber Zeitraum 0	Zeitraum 3 gegenüber Zeitraum 0	Zeitraum 4 gegenüber Zeitraum 0
$\frac{\sum p_1 q_1}{\sum p_0 q_1}$	$\frac{\sum p_2 q_2}{\sum p_0 q_2}$	$\frac{\sum p_3 q_3}{\sum p_0 q_3}$	$\frac{\sum p_4 q_4}{\sum p_0 q_4}$

Es ergibt sich nun die Frage, ob aus dem Vergleich der einzelnen Kennziffern untereinander — analog zu der Kennzifferreihe auf Grund der Warengesamtheit des Basiszeitraumes — irgendwelche Erkenntnisse gewonnen werden können.

Die hier vorliegenden Kennziffern werden gebildet, indem die Warengesamtheit des jeweiligen Berichtszeitraumes sowohl zu den Preisen des Berichtszeitraumes als auch zu den Preisen der einheitlichen Basisperiode bewertet werden und beide Preissummen dann ins Verhältnis gesetzt werden. Da aber jeder einzelne Preissummenvergleich auf Grund einer anderen Warengesamtheit erfolgt, ist die Differenz zwischen den verschiedenen Kennziffern ausschließlich oder teilweise durch die Unterschiedlichkeit der Warengesamtheit, d. h. der Umsatzstruktur, bedingt, so daß aus dieser Differenz oder aus dem Verhältnis zweier dieser Kennziffern kein Ausdruck für die relative Veränderung der Kaufsumme für eine bestimmte Warengesamtheit, d. h. ein Ausdruck für die durchschnittliche Preisveränderung, gewonnen werden kann.

Daraus folgt aber, daß auf Grund der Kennziffern der durchschnittlichen Preisveränderung mit der Umsatzstruktur der Berichtsperiode eine Darstellung der durchschnittlichen Preisveränderung zwischen der Basisperiode und der jeweiligen Berichtsperiode erfolgen kann, daß aber aus dem Vergleich oder aus dem Verhältnis der einzelnen Kennziffern keinerlei Schlußfolgerungen über die durchschnittliche Preisentwicklung zwischen zwei beliebigen Zeiträumen gezogen werden können.

Wenn also die durchschnittliche Preisveränderung zwischen dem zweiten und dritten Zeitraum auf Grund der Warengesamtheit des jeweiligen Berichtszeitraumes dargestellt werden soll, muß die Kennziffer wie folgt lauten: Zum Beispiel

$$\frac{\sum q_2 p_2}{\sum q_3 p_2} \text{ und nicht } \frac{\sum q_2 p_2}{\sum q_3 p_0} \times \frac{\sum q_3 p_0}{\sum q_2 p_0}$$

ZUM PROBLEM DER MESSUNG DER DURCHSCHNITTLICHEN VERÄNDERUNG ...

Und wenn eine Kennzifferreihe entwickelt werden soll, um über eine Reihe von Zeiträumen die schrittweise durchschnittliche Veränderung der Einzelhandelspreise darzustellen, muß die Warengesamtheit des (letzten) Berichtszeitraumes zugrunde gelegt werden, in dem Sinne, daß rückwirkend die Warengesamtheit des Berichtszeitraumes mit den Preisen aller einzelnen Zeiträume bewertet wird und die so gebildeten Kaufsummen auf die nach dem gleichen Verfahren gebildete Kaufsumme des Basiszeitraumes bezogen werden, so daß z. B. folgende Kennzifferreihe vorliegt:

$$\frac{\sum q_1 p_1}{\sum q_0 p_0}, \frac{\sum q_1 p_2}{\sum q_1 p_0}, \frac{\sum q_2 p_2}{\sum q_1 p_0}, \frac{\sum q_1 p_3}{\sum q_1 p_0}$$

Jede einzelne dieser Kennziffern charakterisiert dann die durchschnittliche Preisentwicklung eines Zeitraumes gegenüber dem Basiszeitraum auf Grund der Warengesamtheit des letzten Zeitraumes. Es handelt sich also in jedem Falle um einen konkret deutbaren Ausdruck der durchschnittlichen Preisentwicklung. Da aber die für jeden der Vergleichszeiträume zugrunde gelegte Warengesamtheit nur im letzten Zeitraum aufgetreten ist und damit nur der Vergleich der Preissummen des letzten Zeitraumes mit dem Basiszeitraum bzw. des letzten Zeitraumes mit allen anderen Zeiträumen sinnvoll ist, kann zwar auf die durchschnittliche Preisveränderung zwischen dem letzten Zeitraum und jedem beliebigen anderen Zeitraum, aber nicht zwischen zwei beliebigen Zeiträumen geschlossen werden, das heißt auch, es ist auf Grund dieser Kennziffern nicht möglich, die durchschnittliche Preisentwicklung zwischen dem Basiszeitraum und den einzelnen Zeiträumen mit Ausnahme des letzten Zeitraumes darzustellen.

Daß auf Grund einer Kennzifferreihe der durchschnittlichen Preisveränderung, der einheitlich die Umsatzstruktur des letzten Zeitraumes zugrunde liegt, auf die durchschnittliche Preisveränderung zwischen jedem einzelnen Zeitraum und dem letzten Zeitraum geschlossen werden kann, ergibt sich aus der Betrachtung der Kennziffern in ihrer allgemeinen Form. So reduziert sich z. B. das Verhältnis der Kennziffern

$$\frac{\sum q_1 p_1}{\sum q_1 p_0} \text{ und } \frac{\sum q_1 p_2}{\sum q_1 p_0}$$

auf den deutbaren und sinnvollen Preissummenvergleich

$$\frac{\sum q_1 p_2}{\sum q_1 p_1}$$

Durch diese Indexreihe kann also die durchschnittliche Preisveränderung auf Grund der Struktur des letzten Zeitraumes über eine ganze Reihe von Zeiträumen dargestellt werden, und damit wird aufgezeigt, wie die durchschnittliche Preisentwicklung seit dem Basiszeitraum verläuft. Aus dieser Indexreihe kann aber nicht auf die tatsächliche

durchschnittliche Preisentwicklung zwischen den einzelnen Zeiträumen geschlossen werden, da die Umsatzstruktur nur vom letzten Jahr zugrunde gelegt wurde und bei dem Vergleich der Preissumme von zwei beliebigen Zeiträumen nicht die Umsatzstruktur eines dieser Zeiträume berücksichtigt wird.

Die Ermittlung dieser Kennzifferreihe erfordert einen beträchtlichen höheren Arbeitsaufwand als die entsprechende Kennzifferreihe auf Grund der Umsatzstruktur der Basisperiode, da für jeden einzelnen Zeitraum, der zwischen dem Basis- und dem letzten Berichtszeitraum liegt, mit jedem neuen Zeitraum eine Neuberechnung der Kennziffer der durchschnittlichen Preisveränderung erfolgen muß, weil die durchschnittliche Preisentwicklung jeweils auf Grund der Warengesamtheit des letzten Berichtszeitraumes und des jeweiligen Preisniveaus bestimmt wird.

Wenn darum auch grundsätzlich ein umfassender Kennzeichnung der durchschnittlichen Preisentwicklung über eine Reihe von Zeiträumen beide Kennzifferreihen, also sowohl die Reihen der Kennziffern mit der Warengesamtheit des ersten als auch des letzten Zeitraumes der betrachteten Periode erforderlich sind, wird aus Gründen der Arbeitersparnis eine Beschränkung auf die Kennzifferreihe mit der Warengesamtheit des Basiszeitraumes in vielen Fällen erforderlich sein. Diese Beschränkung kann akzeptiert werden, wenn bei der Analyse beachtet wird, daß es sich hierbei zwar um eine richtige, aber doch einseitige Darstellung der durchschnittlichen Preisentwicklung handelt. Diese einseitige Darstellung der durchschnittlichen Preisentwicklung wird um so ungenügender und führt um so eher zu falschen Schlußfolgerungen, je größer der Unterschied zwischen der Struktur des Umsatzes im ersten und letzten Zeitraum ist. Da grundsätzlich dieser Unterschied mit der Länge der Zeit zunimmt, ist es nicht zu empfehlen, für einen längeren Zeitraum (mehr als fünf Jahre) oder auch bei kleineren Zeiträumen, wenn größere Strukturveränderungen eingetreten sind, die Preisveränderungen nur auf Grund einer Indexreihe auszuzeichnen.

Die Unmöglichkeit, durch eine Indexreihe sowohl die durchschnittliche Preisentwicklung von Zeitraum zu Zeitraum als auch über eine Reihe von Jahren hinweg darzustellen, liegt — wie bereits ausgeführt — im Wesen der durchschnittlichen Preisentwicklung begründet. Darum können auch alle Verfahren, die verschiedentlich entwickelt wurden, um diese Aufgabe doch zu lösen, nicht zum Erfolg führen.

Der sogenannte Kettenindex wurde z. B. von einer Vielzahl von Statistikern als das beste Mittel angesehen, um dieses Problem zu lösen. Der Kettenindex mit variabler Basis, gleichgültig, ob die einzelnen Gliederindizes auf Grund der Umsatzstruktur des Basis- oder Berichtszeitraumes (der jeweils benachbarten Zeiträume) gebildet sind, muß aber

DR. ARNO DONDA

von vornherein außer Betracht bleiben, da er Mengen- und Preisveränderungen gleichermaßen zum Ausdruck bringt und im Hinblick der Messung einer durchschnittlichen Preisentwicklung nicht konkret deutbar ist.

Der Kettenindex mit variabler Preisbasis, aber konstanter Struktur der Gliederindizes<sup>1)</sup> ist konkret deutbar und führt auch zu einem sinnvollen Ausdruck der durchschnittlichen Preisentwicklung, aber die einzelnen Gliedkennziffern charakterisieren nicht die tatsächliche durchschnittliche Preisentwicklung zwischen den benachbarten Zeiträumen,

$$1) \text{ z. B. } \frac{\sum q_0 p_1}{\sum q_0 p_0} \cdot \frac{\sum q_1 p_2}{\sum q_1 p_1} \cdot \frac{\sum q_2 p_3}{\sum q_2 p_2} \cdot \frac{\sum q_3 p_4}{\sum q_3 p_3} = \frac{\sum q_0 p_4}{\sum q_0 p_0}$$

da sie die Preisveränderung jeweils auf die Warengesamtheit des (1.) Basiszeitraumes beziehen.

Damit kann zusammenfassend festgestellt werden: Es kann durch eine Kennzifferreihe die durchschnittliche Preisentwicklung über eine ganze Reihe von Zeiträumen dargestellt werden, und zwar zur eingehenden Analyse auf Grund der Kennziffern mit der Umsatzstruktur des ersten und letzten Zeitraumes. Auf Grund der gleichen Kennzifferreihe kann aber nicht die durchschnittliche Preisentwicklung zwischen beliebigen Zeiträumen der betrachteten Periode aufgezeigt werden. Dieses ist kein Mangel der statistischen Kennziffer oder der statistischen Methodologie, sondern ist im Wesen der „durchschnittlichen Preisveränderung“ begründet.

Volkswirtschaftliche Fakultät  
Institut für Preise Direktor Dr. Herbert Baum  
Als Manuskript gedruckt!

## Zur Realisierung des zentralisierten Reineinkommens des Staates in Form der Produktionsabgabe in der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik

Von HERBERT BAUM

Die Einführung und Anwendung der Produktionsabgabe in der volkseigenen Industrie der DDR stelle der Wirtschaftspraxis und der Wirtschaftswissenschaft eine Reihe neuer Probleme. Eines der wesentlichsten — man kann vielleicht sogar sagen, das grundlegende überhaupt — ist bis heute noch nicht oder zumindest ungenügend geklärt. Es handelt sich, ganz allgemein ausgedrückt, um die Frage, wo, d. h. in welcher Stufe der Produktion oder auch Zirkulation der wesentliche Teil des Mehrproduktes in Form der Produktionsabgabe im Preis der Erzeugnisse der volkseigenen Industrie realisiert und dem Staatshaushalt als zentralisiertes Reineinkommen des Staates zur Finanzierung der Volkswirtschaft und anderer staatlicher Aufgaben zur Verfügung gestellt werden soll.

Bekanntlich spielte in der Theorie und in der Praxis der Preisbildung in der Sowjetunion die These von der Realisierung des größten Teils des zentralisierten Reineinkommens des Staates in den Preisen der Erzeugnisse der Abteilung II bzw. in der Endstufe der Produktion eine wesentliche Rolle. Auch in der DDR wurde in der Preisbildung der letzten Jahre angestrebt, einen wesentlichen Teil des zentralisierten Reineinkommens des Staates in Form der Produktionsabgabe möglichst in der Endstufe der Produktion zu realisieren. Mit der Neuregelung von Preisen für Produktionsmittel war deshalb oft eine Verlagerung von zentralisiertem Reineinkommen in Form der Produktionsabgabe in die folgenden Stufen verbunden. Die Konsequenz waren Produktionsmittelpreise, die wesentlich unter dem Wert lagen.

Sowohl auf Grund bestimmter Erfahrungen in der Praxis, als auch bei dem Versuch einer theoretischen Begründung dieser These tauchten Zweifel an ihrer Richtigkeit bzw. zumindest an ihrer Allgemeingültigkeit auf.

In der Praxis gibt es z. B. Hinweise dafür, daß das Volumen der aus einer bestimmten Stufe verlagerten Produktionsabgabe in den Folgestufen nicht im gleichen Umfang realisiert werden konnte, d. h., daß dem Staatshaushalt durch die Zersplitterung des verlagerten zentralisierten Reineinkommens und

durch die damit verbundene erschwerte bzw. unmögliche Kontrolle über den Verbleib des verlagerten zentralisierten Reineinkommens Mittel zur Finanzierung der Volkswirtschaft verlorengehen.

Vor allem die Existenz der privaten Wirtschaft machte die Preisbildung in dem Maße komplizierter und in ihrer Auswirkung unübersichtlicher, wie versucht wurde, die These von der Verlagerung der Produktionsabgabe zu verwirklichen.

In bezug auf die Rolle des Preises bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Tätigkeit und des ökonomischen Nutzens des Außenhandels gab und gibt es in der Praxis verschiedene bzw. ausgesprochen entgegengesetzte Auffassungen.

Die Verlagerung des größten Teils des zentralisierten Reineinkommens in die Endstufe der Produktion hat auch politisch-ideologische Auswirkungen auf die Werktätigen. Die Menschen in den betreffenden Betrieben wissen, daß in den Preisen der Erzeugnisse, die sie herstellen, ein hohes zentralisiertes Reineinkommen enthalten ist. Damit entsteht oft die Frage bzw. die Forderung nach Senkung der Preise für diese Erzeugnisse, obwohl ökonomisch keine Begründung dafür gegeben ist. Der Gegner nutzt diese Unklarheiten auf jeden Fall aus. Wenn diesen Auswirkungen der Verlagerung durch entsprechende Aufklärung auch entgegengewirkt werden kann, und wenn diese Auswirkungen auch kein entscheidendes Kriterium dafür sind, ob die Verlagerung richtig oder falsch ist, gehören sie doch zu den negativen Erscheinungen der Realisierung des größten Teils des zentralisierten Reineinkommens in der Endstufe der Produktion.

Auch bei den theoretischen Überlegungen des Für und Wider der Verlagerung schob sich immer deutlicher neben der Forderung nach Verlagerung des zentralisierten Reineinkommens in die Preise der Erzeugnisse der Abteilung II ein anderer Grundsatz in den Vordergrund: nämlich Preise zu bilden und anzuwenden, die dem gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand und damit dem Wert entsprechen. Anders ausgedrückt heißt das, den Wert und damit das zentralisierte Reineinkommen des Staates dort zu realisieren, wo er bzw. es entsteht. Obwohl es

DR. HERBERT BAUM

also Hinweise gab, die zumindest darauf aufmerksam machen, daß in bezug auf die These von der Verlagerung des zentralisierten Reineinkommens des Staates in die Endstufe der Produktion nicht alles so klar war, wie es schien,<sup>1)</sup> wird der Anstoß zur gründlichen Diskussion dieser Problematik erst jetzt durch die in der Sowjetunion in Gang befindlichen Diskussion gegeben. Die Diskussion in der Sowjetunion zeigt unter anderem, daß jetzt die Richtigkeit der bisher vertretenen These von der Realisierung des größten Teils des zentralisierten Reineinkommens des Staates in der Endstufe der Produktion angezweifelt wird.<sup>2)</sup> Das ist ein Grund mehr, wenn er auch nicht zum ausschlaggebenden hätte werden brauchen, diesen ganzen Fragenkomplex unter Beachtung der konkreten Bedingungen der Übergangsperiode in der DDR gründlich zu untersuchen und zu klären.

Dazu gehört die Erarbeitung einer richtigen theoretischen Konzeption, ferner ausgehend von dieser Konzeption eine gründliche Auswertung der bisherigen Erfahrungen der Verlagerung und der Auswirkungen der dadurch entstandenen Preise, weiterhin eine Untersuchung der Auswirkungen, die sich ergeben würden, wenn das Reineinkommen im Prinzip dort realisiert würde, wo es entstanden ist. Darüber hinaus müssen auch die Methoden vervollständigt bzw. gefunden werden, mit deren Hilfe die einzelnen Preiselemente so ermittelt werden können, daß die zu bildenden Preise dem als richtig erkannten Grundsatz entsprechen. Es handelt sich also um einen Komplex von Problemen, die nicht von heute auf morgen gelöst werden können. Deshalb dürfen wir uns auch nicht dazu verleiten lassen, Schritte zu tun, deren Auswirkungen nicht mit Sicherheit zu einer wirklichen Verbesserung in der Preisbildung und damit in der Ausnutzung der Preise in der gesamten sozialistischen Wirtschaftsführung führen.

Im folgenden wird versucht, einige Gedanken darzulegen, die bei der Klärung der zu lösenden Fragen Bedeutung haben werden.

Von entscheidender Bedeutung für die richtige Beantwortung der Frage, in welcher Stufe der Produktion bzw. Zirkulation der größte Teil des Mehrprodukts als zentralisiertes Reineinkommen des Staates realisiert werden soll, ist der Ausgangspunkt der dafür notwendigen Überlegungen.

Der Produktionsabgabe als einer Form des zentralisierten Reineinkommens des Staates würden bisher bekanntlich, und zwar begründet oder unbegründet, mehrere Funktionen, Eigenschaften, Bestimmungen oder wie man die Rolle der Produktionsabgabe in der sozialistischen Planwirtschaft auch nennen mag, zugeschrieben. Es sei hier erinnert an die Thesen von der Produktionsabgabe als

ökonomischer Hebel, als Kontrollinstrument, als Faktor der Finanzierung des Staatshaushaltes, als Element der Preispolitik usw. Die Beantwortung der oben aufgeworfenen Fragen erfordert aber vor allem erst einmal eine eindeutige ökonomische Bestimmung, Charakterisierung der Produktionsabgabe. Dadurch wird auch die weitere Untersuchung erleichtert, in welcher Stufe der Produktion die Produktionsabgabe realisiert und demzufolge dem Staatshaushalt zur Verfügung gestellt werden soll. Außerdem wird es dann auch leichter möglich sein, zu bestimmen, welche ökonomische Funktion die Produktionsabgabe tatsächlich ausüben kann.

Die in der Volkswirtschaft der DDR hergestellten Erzeugnisse werden als Waren produziert (von den Volkseigenen, in der genossenschaftlichen, in der privaten Wirtschaft wird hier abgesehen). Die Erzeugnisse der volkseigenen Industrie sind also Waren und haben demzufolge einen Wert. Der Preis ist der vom Staat planmäßig festgelegte Geldausdruck des Wertes.

Der Geldausdruck der verbrauchten vergesellschafteten Arbeit und des Teiles der lebendigen Arbeit, für den die Produzenten unmittelbar in Form des Lohnes bzw. Gehalts einen Teil des durch die lebendige Arbeit geschaffenen Neuwerts erhalten, sind die Selbstkosten. Der Geldausdruck des anderen Teiles des Neuwertes, des Mehrproduktes, ist in der volkseigenen Industrie in der DDR der Gewinn und die Produktionsabgabe. Selbstkosten, Gewinn und Produktionsabgabe sind also der Geldausdruck der einzelnen Bestandteile des Wertes und als solche Bestandteile oder Elemente des Preises.

Die Festsetzung der Höhe der Produktionsabgabe für ein Erzeugnis oder eine Erzeugnisgruppe, der auch die Entscheidung, in welcher Stufe der Produktion die Produktionsabgabe realisiert werden soll, hängt also unmittelbar von der Gestaltung der Preise ab. Es gibt, was die ökonomische Rolle der Produktionsabgabe betrifft, keine Frage, an die nicht in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen und politischen Funktion des Preises in der sozialistischen Planwirtschaft herangegangen werden müßte. Das ergibt sich mit Notwendigkeit daraus, daß durch die vom Staat festgelegte Höhe der Produktionsabgabe die Höhe des Preises und die Preisrelationen und damit natürlich die ökonomische Wirkung des Preises bzw. des Preissystems in der sozialistischen Planwirtschaft schlechthin beeinflusst werden. Der Preis für die Erzeugnisse der volkseigenen Industrie hat in der sozialistischen Planwirtschaft, und zwar sowohl unter dem Gesichtspunkt seiner einzelnen Elemente als auch unter dem Gesichtspunkt der Wirkung des Preises als Ganzes, als Geldausdruck des Wertes mehrere und umfassende (weitergehende) ökonomische Funktionen als die Produktionsabgabe. Da die Realisierung des zentralisierten Reineinkommens des Staates in Form der Produktionsabgabe selbst ein sehr

ZUR REALISIERUNG DES ZENTRALISIERTEN REINEINKOMMENS DES STAATES...

wichtiges, aber eben nur eines der bei der Gestaltung der Preise und des Preissystems für industrielle Erzeugnisse zu beachtenden preispolitischen Erfordernisse darstellt, ist zu prüfen, welches Gewicht die verschiedenen preispolitischen Erfordernisse oder auch Grundsätze in bezug auf die Gestaltung der Preise und damit des gesamten Preissystems für industrielle Erzeugnisse haben, wie diese Erfordernisse miteinander in Einklang zu bringen sind mit dem Ziel, die bestmögliche ökonomische Wirkung der Preise in der sozialistischen Planwirtschaft zu erreichen.

Es handelt sich dabei letztlich um die Untersuchung eines Teils der Wirkungsmöglichkeiten der Preise in der sozialistischen Planwirtschaft der Übergangsperiode in der DDR und der sich daraus ergebenden preispolitischen Grundsätze oder Erfordernisse.

Bisher unbestritten ist die Erkenntnis, daß bei der Preisbildung in der sozialistischen Planwirtschaft die Existenz und Wirkung des Wertgesetzes zu beachten ist, daß das Wertgesetz mit Hilfe einer planmäßigen Preisbildung und Gestaltung des gesamten Preissystems zur Planung der Volkswirtschaft, zur Erfüllung und Übererfüllung und zur Abrechnung der Wirtschaftspläne und damit zur Sicherung der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft auszunutzen ist. Das gilt auch für die Preisbildung für industrielle Erzeugnisse.

Die Möglichkeit und die Notwendigkeit der Ausnutzung des Wertgesetzes in der Preisbildung erfordert Klarheit darüber, wie die Preise und das gesamte Preissystem für industrielle Erzeugnisse gestaltet werden müssen, damit die Preise auch in der gewollten Richtung wirken können. Oder anders ausgedrückt: Welche weiteren und konkreteren Grundsätze oder Erfordernisse müssen bei der Preisbildung und der Gestaltung des gesamten Preissystems für industrielle Erzeugnisse beachtet werden, damit die Preise für industrielle Erzeugnisse in allen Bereichen der Volkswirtschaft die sozialistische Wirtschaftsführung unterstützen, fördern, positiv beeinflussen?

Es ist bekannt, daß in den vom Ministerrat der DDR beschlossenen Grundsätzen der Preispolitik<sup>3)</sup> eine ganze Reihe von Forderungen festgelegt worden sind, durch deren Beachtung bei der Preisbildung die Durchführung der verschiedensten ökonomischen Aufgaben durch die Preise mehr oder weniger wirksam unterstützt werden kann. Die Beachtung der vom Ministerrat der Regierung der DDR beschlossenen Grundsätze der Preispolitik gewährleistet also eine Wirkung der Preise in der eben geforderten Richtung. Es sei hier nur an Hand einiger Beispiele daran erinnert, daß die Preise die Festlegung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, die Senkung der Selbstkosten, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, den technischen Fortschritt, die Abstimmung zwischen Kauf- und Warenfonds usw.

unterstützen und fördern sollen. Alle diese bisher entwickelten und bekannten und bei der Preisbildung mehr oder weniger berücksichtigten Grundsätze der Preispolitik lassen sich letztlich Endes auf einige wenige grundlegende Erfordernisse der Preispolitik zurückführen:

1. Der Preis als Geldausdruck des Wertes und damit als Geldausdruck und gleichzeitig als Meßinstrument des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes muß bewußt so festgelegt werden, daß er diese objektive ökonomische Größe so genau wie möglich widerspiegelt; denn reale der Wirklichkeit möglichst entsprechende ökonomische Größen in Form der Preise sind für die Planung der Volkswirtschaft, für die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit zur Erfüllung und Übererfüllung der Wirtschaftspläne, für die Abrechnung der Wirtschaftspläne, d. h. für die gesamte sozialistische Wirtschaftsführung unabdingbare und zugleich bestmögliche Voraussetzungen. Reale, den ökonomischen Verhältnissen bestmöglich entsprechende ökonomische Größen sind eine Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Tätigkeit im Sozialismus, für die objektive Feststellung des ökonomischen Nutzens und des ökonomischen Ergebnisses der wirtschaftlichen Tätigkeit im Sozialismus.
2. Die Preise bzw. das gesamte Preissystem müssen so gestaltet werden, daß mit ihrer Hilfe der produzierte Wert planmäßig realisiert wird. Das ist ein Erfordernis der einfachen und erweiterten Reproduktion unter den Bedingungen der Warenproduktion, und zwar im betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Maßstab, ein Erfordernis der Realisierung und planmäßigen Verteilung des realisierten Volkseinkommens, ein Erfordernis der Finanzierung der Volkswirtschaft und anderer staatlicher Aufgaben.
3. Die Preise können und müssen als ökonomischer Hebel zur Lenkung und Lenkung der Volkswirtschaft und zur ständigen Verbesserung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Betriebe (Wirkung der Preise auf den produzierenden und auf den abnehmenden Betrieb) ausgenutzt werden. Die Möglichkeit der Ausnutzung des Preises als ökonomischer Hebel ergibt sich einmal aus der dem Wert als gesellschaftliche Durchschnittsgröße eigenen ökonomischen Wirkung bzw. zusätzlich, auch aus der Möglichkeit, den Preis bewußt abweichend vom Wert festzulegen. Zum anderen ergibt sich die Notwendigkeit der Ausnutzung des Preises als ökonomischer Hebel daraus, daß der Staat außer den administrativen, organisatorischen und ideologischen Mitteln auch alle ökonomischen Mittel zur Verbesserung der Leitung und Lenkung der Volkswirtschaft und der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit der Betriebe ausnutzen muß.

Da die Verlagerung eines großen Teiles des zentralisierten Reineinkommens des Staates aus den

<sup>1)</sup> Bekanntmachung des Beschlusses des Ministerrats der Regierung der DDR über die Grundsätze der Preispolitik in der DDR vom 11. 2. 1953, BGI der DDR, Nr. 22/1953.

DR. HERBERT BAUM

Preisen der Erzeugnisse der Abteilung I in die Preise der Erzeugnisse der Abteilung II und dessen Realisierung in den Preisen der Erzeugnisse der Abteilung II ganz bewußt und in großem Maßstab für einen bedeutenden Teil der industriellen Produktion (im Prinzip für alle Produktionsmittel) zu Preisen führt, die unter dem Wert liegen, bei denen also bewußt darauf verzichtet wird, einen großen Teil anderer staatlicher Aufgaben erforderlichen Reineinkommens der Gesellschaft dort zu realisieren und zu erfassen, wo es entstanden ist, muß folgende Frage beantwortet werden: Wird man den dargestellten grundlegenden Erfordernissen der Preispolitik besser gerecht, wenn die Preise der Erzeugnisse der Abteilung I im Prinzip unter dem Wert festgelegt werden und demnach ein großer Teil des zentralisierten Reineinkommens des Staates nicht dort realisiert, erfaßt und dem Staatshaushalt zugeführt wird, wo es entstanden ist, oder wenn die Preise der Erzeugnisse der Abteilung I den objektiv gegebenen Wertverhältnissen möglichst nahe kommen? Ist es für die gesamte sozialistische Wirtschaftsführung ökonomisch zweckmäßiger, nützlich, wenn für einen großen Teil der industriellen Produktion bewußt Preise festgelegt werden, die unter dem Wert liegen, oder wenn die Preise der Erzeugnisse in allen Stufen der Industrie mit dem Ziel gebildet werden, die objektiv gegebene Größe des Wertes möglichst genau zu erfassen und nur in solchen Fällen bei der Preisbildung bewußt vom Wert nach oben oder unten abzuweichen, in denen es aus Gründen der ökonomischen Hebelwirkung des Preises bzw. der durch das bewußte Abweichen vom Wert zu erreichenden Preisrelationen erforderlich ist? Die Beantwortung dieser Fragen ist notwendig, um Klarheit darüber zu schaffen, wo das zentralisierte Reineinkommen des Staates realisiert, erfaßt und dem Staatshaushalt zugeführt werden soll.

Um jedem Mißverständnis über die Möglichkeiten, die Wertgröße im Preis sichtbar zu machen, von vornherein vorzubeugen, sei daran erinnert, daß es unmöglich ist, den Wert eines Erzeugnisses in seiner absoluten Höhe festzustellen. Das kann also auch nicht Sinn und Zweck einer Untersuchung sein. Dem Verfasser scheint es aber von wesentlicher Bedeutung für die gesamte sozialistische Wirtschaftsführung zu sein, ob für einen großen Teil der industriellen Produktion bewußt Kurs darauf genommen wird, Preise festzulegen, die unter dem Wert liegen oder ob die Bestrebungen dahin gehen, den objektiv gegebenen Wert in den Preisen, soweit das mit den zur Verfügung stehenden Mitteln möglich ist, zum Ausdruck zu bringen und nur in den Fällen bewußt vom Wert abzuweichen, in denen die sich durch die Wertverhältnisse selbst ergebenden Preisrelationen nicht ausreichen, um eine bestimmte ökonomische Wirkung des Preises auf die Produktion und Konsumtion zu erreichen.

Geht man bei der Beantwortung der Frage von den drei grundlegenden Erfordernissen der Preispolitik aus, so zeigt sich, daß es weder die Ausnutzung des Preises als Meßinstrument des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes, noch als Mittel der Realisierung des Wertes und der damit verbundenen Realisierung des zentralisierten Reineinkommens des Staates zur Finanzierung der Volkswirtschaft und anderer staatlicher Aufgaben notwendig machen, für die Erzeugnisse der Abteilung I die Preise prinzipiell so festzulegen, daß sie unter dem Wert liegen. Im Gegenteil, die Ausnutzung des Preises als Meßinstrument des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes und als Mittel zur Realisierung des Wertes sprechen vielmehr dafür, Preise festzulegen, die dem Wert möglichst entsprechen. Selbst die Ausnutzung des Preises als ökonomischer Hebel erfordert nicht mit Notwendigkeit, die Preise abweichend vom Wert festzulegen, weil der Wert als gesellschaftliche Durchschnittsgröße und dementsprechend der Preis bereits auf alle die Betriebe als ökonomischer Hebel wirkt, die mit höherkosten arbeiten. Auch was die Wirkung des Preises als ökonomischer Hebel durch entsprechende Relationen zu anderen Preisen betrifft, muß es nicht unbedingt erforderlich sein, Preise abweichend vom Wert festzulegen, weil mit den sich aus den Wertverhältnissen selbst ergebenden Preisrelationen unter Umständen bereits die gewollte ökonomische Wirkung erreicht werden kann. Es wird allerdings in vielen Fällen notwendig werden, die gewünschte Preisrelation und damit eine bestimmte ökonomische Hebelwirkung eines Preises durch zusätzliches Abweichen des Preises vom Wert zu ermöglichen.

1. Zum Preis als Meßinstrument des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes

In dieser Eigenschaft (Funktion) dient der Preis als Planungs- und Abrechnungsgröße, als eine grundlegende ökonomische Größe für die Ermittlung des ökonomischen Nutzens bzw. des ökonomischen Ergebnisses der wirtschaftlichen Tätigkeit und damit letztlich der aufgewandten Arbeit. Was liegt näher, als zu diesem Zweck mit Preisen zu arbeiten, die die realen Wertverhältnisse, d. h. die tatsächlichen Verhältnisse der für die Herstellung der Erzeugnisse aufgewandten gesellschaftlich notwendigen Arbeit möglichst genau widerspiegeln?

Eine der unbedingt notwendigen Voraussetzungen für die erfolgreiche Anwendung und weitere Festigung der wirtschaftlichen Rechnungsführung besteht darin, mit realen ökonomischen Größen zu rechnen. Das erleichtert oder besser, macht es überhaupt erst möglich, die Ergebnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit der Betriebe festzustellen und richtig einzuschätzen. Ungenau, d. h. den gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand nicht oder völlig unzureichend widerspiegelnde Preise - das ist wiederholt festgestellt worden - geben kein richtiges Bild von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Betriebe.

ZUR REALISIERUNG DES ZENTRALISIERTEN REINEINKOMMENS DES STAATES...

Einer gründlichen Untersuchung bedarf auch die Rolle der Preise bei der Berechnung des ökonomischen Nutzeffekts von Investitionen. Der polnische Ökonom LIPINSKI<sup>1)</sup> vertritt z. B. die Ansicht, daß die richtige Einschätzung des ökonomischen Nutzeffekts von Investitionen nur dann gewährleistet ist, wenn die Preise der Produktionsmittel keine Akkumulation enthalten. Selbst wenn das richtig ist, bleibt noch zu untersuchen, ob das überhaupt ein Grund ist, danach das gesamte Preissystem für Produktionsmittel auszurichten oder ob der Berechnung des ökonomischen Nutzeffekts von Investitionen nicht die Selbstkosten zugrunde gelegt werden können, ohne daß davon das Preissystem berührt wird? Diese und andere damit verbundenen Fragen bedürfen einer Klärung.

Auch was die sparsame und volkswirtschaftlich zweckmäßige Verwendung von Rohstoffen und Material und deren Unterstützung durch den Preis betrifft, ist zu klären, ob das nicht mit solchen Preisen am besten zu fördern ist, die den zur Herstellung dieses Erzeugnisses gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand möglichst genau widerspiegeln. Es kommt doch darauf an, dem Arbeiter bzw. Verbraucher dieser Erzeugnisse den volkswirtschaftlichen „Wert“ der Rohstoffe und der Materialien zumindest dadurch bewußt zu machen, daß man sie mit Preisen „bewertet“, die den gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand ausdrücken. Natürlich wird es oft notwendig sein, bei bestimmten austauschbaren Materialien und Rohstoffen die besondere volkswirtschaftliche Bedeutung dadurch zusätzlich zu betonen, indem die Preise wesentlich über dem Wert festgelegt werden.

Ein zusätzlicher und außerordentlich wichtiger Grund, bei den Erzeugnissen der Abteilung I der volkseigenen Industrie nicht mit Preisen zu arbeiten, die unter dem Wert liegen, ist die Existenz des privaten kapitalistischen Sektors und des Sektors der einfachen Warenproduzenten. Liegen die Preise der Maschinen, Rohstoffe, Materialien, die in die kapitalistische Industrie oder in die einfache Warenproduktion gehen, unter dem Wert, so besteht die Möglichkeit, daß sich der Kapitalist oder der Handwerker einen Teil des in der volkseigenen Industrie produzierten Mehrproduktes aneignet. Natürlich ist es auch die Anwendung von Verbrauchsabgaben und anderer Formen der Abschöpfung dieses Teiles des in der volkseigenen Industrie nicht realisierten Mehrproduktes möglich, dem entgegenzuwirken.

Aber erstens wird dadurch die Preisbildung und die ökonomische Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft kompliziert, zweitens besteht trotzdem noch die Möglichkeit, daß trotz der Verbrauchsabgabe Teile des in der volkseigenen Industrie nicht realisierten Reineinkommens von privaten Produzenten angeeignet werden. Also auch die Existenz des privaten Sektors und die ökonomische Verflechtung zwischen volkseigener Industrie und der privaten Wirtschaft sprechen dafür, für die Erzeugnisse

<sup>1)</sup> LIPINSKI zitiert Fragen aus der Problematik der Preise für Produktionsmittel, „Ökonoma“ IV/1954.

der volkseigenen Industrie prinzipiell keine Preise zu bilden, die unter dem Wert liegen.

Auch in bezug auf die wirtschaftliche Tätigkeit der Außenhandelsunternehmen scheint es doch ökonomisch zweckmäßiger zu sein, den Außenhandelsunternehmen die Erzeugnisse zu Preisen zu verkaufen, die dem gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand möglichst entsprechen, die also auch zentralisiertes Reineinkommen in Form der Produktionsabgabe enthalten.

Gegenwärtig erhalten die Außenhandelsunternehmen die zu exportierenden Erzeugnisse zu Betriebspreisen, d. h. zu Preisen ohne Produktionsabgabe. Diese Preise liegen im Prinzip unter dem Wert. Dabei geht es nicht nur darum, daß die Produktionsabgabe nicht nur in dem Preis des Erzeugnisses nicht enthalten ist, welches exportiert wird, sondern daß in diesem Preis wiederum nur Preise von Erzeugnissen der Vorstufen eingegangen sind, in denen ebenfalls kein zentralisiertes Reineinkommen der Außenhandel von der Industrie kauft (Betriebspreis), entspricht in seiner Höhe in keiner Weise dem Wert, d. h. letztlich dem zur Herstellung dieses Erzeugnisses gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand.

Daß der Außenhandel im Prinzip zu Weltmarktpreisen verkaufen muß, d. h. oft zu Preisen, die niedriger liegen als die Preise in der DDR, zu Preisen, die oft unter dem Wert liegen, kann nicht als Begründung dafür akzeptiert werden, den Außenhandelsunternehmen die zu exportierenden Waren unter dem Wert zu verkaufen. Im Gegenteil, im Interesse einer wirklichen Annäherung, die ökonomischen Realitäten berücksichtigenden Wirtschaftsführung ist vielmehr anzustreben, der wirtschaftlichen Tätigkeit des Außenhandels, der Abrechnung des Außenhandels die realen, sich aus den ökonomischen Bedingungen der Volkswirtschaft der DDR ergebenden ökonomischen Größen zugrunde zu legen. Dazu gehören in erster Linie Preise, die den gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand ausdrücken.

Es wird oft entgegen gehalten, daß es gleichgültig sei, ob die Produktionsabgabe beim Export oder beim Import realisiert wird. Das stimmt in bezug auf das eigentliche beim Export zu realisierende Gesamtvolumen der Produktionsabgabe insofern, als das Volumen der in den Preisen der exportierten Erzeugnisse enthaltenen Produktionsabgabe festgelegt werden kann - was bekanntlich gemacht wird -, und als dieses Volumen beim Import von der Differenz zwischen Devisengeneriertem in DM und den Inlandspreisen abgezogen und dem Staatshaushalt zur Verfügung gestellt werden kann. Dann ist wenigstens gewährleistet, daß in den Preisausgleichsfonds des Außenhandels keine Bestandteile der eigentlich beim Export zu realisierenden Produktionsabgabe eingehen.

Es wird auch oft angeführt, daß die Preise der zu exportierenden Erzeugnisse durch die Produktionsabgabe vom Wert abweichen (von der Vorstellung,

50X1-HUM

50X1-HUM

50X1-HUM

DR. HERBERT BAUM

daß die Produktionsabgabe ein Aufschlag auf den Wert darstellt, soll hier gar nicht gesprochen werden) und deshalb auch keinen wesentlichen ökonomischen Anhaltspunkt, kein Kriterium für die Beurteilung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Außenhandels, des ökonomischen Nutzens des Exports, der Preisdispositionen im Außenhandel usw. darstellen. Abgesehen davon, daß die Auffassung, die Preise weichen durch die Produktionsabgabe sowieso vom Wert ab, eine unzulässige Verallgemeinerung darstellt, da Preise, in denen die Produktionsabgabe enthalten ist, im Prinzip durchaus dem Wert, dem gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand entsprechen, ja viel eher entsprechen können als die Preise ohne Produktionsabgabe, bedeutet diese Auffassung eine völlige Negierung des Inlandspreissystems als eine Grundlage der wirtschaftlichen Tätigkeit und der Abrechnung der Außenhandelsunternehmen. Natürlich gibt es noch andere Kriterien, an denen der ökonomische Nutzen des Außenhandels für die Volkswirtschaft gemessen werden kann und muß. Aber der Wert, das muß immer wieder betont werden, und damit der gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand der im Inland produzierten Erzeugnisse und ein dieser wichtigen ökonomischen Größe entsprechendes Preissystem bleibt unter den Bedingungen der Warenproduktion eines der wesentlichen Kriterien für die Beurteilung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Außenhandels und des volkswirtschaftlichen Nutzens des Außenhandels. Selbst wenn die zu exportierenden Erzeugnisse Inlandspreise haben, die bewußt über oder auch unter dem Wert festgelegt sind, gibt es keinen Grund, solche Preise nicht ebenfalls als ökonomisch begründete Größen der wirtschaftlichen Tätigkeit und Abrechnung des Außenhandels zugrunde zu legen; denn auch vom Wert bewußt abweichend festgelegte Preise sind ökonomisch begründet bzw. müssen es sein. Insofern machen sie die wirklichen ökonomischen Verhältnisse in der DDR sichtbar und sind somit geeignet, mit den Preisen auf dem Weltmarkt verglichen zu werden und Schlußfolgerungen aus diesem Vergleich zu ziehen. Deshalb erweist man auch der wirtschaftlichen Tätigkeit der Außenhandelsunternehmen und darüber hinaus der gesamten sozialistischen Wirtschaftsführung einen schlechten Dienst, wenn man das Inlandspreissystem auf Grund noch bestehender Unzulänglichkeiten schlechthin als eine ökonomische Grundlage für die Beurteilung des ökonomischen Nutzens des Außenhandels in seiner Bedeutung herabsetzt oder vielmehr überhaupt für unbrauchbar erklärt. Ausgehend vom Wesen des Preises, der reale ökonomische Größen ausdrückt, ist es vielmehr notwendig, dem Inlandspreissystem auch in bezug auf den Außenhandel die ihm objektiv zukommende Bedeutung einzuräumen und von dieser Erkenntnis ausgehend das Inlandspreissystem entsprechend, d. h. ökonomisch begründet zu gestalten. Unterschätzung oder gar Negierungen der Rolle der Preise als Meßinstrument für die zur Herstellung der Erzeugnisse aufgewandte Arbeit bedeutet auch, in

bezug auf den Außenhandel Unterschätzung oder Negierung der Notwendigkeit, in der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit mit realen Größen zu rechnen. Es muß vielmehr angestrebt werden, die durch die falsche, d. h. die ökonomischen Gegebenheiten nicht berücksichtigende Preisbildung bestehenden Verzerrungen der wirklichen Wertverhältnisse, zu beseitigen. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung übersichtlicher ökonomischer Beziehungen in der ganzen Volkswirtschaft.

Zusammenhang ist allerdings darauf hinzuweisen, daß mit diesen Ausführungen nicht einer einseitigen Orientierung auf die Inlandspreise bei Entscheidungen über die Notwendigkeit des Exports eines Erzeugnisses das Wort geredet werden soll. Ob ein Erzeugnis exportiert werden soll oder nicht, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Der Preis ist einer dieser Faktoren. In bestimmten Fällen wird bei der Entscheidung über den Export eines Erzeugnisses der Preis u. U. überhaupt kein Gewicht haben. Deshalb muß aber trotzdem bzw. erst recht die Forderung erhoben werden, Preise anzuwenden, die einen ökonomischen Vergleich zwischen den zu erzielenden Exportpreisen und den Inlandspreisen zulassen.

Im Zusammenhang mit dem Verzicht der Realisierung der Produktionsabgabe beim Export wird auch oft gesagt, dadurch werden unnötige Geldbewegungen von den Betrieben an den Staatshaushalt und vom Staatshaushalt in den Preisausgleichsfonds des Außenhandels vermindert. Es scheint zumindest angebracht zu sein, einmal zu prüfen, wie groß der Nutzen des Wegfalls dieser Geldbewegungen und des damit verbundenen Arbeitsaufwandes ist und ob diese „Einsparung“ die Anwendung und den Nutzen eines die tatsächlichen ökonomischen Verhältnisse ausdrückenden Preissystems wettmacht. Geldbewegungen, in deren Umfang sich die objektiven Wertbewegungen widerspiegeln, sind für die sozialistische Wirtschaftsführung nicht schädlich, können die sozialistische Wirtschaftsführung nicht behindern, sondern nur erleichtern und sind deshalb notwendig und nicht überflüssig.

Auch die Möglichkeit, den Exportbetrieben und den Außenhandelsunternehmen durch den Preis den Wert der Erzeugnisse wenigstens annähernd bewußt machen zu können, von der dadurch zu erreichenden Klarheit in den volkswirtschaftlichen Beziehungen gar nicht zu reden, dürfte für das ökonomische Denken und Handeln der in diesen Bereichen tätigen Menschen von größerem Nutzen sein als fragliche Einsparungen durch den Wegfall der erwähnten Geldbewegungen.

Die Überlegungen zur Rolle des Preises als Meßinstrument des gesellschaftlich notwendigen Aufwandes an Hand verschiedener Beispiele zeigen, daß sehr viel dafür spricht, alle Bemühungen darauf zu konzentrieren, den gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand im Preis auszudrücken oder anders ausgedrückt, Preise festzulegen, die dem Wert nahekommen. Gleichzeitig soll noch einmal betont werden, daß auch ein vom Wert bewußt abweichend

festgelegter Preis, wenn er ökonomisch begründet ist (z. B. wenn das Angebot niedriger ist als die Nachfrage der produktiven und individuellen Konsumtion, oder wenn es die ökonomische Unterstützung einer Produzenten- oder Konsumentenengruppe erfordert, niedrigere als dem Wert entsprechende Preise festzulegen) reale ökonomische Verhältnisse ausdrückt und damit die ökonomische Aussagekraft und die Wirkung des Preissystems nicht einschränkt, sondern vielmehr erhöht.

## 2. Zum Preis als Mittel der planmäßigen Realisierung des Wertes

Nachdem versüßt wurde, darzustellen, warum im Interesse der Ausnutzung des Preises als Meßinstrument des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes anzustreben ist, dem Wert entsprechende, dem Wert möglichst nahekommende Preise zu bilden und in allen Bereichen der Volkswirtschaft anzuwenden, muß untersucht werden, ob das weitere preispolitische Erfordernis der Realisierung des Wertes damit zu vereinbaren ist. Anders ausgedrückt: Ergeben sich aus dem Erfordernis der Realisierung des Wertes, insbesondere des Teils des Wertes, der dem Staatshaushalt in Form des zentralisierten Reineinkommens zur Finanzierung der Volkswirtschaft zugeführt werden muß, für die Preisbildung andere, mit den sich aus der Anwendung des Preises als Meßinstrument des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes ergebenden Erkenntnissen unvereinbare Forderungen?

Verfolgt man die Linie, die Preise dem Wert entsprechend festzulegen, so heißt das nichts anderes als den Wert und damit auch das zentralisierte Reineinkommen des Staates in Form der Produktionsabgabe dort zu realisieren, wo es produziert wird, wo es sich bildet. Es ist deshalb die Frage zu beantworten, ob die Realisierung des Wertes damit gewährleistet ist, ob die planmäßige Verteilung dieses Teiles des Volkseinkommens durch den Staatshaushalt und somit die Finanzierung der Volkswirtschaft und anderer staatlicher Aufgaben gesichert ist, oder ob dieser ganze Prozeß dadurch gefährdet wird?

In der Vergangenheit wurde oft behauptet, daß dann, wenn die Produktionsabgabe bereits aus der Abteilung I dem Staatshaushalt zugeführt wird, für den Staatshaushalt fiktive, d. h. unreale und damit zur Finanzierung der Volkswirtschaft nicht verwendbare Einnahmen entstehen. Ein weiteres Argument war, daß durch den schnelleren Umschlag der Mittel in der Abteilung II das zentralisierte Reineinkommen des Staates dem Staatshaushalt schneller zufließen kann als wenn es in der Abteilung I realisiert wird.

Befassen wir uns zuerst mit der sogenannten Fiktivität der Einnahmen. Diese Auffassung wurde in der Vergangenheit oft im Zusammenhang mit der These gebracht, daß die Erzeugnisse der volkseigenen Industrie, die im volkseigenen Sektor bleiben, keine Waren sind, daß die Realisierung des Wertes erst dann stattfindet, wenn ein Erzeugnis den staat-

lich sozialistischen Sektor verläßt, wenn es an den individuellen Konsumenten oder auch an den privaten Produzenten verkauft wird.

Nehmen wir an, die Theorie, daß die Erzeugnisse der volkseigenen Industrie, die im staatlichen sozialistischen Sektor verbraucht werden, keine Waren sind, sei richtig. Setzen wir ferner einmal voraus, die Produktion und der Absatz aller Erzeugnisse vollziehe sich in jeder Stufe der Produktion und des Handels planmäßig. Es ist offensichtlich, daß in diesem Fall, unabhängig davon, ob das zentralisierte Reineinkommen des Staates in den Preisen von Waren oder Nicht-Waren enthalten ist, keine fiktiven, Staatshaushalt entstehen können, denen keine materiellen Werte gegenüberstehen.

Die Theorie von der Entstehung fiktiver Einnahmen muß also auf der Voraussetzung aufbauen, daß Produktion und Absatz der Erzeugnisse der volkseigenen Industrie nicht planmäßig vor sich geht, daß Gebrauchswerte in der volkseigenen Industrie produziert worden sind, die unabsatzbar, für die produktive und individuelle Konsumtion unbrauchbar sind. Falls nun, so wird behauptet, das zentralisierte Reineinkommen in Form der Produktionsabgabe bereits in den Preisen solcher Erzeugnisse enthalten ist, die von den Betrieben zwar abgesetzt werden, aber z. B. im staatlichen Großhandel als absolut unverkäuflich liegen bleiben und für die weitere volkswirtschaftliche Verwendung ausfallen, so erhält der Staatshaushalt für diese unabsatzbaren Erzeugnisse die Produktionsabgabe, also finanzielle Mittel, denen keine materiellen Werte gegenüberstehen. Abgesehen davon, daß es möglich wäre, in bestimmten Abständen durch Ermittlung dieser unabsatzbaren Bestände das entsprechende Volumen an Produktionsabgabe festzustellen und für die Verwendung zur Finanzierung der Volkswirtschaft zu spenden, muß man sich doch fragen, ob man diese ökonomische Erscheinung, ob man die nicht planmäßig ablaufenden Prozesse, ob man zuzugestehen die Fehler zum Ausgangspunkt von prinzipiellen Überlegungen für die Gestaltung des gesamten Preissystems für industrielle Erzeugnisse machen kann. Soll man also die gesamte Gestaltung des Preissystems abhängig machen vom Wesen, vom Typischen der sozialistischen Planwirtschaft, d. h. von der Planmäßigkeit in der Entwicklung der Volkswirtschaft, oder soll man das Preissystem auf die Unzulänglichkeiten im planmäßigen Ablauf des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses orientieren? Obwohl unser ganzes Bestreben dahin gehen muß, solche Unzulänglichkeiten zu vermeiden, gegen diese Mängel zu kämpfen, sie weitestgehend unmöglich zu machen, wird man sich doch damit abfinden und wird man damit rechnen müssen, daß solche Fälle auch in absehbarer Zukunft eintreten können. Man kann und darf sie aber nicht zum Anlaß nehmen, davon die Gestaltung des Preissystems abhängig zu machen.

Im übrigen zeigt die Erfahrung, daß es bisher sogenannte Überplanbestände im wesentlichen nicht bei Produktionsmitteln, sondern bei Konsumtions-

DR. HERBERT BAUM

mitteln gab. Da aber im Falle einer Verlagerung der Produktionsabgabe in die Endstufe der Produktion immer noch die Möglichkeit besteht, daß Konsumtionsmittel unabsetzbar werden, für die bereits in der Endstufe der Produktion die Produktionsabgabe abgeführt worden ist, weil diese Konsumtionsmittel im Großhandel als sogenannte Überplanbestände liegen bleiben, ist auch für diesen Teil der Produktion eine Verhinderung der Einnahmen, denen letzten Endes keine materiellen Werte gegenüberstehen, nicht möglich. Um ganz sicher zu gehen, müßte die Produktionsabgabe erst im Einzelhandel erhoben werden.

Ganz abgesehen von allen bisher aufgeführten Gründen, die gegen eine solche Verzerrung der ökonomischen Verhältnisse und des Preissystems in der Volkswirtschaft der DDR sprechen, ist eine Erhebung der Produktionsabgabe im Einzelhandel, d. h. nachdem die Erzeugnisse endgültig an den Verbraucher gegangen sind, wegen der bestehenden Eigentumsverhältnisse im Einzelhandel und der Komplexiertheit der Erhebung völlig undiskutabel. Selbst wenn es also richtig wäre, daß die in der volkseigenen Industrie produzierten und dort verbleibenden Erzeugnisse keinen Warencharakter haben, muß man zu der Schlussfolgerung kommen, daß mit den sogenannten fiktiven Einnahmen keine Begründung dafür gegeben werden kann, die Preise für Produktionsmittel prinzipiell unter dem Wert festzulegen, d. h. die Produktionsabgabe aus der Abteilung I in die Abteilung II zu verlagern.

Geht man schließlich davon aus, daß die Erzeugnisse der volkseigenen Industrie, die innerhalb der volkseigenen Industrie verbraucht werden, Warencharakter haben, d. h., daß echter Wert produziert und daß beim Verkauf innerhalb der volkseigenen Industrie mit dem Gebrauchswert dessen objektiv gegebener Wert bewegt wird, so ist ebenfalls nicht einzusehen, warum man durch die Verlagerung der Produktionsabgabe den Produktions- und Realisierungsprozeß des Wertes in großem Maßstab gewaltsam auseinanderreißen soll.

Manchmal wird behauptet, daß durch den schnelleren Umschlag der Mittel in der Abteilung II das zentralisierte Reineinkommen des Staates dem Staatshaushalt schneller, kontinuierlicher zufließt, als wenn es in der Abteilung I realisiert würde. Hinter diesem Argument verbirgt sich doch letzten Endes folgende Frage: Kann der Wert der gesamten industriellen Produktion einer bestimmten Zeiteinheit und damit der Teil des Mehrproduktes, der als zentralisiertes Reineinkommen in Form der Produktionsabgabe dem Staatshaushalt zufließen soll, schneller, kontinuierlicher realisiert werden, wenn die Preise der Erzeugnisse der Abteilung I unter dem Wert festgelegt werden, wenn also ein Teil des dort produzierten Wertes in die Preise der Erzeugnisse der Abteilung II verlagert und dort realisiert wird? Hängt der kontinuierliche Fluß des zentralisierten Reineinkommens überhaupt von einem relativ kürzeren oder längeren Produktions- und Absatzzyklus

und damit vom Umschlagzyklus der Mittel oder nicht vielmehr von der Kontinuität des Produktions- und Absatzprozesses selbst ab? Selbst bei Berücksichtigung der Tatsache, daß der Umschlagzyklus der Mittel in den verschiedenen Produktionsstufen unterschiedlich ist, daß der Produktions- und Absatzprozeß vieler Erzeugnisse der Produktions- und Absatzzyklus der Erzeugnisse der Abteilung II, muß man doch in bezug auf die kontinuierliche Realisierung des Wertes und damit des kontinuierlichen Flusses der Mittel an den Staatshaushalt von der für diesen Prozeß viel wichtigeren Tatsache ausgehen, daß durch das kontinuierliche Nacheinander selbst relativ langer Produktions- und Absatzprozesse und unterschiedlicher Nebeneinander vieler zeitlich unterschiedlicher Produktions- und Absatzprozesse im Maßstab der gesamten Industrie gesehen auch die Kontinuität des Flusses der Mittel an den Staatshaushalt gewährleistet ist. Durch eine Verlagerung der Produktionsabgabe aus der Abteilung I in die Abteilung II ändert sich in bezug auf einen kontinuierlicheren Fluß der Mittel an den Staatshaushalt nichts.<sup>9</sup>

Es besteht bei einer Verlagerung des zentralisierten Reineinkommens aus den Preisen für Rohstoffe, Materialien und vor allem Produktionsinstrumenten durch die Existenz des privaten Sektors vielmehr die Gefahr, daß dem Staatshaushalt Mittel verloren gehen. Das angestrebte Ziel, einen kontinuierlichen Fluß der Mittel zu erhalten, wird durch eine Verlagerung nicht erreicht, aber die wirklichen Wertverhältnisse und damit viele ökonomische Beziehungen werden verzerrt und komplizierter gestaltet als es notwendig ist.

Es wird auch darauf hingewiesen, daß durch die Verlagerung der Produktionsabgabe aus der Abteilung I in die Abteilung II Umlaufmittel eingespart werden, daß dadurch das Gesamtvolumen finanzieller Mittel in dem Maße sinkt, wie die Einsatzpreise für Materialien und Rohstoffe niedriger werden. Das läßt sich nicht bestreiten. Aber ist damit ein ökonomischer Nutzen verbunden? Es tritt lediglich folgendes ein: Alle anderen Faktoren, auch die Einzelhandelspreise als gleichbleibend vorausgesetzt, sinkt die Preissumme aller Erzeugnisse der Abteilung I und II. Das gleiche industrielle Gesamtprodukt wird mit einer niedrigeren Preissumme realisiert. Was die materielle Seite der Umlaufmittel betrifft, hat sich nichts geändert.

Es wird auch behauptet, daß mit der Verlagerung eine Festigung der Währung verbunden sei. Das wird u. a. damit begründet, daß die Preissumme für Produktionsmittel durch die Verlagerung niedriger sei und damit die Kaufkraft einer Währungseinheit gesiegen sei. Das stimmt in bezug auf das Geld, mit dem Produktionsmittel gekauft werden. Man kann tatsächlich mit der gleichen Menge Geld mehr Produktionsmittel kaufen als vorher. Aber die Arbeitsproduktivität hat sich nicht erhöht, es sind nicht

<sup>9</sup> Vergleiche auch: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie, Heft 1/1979, S. 12/14.

## ZUR REALISIERUNG DES ZENTRALISIERTEN REINEINKOMMENS DES STAATES...

mehr Gebrauchswerte vorhanden, der gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand zur Herstellung der Erzeugnisse ist nicht gesunken, die Werte der Erzeugnisse sind nicht gesunken. Geändert hat sich nur eins: Die Werte der Produktionsmittel werden lediglich bewußt in niedrigeren Preisen ausgedrückt. Mit einer DM wird jetzt mehr Wert realisiert als vor der Verlagerung des zentralisierten Reineinkommens, eine DM repräsentiert jetzt mehr Wert als vorher. Dadurch ist aber eine Verbesserung der Währung nicht möglich; denn in Wirklichkeit hat sich, was die entscheidenden ökonomischen Faktoren betrifft, deren Veränderung eine Verbesserung der Währung mit sich bringt, nichts geändert.

Bei den Überlegungen, ob die Realisierung des Wertes gefährdet ist und ob die planmäßige Verteilung des Teiles des Volkseinkommens, der dem Staatshaushalt zur Finanzierung der Volkswirtschaft zufließen soll, beeinträchtigt wird, wenn der Wert dort realisiert wird, wo er entstanden ist, zeigt es sich, daß es keine Anhaltspunkte dafür gibt, daß durch Preise, die dem Wert möglichst entsprechen, der Realisierungsprozeß gefährdet ist. Die Gefahr, daß dem Staatshaushalt zentralisiertes Reineinkommen verloren geht, erhöht sich allerdings in dem Maße, wie das zentralisierte Reineinkommen aus den Preisen von Rohstoffen, Materialien, Produktionsinstrumenten in die Endstufe der Produktion verlagert wird. Die Hauptursache dafür ist die Existenz des privaten Sektors und dessen enge Verflechtung mit der volkseigenen Industrie. Aber auch in der volkseigenen Industrie besteht auf Grund der Zersplitterung des verlagerten zentralisierten Reineinkommens die Möglichkeit von Verlusten für den Staatshaushalt.

3. Zur Rolle des Preises als ökonomischer Hebel zur Lenkung und Leitung der Volkswirtschaft und der wirtschaftlichen Tätigkeit der Betriebe

Es bleibt noch die Frage offen, ob es die Ausnutzung des Preises als ökonomischer Hebel erforderlich macht, die Preise der Erzeugnisse der Abteilung I prinzipiell unter dem Wert festzulegen. Zweifel können keinesfalls darüber bestehen, daß die Ausnutzung des Preises als ökonomischer Hebel sowohl mit Hilfe von Preisen, die dem Wert entsprechen als auch mit Preisen, die bewußt über oder unter dem Wert festgelegt worden sind, möglich bzw. notwendig ist.

Im Zusammenhang mit der Rolle des Preises als ökonomischer Hebel wurde in der Vergangenheit vor allem darauf hingewiesen, daß durch niedrigere Produktionsmittelpreise die Einführung der modernen Technik gefördert werden könnte.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß der technische Fortschritt bzw. die Produktion der dazu notwendigen Produktionsinstrumente planmäßig festgelegt werden. Die neueste Technik kann nur in dem Maße eingeführt werden, wie die materiellen Voraussetzungen durch die planmäßige Produktion der dazu notwendigen Produktionsinstrumente ge-

schaffen worden sind. Durch die Verlagerung der Produktionsabgabe ändert sich z. B. an den materiellen Proportionen zwischen Produktionsmittel und Konsumtionsmitteln nichts. Aber was tritt ein? Ebenso wie bei der Verlagerung der Produktionsabgabe aus den Preisen von Materialien und Rohstoffen sinkt die Preissumme der Produktionsinstrumente durch die Verlagerung der Produktionsabgabe aus den Preisen der Produktionsinstrumente. Wenn aber die Preissumme der in einer bestimmten Zeiteinheit zu realisierenden Erzeugnisse sinkt, so sind, alle anderen auf die notwendige Menge an zirkulierenden Mitteln einwirkenden Faktoren als gleichbleibend vorausgesetzt, zur Realisierung dieser Preissumme weniger finanzielle Mittel notwendig. Mit einer Währungseinheit kann, wie bereits gesagt, mehr Wert realisiert werden als vor der Verlagerung, demzufolge mit weniger finanziellen Mitteln des Staatshaushaltes und der privaten und genossenschaftlichen Wirtschaft die zugrundeliegenden Produktionsinstrumente. Der Staatshaushalt braucht für die Finanzierung der Investitionen weniger Mittel zur Verfügung 50X1-HUM stellen.

Dem Staatshaushalt stehen aber dadurch keine zusätzlichen finanziellen Mittel zur Verfügung. Im Gegenteil: der Staatshaushalt nimmt durch die in den Preisen für Produktionsinstrumente nicht mehr enthaltene Produktionsabgabe Mittel ein, sondern es bedarf weniger finanzielle Mittel ein, sondern es bedarf sogar die Gefahr, daß der Staatshaushalt einen Teil des verlagerten zentralisierten Reineinkommens überhaupt nicht oder nur unter sehr schwierigen Umständen erhält. Das resultiert einmal daraus, daß es schwierig ist, das verlagerte zentralisierte Reineinkommen bei den kapitalistischen und handwerklichen Betrieben, die Produktionsinstrumente zu Preisen gekauft haben, aus denen das zentralisierte Reineinkommen verlagert wurde, wieder zu erfassen. In der volkseigenen Wirtschaft wird die Realisierung des aus den Preisen der Produktionsinstrumente verlagerten Reineinkommens dadurch kompliziert, daß die Realisierung nur in dem Maße vor sich geht, wie die auf der Grundlage der unter dem Wert liegenden Preise für Produktionsinstrumente, niedrigeren Amortisationen und entsprechend höherer Gewinn in den Preisen der mit diesen Produktionsinstrumenten hergestellten Erzeugnisse realisiert werden. Die Arbeit der Organe des Staatshaushalts, die für die Realisierung des zentralisierten Reineinkommens verantwortlich sind, wird dadurch erschwert und es besteht die Gefahr, daß dem Staatshaushalt Mittel verloren gehen und die planmäßige Finanzierung der Volkswirtschaft gestört wird.

In bezug auf die niedrigen Produktionsmittelpreise als ökonomische Hebel zur Einführung der modernen Technik besteht für die volkseigene Industrie durch die Verlagerung der Produktionsabgabe, soweit die Investitionen durch den Staatshaushalt bzw. aus dem erwirtschafteten planmäß-

DR. HERBERT BAUM

gen Gewinn finanziert werden, kein besonderer Anreiz, weil diese Mittel entsprechend dem tatsächlichen Umfang der vorgesehenen Investitionen unter Berücksichtigung der gültigen, d. h. eben der niedrigeren Produktionsmittelpreise planmäßig könnten sich die niedrigeren Produktionsmittelpreise auf die Förderung des technischen Fortschritts nur in dem Maße auswirken, wie die volkseigenen Betriebe im Rahmen selbständiger Finanzierungsmöglichkeiten technische Neuerungen zur Rationalisierung des Produktions- und Zirkulationsprozesses einführen können. Was die Finanzierung durch Investitionskredite betrifft, so könnte das an Stelle der unter dem Wert liegenden Produktionsmittelpreise auch durch die Festlegung entsprechender Rückzahlungsfristen der Investitionskredite erreicht werden.

Ökonomische Vorteile und damit ein Anreiz besteht bei den niedrigeren Produktionsmittelpreisen für die private und genossenschaftliche Wirtschaft, weil weniger Kapital bzw. finanzielle Mittel für die Anschaffung moderner Produktionsmittel benötigt werden. Aber auch hier muß man sich die Frage stellen, wenn die Einführung der modernen Technik in der privaten Wirtschaft überhaupt einer Förderung bedürfte, ob es nicht genügend andere und bessere Möglichkeiten gibt, das zu erreichen.

Auf die Förderung des technischen Fortschritts durch den Preis in der volkseigenen Wirtschaft -- und vor allem darum geht es hier -- üben also die unter dem Wert festgelegten Preise für Produktionsmittel in dem Maße einen ökonomischen Anreiz aus, wie die Betriebe im Rahmen selbständiger Finanzierungsmöglichkeiten in der Lage sind, solche Investitionen zu finanzieren. Unter Berücksichtigung aller bisherigen Überlegungen scheint der ökonomische Nutzen unter dem Wert liegender Produktionsmittelpreise aber in bezug auf die Förderung des technischen Fortschritts keine solche Bedeutung zu haben, daß damit prinzipiell die Verlagerung eines großen Teiles des zentralisierten Reineinkommens und alle damit verbundenen Folgen begründet werden könnten. Vor allem die Existenz der privaten Wirtschaft würde dazu zwingen, die betreffenden Erzeugnisse zu höheren Preisen zu verkaufen, wenn der Staat nicht die Gefahr eingehen will, Teile des in der volkseigenen Industrie produzierten Wertes einzubüßen. Die Entscheidung, auch bei den Produktionsinstrumenten das produzierte Mehrprodukt prinzipiell dort zu realisieren, wo es produziert worden ist, schließt außerdem niemals aus, auch Preise für bestimmte Produktionsinstrumente bewußt unter oder auch über dem Wert festzulegen.

Als letztes soll auf die These eingegangen werden, daß durch die Verlagerung eines großen Teiles des zentralisierten Reineinkommens des Staates aus der Abteilung I in die Abteilung II günstige Voraussetzungen für die planmäßige Preissenkungspolitik und für die Durchführung von Preissenkungen geschaffen werden. Eine günstige Voraussetzung wird

in der Verlagerung insofern gesehen, als dadurch eine bessere und schnellere Übersicht über die für Preissenkungen und zur Gestaltung bestimmter Preisrelationen überhaupt zur Verfügung stehender Mittel gegeben ist. Ferner sei die Durchführung einer Preissenkung einfacher, wenn das Preissenkungsvolumen möglichst in einer Stufe und nicht in mehreren Stufen enthalten ist, weil, je nachdem, welchen Umfang die Preissenkung hat, dann die Preise in mehreren Stufen geändert werden müßten.

Es leuchtet ein, daß die Durchführung von Preissenkungen tatsächlich erleichtert wird, wenn das für die Preissenkung in Anspruch zu nehmende Reineinkommen in den Preisen der Erzeugnisse der Endstufen der Produktion enthalten ist. Reicht das im Preis des Endproduktes enthaltene Reineinkommen nicht aus, die angestrebte Preissenkung zu decken, müßte das in den Preisen der Erzeugnisse der Vorstufen enthaltene Reineinkommen in Anspruch genommen werden, und es müßten somit nicht nur in einer, sondern in mehreren Stufen die Preise geändert werden. In diesem Falle werden zwar die durch die Preissenkung angestrebten neuen Preise und Preisrelationen bei den Endverbraucherpreisen erreicht, aber es ändern sich auch die Preise und Preisrelationen der Erzeugnisse der Vorstufen in dem Maße, wie Reineinkommen aus den Preisen dieser Erzeugnisse für eine Preissenkung verwendet wird. Die dabei entstehenden Schwierigkeiten werden um so größer, je mehr Erzeugnisse aus dem Vorprodukt hergestellt werden. Angenommen, es soll der Preis eines bestimmten Erzeugnisses gesenkt werden, das im wesentlichen aus Eisenblech besteht. Wenn in diesem Falle das Reineinkommen aus dem Preis des Vorproduktes Eisenblech in Anspruch genommen werden müßte, d. h. wenn aus diesem Grunde der Preis einer bestimmten Sorte Eisenblech, das noch in viele andere Produkte eingeht, gesenkt werden müßte, würden sich Auswirkungen in den Preisen aller anderen aus diesem Eisenblech bestehenden Erzeugnisse ergeben bzw. die Preisrelationen zwischen Eisenblech und anderen Vorprodukten dieser Art würden sich verändern, ohne daß das gewollt ist. Hier entsteht also ein nicht zu unterschätzendes Problem.

Um über die Möglichkeiten der Senkungen der Endverbraucherpreise ein klares Bild zu erhalten, müßte, ausgehend vom Stand und der Entwicklung der in Betracht kommenden Faktoren geprüft werden, welchen Umfang Preissenkungen für industrielle Erzeugnisse in den nächsten Jahren haben und ob bei der Realisierung dieser Preissenkungen eine durchschnittliche Akkumulation in den Preisen der betreffenden Erzeugnisse zur Deckung ausreichen würde. Ohne eine solche Untersuchung ist es nicht möglich, ein endgültiges Urteil darüber abzugeben, welche Bedeutung die These von der Verlagerung des zentralisierten Reineinkommens des Staates in die Endstufe der Produktion für die planmäßige Senkung der Preise hat.

ZUR REALISIERUNG DES ZENTRALISIERTEN REINEINKOMMENS DES STAATES...

Es ist außerdem darauf hinzuweisen, daß die Anwendung des Prinzips, den Wert dort zu realisieren, wo er produziert worden ist und dementsprechende Preise zu bilden, nicht ausschließt, in Sonderfällen von diesem Prinzip abzuweichen und in die Preise bestimmter Erzeugnisse soviel zentralisiertes Reineinkommen hineinzulegen, daß für die Behandlung solcher Sonderfälle das notwendige Reineinkommen im Preis des Endproduktes enthalten ist.

Es ist aber ein Unterschied, ob man mechanisch, ohne daß ein Anlaß dazu vorliegt, in großem Maßstab durchweg die Akkumulation aus der Abteilung I in die Abteilung II verlagert oder ob man es nur in den Fällen macht, bei denen tatsächlich eine Begründung gegeben ist; denn bereits ein grober Überblick über die in den Preisen der Erzeugnisse der Abteilung II vorhandenen Akkumulation zeigt, daß in der Mehrzahl der Fälle die in diesen Preisen enthaltene Akkumulation ausreicht, die planmäßig durchzuführenden möglichen Preissenkungen zu finanzieren.

Es ist vor allem auch hier zu prüfen, ob die mechanische Verlagerung eines großen Teiles des zentralisierten Reineinkommens aus der Abteilung I in die Abteilung II aus den erwähnten Gründen notwendig ist, ob es nicht vielmehr darauf ankommt, in jedem einzelnen Falle die Notwendigkeit einer solchen Verlagerung besonders zu begründen. Auf diesem Wege wird man dem Ziel, ein ökonomisch begründetes Preissystem zu schaffen, wesentlich näherkommen als mit der mechanischen, undifferenzierten Anwendung einer u. U. nur für bestimmte Fälle zutreffenden Erkenntnis. Darin besteht vor allem die Haupt-

schwäche in der These von der Verlagerung des zentralisierten Reineinkommens des Staates aus der Abteilung I in die Abteilung II.

50X1-HUM

Die Forderung, Preise zu bilden, die dem Wert möglichst nahekommen und dementsprechend in jeder Stufe der industriellen Produktion das zentralisierte Reineinkommen dort zu realisieren, wo es entsteht, bleibt Theorie, solange die Wege, die Methoden zur Verwirklichung dieses Grundsatzes unvollständig, falsch bzw. unbekannt sind. Die Verwirklichung dieser Forderung verlangt eine Konkretisierung, eine genaue Charakterisierung des Werts, der die Grundlage der Preise bilden soll. Es ist die Frage zu beantworten, ob der Wert in der sozialistischen Warenproduktion in einer modifizierten Form wirksam ist und in welcher. Ohne Klärung dieser theoretischen Grundlagen wird es schwierig sein, die richtigen Methoden zu finden, mit deren Hilfe dieser Wert in den Preiselementen, Selbstkosten, Gewinn, Produktionsabgabe- und damit im Preis selbst zum Ausdruck gebracht werden kann. Es ist also notwendig, ausgehend von einer klaren theoretischen Grundlage, alle Faktoren zu bestimmen, zu analysieren und einzuschätzen, die einen Einfluß auf die Höhe der Selbstkosten, des Gewinns und der Produktionsabgabe bei der Preisbildung haben können. Die Klärung dieser sowie der in diesen Ausführungen bereits erwähnten Fragen muß in der nächsten Zeit Hauptaufgabe auf dem Gebiete der Preise sein.

50X1-HUM

50X1-HUM